

KEF

# 20

. Bericht

## Impressum

Dieser Bericht ist zu beziehen bei der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten  
Geschäftsstelle, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz  
Telefon: 0 61 31/16 47 - 09, Telefax: 0 61 31/16 17 - 47 09  
E-Mail: [kef@stk.rlp.de](mailto:kef@stk.rlp.de)  
Internet: [www.kef-online.de](http://www.kef-online.de)

Gestaltung Antoinette LePère-Design, Wiesbaden

Druck Druckerei Zeidler GmbH & Co. KG, Mainz-Kastel

## **20. Bericht**

April 2016



## **Vorwort**

Sie halten den 20. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) in Ihren Händen oder haben ihn im Internet aufgerufen und vielleicht schon als Datei heruntergeladen.

Der Bericht ist wieder sehr umfangreich geworden und enthält viel Text, noch mehr Zahlen, Grafiken und wichtige Feststellungen. Muss das so sein? Muss ich alles lesen? Wo finde ich Antworten auf meine Fragen?

Die KEF hat die Aufgabe, den Finanzbedarf für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (ARD mit den neun Landesrundfunkanstalten, ZDF, Deutschlandradio und ARTE) im Vorhinein zu ermitteln. Sie haben bei der KEF angemeldet, wie viel Geld sie für die Jahre 2017 bis 2020 aus ihrer Sicht benötigen, insgesamt rund 38,5 Mrd. €. Für die vorausgehenden vier Jahre waren es rund 35 Mrd. €. Untergliedert sind das der Programm-, der Personal- und der Sachaufwand (z.B. Studios, Kameras, Fahrzeuge, etc.) sowie Investitionen (z.B. Neubauten oder Brandschutz). Dazu kommen Finanzmittel für „Entwicklungsprojekte“, weil die Anstalten auch neue technische Entwicklungen nutzen wollen (z.B. digitaler Hörfunk oder DVB-T2). Wichtig zu wissen: Die KEF kann nicht den Bestand, z.B. die Zahl der Hörfunk- und Fernsehprogramme, in Frage stellen. Sie muss die Programmautonomie der Anstalten beachten. Aber die KEF prüft alle diese Zahlen unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit und erkennt daher nicht alle Anmeldungen an.

Das Geld für den Finanzbedarf kommt von den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern, aus Werbung und Sponsoring, Finanzanlagen oder sonstigen Erträgen. Auch hier rechnet die KEF und prognostiziert die Einnahmen für 2017 bis 2020. Die Besonderheit des 20. Berichts ist, dass Mehrerträge infolge der Umstellung von der Rundfunkgebühr auf den Rundfunkbeitrag aus den Jahren 2013 bis 2016 in einer Sonderrücklage angesammelt sind und nun bei der Gesamtrechnung berücksichtigt werden.

In dieser Gesamtrechnung wird der ermittelte Aufwand den Einnahmen einschließlich der Sonderrücklage gegenüber gestellt. Der Saldo ist entscheidend dafür, ob der Rundfunkbeitrag den Aufwand deckt oder ob die Länder den Beitrag anpassen müssen.

Wenn Sie die Einzelrechnungen betrachten, werden Ihnen die Begriffe Basisjahr und Fortschreibungsrate immer wieder begegnen. Das Basisjahr für Berechnungen (erstes Jahr einer vierjährigen Beitragsperiode) zeigt an, wie viel Geld in diesem Jahr für einen bestimmten Aufwand verbraucht worden ist. Diese Zahl wird in die Zukunft auf die folgenden Jahre und für eine neue Periode fortgeschrieben (Fortschreibungsrate in Prozent). Weitere Fachbegriffe sind im Glossar erläutert. Die Begriffe sind durch Kursivschrift gekennzeichnet.

Der gesamte KEF-Bericht dient dazu, die Berechnungen nachvollziehbar zu machen. Das ist besonders wichtig für die Länder, die über die Höhe des Rundfunkbeitrags entscheiden, aber auch für die Rundfunkanstalten und ihre Gremien. Diese müssen wissen, wie viel Geld in der nächsten Beitragsperiode verfügbar ist. Sie brauchen eine verlässliche Basis für ihre Finanzplanung.

Der Bericht schafft Transparenz für die Öffentlichkeit, z.B. über die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Kosten für die Verbreitung der Programme, die Leistungen der Anstalten, Benchmarks und Einsparpotenziale.

Sie sollten nicht den Ehrgeiz haben, den Bericht am Stück zu lesen. In den farblich hervorgehobenen Texten sind die wesentlichen Ergebnisse der jeweiligen Abschnitte zusammengefasst. Die wichtigsten Punkte ergeben sich aus der Zusammenfassung (S. 15 ff.), der Gesamtrechnung (Tzn. 540 ff.) und für die einzelnen Aufwandsarten z.B. beim Programm (Tzn. 55 ff.), Personal (Tzn. 107 ff.) und bei den Sachkosten (Tzn. 220 ff.). Die Erträge werden in Tzn. 329 ff. dargestellt. Entwicklungsprojekte finden Sie bei Tzn. 296 ff.

Im 20. Bericht werden Zahlen in der Regel auf eine Nachkommastelle gerundet. Die zugrunde liegenden Rechenoperationen basieren zum Teil auf ungerundeten Zahlen. Dadurch können bei der Summenbildung Rundungsdifferenzen auftreten.

Viel Freude an einer interessanten, zugegeben aber sehr anspruchsvollen Lektüre!



Dr. Heinz Fischer-Heidlberger  
Vorsitzender der KEF





## **Inhaltsverzeichnis**

## Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten

<b>Zusammenfassung</b>	<b>15</b>
<b>Kap. 1 Zur Arbeit der Kommission</b>	<b>23</b>
<b>Kap. 2 Die Bedarfsanmeldungen der Rundfunkanstalten</b>	<b>27</b>
1. Angemeldeter ungedeckter Finanzbedarf 2017 bis 2020	28
2. Periodenvergleich	32
<b>Kap. 3 Budgetabgleich für den Zeitraum 2013 bis 2016</b>	<b>33</b>
1. Vorbemerkung	34
2. ARD	36
3. ZDF	38
4. Deutschlandradio	39
<b>Kap. 4 Leistungsbericht</b>	<b>41</b>
1. Fernsehen	43
2. Hörfunk	50
3. Telemedien/Online	53
3.1 Nutzung der Online-Angebote	53
3.2 Kosten für Telemedien	55
<b>Kap. 5 Bestandsbedarf</b>	<b>63</b>
1. Programmaufwand	64
1.1 ARD	66
1.2 ZDF	71
1.3 Deutschlandradio	74
1.4 ARTE	75
1.5 Zusammenfassung	76
1.6 Bestandsveränderung Programmvermögen ARD und ZDF	77
2. Aufwand für die Programmverbreitung	79
2.1 ARD	80
2.2 ZDF	84
2.3 Deutschlandradio	86
2.4 ARTE	88
3. Personalaufwand	91
3.1 Personalaufwand ohne Altersversorgung	91
3.2 Betriebliche Altersversorgung	115
3.3 Gesamtdarstellung Personal	134

4. Sachaufwand	151
4.1 ARD	153
4.2 ZDF	160
4.3 Deutschlandradio	164
4.4 ARTE	169
5. Investitionen	171
5.1 ARD	174
5.2 ZDF	177
5.3 Deutschlandradio	180
6. Verstärkungsmittel	183
<b>Kap. 6 Entwicklungsbedarf/Projekte</b>	<b>185</b>
1. Digitaler Hörfunk – Projektanmeldungen der ARD und des Deutschlandradios	187
2. Projekte der ARD	192
2.1 Bestandssicherung audiovisuelles Erbe	192
2.2 DVB-T2	193
<b>Kap. 7 Erträge</b>	<b>195</b>
1. Erträge aus Rundfunkbeiträgen	196
1.1 Rechtliche Grundlagen	196
1.2 Entwicklung der Erträge aus Rundfunkbeiträgen	198
1.3 Rückflüsse (einschl. Vorabzuweisungen) aus dem Anteil der Landesmedienanstalten	206
2. Erträge aus Werbung und Sponsoring	209
2.1 Werbung	209
2.2 Sponsoring	217
2.3 Verzicht auf Werbung und Sponsoring im öffentlich-rechtlichen Rundfunk	221
3. Sonstige Erträge	223
3.1 Finanzerträge	223
3.2 Erträge aus Kostenerstattungen	231
3.3 Sonstige betriebliche Erträge	238
3.4 Beteiligungserträge	248
<b>Kap. 8 Anrechenbare Eigenmittel und Kredite</b>	<b>259</b>
1. Anrechenbare Eigenmittel	260
1.1 ARD	261
1.2 ZDF	267
1.3 Deutschlandradio	267
1.4 ARTE	268
2. Kredite	269

## Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten

<b>Kap. 9</b>	<b>Bericht zur Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit</b>	<b>271</b>
1.	Ermittlung des Potenzials an Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit	272
2.	Quantitativer Nachweis von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit	274
2.1	ARD	274
2.2	ZDF	276
2.3	Deutschlandradio	277
3.	Ergänzende Feststellungen	278
3.1	Produktionsbetriebe	278
3.2	Folgekosten Absetzung „Gottschalk live“	279
3.3	Beendigung der Hörfunkausstrahlung über Lang- und Mittelwellensender	279
4.	Zusammenfassende Bewertung	280
5.	Sonderuntersuchung IT-Strukturen	281
5.1	Zielstellung und Vorgehensweise der Sonderuntersuchung	281
5.2	Zentrale Ergebnisse des Gutachtens	281
5.3	Fazit der Kommission	284
5.4	Stellungnahme der Intendantinnen und Intendanten	287
<b>Kap. 10</b>	<b>Finanzausgleich zwischen den ARD-Anstalten</b>	<b>289</b>
1.	Notwendigkeit des Finanzausgleichs	290
2.	Finanzausgleich bis Ende 2016	291
2.1	Finanzausgleich aus der staatsvertraglichen Finanzausgleichsmasse von 1 % – 2013 bis 2016	291
2.2	Leistungs- und Gegenleistungsaustausch und weitere Hilfen – 2013 bis 2014	292
2.3.	ARD-Beschlüsse vom 16./17. September 2013 zur Neuordnung des Finanzausgleichs – 2015 bis 2016	292
2.4	Zusammenfassung 2013 bis 2016	293
3.	Finanzausgleich ab 2017	294
<b>Kap. 11</b>	<b>Feststellung des Finanzbedarfs und Beitragsempfehlung</b>	<b>297</b>
1.	Feststellung des Finanzbedarfs	298
2.	Fehlbetrag von ARTE	301
3.	Beitragsempfehlung	302

## Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten

<b>Kap. 12 Kostentransparenz</b>	<b>303</b>
1. Beteiligungen und GSEA	304
1.1 Die Umsetzung staatsvertraglicher Regelungen für Beteiligungen	304
1.2 Informationsgrundlagen zu Beteiligungen	305
1.3 Beteiligungsportfolio der Rundfunkanstalten	306
1.4 Mehrheitsbeteiligungen der Rundfunkanstalten	307
1.5 Wesentliche Beteiligungen	309
1.6 NDR Media/Studio Hamburg Gruppe	313
1.7 Informationsgrundlagen zu GSEA	319
1.8 Wesentliche GSEA	319
1.9 Beitragsservice	321
2. Partner- und Spartenprogramme	326
2.1 Partnerprogramme	326
2.2 Spartenprogramme	329
2.3 „Junges Angebot“	333
<b>Anhang</b>	<b>335</b>
Anlage 1 Herleitung des Nettoaufwands Altersversorgung	339
Anlage 2 Darstellungen zu kassenwirksamen Leistungen der Rundfunkanstalten	343
Anlage 3 Darstellungen, Berechnungen und Erläuterungen aus dem Gutachten über die betriebliche Altersversorgung der Rundfunkanstalten	345
<b>Glossar</b>	<b>359</b>



## **Zusammenfassung**

Die Kommission stellt für 2017 bis 2020 insgesamt einen **Überschuss** von 542,2 Mio. € fest. Bei der ARD beträgt der Überschuss 378,0 Mio. € und beim ZDF 180,4 Mio. €. Beim Deutschlandradio ergibt sich ein Fehlbetrag von 16,2 Mio. €. In den Beträgen für ARD und ZDF ist der Fehlbetrag von ARTE in Höhe von 38,9 Mio. € berücksichtigt (vgl. Tzn. 540 ff.).

Die Kommission empfiehlt daher ab 2017 eine **Absenkung** des monatlichen Rundfunkbeitrags um 30 Cent auf 17,20 €. Von der Beitragssenkung entfallen 20,7 Cent auf die ARD, 9,9 Cent auf das ZDF und 0,6 Cent auf die Landesmedienanstalten. Der Fehlbetrag beim Deutschlandradio entspricht einer Erhöhung um 0,9 Cent und ist durch eine neue prozentuale Aufteilung der Anteile von ARD, ZDF und Deutschlandradio am Rundfunkbeitragsaufkommen auszugleichen (vgl. Tzn. 547 ff.).

Für 2017 bis 2020 melden die Rundfunkanstalten einen **gesamten Finanzbedarf** für Bestand und Entwicklung von 38.517,6 Mio. € an. Das sind im Periodenvergleich 3.534,2 Mio. € oder rund 10% mehr als 2013 bis 2016 (vgl. Tz. 15).

Dieser erhöhte Finanzbedarf für 2017 bis 2020 kann zum Teil bereits durch höhere laufende Erträge aus Rundfunkbeiträgen gedeckt werden. Daher weist die Anmeldung der Rundfunkanstalten noch einen **zusätzlichen Finanzbedarf** von 2.025,2 Mio. € aus. Davon entfallen auf die ARD 1.558,3 Mio. €, auf das ZDF 383,0 Mio. € und auf das Deutschlandradio 83,8 Mio. € (vgl. Tz. 11).

Durch die Anrechnung der Sonderrücklage aus den Beitragsmehrerträgen der Jahre 2013 bis 2016 von insgesamt 1.589,5 Mio. € wird dieser Fehlbetrag weitgehend gedeckt. Der angemeldete **ungedekte Finanzbedarf** für 2017 bis 2020 beträgt danach insgesamt 435,7 Mio. €. Davon entfallen auf die ARD 395,6 Mio. €, das ZDF meldet einen Überschuss von 4,5 Mio. € und das Deutschlandradio einen ungedeckten Finanzbedarf von 44,5 Mio. € an. Zu den 435,7 Mio. € kommt noch ein angemeldeter ungedeckter Finanzbedarf von ARTE in Höhe von 34,9 Mio. € hinzu (vgl. Tz. 11 f.).

Die Kommission kommt nach eingehender Prüfung der Anmeldung zu einer **Verringerung des Finanzbedarfs** um 965,7 Mio. €. Davon entfallen 276,5 Mio. € auf Ertragszuschätzungen, 617,7 Mio. € auf Aufwandsreduzierungen und 71,5 Mio. € auf Veränderungen bei den Eigenmitteln. Statt des angemeldeten ungedeckten Finanzbedarfs von insgesamt 470,6 Mio. € ergibt sich so ein Überschuss von 542,2 Mio. €:



Tab. 1 Finanzbedarf von ARD, ZDF und Deutschlandradio 2017 bis 2020 (in Mio. €)

	ARD	ZDF	DRadio	Gesamt
Erträge	26.685,8	8.963,5	927,1	36.576,4
Aufwendungen	-28.091,1	-9.265,7	-928,9	-38.285,8
Ergebnis Betriebshaushalt	-1.405,3	-302,3	-1,8	-1.709,4
Einnahmen	2.390,8	629,1	65,0	3.085,0
Ausgaben	-2.808,6	-637,7	-65,4	-3.511,7
Ergebnis Investitionshaushalt/Finanzvorschau	-417,8	-8,6	-0,4	-426,7
im Betriebshaushalt nicht enthaltener Entwicklungsbedarf	-301,5		-85,0	-386,5
Überleitung zur modifizierten Planungsmethode	200,5	-12,6	1,7	189,5
Sonderfaktoren ZDF		-70,0		-70,0
Überschuss der Beitragsperiode 2013-2016	1.528,6	397,9	41,1	1.967,5
davon: Einstellung Sonderrücklage Beitragsmehrerträge 2013-2016	1.162,8	387,5	39,3	1.589,5
Angemeldeter ungedeckter Finanzbedarf, Tz. 11	-395,6	4,5	-44,5	-435,7
nachrichtlich: Zusätzlicher Finanzbedarf vor Entnahme Sonderrücklage Beitragsmehrerträge 2013-2016, Tzn. 10 f.	-1.558,3	-383,0	-83,8	-2.025,2
Anpassung Anrechenbare Eigenmittel, Tzn. 471, 490		9,9		9,9
Nachmeldung Deutschlandradio, Tz. 69			2,3	2,3
Ausgangsgrundlage für die Finanzbedarfsermittlung durch die KEF	-395,6	14,4	-42,2	-423,5
Programmaufwand, Tz. 72	76,0	46,1	3,0	125,1
Programmverbreitung, Tzn. 86, 94, 101	48,8	18,5	0,0	67,3
Personalaufwand ohne Altersversorgung, Tz. 134	156,4	45,5	4,5	206,4
Betriebliche Altersversorgung, Tz. 149	0,0	3,0	0,0	3,0
Sachaufwand, Tzn. 239, 248, 260	-43,3	0,0	0,0	-43,3
Investitionen, Tzn. 273, 280, 288	22,0	25,1	0,0	47,1
Verstärkungsmittel, Tz. 295	17,6	0,0	0,0	17,6
Entwicklungsbedarf, Tzn. 296 ff.	181,1		10,1	191,2
davon: DAB+, Tzn. 313, 316	33,3		10,1	43,4
davon: Bestandssicherung audiovisuelles Erbe, Tzn. 318 ff.	127,7			127,7
davon: DVB-T2, Tzn. 323 ff.	20,0			20,0
Erträge aus Rundfunkbeiträgen, Tzn. 344, 352	19,7	8,7	1,0	29,4
Erträge aus Werbung und Sponsoring, Tzn. 365, 369, 376, 378	29,7	5,5		35,2
Finanzerträge, Tzn. 384 ff.	0,0	0,0	0,0	0,0
Erträge aus Kostenerstattungen, Tzn. 406, 408, 409 f., 413, 415	45,2	0,0	0,0	45,2
Sonstige betriebliche Erträge, Tzn. 425, 432 f., 437	112,7	23,4	7,1	143,2
Beteiligungserträge, Tzn. 458, 464, 466, 469 f.	15,8	7,7	0,0	23,5
Anrechenbare Eigenmittel, Tzn. 472, 492	71,2	0,0	0,3	71,5
Wirtschaftlichkeitsabschlag Produktionsbetriebe, Tz. 508	17,2	1,8	0,0	19,0
Wirtschaftlichkeitsabschlag „Gottschalk live“, Tz. 509	2,1			2,1
Finanzausgleich, Tz. 534	19,6			19,6
Fehlbetrag ARTE 2017-2020, Tz. 546	- 19,5	- 19,5		-38,9
Zuordnung der kurzfristigen Rückstellungen bei ARTE für Programmulieferungen, Tzn. 485, 491, 493	1,3	0,2		1,5
Veränderung des angemeldeten Finanzbedarfs durch die KEF	773,6	166,0	26,0	965,7
Festgestellter Finanzbedarf, Überschuss (+), Fehlbetrag (-)	+378,0	+180,4	-16,2	+542,2

Bezogen auf die einzelnen Ertrags- und Aufwandsarten ergibt sich folgendes Bild:

Für 2017 bis 2020 erkennt die Kommission die angemeldeten Erträge der Anstalten aus **Rundfunkbeiträgen** von insgesamt 31.367,5 Mio. € an. Davon entfallen auf die ARD 22.483,8 Mio. €, auf das ZDF 8.002,3 Mio. € und auf das Deutschlandradio 881,4 Mio. €. Für 2013 bis 2016 haben die Anstalten Erträge aus Rundfunkbeiträgen von insgesamt 31.230,5 Mio. € angemeldet. Das sind 483,3 Mio. € mehr, als die Kommission zum 19. Bericht angenommen hat. Dies ist insbesondere auf einen Anstieg der registrierten Wohnungen in 2014 aufgrund der hohen Direktanmeldungen zurückzuführen. Die Anstalten gehen für 2015 und 2016 sowie für 2017 bis 2020 davon aus, dass der Bestand mit 38,3 Mio. Wohnungen nahezu konstant bleibt. Aufgrund zwischenzeitlich vorliegender Ist-Zahlen stellt die Kommission für 2015 gegenüber der Anmeldung um 29,4 Mio. € höhere Beitragserträge fest. Die Anmeldung für 2016 erkennt die Kommission in voller Höhe an. Für 2013 bis 2016 stellt die Kommission somit Erträge aus Rundfunkbeiträgen von insgesamt 31.259,9 Mio. € fest (vgl. Tzn. 329 ff.).

Die Kommission stellt für 2017 bis 2020 **Erträge aus Werbung** von 1.030,2 Mio. € (ARD 460,2 Mio. €, ZDF 570,0 Mio. €) und **Erträge aus Sponsoring** von 159,5 Mio. € (ARD 109,0 Mio. €, ZDF 50,5 Mio. €) fest. Sie nimmt gegenüber den Anmeldungen eine Zuschätzung für 2013 bis 2020 von 29,7 Mio. € bei der ARD und von 5,5 Mio. € beim ZDF vor (vgl. Tzn. 357 ff.).

Bei der Feststellung der **Finanzerträge** hat die Kommission berücksichtigt, dass sich die zum 19. Bericht vorliegende Erwartung in absehbarer Zeit wieder steigender Zinssätze nicht erfüllt hat. Die Kommission erkennt die von den Anstalten angemeldete Summe von 593,3 Mio. € (ARD 551,7 Mio. €, ZDF 35,7 Mio. €, Deutschlandradio 5,9 Mio. €) vollständig an (vgl. Tzn. 384 ff.).

Die bei den **Erträgen aus Kostenerstattungen** festgestellten Beträge liegen um 45,2 Mio. € über den Anmeldungen der Anstalten. Die Anpassungen für 2013 bis 2020 entfallen fast vollständig auf die ARD (vgl. Tzn. 402 ff.).

Bei den **Sonstigen betrieblichen Erträgen** nimmt die Kommission gegenüber den Anmeldungen Anpassungen in Gestalt von erwarteten Mehrerträgen vor. Diese betragen für 2013 bis 2020 bei der ARD 112,7 Mio. €, beim ZDF 23,4 Mio. € und beim Deutschlandradio 7,1 Mio. € (vgl. Tzn. 416 ff.).

Die Kommission erwartet bei ARD und ZDF höhere **Beteiligungserträge** als von den Anstalten angemeldet. Bei der ARD erhöht die Kommission die Erträge 2013 bis 2020 um 15,8 Mio. € und beim ZDF um 7,7 Mio. €. Beim Deutschlandradio akzeptiert sie die angemeldeten Beteiligungserträge (vgl. Tzn. 440 ff.).

Zum 31. Dezember 2014 stellt die Kommission **anrechenbare Eigenmittel**, d.h. Bestände an kurzfristig verfügbaren Mitteln, fest. Diese stehen den Rundfunkanstalten zur Deckung ihres Finanzbedarfs in der Beitragsperiode zur Verfügung und betragen 1.079,3 Mio. € (ARD 891,1 Mio. €, ZDF 138,9 Mio. €, Deutschlandradio 48,5 Mio. €, ARTE 0,8 Mio. €). Im Vergleich zu den angemeldeten Beständen stellt die Kommission bei der ARD einen Mehrbetrag von 71,2 Mio. € und beim Deutsch-

landradio von 0,3 Mio. € fest. Die Anmeldungen des ZDF und von ARTE wurden in der beantragten Höhe anerkannt (vgl. Tzn. 471 ff.).

**Rücklagen** nach § 1 Abs. 4 RFinStV hatten die Anstalten nicht zu bilden. Die Voraussetzungen lagen nicht vor, da die Gesamterträge die Gesamtaufwendungen für die Erfüllung ihres Auftrags nicht um mehr als 10 % der jährlichen Beitragseinnahmen überstiegen (vgl. Tz. 545).

Die Kommission erkennt für 2017 bis 2020 einen **Programmaufwand** von 16.653,6 Mio. € an. Die Anmeldung des Programmaufwands der ARD wird um 76,0 Mio. € auf 10.578,8 Mio. €, die des ZDF um 46,1 Mio. € auf 5.308,7 Mio. €, die des Deutschlandradios um 3,0 Mio. € auf 236,1 Mio. € und die von ARTE um 6,3 Mio. € auf 530,0 Mio. € gekürzt. ARD und ZDF haben in ihren Anmeldungen einen zusätzlichen Programmaufwand von 337,5 Mio. € angenommen. Dieser Aufwand falle künftig bei Produktionen an, die von den Anstalten beauftragt würden. Die Anstalten begründen diesen geschätzten Mehrbedarf mit „ausgewogenen Vertragsbedingungen und einer fairen Aufteilung der Verwertungsrechte im Bereich Film- und Fernsehproduktionen“ (ARD). Die Kommission erkennt davon 253,1 Mio. € an. Das ZDF hat mit seiner Anmeldung eine Basiskorrektur für die Fortschreibung des Programmaufwands durch die Kommission beantragt. Die Kommission nimmt eine Korrektur vor, weil der Programmaufwand im Basisjahr 2013 nicht repräsentativ ist (vgl. Tzn. 55 ff.).

Die Kommission vermindert den zum 20. Bericht angemeldeten Aufwand für die **Programmverbreitung** um 67,3 Mio. € auf 1.111,3 Mio. €. Davon entfallen auf die ARD 750,2 Mio. €, auf das ZDF 279,1 Mio. €, auf das Deutschlandradio 71,0 Mio. € und auf ARTE 11,0 Mio. € (vgl. Tzn. 77 ff.).

Beim **Personalaufwand ohne Altersversorgung** erkennt die Kommission einen Finanzbedarf von 8.742,3 Mio. € an. Der Betrag liegt um 206,8 Mio. € unter den Anmeldungen der Anstalten. Von der Kürzung entfallen auf die ARD 156,4 Mio. €, auf das ZDF 45,5 Mio. €, auf das Deutschlandradio 4,5 Mio. € und auf ARTE 0,4 Mio. €. Bei ARD und ZDF soll der Personalbestand auch in der Periode 2017 bis 2020 reduziert werden. Bei der ARD werden diese Einsparungen nahezu ausschließlich beim BR und beim WDR erbracht. Das ZDF setzt damit das bis 2020 gestreckte Konsolidierungskonzept um. Der überwiegende Teil der bisherigen Stellenstreichungen dient dabei allerdings der Korrektur der eigenen Fehlsteuerungen der Jahre 2007 bis 2010. Darüber hinaus planen ARD und ZDF Umschichtungen von Programm- und Sachaufwand hin zum Personalaufwand. Damit würden dauerhafte feste Stellen geschaffen. Die Kommission folgt dem nur teilweise. Sie hält die Einbindung in umfassende Personalkonzepte für erforderlich. Die Kommission erwartet daher von ARD, ZDF und Deutschlandradio zum 21. Bericht die Vorlage von mittelfristigen Konzepten für die Entwicklung der gesamten Personalkapazitäten und die Art der Leistungserstellung (vgl. Tzn. 107 ff.).

Die Nettoaufwendungen der **betrieblichen Altersversorgung** haben 2017 bis 2020 mit 2.115,0 Mio. € eine erhebliche Bedeutung für den Finanzbedarf. Als finanzbedarfswirksam erkennt die Kommission dabei die Anmeldungen der Anstalten auf Basis einer Abzinsung von 5,25 % an. Die Anmeldungen der Anstalten werden auf dieser Basis bei ARD und Deutschlandradio anerkannt. Der anerkannte Betrag beim ZDF liegt um 3,0 Mio. € unter der Anmeldung (vgl. Tzn. 139 ff.).

Die alte Deckungsstocklücke der ARD wird zum 31. Dezember 2016 nach Darstellung der ARD geschlossen. Die durch das BilMoG entstandene neue Deckungsstocklücke beträgt bei ARD, ZDF und Deutschlandradio derzeit rund 2,2 Mrd. €. Die Kommission hält es für notwendig, den für die Altersversorgung zweckgebundenen Beitragsanteil von 25 Cent über 2016 hinaus fortzuführen. Sie erkennt hierfür die von den Anstalten angemeldete Summe von 451,3 Mio. € an. Die Kommission berücksichtigt, dass die Anstalten die bisherigen Versorgungstarifverträge gekündigt haben und würdigt, dass bei ARD und Deutschlandradio unterschriftsreife Versorgungstarifverträge ähnlich dem Beitragstarifvertrag Altersversorgung (BTVA) des MDR vorliegen, die zu erheblichen Einsparungen führen können. Da die Tarifverhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, sperrt die Kommission für 2019 und 2020 bei ARD, ZDF und Deutschlandradio insgesamt einen Betrag von 100 Mio. € beim Personalaufwand ohne Altersversorgung (vgl. Tzn. 153 ff.).

Die Anstalten erbringen ihre Leistungen mit Personal in unterschiedlichen Beschäftigungsformen. Neben dem fest angestellten Personal sind dies insbesondere freie Mitarbeiter sowie Personal bei Gemeinschaftssendungen, -einrichtungen und -aufgaben (GSEA) und bei Beteiligungsunternehmen. Dies wird in einer **Gesamtdarstellung Personal** zusammengeführt. Die Kommission hält es unverändert für erforderlich, die unterschiedlichen Beschäftigungsformen in den Anstalten übergreifend und einheitlich zu steuern. Aus ihrer Sicht besteht nach wie vor Handlungsbedarf zur Weiterentwicklung in den Bereichen Planung, Controlling und Steuerung sowie bei der Einbindung der Gremien (vgl. Tzn. 181 ff.).

Der **Sachaufwand** beinhaltet den Aufwand für den Beitragseinzug und für nicht programmbezogene Gemeinschaftssendungen, -einrichtungen und -aufgaben (GSEA) sowie den sonstigen Sachaufwand. Die Kommission erkennt für 2017 bis 2020 einen Sachaufwand der Anstalten von 5.564,1 Mio. € an. Davon entfallen auf die ARD 4.351,4 Mio. €, auf das ZDF 955,1 Mio. €, auf das Deutschlandradio 218,6 Mio. € und auf ARTE 39,0 Mio. €. Die Kommission kürzt bei der ARD 17,5 Mio. € unter Berücksichtigung der vorgenommenen Umschichtungen von 60,8 Mio. €. Bei ZDF, Deutschlandradio und ARTE erkennt die Kommission die Anmeldungen in voller Höhe an (vgl. Tzn. 220 ff.).

Die für die Periode 2017 bis 2020 anerkannten **Investitionsausgaben** betragen 2.528,2 Mio. €. Dies sind 47,1 Mio. € weniger als angemeldet wurden. Von dem anerkannten Bedarf entfallen auf die ARD 1.924,9 Mio. €, auf das ZDF 512,5 Mio. €, auf das Deutschlandradio 88,5 Mio. € und auf ARTE 2,3 Mio. € (vgl. Tzn. 264 ff.).

Die Kommission erkennt bei der ARD für die **Entwicklungsprojekte** „Digitaler Hörfunk“ (89,4 Mio. €) und „DVB-T2“ (31 Mio. €) für die Periode 2017 bis 2020 einen Finanzbedarf von insgesamt 120,4 Mio. € an. Das Entwicklungsprojekt „Bestandssicherung audiovisuelles Erbe“ wird nicht anerkannt. Gegenüber den Anmeldungen entspricht dies einer Kürzung um 181,1 Mio. €. Beim Deutschlandradio erkennt die Kommission für das Entwicklungsprojekt „Digitaler Hörfunk (DAB+)“ 63,6 Mio. € an. Dies entspricht einer Kürzung um 10,1 Mio. €. ARTE und ZDF haben für die Periode 2017 bis 2020 keine neuen Entwicklungsprojekte angemeldet (vgl. Tzn. 296 ff.).

Im Bereich der **Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit** setzt die Kommission wegen festgestellter Unwirtschaftlichkeiten Wirtschaftlichkeitsabschläge von insgesamt 21,1 Mio. € fest. Da bei den

Produktionsbetrieben keine substantiellen Verbesserungen der Wirtschaftlichkeit erkennbar sind und die Anstalten auch weiterhin kein verbessertes Benchmarking durchführen, nimmt die Kommission bei der ARD einen Abschlag von 17,2 Mio. € bzw. beim ZDF von 1,8 Mio. € vor. Aufgrund der festgestellten Unwirtschaftlichkeiten im Zusammenhang mit der Absetzung des Formats „Gottschalk live“ nimmt die Kommission bei der ARD einen weiteren Abschlag von 2,1 Mio. € vor. Eine Sonderuntersuchung hat erhebliche Wirtschaftlichkeitsreserven im IT-Bereich der Anstalten sichtbar gemacht. Daher sperrt die Kommission für die Jahre 2019 und 2020 Mittel in Höhe von 20 Mio. € jährlich. Die Kommission erwartet zum 21. Bericht ein Konzept der Anstalten, wie die vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt und die Wirtschaftlichkeitspotenziale gehoben werden können. Damit könnten dann die notwendigen Anschubinvestitionen durchgeführt werden (vgl. Tzn. 498 ff.).

Beim **Finanzausgleich** ist die Finanzausgleichsmasse staatsvertraglich ab 2017 von 1 % auf 1,6 % des ARD-Nettobeitragsaufkommens angehoben. Damit wird die Ertragssituation von RB und SR verbessert. Die Anstalten haben im Sachaufwand und bei den Investitionen 19,6 Mio. € angemeldet, die der Begleichung von Verbindlichkeiten von RB und SR im Rahmen des Finanzausgleichs 2013 bis 2016 dienen sollen. Die Kommission erkennt diesen Finanzbedarf nicht an. Sie weist RB und SR vorab insgesamt 28,275 Mio. € aus dem ARD-Nettobeitragsaufkommen 2017 bis 2020 zweckgebunden zu. Dabei sind auch 8,675 Mio. € für die Rückzahlung einer RB 2013 und 2014 gewährten Liquiditätshilfe berücksichtigt. Die Kommission erwartet, dass die von den ARD-Anstalten mit RB und SR vereinbarten Kooperationen fortgeführt und weiterentwickelt werden (vgl. Tzn. 527 ff.).

Der Bestand an **Mehrheitsbeteiligungen** ist gegenüber 2011 nahezu unverändert geblieben. Ende 2014 betrieben die Rundfunkanstalten 44 **Gemeinschaftssendungen, -einrichtungen und -aufgaben (GSEA)** ohne eigene Rechtspersönlichkeit, darunter neun wesentliche GSEA. Durch die Umstellung auf das Beitragsmodell sollen sich die Aufwendungen für den **Beitragsservice** im Jahr 2016 gegenüber dem Ausgangswert im Jahr 2012 um 18,3 % verringern. Das Personal beim Zentralen Beitragsservice soll von 1.224 Mitarbeiterkapazitäten im Jahr 2012 auf 995 im Jahr 2016 reduziert werden (vgl. Tzn. 551 ff.).

ARD und ZDF planen, die Aufwendungen für alle **Partnerprogramme** in der kommenden Periode zu erhöhen. Bei den **Spartenprogrammen** erhöht die ARD ihre Aufwendungen für tagesschau24 sowie ARD-alpha (zuvor BR-alpha) und reduziert sie für EinsPlus und Einsfestival. Der angesetzte Etat für EinsPlus ist vorläufig, da das Programm zu Gunsten des Jungen Angebots eingestellt wird. Das ZDF erhöht die Aufwendungen für ZDFneo und ZDFinfo. ZDFkultur wird zu Gunsten des „Jungen Angebots“ eingestellt, weshalb keine Ausgaben mehr vorgesehen sind (vgl. Tzn. 609 ff.).

Der durchgeführte **Budgetabgleich** für die Jahre 2013 bis 2016 gibt wichtige Hinweise zur Genauigkeit der Ertragsprognosen und zeigt den tatsächlichen Einsatz der Mittel. Auffällig sind starke Einsparungen bei der ARD im Programmbereich, während die geplanten Aufwendungen im Personalbereich und vor allem in der betrieblichen Altersversorgung sowohl bei ARD und ZDF als auch beim Deutschlandradio deutlich überschritten werden. Auf der Ertragsseite zeigen sich nahezu überall Zunahmen (vgl. Tzn. 16 ff.).

Die **Sendeleistung** des Ersten Programms, des ZDF-Hauptprogramms und der Dritten Programme ist gegenüber dem 19. Bericht nahezu konstant geblieben. Gleiches gilt für die Partner- und Spartenprogramme. Auch im Hörfunk zeigen sich keine nennenswerten Veränderungen in der Sendeleistung. Die Nutzung und die Kosten der **Telemedienangebote** von ARD, ZDF und Deutschlandradio nehmen weiterhin zu (vgl. Tzn. 25 ff.).

## **Zur Arbeit der Kommission**

---

Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) stellt den *Finanzbedarf* von ARD, ZDF, Deutschlandradio und ARTE fest. Auf dieser Basis empfiehlt sie den Ländern *Änderungen des Rundfunkbeitrags*, und zwar in Bezug auf die Höhe und den Anpassungstermin.

---

- Tz. 1** Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) stellt den Finanzbedarf von ARD, ZDF, Deutschlandradio und ARTE fest. Hierzu legen die Rundfunkanstalten der Kommission *Mittelfristige Finanzbedarfsplanungen* für eine vierjährige Periode vor. Die Kommission überprüft sie anhand der Maßstäbe von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Darüber hinaus orientiert sie sich hierbei an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Entwicklung der öffentlichen Haushalte. Auf der Basis des ermittelten Bedarfs empfiehlt die Kommission den Ländern gegebenenfalls Änderungen des Rundfunkbeitrags, und zwar in Bezug auf die Höhe und den Anpassungstermin.
- Tz. 2** Die Kommission berichtet den Landesregierungen alle zwei Jahre über die Finanzlage der Rundfunkanstalten. Dabei legt sie in der Regel abwechselnd einen Beitragsbericht mit Empfehlungen zur Beitragshöhe oder einen Zwischenbericht vor. Im Zwischenbericht werden Prognosen der Kommission geprüft und Veränderungen dokumentiert. Beim 20. Bericht handelt es sich um einen Beitragsbericht, in dem die Kommission auf der Basis des ermittelten Finanzbedarfs empfiehlt, ob und in welcher Höhe und zu welchem Zeitpunkt eine Änderung des Rundfunkbeitrags erforderlich ist.
- Tz. 3** Rechtliche Grundlage für die Arbeit der Kommission ist der *Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag* der Länder. Die Regelungen sind durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts geprägt.
- Tz. 4** Der Beitragsvorschlag der Kommission ist Grundlage für die Entscheidung der Landesregierungen und Landesparlamente. Von dem Vorschlag dürfen sie im Wesentlichen nur abweichen, wenn die Beitragshöhe den freien Zugang zu Informationen zu erschweren droht oder die Belastung der Rundfunkteilnehmer nicht mehr angemessen erscheint. Hierfür müssen nachprüfbare Gründe angegeben werden.
- Tz. 5** Zu den Beratungen der Kommission werden nach Bedarf Vertreter der Rundfunkanstalten hinzugezogen. Vor der abschließenden Meinungsbildung und Berichterstattung nehmen die Rundfunkkommission der Länder und die Rundfunkanstalten zum Berichtsentwurf der Kommission Stellung.
- Tz. 6** Die Kommission besteht aus 16 unabhängigen Sachverständigen; jedes Land benennt ein Mitglied. Die Mitglieder sollen über verschiedene fachliche Qualifikationen verfügen. Sie werden von den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder jeweils für fünf Jahre berufen; Wiederberufung ist zulässig. Die Kommission wählt aus ihrer Mitte den Vorsitzenden und einen oder zwei Stellvertreter.
- Tz. 7** Die Kommission trifft ihre Entscheidungen in Plenarsitzungen und hat fünf Arbeitsgruppen eingerichtet. Diese befassen sich vertieft mit den einzelnen Aufwands- und Ertragsblöcken und bereiten die Entscheidungen des Plenums vor:



- Arbeitsgruppe 1 für die Erträge und den Finanzausgleich zwischen den ARD-Anstalten;
- Arbeitsgruppe 2 für den Personalaufwand einschließlich der betrieblichen Altersversorgung;
- Arbeitsgruppe 3 für den Programmaufwand;
- Arbeitsgruppe 4 für den Sachaufwand, Investitionen, *Eigenmittel*, Kredite, Kosten der Programmverbreitung sowie technische Entwicklungsprojekte;
- Arbeitsgruppe 5 für die Entwicklung der KEF-Methoden und den Bericht zur Wirtschaftlichkeit der Rundfunkanstalten.

Mitglieder der Kommission sind:

Dr. Heinz Fischer-Heidlberger, Vorsitzender der Kommission, benannt durch Bayern für den Bereich Rechnungshöfe, Präsident des Bayerischen Obersten Rechnungshofs, Mitglied der Arbeitsgruppe 3;

Ralf Seibicke, Stellvertretender Vorsitzender der Kommission, benannt durch Sachsen-Anhalt für den Bereich Rechnungshöfe, Präsident des Landesrechnungshofs Sachsen-Anhalt a.D., Vorsitzender der Arbeitsgruppe 2, Mitglied der Arbeitsgruppe 5;

Klaus Behnke, benannt durch Rheinland-Pfalz für den Bereich Rechnungshöfe, Präsident des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz, Mitglied der Arbeitsgruppe 4;

Marion Claßen-Beblo, benannt durch Berlin für den Bereich Rechnungshöfe, Präsidentin des Rechnungshofs von Berlin, Mitglied der Arbeitsgruppe 1;

Prof. Dr. Martin Detzel, benannt durch Baden-Württemberg für den Bereich Betriebswirtschaft, Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg Karlsruhe, Mitglied der Arbeitsgruppe 1;

Hans-Joachim Gorsulowsky, benannt durch Schleswig-Holstein für den Bereich Medienwirtschaft und Medienwissenschaft, Diplom-Volkswirt, Mitglied der Arbeitsgruppe 2;

Dr. Norbert Holzer, benannt durch das Saarland für den Bereich Rundfunkrecht, Rechtsanwalt, Univ.-Dozent, Vorstand des Instituts für Europäisches Medienrecht, Mitglied der Arbeitsgruppe 3;

Ulrich Horn, benannt durch Thüringen für den Bereich Wirtschaftsprüfung und Unternehmensberatung, Diplom-Kaufmann, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Mitglied der Arbeitsgruppe 4;

Prof. Dr. Werner Jann, benannt durch Brandenburg für den Bereich Medienwirtschaft und Medienwissenschaft, Professor für Politikwissenschaft, Verwaltung und Organisation an der Universität Potsdam, Vorsitzender der Arbeitsgruppe 5, Mitglied der Arbeitsgruppe 3;

Prof. Dr. Helmuth Neupert, benannt durch Sachsen für den Bereich Rundfunkrecht, Notar a.D., Mitglied der Arbeitsgruppe 1;

Prof. Dr. Ulrich Reimers, benannt durch Niedersachsen für den Bereich Rundfunktechnik, Professor an der Technischen Universität Braunschweig, Leiter des Instituts für Nachrichtentechnik, Vorsitzender der Arbeitsgruppe 4, Mitglied der Arbeitsgruppe 5;

Horst Röper, benannt durch Nordrhein-Westfalen für den Bereich Medienwirtschaft und Medienwissenschaft, Diplom-Journalist, Geschäftsführer des FORMATT-Instituts in Dortmund, Vorsitzender der Arbeitsgruppe 3, Mitglied der Arbeitsgruppe 5;

Hubert Schulte, benannt durch Bremen für den Bereich Betriebswirtschaft, Diplom-Volkswirt, Staatsrat a.D., Mitglied der Arbeitsgruppe 2;

Dr. Tilmann Schweisfurth, benannt durch Mecklenburg-Vorpommern für den Bereich Rechnungshöfe, Diplom-Verwaltungswissenschaftler, Präsident des Landesrechnungshofs Mecklenburg-Vorpommern, Mitglied der Arbeitsgruppen 2 und 5;

Dr. Norbert Vogelpoth, benannt durch Hessen für den Bereich Wirtschaftsprüfung und Unternehmensberatung, Diplom-Kaufmann, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG, Frankfurt, Vorsitzender der Arbeitsgruppe 1, Mitglied der Arbeitsgruppe 5;

Dr. Gebhard Zemke, benannt durch Hamburg für den Bereich Wirtschaftsprüfung und Unternehmensberatung, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Partner der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, Mitglied der Arbeitsgruppe 4.

Geschäftsführer der Kommission ist Dr. Tim Schönborn, LL.M.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle sind Ass. iur. Ute Frey, M.A., Eckhard Rau, Diplom-Betriebswirt (FH), und Nicole Philipp, Sekretariat.

## **Die Bedarfsanmeldungen der Rundfunkanstalten**

## 1. Angemeldeter ungedeckter Finanzbedarf 2017 bis 2020

Für den Zeitraum 2017 bis 2020 weist die Anmeldung der Rundfunkanstalten einen zusätzlichen *Finanzbedarf* von insgesamt 2.025,2 Mio. € aus. Davon entfallen auf die ARD 1.558,3 Mio. €, auf das ZDF 383,0 Mio. € und auf das Deutschlandradio 83,8 Mio. €. Durch die Anrechnung der Sonderrücklage aus den Beitragsmehrerträgen der Jahre 2013 bis 2016 von insgesamt 1.589,5 Mio. € wird dieser Fehlbetrag bereits weitgehend gedeckt (vgl. Tabelle 2). Zu den 2.025,2 Mio. € kommt noch ein *ungedeckter Finanzbedarf* von ARTE in Höhe von 34,9 Mio. € hinzu. Dieser Bedarf wird gesondert aufgeführt, da ARTE nicht in das Verfahren zur Bildung und Auflösung der Sonderrücklage eingebunden ist (vgl. Tabelle 3).

Der angemeldete ungedeckte Finanzbedarf für 2017 bis 2020 beträgt danach insgesamt 435,7 Mio. €. Davon entfällt auf die ARD ein Fehlbetrag von 395,6 Mio. €, das ZDF meldet einen Überschuss von 4,5 Mio. € und das Deutschlandradio einen ungedeckten Finanzbedarf von 44,5 Mio. € an. Hinzu kommt noch der angemeldete ungedeckte Finanzbedarf von ARTE in Höhe von 34,9 Mio. €.

Die unveränderte Anerkennung dieses verbleibenden Fehlbetrags von insgesamt 470,6 Mio. € würde zu einer Erhöhung des Rundfunkbeitrags um monatlich 26,3 Cent führen, wovon 21,7 Cent auf die ARD, -0,2 Cent auf das ZDF, 2,4 Cent auf das Deutschlandradio, 1,9 Cent auf ARTE und 0,5 Cent auf die Landesmedienanstalten entfallen würden.

**Tz. 8** Nach § 1 *RFinStV* haben ARD, ZDF und Deutschlandradio der Kommission alle zwei Jahre ihren Finanzbedarf zu melden. Üblicherweise erfolgen die Bedarfsanmeldungen zum 30. April des betreffenden Jahres.

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder haben über Schlussfolgerungen aus der Evaluierung des neuen *Rundfunkbeitragsstaatsvertrags (RBStV)* und damit in Zusammenhang stehende Fragen, wie etwa die Reduzierung von *Werbung* und *Sponsoring* im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, erst im Rahmen ihrer Konferenz im Juni 2015 entschieden. Deshalb wurde das Verfahren zum 20. Bericht in Abstimmung mit der Rundfunkkommission der Länder von der KEF um vier Monate verschoben (s. zur Evaluierung des Rundfunkbeitragssystems auch Tz. 331).

Die Kommission ist der Auffassung, dass die Finanzausstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks unabhängig von politischen Einflüssen ermittelt werden muss. Dies setzt voraus, dass das diesbezügliche Verfahren frei von medienpolitischen Entscheidungen bleibt. Medienpolitische Festlegungen der Länder müssen demnach vor Beginn des Verfahrens zum 20. Bericht getroffen worden sein, um noch entsprechende Berücksichtigung bei der Ermittlung und Prüfung des Finanzbedarfs zu finden.

Die zeitliche Verschiebung gewährleistet ein verfassungsrechtlich geordnetes Bedarfsermittlungsverfahren, das die Auswirkungen der Evaluierung bereits in den Blick nehmen kann. Die Kommissi-

on betrachtet die Beschlüsse der Regierungschefinnen und Regierungschefs dabei als hinreichende Rechtsgrundlage, auf deren Basis die Rundfunkanstalten ihren Finanzbedarf anmelden können.

Davon ausgehend wurden die Bedarfsanmeldungen der ARD, des ZDF, des Deutschlandradios und von ARTE ausnahmsweise erst zum 31. August des Jahres 2015 angefordert und sind der Kommission in der Folge fristgerecht zugeleitet worden.

Der Planungszeitraum nach Abschluss der laufenden *Beitragsperiode* beginnt am 1. Januar 2017 und endet am 31. Dezember 2020. Die Planungen basieren auf den Ist-Zahlen des Jahres 2013. Als zusätzliche Information über die aktuelle Entwicklung haben die Rundfunkanstalten das Ist-Ergebnis 2014 geliefert.

Die Kommission hat gemeinsam mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten eine Methode der Finanzbedarfsfeststellung entwickelt (*IIVF* = Indexgestütztes Integriertes Prüf- und Berechnungsverfahren).

Tz. 9

Auf der ersten Stufe wird der Finanzbedarf für Bestandsaufwendungen und Entwicklungsprojekte ermittelt. Zugleich erfolgt, sofern Potenziale der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit festgestellt wurden, eine entsprechende Bedarfsminderung.

Der sich daraus ergebende Finanzbedarf wird gemindert um Erträge außerhalb des Beitragsaufkommens und um *anrechenbare Eigenmittel*. Zusätzlich erfolgen Korrekturen früherer Planannahmen aufgrund von *Soll-Ist-Vergleichen* und *Budgetabgleichen* sowie aufgrund eventueller Bestandsanpassungen.

Das hiernach ermittelte Zwischenergebnis führt zur Feststellung des aus Beiträgen zu deckenden Finanzbedarfs.

Der Abgleich mit den voraussichtlichen Erträgen aus dem Rundfunkbeitrag ergibt den von der Kommission festzustellenden Fehlbetrag bzw. Überschuss.

Angesichts der Umstellung von dem Gebühren- auf das Beitragsmodell zum 1. Januar 2013 war die Prognose der Beitragsentwicklung für 2013 bis 2016 von großer Unsicherheit begleitet. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten müssen diejenigen Beitragseinnahmen, die den von der Kommission im 19. Bericht für diesen Zeitraum festgestellten Finanzbedarf übersteigen, in ein Sondervermögen einstellen. Der eingestellte Betrag ist einer Beitragsrücklage zuzuführen. Die Anstalten dürfen die Beitragsrücklage bis einschließlich 2016 grundsätzlich nicht zur Deckung ihres Aufwands verwenden.

Tz. 10

Die Beitragsrücklage aus der laufenden Periode 2013 bis 2016 ist vollständig in das Verfahren der Bedarfsermittlung für die Periode 2017 bis 2020 eingespeist worden.

Tz. 11

Bei der Würdigung der Summe „Angemeldeter ungedeckter Finanzbedarf“ von ARD, ZDF und Deutschlandradio von insgesamt 435,7 Mio. € in Tabelle 2 ist zu beachten, dass dieser Fehlbetrag

bereits durch den *Sondereffekt* der Verrechnung der Beitragsrücklage aus 2013 bis 2016 von insgesamt 1.589,5 Mio. € gemindert ist. Ohne diesen Sondereffekt weist die Berechnung der Anstalten insgesamt einen zusätzlichen Finanzbedarf von 2.025,2 Mio. € aus.

Die Herleitung der angemeldeten ungedeckten Finanzbedarfe von ARD und Deutschlandradio sowie des Überschusses des ZDF ist ebenfalls Tabelle 2 zu entnehmen. Für den Zeitraum 2017 bis 2020 hat die ARD einen ungedeckten Finanzbedarf von 395,6 Mio. € angemeldet. Das ZDF weist einen Überschuss von 4,5 Mio. €, das Deutschlandradio einen ungedeckten Finanzbedarf von 44,5 Mio. € aus.

**Tab. 2 Angemeldeter ungedeckter Finanzbedarf von ARD, ZDF und Deutschlandradio 2017 bis 2020**  
(in Mio. €)

	ARD	ZDF	DRadio	Gesamt
<b>Erträge</b>	26.685,8	8.963,5	927,1	36.576,4
<b>Aufwendungen</b>	-28.091,1	-9.265,7	-928,9	-38.285,8
<b>Ergebnis Betriebshaushalt</b>	<b>-1.405,3</b>	<b>-302,3</b>	<b>-1,8</b>	<b>-1.709,4</b>
<b>Einnahmen</b>	2.390,8	629,1	65,0	3.085,0
<b>Ausgaben</b>	-2.808,6	-637,7	-65,4	-3.511,7
<b>Ergebnis Investitionshaushalt/Finanzvorschau</b>	<b>-417,8</b>	<b>-8,6</b>	<b>-0,4</b>	<b>-426,7</b>
im Betriebshaushalt nicht enthaltener Entwicklungsbedarf	-301,5		-85,0	-386,5
Überleitung zur modifizierten Planungsmethode	200,5	-12,6	1,7	189,5
Sonderfaktoren ZDF		-70,0		-70,0
Überschuss der Beitragsperiode 2013-2016	1.528,6	397,9	41,1	1.967,5
davon:				
Einstellung Sonderrücklage Beitragsmehrerträge 2013-2016	1.162,8	387,5	39,3	1.589,5
<b>Angemeldeter ungedeckter Finanzbedarf</b>	<b>-395,6</b>	<b>4,5</b>	<b>-44,5</b>	<b>-435,7</b>
Entnahme Sonderrücklage Beitragsmehrerträge 2013-2016	-1.162,8	-387,5	-39,3	-1.589,5
<b>Zusätzlicher Finanzbedarf vor Entnahme Sonderrücklage Beitragsmehrerträge 2013-2016</b>	<b>-1.558,3</b>	<b>-383,0</b>	<b>-83,8</b>	<b>-2.025,2</b>

**Tz. 12** ARTE weist einen ungedeckten Finanzbedarf von 34,9 Mio. € aus. Dieser Fehlbetrag setzt sich wie folgt zusammen:

**Tab. 3 Angemeldeter ungedeckter Finanzbedarf von ARTE 2017 bis 2020** (in Mio. €)

<b>Bestandsbedarf 2017-2020</b>	<b>- 32,7</b>
<b>Umsatzsteuer auf Koordinationsleistungen</b>	<b>- 2,2</b>
<b>Angemeldeter ungedeckter Finanzbedarf</b>	<b>-34,9</b>

**Tz. 13** Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat am 27. Januar 2016 eine Novellierung des WDR-Gesetzes verabschiedet (in Kraft getreten am 13. Februar 2016). Danach dürfen ab 2017 im Jahresdurchschnitt nur noch 75 Minuten Hörfunkwerbung pro Werktag statt bisher 90 Minuten gesendet werden. Die Ausstrahlung ist auf zwei Programme begrenzt. Ab 2019 sinkt die Obergrenze für die werktägliche Ausstrahlung von Hörfunkwerbung auf 60 Minuten im Monatsdurchschnitt in nur noch einem Programm.

Die Kommission berücksichtigt die Folgen der Gesetzesnovellierung im Verfahren zum 20. Bericht nicht, da die Rechtsänderungen erst nach Beginn des Verfahrens erfolgten (vgl. Tz. 8). Zudem hat die ARD Zahlen vorgelegt, die im Verfahren nicht mehr auf ihre Belastbarkeit überprüft werden konnten.

Die unveränderte Anerkennung des angemeldeten Finanzbedarfs von insgesamt 470,6 Mio. € würde zu einer Erhöhung des Rundfunkbeitrags um monatlich 26,3 Cent führen, wovon 21,7 Cent auf die ARD, -0,2 Cent auf das ZDF, 2,4 Cent auf das Deutschlandradio und 1,9 Cent auf ARTE entfallen würden. Aufgrund des in § 10 Abs. 1 *RFinStV* festgelegten Anteils der Landesmedienanstalten von 1,8989 % des Rundfunkbeitragsaufkommens hätten diese mit 0,5 Cent an der Beitragserhöhung teil. Insgesamt würde sich ein Rundfunkbeitrag von monatlich 17,76 € ergeben.

Tz. 14

## 2. Periodenvergleich

Im Vergleich zu den Feststellungen im 19. Bericht für 2013 bis 2016 erhöht sich der gesamte Finanzbedarf der Anstalten gemäß den Anmeldungen für 2017 bis 2020 um 3.534,2 Mio. € auf 38.517,6 Mio. €. Das entspricht 2,4 % p.a. Dieser erhöhte Bedarf wird im Wesentlichen durch die höheren laufenden Erträge und die Verwendung der Sonderrücklage aus den Beitragsmehrerträgen der Jahre 2013 bis 2016 gedeckt. Es verbleibt ein angemeldeter ungedeckter Finanzbedarf von 435,7 Mio. € (ohne ARTE).

**Tz. 15** Im Folgenden wird ein Vergleich des Finanzbedarfs der abgeschlossenen Periode 2013 bis 2016 mit dem für 2017 bis 2020 vorgenommen. Es zeigt sich, dass ARD, ZDF und Deutschlandradio insgesamt einen um rund 3,5 Mrd. € erhöhten Finanzbedarf ausweisen.

Der Finanzbedarf setzt sich wie folgt zusammen:

**Tab. 4** Periodenvergleich Finanzbedarf für Bestand und Entwicklung gem. Feststellung 19. Bericht mit Anmeldung 20. Bericht (in Mio. €)

	Feststellung 19. KEF-Bericht 2013-2016	Anmeldung 20. KEF-Bericht 2017-2020	Veränderung		Veränderung Durchschnittlich p.a.	
ARD	25.712,8	28.240,1	2.527,3	9,8 %	631,8	2,4 %
ZDF	8.350,4	9.264,8	914,4	11,0 %	228,6	2,6 %
DRadio	920,2	1.012,7	92,5	10,1 %	23,1	2,4 %
Gesamt	34.983,4	38.517,6	3.534,2	10,1 %	883,5	2,4 %

Dieser erhöhte Bedarf wird durch die höheren laufenden Erträge und die Verwendung der Sonderrücklage aus den Beitragsmehrerträgen der Jahre 2013 bis 2016 weitgehend gedeckt. Es verbleibt ein angemeldeter ungedeckter Finanzbedarf von 435,7 Mio. € (ohne ARTE).

Die im Vergleich höhere Veränderungsrate des ZDF ist darauf zurückzuführen, dass das ZDF in der Periode 2017 bis 2020 erstmals an dem zweckgebundenen Beitragsanteil von 25 Cent zur Schließung der *BilMoG-Deckungsstocklücke* Altersversorgung beteiligt wird. Bereinigt um diesen Sonder-effekt, beläuft sich die Veränderung beim ZDF auf 9,7 % bzw. auf 2,3 % durchschnittlich p.a.



## **Budgetabgleich für den Zeitraum 2013 bis 2016**

---

Die Kommission legt einen *Budgetabgleich* für die Jahre 2013 bis 2016 vor. Zu beachten ist, dass zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Berichts noch keine Ist-Daten für die Jahre 2015 und 2016 vorliegen. Für diese Jahre werden die aktualisierten Planzahlen angesetzt. Der Budgetabgleich gibt wichtige Hinweise zur Genauigkeit der Ertragsprognosen und zeigt den tatsächlichen Einsatz der Mittel. Er macht deutlich, in welchen Bereichen die Anstalten Umschichtungen vorgenommen und Einsparungen erzielt oder Mehrausgaben geleistet haben.

Der Budgetabgleich für 2013 bis 2016 zeigt starke Einsparungen bei der ARD im Programmaufwand. Demgegenüber überschreiten ARD, ZDF und Deutschlandradio den geplanten Personalaufwand deutlich. Das gilt vor allem für die *betriebliche Altersversorgung*.

Auf der Ertragsseite zeigen sich nahezu überall Zunahmen, vor allem bei den Erträgen aus Beiträgen. Hier liegen ARD, ZDF und Deutschlandradio deutlich über den von der Kommission im 19. Bericht anerkannten Werten.

---

## 1. Vorbemerkung

**Tz. 16** Die Anstalten melden ihren Bedarf auf der Basis einer *mittelfristigen Finanzbedarfsplanung* für einen Zeitraum von jeweils vier Jahren an. Alle Daten zu den einzelnen Ertrags- und Aufwandsarten sind deshalb Planzahlen. Die Kommission überprüft diese gemäß § 14 *Rundfunkstaatsvertrag* entsprechend den Grundsätzen von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.

**Tz. 17** Gemäß § 3 Abs. 5 des *Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags* sollen die Planzahlen zur Vermeidung einer Überfinanzierung mit den Ist-Zahlen abgeglichen werden. Dies geschieht regelmäßig vor allem in den sog. Zwischenberichten jeweils in der Mitte der *Beitragsperiode*. Die Anstalten sind grundsätzlich frei darin, für welche Aufwandsarten (Programmaufwand, Personalaufwand etc.) die Mittel eingesetzt werden. Gegenüber der Kommission ist die Mittelverwendung plausibel zu begründen.

Die Kommission legt hiermit zum zweiten Mal einen Vergleich der Plan- und Ist-Zahlen vor, den sog. Budgetabgleich. Gegenübergestellt sind für die Periode 2013 bis 2016 die von der Kommission anerkannten Beträge in den jeweiligen Ertrags- und Aufwandsarten des 19. Berichts einerseits und die Anmeldungen zum 20. Bericht andererseits. Die anerkannten Beträge des 19. Berichts sind an die Struktur der Anmeldungen zum 20. Bericht angepasst, daraus ergeben sich gelegentliche Abweichungen zu den Darstellungen in einzelnen Aufwands- und Ertragsarten. Dabei liegen nur für die Hälfte der Periode Ist-Werte vor (2013 und 2014), für den Rest der Periode werden die aktualisierten Planzahlen angesetzt.

**Tz. 18** Der Budgetabgleich gibt wichtige Hinweise zur Genauigkeit der verschiedenen Prognosen bei den unterschiedlichen Kategorien des Aufwands und der Erträge. Er zeigt den tatsächlichen Einsatz der Mittel und dokumentiert die jeweiligen Abweichungen zum anerkannten Bedarf in den jeweiligen



Aufwandsbereichen. Aus diesen Differenzen kann die Kommission Folgerungen bei der Bedarfsfeststellung ableiten und z.B. die Basis für die Fortschreibung einzelner Aufwandsarten verändern.

Der Budgetabgleich zeigt auch, in welchen Bereichen die Anstalten Umschichtungen und Einsparungen vorgenommen oder Mehrausgaben geleistet haben. Während der Periode nicht verwendete oder festgelegte Mittel sind für die nächste Periode einzusetzen. Insoweit reduzieren sie den künftigen Bedarf.

## 2. ARD

Tab. 5 Budgetabgleich Aufwand ARD 2013 bis 2016 (in Mio. €)

	Feststellung 19. KEF-Bericht	Anmeldung 20. KEF-Bericht	Mehr (+) und Minder- (-) Aufwand	
Programmaufwand	9.780,4	9.653,5	-126,9	-1,3%
Programmverbreitung	749,6	652,9	-96,6	-12,9%
Personalaufwand (ohne AV)	6.525,4	6.675,0	149,6	2,3%
Aufwand Altersversorgung	2.473,6	2.658,2	184,5	7,5%
Sachaufwand	3.994,1	4.086,2	92,1	2,3%
Sonstiger Aufwand	1.900,3	2.286,9	386,6	20,3%
Investitionen	1.781,6	1.606,6	-175,0	-9,8%
Summe Bestandsbedarf	27.205,0	27.619,3	414,3	1,5%
Entwicklungsbedarf (inkl. Projektinvestitionen)	208,9	223,5	14,7	7,0%
Summe	27.413,9	27.842,7	428,9	1,6%

Tz. 19 Insgesamt ist der von der ARD im 20. Bericht angemeldete Aufwand für 2013 bis 2016 um 428,9 Mio. € größer als im 19. Bericht anerkannt. Zugleich wurden aber für das Programm 126,9 Mio. € weniger aufgewendet als von der Kommission anerkannt. Auch der Aufwand für die Programmverbreitung liegt mit 96,6 Mio. € unter der Feststellung im 19. Bericht (s. Tabelle 5). Diese Abweichungen führen überwiegend zu Umschichtungen in den Personalaufwand (vgl. Tz. 113).

Alle anderen Aufwandsbereiche des Bestandsaufwands mit Ausnahme der Investitionen (-175 Mio. €) zeigen einen Mehraufwand: Personalaufwand ohne Altersversorgung 149,6 Mio. €, betriebliche Altersversorgung 184,5 Mio. € sowie Sachaufwand 92,1 Mio. €. Insgesamt werden daher ca. drei Viertel des zusätzlichen Aufwands (334,1 Mio. € von 429 Mio. €) im Bereich Personal eingesetzt.

Tab. 6 Budgetabgleich Erträge ARD 2013 bis 2016 (in Mio. €)

	Feststellung 19. KEF-Bericht	Anmeldung 20. KEF-Bericht	Mehr (+) und Minder- (-) Erträge	
Beitragserrträge	21.849,7	22.604,2	754,6	3,5%
Rückflüsse LMA	147,2	157,8	10,6	7,2%
Werbeerträge	421,1	446,2	25,1	6,0%
Sponsoring	86,2	111,6	25,4	29,5%
Finanzerträge	687,5	631,6	-55,9	-8,1%
Erträge aus Kostenerstattungen	424,3	414,4	-9,9	-2,3%
Beteiligungserträge	39,1	32,0	-7,1	-18,2%
Sonstige betriebliche Erträge	1.623,5	1.944,7	321,2	19,8%
Sonstiges	74,7	7,0	-67,8	-90,7%
Summe	25.353,3	26.349,5	996,2	3,9%

Tz. 20 Die Gesamterträge übersteigen die Feststellungen der Kommission im 19. Bericht deutlich und liegen beinahe 1 Mrd. € über den Erwartungen. Den größten Anteil haben dabei die Beitragsmehrerträge mit 754,6 Mio. €. Davon sind ca. 195 Mio. € auf die um 25 Cent über der Empfehlung der Kommission liegende Beitragsfestsetzung durch den Rundfunkstaatsvertrag ab 1. April 2015

zurückzuführen, der Rest auf den Anstieg der angemeldeten Wohnungen in 2014 aufgrund der hohen *Direktanmeldungen*. Aber auch die *Rückflüsse* aus den Landesmedienanstalten (10,6 Mio. €), die Werbe- (25,1 Mio. €) und insbesondere die Sponsoringerträge (25,4 Mio. €) und die *Sonstigen betrieblichen Erträge* (321,2 Mio. €) liegen über den im 19. Bericht angesetzten Erträgen. Bei den Sonstigen betrieblichen Erträgen ist der hohe Zuwachs (321,2 Mio. €) zu einem großen Teil (160,4 Mio. €) durch Erträge aus der Auflösung von *Sonstigen Rückstellungen* bedingt. Zum 19. Bericht meldete die ARD hierfür noch keine Erträge an.

Ertragsrückgänge zeigen sich dagegen bei den Finanzerträgen (-55,9 Mio. €), den Erträgen aus *Kostenerstattungen* (-9,9 Mio. €) sowie den Beteiligungserträgen (-7,1 Mio. €).

### 3. ZDF

Tab. 7 Budgetabgleich Aufwand ZDF 2013 bis 2016 (in Mio. €)

	Feststellung 19. KEF-Bericht	Anmeldung 20. KEF-Bericht	Mehr- (+) und Minder- (-) Aufwand	
Programmaufwand	4.851,9	4.854,0	2,1	0,0%
Programmverbreitung	263,1	267,3	4,2	1,6%
Personalaufwand (ohne AV)	1.200,8	1.208,3	7,5	0,6%
Aufwand Altersversorgung	322,7	419,5	96,8	30,0%
Sachaufwand	917,8	899,6	-18,2	-2,0%
Sonstiges	758,4	810,3	51,8	6,8%
Investitionen	401,3	426,2	24,9	6,2%
Summe Bestandsbedarf	8.716,0	8.885,2	169,2	1,9%
Entwicklungsbedarf	43,2	42,6	-0,6	-1,4%
Summe	8.759,2	8.927,7	168,6	1,9%

Tz. 21 Insgesamt liegt der Aufwand des ZDF für die Periode 2013 bis 2016 um 168,6 Mio. € über dem anerkannten Aufwand im 19. Bericht. Der Aufwand für das Programm, für Personal und für die Programmverbreitung ist fast identisch mit der Feststellung der Kommission im 19. Bericht. Der festgestellte Sachaufwand wird um 18,2 Mio. € unterschritten, die Investitionen um 24,9 Mio. € und die betriebliche Altersversorgung um 96,8 Mio. € überschritten. Damit geht ein großer Teil des gesamten zusätzlichen Aufwands in den Bereich der betrieblichen Altersversorgung.

Tab. 8 Budgetabgleich Erträge ZDF 2013 bis 2016 (in Mio. €)

	Feststellung 19. KEF-Bericht	Anmeldung 20. KEF-Bericht	Mehr- (+) und Minder- (-) Erträge	
Beitragserträge (ARD-Systematik)	7.589,8	7.725,7	136,0	1,8%
Werbeumsätze	515,7	574,3	58,6	11,4%
Sponsoring	52,0	54,7	2,7	5,2%
Zinserträge	41,9	37,1	-4,8	-11,5%
Erträge aus Kostenerstattungen	33,2	32,9	-0,2	-0,7%
Beteiligungserträge	38,8	33,7	-5,1	-13,1%
Sonstige betriebliche Erträge	412,3	424,3	12,0	2,9%
Summe	8.683,6	8.882,8	199,2	2,3%

Tz. 22 Beim ZDF liegen die Gesamterträge um beinahe 200 Mio. € über den Feststellungen im 19. Bericht. Auch beim ZDF machen die Erträge aus Beiträgen den größten Teil aus (136,0 Mio. €). Hinzu kommen Mehrerträge aus der Werbung (58,6 Mio. €), dem Sponsoring (2,7 Mio. €) sowie aus den Sonstigen betrieblichen Erträgen (12,0 Mio. €). Ertragsrückgänge zeigen sich dagegen bei den Erträgen aus Kostenerstattungen (-0,2 Mio. €), den Zinserträgen (-4,8 Mio. €) sowie den Beteiligungserträgen (-5,1 Mio. €).

## 4. Deutschlandradio

Tab. 9 Budgetabgleich Aufwand Deutschlandradio 2013 bis 2016 (in Mio. €)

	Feststellung 19. KEF-Bericht	Anmeldung 20. KEF-Bericht	Mehr- (+) und Minder- (-) Aufwand	
Programmaufwand	209,5	213,3	3,7	1,8%
Programmverbreitung	105,9	96,9	-9,0	-8,5%
Personalaufwand	230,7	227,8	-2,9	-1,3%
Aufwand Altersversorgung	66,2	78,0	11,8	17,9%
Sachaufwand	199,3	200,8	1,5	0,7%
Investitionen	90,8	86,1	-4,6	-5,1%
Summe Bestandsbedarf	902,4	902,9	0,5	0,1%
Entwicklungsbedarf	27,2	30,1	2,9	10,6%
	929,7	933,0	3,4	0,4%

Der anerkannte Gesamtaufwand des Deutschlandradios im 19. Bericht stimmt mit den Anmeldungen im 20. Bericht fast vollkommen überein. Für den Programmaufwand hat das Deutschlandradio dabei 3,7 Mio. € mehr angesetzt als im 19. Bericht anerkannt. Dagegen werden die Feststellungen für den Aufwand der Programmverbreitung (-9,0 Mio. €), der Personalaufwand ohne Altersversorgung (-2,9 Mio. €) und die Investitionen (-4,6 Mio. €) unterschritten. Ein deutlicher Anstieg und damit die größte Abweichung zeigt sich wiederum für den Aufwand zur Altersversorgung (11,8 Mio. €). Für den Sachaufwand entsprechen die Zahlen im Wesentlichen der Feststellung der Kommission (Überschreitung von 1,5 Mio. €).

Tz. 23

Tab. 10 Budgetabgleich Erträge Deutschlandradio 2013 bis 2016 (in Mio. €)

	Feststellung 19. KEF-Bericht	Anmeldung 20. KEF-Bericht	Mehr- (+) und Minder- (-) Erträge	
Beitragserträge	798,2	837,6	39,3	4,9%
Finanzerträge	8,5	6,8	-1,8	-20,9%
Erträge aus Kostenerstattungen	2,9	1,8	-1,1	-37,9%
Beteiligungserträge	0,4	0,5	0,1	25,0%
Sonstige betriebliche Erträge	30,3	41,5	11,2	37,0%
Summe	840,3	888,1	47,8	5,7%

Das Deutschlandradio zeigt wie die ARD und das ZDF eine deutliche Überschreitung der Gesamterträge (47,8 Mio. €). Auch hier entfällt der weitaus größte Teil auf eine Zunahme der Beitragserträge (39,3 Mio. €). Im Vergleich dazu sind die Feststellungen für die Zinserträge (-1,8 Mio. €) sowie die Erträge aus Kostenerstattungen (-1,1 Mio. €) zum Teil erheblich unterschritten worden. Die Beteiligungserträge (0,1 Mio. €) sowie die Sonstigen betrieblichen Erträge (11,2 Mio. €) liegen deutlich über der Feststellung der Kommission im 19. Bericht.

Tz. 24





## **Leistungsbericht**

---

Die Erstsendeanteile des Ersten, des Zweiten und der Dritten Programme sind gesunken. Sie liegen für 2014 bei 62,0 %, 62,7 % bzw. 32,8 %.

Die öffentlich-rechtlichen Fernsehprogramme weisen im Kernbereich (Erstes Programm, ZDF und Dritte Programme) für das Jahr 2014 folgende Sendeleistungen aus: 0,5 Mio. Sendeminuten für das Erste Programm der ARD, 0,5 Mio. für das ZDF und 4,1 Mio. für die Dritten Programme.

Die Sendeleistung der Partnerprogramme liegt in 2014 bei 1,4 Mio. Sendeminuten und die der Spartenprogramme bei 3,7 Mio. Sendeminuten.

Im Hörfunk liegt die Sendeleistung von ARD und Deutschlandradio für 2014 bei 32,4 Mio. Sendeminuten. Der Wortanteil beträgt 39,6 %.

Die Nutzung und die Kosten der Online-Angebote von ARD, ZDF und Deutschlandradio nehmen weiterhin zu.

---

- Tz. 25** Der Leistungsbericht basiert auf Informationen, die von den einzelnen Rundfunkanstalten zuge-  
liefert werden. Zur Dokumentation der quantitativen Leistungen der Rundfunkanstalten werden  
ausgewählte Statistiken zur Sendeleistung und zum Ressourceneinsatz bei Fernsehen, Hörfunk und  
Telemedien betrachtet.
- Tz. 26** Die Kommission weist ausdrücklich darauf hin, dass sie gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 *RFinStV* die Pro-  
grammautonomie der Anstalten zu wahren hat. Sie nimmt daher mit diesem Leistungsbericht keine  
qualitative Programmbewertung vor. Mit dem Bericht soll über die quantitativen Leistungen der  
öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Transparenz hergestellt werden.
- Tz. 27** Methodisch werden im Leistungsbericht vor allem Querschnitt- und Längsschnittbetrachtungen  
vorgenommen. Erstere geben den Zustand zu einem bestimmten Zeitpunkt wieder. In der Regel  
handelt es sich im vorliegenden Leistungsbericht um Daten für das Jahr 2014. Dagegen dokumen-  
tieren die Zeitreihen, wie sich die Leistungsparameter im Untersuchungszeitraum von 2005 bis 2014  
entwickelt haben.

## 1. Fernsehen

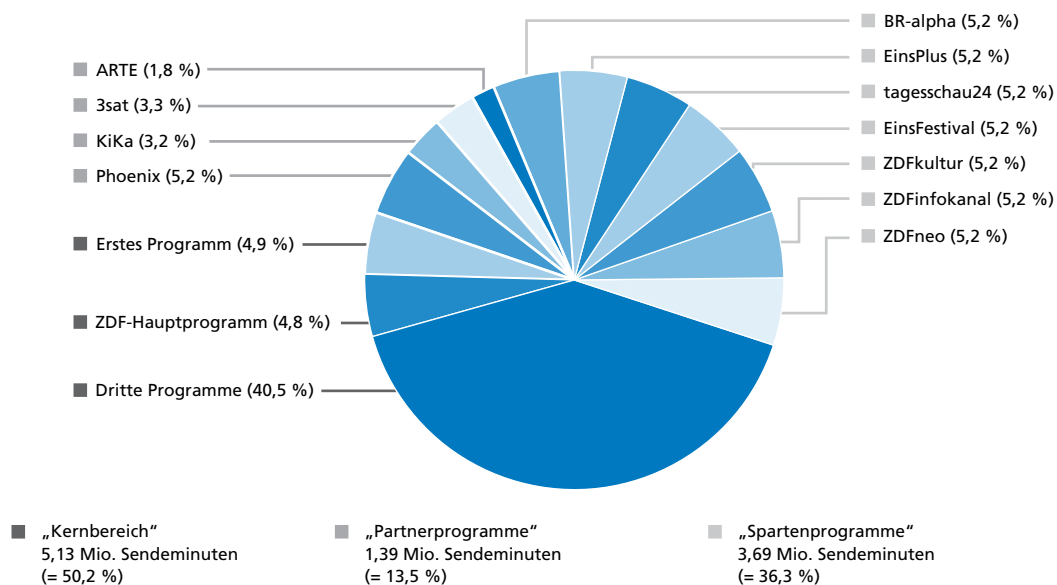
Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben im Jahr 2014 rund 10,1 Mio. Sendeminuten ausgestrahlt. Davon entfallen 5,1 Mio. Sendeminuten auf den Kernbereich, 1,4 Mio. Sendeminuten auf die Partnerprogramme und 3,7 Mio. Sendeminuten auf die Spartenprogramme (s. Abbildung 1).

Tz. 28

**Abb. 1 Gesamtsendeminuten und Sendeanteile öffentlich-rechtlicher Kanäle 2014**

### Zusammensetzung 2014

Gesamtsendeleistung Fernsehen = 10,137 Mio. Sendeminuten



Im „Kernbereich“ werden die Programmleistungen des Hauptprogramms der ARD und des ZDF sowie der Dritten Fernsehprogramme der ARD erfasst.

Als „Partnerprogramme“ werden die von ARD und ZDF gemeinsam veranstalteten Programme bezeichnet, also 3sat (seit 1984, zusammen mit Partnern aus Österreich und der Schweiz), KiKa (seit 1997), Phoenix (seit 1997) und ARTE (seit 1992, mit französischen Partnern).

„Spartenprogramme“ haben im Unterschied zu Vollprogrammen einen inhaltlichen Schwerpunkt und eine Zielgruppe. ARD und ZDF veranstalten jeweils drei solcher Programme, die zuvor auch als Digitalprogramme bezeichnet wurden (EinsPlus, EinsFestival, tagesschau24 bzw. ZDFneo, ZDFkultur, ZDFInfo). Der BR unterhält mit BR-alpha (seit Juni 2014 ARD-alpha) ein weiteres Programm.

Die Anzahl der *Gesamtsendeminuten* der öffentlich-rechtlichen Rundfunkprogramme hat sich von 2005 bis 2014 erhöht (s. Abbildung 2). Sie liegt 325.161 Sendeminuten über dem Wert von 2005.

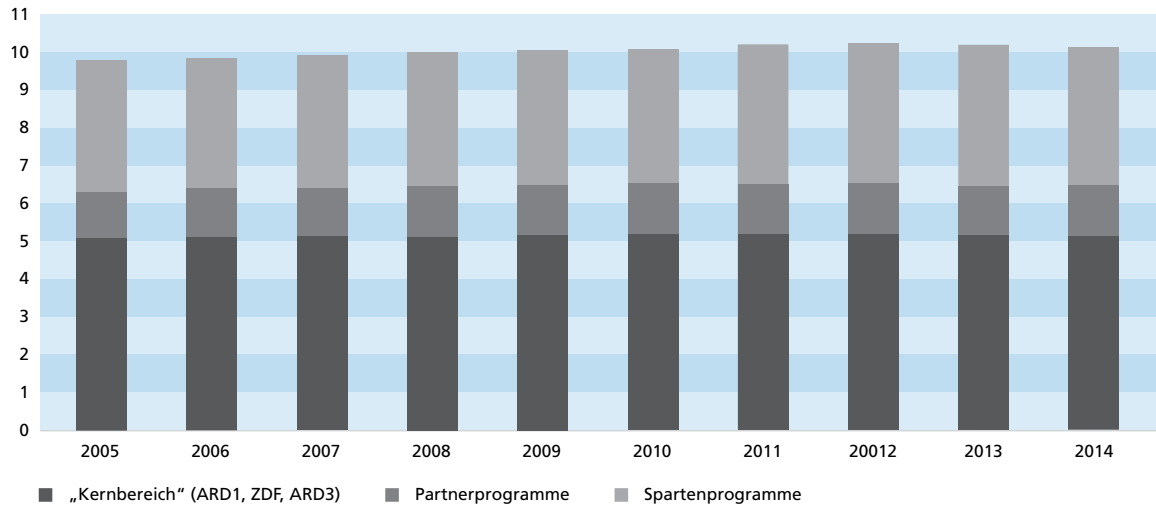
Tz. 29

Die einzelnen Bereiche zeigen dabei unterschiedliche Entwicklungen. Im Kernbereich wurden die Gesamtsendeminuten gegenüber 2005 um 88.601 Minuten erhöht. Demgegenüber erhöhte sich die Sendeleistung bei den Spartenprogrammen deutlich um 195.424 Minuten. Für die Partnerprogramme wird mit 41.136 Minuten der geringste Zuwachs an Sendeleistung im Vergleich zu 2005 festgestellt.

Tz. 30

**Abb. 2 Entwicklung der Gesamtsendeminuten**

in Mio. Sendeminuten



**Tz. 31** Im Kernbereich verringerte sich die Anzahl der *Erstsendeminuten* um 74.277 Minuten im Vergleich zu 2005. Differenziert nach einzelnen Programmen zeigen sich unterschiedliche Entwicklungen:

Im Ersten Programm wurde die Sendeleistung um 11.268 Erstsendeminuten weniger ausgestrahlt. Das entspricht einem Niveau von 96,4 % gegenüber dem Ausgangswert 2005 = 100 %.

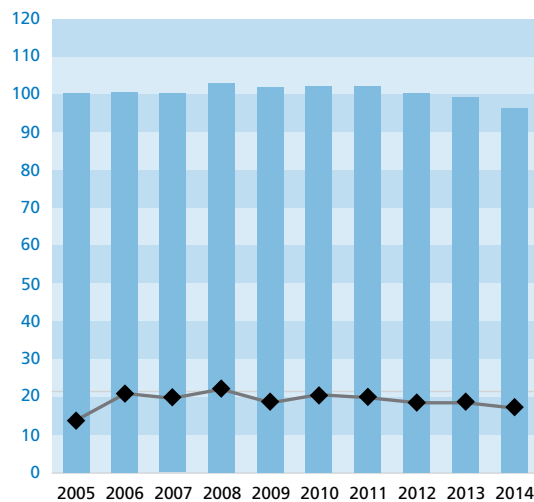
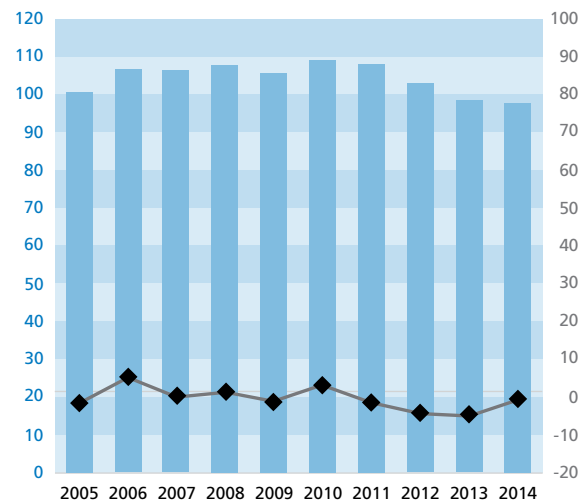
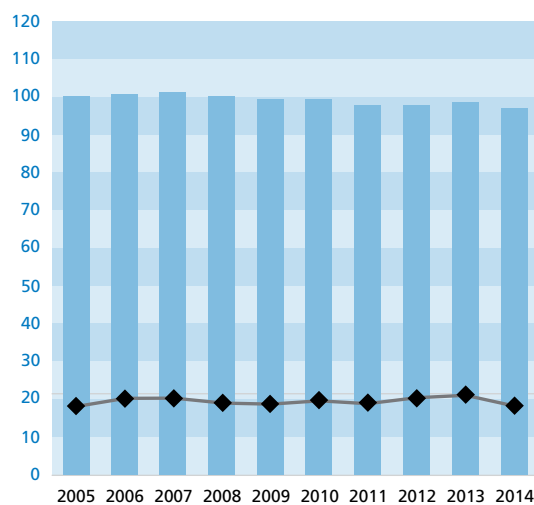
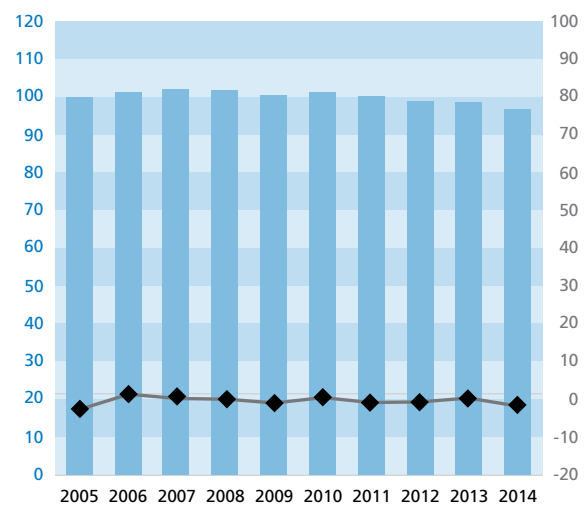
Die Dritten Programme zeigen eine ähnliche Tendenz. Hier haben sich die Erstsendeminuten um 54.289 gegenüber 2005 verringert. Das entspricht 96,12 % des Ausgangswerts.

Auch das ZDF weist im Kernbereich einen Rückgang der Sendeleistung um 8.720 Erstsendeminuten aus. Das entspricht 97,2 % gegenüber 2005 (s. Abbildung 3).

Das Erste, das Zweite und die Dritten Programme haben in den zurückliegenden Jahren ihre Erstsendeleistung immer weiter reduziert. Vergleichbare Entwicklungen lassen sich auch für den Anteil der Erstsendeminuten in der Prime Time des Ersten und des Zweiten Programms beobachten.

**Abb. 3 Entwicklung der Erstsendeminuten (2005 = 100)**

in %

**Erstes Programm****ZDF-Hauptprogramm****Dritte Programme****Kernbereich gesamt**

■ Entwicklung seit 2005    ◆ Veränderung zum Vorjahr

Ergänzend sind in Tabelle 11 die jährlichen Anteile der Erstsendeminuten an den Gesamtsendeminuten für die Programme im Kernbereich dargestellt. Das Erste Programm zeigt seit 2005 einen Rückgang bei den Erstsendeanteilen. Der Anteil der Erstsendeminuten schwankt zwischen 62 % und 66 %. Auch der Erstsendeanteil für das ZDF sinkt für 2014 gegenüber 2005. Die Erstsendeanteile der Dritten Programme wurden zwischen 2005 und 2014 ebenfalls reduziert. Sie liegen aber innerhalb der Schwankungsbreiten der letzten zehn Jahre.

Tz. 32

Tab. 11 Erstsendeanteile im Kernbereich 2005 bis 2014 (in %)

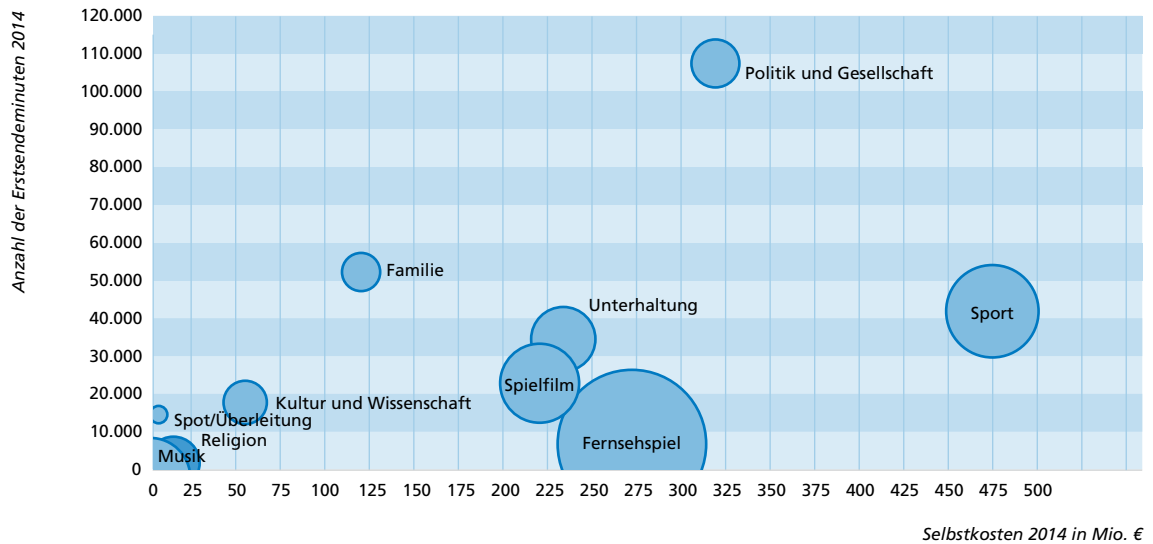
	Erstes Programm	Zweites Programm	Dritte Programme	Kernbereich gesamt
2005	64,4	64,5	34,8	40,6
2006	65,1	68,4	34,7	41,0
2007	64,8	68,6	34,6	40,8
2008	66,3	69,0	34,1	40,5
2009	65,9	68,3	33,5	39,9
2010	66,1	70,3	32,8	39,7
2011	65,9	69,7	32,7	39,3
2012	64,3	66,1	32,8	39,0
2013	63,9	63,2	33,3	39,1
2014	62,0	62,7	32,8	38,5

**Tz. 33** Die Kommission betrachtet auch die Relation aus Sendeleistung und Kosten in ausgewählten Programmen. Der Umfang der Sendezeit sowie der Ressourceneinsatz für bestimmte Programmbereiche lassen Rückschlüsse auf die von den Anstalten gesetzten Schwerpunkte zu. Nachfolgend wird diese Prioritätensetzung für das Jahr 2014 auszugsweise dargestellt (s. Abbildung 4 bis 6 für Fernsehen sowie Abbildung 9 und 10 für Hörfunk).

In den folgenden Abbildungen sind die Kosten auf der x- und die Sendezeit auf der y-Achse abzulesen. Das Verhältnis aus Kosten und Sendezeit ist durch die Größe der Kreisfläche abgebildet. Große Kreise deuten demnach auf hohe Kosten je Erstsendeminute und kleine Kreise auf geringe Kosten je Erstsendeminute hin.

**Tz. 34** Das Erste Programm zeigt hinsichtlich der Erstsendeminuten eine deutliche Vorrangstellung für das Ressort „Politik und Gesellschaft“. Mit deutlichem Abstand folgen die Ressorts „Familie“, „Sport“, „Unterhaltung“ und „Spielfilm“ (s. Abbildung 4). Für die *Selbstkosten* ergibt sich eine andere Rangfolge. Der finanziell bedeutendste Programmbereich ist im Ersten Programm der „Sport“ mit 461,8 Mio. €, gefolgt von „Politik und Gesellschaft“, „Fernsehspiel“, „Unterhaltung“ sowie „Spielfilm“. Die höchsten Selbstkosten pro Erstsendeminute wendet die ARD im Ersten Programm für das Ressort „Fernsehspiel“ auf, gefolgt von „Sport“, „Spielfilm“, „Unterhaltung“ und „Religion“.

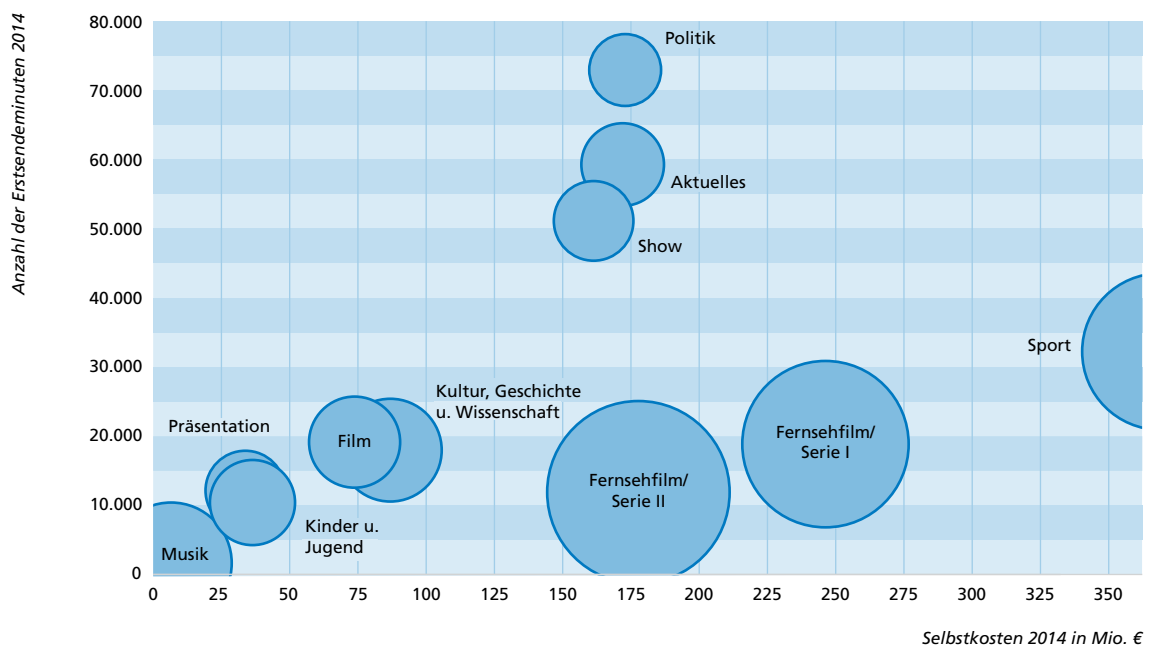
Abb. 4 Sendeleistung und Kosten im Ersten Programm



Das ZDF gibt, gemessen an den Erstsendeminuten, dem Programmbereich „Politik“ die höchste Priorität, gefolgt von „Aktuelles“, „Show (Unterhaltung)“ sowie „Sport“ (s. Abbildung 5). Der finanziell bedeutendste Programmbereich ist beim ZDF der „Sport“ mit 368,0 Mio. €. Mit etwas größerem Abstand folgen „Fernsehfilm I und II“, „Politik“ und „Aktuelles“. Die höchsten Selbstkosten pro Erstsendeminute wendet das ZDF für das Ressort „Fernsehfilm/Serie II“ auf, gefolgt von „Fernsehfilm/Serie I“ und „Sport“.

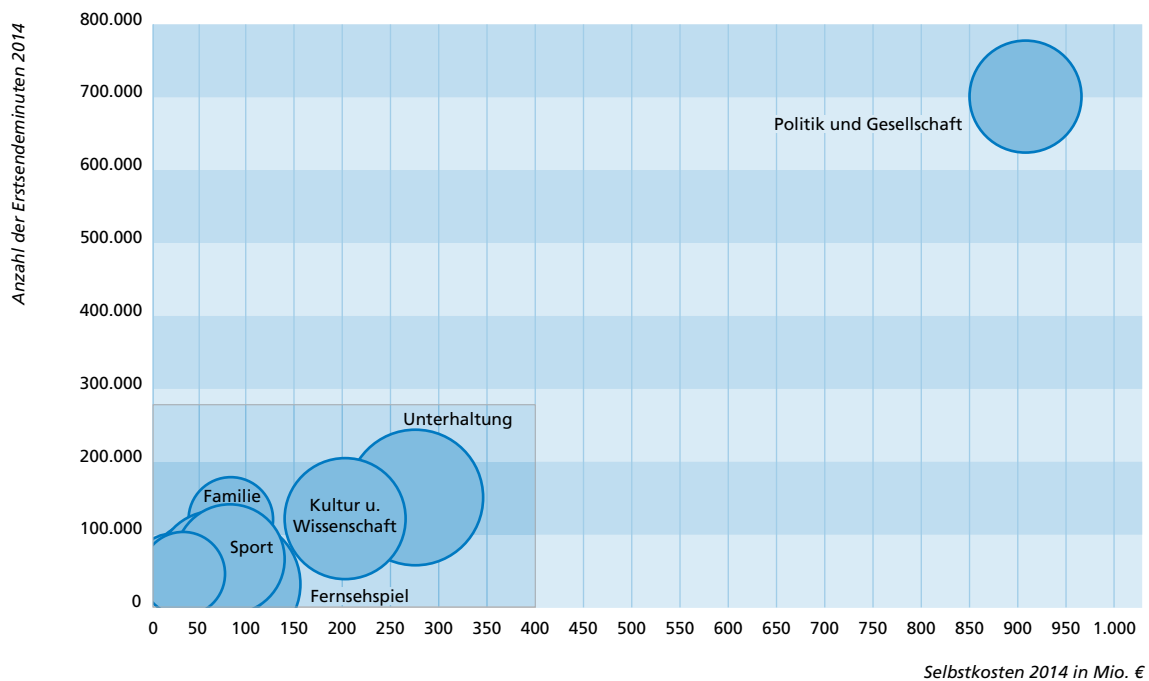
Tz. 35

Abb. 5 Sendeleistung und Kosten beim ZDF



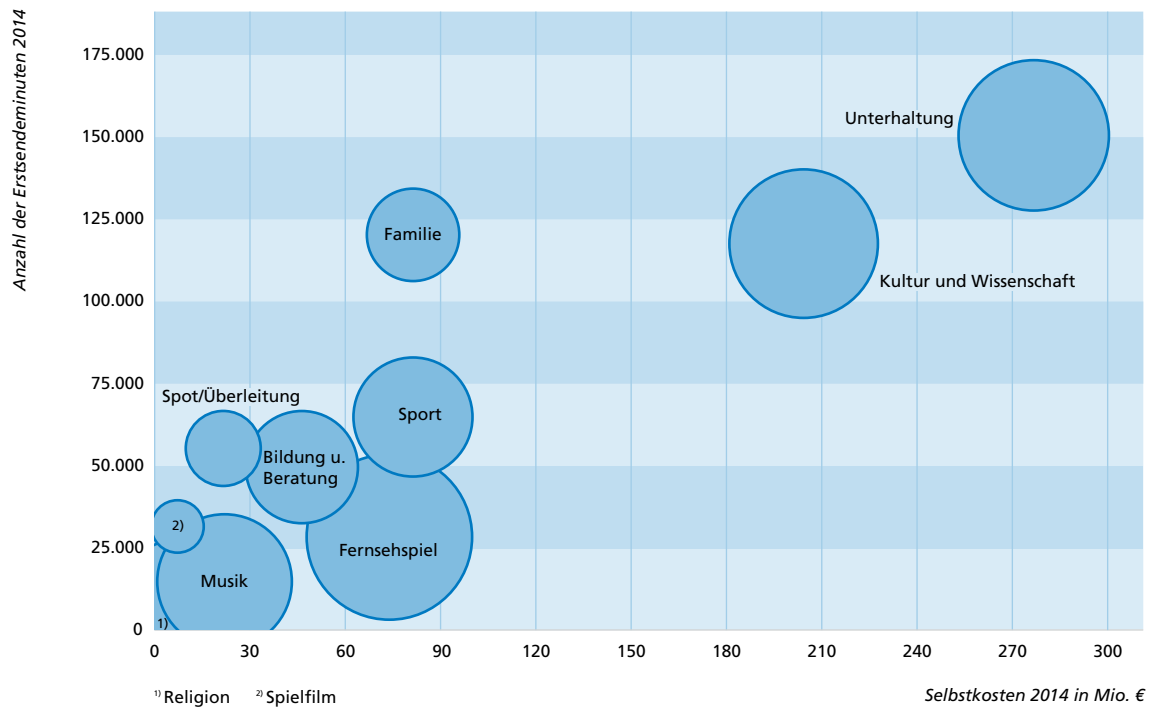
**Tz. 36** Die Dritten Programme zeigen hinsichtlich der Erstsendeminuten einen deutlichen Vorrang für das Ressort „Politik und Gesellschaft“. Mit großem Abstand folgen die Ressorts „Unterhaltung“, „Familie“ und „Kultur und Wissenschaft“ (s. Abbildung 6). Für die Selbstkosten ergibt sich eine ähnliche Prioritätensetzung. Das Ressort „Politik und Gesellschaft“ hat die höchste Priorität gefolgt von „Unterhaltung“ sowie „Kultur und Wissenschaft“. Die höchsten Selbstkosten pro Erstsendeminute wendet die ARD in den Dritten Programmen für das Ressort „Fernsehspiel“ auf, gefolgt von „Religion“, „Unterhaltung“ und „Kultur und Wissenschaft“.

**Abb. 6** Sendeleistung und Kosten bei den Dritten Programmen





Detailansicht zu Abb. 6 (Rahmen aus Abb. 6)

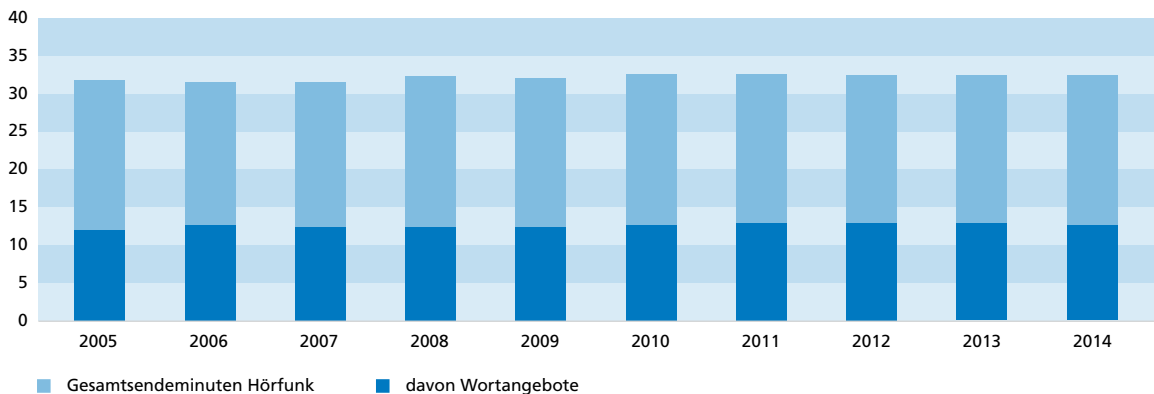


## 2. Hörfunk

**Tz. 37** Im Hörfunk wurden 2014 32,4 Mio. Sendeminuten ausgestrahlt (s. Abbildung 7). Davon entfallen 30,8 Mio. Minuten auf die ARD und 1,7 Mio. Minuten auf das Deutschlandradio. Der Anteil an Wortangeboten für 2014 liegt bei 39,6 %. Das entspricht 12,8 Mio. Sendeminuten.

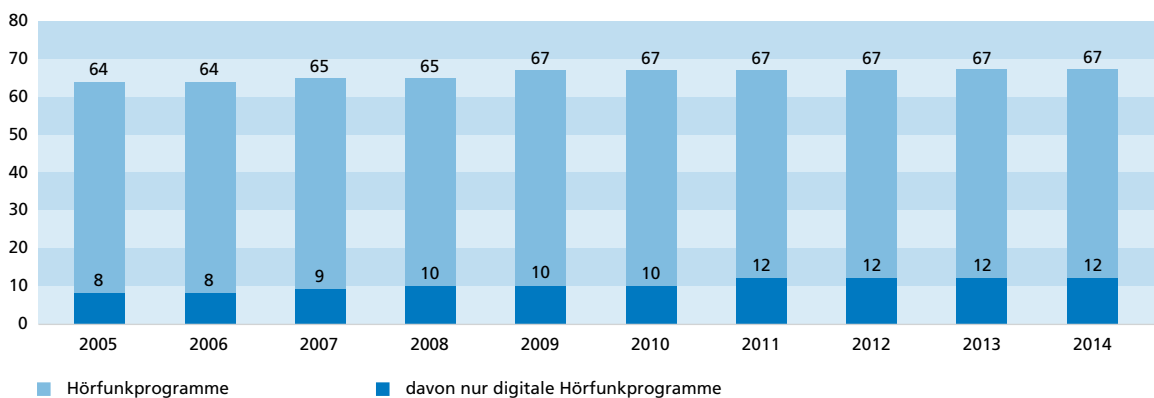
**Abb. 7** Entwicklung der Sendeminuten im Hörfunk

in Mio. Sendeminuten



**Tz. 38** Im Jahr 2014 haben die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten 67 Hörfunkprogramme angeboten. Zwölf davon werden ausschließlich digital ausgestrahlt (s. Abbildung 8). Die Gesamtzahl der Hörfunkprogramme ist seit 2009 konstant. Dagegen erhöhte sich die Zahl der ausschließlich digital ausgestrahlten Programme von 2005 bis 2014 um vier Programme. Nicht angegeben sind fünf Hörfunkprogramme, die gemäß Landesrecht veranstaltet werden. Die Landesrundfunkanstalten dürfen so viele digitale terrestrische Hörfunkprogramme veranstalten, wie sie Länder versorgen (vgl. § 11c Abs. 2 Satz 2 RStV; dies sind: Bremen Next, NDR Traffic, NDR Blue, NDR Info Spezial, KIRAKA).

**Abb. 8** Anzahl der Hörfunkprogramme



Anmerkung: ohne Hörfunkprogramme, die gemäß Landesrecht zusätzlich beauftragt wurden (vgl. §11c Abs. 2 Satz 2 RStV).

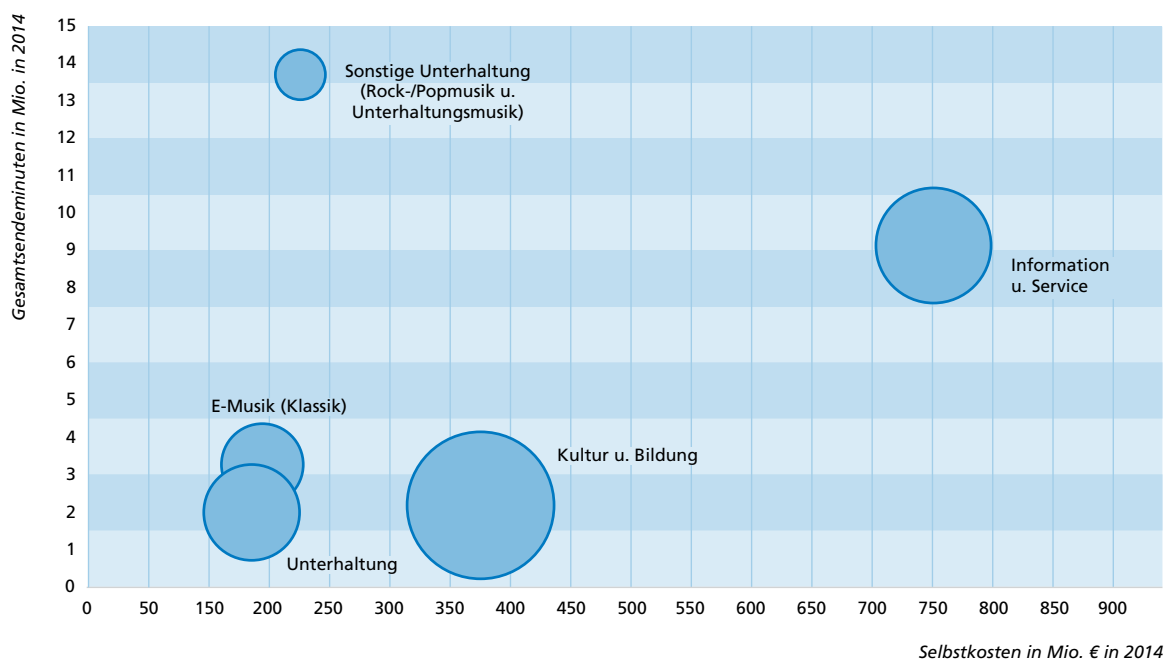
**Tz. 39** Die Kommission betrachtet auch für den Hörfunk die Prioritätensetzung (vgl. Tz. 33). Allerdings weichen die Definitionen von jenen im Bereich Fernsehen ab. Für den Hörfunk wird die Gesamtzahl

der Sendeminuten den Selbstkosten gegenübergestellt. Analog zur weiter oben beschriebenen Vorgehensweise werden zunächst die Gesamtsendeminuten, dann die Selbstkosten und schließlich das Verhältnis von Selbstkosten und Sendeminute beschrieben.

Der ARD-Hörfunk weist hinsichtlich der Anzahl der Sendeminuten eine deutliche Priorität für die Ressorts „Sonstige Musik“ (umfasst Sendezeiten der Rock-, Pop- und Unterhaltungsmusik) und „Information und Service“ auf. Diese haben mit 13,8 bzw. 9,2 Mio. die meisten Sendeminuten (s. Abbildung 9). Für die Selbstkosten zeigt sich eine andere Rangfolge. Hier hat das Ressort „Information und Service“ die mit großem Abstand höchste Priorität. Weit dahinter folgen „Kultur/Bildung“, „Sonstige Musik“, „E-Musik“ und „Unterhaltung“. Die Kosten pro Sendeminute sind am höchsten im Ressort „Kultur/Bildung“, gefolgt von „Information und Service“, „Unterhaltung“, „E-Musik“ und „Sonstige Musik“.

Tz. 40

**Abb. 9 Sendeleistung und Kosten beim ARD-Hörfunk**

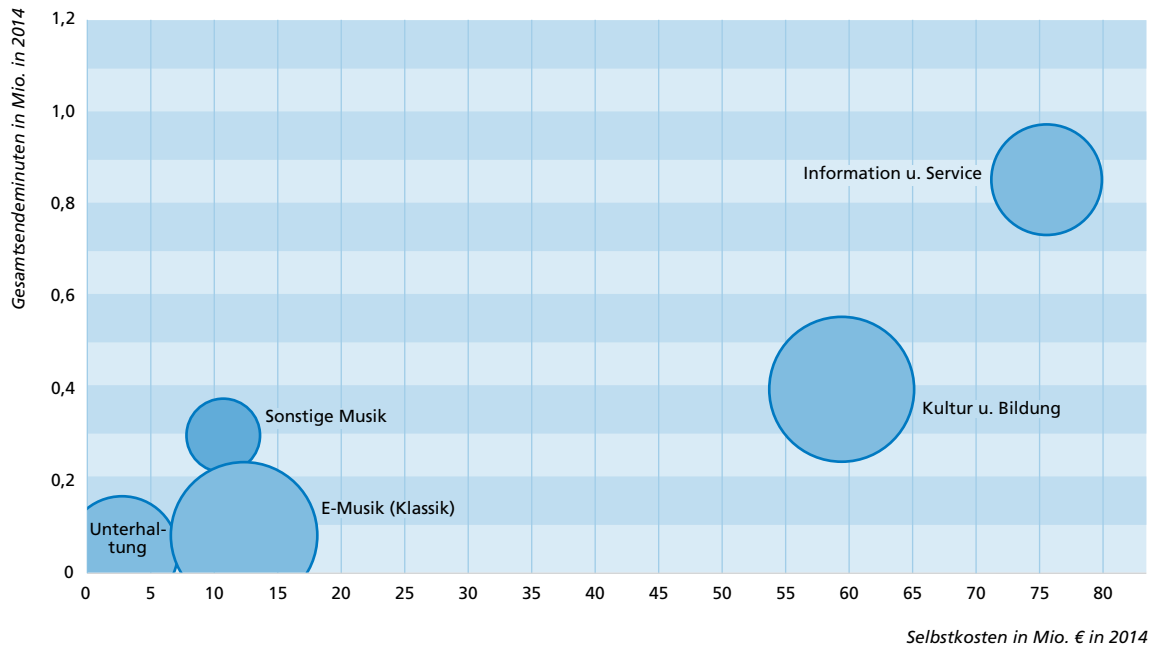


Anmerkung: Das Ressort Sonstige Musik umfasst die früheren Ressorts „Rock/Popmusik“ sowie „Unterhaltungsmusik“.

Das Deutschlandradio hat im Ressort „Information und Service“ die meisten Sendeminuten ausgestrahlt. Mit deutlichem Abstand folgen „Kultur und Bildung“, „Sonstige Musik“, „E-Musik“ und „Unterhaltung“ (s. Abbildung 10). Im Hinblick auf die Selbstkosten ist die Reihenfolge der Ressorts nur leicht verändert. Die höchste Priorität weist erneut „Information und Service“ auf, gefolgt von „Kultur und Bildung“, „E-Musik“, „Sonstige Musik“, „Unterhaltung“. Die höchsten Selbstkosten je Sendeminute wendet das Deutschlandradio für die Ressorts „Unterhaltung“ sowie „Kultur und Bildung“ auf; mit Abstand folgen „E-Musik“, „Information und Service“ und „Sonstige Musik“.

Tz. 41

Abb. 10 Sendeleistung und Kosten beim Deutschlandradio



Anmerkung: Das Ressort „Sonstige Musik“ umfasst die früheren Ressorts „Rock/Popmusik“ sowie „Unterhaltungsmusik“.

### 3. Telemedien/Online

#### 3.1 Nutzung der Online-Angebote

Die Kommission dokumentiert das Angebot und die Nutzung von Online-Angeboten seit dem 17. Bericht. Anders als bei den Darstellungen zum Fernsehen und zum Hörfunk erfolgt zunächst die Darstellung der Nutzung von Online-Angeboten und erst danach werden die dazugehörigen Kosten ausgewiesen (s. Tzn. 46 ff.).

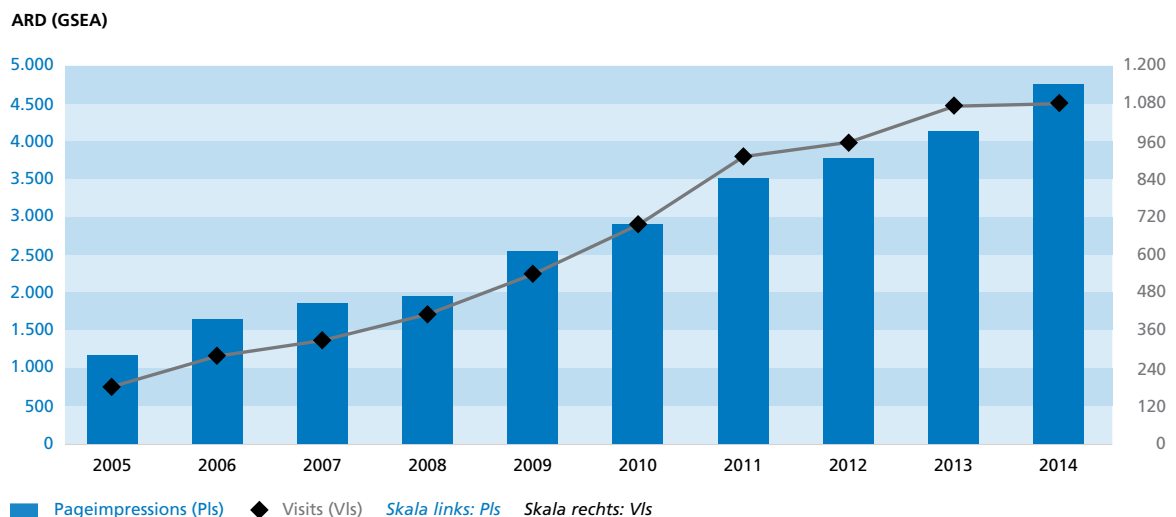
Tz. 42

Die Darstellung der Seitenabrufe basiert auf den Indikatoren *Pageimpressions* und *Visits*. Immer neue Anwendungen und Nutzungsmöglichkeiten machen es jedoch erforderlich, die Leistungsdaten online auf eine neue belastbare Grundlage zu stellen. Dazu bedarf es neuer Erhebungsinstrumente, die gegenwärtig von den Rundfunkanstalten erarbeitet werden.

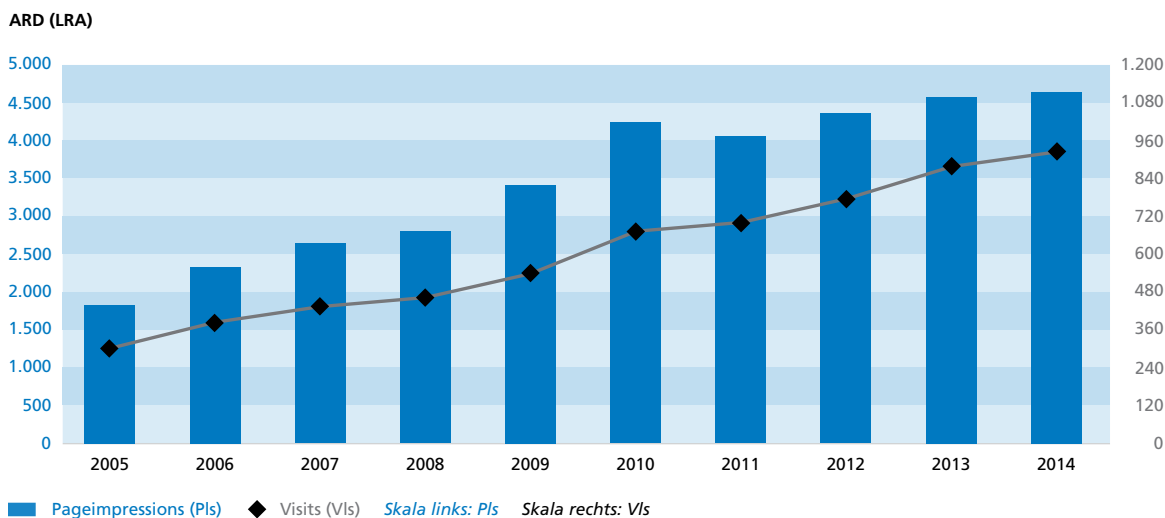
Die Nutzung der gemeinsamen ARD-Online-Angebote (GSEA) weist sowohl für die *Pageimpressions* als auch für die *Visits* einen Anstieg aus (s. Abbildung 11). Für das Jahr 2014 ist dieser Anstieg allerdings weniger stark als in den Vorjahren. Gegenüber 2005 vervierfachten sich *Pageimpressions*. Die *Visits* entsprechen 2014 nahezu dem Sechsfachen des Ausgangsniveaus von 2005. Die Nutzung der Online-Angebote der Landesrundfunkanstalten zeigt bei den *Visits* und *Pageimpressions* ebenfalls einen Anstieg.

Tz. 43

**Abb. 11 Nutzung der ARD-Online-Angebote (GSEA) – Teil 1**  
Jahressumme in Mio.

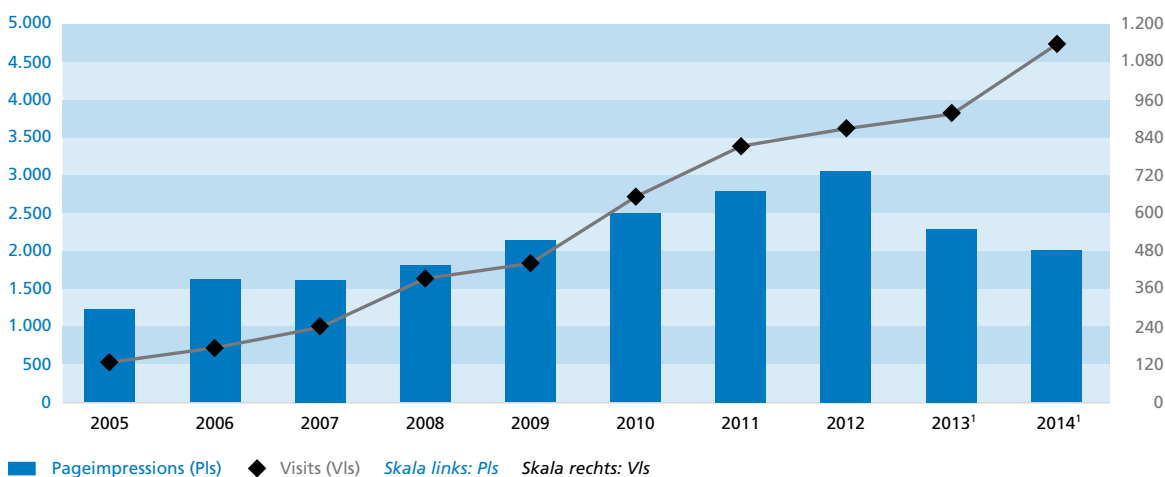


**Abb. 11 Nutzung der ARD-Online-Angebote (LRA) – Teil 2**  
Jahressumme in Mio.



**Tz. 44** Bei den Online-Angeboten des ZDF steigen die Nutzungszahlen seit 2005. Dieser Trend ist wie bei der ARD ungebrochen, zumindest für die Anzahl der Visits (s. Abbildung 12). Für die Zahl der Pageimpressions hat sich die Zählung verändert, sodass die Daten für 2013 und 2014 nicht mit den Vorjahren vergleichbar sind. Das ZDF weist darauf hin, dass die Messverfahren der Angebote in den Jahren 2013 und 2014 nacheinander von SZM (Skaliertes Zentrales Messverfahren) auf SZMng (Skaliertes Zentrales Messverfahren next generation) umgestellt wurden. Damit verbunden waren Ausfallzeiten und Probleme mit der Auswertung der neu gewonnenen Nutzungszahlen, die insbesondere die Datenerfassung bei der Nutzung von mobil abrufbaren Angeboten und Apps betreffen. Aus diesem Grund konnte vor allem bei den Pageimpressions (PIs) die Leistung einzelner Monate nicht vollständig ausgewertet werden; die Jahreswerte sind daher weder mit den Vorjahren, noch mit denen anderer Mitbewerber vergleichbar.

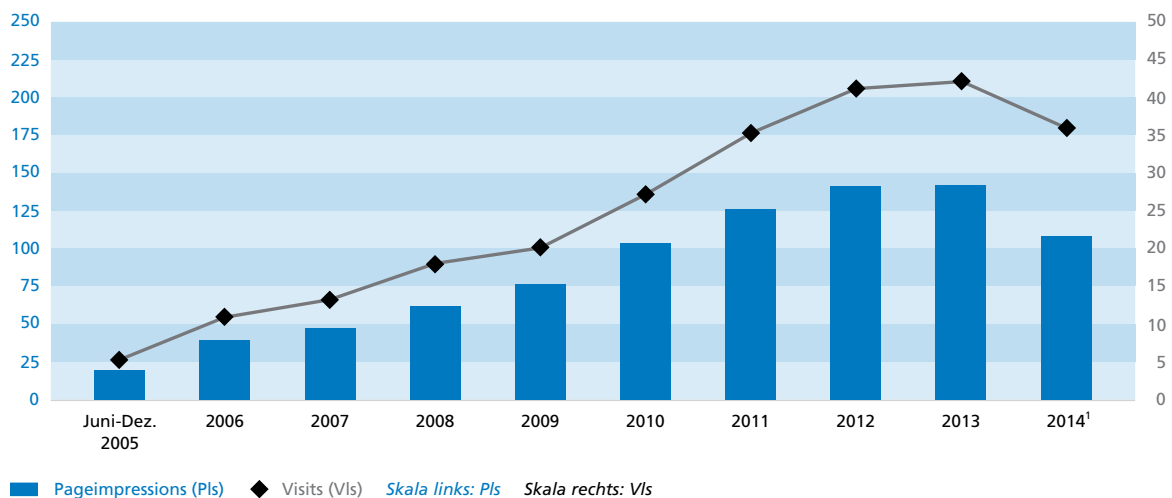
**Abb. 12 Nutzung der ZDF-Online-Angebote**  
Jahressumme in Mio.



<sup>1</sup> Umstellung der Datenerfassung von SZM (Skaliertes Zentrales Messverfahren) auf SZMng (Skaliertes Zentrales Messverfahren next generation).

Die Online-Angebote des Deutschlandradios werden ebenfalls immer stärker genutzt (s. Abbildung 13). Auch hier zeigt sich gegenüber 2005 ein deutliches Wachstum, das sich aber seit 2013 etwas abschwächt. Allerdings haben sich Veränderungen in der Datenbasis ergeben. Seit 2014 ist DRadio Wissen nicht mehr in den Daten enthalten und wird separat erfasst. Daher ist der Jahreswert für 2014 nicht mit den Vorjahren vergleichbar. Tz. 45

**Abb. 13 Nutzung der Deutschlandradio-Online-Angebote**  
Jahressumme in Mio.



<sup>1</sup> Ohne DRadio Wissen, da Deutschlandradio den Zählanbieter gewechselt hat und erst wieder in 2015 geschlossene Datenreihen liefern kann.

### 3.2 Kosten für Telemedien

Das Angebot der Telemedien ist in § 11d RStV geregelt. Kernbestandteile des Angebots sind die Webseiten der Anstalten, die Mediatheken, Apps, HbbTV-Plattformen sowie Podcasts und Video-text. Tz. 46

Nicht unter den Telemedienbegriff fallen die linearen und zum zeitgleichen Empfang bestimmten Livestreaming-Angebote. Sie sind daher nicht Bestandteil der Telemedienkosten.

Auch bei den Kosten für *Webchannels* sowie für *Untertitelung* und *Audiodeskription* im Fernsehen handelt es sich um Kosten der linearen Verbreitung. Aus Gründen der Transparenz erfassen die Anstalten diese Kosten zusätzlich. In den nachfolgenden Auswertungen werden sie getrennt dargestellt.

Die stetig wachsende Online- wie auch die zunehmende Mobilnutzung führen dazu, dass die Abrufzahlen von Audio- und Videoangeboten sich weiterhin dynamisch entwickeln. Als Folge dieses Nutzungsverhaltens steigen die Kosten der Telemedien. Auch der künftig geplante HD-Umstieg im Online Bereich führt zu steigenden Bereitstellungskosten.

ARD und ZDF werden in 2016 ein neues Online-Jugendangebot starten. Das gemeinsame „Junge Angebot“ soll zielgruppenorientiert für 14- bis 29-Jährige einen angemessenen Anteil an Informationen, Wissen und Bildung enthalten. Im Gegenzug werden die digitalen Fernsehkanäle EinsPlus und ZDFkultur eingestellt. Für das neue Angebot ist ein Budget von bis zu 45 Mio. € pro Jahr vorgesehen. Zwei Drittel davon soll von der ARD und ein Drittel vom ZDF finanziert werden. Beide haben durch finanzwirksame Selbstverpflichtungen (§ 3 Abs. 3 RFinStV) erklärt, das neue Angebot ohne zusätzlichen Finanzbedarf durch Umschichtungen aus dem Bestand zu finanzieren.

DRadio Wissen hat sein Programm 2014 neu ausgerichtet. Das Deutschlandradio beabsichtigte durch diese Programmreform eine deutlich jüngere Zielgruppe anzusprechen. Durch einen neuen Netzauftritt soll sich das Programm deutlicher von den beiden Schwesterprogrammen Deutschlandfunk und Deutschlandradio Kultur abheben.

ARTE setzt verstärkt auf eine bimediale Ausrichtung durch Zusammenwachsen von Fernsehen und Online. Durch die Spezifizierung seines Online-Angebots – ARTE LIVE, ARTE+7, ARTE FUTURE, ARTE CREATIVE, ARTE CONCERT – bietet der Sender ein breites Spektrum für jüngere Generationen. Dieses wird seit 2014 durch das thematische Angebot ARTE INFO und ARTE CINEMA ergänzt.

### 3.2.1 Gesamtüberblick über die Kostenbereiche

**Tz. 47** Die Gesamtkosten von ARD, ZDF, Deutschlandradio und ARTE im Online-Sektor steigen im Zeitraum 2017 bis 2020 im Vergleich zur Vorperiode um 125,2 Mio. € bzw. um jährlich 3,7 %. Von diesen Steigerungsbeträgen entfallen 45 Mio. € auf die Personalkosten inkl. Honorare, 30 Mio. € auf den Sachaufwand inkl. Rechtekosten, 37 Mio. € auf die Bereitstellungskosten und 13 Mio. € auf die Audiodeskription und Untertitelung.

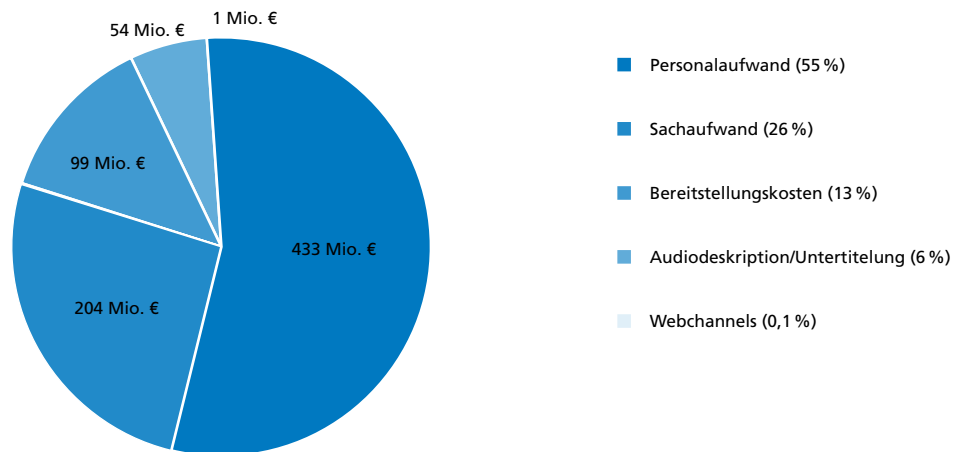
Die Kosten für Webchannels betragen im Vergleich zu 2013 bis 2016 nahezu unverändert rund 1 Mio. €.

Die Kosten für Audiodeskription bzw. Untertitelung sowie Webchannels werden in der grafischen Darstellung erstmalig getrennt ausgewiesen (s. Abbildungen 14 und 15).

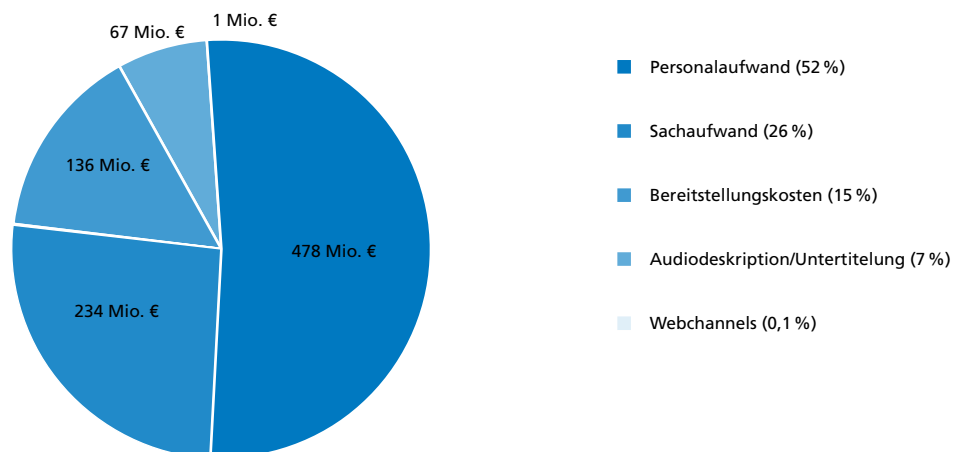


**Abb. 14 Gesamtkosten Telemedien 2013 bis 2016**

Gesamtkosten 791 Mio. €

**Abb. 15 Gesamtkosten Telemedien 2017 bis 2020**

Gesamtkosten 916 Mio. €



### 3.2.2 Gesamtüberblick der Kosten von Telemedien

Die Tabelle 12 gibt einen Überblick über die Telemedienkosten für den Zeitraum 2013 bis 2020.

Tz. 48

**Tab. 12 Kosten für Telemedien ARD, ZDF, Deutschlandradio, ARTE und Webchannels (in Mio. €)**

	ARD	ZDF	DRadio	ARTE	Anstalten gesamt
2013-2016	567,8	171,1	20,8	31,5	791,2
2017-2020	650,2	201,8	29,6	34,7	916,3
ø p.a. 2017-2020	162,5	50,5	7,4	8,7	229,1
Veränderung	82,4	30,8	8,8	3,2	125,2
Veränderung in %	14,5	18,0	42,2	10,3	15,8
Veränderung in % p.a.	3,4	4,2	9,2	2,5	3,7

Für 2013 bis 2016 fallen Kosten von 791,2 Mio. € an, für 2017 bis 2020 planen die Anstalten mit 916,3 Mio. €. Die Kosten steigen von 2017 bis 2020 jährlich um durchschnittlich 3,7 % (ARD 3,4 %, ZDF 4,2 %, Deutschlandradio 9,2 % und ARTE 2,5 %).

Die Kostenveränderung beim Deutschlandradio von 2017 bis 2020 zeigt, dass es seine Online-Präsenz erheblich ausbaut. Der Zuwachs fällt gegenüber ARD und ZDF mehr als doppelt so hoch aus. Bei ARTE steigen die Kosten in 2013 bis 2016 im Vergleich zur Vorperiode (2009 bis 2012: 14,4 Mio. €) auf 31,5 Mio. € stark an, um dann in der Periode 2017 bis 2020 mit einem Satz von 2,5 % weiter zu wachsen. Gründe hierfür liegen in der Umstrukturierung der Programmdirektion sowie neu implementierten Angebote.

### 3.2.3 Telemedienkosten von ARD, ZDF, Deutschlandradio und ARTE nach Aufwandsarten

**Tz. 49** Die Kosten für Telemedien und Webchannels sind im Bestandsbedarf enthalten. Die Kommission ermittelt die Telemedienkosten anhand einer mit den Anstalten erarbeiteten Methodik (s. Tabelle 13).

**Tab. 13** Detaillierte Übersicht über die Telemedienkosten ohne Kosten für Webchannels sowie Audio- und Videodeskription (in Mio. €)

	Personalaufwand				Sachaufwand				Bereitstellungskosten				Summe
	ARD	ZDF	DRadio	ARTE	ARD	ZDF	DRadio	ARTE	ARD	ZDF	DRadio	ARTE	
2013 Ist	80,6	16,4	3,0	2,4	32,4	8,3	1,6	3,6	9,0	12,7	0,1	0,6	170,5
2014 Ist	85,4	16,2	3,3	2,6	33,7	8,6	1,5	5,1	9,9	12,8	0,1	0,6	179,7
2015 Plan	88,1	15,9	3,7	2,8	35,5	11,2	1,6	4,7	11,9	13,1	0,1	0,7	189,3
2016 Plan	89,9	16,0	4,0	2,8	37,0	12,4	1,7	4,9	14,1	13,0	0,1	0,7	196,6
Summe 2013-2016	344,0	64,5	14,0	10,6	138,6	40,5	6,4	18,3	44,9	51,5	0,5	2,6	736,4
Veränderung in % p.a.	6,7	1,9	26,8	19,9	2,3	3,3	8,5	22,4	9,4	3,9	-2,0	23,4	5,8
2017 Vorschau	91,6	16,3	4,4	2,9	36,7	12,9	1,9	4,8	15,6	13,5	0,1	0,7	201,5
2018 Vorschau	93,8	16,6	4,9	3,0	37,8	13,4	2,1	4,9	17,6	14,6	0,1	0,7	209,6
2019 Vorschau	95,4	17,0	5,4	3,1	37,9	14,0	2,2	5,0	18,9	15,3	0,1	0,7	214,9
2020 Vorschau	97,3	17,3	5,9	3,1	38,5	14,6	2,3	5,1	21,4	16,1	0,1	0,7	222,5
Summe 2017-2020	378,1	67,2	20,5	12,1	150,9	54,9	8,6	19,7	73,5	59,5	0,5	2,9	848,4
Veränderung in % p.a.	2,4	1,0	10,1	3,4	2,1	7,9	7,6	1,9	13,1	3,7	3,7	2,3	3,6

Die ARD rechnet bei den Bereitstellungskosten weiterhin mit hohen Zuwachsraten im zweistelligen Bereich. Dies ist auf die steigende Nachfrage zurückzuführen. Die Bereitstellungskosten wachsen bei der ARD in beiden Perioden deutlich stärker als beim ZDF (s. hierzu auch Tzn. 50 ff.).

Beim ZDF führen neue sendungsbezogene Web-Projekte beim Sachaufwand in der Periode 2017 bis 2020 zu einem durchschnittlichen Kostenanstieg von 7,9 %.

Das Deutschlandradio setzt weiterhin auf eine Verstärkung seiner Online-Präsenz. Deutlich erkennbar ist dies beim durchschnittlichen jährlichen Anstieg der Personalkosten in diesem Sektor von rund 26,8 % für 2013 bis 2016 und rund 10 % ab 2017.

Bei ARTE führt der fortgesetzte Ausbau seines Telemedienangebots 2013 bis 2016 zu deutlich höheren Sach- und Bereitstellungskosten. 2017 bis 2020 fällt der jährliche Kostenanstieg erheblich niedriger aus.

Die in der Tabelle ausgewiesenen Bereitstellungskosten weichen zum Teil von jenen ab, die beim Aufwand für die Programmverbreitung ausgewiesen sind (vgl. Tz. 77). Beim ZDF liegt das daran, dass bei den Bereitstellungskosten für Telemedien auch die sog. Eigenleistungen einschließlich Personalaufwand erfasst werden. Bei ARTE werden hier auch die bei ARTE G.E.I.E. anfallenden Bereitstellungskosten anteilig berücksichtigt.

### 3.2.4 Entwicklung der Bereitstellungskosten

In den folgenden Abbildungen werden die von den Anstalten für den 19. und den 20. KEF-Bericht gemeldeten Bereitstellungskosten dargestellt (s. Tabellen 17 und 18).

Tz. 50

**Abb. 16** Entwicklung Bereitstellungskosten der ARD

in Mio. €

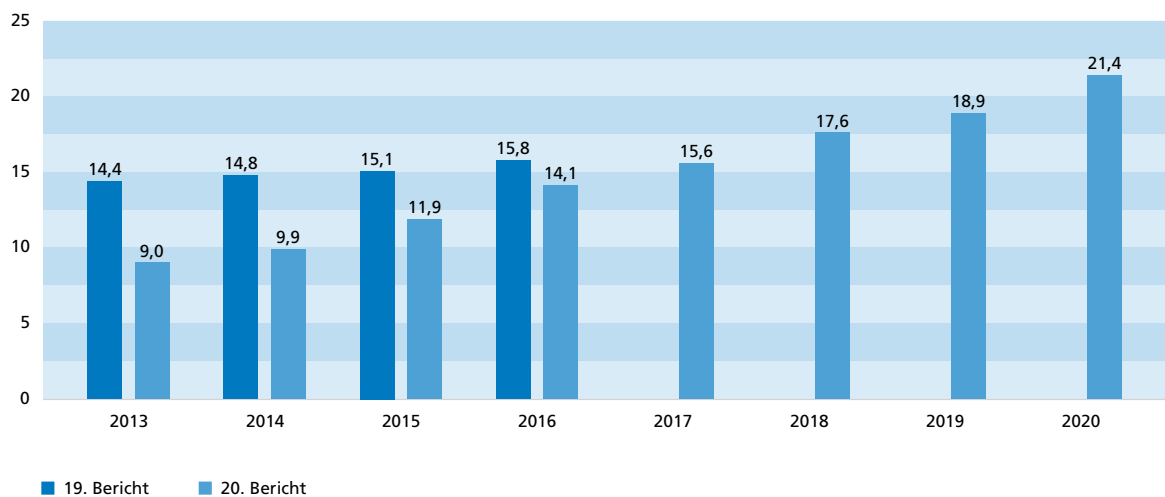
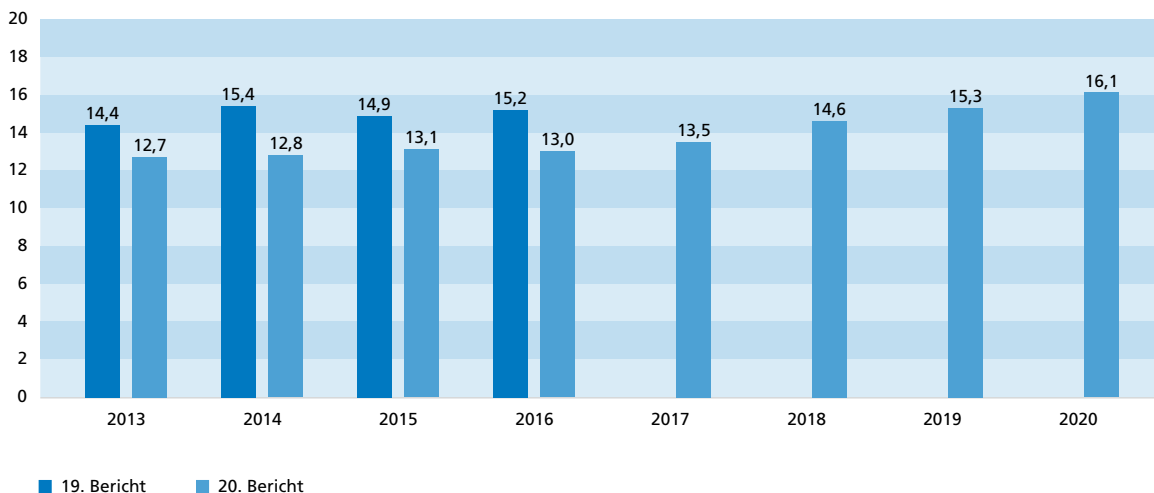


Abb. 17 Entwicklung Bereitstellungskosten des ZDF

in Mio. €



**Tz. 51** Trotz zunehmender Nachfrage nach dem Online-Angebot in 2013 bis 2016 sind die Kosten nicht so stark gestiegen, wie von den Anstalten zum 19. Bericht gemeldet. Gegenüber den damaligen Anmeldungen sind die Bereitstellungskosten bei der ARD um 15,1 Mio. € (-25 %) niedriger. Nach Darstellung der ARD beruht die günstigere Kostenentwicklung auf einem nicht vorhergesehenen Preisverfall pro Gigabyte bei den CDN-Anbietern (Content Delivery Networks). Trotz steigender Datenmenge sind die Bereitstellungskosten gefallen. Gleiches gilt für das ZDF. Auch das ZDF meldet nun um 8,3 Mio. € (-14 %) niedrigere Bereitstellungskosten. Insgesamt fielen damit für ARD und ZDF um 23,4 Mio. € niedrigere Bereitstellungskosten 2013 bis 2016 an, als für den 19. Bericht gemeldet.

Für den Zeitraum 2017 bis 2020 nimmt die ARD an, dass die Kosten sich parallel zur wachsenden Nachfrage entwickeln werden. Eine Reduzierung der Kosten pro Gigabyte ist nach Angaben der ARD für die Zukunft nur noch im ganz geringen Maße zu erwarten. Zusätzlich erhöhe die Verfügbarkeit von Videos über Drittplattformen die Bereitstellungskosten. So sind zum Beispiel ARD.de/ARD Mediathek und DasErste.de/DasErste Mediathek nicht nur für alle Endgerätetypen browserbasiert nutzbar, sondern auch als mobile App sowie in wachsender Zahl auf neuen Smart-TV-Plattformen oder -Endgeräten (z.B. Amazon Fire, Samsung, Android TV). Die Videos auf Abruf verbleiben aber auf den Servern innerhalb der ARD. Es wird lediglich der Zugang über diese Drittplattformen gewährt. Aufgrund des vermehrten Abrufs steigen die Datenvolumina und somit die Bereitstellungskosten.

Das ZDF weist darauf hin, dass in den Jahren 2017 bis 2020 die Kosten durch den geplanten HD-Umstieg im Online-Bereich sowie durch die erwartete Steigerung der Abrufzahlen, insbesondere im mobilen Bereich und auf Smart-TVs, steigen.

### 3.2.5 Kosten der Audiodeskription und Untertitelung

ARD, ZDF und Deutschlandradio bauen nach der Umstellung auf den neuen Rundfunkbeitrag ihre barrierefreien Angebote weiter aus. Die Anstalten entsprechen damit den staatsvertraglichen Verpflichtungen (§ 3 Abs. 2 RStV).

Tz. 52

Seit 1. Januar 2013 werden alle Erstsendungen, die das Erste Programm ausstrahlt, mit Untertiteln versehen. Alle neun Landesrundfunkanstalten haben zudem die Anzahl der untertitelten Sendungen in ihren Dritten Programmen nachhaltig gesteigert (s. Tabelle 14).

**Tab. 14 Das Erste und Dritte Programme: Erstsendungen, Übernahmen und Wiederholungen mit Untertiteln (in %)**

	Das Erste	BR	HR	MDR	NDR	RB	RBB	SR	SWR	WDR
2012	49	42	21	34	42	39	26	20	21	65
2013	80	55	31	55	53	51	40	26	42	67
2014	92	57	43	69	70	68	45	38	46	68

Angebote in Gebärdensprache werden seit 2012 vermehrt in die Mediathek von ARD/Das Erste aufgenommen.

Tz. 53

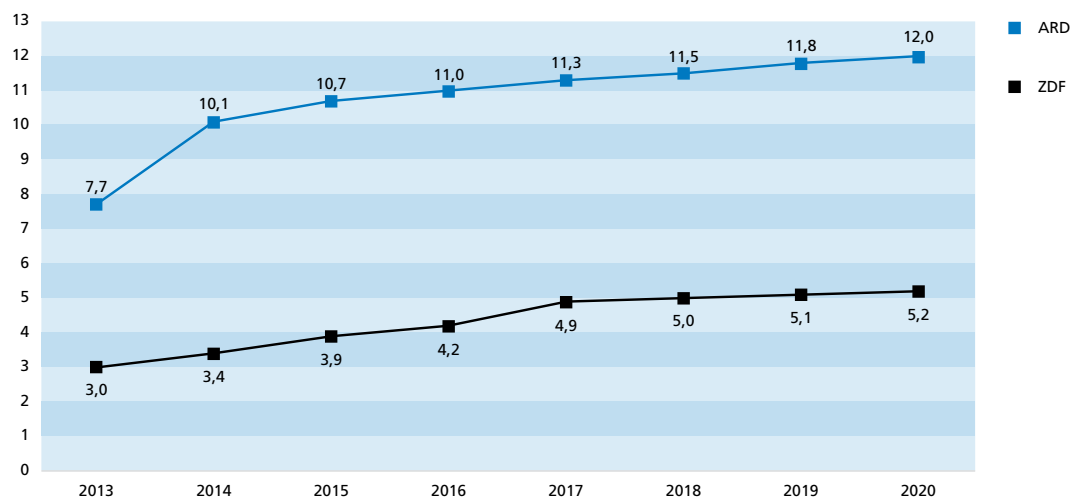
Das Online-Angebot der ARD ist damit weitgehend barrierefrei.

Das ZDF steigerte seinen Programmanteil mit Untertiteln im ersten Halbjahr 2014 auf 70 %. Der Schwerpunkt der Untertitelung liegt auf besonders stark frequentierten Sendezeiten. Seit 2013 bietet das ZDF feste Sendeplätze mit Audiodeskription an. Neben den klassischen Verbreitungswegen bietet das ZDF auch in der ZDFmediathek zeitsouverän Programme mit Untertiteln an.

Die Kosten für Audiodeskription und Untertitelung sollen bei ARD und ZDF für 2017 bis 2020 66,8 Mio. € betragen. Die nachfolgende Grafik verdeutlicht die Entwicklung seit 2013.

Abb. 18 Kosten der Audiodeskription und Untertitelung

in Mio. €



**Tz. 54** ARD und ZDF weisen bei der Untertitelung und der Audiodeskription von 2013 bis 2016 Kostensteigerungen im zweistelligen Prozentbereich aus. Der Anstieg entspricht der Zusage der Anstalten, ihre barrierefreien Angebote weiter auszubauen. Ab 2017 reduziert sich der Kostenanstieg bei der ARD auf jährlich 4,2 %.

Das ZDF plant weiterhin den Ausbau zu intensivieren. Der Kostenanstieg beträgt von 2017 bis 2020 gegenüber 2013 bis 2016 durchschnittlich 8,6 % p.a.



## Bestandsbedarf

## 1. Programmaufwand

Die Kommission erkennt für 2017 bis 2020 einen Programmaufwand der Anstalten von insgesamt 16.653,6 Mio. € an. Davon entfallen auf die ARD 10.578,8 Mio. €, auf das ZDF 5.308,7 Mio. €, auf das Deutschlandradio 236,1 Mio. € und auf ARTE 530,0 Mio. €. Im Jahresdurchschnitt sind dies bei der ARD 2.644,7 Mio. €, beim ZDF 1.327,2 Mio. €, beim Deutschlandradio 59,0 Mio. € und bei ARTE 132,5 Mio. €.

Die anerkannten Beträge liegen um 131,4 Mio. € unter den Anmeldungen der Anstalten von insgesamt 16.785,0 Mio. €. Von der Kürzung entfallen auf die ARD 76,0 Mio. €, auf das ZDF 46,1 Mio. €, auf Deutschlandradio 3,0 Mio. € und auf ARTE 6,3 Mio. €.

**Tz. 55** Der Programmaufwand macht etwas mehr als 40 % des Gesamtaufwands der Anstalten aus. Im Programmaufwand ist der Aufwand für die Programmbeschaffung von Dritten enthalten. Dazu gehören auch die *Leistungsvergütungen* für *freie Mitarbeiter*. Soweit Programme mit eigenem Personal erstellt werden, ist der Aufwand im Personalaufwand – teilweise auch im Sachaufwand – enthalten. Beim Programmaufwand besteht die Besonderheit, dass die Kommission gemäß *Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag* die Programmautonomie der Anstalten zu beachten hat.

Die Kommission prüft und ermittelt den *Finanzbedarf*. Bei der Prüfung des Finanzbedarfs schreibt die Kommission den Programmaufwand ausgehend von einem Basisjahr fort. Für den 20. Bericht ist 2013 das Basisjahr. Der Aufwand im Basisjahr wird darauf untersucht, ob er repräsentativ für die folgenden Jahre ist. Gegebenenfalls wird der Basiswert angepasst.

Die Fortschreibungsrate setzt sich zusammen aus dem *rundfunkspezifischen Teuerungsanteil* und dem *BIP-Deflator*. Der rundfunkspezifische Teuerungsanteil wird von der Kommission gemeinsam mit den Anstalten ermittelt. Der BIP-Deflator wird aus dem aktuellen Finanzplan des Bundes übernommen. Diese Fortschreibungsrate wird den Prognosen der Kommission zugrunde gelegt.

Die Kommission prüft bei jeder Anmeldung, ob die bisherige Fortschreibungsrate plausibel war. Soweit die nachträglich ermittelten tatsächlichen Raten von der Prognose abweichen, wird die Fortschreibungsrate korrigiert; aktuell geschieht dies für die laufende Periode 2013 bis 2016.

Neben der Überprüfung der Annahmen zur bisherigen Fortschreibungsrate vergleicht die Kommission für 2013 bis 2016 die Anmeldungen zum 20. Bericht mit den Feststellungen des 19. Berichts. Sie prüft ferner, ob Abweichungen im Basisjahr Auswirkungen auf den Aufwand 2017 bis 2020 haben und entsprechend zu berücksichtigen sind.

**Tz. 56** Die Teuerungsraten für 2017 bis 2020 sind höher als die im 19. Bericht angenommenen Raten für 2013 bis 2016 (vgl. Tabelle 15). Dies ist auf den Prognoseanteil des BIP-Deflators zurückzuführen, der von 1,50 % auf 1,75 % angestiegen ist.



Tab. 15 Fortschreibungsraten für die Rundfunkanstalten (in %)

	ARD	ZDF	DRadio	ARTE
19. Bericht, 2013-2016	1,80	1,80	2,06	1,69
20. Bericht, 2017-2020	2,01	2,01	2,20	1,86

Für 2017 bis 2020 betragen die Fortschreibungsraten bei ARD und ZDF 2,01 %, beim Deutschlandradio 2,20 % und bei ARTE 1,86 %. Für 2013 bis 2016 wurden die Fortschreibungsraten aus dem 19. Bericht angesetzt und soweit möglich durch Ist-Werte ergänzt. Daher wurde für das Jahr 2014 der Ist-Wert der Fortschreibung in die Berechnungen aufgenommen (für ARD und ZDF: 2,24%; für Deutschlandradio: 3,10%).

Tz. 57

Grundlage für die Prüfung durch die Kommission sind die Anmeldungen der Anstalten (vgl. Tabelle 16). Für 2017 bis 2020 melden sie insgesamt einen Programmaufwand von 16.785,0 Mio. € an. Gegenüber den jetzt vorgelegten Zahlen für 2013 bis 2016 ist das ein Zuwachs von 1.583,8 Mio. €. Das entspricht einem Anstieg von 10,4 %, bzw. 2,5 % jährlich.

Tz. 58

Tab. 16 Programmaufwand (in Mio. €)  
Anmeldungen der Rundfunkanstalten zum 20. Bericht

	ARD	ZDF	DRadio	ARTE	Anstalten gesamt
2013-2016	9.653,5	4.854,0	213,4	480,4	15.201,2
2017-2020	10.654,8	5.354,8	239,1	536,3	16.785,0
o p.a. 2017-2020	2.663,7	1.338,7	59,8	134,1	4.196,3
Veränderung	1.001,4	500,8	25,7	55,9	1.583,8
Veränderung in %	10,4	10,3	12,1	11,6	10,4
Veränderung in % p.a.	2,5	2,5	2,9	2,8	2,5

ARD und ZDF haben in ihren Anmeldungen für das Programmbudget einen zusätzlichen Aufwand berücksichtigt. Dieser Aufwand falle künftig bei Produktionen an, die von den Anstalten beauftragt würden. Die Anstalten begründen diesen Mehrbedarf mit „ausgewogenen Vertragsbedingungen und einer fairen Aufteilung der Verwertungsrechte im Bereich Film- und Fernsehproduktionen“ (ARD). Sie verweisen auch auf eine Initiative der Länder, die die Anstalten bereits 2009 zu „ausgewogenen Vertragsbedingungen“ aufgefordert hatten und dies im Zuge des 19. Rundfunkänderungsstaatsvertrags in 2015 bekräftigten. Sowohl Produzenten als auch Urheber wie Autoren und Regisseure verlangen deutliche Verbesserungen. Dies gilt für die Bezahlung von bisher nicht honorierten Leistungen und für die Honorarsätze im Allgemeinen. Diese erst in Teilen mit den Anstalten verhandelten Bedingungen führen zu einem Kostenschub 2017 bis 2020.

Tz. 59

Die ARD hat den zusätzlichen Bedarf für 2017 bis 2020 mit 200,8 Mio. € beziffert, das ZDF mit 136,7 Mio. €. Die Beträge umfassen jeweils anteilig den zusätzlichen Aufwand für ARTE.

Die ARD hat gegenüber einem der Produzentenverbände, der Allianz Deutscher Produzenten, Anfang 2016 eine Selbstverpflichtung abgegeben. Die ARD schätzt die sich daraus ergebenden Mehrkosten für 2017 bis 2020 auf 120 Mio. €. Entsprechende Verhandlungen zwischen der Allianz Deutscher Produzenten und dem ZDF sind noch nicht abgeschlossen. Das ZDF schätzt für 2017 bis

Tz. 60

## Programmaufwand

2020 Mehrkosten in Höhe von 104 Mio. €. Mit den diversen Verbänden der Urheber haben weder die ARD noch das ZDF bislang Verträge abgeschlossen, die feste Vereinbarungen für 2017 bis 2020 enthalten. Die ARD schätzt den hieraus zu erwartenden Mehraufwand auf 80 Mio. €, das ZDF auf 33 Mio. €.

Preissteigerungen von Auftragsproduktionen werden im Rahmen des Verfahrens der Kommission im Regelfall durch die rundfunkspezifische Steigerungsrate abgebildet. Die Kommission erkennt aber an, dass die beabsichtigten Verbesserungen zu Gunsten von Produzenten und von Urhebern in diesem Ausnahmefall zu einem Mehraufwand außerhalb des Regelverfahrens führen. Sie erwartet von den Anstalten einen detaillierten Nachweis über die Verwendung des zusätzlichen Aufwands im Jahr 2017.

**Tz. 61** Dabei sieht die Kommission bei der Ausgestaltung im Einzelnen aber durchaus Probleme. Erstens haben die Anstalten in 2013 bis 2016 einen Teil der für das Programm anerkannten Mittel in den Aufwandsbereich Personal umgeschichtet (vgl. Tzn. 113 und 123). Die Kommission kann nicht verhindern, dass Mittel aus dem Programmbudget in andere Kostenbereiche umgeschichtet werden.

Zweitens ist die Anerkennung der beantragten Mittel auch wegen der unklaren Datenbasis problematisch. Da die vertraglichen Grundlagen zur Bestimmung der Höhe des zusätzlichen Aufwands für 2017 bis 2020 fehlen und eine hinreichend präzise Hochrechnung der Kosten nicht möglich ist, legen die Anstalten nur Schätzungen vor. Die Kommission hält diese Schätzungen für zu hoch. Bei Rücksprachen mit Produzenten sind geringere Erwartungen geäußert worden. Zudem werden derzeit die gesetzlichen Grundlagen für die Honorare von Urhebern überarbeitet, so dass den Schätzungen eine verlässliche Basis fehlt. Die Kommission erkennt daher jeweils 75% des angemeldeten Aufwands an. Soweit Teilbeträge anteilig auf ARTE entfallen, ordnet die Kommission sie dort zu.

Dadurch ergibt sich für die ARD ein anerkannter zusätzlicher Aufwand von 146,6 Mio. €, für das ZDF 98,5 Mio. € und für ARTE 8,0 Mio. €. Die Beträge werden durch eine Korrektur der Basis in 2017 berücksichtigt.

### 1.1 ARD

---

**Die ARD hat bei der Anmeldung für 2017 bis 2020 78,4 Mio. € aus dem Programmaufwand umgeschichtet. Die Kommission erkennt für 2017 bis 2020 einen Programmaufwand von 10.578,8 Mio. € an. Das sind jährlich durchschnittlich 2.644,7 Mio. €. Der anerkannte Betrag liegt um 76,0 Mio. € unter der Anmeldung der ARD von 10.654,8 Mio. € (vgl. Tabelle 17 bzw. 20).**

---

**Tz. 62** Die Kommission ermittelt für die ARD im Programmaufwand einen Finanzbedarf von 10.578,8 Mio. €. Sie reduziert damit die Anmeldung der ARD um 76,0 Mio. € (vgl. Tabelle 17). Die Kommission berücksichtigt dabei umfangreiche Umschichtungen aus dem Programmaufwand in andere Aufwands-

arten sowie teilweise den von der ARD angemeldeten Mehraufwand für die Produzenten (vgl. Tzn. 59 und 61). Die Kommission sieht gerade unter Berücksichtigung des anerkannten Mehraufwands die Praxis der Umschichtungen kritisch.

**Tab. 17 Programmaufwand der ARD**  
Anmeldung 20. Bericht und Feststellung durch die Kommission

	Anmeldung ARD 20. Bericht		Feststellung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-)
	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)
2013	2.359,1	-3,4	2.359,1		0,0
2014	2.509,1	6,4	2.408,7	2,1	-100,3
2015	2.299,0	-8,4	2.435,6	1,1	136,6
2016	2.486,4	8,1	2.479,5	1,8	-6,9
Summe 2013-2016	9.653,5		9.682,9		29,4
2017	2.529,2	1,7	2.566,5	3,5	37,3
2018	2.715,3	7,4	2.618,0	2,0	-97,3
2019	2.611,6	-3,8	2.670,4	2,0	58,8
2020	2.798,8	7,2	2.723,9	2,0	-74,9
Summe 2017-2020	10.654,8		10.578,8		-76,0
o 2017-2020 p.a.	2.663,7		2.644,7		
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	1.001,4	10,4	895,9		9,3
o p.a.		2,5			2,2

Die Kommission führt einen *Budgetabgleich* durch. Dieser vergleicht den angemeldeten Aufwand zwischen dem 19. und dem 20. Bericht. Für 2013 bis 2016 liegt der angemeldete Programmaufwand 126,9 Mio. € unter dem anerkannten Bedarf des 19. Berichts (vgl. Tabelle 18). Dieser Minderaufwand ist vor allem auf Umschichtungen in den Personalaufwand zurückzuführen und betrifft insbesondere die Jahre 2015 und 2016.

Tz. 63

**Tab. 18 Programmaufwand der ARD (in Mio. €)**  
Budgetabgleich 2013 bis 2016

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht anerkannt	Mehr- (+) Minder- (-) Aufwand
2013	2.359,1	2.336,6	22,4
2014	2.509,1	2.498,9	10,2
2015	2.299,0	2.387,0	-88,0
2016	2.486,4	2.557,9	-71,5
Summe 2013-2016	9.653,5	9.780,4	-126,9

## Programmaufwand

Tab. 19.1 Programmaufwand der Landesrundfunkanstalten  
Anmeldung 20. Bericht

	BR		HR		MDR		NDR		RB	
	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)
2013	418,7	-7,2	139,7	-10,5	285,4	-3,2	386,1	-1,5	45,0	0,8
2014	448,8	7,2	159,7	14,3	309,8	8,6	398,4	3,2	46,1	2,3
2015	394,0	-12,2	144,6	-9,5	270,9	-12,6	381,0	-4,4	49,8	8,1
2016	429,9	9,1	155,6	7,6	293,2	8,3	420,4	10,4	50,5	1,4
Summe 2013-2016	1.691,4		599,5		1.159,3		1.586,0		191,4	
2017	432,8	0,7	154,3	-0,9	292,5	-0,2	414,5	-1,4	52,1	3,3
2018	463,1	7,0	168,4	9,2	319,1	9,1	441,2	6,4	53,8	3,2
2019	445,8	-3,7	158,2	-6,1	313,2	-1,8	425,0	-3,7	54,3	0,9
2020	475,7	6,7	170,2	7,6	337,0	7,6	461,4	8,6	55,1	1,5
Summe 2017-2020	1.817,3		651,1		1.261,9		1.742,2		215,4	
ø 2017-2020 p.a.	454,3		162,8		315,5		435,5		53,8	
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	125,9	7,4	51,5	8,6	102,6	8,8	156,2	9,8	23,9	12,5
ø p.a.		1,8		2,1		2,1		2,4		3,0

Tab. 19.2 Programmaufwand der Landesrundfunkanstalten  
Anmeldung 20. Bericht

	RBB		SR		SWR		WDR		ARD	
	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)
2013	145,2	-2,8	31,8	-8,4	395,1	-2,3	512,0	-0,8	2.359,1	-3,4
2014	157,1	8,2	34,5	8,3	419,6	6,2	535,1	4,5	2.509,1	6,4
2015	150,7	-4,1	35,3	2,5	392,5	-6,5	480,2	-10,2	2.299,0	-8,4
2016	158,8	5,4	37,4	5,9	429,9	9,5	510,5	6,3	2.486,4	8,1
Summe 2013-2016	611,8		139,0		1.637,2		2.037,8		9.653,5	
2017	161,2	1,5	40,1	7,3	427,5	-0,6	554,1	8,6	2.529,2	1,7
2018	173,3	7,5	41,6	3,6	464,8	8,7	589,9	6,5	2.715,3	7,4
2019	164,9	-4,8	40,2	-3,4	444,7	-4,3	565,3	-4,2	2.611,6	-3,8
2020	175,5	6,5	42,5	5,7	479,4	7,8	602,1	6,5	2.798,8	7,2
Summe 2017-2020	674,8		164,4		1.816,4		2.311,5		10.654,8	
ø 2017-2020 p.a.	168,7		41,1		454,1		577,9		2.663,7	
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	63,1	10,3	25,3	18,2	179,2	10,9	273,6	13,4	1.001,4	10,4
ø p.a.		2,5		4,3		2,6		3,2		2,5

Die Kommission geht nach der Überprüfung der Basis für die Fortschreibung des Programmaufwands vom tatsächlichen Aufwand in 2013 aus. Der Ist-Aufwand lag 2013 bei 2.359,1 Mio. €.

Tz. 64

Mit den Fortschreibungsraten aus Tz. 56 und Tz. 57 ergibt sich daraus für 2017 bis 2020 ein Betrag von 10.510,6 Mio. € (vgl. Tabelle 20). Das sind 144,2 Mio. € weniger als von der ARD angemeldet.

Vom Programmaufwand abziehen sind für 2013 bis 2016 6,4 Mio. € für *Arbeitnehmerüberlassung* und 37,8 Mio. € für *Gagisten* (BR), die aus dem Programmaufwand in den Personalaufwand umgeschichtet werden. Weiterhin abgezogen werden 0,1 Mio. € aus dem Sachaufwand. Zu addieren sind 1,5 Mio. € Umschichtung aus dem Aufwand für die Programmverbreitung. Daraus ergibt sich ein Saldo von -42,9 Mio. €.

Zusätzlich werden alle für den Programmaufwand relevanten Umschichtungen für 2017 bis 2020 entsprechend berücksichtigt (vgl. Tabelle 20). So sind vom Programmaufwand abziehen 9,1 Mio. € für Arbeitnehmerüberlassung und 72,1 Mio. € für Gagisten (BR), die aus dem Programmaufwand in den Personalaufwand umgeschichtet werden. Abgezogen werden zudem 0,1 Mio. € aus dem Sachaufwand. Zu addieren sind 2,9 Mio. € aus dem Aufwand für Programmverbreitung. Daraus ergibt sich ein Saldo von 78,4 Mio. €.

Unter Berücksichtigung von 75 % (nach Abzug ARTE-Anteil) des angemeldeten zusätzlichen Aufwands von 146,6 Mio. € (vgl. Tzn. 59 und 61) und der beschriebenen Umschichtungen ergibt sich ein Kürzungsbetrag von 76,0 Mio. €. Die Kommission kürzt die Anmeldung entsprechend.

Tz. 65

## Programmaufwand

Tab. 20 Programmaufwand der ARD  
Anmeldung 20. Bericht und Fortschreibung durch die Kommission

	Anmeldung ARD		Fortschreibung KEF		Umschichtungen				Mehraufwand	Feststellung KEF 20. Bericht	Mehr (+) Minder (-)
	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	AÜG	Gagisten BR	GSEA Sachaufwand	Programm- verbreitung			
									Gesamt	Aufwand (in Mio. €)	Aufwand (in Mio. €)
2013	2.359,1	-3,4	2.359,1							2.359,1	0,0
2014	2.509,1	6,4	2.411,9	2,24	-2,7	-0,4	0,0	0,0	-3,2	2.408,7	-100,3
2015	2.299,0	-8,4	2.455,3	1,80	-1,5	-18,8	0,0	0,7	-19,7	2.435,6	136,6
2016	2.486,4	8,1	2.499,5	1,80	-2,1	-18,6	0,0	0,7	-20,0	2.479,5	-6,9
Summe 2013-2016	9.653,5		9.725,8		-6,4	-37,8	-0,1	1,5	-42,9	9.682,9	29,4
2017	2.529,2	1,7	2.549,7	2,01	-2,2	-18,4	0,0	0,7	-19,9	2.566,5	37,3
2018	2.715,3	7,4	2.601,0	2,01	-2,2	-18,1	0,0	0,7	-19,7	2.618,0	-97,3
2019	2.611,6	-3,8	2.653,3	2,01	-2,3	-17,9	0,0	0,7	-19,5	2.670,4	58,8
2020	2.798,8	7,2	2.706,6	2,01	-2,3	-17,7	0,0	0,7	-19,3	2.723,9	-74,9
Summe 2017-2020	10.654,8		10.510,6		-9,1	-72,1	-0,1	2,9	-78,4	10.578,8	-76,0
Ø 2017-2020 p.a.	2.663,7		2.627,7							2.644,7	
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	1.001,4	10,4	784,9	8,1						895,9	9,3
Ø p.a.		2,5		2,0							2,2

## 1.2 ZDF

Beim ZDF erkennt die Kommission für 2017 bis 2020 einen Programmaufwand von 5.308,7 Mio. € an, das sind jährlich 1.327,2 Mio. €. Der anerkannte Betrag für 2017 bis 2020 liegt um 46,1 Mio. € unter der Anmeldung des ZDF von 5.354,8 Mio. € (vgl. Tabelle 21). Die Differenz beruht im Wesentlichen auf einer unterschiedlichen Bewertung des Aufwands im Basisjahr 2013.

Das ZDF hat ursprünglich für 2017 bis 2020 einen Programmaufwand von 5.402,5 Mio. € angemeldet. Mit Nachmeldung vom Oktober 2015 hat das ZDF den Aufwand gemindert und 47,8 Mio. € aus dem Programm- in den Personalaufwand umgeschichtet.

Tz. 66

Die Kommission ermittelt für das ZDF im Programmaufwand einen Finanzbedarf von 5.308,7 Mio. €. Sie reduziert damit die Anmeldung des ZDF um 46,1 Mio. € (vgl. Tabelle 21). Die Kommission nimmt für 2013 eine Basiskorrektur vor, berücksichtigt eine Umschichtung in den Programmaufwand sowie teilweise den vom ZDF angemeldeten Mehraufwand für die Produzenten (vgl. Tz. 59).

**Tab. 21 Programmaufwand des ZDF**  
Anmeldung 20. Bericht und Feststellung durch die Kommission

	Anmeldung ZDF 20. Bericht		Feststellung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-)
	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)
<b>2013</b>	1.143,5	-8,4	1.170,7		27,3
<b>2014</b>	1.235,9	8,1	1.197,0	2,2	-39,0
<b>2015</b>	1.198,3	-3,0	1.218,5	1,8	20,2
<b>2016</b>	1.276,4	6,5	1.240,4	1,8	-35,9
<b>Summe 2013-2016</b>	<b>4.854,0</b>		<b>4.826,6</b>		<b>-27,4</b>
<b>2017</b>	1.298,6	1,7	1.288,5	3,9	-10,0
<b>2018</b>	1.336,1	2,9	1.313,9	2,0	-22,1
<b>2019</b>	1.316,1	-1,5	1.339,9	2,0	23,8
<b>2020</b>	1.404,1	6,7	1.366,4	2,0	-37,7
<b>Summe 2017-2020</b>	<b>5.354,8</b>		<b>5.308,7</b>		<b>-46,1</b>
<b>o 2017-2020 p.a.</b>	<b>1.338,7</b>		<b>1.327,2</b>		
<b>Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016</b>	<b>500,8</b>	<b>10,3</b>	<b>482,1</b>		<b>10,0</b>
<b>o p.a.</b>		<b>2,5</b>			<b>2,4</b>

Die Kommission führt einen Budgetabgleich durch. Dieser vergleicht den angemeldeten Aufwand zwischen dem 19. und dem 20. Bericht. Für 2013 bis 2016 liegt der angemeldete Programmaufwand 2,1 Mio. € über dem anerkannten Bedarf des 19. Berichts (vgl. Tabelle 22).

Tz. 67

## Programmaufwand

**Tab. 22 Programmaufwand ZDF (in Mio. €)**  
**Budgetabgleich 2013 bis 2016**

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht anerkannt	Mehr- (+) Minder- (-) Aufwand
2013	1.143,4	1.180,7	-37,3
2014	1.235,9	1.202,0	34,0
2015	1.198,3	1.223,6	-25,3
2016	1.276,4	1.245,6	30,8
Summe 2013-2016	4.854,0	4.851,9	2,1

**Tz. 68** Die Kommission geht bei der Fortschreibung des Programmaufwands aus mehreren Gründen nicht vom Ist-Aufwand in 2013 aus. Zunächst sind Umschichtungen zu berücksichtigen, die das ZDF als sachlich notwendig aufgeführt hat, und zwar:

- eine Umgliederung von 2,74 Mio. € vom Personalaufwand in den Programmaufwand im Rahmen des Konsolidierungskonzepts für den Personalbereich (vgl. Tz. 123),
- eine Basiskorrektur von 2,83 Mio. € wegen eines zu hohen Abschlags für Verbreitungskosten im 19. Bericht.

Das ZDF hat mit seiner Anmeldung eine weitere Basiskorrektur beantragt, weil angesichts der Unsicherheit über die zu erwartenden Erträge aus dem neuen Rundfunkbeitrag erhebliche Einsparungen im Basisjahr 2013 vorgenommen worden seien. Die Kommission erkennt an, dass das Basisjahr nicht repräsentativ ist. Sie berücksichtigt den beantragten Korrekturbedarf aber nicht vollständig. Das ZDF hat entgegen einer Aufforderung der Kommission (vgl. 19. Bericht, Tz. 578) 2013 bis 2016 die Programmvorräte erheblich aufgestockt und plant eine weitere Aufstockung für 2017 bis 2020. Auch dies beeinträchtigt die Repräsentativität des Basisjahres. Die Kommission nimmt daher eine Korrektur um 25,2 Mio. € vor (rund drei Viertel des beantragten Betrags) und mindert diesen Betrag um 3,5 Mio. € als Ausgleich für die Erhöhung der Programmvorräte. Unter Berücksichtigung aller Korrekturen erhöht sie damit den Basiswert im Jahr 2013 auf insgesamt 1.170,7 Mio. €. Das sind 27,3 Mio. € mehr als der für 2013 gemeldete Betrag (vgl. Tabelle 23).

Mit den Fortschreibungsraten aus Tz. 56 und Tz. 57 und unter Berücksichtigung der 75 % des Mehraufwands für die Produktionen (98,5 Mio. €, nach Abzug ARTE-Anteil) ergibt sich daraus für den Zeitraum 2017 bis 2020 ein Betrag von 5.308,7 Mio. €; das sind 46,1 Mio. € weniger als vom ZDF angemeldet (vgl. Tabelle 21). Die Kommission kürzt die Anmeldung entsprechend.





## Programmaufwand

Tab. 23 Programmaufwand des ZDF  
Anmeldung 20. Bericht und Fortschreibung durch die Kommission

	Anmeldung ZDF		Fortschreibung KEF		Umschichtung „Junges Angebot“ (in Mio. €)	Mehraufwand Produktionen (in Mio. €)	Feststellung KEF 20. Bericht Aufwand (in Mio. €)	Mehr- (+) Minder- (-) Aufwand (in Mio. €)
	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)				
2013	1.143,5	-8,4	1.170,7				1.170,7	27,3
2014	1.235,9	8,1	1.197,0	2,24			1.197,0	-39,0
2015	1.198,3	-3,0	1.218,5	1,80			1.218,5	20,2
2016	1.276,4	6,5	1.240,4	1,80			1.240,4	-35,9
Summe 2013-2016	4.854,0		4.826,6				4.826,6	-27,4
2017	1.298,6	1,7	1.265,4	2,01	-1,5	24,6	1.288,5	-10,0
2018	1.336,1	2,9	1.290,8	2,01	-1,5	24,6	1.313,9	-22,1
2019	1.316,1	-1,5	1.316,7	2,01	-1,5	24,6	1.339,9	23,8
2020	1.404,1	6,7	1.343,2	2,01	-1,5	24,6	1.366,4	-37,7
Summe 2017-2020	5.354,8		5.216,1		-5,9	98,5	5.308,7	-46,1
ø 2017-2020 p.a.	1.338,7		1.304,0				1.327,2	
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	500,8	10,3	389,5	8,1			482,1	10,0
ø p.a.		2,5		2,0				2,4

## Programmaufwand

## 1.3 Deutschlandradio

Beim Deutschlandradio erkennt die Kommission für 2017 bis 2020 einen Programmaufwand von 236,1 Mio. € an, das sind jährlich 59,0 Mio. €. Sie reduziert damit den angemeldeten Programmaufwand von 239,1 Mio. € um 3,0 Mio. €.

**Tz. 69** Deutschlandradio hatte bei der Kommission ursprünglich ein Entwicklungsprojekt zur Ausweitung des Programms von DRadioWissen beantragt, diesen Projektantrag aber später zurückgezogen. Ein Teil der zunächst für das Projekt vorgesehenen Mittel ist dann über eine Nachmeldung in eine Aufstockung des angemeldeten Programmaufwands ab 2017 eingeflossen.

Die Kommission geht bei der Fortschreibung des Programmaufwands vom Ist-Aufwand des Jahres 2013 aus. Dieser lag bei 52,0 Mio. €. Mit den Fortschreibungsraten aus Tz. 56 und Tz. 57 ergibt sich daraus für den Zeitraum 2017 bis 2020 ein Betrag von 236,1 Mio. €; das sind 3,0 Mio. € weniger als von Deutschlandradio angemeldet (vgl. Tabelle 24). Die Kommission kürzt die Anmeldung des Deutschlandradios um diesen Betrag.

**Tab. 24 Programmaufwand des Deutschlandradios**  
Anmeldung 20. Bericht und Feststellung durch die Kommission

	Anmeldung DRadio 20. Bericht		Feststellung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-)
	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)
<b>2013</b>	52,0		52,0		0,0
<b>2014</b>	53,3	2,4	53,6	3,10	0,3
<b>2015</b>	53,5	0,4	54,7	2,06	1,2
<b>2016</b>	54,5	1,9	55,9	2,06	1,4
<b>Summe 2013-2016</b>	<b>213,4</b>		<b>216,3</b>		<b>2,9</b>
<b>2017</b>	58,5	7,4	57,1	2,20	-1,4
<b>2018</b>	59,2	1,1	58,4	2,20	-0,8
<b>2019</b>	60,3	1,8	59,6	2,20	-0,6
<b>2020</b>	61,1	1,5	61,0	2,20	-0,2
<b>Summe 2017-2020</b>	<b>239,1</b>		<b>236,1</b>		<b>-3,0</b>
<b>Ø 2017-2020 p.a.</b>	<b>59,8</b>		<b>59,0</b>		<b>-0,8</b>
<b>Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016</b>	<b>25,7</b>	<b>12,1</b>	<b>19,8</b>	<b>9,1</b>	
<b>Ø p.a.</b>		<b>2,9</b>		<b>2,2</b>	

**Tz. 70** Die Kommission führt einen Budgetabgleich durch. Dieser vergleicht den angemeldeten Aufwand zwischen dem 19. und dem 20. Bericht. Für 2013 bis 2016 liegt der angemeldete Programmaufwand 24,5 Mio. € über dem anerkannten Bedarf des 19. Berichts (vgl. Tabelle 25). Dieser Mehraufwand basiert im Wesentlichen auf der Überführung des als Projekt gestarteten Programms zu DRadio Wissen in den Bestand.

**Tab. 25 Programmaufwand des Deutschlandradios (in Mio. €)**  
**Budgetabgleich 2013 bis 2016**

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht anerkannt	Mehr- (+) Minder- (-) Aufwand
2013	52,0	45,8	6,2
2014	53,3	46,7	6,6
2015	53,5	47,7	5,8
2016	54,5	48,7	5,9
Summe 2013-2016	213,3	188,9	24,5

## 1.4 ARTE

Bei ARTE erkennt die Kommission für 2017 bis 2020 einen Programmaufwand von 530,0 Mio. € an, das sind jährlich 132,5 Mio. €. Der anerkannte Betrag für 2017 bis 2020 liegt um 6,3 Mio. € unter der Anmeldung von ARTE von 536,3 Mio. € (vgl. Tabelle 26).

Basis für die Fortschreibung der Kommission ist das Jahr 2013. ARTE hat für das Basisjahr einen Ist-Wert von 115,0 Mio. € ausgewiesen. Die Kommission hat die Basisrepräsentativität geprüft und ist bei den Untersuchungen zu dem Ergebnis gekommen, dass der Basiswert zu niedrig ist. Die Kommission erhöht daher den Basiswert um 3,3 Mio. €. Die Kommission geht somit bei der Fortschreibung des Programmaufwands von 118,3 Mio. € als Basiswert aus. Mit den Fortschreibungsraten aus Tz. 56 und Tz. 57 und der Berücksichtigung des Mehraufwands für die Produzenten von 1,9 Mio. € pro Jahr ab 2017, ergibt sich daraus für 2017 bis 2020 ein Betrag von 530,0 Mio. €. Das sind 6,3 Mio. € weniger als von ARTE angemeldet (vgl. Tabelle 26). Die Kommission kürzt die Anmeldung entsprechend.

Tz. 71

## Programmaufwand

**Tab. 26 Programmaufwand ARTE**  
Anmeldung 20. Bericht und Feststellung durch die Kommission

	Anmeldung ARTE 20. Bericht		Feststellung KEF 20. Bericht		Mehr (+) Minder (-)
	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)
2013	115,0	-6,3	118,3		3,3
2014	115,8	0,7	120,5	1,84	4,7
2015	124,1	7,1	122,5	1,69	-1,5
2016	125,4	1,1	124,6	1,69	-0,8
Summe 2013-2016	480,4		485,9		5,6
2017 <sup>1</sup>	130,4	3,9	128,9	1,86	-1,5
2018	132,8	1,9	131,3	1,86	-1,5
2019	135,3	1,9	133,7	1,86	-1,6
2020	137,8	1,9	136,2	1,86	-1,6
Summe 2017-2020	536,3		530,0		-6,3
Ø 2017-2020 p.a.	134,1		132,5		-1,6
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	55,9	11,6	44,1	9,1	
Ø p.a.		2,8		2,2	

1) einschließlich Mehraufwand Produzenten.

## 1.5 Zusammenfassung

**Tz. 72** Die Kommission erkennt für 2017 bis 2020 einen Programmaufwand der Anstalten von insgesamt 16.653,6 Mio. € an (vgl. Tabelle 27). Davon entfallen auf die ARD 10.578,8 Mio. €, auf das ZDF 5.308,7 Mio. €, auf das Deutschlandradio 236,1 Mio. € und auf ARTE 530,0 Mio. €. Die anerkannten Beträge liegen um 131,4 Mio. € unter den Anmeldungen der Anstalten von insgesamt 16.785,0 Mio. €. Von der Kürzung entfallen auf die ARD 76,0 Mio. €, auf das ZDF 46,1 Mio. €, auf Deutschlandradio 3,0 Mio. € und auf ARTE 6,3 Mio. €.

**Tab. 27 Programmaufwand 2017 bis 2020 (in Mio. €)**  
Anmeldungen der Anstalten und Feststellung der Kommission

	ARD	ZDF	DRadio	ARTE	Gesamt
Anmeldung	10.654,8	5.354,8	239,1	536,3	16.785,0
Feststellung	10.578,8	5.308,7	236,1	530,0	16.653,6
Differenz	-76,0	-46,1	-3,0	-6,3	-131,4
Ø festgestellter Finanzbedarf p.a.	2.644,7	1.327,2	59,0	132,5	4.163,4

## 1.6 Bestandsveränderung Programmvermögen ARD und ZDF

Die ARD-Anstalten planen die Programmvorräte von 2013 bis 2020 um 100,0 Mio. € zu reduzieren. Das ZDF plant im gleichen Zeitraum eine Erhöhung um 81,7 Mio. €.

Die Kommission legt für die Beurteilung des Programmaufwands seit dem 18. Bericht nicht mehr den Beschaffungsaufwand, sondern den Sendeaufwand zu Grunde. Die Bestandsveränderungen des Programmvermögens wirken sich neben dem fortgeschriebenen Programmaufwand auf den Finanzbedarf aus. Sie sind daher gesondert zu betrachten. In den folgenden Tabellen werden die ermittelten bzw. geplanten Bestandsveränderungen dargestellt.

Tz. 73

**Tab. 28 Bestandsveränderung des Programmvermögens bei der ARD für Hörfunk und Fernsehen**  
(in Mio. €) – Anmeldungen zum 20. Bericht

	Abnahme	Zunahme	Saldo Bestandsveränderung
2013	-58,7	36,1	-22,6
2014	-66,5	11,0	-55,5
2015	-9,3	36,3	27,0
2016	-40,9	7,7	-33,2
Summe 2013-2016	-175,4	91,1	-84,3
2017	-0,5	18,3	17,8
2018	-33,3	3,7	-29,6
2019	-0,3	16,9	16,6
2020	-23,8	3,3	-20,5
Summe 2017-2020	-57,9	42,2	-15,7

**Tab. 29 Bestandsveränderung des Programmvermögens beim ZDF (in Mio. €)**  
Anmeldungen zum 20. Bericht

	Abnahme	Zunahme	Saldo Bestandsveränderung
2013		51,9	51,9
2014	-12,3		-12,3
2015		58,0	58,0
2016	-40,0		-40,0
Summe 2013-2016	-52,2	109,9	57,7
2017		10,9	10,9
2018		5,0	5,0
2019		60,7	60,7
2020	-52,5		-52,5
Summe 2017-2020	-52,5	76,5	24,0

Der in den Bilanzen zum 31.12.2012 ausgewiesene Bestand an Programmvorräten beträgt bei den ARD-Anstalten 887,8 Mio. € und beim ZDF 724,1 Mio. €.

Tz. 74

## Programmaufwand

Das Programmvermögen schwankt in der Regel im Zweijahresrhythmus. In den Jahren ohne *Sport-großereignisse* – also den ungeraden Jahren – nehmen die Bestände zu. Im Wesentlichen ist dies auf die geleisteten und bilanzierten Anzahlungen für die Sportrechte zurückzuführen. In den geraden Jahren nimmt das Programmvermögen ab, weil die Anzahlungen auf die Sportrechte mit der Ausstrahlung als Aufwand ausgebucht werden.

Die ARD-Anstalten planen den Bestand für 2013 bis 2016 um 84,3 Mio. € zu verringern. Zum 19. Bericht meldeten sie für diesen Zeitraum nur einen Abbau von 35,5 Mio. € an. Für 2017 bis 2020 planen die ARD-Anstalten den Bestand um weitere 15,7 Mio. € zu verringern.

Das ZDF plant den Bestand für 2013 bis 2016 um 57,7 Mio. € zu erhöhen. Zum 19. Bericht meldete es für diesen Zeitraum nur eine Erhöhung von 34,8 Mio. € an. Für 2017 bis 2020 plant das ZDF eine weitere Erhöhung des Programmvermögens um 24,0 Mio. €.

Nach den Anmeldungen zum 20. Bericht verringert sich damit bei den ARD-Anstalten das Programmvermögen für 2013 bis 2020 um 100,0 Mio. €, während es beim ZDF um 81,7 Mio. € steigt.

**Tz. 75** Das ZDF erläuterte hierzu, dass die Bestandserhöhungen im Wesentlichen auf Preissteigerungen zurückzuführen seien.

Die ARD-Anstalten wiesen darauf hin, dass sie mit ihren Planungen den Empfehlungen der Kommission aus dem 19. Bericht nachkommen. So sei alleine bei der Degeto der Programmvorrat in den Jahren 2013 und 2014 um rd. 40 Mio. € abgebaut worden.

**Tz. 76** Die Kommission nimmt die sehr unterschiedliche Entwicklung bei ARD und ZDF zur Kenntnis. Im Hinblick auf die Programmautonomie der Anstalten nimmt sie keine direkten Korrekturen beim Finanzbedarf für die Programmvorräte vor. Sie berücksichtigt die Veränderung der Vorräte jedoch bei der Beurteilung des Programmaufwands des ZDF (vgl. Tz. 68).

## 2. Aufwand für die Programmverbreitung

Die Kommission erkennt Aufwand für die Programmverbreitung für 2017 bis 2020 in Höhe von 1.111,3 Mio. € an. Davon entfallen auf die ARD 750,2 Mio. €, auf das ZDF 279,1 Mio. €, auf das Deutschlandradio 71,0 Mio. € und auf ARTE 11,0 Mio. €. Sie vermindert den zum 20. Bericht angemeldeten Aufwand für 2017 bis 2020 in Höhe von 1.178,6 Mio. € um 67,3 Mio. € (ARD: 48,8 Mio. €, ZDF: 18,5 Mio. €).

Der zum 20. Bericht angemeldete Aufwand für 2013 bis 2016 (1.027,6 Mio. €) liegt um 128,2 Mio. € unter dem Betrag, der im 19. Bericht anerkannt worden war (1.155,8 Mio. €). Berücksichtigt man den Effekt eines Methodenwechsels (32,8 Mio. €) reduziert sich die Differenz auf 95,4 Mio. €.

Der anerkannte Bedarf für 2017 bis 2020 (1.111,3 Mio. €) liegt um 44,5 Mio. € unter dem im 19. Bericht für 2013 bis 2016 anerkannten Bedarf (1.155,8 Mio. €). Unter Berücksichtigung des Methodenwechsels liegt er um 0,7 Mio. € darüber.

Die Definition der Programmverbreitung umfasst zunächst die Ausstrahlung über terrestrische Sender, über Satelliten, die Einspeisung in die Kabelnetze und die IP-basierte Verbreitung von Angeboten (z.B. über das Internet). Hinzugerechnet werden auch die Leitungskosten für den internen Programmaustausch, bei der ARD die Zuführung zum (Hörfunk-/Fernseh-) Sternpunkt, und die Verteilung zu den Senderstandorten. Ebenfalls einbezogen sind die *Hoheitskosten*. Insofern wird unter dem Aufwand der Programmverbreitung sämtlicher Aufwand subsumiert, der entsteht, um den Nutzern die Angebote der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zugänglich zu machen. Diese Angebote schließen auch die *Partner-* und *Spartenprogramme* ein, deren Verbreitungskosten hier ebenfalls erfasst werden. Finanzbedarfswirksam wird an dieser Stelle der durch Fremdbetriebe verursachte externe Aufwand der Programmverbreitung des Bestandsbedarfs erfasst. Der externe Aufwand der Programmverbreitung ist größtenteils vertraglich für einen mittel- bis langfristigen Zeitraum festgelegt. Lediglich nachrichtlich wird an dieser Stelle der Aufwand der eigenen Sendebetriebe betrachtet. Ebenfalls nur nachrichtlich wird der Aufwand der Programmverbreitung im Zusammenhang mit Entwicklungsprojekten aufgeführt (diese werden finanzbedarfswirksam beim Entwicklungsbedarf ausgewiesen).

Tz. 77

**Tab. 30 Aufwand für die Programmverbreitung (in Mio. €)**  
Anmeldung der Rundfunkanstalten zum 20. Bericht

	ARD	ZDF	DRadio	ARTE	Anstalten gesamt
2013-2016	652,9	267,3	96,9	10,5	1.027,6
2017-2020	799,0	297,6	71,0	11,0	1.178,6
o p.a. 2017-2020	199,8	74,4	17,8	2,8	294,7
Veränderung	146,1	30,3	-25,9	0,5	151,0
Veränderung in %	22,4	11,3	-26,7	4,8	14,7
Veränderung in % p.a.	5,2	2,7	-7,5	1,2	3,5

## Programmverbreitung

**Tab. 31 Aufwand für die Programmverbreitung (in Mio. €) – Anmeldung der Rundfunkanstalten zum 20. Bericht einschließlich nachrichtlich benannter Positionen**

	ARD	ZDF	DRadio	ARTE	Anstalten gesamt
2013-2016	1.200,9	267,3	125,0	13,1	1.606,3
2017-2020	1.353,4	297,6	140,7	13,8	1.805,5
o p.a. 2017-2020	338,4	74,4	35,2	3,5	451,4
Veränderung	152,5	30,3	15,7	0,7	199,2
Veränderung in %	12,7	11,3	12,6	5,3	12,4
Veränderung in % p.a.	3,0	2,7	3,0	1,3	3,0

Die nachrichtlich benannten Positionen beinhalten bei ARD, Deutschlandradio und ARTE Beträge, welche im Personal-, Programm- oder Sachaufwand bzw. im Entwicklungsbedarf finanzbedarfswirksam werden.

**Tz. 78** Für alle Programmanbieter stellen die noch anhängigen Rechtsstreitigkeiten zur Frage, ob die Beendigung der Zahlungen für die Einspeisung ihrer Hörfunk- und Fernsehprogramme in die Kabelnetze rechtens war, ein Risiko dar. In Anbetracht der anhängigen Verfahren nimmt die Kommission diese Risiken zur Kenntnis.

## 2.1 ARD

Die Kommission vermindert den von der ARD zum 20. Bericht angemeldeten Aufwand für die Programmverbreitung für 2017 bis 2020 in Höhe von 799,0 Mio. € um 48,8 Mio. € auf 750,2 Mio. €. Dieser Betrag liegt um 3,3 % unter dem im 19. Bericht für 2013 bis 2016 anerkannten Betrag.

**Tz. 79** Der von der ARD angemeldete Aufwand ist in der folgenden Tabelle dokumentiert:





## Programmverbreitung

Tab. 32 Aufwand für die Programmverbreitung: Anmeldungen der ARD zum 20. Bericht (in T€)

	2013	2014	2015	2016	2013-2016	2017	2018	2019	2020	2017-2020
<b>1. Terrestrische Verteilung</b>										
a) Hörfunkprogramme	84.877 (23.112)	84.861 (23.085)	85.369 (23.169)	85.455 (23.300)	340.562 (92.666)	86.090 (23.522)	86.049 (23.471)	86.141 (23.553)	75.238 (23.619)	333.518 (94.165)
b) Fernsehprogramme	(61.765)	(61.776)	(62.200)	(62.155)	(247.896)	(62.568)	(62.578)	(62.588)	(51.619)	(239.353)
<b>2. Satellitenausstrahlung</b>										
a) Hörfunkprogramme	31.214 (4.298)	31.341 (4.352)	31.682 (4.389)	31.956 (4.433)	126.193 (17.472)	53.816 (4.433)	53.579 (4.433)	33.142 (4.433)	33.246 (4.433)	173.783 (17.732)
b) Fernsehprogramme	(26.916)	(26.989)	(27.293)	(27.523)	(108.721)	(49.383)	(49.146)	(28.709)	(28.813)	(156.051)
<b>3. Kabelverbreitung</b>										
a) Hörfunkprogramme	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)
b) Fernsehprogramme	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)
<b>4. Verbreitung auf IP-Netzen</b>										
a) Telemedien	6.151 (3.862)	5.669 (3.598)	7.698 (4.946)	8.988 (5.408)	28.506 (17.814)	8.749 (5.659)	10.686 (6.533)	9.976 (6.391)	11.213 (6.781)	40.624 (25.364)
b) Livestreaming (ohne Webchannel)	(2.275)	(2.056)	(2.734)	(3.561)	(10.626)	(3.074)	(4.136)	(3.567)	(4.414)	(15.191)
c) Webchannel	(14)	(15)	(18)	(19)	(66)	(16)	(17)	(18)	(18)	(69)
<b>5. Hoheitsaufgaben Hörfunk/Fernsehen</b>	4.598	3.514	3.596	3.596	15.304	3.479	3.279	3.391	3.391	13.540
<b>6. Sonstige Leitungen und Leitungsnetze</b>	34.127	32.843	35.860	35.594	138.424	35.621	36.240	35.746	36.555	144.162
<b>7. Sonstiges</b>	0	9	916	3.003	3.928	11.852	9.133	32.054	40.362	93.401
<b>Summe Aufwand für Programmverbreitung</b>	<b>160.967</b>	<b>158.237</b>	<b>165.121</b>	<b>168.592</b>	<b>652.917</b>	<b>199.607</b>	<b>198.966</b>	<b>200.450</b>	<b>200.005</b>	<b>799.028</b>
<b>nachrichtlich:</b>										
<b>Summe programmbezogene GSEA – IP</b>	2.749	3.418	3.470	5.207	14.844	6.244	7.470	8.993	10.895	33.602
<b>Summe programmbezogene GSEA – Leitungen</b>	238	216	238	238	930	238	238	238	238	952
<b>Projekt Digitaler Hörfunk</b>	7.940	9.115	10.652	12.164	39.871	24.027	24.026	24.026	24.027	96.106
<b>Projekt DVB-T2</b>	0	0	0	6.380	6.380	4.235	3.429	2.497	0	10.161
<b>Projekt HDTV</b>	10.444	21.870	21.975	22.069	76.358	0	0	0	0	0
<b>Summe Eigenbetrieb</b>	96.504	97.745	98.722	98.861	391.832	96.437	97.775	98.337	99.990	392.539
<b>Summe Eigenbetrieb IP</b>	4.102	4.285	4.817	4.756	17.960	5.075	5.287	5.272	5.515	21.149
<b>Korrektur Uplink Doppelausweis</b>	-80	-45	-22	-22	-169	-22	-22	-22	-22	-88
<b>Summe der nachrichtlichen Positionen</b>	<b>121.897</b>	<b>136.604</b>	<b>139.852</b>	<b>149.653</b>	<b>548.006</b>	<b>136.234</b>	<b>138.203</b>	<b>139.341</b>	<b>140.643</b>	<b>554.421</b>
<b>Summe Aufwand der Programmverbreitung inkl. der nachrichtlichen Positionen</b>	<b>282.864</b>	<b>294.841</b>	<b>304.973</b>	<b>318.245</b>	<b>1.200.923</b>	<b>335.841</b>	<b>337.169</b>	<b>339.791</b>	<b>340.648</b>	<b>1.353.449</b>

## Programmverbreitung

**Tz. 80** Die Anmeldung beläuft sich für 2013 bis 2016 auf 652,9 Mio. € und für 2017 bis 2020 auf 799,0 Mio. €. Zu diesen Kosten sind die hier nur nachrichtlich genannten Beträge für die Verbreitungskosten der GSEA, also speziell der Online-Angebote der ARD, der Tagesschau etc., für die Entwicklungsprojekte, den Eigenbetrieb und eine Korrekturgröße zu addieren. Es resultieren hieraus für 2013 bis 2016 1.200,9 Mio. € und für 2017 bis 2020 1.353,4 Mio. € (vgl. Tabellen 31 und 32).

**Tz. 81** Der Abgleich mit dem 19. Bericht zeigt, dass der jetzt angemeldete Betrag für 2013 bis 2016 um 123,1 Mio. € unter den Feststellungen des 19. Berichts liegt. Einschließlich der nachrichtlich genannten Positionen sind es 99,1 Mio. €. Der Minderaufwand entstand zu einem erheblichen Anteil bei den Kosten der Verbreitung auf IP-Netzen und in der Position „Sonstiges“.

**Tab. 33 Kosten der Programmverbreitung (in Mio. €)**  
**Budgetabgleich 2013 bis 2016**

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht anerkannt	Mehr- (+) Minder- (-) Aufwand
Kosten der Programmverbreitung	652,9	776,0	-123,1
nachrichtlich genannte Positionen	548,0	524,0	24,0
Summe 2013-2016	1.200,9	1.300,0	-99,1

Die Kommission hatte in der Vergangenheit auf die Abschaltung der Mittelwellensender hingewirkt. Die resultierenden Einsparungen mindern den Aufwand bei dem hier nur nachrichtlich betrachteten Eigenbetrieb.

**Tz. 82** Gegenüber den im Vergleich zu den anerkannten Beträgen geminderten Anmeldungen für 2013 bis 2016 meldet die ARD für 2017 bis 2020 eine deutliche Steigerung um 146,1 Mio. € auf 799 Mio. € (+22,4 %) an. Die Steigerung der Kosten der Satellitenverbreitung von 126,2 Mio. € auf 173,8 Mio. € ist zum einen durch die Überführung des Entwicklungsprojektes „HDTV“ in den Bestand zu erklären. Dies führt zu dem Kostenanstieg von 2016 auf 2017. Gegenläufig wirkt sich eine Umgliederung der Kosten der Ausstrahlung von Fernsehprogrammen in der Qualitätsstufe SDTV nach 2018 in die Position „Sonstiges“ aus (vgl. dazu jedoch Tz. 84).

**Tz. 83** Die Kosten der Verbreitung auf IP-Netzen waren im 19. Bericht für 2013 bis 2016 mit 85,8 Mio. € anerkannt worden. Hierin eingeschlossen waren auch die Kosten der IP-Verbreitung der GSEA und der IP-Eigenbetrieb, die als Folge eines Methodenwechsels zum 20. Bericht separat nachrichtlich ausgewiesen werden. Zum 20. Bericht meldet die ARD für 2013 bis 2016 einschließlich dieser nur nachrichtlich genannten Kosten bei den GSEA einen Bedarf von nur 61,3 Mio. € an, wobei etwa 30 % davon auf das Jahr 2016 entfallen soll. Für 2017 bis 2020 sollen die von der ARD nicht vollständig beeinflussbaren Kosten der IP-Verbreitung unter Berücksichtigung der nachrichtlichen Positionen auf 95,4 Mio. €, also um 55,6 %, steigen, wobei die Steigerung bei den programmbezogenen GSEA und den Kosten des IP-Eigenbetriebs sogar 60,0 % betragen soll. Rechnet man diesen Effekt heraus, so resultiert eine geplante Steigerung um 42,5 %. Diese akzeptiert die Kommission in Anbetracht der dynamischen Entwicklung der Nutzung von Mediatheken und von Zusatzangeboten wie HbbTV. Sie erkennt den (ohne nachrichtliche Positionen) angemeldeten Finanzbedarf von 40,6 Mio. € unverändert an.

Nicht anerkennen kann die Kommission zwei Teilbeträge der Position „Sonstiges“, in der 93,4 Mio. € für 2017 bis 2020 angemeldet wurden. Die Kommission kürzt diese Anmeldung um insgesamt 48,8 Mio. €. Dabei geht es um zwei Sachverhalte:

Tz. 84

- Auf Nachfrage der Kommission erläutert die ARD, dass „Sonstiges“ unter anderem eine Position in Höhe von 30,2 Mio. € für die Störungsbeseitigung nach der bevorstehenden Verlagerung ihrer Sender aus dem 700 MHz-Band („Digitale Dividende II“) enthalte. Kosten für die Abdeckung der vergleichbaren Folgen der „Digitalen Dividende I“ seien nicht angefallen. Die Kommission erkennt hier nur den Finanzbedarf für die möglicherweise benötigte Umstellung der Systeme der drahtlosen Produktionstechnik in Höhe von 3 Mio. € an. Sie kürzt die Anmeldung demnach um 27,2 Mio. €.
- Ebenfalls unter „Sonstiges“ aufgeführt sind die Kosten in Höhe von 43,2 Mio. €, die auftreten würden, falls die ARD die Satellitenausstrahlung in der Qualitätsstufe SDTV über das Jahr 2018 hinaus bis zum Ende der Periode aufrechterhalten sollte. Der Digitalisierungsbericht 2015 der *Landesmedienanstalten* zeigt, dass 2015 bereits 55,5 % der Satellitenhaushalte HDTV nutzen. Insofern ist damit zu rechnen, dass eine Beendigung der SDTV-Ausstrahlung nach 2018 möglich sein sollte. Allerdings hat das Bundeskartellamt im Jahr 2012 die privaten Programmanbieter Pro7Sat1 und RTL dazu verpflichtet, ab 2013 mindestens für 10 Jahre, also bis 2022, Programme in SDTV ohne Grundverschlüsselung auszustrahlen. Eine Abschaltung der SDTV-Programme allein der öffentlich-rechtlichen Programmanbieter ist aus Wettbewerbsgründen kaum vorstellbar. Da es aber im Interesse aller Programmanbieter liegen dürfte, die Kosten der SDTV-Ausstrahlung so früh wie möglich einzusparen, setzt die Kommission in Anbetracht des Zuwachses der HDTV-Nutzung auf eine Einigung, auch mit dem Bundeskartellamt (s.o.). Die Kommission geht daher davon aus, dass eine Fortführung der SDTV-Ausstrahlung über 2018 hinaus nicht erforderlich sein wird. Für den Fall, dass sich die Abschaltung jedoch ein weiteres Jahr verzögern sollte, erkennt sie für die Fortführung der SDTV-Ausstrahlung per Satellit im Jahr 2019 einen Betrag von 21,6 Mio. € an. Die Kürzung durch die Kommission für die SDTV-Satellitenausstrahlung beträgt demnach 21,6 Mio. €.

Unter der Position „Sonstiges“ erkennt die Kommission einen Betrag von 41,7 Mio. € an. Sie mindert den angemeldeten Bedarf damit um 48,8 Mio. €.

Tz. 85

Die Kommission mindert den von der ARD angemeldeten Bedarf in Höhe von 799,0 Mio. € um 48,8 Mio. € auf 750,2 Mio. €. Der anerkannte Betrag liegt um 25,8 Mio. € (3,3 %) unter dem Betrag von 776 Mio. €, der mit dem 19. Bericht für 2013 bis 2016 anerkannt wurde.

Tz. 86

---

Programmverbreitung**2.2 ZDF**

---

Die Kommission vermindert den vom ZDF zum 20. Bericht angemeldeten Aufwand für die Programmverbreitung für 2017 bis 2020 in Höhe von 297,6 Mio. € um 18,5 Mio. € auf 279,1 Mio. €. Dieser Betrag liegt um 6,1 % über dem im 19. Bericht für 2013 bis 2016 anerkannten Betrag.

---

*Tz. 87* Der vom ZDF angemeldete Aufwand ist in der folgenden Tabelle dokumentiert:

## Programmverbreitung

Tab. 34 Aufwand für die Programmverbreitung: Anmeldungen des ZDF zum 20. Bericht (in T€)

	2013	2014	2015	2016	2013 - 2016	2017	2018	2019	2020	2017 - 2020
1. Terrestrische Verteilung	41.384	41.543	42.400	42.300	167.627	42.000	42.000	42.000	42.000	168.000
b) Fernsehprogramme	41.384	41.543	42.400	42.300	167.627	42.000	42.000	42.000	42.000	168.000
2. Satellitenausstrahlung	17.204	17.309	17.830	18.330	70.672	18.740	18.750	19.760	19.770	77.020
davon) Fernsehprogramme	14.381	14.479	15.000	15.500	59.359	15.500	15.500	16.500	16.500	64.000
davon) PHOENIX und Kinderkanal	2.823	2.830	2.830	2.830	11.313	3.240	3.250	3.260	3.270	13.020
3. Kabelverbreitung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
b) Fernsehprogramme	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4. Verbreitung auf IP-Netzen	1.744	1.915	2.550	4.100	10.309	4.600	6.100	6.700	7.700	25.100
a) Telemedien (HTTP-Caching, On Demand)	1.367	1.429	1.803	2.713	7.312	3.067	4.020	4.437	5.072	16.596
b) Livestreaming (ohne Webchannel)	377	485	748	1.387	2.996	1.533	2.081	2.263	2.628	8.505
c) Webchannel	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
5. Hoheitsaufgaben Hörfunk/Fernsehen	370	370	700	1.000	2.440	1.500	1.500	1.500	1.000	5.500
6. Sonstige Leitungen und Leitungsnetze	3.367*	4.594	3.847	4.400	16.208	5.500	5.500	5.500	5.500	22.000
7. Sonstiges	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Summe Aufwand für Programmverbreitung</b>	<b>64.069</b>	<b>65.730</b>	<b>67.327</b>	<b>70.130</b>	<b>267.256</b>	<b>72.340</b>	<b>73.850</b>	<b>75.460</b>	<b>75.970</b>	<b>297.620</b>

## Programmverbreitung

- Tz. 88** In der Summe belaufen sich die Kosten für 2013 bis 2016 auf 267,3 Mio. € und für 2017 bis 2020 auf 297,6 Mio. €.
- Tz. 89** In ihrem 19. Bericht hatte die Kommission für 2013 bis 2016 den vom ZDF angemeldeten Bedarf in Höhe von 263,1 Mio. € unverändert anerkannt. Dazu kam der nur nachrichtlich gemeldete Bedarf für das Entwicklungsprojekt HDTV in Höhe von 37,8 Mio. €, so dass ein Gesamtbedarf in Höhe von 300,9 Mio. € resultierte.
- Tz. 90** Erwähnenswert ist, dass die Kosten der terrestrischen Verteilung den Übergang von DVB-T auf DVB-T2 beinhalten, ohne dass eine nennenswerte Kostensteigerung erkennbar ist.
- Tz. 91** Das ZDF geht davon aus, dass die Satelliten-Ausstrahlung ihrer Programme in der Qualitätsstufe SDTV bis 2020 fortgesetzt werden muss. Mit Blick auf die in Tz. 84 dargestellten Hintergründe erkennt die Kommission den Finanzbedarf für die SDTV-Ausstrahlung im Jahr 2020 nicht an. Sie mindert daher den Finanzbedarf um 8,1 Mio. €.
- Tz. 92** Auf Nachfrage durch die Kommission begründet das ZDF die Steigerung der Kosten der Leitungsnetze (Tabelle 34, Zeile 6) damit, dass sie das Integrierte Nationale Leitungsnetz erst im Verlauf des Jahres 2013 in Betrieb genommen habe und die jährlichen Abschreibungen erst ab 2014 in den Ist-Werten enthalten seien. Da zukünftig auch aus den kleineren Landesstudios natives HDTV-Material bereitgestellt werden solle, ergäben sich die angemeldeten Steigerungen.
- Tz. 93** Die Kosten der Verbreitung auf IP-Netzen waren im 19. Bericht für 2013 bis 2016 mit 12,9 Mio. € anerkannt worden. Mit den Anmeldungen zum 20. Bericht meldet das ZDF für 2013 bis 2016 einen Bedarf von nur 10,3 Mio. € an, wobei etwa 40 % davon auf das Jahr 2016 entfallen sollen. Für 2017 bis 2020 sollen die vom ZDF nicht vollständig beeinflussbaren Kosten der IP-Verbreitung um 144 % auf 25,1 Mio. € steigen. Da derzeit ARD und ZDF die zugehörigen technischen Leistungen gemeinsam ausschreiben, sieht es die Kommission als gerechtfertigt an, die von der ARD angemeldete Steigerungsrate von 42,5 % als Referenz zu verwenden. Sie mindert den Bedarf daher um 10,4 Mio. € und erkennt einen Bedarf von 14,7 Mio. € an.
- Tz. 94** Die Kommission mindert den vom ZDF angemeldeten Bedarf in Höhe von 297,6 Mio. € um 18,5 Mio. €.

## 2.3 Deutschlandradio

---

**Die Kommission erkennt den vom Deutschlandradio zum 20. Bericht angemeldeten Aufwand für die Programmverbreitung für 2017 bis 2020 in Höhe von 71,0 Mio. € unverändert an. Dieser Betrag liegt um 33 % unter dem im 19. Bericht für 2013 bis 2016 anerkannten Betrag.**

---

- Tz. 95** Der vom Deutschlandradio angemeldete Aufwand ist in der folgenden Tabelle dokumentiert:

## Programmverbreitung

Tab. 35 Aufwand für die Programmverbreitung: Anmeldungen des Deutschlandradios zum 20. Bericht (in T€)

	2013	2014	2015	2016	2013 - 2016	2017	2018	2019	2020	2017 - 2020
<b>1. Terrestrische Verteilung</b>	25.086	29.987	19.890	16.105	91.068	16.105	16.306	16.406	16.506	65.323
a) Hörfunkprogramme										
aa) Senderkosten	24.635	29.546	19.460	15.650	89.291	15.650	15.850	15.950	16.050	63.500
ab) festgemietete Ü- u. M-Leitungen	451	441	430	455	1.777	455	456	456	456	1.823
<b>2. Satellitenausstrahlung</b>	323	300	318	400	1.341	400	400	400	400	1.600
<b>3. Kabelverbreitung</b>	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>4. Verbreitung auf IP-Netzen</b>	206	192	240	280	918	305	305	305	305	1.220
a) Telemedien	79	82	146	155	462	170	170	170	170	680
b) Livestreaming (ohne Webchannel)	127	110	94	125	456	135	135	135	135	540
c) Webchannel					0					0
<b>5. Hoheitsaufgaben Hörfunk/Fernsehen</b>	520	424	626	554	2.124	291	291	291	291	1.164
<b>6. Sonstige Leitungen und Leitungsnetze</b>	378	327	385	391	1.481	420	420	430	430	1.700
<b>7. Sonstiges</b>	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Summe Aufwand für Programmverbreitung</b>	<b>26.513</b>	<b>31.231</b>	<b>21.459</b>	<b>17.730</b>	<b>96.932</b>	<b>17.521</b>	<b>17.722</b>	<b>17.832</b>	<b>17.932</b>	<b>71.007</b>
nachrichtlich:										
<b>Projekt Digitaler Hörfunk</b>	4.161	4.418	7.300	11.300	27.178	14.500	16.500	18.400	20.300	69.700
<b>Summe Eigenbetrieb</b>	560	319	0	0	879	0	0	0	0	0
<b>Summe der nachrichtlichen Positionen</b>	<b>4.721</b>	<b>4.737</b>	<b>7.300</b>	<b>11.300</b>	<b>28.058</b>	<b>14.500</b>	<b>16.500</b>	<b>18.400</b>	<b>20.300</b>	<b>69.700</b>
<b>Summe Aufwand Programmverbreitung inkl. der nachrichtlichen Positionen</b>	<b>31.233</b>	<b>35.968</b>	<b>28.759</b>	<b>29.030</b>	<b>124.990</b>	<b>32.021</b>	<b>34.222</b>	<b>36.232</b>	<b>38.232</b>	<b>140.707</b>

## Programmverbreitung

- Tz. 96** In der Summe belaufen sich die Kosten für 2013 bis 2016 auf 96,9 Mio. € und für 2017 bis 2020 auf 71 Mio. €. Zu diesen Kosten sind die hier nur nachrichtlich genannten Beträge für das Entwicklungsprojekt „Digitaler Hörfunk“ in Höhe von 27,2 Mio. € bzw. 69,7 Mio. € und für 2013 bis 2016 die ebenfalls nur nachrichtlich genannten Kosten des in den Jahren 2013 und 2014 noch existierenden eigenen Senderbetriebes in Höhe von 0,9 Mio. € zu addieren. Es resultieren für 2013 bis 2016 125,0 Mio. € und für 2017 bis 2020 140,7 Mio. €.
- Tz. 97** In ihrem 19. Bericht hatte die Kommission für 2013 bis 2016 einen vom Deutschlandradio angemeldeten Bedarf in Höhe von 105,9 Mio. € anerkannt, zu dem nachrichtlich 31,5 Mio. € für das Entwicklungsprojekt „Digitaler Hörfunk“ und die Kosten des eigenen Senderbetriebes in Höhe von 1,3 Mio. € hinzukamen. Die Gesamtsumme belief sich auf 138,7 Mio. €.
- Tz. 98** Auffällig ist der deutliche Rückgang der Kosten der terrestrischen Verteilung. Diese ist ein Resultat der von der Kommission erwirkten Abschaltung der Langwellen- und der Mittelwellensender, die das Deutschlandradio zum Jahresende 2014 bzw. 2015 umgesetzt hat. In der Konsequenz sanken auch die Kostenerstattungen für Hoheitsaufgaben deutlich.
- Tz. 99** Die für die terrestrische Programmverbreitung (ohne die DAB+-Ausstrahlung) für 2017 bis 2020 geplanten Kosten (65,3 Mio. €) liegen unter den Kosten, die in derselben Periode für die Programmverbreitung im Rahmen des Entwicklungsprojektes „Digitaler Hörfunk“ angemeldet wurden (69,7 Mio. €).
- Tz. 100** Die Kosten der Verbreitung auf IP-Netzen waren im 19. Bericht für 2013 bis 2016 mit 0,9 Mio. € anerkannt worden. Mit den Anmeldungen zum 20. Bericht meldet das Deutschlandradio für diese Periode einen Bedarf von ebenfalls 0,9 Mio. € an. 2017 bis 2020 sollen die vom Deutschlandradio nicht vollständig beeinflussbaren Kosten der IP-Verbreitung um 33 % auf 1,2 Mio. € steigen.
- Tz. 101** Die Kommission erkennt den vom Deutschlandradio angemeldeten Bedarf in Höhe von 71 Mio. € unverändert an. Wie in Tzn. 297 ff. bzw. Tzn. 314 ff. erläutert, mindert die Kommission den für die terrestrische Programmverbreitung angemeldeten Finanzbedarf um 10,1 Mio. € (UKW und DAB+).

## 2.4 ARTE

---

**Die Kommission erkennt den von ARTE zum 20. Bericht angemeldeten Aufwand für die Programmverbreitung für 2017 bis 2020 in Höhe von 11,0 Mio. € unverändert an. Dieser Betrag liegt um 1,9 % über dem im 19. Bericht für 2013 bis 2016 anerkannten Betrag. Zu dem anerkannten Betrag sind die hier nur nachrichtlich genannten Kosten der Verbreitung über IP-Netze in Höhe von 2,9 Mio. € hinzuzurechnen.**

---

- Tz. 102** Der von ARTE angemeldete Aufwand, welcher durch ARTE Deutschland getragen wird, ist in der folgenden Tabelle dokumentiert:



## Programmverbreitung

Tab. 36 Aufwand für die Programmverbreitung: Anmeldungen von ARTE zum 20. Bericht (in T€)

	2013	2014	2015	2016	2013 - 2016	2017	2018	2019	2020	2017 - 2020
1. Terrestrische Verteilung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
b) Fernsehprogramme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2. Satellitenausstrahlung	2.552,0	2.572,0	2.697,0	2.709,0	10.530,0	2.722,0	2.736,0	2.750,0	2.764,0	10.972,0
b) Fernsehprogramme	2.552,0	2.572,0	2.697,0	2.709,0	10.530,0	2.722,0	2.736,0	2.750,0	2.764,0	10.972,0
3. Kabelverbreitung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
b) Fernsehprogramme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Hoheitsaufgaben Hörfunk/Fernsehen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
5. Sonstige Leitungen und Leitungsnetze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6. Sonstiges	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Summe Aufwand für Programmverbreitung</b>	<b>2.552,0</b>	<b>2.572,0</b>	<b>2.697,0</b>	<b>2.709,0</b>	<b>10.530,0</b>	<b>2.722,0</b>	<b>2.736,0</b>	<b>2.750,0</b>	<b>2.764,0</b>	<b>10.972,0</b>
<b>nachrichtlich:</b>										
Verbreitung auf IP-Netzen (50 %-Anteil ARTE D)	598,0	646,5	675,5	682,5	2.602,5	694,0	706,5	718,5	731,5	2.850,5
a) Telemedien	538,2	581,9	608,0	614,3	2.342,3	624,6	635,9	646,7	658,4	2.565,5
b) Livestreaming (ohne Webchannel)	59,8	64,7	67,6	68,3	260,3	69,4	70,7	71,9	73,2	285,1
c) Webchannel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Summe der nachrichtlichen Positionen</b>	<b>598,0</b>	<b>646,5</b>	<b>675,5</b>	<b>682,5</b>	<b>2.602,5</b>	<b>694,0</b>	<b>706,5</b>	<b>718,5</b>	<b>731,5</b>	<b>2.850,5</b>
<b>Summe Aufwand der Programmverbreitung inkl. der nachrichtlichen Positionen</b>	<b>3.150,0</b>	<b>3.218,5</b>	<b>3.372,5</b>	<b>3.391,5</b>	<b>13.132,5</b>	<b>3.416,0</b>	<b>3.442,5</b>	<b>3.468,5</b>	<b>3.495,5</b>	<b>13.822,5</b>

## Programmverbreitung

- Tz. 103** In der Summe belaufen sich die Kosten für 2013 bis 2016 auf 10,5 Mio. € und für 2017 bis 2020 auf 11,0 Mio. Euro. Zu diesen Kosten sind die hier nur nachrichtlich aufgeführten Beträge für die Verbreitung auf IP-Netzen in Höhe von 2,6 Mio. € bzw. 2,9 Mio. € zu addieren, die ARTE Deutschland im Rahmen des Mitgliedsbeitrags für ARTE G.E.I.E. zahlt.
- Tz. 104** In ihrem 19. Bericht hatte die Kommission für 2013 bis 2016 einen von ARTE angemeldeten Bedarf in Höhe von 10,8 Mio. € (für die Satellitenverbreitung) anerkannt, zu dem nachrichtlich 1,2 Mio. € für die IP-Verbreitung hinzukamen.
- Tz. 105** Die Kosten der Satellitenverbreitung sollen 2017 bis 2020 im Vergleich zu dem im 19. Bericht anerkannten Betrag für 2013 bis 2016 nahezu unverändert bleiben. Die Kosten der von ARTE nicht vollständig beeinflussbaren IP-Verbreitung für 2013 bis 2016 sollen im Vergleich zu dem im 19. Bericht anerkannten Betrag um 117 % steigen. Für 2017 bis 2020 wird eine weitere Steigerung um 9,5 % erwartet.
- Tz. 106** Die Kommission erkennt den von ARTE angemeldeten Bedarf in Höhe von 11,0 Mio. € (bzw. von 13,8 Mio. € unter Einschluss der nachrichtlich aufgeführten Positionen) unverändert an.

### 3. Personalaufwand

#### 3.1 Personalaufwand ohne Altersversorgung

---

Die Kommission erkennt für 2017 bis 2020 einen Finanzbedarf der Anstalten für *Personalaufwand ohne Altersversorgung* von 8.742,3 Mio. € an. Davon entfallen auf die ARD 7.101,7 Mio. €, auf das ZDF 1.302,0 Mio. €, auf das Deutschlandradio 246,2 Mio. € und auf ARTE 92,4 Mio. €.

Im Jahresdurchschnitt sind dies bei der ARD 1.775,4 Mio. €, beim ZDF 325,5 Mio. €, beim Deutschlandradio 61,6 Mio. € und bei ARTE 23,1 Mio. €.

Die anerkannten Beträge liegen um 206,8 Mio. € unter den Anmeldungen der Anstalten von insgesamt 8.949,1 Mio. €. Von dieser Kürzung entfallen auf die ARD 156,4 Mio. €, das ZDF 45,5 Mio. €, das Deutschlandradio 4,5 Mio. € und ARTE 0,4 Mio. €.

Die ARD plant für 2017 bis 2020 die Streichung von weiteren 545 besetzten Stellen. Allerdings werden diese Einsparungen nahezu ausschließlich beim BR und beim WDR erbracht.

Auch das ZDF plant für 2017 bis 2020 Einsparungen von weiteren 100 besetzten Stellen. Hinzu kommen Einsparungen bei der freien Mitarbeit im Programmaufwand. Damit setzt das ZDF das bis 2020 gestreckte Konsolidierungskonzept um. Der überwiegende Teil der bisherigen Stellenstreichungen dient dabei allerdings der Korrektur der eigenen Fehlsteuerungen der Jahre 2007 bis 2010.

Darüber hinaus planen ARD und ZDF Umschichtungen von Programm- und Sachaufwand hin zum Personalaufwand. Damit würden dauerhafte feste Stellen geschaffen. Die Kommission folgt dem nur teilweise. Sie hält die Einbindung in umfassende Personalkonzepte für erforderlich.

Die Kommission erwartet daher von den Landesrundfunkanstalten und übergreifend von der ARD sowie vom ZDF und vom Deutschlandradio zum 21. Bericht die Vorlage von mittelfristigen Konzepten für die Entwicklung der gesamten *Personalkapazitäten* und die Art der Leistungserstellung.

Die Kommission sperrt beim Personalaufwand ohne Altersversorgung von ARD, ZDF und Deutschlandradio einen Betrag von 100 Mio. € für 2019 und 2020. Dies ergibt sich aus dem Zusammenhang mit den geforderten Einsparungen bei der Altersversorgung.

---

In diesem Kapitel prüft die Kommission die Anmeldungen der Anstalten zum Personalaufwand ohne Altersversorgung. Dabei handelt es sich um den Aufwand für aktiv Beschäftigte, der in den Wirtschaftsplänen als Personalaufwand ausgewiesen ist.

Tz. 107

## Personalaufwand

Nicht enthalten sind der Aufwand für Vorruhestand und für Altersteilzeit. Nicht erfasst ist durch diese Abgrenzung auch der Aufwand für *freie Mitarbeiter, Arbeitnehmerüberlassung* sowie für Personal in ausgegliederten Einheiten (z.B. *Beteiligungsgesellschaften der Anstalten*). Die Gesamtdarstellung Personal (Tzn. 181 ff.) umfasst auch diesen Aufwand und die entsprechenden Personalkapazitäten.

Den Aufwand für die Altersversorgung behandelt die Kommission gesondert in Tzn. 139 ff.

**Tz. 108** Die Entwicklung des Personalaufwands ist von zwei Faktoren abhängig: Zum einen von der *allgemeinen Steigerungsrate* und zum anderen von der Zahl der Beschäftigten. Dabei erfasst die allgemeine Steigerungsrate nicht nur die tariflichen Steigerungen, sondern auch Stufensteigerungen und Veränderungen der Stellenstruktur. Bei der Festlegung dieser Rate dienen der Kommission die Personalausgaben der Länder als Maßstab.

Für 2013 und 2014 hatte die Kommission mit dem 19. Bericht Steigerungsraten von 2,65 % und 2,95 % anerkannt; für 2015 und 2016 waren es 2,0 %. Die Anstalten melden vor dem Hintergrund der etwas höheren Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst von 2,1 % für 2015 und 2,3 % (mindestens 75 €) für 2016 nunmehr entsprechend höhere Steigerungsraten an. Für 2017 und die Folgejahre melden sie eine jährliche Steigerungsrate von 2,5 % an.

Die Kommission hält leicht erhöhte Steigerungsraten für 2015 und 2016 bei einem Vergleich mit dem öffentlichen Dienst der Länder für angemessen. Gemessen an diesem Maßstab hält sie die Steigerung von 2,5 % für 2017 bis 2020 allerdings für überhöht. Sie legt daher ab 2015 eine Steigerungsrate von gleichbleibend jährlich 2,25 % zugrunde. Damit entspricht der Zuwachs des Personalaufwands pro *Vollzeitäquivalent (VZÄ)* von 2013 bis 2020 der Ausgabensteigerung bei den Ländern.

Die Zahl der Beschäftigten wollen ARD, ZDF und Deutschlandradio 2017 bis 2020 weiter reduzieren. Die Einzelheiten stellt die Kommission bei den jeweiligen Anstalten im Zusammenhang mit dem Personalaufwand dar.

**Tz. 109** Neben der Überprüfung der Annahmen zur allgemeinen Steigerungsrate vergleicht die Kommission für 2013 bis 2016 die Anmeldungen zum 20. Bericht mit den Feststellungen des 19. Berichts. Dabei prüft sie, ob Abweichungen im Basiszeitraum Auswirkungen auf den Aufwand 2017 bis 2020 haben und ob diese anerkannt werden können.

**Tz. 110** Der Gesamtüberblick (vgl. Tabelle 37) zeigt die Anmeldungen der Anstalten zum Personalaufwand ohne Altersversorgung für 2017 bis 2020 von 8.949,1 Mio. €. Davon entfallen auf die ARD 7.258,1 Mio. €, das ZDF 1.347,5 Mio. €, das Deutschlandradio 250,7 Mio. € und auf ARTE 92,8 Mio. €. Die jahresdurchschnittlichen Beträge sind in Tabelle 37 ausgewiesen.

Die Summe des Personalaufwands liegt von 2017 bis 2020 um 751,1 Mio. € über der Summe von 2013 bis 2016. Das ist ein Anstieg von 9,2 % (2,2 % p.a.). Dabei liegen die Anmeldungen für 2013 bis 2016 – weit überwiegend bei der ARD – um 156,6 Mio. € über dem anerkannten Bedarf des 19. Berichts. Im Vergleich dazu ergibt sich für 2017 bis 2020 sogar ein Zuwachs von rund 907,7 Mio. €, das sind 11,3 % und 2,7 % p.a.

In Tabelle 37 ist ausschließlich der Bestandsbedarf ausgewiesen. Die ARD hat darüber hinaus für 2017 bis 2020 Personalaufwand von 36,1 Mio. € für das Entwicklungsprojekt „Bestandssicherung audiovisuelles Erbe“ angemeldet (vgl. dazu Tzn. 318 ff.).

**Tab. 37 Personalaufwand ohne Altersversorgung (in Mio. €)**  
Anmeldungen der Rundfunkanstalten zum 20. Bericht

	ARD	ZDF	DRadio	ARTE	Anstalten gesamt
2013-2016	6.675,0	1.211,1	227,8	84,1	8.198,0
2017-2020	7.258,1	1.347,5	250,7	92,8	8.949,1
o p.a. 2017-2020	1.814,5	336,9	62,7	23,2	2.237,3
Veränderung	583,1	136,4	22,9	8,7	751,1
Veränderung in %	8,7	11,3	10,1	10,3	9,2
Veränderung in % p.a.	2,1	2,7	2,4	2,5	2,2

Im Folgenden stellt die Kommission die Anmeldungen zum Personalaufwand und die geplante Stellenentwicklung jeweils gesondert für ARD, ZDF, Deutschlandradio und ARTE dar und bewertet sie nach den Maßstäben der Kommission.

### 3.1.1 ARD

#### 3.1.1.1 Personalaufwand ohne Altersversorgung

Bei der ARD erkennt die Kommission für 2017 bis 2020 einen Personalaufwand ohne Altersversorgung von 7.101,7 Mio. € an, das sind jährlich 1.775,4 Mio. €. Der anerkannte Betrag für 2017 bis 2020 liegt um insgesamt 156,4 Mio. € unter der Anmeldung der ARD von 7.258,1 Mio. € (vgl. Tabelle 38). Die Kürzung ergibt sich aus folgenden Gründen:

- Die Kommission erkennt nicht alle von der ARD angemeldeten *Sondereffekte* an, die zu einer dauerhaften Erhöhung des Personalaufwands führen würden.
- Sie erkennt als Ausgangsbasis 2013 bis 2016 im Wesentlichen nur den Aufwand an, der von der Kommission im 19. Bericht festgestellt wurde, nicht aber „sonstige Abweichungen“.
- Sie kürzt die von der ARD für 2017 bis 2020 zugrunde gelegte allgemeine Steigerungsrate von 2,5 % p.a. auf 2,25 %.

Die Kommission erwartet von den Landesrundfunkanstalten und übergreifend von der ARD, dass sie zum 21. Bericht ihre mittelfristigen Konzepte und Strategien für die Entwicklung der Personalkapazitäten und die Art der Leistungserstellung darstellen. Erforderlich ist eine aufgabenbezogene Darstellung der Entwicklung der eingesetzten Personalkapazitäten, der Aufteilung in feste Stellen, freie Mitarbeit und Leiharbeit, der Nutzung von Maßnahmen des Outsourcing sowie der Rolle von

## Personalaufwand

**Beteiligungen und GSEA.** Dabei ist eine angemessene Beteiligung aller Landesrundfunkanstalten an den Sparanstrengungen zu gewährleisten.

Wegen der geforderten Einsparungen bei der Altersversorgung sperrt die Kommission beim Personalaufwand ohne Altersversorgung der ARD einen Betrag von 84 Mio. € für 2019 und 2020.

**Tab. 38 Personalaufwand ohne Altersversorgung der ARD**  
Anmeldung 20. Bericht und Feststellung durch die Kommission

	Anmeldung ARD 20. Bericht		Feststellung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-)
	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)
<b>2013</b>	1.595,2		1.585,0		-10,2
<b>2014</b>	1.636,6	2,6	1.621,5	2,3	-15,1
<b>2015</b>	1.707,6	4,3	1.675,2	3,3	-32,4
<b>2016</b>	1.735,6	1,6	1.704,6	1,8	-31,0
<b>Summe 2013-2016</b>	<b>6.675,0</b>		<b>6.586,3</b>		<b>-88,7</b>
<b>2017</b>	1.767,5	1,8	1.732,8	1,7	-34,7
<b>2018</b>	1.792,1	1,4	1.755,4	1,3	-36,7
<b>2019</b>	1.829,7	2,1	1.789,1	1,9	-40,6
<b>2020</b>	1.868,8	2,1	1.824,4	2,0	-44,5
<b>Summe 2017-2020</b>	<b>7.258,1</b>		<b>7.101,7</b>		<b>-156,4</b>
<b>Ø 2017-2020 p.a.</b>	<b>1.814,5</b>		<b>1.775,4</b>		<b>-39,1</b>
<b>Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016</b>	<b>583,2</b>	<b>8,7</b>	<b>515,4</b>	<b>7,8</b>	
<b>Ø p.a.</b>		<b>2,1</b>		<b>1,9</b>	

**Tz. 111** Die Kommission ermittelt den anzuerkennenden Betrag für 2017 bis 2020, indem sie die anerkannten Werte für 2013 bis 2016 aus dem 19. Bericht fortschreibt. Sie legt dabei die allgemeinen Steigerungsraten zugrunde und berücksichtigt weitere Faktoren durch Hinzurechnungen und Abschläge (vgl. Tabelle 40).

**Tz. 112** Von zentraler Bedeutung für die Fortschreibung durch die Kommission ist der *Budgetabgleich* zwischen dem 19. und dem 20. Bericht: Für 2013 bis 2016 liegt der angemeldete Personalaufwand ohne Altersversorgung um 149,6 Mio. € über dem anerkannten Bedarf des 19. Berichts (vgl. Tabelle 39). Die Kommission prüft, ob und wie weit diese Erhöhung der Ausgangsbasis entsprechend höhere Anmeldungen der Anstalten für 2017 bis 2020 begründen kann.

**Tab. 39 Personalaufwand ohne Altersversorgung der ARD (in Mio. €)**  
**Budgetabgleich 2013 bis 2016**

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht anerkannt	Mehr- (+) Minder- (-) Aufwand
2013	1.595,2	1.585,0	10,2
2014	1.636,6	1.619,1	17,6
2015	1.707,6	1.648,3	59,3
2016	1.735,6	1.673,1	62,5
Summe 2013-2016	6.675,0	6.525,4	149,6

Die ARD begründet die Überschreitung um 149,6 Mio. € für 2013 bis 2016 mit folgenden Faktoren:

Tz. 113

- Höhere Annahmen zu den allgemeinen Steigerungsraten 2015 und 2016 mit 10,6 Mio. €.
- Organisatorisch und personalwirtschaftlich bedingte Sondereffekte von 44,0 Mio. € für 2013 bis 2016. Dabei geht es um zusätzliche feste Stellen im Umfang von 410 VZÄ<sup>1</sup>, die in den Jahren von 2013 bis 2016 geschaffen werden und 2017 bis 2020 in vollem Umfang aufwandswirksam werden. Die Finanzierung soll aufwandsneutral durch Verlagerung von Mitteln aus dem Programmaufwand und dem Sachaufwand erfolgen; diese Mittel wurden dort bisher überwiegend für die Finanzierung von freier Mitarbeit sowie der Arbeitnehmerüberlassung eingesetzt. Zu den Sondereffekten im Einzelnen:
  - Beim BR aus arbeitsrechtlichen Gründen die Übernahme von Beschäftigten aus nicht programmgestaltender freier Mitarbeit (sog. *Gagisten*, 291 VZÄ) in Festanstellungen.  
 (Auswirkungen 2017 bis 2020: 72,1 Mio. €)
  - Bei drei Anstalten (MDR, NDR, SWR) die Überführung von insgesamt 78 VZÄ aus Arbeitnehmerüberlassung auf feste Stellen.  
 (Auswirkungen 2017 bis 2020: 18,8 Mio. €)
  - Bei ebenfalls drei Anstalten (HR, RBB, SWR) 41 Stellen mit verschiedenen Einzelbegründungen (Übernahme aus freier Mitarbeit, veränderte Zuordnung von Auslandskorrespondenten, Einnahmefinanzierung, Wiedereingliederung einer Tochtergesellschaft).  
 (Auswirkungen 2017 bis 2020: 12,3 Mio. €)
- Sonstige Abweichungen beim Personalaufwand von 95,0 Mio. €.

Zur Begründung nennen die Anstalten eine ganze Reihe unterschiedlicher Faktoren:

Dazu gehört erhöhter Personalbedarf, z.B. allgemein als Folge von Arbeitsverdichtung, sowie für im Einzelnen genannte Zwecke, wie z.B. den Ausbau des barrierefreien Angebots. Konkret benannt werden jeweils acht zusätzliche Stellen beim RBB für IT-Betriebsunterstützung sowie zusätzliche Freistellungsnotwendigkeiten für Personalräte beim SWR. Zudem seien höhere Tarifsteigerungen eingetreten als in den früheren Annahmen der Kommission enthalten seien. Mehrere Anstalten verweisen darauf, dass die Kürzungen der Kommission aus dem 19. Bericht noch nicht umgesetzt werden konnten.

## Personalaufwand

**Tz. 114** Die Kommission erkennt den angemeldeten Mehraufwand für 2013 bis 2016 in der Fortschreibung für 2017 bis 2020 (vgl. Tabelle 40) in folgenden Positionen an:

- Erhöhte allgemeine Steigerungsraten 2015 und 2016 entsprechend der Entwicklung im öffentlichen Dienst der Länder (vgl. Tz. 108).
- Zur insgesamt aufwandsneutralen Übernahme der rund 290 Gagisten beim BR in feste Stellen hat die ARD darlegen können, dass dies rechtlich zwingend und unter den gegebenen Umständen auch wirtschaftlich geboten ist. 290 Stellen entsprechen rund 9 % der besetzten Stellen beim BR. Insofern kann die Kommission nachvollziehen, dass diese Maßnahme im derzeitigen Stellenbestand auch der ARD insgesamt nicht aufzufangen ist. Die Erhöhung beim Personalaufwand um 72,1 Mio. € für 2017 bis 2020 führt zu einer Verringerung des Programmaufwands in gleicher Höhe (vgl. Tz. 64).
- Für die Umwandlung von Arbeitnehmerüberlassung erkennt die Kommission einen Finanzbedarf für 2017 bis 2020 von 18,8 Mio. € an. Die Anstalten haben belegt, dass es sich dabei um eine wirtschaftliche Maßnahme handelt, die insgesamt zu einer Einsparung führt. Der Erhöhung des Personalaufwands um 18,8 Mio. € stehen Absenkungen des Programmaufwands und des Sachaufwands um insgesamt 22,8 Mio. € gegenüber (vgl. Tzn. 64 ff. und 233 ff.). Die Anerkennung erfolgt ausnahmsweise, um die Bemühungen um wirtschaftliches Handeln zu unterstützen. In der Regel müssen solche Umschichtungen nach Auffassung der Kommission aber im vorhandenen Stellenbestand erfolgen (vgl. Tz. 115).

**Tz. 115** Nicht zustimmen kann die Kommission in einer Gesamtbetrachtung der dauerhaften Erhöhung des Personalbestandes um die weiteren 41 (ab 2017: 44) Stellen mit einem Aufwand von 12,3 Mio. € für 2017 bis 2020. So wird mit der Anmeldung der ARD z.B. nicht berücksichtigt, dass derartigen Erhöhungen des Personalaufwands an anderer Stelle in mindestens dem gleichen Umfang Entlastungen durch Maßnahmen des Outsourcing (z.B. Ausgliederungen, Aufgabenübertragungen auf Tochterunternehmen, Fremdvergaben und Leiharbeit statt Erledigung mit eigenem Personal) gegenüberstehen.

Es handelt sich bei den Umgliederungen im Übrigen um ein Stellenvolumen, das bei den betreffenden Anstalten maximal 2 % der Gesamtzahl der besetzten Stellen entspricht. Berücksichtigt man, dass diese Anstalten – anders als BR und WDR – bis 2020 keine weiteren Einsparungen bei den festen Stellen vorgesehen haben (vgl. Tz. 120), müssen solche Veränderungen im vorhandenen Stellenvolumen aufgefangen werden. Soweit die Kommission angemeldete Umschichtungen zum Personalaufwand nicht anerkennt, nimmt sie auch keine entsprechenden Kürzungen beim Programm- oder Sachaufwand vor.

Ebenfalls nicht zustimmen kann die Kommission den „sonstigen Abweichungen“ des Personalaufwands von 95,0 Mio. € für 2013 bis 2016. Es handelt sich dabei im Wesentlichen um allgemein beschriebene Personalmehrbedarfe und um die Wiederaufnahme von Argumenten aus dem 19. Bericht (z.B. zur Höhe der angesetzten Tarifsteigerungen). Die Kommission hatte diese Bedarfe nicht akzeptiert und die Anmeldungen damals um 67,4 Mio. € gekürzt. Von mehreren Anstalten wird auch eingeräumt, dass die Kürzungsvorgaben des 19. Berichts nicht umgesetzt werden konnten. Soweit konkret jeweils acht Stellen für IT-Unterstützung (RBB) und Freistellungsnotwendigkeiten



für Personalräte (SWR) erstmals angemeldet werden, handelt es sich um Sachverhalte, die keine Ausweitung des Stellen- und Personalkostenvolumens für die ARD insgesamt rechtfertigen, sondern im vorhandenen Rahmen aufzufangen sind.

Neben den Effekten aus 2013 bis 2016 berücksichtigt die Kommission für 2017 bis 2020 zwei weitere Fortschreibungsfaktoren:

Tz. 116

- eine allgemeine Steigerungsrate von 2,25 %. Die Kommission hält diese Rate im Unterschied zur Anmeldung der ARD-Anstalten von jährlich 2,5 % für angemessen. Sie entspricht der Entwicklung im öffentlichen Dienst der Länder im Gesamtzeitraum 2013 bis 2020 (vgl. Tz. 108).
- die von den Anstalten geplante Reduzierung der besetzten Stellen mit einem Betrag von 101,8 Mio. € (entsprechend 418 VZÄ<sup>2</sup>). Das sind insgesamt rund 2 % der besetzten Stellen, d.h. 0,5 % p.a. Dies entspricht dem Einsparbetrag, den die ARD auch im Zeitraum seit 2008 durchschnittlich jährlich erbringt.

Tabelle 40 beschreibt zusammenfassend, wie die Kommission den festgestellten Finanzbedarf der ARD für 2017 bis 2020 aus den Feststellungen des 19. Berichts für 2013 bis 2016 ableitet. Die Kommission schreibt die festgestellten Beträge des 19. Berichts ab 2015 mit einer allgemeinen Steigerungsrate von 2,25 % p.a. fort<sup>3</sup>. Erhöhend wirken die Umschichtung von rund 290 Stellen („Gagisten“) beim BR sowie die Finanzierung der Umschichtung aus der Arbeitnehmerüberlassung. Gegenläufig wirken die von den Anstalten für 2017 bis 2020 vorgesehenen Stellenstreichungen. Im Ergebnis erkennt die Kommission damit für 2017 bis 2020 einen Personalaufwand in Höhe von 7.101,7 Mio. € an. Verglichen mit der Anmeldung von 7.258,1 Mio. € (vgl. Tabelle 38) ergibt sich daraus eine Kürzung durch die Kommission von 156,4 Mio. €.

Tz. 117

Tab. 40 Ableitung des festgestellten Bedarfs der ARD (in Mio. €)

	Feststellung 19. Bericht	Fortschreibung Steigerungsraten	Erhöhung wg. Umschichtung BR („Gagisten“)	Erhöhung wg. Umschichtung AÜG	Reduzierung wg. gepl. Personal- einsparung	Feststellung 20. Bericht
2013	1.585,0	1.585,0				1.585,0
2014	1.619,1	1.619,1	0,4	2,0		1.621,5
2015	1.648,3	1.652,3	18,8	4,0		1.675,2
2016	1.673,1	1.681,4	18,6	4,6		1.704,6
Summe 2013-2016	6.525,4	6.537,7	37,8	10,6		6.586,3
2017		1.719,2	18,4	4,6	-9,4	1.732,8
2018		1.757,9	18,1	4,7	-25,4	1.755,4
2019		1.797,5	17,9	4,7	-31,0	1.789,1
2020		1.837,9	17,7	4,8	-36,0	1.824,4
Summe 2017-2020		7.112,5	72,1	18,8	-101,8	7.101,7

1) Stichtag: Ende 2016.

2) 545 Stellen (Tabelle 41) abzüglich 79,8 BR, 30 WDR, 10 MDR und 7 NDR, die zum Ausgleich der „sonstigen Abweichung“ 2013 bis 2016 benötigt werden; zeitliche Verteilung entsprechend der Anmeldung der ARD.

3) Im 19. Bericht war für 2015 und 2016 eine allgemeine Steigerungsrate von 2,0 % enthalten. Die tatsächliche Steigerung war niedriger wegen gegenläufig wirkender Stellenstreichungen. Die Kommission berücksichtigt die erhöhte Steigerungsrate von 2,25 % p.a. (vgl. Tz. 108), indem sie die Werte des 19. Berichts um 0,25 % für 2015 und rund 0,5 % für 2016 erhöht.

## Personalaufwand

## 3.1.1.2 Entwicklung der besetzten Stellen

**Tz. 118** Die Anmeldung der ARD zeigt für 2013 bis 2016 einen Anstieg um 267 Stellen, für 2017 bis 2020 eine Reduzierung um 545 Stellen (vgl. Tabelle 41). Allerdings weist die ARD darauf hin, dass eine Bereinigung um die erwähnten organisatorischen Sondereffekte (vgl. Tz. 113) erforderlich sei. Berücksichtigt man die von der Kommission im 19. und im 20. Bericht anerkannten Sondereffekte, ergibt sich auch für 2013 bis 2016 ein Rückgang von 378 Stellen. 2020 liegt die bereinigte Zahl der besetzten Stellen um 909 niedriger als 2012. Das ist ein Rückgang um insgesamt 4,5 % und jährlich durchschnittlich 0,6 %.

**Tab. 41 Besetzte Stellen (Planstellen und sonstige Stellen) der ARD<sup>1</sup>**

	Anmeldung ARD		Bereinigte Darstellung	
	Besetzte Stellen	Veränderung Vorjahr	Besetzte Stellen	Veränderung Vorjahr
2012	20.008		20.008	
2013	20.117	109	19.869	-139
2014	20.025	-92	19.739	-131
2015	20.378	353	19.745	6
2016	20.275	-103	19.630	-115
Veränd. 2016 ggü. 2012		267		-378
2017	20.107	-168	19.466	-164
2018	19.881	-226	19.243	-223
2019	19.803	-78	19.169	-74
2020	19.730	-73	19.099	-70
Veränd. 2020 ggü. 2016		-545		-531
Veränd. 2020 ggü. 2012		-278		-909

1) ohne angemeldete Stellen für Entwicklungsprojekte.

**Tz. 119** Die Übersicht über die besetzten Stellen in den Anstalten (vgl. Tabelle 42) verdeutlicht die unterschiedliche Größe der einzelnen Anstalten: Die großen Anstalten mit mehr als 3.000 Beschäftigten (BR, NDR, SWR und WDR), die mittleren Anstalten mit 1.500 bis 2.000 Beschäftigten (HR, MDR und RBB) sowie die kleinen Anstalten SR und RB in der Größenordnung von 200 und 560 Beschäftigten.

**Tab. 42 Besetzte Stellen bei den einzelnen ARD-Rundfunkanstalten<sup>1</sup>**

	BR	HR	MDR	NDR	RB	RBB	SR	SWR	WDR	ARD gesamt
2008	3.063	1.803	1.883	3.485	229	1.543	595	3.544	4.155	20.299
2012	3.096	1.719	1.929	3.439	193	1.477	565	3.495	4.095	20.008
2016	3.343	1.678	2.017	3.388	207	1.493	563	3.441	4.145	20.275
2020	3.264	1.678	2.007	3.381	207	1.496	562	3.441	3.695	19.730

1) ohne angemeldete Stellen für Entwicklungsprojekte.

**Tz. 120** Um die Entwicklung der einzelnen Anstalten seit 2008 sowie die geplante Entwicklung 2017 bis 2020 beurteilen zu können, zeigt Tabelle 43 die prozentualen Veränderungen. Dabei sind die Zuwachsraten bereinigt um organisatorische und personalwirtschaftliche Veränderungen entsprechend den Feststellungen der Kommission im 19. und 20. Bericht (vgl. Tz. 110 im 19. Bericht sowie Tz. 114 im 20. Bericht).

**Tab. 43 Veränderung der besetzten Stellen bei den einzelnen ARD-Rundfunkanstalten**  
(in %; bereinigte Darstellung)

	BR	HR	MDR	NDR	RB	RBB	SR	SWR	WDR	ARD gesamt
2020 zu 2016	-2,2	0,0	-0,5	-0,2	0,0	0,2	-0,2	0,0	-11,4	-2,7
2020 zu 2012	-3,5	-2,4	0,1	-2,5	7,1	1,3	-3,2	-2,6	-14,7	-4,6
2020 zu 2008	-2,5	-6,9	2,5	-4,0	-6,0	-3,0	-8,1	-4,0	-15,9	-5,9

Der Vergleich dieser Zuwachsraten in den einzelnen Anstalten der ARD zeigt ein sehr heterogenes Bild. Besonders auffällig ist, dass im Vergleich von 2020 zu 2016 Personaleinsparungen ausschließlich beim BR (-2,2 %) und beim WDR (-11,4 %) erfolgen. Bei allen anderen Anstalten bleibt der Personalbestand im Wesentlichen unverändert.

Beim längerfristigen Vergleich der bereinigten Zahlen seit 2008 (vgl. Tabelle 43) fällt auf, dass der MDR als einzige Anstalt einen deutlichen Zuwachs verzeichnet. Der leichte Rückgang 2020 gegenüber 2016 ist allein darauf zurückzuführen, dass zehn temporär geschaffene zusätzliche Stellen wieder wegfallen.

Die Kommission hatte zudem wiederholt die Erwartung geäußert, dass Einsparungen vor allem von den großen Anstalten (BR, NDR, SWR, WDR) zu erbringen seien. Im Vergleich zu 2008 verringert von den großen Anstalten allein der WDR seinen Personalbestand überdurchschnittlich, während die Kürzungen bei BR, NDR und SWR deutlich unterdurchschnittlich ausfallen. Auch der von den Anstalten herangezogene längerfristige Vergleich mit 2001 führt zu keinen wesentlich anderen Erkenntnissen. Allein der SWR weist relativ höhere Einsparungen aus.

Für die Kommission sind die starken Unterschiede zwischen den Anstalten nicht nachvollziehbar. Auf der einen Seite will der WDR seinen Personalbestand bis 2020 um 450 Stellen reduzieren. Beim BR ist eine Verringerung um 80 Stellen angemeldet; öffentlich angekündigt ist inzwischen sogar die Streichung von insgesamt 450 Stellen beim BR bis 2025. Auf der anderen Seite halten alle anderen Anstalten den Personalbestand bis 2020 auf nahezu unverändertem Niveau. Mit der Anmeldung zum 20. Bericht werden sogar weitere Erhöhungen des Personalbestandes aus anderen Aufwandsarten und zusätzliche Stellen für ein Entwicklungsprojekt gefordert.

*Tz. 121*

Die Anstalten begründen die Unterschiede damit, dass einige Anstalten bereits in der Vergangenheit überproportionale Einsparungen erreicht hätten. Tatsächlich sind aber auch bei einer langfristigen Betrachtung erhebliche Unterschiede zwischen den Anstalten festzustellen.

Auffällig ist auch die Entwicklung beim MDR, der seine Personalzuwächse damit begründet, dass er in der Vergangenheit besonders schlanke Strukturen aufgebaut habe und nun in Teilbereichen Ergänzungen vornehmen müsse und stärker auf Eigenproduktionen umstellen wolle. Es trifft zwar zu, dass der MDR nach wie vor einen unterdurchschnittlichen Personalkostenanteil aufweist. Mit einem Personalzuwachs über inzwischen 12 Jahre nähert sich die Zahl der besetzten Stellen aber zunehmend an die Größenordnungen der „alten“ Rundfunkanstalten an.

## Personalaufwand

Die Kommission sieht daher die Notwendigkeit strategischer Entscheidungen über die zukünftige Entwicklung des Personalbestandes und die Art der Leistungserstellung der Landesrundfunkanstalten. Angesichts grundsätzlich vergleichbarer Aufgaben bei den Landesrundfunkanstalten zweifelt die Kommission, ob die einzelnen Anstalten mit so unterschiedlichen Strategien die jeweils wirtschaftlichste Lösung erreichen können. Je größer die Unterschiede in der Art der Leistungserstellung zwischen den Anstalten sind, desto schwieriger ist es auch, durch Kooperationen zwischen den Anstalten Kosten zu senken.

**Tz. 122** Aus den beantragten Umschichtungen von freier Mitarbeit und Leiharbeit zu festen Stellen und den unterschiedlichen Planungen für die Personalentwicklung der nächsten Jahre wird der strategische Diskussions- und Entscheidungsbedarf bei den ARD-Landesrundfunkanstalten deutlich. Die Kommission erwartet daher von den Landesrundfunkanstalten und übergreifend von der ARD zum 21. Bericht Darstellungen der mittelfristigen Konzepte und Strategien für die Entwicklung der Personalkapazitäten und die Art der Leistungserstellung. Dabei muss insbesondere deutlich werden,

- wie sich die eingesetzten Personalkapazitäten insgesamt entwickeln sollen,
- wie ein sachgerechtes Verhältnis der verschiedenen Beschäftigungsformen (feste Stellen, freie Mitarbeit und Arbeitnehmerüberlassung) erreicht werden soll,
- in welchem Umfang Maßnahmen des Outsourcing (z.B. Ausgliederungen, Aufgabenübertragungen auf Tochterunternehmen, Fremdvergaben) eingesetzt werden sollen,
- welche Rolle Beteiligungen und GSEA dabei spielen sollen und
- wie eine angemessene Beteiligung aller Anstalten an den Sparanstrengungen gewährleistet werden kann.

Dabei sind die Erfahrungen vergleichbarer – auch internationaler – Rundfunk- und Fernsehveranstalter einzubeziehen.

Zentraler Maßstab ist nach Auffassung der Kommission die langfristige Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerledigung im Rahmen des vorgegebenen Programmauftrags. Gerade bei der Entwicklung des Bestands an festen Stellen sind dabei die langfristigen Folgekosten und die mögliche Einengung der Flexibilität bei der Reaktion auf zukünftige programmliche Anforderungen zu berücksichtigen.

### 3.1.2 ZDF

#### 3.1.2.1 Personalaufwand ohne Altersversorgung

---

Beim ZDF erkennt die Kommission für 2017 bis 2020 einen Personalaufwand ohne Altersversorgung von 1.302,0 Mio. € an, das sind jährlich 325,5 Mio. €. Der anerkannte Betrag für 2017 bis 2020 liegt um 45,5 Mio. € unter der Anmeldung des ZDF (vgl. Tabelle 44). Zum einen erfolgt eine Kürzung um 6,6 Mio. € wegen der niedriger angesetzten allgemeinen Steigerungsrate für 2017 bis 2020. Zum anderen erkennt die Kommission eine aufwandsneutrale Umschichtung von 38,9 Mio. € aus der freien Mitarbeit hin zu festen Stellen nicht an.

Das ZDF hat inzwischen erhebliche Sparanstrengungen unternommen und dabei eine grundsätzliche Umsteuerung in der Personalpolitik vollzogen. Die Kommission akzeptiert daher das vorgelegte Konsolidierungskonzept, mit dem insbesondere die Einsparungen aus dem 18. Bericht bis 2020 umgesetzt werden. Allerdings dienen die vom ZDF genannten 562 Stellenstreichungen zum überwiegenden Teil der Korrektur eigener Fehlsteuerungen der Vergangenheit.

Ähnlich wie bei der Steuerung der festen Stellen gab es auch im Bereich der freien Mitarbeit in den Jahren 2008 bis 2012 Fehlsteuerungen, die vom ZDF im Vorfeld der Anmeldungen offen gelegt wurden. Die daraufhin angemeldeten Umschichtungen von freier Mitarbeit zu festen Stellen sind nicht entscheidungsreif. Insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit lassen sie sich nur im Rahmen eines mittelfristigen Konzepts bewerten.

Die Kommission erwartet daher vom ZDF zum 21. Bericht ein mittelfristiges Konzept für die Entwicklung der Personalkapazitäten und die Art der Leistungserstellung. Erforderlich ist eine aufgabenbezogene Darstellung der Entwicklung der eingesetzten Personalkapazitäten, der Aufteilung in feste Stellen, freie Mitarbeit und Leiharbeit, der Nutzung von Maßnahmen des Outsourcing sowie der Rolle von Beteiligungen und GSEA.

Wegen der geforderten Einsparungen bei der Altersversorgung sperrt die Kommission beim Personalaufwand ohne Altersversorgung des ZDF einen Betrag von 14 Mio. € für 2019 und 2020.

---

## Personalaufwand

**Tab. 44 Personalaufwand ohne Altersversorgung des ZDF**  
Anmeldung 20. Bericht und Feststellung durch die Kommission

	Anmeldung ZDF <sup>1</sup> 20. Bericht		Feststellung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-)
	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)
<b>2013</b>	294,3		294,3		0,0
<b>2014</b>	300,9	2,2	300,9	2,2	0,0
<b>2015</b>	305,5	1,5	305,5	1,5	0,0
<b>2016</b>	310,5	1,6	310,5	1,6	0,0
<b>Summe 2013-2016</b>	<b>1.211,2</b>		<b>1.211,2</b>		<b>0,0</b>
<b>2017</b>	321,7	3,6	317,6	2,3	-4,1
<b>2018</b>	331,6	3,1	322,8	1,6	-8,8
<b>2019</b>	341,8	3,1	328,1	1,6	-13,7
<b>2020</b>	352,3	3,1	333,5	1,6	-18,8
<b>Summe 2017-2020</b>	<b>1.347,5</b>		<b>1.302,0</b>		<b>-45,5</b>
<b>Ø 2017-2020 p.a.</b>	<b>336,9</b>		<b>325,5</b>		<b>-11,4</b>
<b>Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016</b>	<b>136,3</b>	<b>11,3</b>	<b>90,8</b>	<b>7,5</b>	
<b>Ø p.a.</b>		<b>2,7</b>		<b>1,8</b>	

1) Berücksichtigt ist eine Korrektur der Anmeldung durch das ZDF: Umschichtung von 47,8 Mio. € aus dem Programmaufwand (vgl. Tz. 66) in den Personalaufwand wegen Umwandlung aus freier Mitarbeit (41,9 Mio. €, davon 38,9 Mio. € Personal ohne Altersversorgung und 3,0 Mio. € Altersversorgung) sowie für das „Junge Angebot“ (5,9 Mio. €, davon 5,5 Mio. € Personal ohne Altersversorgung und 0,4 Mio. € Altersversorgung).

**Tz. 123** Der Personalaufwand ohne Altersversorgung liegt beim ZDF von 2013 bis 2016 um 10,4 Mio. € über dem von der Kommission im 19. Bericht anerkannten Finanzbedarf (vgl. dazu Tabelle 45).

**Tab. 45 Personalaufwand ohne Altersversorgung des ZDF (in Mio. €)**  
Budgetabgleich 2013 bis 2016

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht anerkannt	Mehr- (+) Minder- (-) Aufwand
<b>2013</b>	294,3	292,6	1,7
<b>2014</b>	300,9	299,0	1,9
<b>2015</b>	305,5	302,7	2,8
<b>2016</b>	310,5	306,5	4,0
<b>Summe 2013-2016</b>	<b>1.211,2</b>	<b>1.200,8</b>	<b>10,4</b>

Diese Überschreitung entsteht im Wesentlichen daraus, dass die Personalreduzierung nicht so schnell erfolgt wie im 19. Bericht angekündigt. Zwischenzeitlich hat das ZDF mit der Kommission ein Konsolidierungskonzept abgestimmt, mit dem die Einsparziele bis 2020 erreicht werden können. Dazu erfolgt ein zeitlich gestreckter Stellenabbau bei festen Stellen und freier Mitarbeit (zur Stellenentwicklung vgl. Tzn. 127 f.). Hinzu kommt eine teilweise Verlagerung der Einsparverpflichtungen aus der freien Mitarbeit zu den festen Stellen mit entsprechender Mittelumschichtung zum Programmaufwand (vgl. Tz. 68). Die Anmeldung des ZDF entspricht dem abgestimmten Konsolidierungskonzept mit drei Modifizierungen:

- Die allgemeinen Steigerungsraten für 2015 und 2016 werden in Anlehnung an den öffentlichen Dienst leicht erhöht und ab 2017 mit 2,5 % p.a. angesetzt.
- Im Umfang von 198,5 Stellen soll 2017 bis 2020 eine Umschichtung aus freier Mitarbeit zu festen Stellen erfolgen.
- Für das „Junge Angebot“ sollen Personalmittel für 17 Stellen veranschlagt werden.

Die Finanzierung für die beiden letztgenannten Positionen soll aufwandsneutral aus dem Programmaufwand erfolgen.

Eine Erhöhung der allgemeinen Steigerungsraten für 2015 und 2016 hält die Kommission für angemessen. Für 2015 bis 2020 ist nach Auffassung der Kommission durch eine Steigerungsrate von 2,25 % die Vergleichbarkeit mit der Entwicklung im öffentlichen Dienst der Länder im Gesamtzeitraum 2013 bis 2020 gewahrt (vgl. Tz. 108). Im Vergleich zu den angemeldeten Steigerungsraten für 2015/2016 sowie für 2017 bis 2020 ergibt sich daraus saldiert eine Kürzung des angemeldeten Personalaufwands um 6,6 Mio. €.

Tz. 124

Die Schaffung von 198,5 zusätzlichen festen Stellen mit einem Volumen von 38,9 Mio. € durch Umwandlung aus der freien Mitarbeit erkennt die Kommission nicht an. Das ZDF begründet diese Anmeldung damit, dass die entsprechenden Aufgaben wegen der funktionalen Anforderungen nicht von Beschäftigten in freier Mitarbeit erfüllt werden können. Bei der Anmeldung handelt es sich um die erste Stufe einer Überprüfung, mit der im Ergebnis noch deutlich mehr Stellen umgewandelt werden sollen. In der Anmeldung benennt das ZDF eine Größenordnung von insgesamt mehr als 800 Stellen, die einer Bewertung hinsichtlich des Handlungsbedarfs zu unterziehen seien.

Tz. 125

Die Kommission hält diese Frage angesichts der Größenordnungen und des Stands der vorliegenden Informationen nicht für entscheidungsreif. Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der vorgesehenen Umwandlung lassen sich noch nicht abschließend bewerten. So sind neben der – kurzfristigen – Haushaltsneutralität z.B. die langfristigen Folgekosten und Einengungen der Flexibilität zu bewerten. Notwendig ist insbesondere die Einbindung in ein mittelfristiges Konzept, in dem dargestellt wird, welche Anforderungen an Volumen und Struktur des zukünftigen Personalbestands sich aus der Aufgabenentwicklung ergeben. Grundsätzlich gelten dabei die gleichen Überlegungen und Anforderungen, die unter Tzn. 121 und 122 für die Landesrundfunkanstalten der ARD dargestellt wurden.

Eine besondere Problematik besteht aus Sicht der Kommission zudem darin, dass die zusätzlichen Personalkapazitäten 2008 bis 2012 für neu übernommene Aufgaben geschaffen wurden. Damals hatte sich das ZDF aber verpflichtet, diese Aufgaben mit den vorhandenen Personalkapazitäten zu bewältigen.

Die Kommission erwartet vom ZDF zum 21. Bericht die Vorlage eines mittelfristigen Konzeptes für die Entwicklung der Personalkapazitäten und die Art der Leistungserstellung, in dem dargestellt wird,

## Personalaufwand

- wie sich nach Abschluss des Konsolidierungskonzepts die Personalkapazitäten entwickeln sollen,
- wie ein sachgerechtes Verhältnis der verschiedenen Beschäftigungsformen (feste Stellen, freie Mitarbeit und Arbeitnehmerüberlassung) erreicht werden soll,
- in welchem Umfang Maßnahmen des Outsourcing (z.B. Ausgliederungen, Aufgabenübertragungen auf Tochterunternehmen, Fremdvergaben) eingesetzt werden sollen und
- welche Rolle Beteiligungen und GSEA dabei spielen sollen.

Dabei sind die Erfahrungen vergleichbarer – auch internationaler – Fernsehveranstalter einzubeziehen. Zentraler Maßstab ist nach Auffassung der Kommission die Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerledigung im Rahmen des gegebenen Programmauftrags. Gerade bei der Entwicklung des Bestands an festen Stellen sind dabei die langfristigen Folgekosten und die mögliche Einengung der Flexibilität bei der Reaktion auf zukünftige programmliche Anforderungen zu berücksichtigen.

Soweit die Umwandlung einzelner Beschäftigungsverhältnisse aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unabweisbar und wirtschaftlich geboten ist, besteht für das ZDF die Möglichkeit, Umschichtungen zwischen den Aufwandsarten vorzunehmen. Die Kommission erwartet allerdings zum 21. Bericht einen detaillierten Nachweis, in welchem Umfang von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wurde.

Da die Kommission die angemeldete Umschichtung vom Programm- zum Personalaufwand nicht anerkennt, ergibt sich auch keine entsprechende Kürzung beim Programmaufwand.

**Tz. 126** Der Veranschlagung von 17 Stellen mit einem Kostenvolumen von jährlich 1,4 Mio. € 2017 bis 2020 für das „Junge Angebot“ stimmt die Kommission zu. Sie ist Teil des ZDF-Anteils von jährlich 15 Mio. € an den Gesamtkosten des „Jungen Angebots“ von 45 Mio. € und wird durch Umschichtung finanziert. Ob und in welchem Umfang dies den Stellenrahmen des ZDF dauerhaft erhöht, wird die Kommission im Rahmen des vorzulegenden Gesamtkonzepts ab 2020 prüfen.



### 3.1.2.2 Entwicklung der besetzten Stellen

Nach der Anmeldung des ZDF soll sich die Zahl der besetzten Stellen bis 2016 im Vergleich zu 2012 um insgesamt 192 Stellen reduzieren. Für 2017 bis 2020 ist ein Zuwachs von 115 Stellen geplant. Nach Auffassung des ZDF werden die Anstrengungen im Rahmen des Konsolidierungskonzepts nur deutlich, wenn diese Stellenentwicklung um die Umschichtungen aus der freien Mitarbeit und für das „Junge Angebot“ bereinigt werden. Danach ergäbe sich auch für 2017 bis 2020 ein Rückgang um 100 Stellen.

Tz. 127

**Tab. 46 Besetzte Stellen (Planstellen und sonstige Stellen) des ZDF**

	Anmeldung ZDF		Bereinigte Darstellung	
	Besetzte Stellen	Veränderung Vorjahr	Besetzte Stellen	Veränderung Vorjahr
2012	3.649		3.649	
2013	3.559	-90	3.559	-90
2014	3.509	-50	3.509	-50
2015	3.483	-26	3.483	-26
2016	3.457	-26	3.457	-26
Veränd. 2016 ggü. 2012		-192		-192
2017	3.499	42	3.432	-25
2018	3.523	25	3.407	-25
2019	3.548	25	3.382	-25
2020	3.572	25	3.357	-25
Veränd. 2020 ggü. 2016		115		-100
Veränd. 2020 ggü. 2012		-77		-292

Das ZDF hat wiederholt dargestellt, dass zur Umsetzung der Kommissionsvorgaben 562 Stellen gestrichen werden müssten, davon 382 feste Stellen und 180 Stellen in der freien Mitarbeit. Diese Zahlen beziehen sich allerdings auf einen Vergleich der Zielzahl 2020 mit dem Ist-Stand 2010. In diesem Vergleich wird nicht deutlich, dass das ZDF in den Jahren 2007 bis 2010 die Zahl der Beschäftigten auf festen Stellen und in freier Mitarbeit erheblich ausgeweitet hat.

Tz. 128

Vergleicht man zunächst – wie bei der ARD – mit dem Stellenbestand des Jahres 2008, ergibt sich ein Rückgang von 448 Stellen, davon 409 feste Stellen und 39 in der freien Mitarbeit. Das wäre ein Rückgang von 10,9 % bei den festen Stellen (vgl. Tabelle 47).

Allerdings erfasst selbst der Vergleich mit dem Stichtag 31. Dezember 2008 die längerfristige Entwicklung beim ZDF nicht hinreichend. So lag

- die Zahl der besetzten Stellen 2008 schon 300 Stellen über dem Wert, der vom ZDF noch 2007 als Zielwert für 2008 formuliert wurde,

## Personalaufwand

- die Zahl der freien Mitarbeiter noch Ende 2007 bei nur 1623 VZÄ, stieg demnach im Laufe des Jahres 2008 um 100 Stellen an. Auch 2020 wird die Kapazität der freien Mitarbeit noch höher liegen als Ende 2007.

Das ZDF hat inzwischen erhebliche Sparanstrengungen unternommen und dabei eine grundsätzliche Umsteuerung in der Personalpolitik vollzogen. Allerdings dienen die Personaleinsparungen der vergangenen Jahre und bis 2020 weit überwiegend dazu, Fehlsteuerungen der Jahre 2007 bis 2010 auszugleichen.

**Tab. 47 Entwicklung der Personalkapazität beim ZDF (in VZÄ jeweils zum 31. Dezember)**

	Besetzte feste Stellen	Freie Mitarbeiter	Kapazität insgesamt
2008	3.766	1.720	5.486
2012	3.649	1.861	5.510
2016	3.457	1.711	5.168
2020	3.357	1.681	5.038
2020 zu 2008	-409	-39	-448
Veränderung (in %)			
2020 zu 2016	-2,9	-1,8	-2,5
2020 zu 2012	-8,0	-9,7	-8,6
2020 zu 2008	-10,9	-2,3	-8,2

- Tz. 129** Mit der Anmeldung zum 20. Bericht ist deutlich geworden, dass die Entscheidungen der Jahre 2007 bis 2010 nach wie vor große Probleme bei der Steuerung des Personaleinsatzes in den unterschiedlichen Beschäftigungsformen verursachen. Dies wird in der angemeldeten Umwandlung von freier Mitarbeit in feste Stellen deutlich. Die Kommission erwartet, dass das ZDF im Rahmen eines Gesamtkonzepts (vgl. Tz. 125) den Einsatz der freien Mitarbeit zukünftig so steuert, dass keine weiteren Verfestigungen von Beschäftigung mit der Folge einer späteren Übernahme in Vollzeitstellen stattfinden.

### 3.1.3 Deutschlandradio

#### 3.1.3.1 Personalaufwand ohne Altersversorgung

Beim Deutschlandradio erkennt die Kommission für 2017 bis 2020 einen Personalaufwand ohne Altersversorgung von 246,2 Mio. € an, das sind jährlich 61,6 Mio. €. Der anerkannte Betrag für 2017 bis 2020 liegt um 4,5 Mio. € unter der Anmeldung des Deutschlandradios von 250,7 Mio. € (vgl. Tabelle 48). Diese Kürzung beruht auf dem Ansatz eines geringeren Pro-Kopf-Aufwands sowie einer geringeren allgemeinen Steigerungsrate für 2017 bis 2020 durch die Kommission.

Die Kommission erwartet vom Deutschlandradio zum 21. Bericht die Vorlage eines mittelfristigen Konzepts für die Entwicklung der Personalkapazitäten und die Art der Leistungserstellung.

Wegen der geforderten Einsparungen bei der Altersversorgung sperrt die Kommission beim Personalaufwand ohne Altersversorgung des Deutschlandradios einen Betrag von 2 Mio. € für 2019 und 2020.

Tab. 48 Personalaufwand ohne Altersversorgung des Deutschlandradios  
Anmeldung 20. Bericht und Feststellung durch die Kommission

	Anmeldung DRadio 20. Bericht		Feststellung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-)
	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)
2013	54,2		54,2		0,0
2014	55,8	3,0	55,8	3,0	0,0
2015	58,0	3,8	57,2	2,5	-0,8
2016	59,8	3,2	59,0	3,1	-0,8
Summe 2013-2016	227,8		226,2		-1,6
2017	60,9	1,9	60,1	1,9	-0,8
2018	62,1	1,9	61,0	1,5	-1,1
2019	63,3	1,9	62,0	1,6	-1,3
2020	64,5	1,9	63,0	1,7	-1,4
Summe 2017-2020	250,7		246,2		-4,5
Ø 2017-2020 p.a.	62,7		61,6		-1,1
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	22,9	10,1	19,9	8,8	
Ø p.a.		2,4		2,1	

Das Deutschlandradio hat bei seiner Anmeldung für 2017 bis 2020 eine allgemeine Steigerungsrate von 2,5 % unterstellt. Wie bei den anderen Anstalten setzt die Kommission stattdessen eine Rate von 2,25 % an (vgl. Tz. 108). Daraus ergibt sich eine Kürzung von 1,5 Mio. € für 2017 bis 2020.

Tz. 130

Darüber hinaus zeigt der Budgetabgleich für 2013 bis 2016 (vgl. Tabelle 49) bei den Ist-Ergebnissen für 2013 und 2014 einen deutlichen Minderaufwand gegenüber dem anerkannten Bedarf des

## Personalaufwand

19. Berichts. Dies begründet das Deutschlandradio mit später vorgenommenen Einstellungen im Rahmen des Strategieprozesses. Die für die Programmerstellung notwendigen Kapazitäten seien mit freien Mitarbeitern abgedeckt worden. Deshalb sei es zu einer Verschiebung zwischen den Aufwandsblöcken Personal und Programm gekommen. Eine nähere Analyse zeigt jedoch, dass die Ausgaben pro beschäftigter Vollzeitkraft für 2013 und 2014 sowie die Folgejahre zu hoch angesetzt waren. Eine Fortschreibung auf Basis der Ist-Werte von 2014 ergibt 2017 bis 2020 eine Kürzung um 3,0 Mio. €.

**Tab. 49 Personalaufwand ohne Altersversorgung des Deutschlandradios (in Mio. €)**  
Budgetabgleich 2013 bis 2016

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht anerkannt	Mehr- (+) Minder- (-) Aufwand
2013	54,2	56,5	-2,2
2014	55,8	57,5	-1,7
2015	58,0	58,1	-0,1
2016	59,8	58,7	1,1
Summe 2013-2016	227,8	230,7	-2,9

## 3.1.3.2 Entwicklung der besetzten Stellen

**Tz. 131** Nach der Anmeldung des Deutschlandradios für den 20. Bericht erhöht sich die Zahl der besetzten Stellen 2013 bis 2016 um zwölf. Das sind vier Stellen mehr als zum 19. Bericht angemeldet. 2017 bis 2020 will das Deutschlandradio demgegenüber den Bestand um 17 Stellen vermindern. Nicht nachvollziehbar sind für die Kommission die starken Schwankungen des Stellenbestands in den Jahren 2015 und 2016. Daraus ergeben sich zwar keine Folgewirkungen für 2017 bis 2020; die Kommission hält es aber für dringend erforderlich, die Personalplanung insbesondere für 2017 bis 2020 an den nunmehr formulierten Zielen auszurichten und die geplanten Stellenreduzierungen auch umzusetzen.

**Tab. 50 Besetzte Stellen (Planstellen und sonstige Stellen) des Deutschlandradios**

	Besetzte Stellen	Veränderung Vorjahr
2012	677	
2013	686	9
2014	685	-1
2015	696	11
2016	689	-7
Veränd. 2016 ggü. 2012		12
2017	685	-4
2018	680	-4
2019	676	-4
2020	672	-4
Veränd. 2020 ggü. 2016		-17
Veränd. 2020 ggü. 2012		-5

In einer längerfristigen Betrachtung liegen die Personalkapazitäten des Deutschlandradios 2020 sogar etwas höher als 2008 (Tabelle 51). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Integration des Projekts DRadio Wissen den Stellenbestand um 28 Stellen erhöht hat. In einer bereinigten Darstellung ergäbe sich demnach ein Rückgang des Stellenbestands.

Die Kommission erwartet vom Deutschlandradio zum 21. Bericht ein mittelfristiges Konzept für die Entwicklung der Personalkapazität und die Art der Leistungserstellung. Dabei gelten grundsätzlich die gleichen Überlegungen und Anforderungen, die die Kommission für die Landesrundfunkanstalten der ARD (Tzn. 121 und 122) sowie das ZDF (Tz. 125) formuliert hat. Entscheidender Maßstab ist für die Kommission dabei die langfristige Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerfüllung im Rahmen des vorgegebenen Programmauftrags.

**Tab. 51 Entwicklung der Personalkapazität beim Deutschlandradio  
(in VZÄ jeweils zum 31. Dezember)**

	Besetzte Stellen
2008	662
2012	677
2016	689
2020	672
2020 zu. 2008	10
Veränderung (in %)	
2020 zu. 2016	-2,5
2020 zu 2012	-0,7
2020 zu 2008	1,5

## Personalaufwand

## 3.1.4 ARTE

## 3.1.4.1 Personalaufwand ohne Altersversorgung

Bei ARTE erkennt die Kommission für 2017 bis 2020 einen Personalaufwand ohne Altersversorgung von insgesamt 92,4 Mio. € an (vgl. Tabelle 52). Davon entfallen 14,9 Mio. € auf ARTE Deutschland und 77,5 Mio. € auf den deutschen Anteil an ARTE G.E.I.E. (vgl. Tabelle 53). Jährlich sind dies 23,1 Mio. €, davon 3,7 Mio. für ARTE Deutschland und 19,4 Mio. € für ARTE G.E.I.E. Gegenüber der Anmeldung von 92,8 Mio. € ist das eine Differenz von 0,4 Mio. €. Von dieser Kürzung entfallen 0,1 Mio. € auf ARTE Deutschland und 0,3 Mio. € auf ARTE G.E.I.E. Sie ist begründet durch eine geringer angesetzte allgemeine Steigerungsrate für 2017 bis 2020.

Tab. 52 Personalaufwand ohne Altersversorgung von ARTE  
Anmeldung 20. Bericht und Feststellung durch die Kommission

	Anmeldung ARTE 20. Bericht		Feststellung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-)
	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)
2013	20,2		20,2		0,0
2014	20,6	1,9	20,6	1,9	0,0
2015	21,4	3,6	21,4	3,6	0,0
2016	21,8	2,3	21,8	2,3	0,0
Summe 2013-2016	84,1		84,1		0,0
2017	22,4	2,4	22,3	2,2	0,0
2018	22,9	2,4	22,8	2,1	-0,1
2019	23,5	2,4	23,4	2,6	-0,1
2020	24,0	2,4	23,9	2,3	-0,1
Summe 2017-2020	92,8		92,4		-0,4
Ø 2017-2020 p.a.	23,2		23,1		-0,1
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	8,8	10,4	8,4	10,0	
Ø p.a.		2,5		2,4	

Tz. 132 In Tabelle 52 sind die Werte für ARTE Deutschland und für den 50 %igen deutschen Anteil an ARTE G.E.I.E. zusammengefasst. Die Aufteilung des anerkannten Betrages für 2017 bis 2020 auf ARTE Deutschland und ARTE G.E.I.E. ergibt sich aus Tabelle 53.

## Personalaufwand

**Tab. 53 Personalaufwand ohne Altersversorgung von ARTE**  
**Feststellung 20. Bericht ARTE Deutschland und ARTE G.E.I.E.<sup>1</sup>**

	Feststellung ARTE Deutschland		Feststellung ARTE G.E.I.E.		Feststellung ARTE	
	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)
<b>2013</b>	3,1		17,1		20,2	
<b>2014</b>	3,1	0,5	17,5	2,1	20,6	1,9
<b>2015</b>	3,5	10,2	17,9	2,4	21,4	3,6
<b>2016</b>	3,5	2,0	18,3	2,3	21,8	2,3
<b>Summe 2013-2016</b>	<b>13,3</b>		<b>70,8</b>		<b>84,1</b>	
<b>2017</b>	3,6	2,3	18,7	2,3	22,3	2,3
<b>2018</b>	3,7	2,3	19,2	2,3	22,8	2,2
<b>2019</b>	3,8	2,3	19,6	2,3	23,4	2,2
<b>2020</b>	3,9	2,2	20,0	2,3	23,9	2,3
<b>Summe 2017-2020</b>	<b>14,9</b>		<b>77,5</b>		<b>92,4</b>	
<b>o 2017-2020 p.a.</b>	<b>3,7</b>		<b>19,4</b>		<b>23,1</b>	
<b>Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016</b>	<b>1,7</b>	<b>12,4</b>	<b>6,7</b>	<b>9,4</b>	<b>8,4</b>	<b>9,9</b>
<b>o p.a.</b>		<b>3,0</b>		<b>2,3</b>		<b>2,4</b>

1) 50 %-Anteil ARTE Deutschland.

Die Kürzungen um insgesamt 0,4 Mio. € ergeben sich aus der von der Kommission zugrunde gelegten geringeren Steigerungsrate von 2,25 % gegenüber 2,5 % in der Anmeldung (vgl. Tz. 108). Der Budgetvergleich für die Jahre 2013 bis 2016 zeigt im Übrigen, dass die von der Kommission im 19. Bericht festgestellten Werte leicht unterschritten wurden.

**Tab. 54 Personalaufwand ohne Altersversorgung von ARTE (in Mio. €)**  
**Budgetabgleich 2013 bis 2016**

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht anerkannt	Mehr- (+) Minder- (-) Aufwand
<b>2013</b>	20,2	20,4	-0,2
<b>2014</b>	20,6	20,9	-0,3
<b>2015</b>	21,4	21,4	0,0
<b>2016</b>	21,8	21,9	-0,1
<b>Summe 2013-2016</b>	<b>84,1</b>	<b>84,6</b>	<b>-0,5</b>

### 3.1.4.2 Entwicklung der besetzten Stellen

ARTE Deutschland plant für die Jahre von 2017 bis 2020 jeweils mit einem konstanten Stellenbestand von 41 Stellen, ARTE G.E.I.E. mit 437 Stellen. Der Zuwachs in 2015 soll nach Aussage von ARTE Deutschland einen Mehrbedarf im IT-Bereich decken und gleichzeitig Kosten für externe Dienstleister reduzieren. Der Stellenaufbau bei ARTE G.E.I.E. ab 2015 beruht auf dem am 17. Juni 2014 in Kraft getretenen Gesetz zum Schutz des Arbeitsmarktes (Loi de Sécurisation de l'emploi), welches eine Mindestbeschäftigungszeit von 24 Stunden pro Woche für Teilzeitbeschäftigte vorsieht.

Tz. 133

## Personalaufwand

Tab. 55 Besetzte Stellen (Planstellen und sonstige Stellen) von ARTE

	ARTE Deutschland		ARTE G.E.I.E.	
	Besetzte Stellen	Veränderung Vorjahr	Besetzte Stellen	Veränderung Vorjahr
2012	40		424	
2013	40	0	434	10
2014	40	0	434	0
2015	41	1	437	3
2016	41	0	437	0
Veränd. 2016 ggü. 2012		1		13
2017	41	0	437	0
2018	41	0	437	0
2019	41	0	437	0
2020	41	0	437	0
Veränd. 2020 ggü. 2016		0		0
Veränd. 2020 ggü. 2012		1		13

## 3.1.5 Überblick über Anmeldungen und festgestellten Finanzbedarf aller Anstalten

**Tz. 134** Zusammengefasst ergibt sich damit der in Tabelle 56 dargestellte Stand zu Anmeldungen und festgestelltem Bedarf der einzelnen Anstalten beim Personalaufwand ohne Altersversorgung. Danach stellt die Kommission für die Anstalten insgesamt einen Finanzbedarf für 2017 bis 2020 von 8.742,3 Mio. € fest. Gegenüber der Anmeldung von 8.949,1 Mio. € ist das eine Kürzung um 206,8 Mio. €. Davon entfallen 156,4 Mio. € auf die ARD, 45,5 Mio. € auf das ZDF, 4,5 Mio. € auf das Deutschlandradio und 0,4 Mio. € auf ARTE.

Tab. 56 Personalaufwand ohne Altersversorgung 2017 bis 2020 (in Mio. €)  
Anmeldungen der Anstalten und Feststellung der Kommission

	ARD	ZDF	DRadio	ARTE	Anstalten gesamt
Anmeldung	7.258,1	1.347,5	250,7	92,8	8.949,1
Feststellung	7.101,7	1.302,0	246,2	92,4	8.742,3
Differenz	-156,4	-45,5	-4,5	-0,4	-206,8
o festgestellt p.a. 2017-2020	1.775,4	325,5	61,6	23,1	2.185,6

Ein Betrag von 100 Mio. € für 2019 und 2020 ist gesperrt (vgl. Tz. 177 zu den Einsparungen bei der Altersversorgung). Davon entfallen auf die ARD 84 Mio. €, das ZDF 14 Mio. € und das Deutschlandradio 2 Mio. €.



### 3.1.6 Personalnebenleistungen

---

Die von den Anstalten gewährten Personalnebenleistungen liegen in einigen Bereichen deutlich über dem Niveau des öffentlichen Dienstes der Länder. Die Kommission wird zum 21. Bericht überprüfen, wie weit die Anstalten das vorgelegte Konzept zum zukünftigen Umgang mit den Personalnebenleistungen umgesetzt haben.

---

Die Anstalten gewähren ihren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern zusätzlich zur Grundvergütung sogenannte Personalnebenleistungen. Dabei handelt es sich z.B. um Beihilfen in Krankheitsfällen, Jubiläumszuwendungen, Krankengeldzuschüsse, Familienzuschläge, Sonderzahlungen, Übernahme von Kantinenkosten, Fahrtkostenzuschüsse, Zuschüsse zum Betriebssport und für Kinderbetreuung. Die Leistungen werden zum Teil auf Grund von Tarifverträgen, zum anderen als freiwillige Leistung gezahlt.

Tz. 135

Die Kommission hat sich wiederholt mit dem Thema der Personalnebenleistungen beschäftigt. Es handelt sich dabei zwar nur um 3 % des Personalaufwands insgesamt; die Kommission hat aber dennoch aus grundsätzlichen Erwägungen gefordert, dass sich die Anstalten im Niveau der Leistungen für ihre Beschäftigten am öffentlichen Dienst der Länder orientieren.

Zum 20. Bericht hat die Kommission die Anstalten um einen Bericht gebeten, in welchem Umfang derzeit Personalnebenleistungen gewährt werden. Aus den vorgelegten Unterlagen ergibt sich, dass Umfang und Ausgestaltung der Personalnebenleistungen sehr unterschiedlich sind. Das gilt sowohl im Vergleich von ARD, ZDF und Deutschlandradio als auch zwischen den ARD-Anstalten. Insbesondere ist aber festzustellen, dass die Leistungen in einigen Bereichen deutlich über das Niveau des öffentlichen Dienstes hinausgehen.

Tz. 136

Die Kommission hat die gegenwärtige Praxis der Personalnebenleistungen mit den Anstalten erörtert und sie aufgefordert, ein Konzept zur zukünftigen Entwicklung der Personalnebenleistungen vorzulegen. Dabei sei der Vergleichsmaßstab des öffentlichen Dienstes von zentraler Bedeutung. Die Anstalten haben daraufhin erklärt, dass sie die Personalnebenleistungen in Zukunft verstärkt an den Notwendigkeiten ausrichten wollen, die sich aus der demografischen Entwicklung und dem zunehmenden Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt ergeben. Sie wollen die Personalnebenleistungen, die die genannten Unternehmensziele der Anstalten nicht mehr oder nur gering unterstützen, langfristig reduzieren oder abschaffen. Beispielhaft nennen die Anstalten die Beihilfen und die Anpassung/Reduzierung der Jubiläumszahlungen.

Tz. 137

Die Kommission kann die Überlegungen der Anstalten zur zukünftigen Ausrichtung der Personalnebenleistungen grundsätzlich nachvollziehen. Unter den formulierten Zielvorgaben ist allerdings ein Teil der gewährten Personalnebenleistungen nicht begründbar. Das gilt insbesondere bei einem Vergleich mit dem öffentlichen Dienst der Länder, der sich mit ähnlichen Problemen aus der demografischen Entwicklung auseinander zu setzen hat. Eine sachliche Begründung für die teilweise erheblichen Unterschiede zwischen den Anstalten ist ebenfalls nicht zu erkennen. Die Kommission

Tz. 138

---

Personalaufwand

wird daher zum 21. Bericht überprüfen, wie weit die von den Anstalten angekündigte Ausrichtung der Gewährung von Personalnebenleistungen umgesetzt wurde. Dabei wird sie auch weitere Teilaspekte der Personalnebenleistungen, wie z.B. die Sonderzahlungen im Zusammenhang mit dem Gesamtniveau der Vergütung bei den Rundfunkanstalten, bewerten.

### 3.2 Betriebliche Altersversorgung

Die Kommission erkennt für 2017 bis 2020 für die *betriebliche Altersversorgung* insgesamt einen *Nettoaufwand* von 2.115,0 Mio. € an. Der *Nettoaufwand* ergibt sich aus einem *Bruttoaufwand* von rund 3,3 Mrd. € und korrespondierenden Erträgen von 1,2 Mrd. €. Vom *Nettoaufwand* entfallen auf die ARD 1.723,6 Mio. €, auf das ZDF 341,6 Mio. € und auf das Deutschlandradio 49,8 Mio. €. Die Auswirkungen des *Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG)* sind bei dieser Betrachtung nicht einbezogen. Die Anmeldungen der Anstalten erfolgen auf Basis der *Abzinsung* von 5,25 %. Die Anmeldungen der Anstalten werden bei der ARD und beim Deutschlandradio anerkannt. Der anerkannte Betrag liegt beim ZDF um 3,0 Mio. € unter der Anmeldung.

Die alte *Deckungsstocklücke* der ARD wird zum 31. Dezember 2016 nach den Darstellungen der ARD bei allen Anstalten geschlossen. Die durch das BilMoG entstandene neue *Deckungsstocklücke* beträgt bei ARD, ZDF und Deutschlandradio auf Basis der *Abzinsung* von 4,53 % derzeit insgesamt rund 2,2 Mrd. €.

Die Kommission hält es für notwendig, den für die Altersversorgung zweckgebundenen Beitragsanteil von 25 Cent über 2016 hinaus fortzuführen. Sie erkennt die dafür von den Anstalten angemeldete Summe von insgesamt 451,3 Mio. € an. Davon entfallen auf die ARD 334,3 Mio. €, das ZDF 104,9 Mio. € und das Deutschlandradio 12,1 Mio. €.

Die Kommission berücksichtigt dabei, dass die Anstalten die bisherigen *Versorgungstarifverträge* gekündigt haben. Angesichts der hohen Kosten aus den alten *Versorgungstarifverträgen* hält es die Kommission des Weiteren für vertretbar und notwendig, den Zuwachs des Altersversorgungsaufwands durch die laufenden Renten ähnlich wie bei der *VBL* zu beschränken.

Die Kommission würdigt, dass bei ARD und Deutschlandradio unterschriftsreife *Versorgungstarifverträge* vorliegen, die sich an dem *Beitragstarifvertrag Altersversorgung (BTVA)* des MDR orientieren. Der BTVA ist ein für den Arbeitgeber risikoloser, streng beitragsorientierter Leistungsplan, da die Renten ausschließlich von den Leistungen der Rückdeckungspensionskasse abhängen. Er führt zu erheblichen Einsparungen gegenüber der Fortführung der bisherigen Versorgungsregelungen.

Da die Tarifverhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, sperrt die Kommission für 2019 und 2020 bei ARD, ZDF und Deutschlandradio insgesamt einen Betrag von 100 Mio. € beim *Personalaufwand ohne Altersversorgung* (aktiven Personal).

Die Rundfunkanstalten gewähren ihren Arbeitnehmern eine betriebliche Altersversorgung. Sie ergänzt die gesetzliche Rentenversicherung und ist insoweit mit der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes vergleichbar.

Tz. 139

## Personalaufwand

Die Kommission erkennt den Aufwand für die betriebliche Altersversorgung in der Regel als finanzbedarfswirksam an. Zu diesem Aufwand gehören insbesondere Zuführungen zu Pensionsrückstellungen, Beiträge an Pensions- und Rückdeckungskassen sowie Pensions- und Rentenzahlungen.

Die Kommission beurteilt den Versorgungsaufwand vor allem aufgrund des Nettoaufwands für die Altersversorgung sowie der kassenwirksamen Versorgungsleistungen. Zur Ermittlung des Nettoaufwands werden dem genannten Bruttoaufwand die entsprechenden Erträge gegenübergestellt. Dies sind insbesondere Zinserträge aus *Deckungsstöcken* und Leistungen von Pensions- und Rückdeckungskassen.

Zur Absicherung der Versorgungsverpflichtungen aus den alten Versorgungssystemen dienen Sondervermögen („Deckungsstöcke“) bei den einzelnen Anstalten. Die Anstalten der ARD erhalten seit 1997 einen zweckgebundenen Anteil (25 Cent) des Gebühren- bzw. Beitragsaufkommens. Damit sollen diese Versorgungsverpflichtungen stufenweise abgedeckt werden. Die Entlastung künftiger Beitragsjahre trägt gleichzeitig zur Generationengerechtigkeit bei. Die Differenz zwischen Versorgungsverpflichtungen und Bestand der Deckungsstöcke wird als Deckungsstocklücke bezeichnet. Die Kommission prüft die Verwendung der zweckgebundenen Mittel und die Entwicklung der Deckungsstocklücke. In diesem Zusammenhang sind auch die Auswirkungen auf Grund des Inkrafttretens des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) zum 1. Januar 2010 zu betrachten. Diese haben bei allen Anstalten zu einer weiteren Deckungsstocklücke geführt.

Im Rahmen einer Gesamtbetrachtung sind zahlreiche Faktoren für den *Finanzbedarf* sowie die Dotierung der Deckungsstöcke bedeutsam. Neben dem zweckgebundenen Beitragsanteil von 25 Cent sind dies insbesondere Veränderungen der Pensionsrückstellungen auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten. Die Höhe der Pensionsrückstellungen hängt unter anderem von Faktoren wie Lebenserwartung, Abzinsungssätzen, Gehaltsentwicklung und Rentenanpassungen ab. Diese Faktoren sind ständigen Veränderungen unterworfen. Erhebliche Auswirkungen auf den Finanzbedarf haben auch Einschnitte in Versorgungsregelungen.

Im Zusammenhang mit dem 20. Bericht hat die Kommission die Mercer Deutschland GmbH mit der gutachterlichen Untersuchung der Versorgungssysteme bei den ARD-Anstalten, dem ZDF und dem Deutschlandradio unter Einbeziehung der Versorgung des öffentlichen Dienstes beauftragt. Das betrifft insbesondere

- die Beschreibung, den Vergleich und die Würdigung der Versorgungssysteme,
- den Vergleich der Versorgungssysteme anhand der Kennziffer „*Versorgungsniveau* bei Altersrentenbeginn“,
- den Vergleich der Versorgungssysteme anhand der *Jahresnettoprämien*,
- den Vergleich der kassenwirksamen Leistungen und *anwartschaftlichen Renten* sowie
- die Untersuchung und Würdigung der Belastbarkeit der Aussagen zu Einsparungen aus dem Abschluss des Beitragstarifvertrages Altersversorgung (BTVA) beim Mitteldeutschen Rundfunk.

Zusätzlich ist eine versicherungsmathematische Vorausberechnung mit der Analyse der mittel- und langfristigen Auswirkungen einer Umstellung der aktuellen Versorgungslandschaft am Beispiel des NDR erstellt worden.

### 3.2.1 Plandaten der betrieblichen Altersversorgung

Der angemeldete Nettoaufwand für die betriebliche Altersversorgung beträgt 2017 bis 2020 bei der ARD 1.723,6 Mio. €, beim ZDF 344,6 Mio. € und beim Deutschlandradio 49,8 Mio. € (Tabelle 57). Insgesamt sind dies 2.118,0 Mio. €.

Tz. 140

**Tab. 57 Nettoaufwand der Rundfunkanstalten für die Altersversorgung (in Mio. €)<sup>1</sup>**  
Anmeldung zum 20. Bericht

	ARD	ZDF	DRadio	Anstalten gesamt
<b>2013-2016</b>	1.682,7	419,5	47,3	2.149,5
<b>2017-2020</b>	1.723,6	344,6	49,8	2.118,0
<b>ø p.a. 2017-2020</b>	<b>430,9</b>	<b>86,2</b>	<b>12,5</b>	<b>529,5</b>
<b>Veränderung in Mio. €</b>	<b>40,9</b>	<b>-74,9</b>	<b>2,5</b>	<b>-31,5</b>
<b>Veränderung in %</b>	<b>2,4</b>	<b>-17,9</b>	<b>5,3</b>	<b>-1,5</b>
<b>Veränderung in % p.a.</b>	<b>0,6</b>	<b>-4,8</b>	<b>1,3</b>	<b>-0,4</b>

1) Abzinsung 5,25 %, ohne Auswirkungen BilMoG.

Der Nettoaufwand für die betriebliche Altersversorgung steigt bei ARD und Deutschlandradio leicht an. Beim ZDF ist ein starker Rückgang zu verzeichnen. Zur detaillierten Ableitung des Nettoaufwands wird auf Anlage 1 im Anhang verwiesen.

Tz. 141

Allerdings ist bei der Bewertung zu berücksichtigen, dass sich die Anmeldung für 2013 bis 2016 zwischen dem 19. Bericht und dem 20. Bericht erheblich verändert hat. Die Werte für 2013 bis 2016 sind im 20. Bericht um insgesamt 371,2 Mio. € gegenüber dem 19. Bericht gestiegen. Davon entfallen auf die ARD 267,7 Mio. € (Tabelle 58), auf das ZDF 102,9 Mio. € (Tabelle 60) und das Deutschlandradio 0,6 Mio. € (Tabelle 61).

Der Aufwand für 2017 bis 2020 liegt in der Anmeldung um 31,5 Mio. € unter dem Wert für 2013 bis 2016. Gegenüber den Planungen für 2013 bis 2016 im 19. Bericht ist das aber ein Anstieg um 339,7 Mio. €. Die Ursachen für die Entwicklungen werden bei den jeweiligen Anstalten erläutert.

#### 3.2.1.1 ARD

Die Anmeldung der ARD für 2013 bis 2016 liegt im 20. Bericht um 267,7 Mio. € über dem anerkannten Bedarf des 19. Berichts (Tabelle 58).

Tz. 142

**Tab. 58 Nettoaufwand Altersversorgung der ARD (in Mio. €)<sup>1</sup>**  
Budgetabgleich 2013 bis 2016

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht anerkannt	Mehr- (+) Minder- (-) Aufwand
<b>2013</b>	483,7	437,5	46,2
<b>2014</b>	405,3	327,2	78,1
<b>2015</b>	386,6	323,8	62,8
<b>2016</b>	407,1	326,5	80,6
<b>Summe 2013-2016</b>	<b>1.682,7</b>	<b>1.415,0</b>	<b>267,7</b>

1) Abzinsung 5,25 %, ohne Auswirkungen BilMoG.

## Personalaufwand

**Tz. 143** Die Ursachen für die Abweichungen gegenüber den Planungen liegen zum einen in geringeren Zinserträgen/Fondsausschüttungen von 102,3 Mio. €. Zum anderen wirken sich höhere Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen auf Grund neuer versicherungsmathematischer Berechnungen aus. Darüber hinaus ergibt sich ein Mehraufwand durch veränderte Berechnungsannahmen, wie z.B. über die Entwicklung des Bestandes der Versorgungsberechtigten und Rentner.

**Tz. 144** Im Vergleich zur erhöhten Basis 2013 bis 2016 sind beim Nettoaufwand für die betriebliche Altersversorgung 2017 bis 2020 nur geringe Steigerungen zu verzeichnen. Mehraufwand ergibt sich vor allem durch die höheren Rentenzahlungen. Hervorzuheben ist auch der erhebliche Anstieg der Prämien an die Rückdeckungspensionskasse (bbp) um 121,7 Mio. €. Dem stehen allerdings höhere Erträge/Forderungen aus der Rückdeckungskasse (bbp) gegenüber (Anhang, Anlage 1).

**Tz. 145** Die Prämien an die bbp sind im Sachaufwand finanzbedarfswirksam und werden wegen des Sachzusammenhangs von der Kommission bei Betrachtung des Nettoaufwands für die betriebliche Altersversorgung einbezogen.

Das Deckungsvermögen, welches die Verpflichtungen gegenüber den Mitarbeitern abdeckt, wird durch die bbp gebildet. Finanziert wird dieses Deckungsvermögen über die Prämienzahlungen der Anstalten. Diese Prämien beruhen auf den von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) genehmigten Tarifen der bbp, die auf das Vertragsverhältnis mit den Anstalten Anwendung finden.

**Tab. 59** Entwicklung der Prämien der ARD an die bbp 2009 bis 2020 (in Mio. €)

	insgesamt	o p.a.
2009-2012	217,0	54,2
2013-2016	328,8	82,2
2017-2020	450,5	112,6

**Veränderung 2017-2020 zu 2013-2016**

Veränderung	121,7
Veränderung in %	37,0
Veränderung in % p.a.	8,2

Eine Steigerung der Versicherungsprämien an die bbp resultiert insbesondere aus einer wachsenden Anzahl der abzusichernden Anspruchsberechtigten sowie der Auswirkung von Tarifabschlüssen auf die Gehälter.

## 3.2.1.2 ZDF

Die Anmeldung des ZDF für 2013 bis 2016 liegt im 20. Bericht um 102,9 Mio. € über dem anerkannten Bedarf des 19. Berichts (Tabelle 60).

Tz. 146

Tab. 60 Nettoaufwand Altersversorgung des ZDF (in Mio. €)<sup>1</sup> – Budgetabgleich 2013 bis 2016

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht anerkannt	Mehr- (+) Minder- (-) Aufwand
2013	109,9	77,1	32,8
2014	131,9	81,6	50,3
2015	97,3	79,8	17,5
2016	80,4	84,2	-3,8
abzüglich Kürzung, vgl. 19. Bericht, Tz. 162		6,1	
<b>Summe 2013-2016</b>	<b>419,5</b>	<b>316,6</b>	<b>102,9</b>

1) Abzinsung 5,25 %, ohne Auswirkungen BilMoG.

Die Ursachen für die Abweichungen gegenüber den Planungen liegen zum einen in geringeren Zinserträgen/Fondsausschüttungen von 5,9 Mio. €. Weiterhin erfolgten höhere Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen aufgrund neuer versicherungsmathematischer Berechnungen. Zum anderen wirken sich höhere Beiträge an die Pensionskasse von 94,7 Mio. € aus.

Tz. 147

Nach dem Anstieg des Nettoaufwandes 2013 bis 2016 ist im Zeitraum 2017 bis 2020 ein deutlicher Rückgang um etwa 18 % zu verzeichnen. Der Rückgang ist vor allem durch Sonderfaktoren verursacht. Eine Ursache sind Zuführungen zum *Gründungsstock der Pensionskasse des ZDF*. Diese betragen in den Jahren 2013 bis 2017 insgesamt 115 Mio. €, d.h. 23 Mio. € jährlich. Ab 2018 entfallen diese Zuführungen; dementsprechend treten für 2017 bis 2020 gegenüber 2013 bis 2016 erhebliche Entlastungen ein.

Tz. 148

Zu nennen sind weiterhin Effekte, die 2013 bis 2016 höhere *Rückstellungen* bedingten. Dies betrifft u.a. die über den langfristigen Trend hinausgehenden Tarif- und Rentensteigerungen sowie Frühverrentungen (27,5 Mio. €).

Die vom ZDF angemeldete Umschichtung aus der freien Mitarbeit in feste Stellen erkennt die Kommission nicht an (vgl. Tz. 125 im Berichtsteil Personalaufwand ohne Altersversorgung). Dementsprechend werden auch die auf die Altersversorgung entfallenen Beträge von 3,0 Mio. € nicht anerkannt.

Tz. 149

Die Kommission hält die beantragte Umschichtung auf der Grundlage des Standes der vorliegenden Informationen nicht für entscheidungsreif. Notwendig ist insbesondere die Einbindung in ein umfassendes Konzept, in dem dargestellt wird, welche Anforderungen an Volumen und Strukturen des Personalbestandes sich aus der Aufgabenentwicklung ergeben. Darüber hinaus sind die Auswirkungen auf die Altersversorgung unter Wirtschaftlichkeitsaspekten zu betrachten.

Die Auswirkungen aus dem neuen „Jungen Angebot“ für die Altersversorgung betragen 0,4 Mio. €. Diesem Betrag stimmt die Kommission zu. Er ist Teil des ZDF-Anteils von jährlich 15 Mio. € an den Gesamtkosten des „Jungen Angebots“ von 45 Mio. € und wird durch Umschichtung finanziert.

Tz. 150

## Personalaufwand

## 3.2.1.3 Deutschlandradio

**Tz. 151** Die Anmeldung des Deutschlandradios für 2013 bis 2016 liegt im 20. Bericht um 0,6 Mio. € über dem anerkannten Bedarf des 19. Berichts (Tabelle 61). Davon ausgehend steigt der Aufwand 2017 bis 2020 noch einmal um 2,5 Mio. € (Anhang, Anlage 1).

**Tab. 61 Nettoaufwand Altersversorgung des Deutschlandradios (in Mio. €)<sup>1</sup>  
Budgetabgleich 2013 bis 2016**

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht anerkannt	Mehr- (+) Minder- (-) Aufwand
2013	14,9	12,2	2,7
2014	8,1	12,6	-4,5
2015	12,5	10,9	1,6
2016	11,8	11,0	0,8
Summe 2013-2016	47,3	46,7	0,6

<sup>1)</sup> Abzinsung 5,25 %, ohne Auswirkungen BilMoG.

**Tz. 152** Beim Deutschlandradio wirken sich im gesamten Zeitraum zum einen geringere Zinserträge aus. Zum anderen sind Rückstellungsänderungen durch einen höheren Rückstellungsbedarf zu verzeichnen.

Hervorzuheben ist ebenfalls der erhebliche Anstieg der Prämien an die Rückdeckungspensionskasse (bbp). 2017 bis 2020 steigen sie gegenüber 2013 bis 2016 um 7,5 Mio. € (Tabelle 62). Dem stehen allerdings höhere Erträge/Forderungen aus der Rückdeckungskasse (bbp) gegenüber.

**Tab. 62 Entwicklung der Prämien des Deutschlandradios an die bbp 2009 bis 2020 (in Mio. €)**

	insgesamt	ø p.a.
2009-2012	6,0	1,5
2013-2016	11,4	2,9
2017-2020	18,9	4,7

**Veränderung 2017-2020 zu 2013-2016**

Veränderung	7,5
Veränderung in %	65,8
Veränderung in % p.a.	13,5

Eine Steigerung der Versicherungsprämien an die bbp resultiert insbesondere aus einer wachsenden Anzahl der abzusichernden Anspruchsberechtigten sowie der Auswirkung von Tarifabschlüssen auf die Gehälter.



### 3.2.2 Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG)

Die durch das BilMoG entstandene neue Deckungsstocklücke beträgt bei ARD, ZDF und Deutschlandradio auf Basis der Abzinsung von 4,53 % derzeit rund 2,2 Mrd. €. Dies ist bei einem Gesamtverpflichtungsumfang in Höhe von 7,5 Mrd. € aus den entsprechenden Tarifverträgen ein Anteil von rund 30 %.

Die Kommission hält es für notwendig, den zweckgebundenen Beitragsanteil von 25 Cent über 2016 hinaus fortzuführen. Die dafür von den Anstalten angemeldete Summe von insgesamt 451,3 Mio. € wird von der Kommission anerkannt. Davon entfallen auf die ARD 334,3 Mio. €, das ZDF 104,9 Mio. € und das Deutschlandradio 12,1 Mio. €.

Die Kommission erkennt in der Regel den Aufwand der Anstalten für die betriebliche Altersversorgung in Anlehnung an das Handelsgesetzbuch an. Dabei führt das BilMoG zu einer realitätsnäheren Abbildung der Verpflichtungen der Anstalten aus der Altersversorgung.

Tz. 153

Entsprechend dem BilMoG sind Rückstellungen zur Altersversorgung mit einem durchschnittlichen Marktzinssatz einheitlich abzuzinsen. Zusätzlich ist der wahrscheinliche Erfüllungsbetrag der Verpflichtungen (z.B. unter Berücksichtigung des Gehalts- und Rententrends) anzusetzen. Die Anstalten haben den zum 1. Januar 2010 ermittelten Mehraufwand auf 15 Jahre (2010 bis 2024) verteilt.

Tz. 154

Die Anstalten haben den Mehrbedarf durch das BilMoG seit dem 17. Bericht nachrichtlich gegenüber der Kommission dargestellt. Auf eine finanzbedarfswirksame Anmeldung dieser Beträge haben sie in der Vergangenheit verzichtet. Dies führte bei den Anstalten dazu, dass die eingegangenen Verpflichtungen für die Altersversorgung schneller wachsen als das Vermögen zur Deckung. Dadurch ist eine neue Deckungsstocklücke entstanden.

Tz. 155

Die finanziellen Auswirkungen ergeben sich zum einen aus dem Umstellungsaufwand (Neubewertungsanteil) und zum anderen aus der Differenz des Rechnungszinssatzes zum Umstellungszeitpunkt zum jeweils aktuellen Rechnungszins.

Zum Zeitpunkt der Umstellung 2010 betrug der BilMoG-relevante Zinssatz 5,25 %. Dieser stimmt mit der durch die ARD-Anstalten und das Deutschlandradio zum 16. Bericht berücksichtigten Abzinsung überein. Einen zinsbedingten Mehraufwand zog das BilMoG zum Umstellungszeitpunkt somit nicht nach sich. Der entstehende Mehraufwand resultiert im Wesentlichen aus dem zu berücksichtigenden Gehalts- und Rententrend bei der Bewertung der Rückstellungen zur Altersversorgung. Für den Gehalts- und Rententrend haben die Anstalten grundsätzlich 2,0 % jährlich angesetzt. Einige Anstalten haben für den Zeitraum 2015 bis 2020 davon abweichend Rentensteigerungen bis 2,5 % zugrunde gelegt. Die Kommission wird die Auswirkungen daraus bei künftigen Berichten berücksichtigen bzw. anrechnen. Des Weiteren wurde von allen Anstalten ein Beihilfetrend zwischen 0 % und 5 % angesetzt, der anstaltsindividuell festgesetzt wurde.

Tz. 156

## Personalaufwand

**Tz. 157** Bei der Darstellung zum 20. Bericht wird die von der Bundesbank veröffentlichte Abzinsung zum Stichtag 31. Dezember 2014 von 4,53 % herangezogen. Auf dieser Basis ergibt sich für ARD, ZDF und Deutschlandradio für 2010 bis 2024 eine neue Deckungsstocklücke bei den Altersversorgungs- und Beihilferückstellungen in Höhe von rund 2,2 Mrd. € (Tabelle 63). Davon entfallen rund 1,5 Mrd. € auf den Umstellungsaufwand und rund 0,7 Mrd. € auf den Zinsaufwand.

**Tab. 63 Mehraufwand durch BilMoG (in Mio. €)**

	ARD	ZDF	DRadio	Gesamt
2010-2012	206,5	95,7	8,5	310,7
2013-2016	302,1	109,5	11,3	422,9
2010-2016	508,6	205,2	19,8	733,6
2017-2020	302,1	72,4	11,3	385,8
2021-2024	294,1	72,8	11,3	378,2
2017-2024	596,2	145,2	22,6	764,0
2010-2024 gesamt (Umstellungsaufwand)	1.104,8	350,4	42,4	1.497,6
Zinsaufwand 5,25 % auf 4,53 %	603,2	130,4	16,1	749,7
Gesamt	1.708,0	480,8	58,5	2.247,3

**Tz. 158** Für die weitere Entwicklung ist zu berücksichtigen, dass der zinsbedingte Mehraufwand tendenziell weiter steigen dürfte, da ein Anstieg des Zinssatzes in der nächsten Zeit nicht zu erwarten ist. Grundsätzlich gilt: Je niedriger das Zinsniveau ist, umso höher müssen die Rückstellungen sein.

Die ursprünglich durch das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) angedachte Modifizierung der Zinseffekte ist derzeit noch nicht umgesetzt.

**Tz. 159** Die Kommission hält es für erforderlich (19. Bericht, Tz. 180), die durch das BilMoG entstandenen Deckungsstocklücken stufenweise aufzufüllen und den zweckgebundenen Beitragsanteil von 25 Cent über 2016 hinaus fortzuführen.

Die Weitergeltung der 25 Cent war im 19. Bericht mit Maßgaben verbunden. Die Kommission hat entschieden, die damit verbundenen Forderungen im Rahmen einer Gesamtbetrachtung im 20. Bericht zu würdigen. Diese Maßgaben waren und sind

- die jetzigen Versorgungssysteme der Anstalten zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu schließen,
- die neuen Versorgungssysteme müssen zu einem deutlich geringeren Versorgungsniveau und
- einer Verringerung des laufenden Aufwands für die betriebliche Altersversorgung führen.

Mit dem letzten Punkt hat die Kommission insbesondere die Forderung nach der Begrenzung der Dynamisierung der laufenden Renten nach dem Maßstab der VBL (Begrenzung auf 1 % Steigerung) verbunden.

Soweit die Forderungen nicht erfüllt werden, hat die KEF im 20. Bericht Konsequenzen an geeigneter Stelle im Personalaufwand insgesamt angekündigt (vgl. Tzn. 107 ff.).

Die Kommission hat im Vorfeld des 20. Berichts mit den Anstalten mögliche Varianten der Verteilung der zweckgebundenen Beitragsmittel erörtert. Im Ergebnis hat die Kommission entschieden, als Bemessungsgrundlage für die Verteilung der zweckgebundenen Beitragsmittel den *BilMoG-Umstellungsaufwand* heranzuziehen.

Tz. 160

Die Verteilung der zweckgebundenen Beitragsmittel ist über Vereinbarungen zu regeln, zunächst zwischen ARD, ZDF und Deutschlandradio. Sie müssen sich am Finanzbedarf, d.h. an der Deckungsstocklücke orientieren. Danach ist die Verteilung innerhalb der ARD nach den gleichen Maßstäben vorzunehmen. Dabei ist die Sonderproblematik beim SR – Sanierungsgeld an die *Zusatzversorgungskasse* des Saarlandes (ZVK) – zu beachten.

Ausgehend von den derzeitigen Zahlen des Beitragsservices ergibt sich für 2017 bis 2020 ein Beitragsaufkommen aus den zweckgebundenen 25 Cent in Höhe von 451,3 Mio. €, das sind rund 113 Mio. € jährlich.

Tz. 161

Der BilMoG-Umstellungsaufwand (Neubewertungsanteil) beträgt bei allen Anstalten insgesamt rund 1,5 Mrd. €. Die Anstalten können daher mit dem zweckgebundenen Beitragsanteil von 25 Cent in der Periode 2017 bis 2020 rund 30 % des BilMoG-Umstellungsaufwandes und der damit entstandenen neuen Deckungsstocklücke abdecken.

Bei der Anmeldung haben die Anstalten folgende Verteilung zugrunde gelegt.

**Tab. 64 Verteilung des zweckgebundenen Beitragsaufkommens zwischen den Anstalten (in Mio. €)**

	Verteilung des zweckgebundenen Beitragsanteils					Anteil an 25 Cent in %	BilMoG-Umstellungsaufwand <sup>2</sup> 2010-2024
	2017	2018	2019	2020	Gesamt		
ARD <sup>1</sup>	83,5	83,6	83,6	83,6	334,3	74,1	1.104,8
ZDF	26,2	26,2	26,2	26,2	104,9	23,2	350,4
DRadio	3,0	3,0	3,0	3,0	12,1	2,7	40,6
<b>Gesamt</b>	<b>112,7</b>	<b>112,9</b>	<b>112,9</b>	<b>112,9</b>	<b>451,3</b>	<b>100,0</b>	<b>1.495,8</b>

1) auch für Sanierungsbedarf des SR für ZVK ab 2017 (insgesamt 12,4 Mio. €).

2) Bei der Verteilung des zweckgebundenen Beitragsanteils ist beim Deutschlandradio der bereits in Vorjahren geleistete Betrag von 1,8 Mio. € anzurechnen (Tz. 169).

Damit wird die Deckungsstocklücke stufenweise gleichmäßig bei allen Anstalten aufgefüllt.

Um zu gewährleisten, dass die in Tabelle 64 genannten Beträge den Anstalten zufließen, sollen von den zweckgebundenen 25 Cent (genau 24,7 Cent) die ARD 18,3 Cent, das ZDF 5,74 Cent und das Deutschlandradio 0,67 Cent erhalten.

Der Kommission liegen seit Dezember 2015 die geforderten Vereinbarungen zur Verteilung der 25 Cent sowohl zwischen ARD, ZDF und Deutschlandradio als auch innerhalb der ARD-Anstalten vor.

## Personalaufwand

## 3.2.3 Besondere Einzelpunkte bei den Anstalten

## 3.2.3.1 Schließung der alten Deckungsstocklücke bei den ARD-Anstalten bis 2016

**Tz. 162** Die Kommission befasst sich regelmäßig mit der Entwicklung der betrieblichen Altersversorgung und der Schließung der alten Deckungsstocklücke bei den Rundfunkanstalten. Sowohl im 17. Bericht und im 18. Bericht, als auch im 19. Bericht hat sie den erreichten Stand bei der Schließung der Deckungsstocklücke untersucht.

Die Kommission hat in ihren Berichten wiederholt gefordert, dass die ARD-Anstalten die Verwendung der zweckgebundenen Gebühren- bzw. Beitragsanteile (25 Cent) für die Schließung der Deckungsstocklücke nachweisen. Aus dem Nachweis müsse hervorgehen, wann und wie bei jeder Anstalt die Deckungsstocklücke bis 2016 geschlossen werden soll.

Zum damaligen Zeitpunkt hatten die ARD-Anstalten die Pensionsrückstellungen mit einem Rechnungszinssatz von 6 % kalkuliert. Daraus ergab sich eine Deckungsstocklücke von 1.928,8 Mio. €. Zwischenzeitlich wurde der Zinssatz auf 5,25 % abgesenkt. Dies führte zu einer Erhöhung der Pensionsrückstellungen bei den ARD-Anstalten um 346,1 Mio. €. Entsprechend erhöhte sich auch die Deckungsstocklücke auf 2.274,9 Mio. €.

Die Summe der Einnahmen aus dem zweckgebundenen Gebühren- bzw. Beitragsanteil 1997 bis 2016 wird bei 2.056,3 Mio. € liegen. Das sind rund 127,5 Mio. € mehr als ursprünglich mit 1.928,8 Mio. € prognostiziert wurde.

Die ARD setzt diese 127,5 Mio. € entsprechend der Forderung der Kommission zur Schließung der neuen Deckungsstocklücke auf Basis 5,25 % ein.

**Tz. 163** Die ARD hat ihre Planung zur Entwicklung der Deckungsstocklücke gegenüber der Kommission dargestellt. Danach wird diese bis 2016 zu 100 % geschlossen.

Es ergibt sich folgende Gesamtrechnung:

Finanzbedarf zur Abdeckung der ursprünglichen Deckungsstocklücke (6 %)	1.928,8 Mio. €
Finanzbedarf durch Änderung der Abzinsung auf 5,25 %	346,1 Mio. €
<b>Finanzbedarf gesamt</b>	<b>2.274,9 Mio. €</b>
Erträge aus dem zweckgebundenen Beitragsanteil von 25 Cent	2.056,3 Mio. €
Gesondert anerkannter Finanzbedarf im Zusammenhang mit der Absenkung der Abzinsung auf 5,25 % (vgl. 16. Bericht, Tz. 161)	124,3 Mio. €
<b>Gesamt vorhandene Mittel zur Abdeckung</b>	<b>2.180,6 Mio. €</b>
<b>Differenz</b>	<b>94,3 Mio. €</b>

Die ARD hat die Differenz von rund 94,3 Mio. € aus eigenen Mitteln und eigenen Anstrengungen den Deckungsstöcken zugeführt.

Aus der nachfolgenden Darstellung zeigt sich, dass bei jeder ARD-Anstalt die Deckungsstocklücke geschlossen wird.

Tz. 164

**Tab. 65 Schließung der alten Deckungsstocklücken bei den ARD-Anstalten<sup>1</sup> (in Mio. €)**

	BR	HR	MDR	NDR	RB	RBB	SR	SWR	WDR	ARD
Rückstellungen TVA/VO zum 31.12.2016	984,8	790,8	63,3	1.089,6	90,2	368,6	18,4	1.615,5	1.611,0	6.632,2
tatsächliches Sondervermögen AV zum 31.12.2016	841,5	642,9	51,9	933,0	75,9	301,6	15,9	1.338,7	1.319,0	5.520,4
Rückstellung ./. Sondervermögen = Deckungsstocklücke zum 31.12.2016	143,3	147,9	11,4	156,6	14,2	67,0	2,5	276,8	292,0	1.111,8
bisher nicht zugeführt:										
BilMoG-Umstellungsaufwand	61,2	75,9	2,9	63,4	7,4	38,6	1,1	133,2	125,0	508,6
BilMoG-Aufwand aus Zinsänderungen	82,1	72,0	8,5	93,3	6,8	28,4	1,5	143,6	167,0	603,2
BilMoG-Aufwand zum 31.12.2016	143,3	147,9	11,4	156,6	14,2	67,0	2,5	276,8	292,0	1.111,8
Deckungsstocklücke ./. nicht zugeführten BilMoG-Aufwand = Deckungsstocklücken alt 6 % und 5,25 %	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

1) Abzinsung 5,25 %.

Die Tabelle stellt für jede Anstalt und für die ARD insgesamt den Rückstellungsaufwand aus dem entsprechenden Altersversorgungstarifvertrag (TVA/VO) zum 31. Dezember 2016 dar. Der Rückstellungsaufwand liegt um rund 1,1 Mrd. € höher als das tatsächliche Vermögen zur Deckung dieser Altersversorgungsverpflichtungen.

Die Summe von rund 1,1 Mrd. € entspricht der bisher nicht finanzbedarfswirksam anerkannten Auswirkungen aus dem BilMoG.

Die ARD hat damit bei jeder Anstalt zum 31. Dezember 2016 die alte Deckungsstocklücke auf der Basis einer Abzinsung von 5,25 % geschlossen.

### 3.2.3.2 ZDF

Das ZDF hatte die Auswirkungen der Absenkung der Abzinsung auf 5,25 % erst mit dem 19. Bericht finanzbedarfswirksam angemeldet. Aus der Absenkung resultiert ein Mehraufwand von 77,7 Mio. €. Das ZDF verteilt diesen Mehraufwand insgesamt auf 15 Jahre bis 2024. Für 2010 bis 2016 hatte die Kommission im 19. Bericht, Tz. 162 einen anteiligen Betrag von 36,3 Mio. € anerkannt. Für 2017 bis 2020 erkennt die Kommission einen Betrag von 20,7 Mio. € an.

Tz. 165

Die Beihilfezahlungen an Rentner wurden bisher beim ZDF im Aufwand des laufenden Jahres erfasst. Die voraussichtlichen Beihilfezahlungen an Rentner haben die Anstalten mit der Finanzvor-schau angemeldet. Sie wurden von der Kommission regelmäßig anerkannt.

Tz. 166

## Personalaufwand

Das ZDF hat in der Vergangenheit langfristige Rückstellungen für Beihilfen für Anwarter und Rentner gebildet, die nicht finanzbedarfswirksam wurden. Ein Deckungsstock für Beihilferückstellungen wurde, anders als bei der ARD, nicht gebildet.

**Tz. 167** Mit der Anmeldung zum 20. Bericht sieht das ZDF nunmehr wie ARD und Deutschlandradio die Bildung eines Deckungsstocks für Beihilfen vor. Die Rückstellung für Beihilfeansprüche beläuft sich (ohne BilMoG) zum 31. Dezember 2014 auf 65,5 Mio. €. Unter Berücksichtigung der in der Finanzvorschau eingeplanten Beihilfen ergibt sich damit ein verbleibender Finanzbedarf für die Bildung eines Beihilfe-Deckungsstocks von 33,9 Mio. €.

**Tz. 168** Die Kommission erkennt den Finanzbedarf für die Bildung eines Deckungsstocks für Beihilfen beim ZDF an. Damit wird das ZDF genauso behandelt wie ARD und Deutschlandradio.

Dies führt dazu, dass künftig laufende Beihilfezahlungen an Rentner aus Rückstellungsverbrauch und Reduktion der Deckungsstöcke geleistet werden.

**3.2.3.3 Deutschlandradio**

**Tz. 169** Das Deutschlandradio hatte zum 19. Bericht einen zusätzlichen Finanzbedarf von 0,1 Mio. € für 2013 bis 2016 aus der Absenkung der Abzinsung von 5,25 % auf 5,04 % angemeldet. Für 2010 bis 2012 hat das Deutschlandradio auf dieser Basis dem Deckungsstock bereits 1,8 Mio. € zugeführt. Die Kommission hat entschieden, die bereits geleistete Zuführung bei der Anmeldung zum 20. Bericht anzurechnen.

Das Deutschlandradio hat dies in der Anmeldung umgesetzt.

**Tz. 170** Für Beihilfen hat das Deutschlandradio bis Ende 2013 keinen Deckungsstock gebildet. Ohne Berücksichtigung der BilMoG-Effekte errechnete sich hierfür ein notwendiges Deckungsstockvolumen von ca. 21,4 Mio. €.

Mit dem Jahresabschluss 2014 hat das Deutschlandradio erstmalig die Bildung eines Deckungsstocks für Beihilfen in Höhe von 10 Mio. € vorgenommen. Das Deutschlandradio hat angekündigt, bis spätestens Ende 2016 den restlichen Betrag zuzuführen.

### 3.2.4 Vergleich der Systeme der betrieblichen Altersversorgung und sich daraus ergebender Handlungsbedarf

Nach Auffassung der Kommission bekräftigen die Feststellungen des Gutachters den dringenden Handlungsbedarf bei den bestehenden Versorgungssystemen der Anstalten.

Die Rundfunkanstalten verfügen mit den Tarifverträgen *Grundsatztarifvertrag 2005 (GTV 05)*, *Versorgungstarifvertrag 1997 (VTV)*, *Beitragstarifvertrag Altersversorgung (BTVA)* und dem „*Punkte-modell*“ der öffentlichen Zusatzversorgung über eine insgesamt für die Mitarbeiter attraktive Versorgungsarchitektur.

Angesichts der hohen Kosten aus den alten Versorgungstarifverträgen hält es die Kommission des Weiteren für vertretbar und notwendig, den Zuwachs des Altersversorgungsaufwandes durch die laufenden Renten ähnlich wie bei der VBL zu beschränken.

#### 3.2.4.1 Ausgewählte Aussagen und Feststellungen des Gutachters

Die Kommission hat die Mercer Deutschland GmbH mit der gutachterlichen Untersuchung der Versorgungssysteme bei den ARD-Anstalten, dem ZDF, dem Deutschlandradio unter Einbeziehung der Versorgung des öffentlichen Dienstes beauftragt.

Tz. 171

Nachfolgend sind ausgewählte Aussagen und Feststellungen des Gutachtens dargestellt. Des Weiteren sind im Anhang, Anlage 3 erläuternde Übersichten, Tabellen und Darstellungen enthalten.

Darüber hinaus wurde bei den kassenwirksamen Leistungen auf die Darstellungen der Anstalten in den Anmeldungen aus dem 20. Bericht zurückgegriffen (Anhang, Anlage 2).

Die nachfolgenden Ziffern 1 bis 8 entsprechen mit geringen redaktionellen Änderungen der Zusammenfassung des Gutachters.

Tz. 172

*1. Die Versorgungslandschaft der Rundfunkanstalten ist heterogen. Zwar sind die größten Unterschiede auf die Zugehörigkeit zu verschiedenen Leistungsplänen zurückzuführen. Aber auch z.B. der Versorgungstarifvertrag 1997 (VTV) bewirkt, je nach Rundfunkanstalt, aufgrund der unterschiedlichen Rententabellen unterschiedliche Leistungen. Mit Ausnahme des MDR verfügen fast alle Rentner und älteren Anwärter über eine Gesamtversorgungszusage.*

*Beginnend mit den 90er Jahren wurden nur neueintretende Mitarbeiter nicht mehr nach der Gesamtversorgung, sondern nach dem dynamischen Festrentenmodell des VTV versorgt. Mit Ausnahme des SR, MDR und neuerdings des ZDF ist dies der aktuelle Leistungsplan für neu eintretende Mitarbeiter. Die Mitarbeiter des MDR werden seit 2013 rückwirkend ab 2006 nach dem streng beitragsorientierten BTVA versorgt. Der SR ist Mitglied der regionalen Zusatzversorgungskasse (ZVK) des Saarlandes und versichert dort die Mitarbeiter seit 1967. Seit 2015 besteht für*

## Personalaufwand

Neueintritte beim ZDF derzeit noch keine Versorgung. Auch die ARD und das Deutschlandradio haben zwischenzeitlich den VTV am 31. Dezember 2015 mit Wirkung zum 31. Dezember 2016 gekündigt.

Die Rundfunkanstalten verfügen mit den Tarifverträgen GTV 05, VTV, BTVA und dem „Punkte-modell“ der öffentlichen Zusatzversorgung über eine insgesamt für den Mitarbeiter attraktive Versorgungsarchitektur.

2. Durch den **GTV 05** wurden die bestehenden Gesamtversorgungszusagen modifiziert, um den sonst eingetretenen Kostensteigerungen durch geänderte steuer- und sozialversicherungsrechtliche Rahmenbedingungen entgegenzuwirken. Gleichwohl bleibt dieser Tarifvertrag der teuerste und für den Mitarbeiter attraktivste Leistungsplan. Die teilweise<sup>1</sup> Abkopplung von externen Faktoren durch den oben angeführten Tarifvertrag hat allerdings ein Ansteigen der Arbeitgeberkosten durch weiteres Abschmelzen der anzurechnenden gesetzlichen Rentenversicherung verhindert. Die Leistungen aus diesem Tarifvertrag bestimmen noch für einen sehr langen Zeitraum die Rentenhöhen insgesamt und die Verpflichtungswerte. Dies ist darauf zurück zu führen, dass die aktuell offenen Nachfolge-Leistungspläne nur die nach dem Einführungszeitpunkt eintretenden Mitarbeiter begünstigen.
3. Der **VTV** hat ein geringeres Versorgungsniveau als der GTV 05. Er ist jedoch nach wie vor durch die Dynamisierung der Festrenten letztlich ein endgehaltsabhängiger Leistungsplan. Dies führt dazu, dass alle Gehaltssteigerungen sich auch erhöhend auf die in der Vergangenheit erworbenen Versorgungsanswartschaften auswirken.
4. Der **BTVA** ist ein für den Arbeitgeber risikoloser, streng beitragsorientierter Leistungsplan, da die Renten ausschließlich von den Leistungen der Rückdeckungs-Pensionskasse abhängen. Dies gilt auch im Vergleich zum Punktemodell, denn dabei haben die Arbeitgeber entweder über die Umlage oder durch einen erhöhten kapitaldeckenden Beitrag die Risiken der zugesagten Rechnungszinsen (3,25 % in der Anwartschaftsphase, 6,25 % in der Rentenphase) sowie der zugesagten Biometrie (Heubeck 1998) zu tragen. Der begünstigte Arbeitnehmer trägt beim BTVA vollständig das Risiko der Kapitalanlage und der biometrischen Entwicklung des Versichertenkollektives. Die Kosten für den Arbeitgeber hängen letztlich nur von dem zuzuteilenden Versorgungsbeitrag ab. Dieser wird allerdings beim MDR – abweichend von üblichen Regelungen – nicht nur von der Höhe der versorgungsfähigen Bezüge, sondern auch von der Vergütungsgruppe bestimmt. Dies führt bei steigendem Einkommen zu überproportional steigenden Beiträgen.
5. Das „**Punktemodell**“ der öffentlichen Zusatzversorgung, das beim SR über die ZVK-Saarland durchgeführt wird, bietet insgesamt das geringste Versorgungsniveau.<sup>2</sup> Dies ist besonders auf die umfassende Abkehr von der Gesamtversorgung durch den ATV bzw. ATVIK zum 31. Dezember 2000 zurückzuführen. Dadurch wurde nicht nur die Gesamtversorgung für alle aktiven Versicherten abgeschafft. Auch die Begrenzung der Rentendynamik auf 1 % für die laufenden Leistungen hat zur Kostensenkung beigetragen. Der Arbeitgeber trägt allerdings das Risiko der Zinsgarantie und der „Biometrie“.



6. Alle Tarifverträge führen ihrerseits wieder bei allen Rundfunkanstalten zu unterschiedlichen Kosten und Rentenhöhen. Dies ist beim GTV 05 auf die unterschiedlichen Regeln zur Begrenzung der Gesamtversorgungseffekte zurückzuführen. Beim VTV wiederum sind die Rententabellen in den einzelnen Anstalten unterschiedlich. Beim Punktemodell hängen die konkreten Beiträge und Umlagen und ggf. Sanierungsgelder von der Finanzierungssituation der Zusatzversorgungskasse ab.

7. Über alle Rundfunkanstalten und Pensionspläne hinweg liegen die Kosten beim WDR und ZDF, gefolgt vom HR, RBB und SWR, am höchsten. Die Belastungen beim BR, DR, NDR und bei RB liegen darunter. Insgesamt liegen die Kosten für die Anstalten, die die klassischen alten Leistungspläne (VTV, GTV 05) gewähren, am höchsten. Sie liegen deutlich über den Gesamtkosten beim MDR und SR.

Die Gesamtversorgungszusagen führen insgesamt zu der höchsten Belastung. Dies zeigt sich beispielsweise bei der Darstellung der Kostenstruktur der älteren Mitarbeiter. Die Kosten beim VTV liegen unter dem Niveau der Gesamtzusagen, aber in der Regel über dem Niveau des BTVA und des Punktemodells. Sie sind insgesamt in etwa ähnlich, wobei hier innerhalb der Altersgruppen und der Gehaltsgruppen deutliche Unterschiede vorliegen können. Dies zeigt sich beim Vergleich der Kostenstruktur für die mittleren und die jüngeren Mitarbeiter.

Der BTVA liegt bei Mitarbeitern mit geringeren Einkommen eher im Bereich des Punktemodells und mit steigenden Einkommen nähert sich der BTVA den Kosten des VTV. Allerdings liegen diese immer noch unter den Kosten des VTV. Das Punktemodell hat insgesamt die niedrigsten Kosten.

8. Die Vorausberechnung hat gezeigt, wie sehr die Kosten bei der Beibehaltung des VTV für den Neuzugang ansteigen. Ein Gegensteuern durch Einführung des BTVA oder des Punktemodells führt zu erheblichen Ersparnissen. Deren Höhe hängt davon ab, ob nur die eintretenden Mitarbeiter oder auch der schon durch VTV versorgte Bestand durch den BTVA oder das Punktemodell versorgt werden.

Wenn man die Kosten der Altersversorgung als Barwert aller zukünftigen Zahlungen über einen Vorausberechnungszeitraum von 50 Jahren z.B. annimmt, so liegen die Ersparnisse bei Einführung des BTVA oder des Punktemodells – je nach Annahme – zwischen 25 % und 59 % gegenüber einer Fortführung des VTV für den Bestand oder sogar den Neuzugang.

1) „teilweise“, weil die individuelle gesetzliche Rente immer noch einen Einfluss auf die Leistungshöhe hat.

2) Dies gilt nur nicht für begünstigte MDR-Mitarbeiter, die einer relativ niedrigen Vergütungsgruppe angehören.

## Personalaufwand

## 3.2.4.2 Bewertung durch die Kommission

Tz. 173

Die Kommission hat sich in ihren Berichten immer wieder mit der Situation und Entwicklung der betrieblichen Altersversorgung befasst. Sie sieht in dem vorliegenden Gutachten eine zutreffende Beschreibung der Probleme und Handlungsnotwendigkeiten in der betrieblichen Altersversorgung der Rundfunkanstalten:

- Deutlich wird, dass die älteren – für Neueintritte geschlossenen – Versorgungssysteme noch für lange Zeit die Höhe des Versorgungsaufwands der Rundfunkanstalten bestimmen werden. Das ist insbesondere eine Folge der im Zusammenhang mit den neuen Versorgungstarifverträgen vereinbarten Übergangsregelungen. Danach wurden die jeweils vereinbarten Absenkungen des Leistungsniveaus im Wesentlichen nur auf Neueintritte angewendet.
- Die im Gutachten dargestellten Beispielsfälle und der Vergleich der Prämien zeigen deutlich, dass die alten Versorgungssysteme für die Versorgungsempfänger ein deutlich höheres Leistungsniveau bieten als aktuelle Systeme wie der BTVA oder die Regelung des SR (in Anlehnung an die VBL).
- Angesichts der damit verbundenen hohen Kosten hält es die Kommission des Weiteren für vertretbar und notwendig, den Zuwachs des Altersversorgungsaufwands durch die laufenden Renten ähnlich wie bei der VBL zu beschränken.
- Die Modellrechnungen zeigen, dass die Einführung des BTVA nach dem Muster des MDR oder einer Versorgung nach dem Vorbild der VBL zu deutlich niedrigeren Kosten führen würde. Dabei hängen Umfang und Geschwindigkeit der Kostensenkung wesentlich von der Ausgestaltung der Übergangsregelungen ab.
- Der BTVA ist unter den Annahmen des Gutachtens teurer als eine Regelung in Anlehnung an die VBL. Die Kommission erkennt dabei grundsätzlich an, dass auch für Einkommensteile oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze eine teilweise Absicherung erfolgt. Der beschrittene Weg führt nach den Aussagen des Gutachtens jedoch bei steigendem Einkommen zu überproportional steigenden Beiträgen.
- Gleichzeitig stellt das Gutachten aber auch fest, dass der BTVA ein für die Kosten des Arbeitgebers risikoloser Tarif ist, weil die Höhe der Versorgungsleistungen ausschließlich durch die vom Arbeitgeber geleisteten Beiträge und die Ergebnisse der Kapitalanlage bestimmt ist. Demgegenüber ist das System der VBL nach wie vor mit höheren Risiken für den Arbeitgeber aus der Zinsentwicklung und Biometrie verbunden.
- Vor diesem Hintergrund kann die Kommission nachvollziehen, wenn sich die Anstalten in einer Abwägung von Risiko und Kosten für eine Lösung nach dem Modell des BTVA entscheiden. Sie hält es aber für erforderlich, die Entwicklung der Rahmenbedingungen und die Entwicklung der Versorgungssysteme weiterhin sorgfältig zu analysieren, um rechtzeitig auf veränderte Bedingungen zu reagieren.

- Insgesamt bleibt festzuhalten, dass das Gutachten die Regelungen der Rundfunkanstalten als eine „attraktive Versorgungslandschaft“ beschreibt. Das gilt nach Auffassung der Kommission auch, wenn der BTVA bei allen Anstalten übernommen würde. Auch eine Begrenzung des jährlichen Anstiegs der Versorgungsbezüge würde daran nichts ändern.

### 3.2.5 Aktuelle Entwicklungen

Die Kommission begrüßt, dass die Anstalten die bisherigen Versorgungstarifverträge gekündigt haben.

Die Kommission würdigt, dass bei ARD und Deutschlandradio unterschriftsreife Versorgungstarifverträge vorliegen, die sich am Beitragstarifvertrag Altersversorgung (BTVA) des MDR orientieren.

Der BTVA ist ein für den Arbeitgeber risikoloser, streng beitragsorientierter Leistungsplan, da die Renten ausschließlich von den Leistungen der Rückdeckungspensionskasse abhängen. Dies führt zu erheblichen Einsparungen gegenüber der Fortführung der bisherigen Versorgungsregelungen.

Da die Tarifverhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, sperrt die Kommission für 2019 und 2020 bei ARD, ZDF und Deutschlandradio insgesamt einen Betrag von 100 Mio. € beim Personalaufwand ohne Altersversorgung (aktiven Personal).

Seit Oktober 2013 verhandeln ARD und Deutschlandradio mit den Gewerkschaften über eine Reform der Altersversorgung. Dabei geht es um ein Gesamtpaket aus drei Bausteinen:

Tz. 174

- Anpassungen im bestehenden Versorgungstarifvertrag VTV (u.a. Rente mit 67),
- Versorgung für neue Mitarbeiter/innen (beitragsorientierter Tarifvertrag-BTVA, orientiert am Tarifvertrag des MDR),
- Änderung der künftigen Steigerungsraten der Betriebsrenten (Einstieg in eine Begrenzung der Dynamisierung).

Zu den Veränderungen beim VTV und zum neuen BTVA haben die Gewerkschaften ihr grundsätzliches Einvernehmen signalisiert. Hinsichtlich einer Begrenzung der bislang geltenden Dynamisierung der Betriebsrenten in den Gesamtversorgungssystemen und im VTV besteht insbesondere bei einer Gewerkschaft keine Verhandlungsbereitschaft.

Alle ARD-Anstalten und das Deutschlandradio haben gleichlautend den Beschäftigten und Gewerkschaften signalisiert, dass die aktiv Beschäftigten Einbußen beim Gehalt in Kauf nehmen müssen, sofern es zu keiner Einigung bei der Altersversorgung kommt.

## Personalaufwand

Um dieser Position Nachdruck zu verleihen, haben die ARD und das Deutschlandradio den bestehenden Versorgungstarifvertrag 1997 (VTV) zum nächstmöglichen Zeitpunkt, d.h. mit Wirkung zum 31. Dezember 2016 gekündigt. Weiterhin haben die ARD-Anstalten und das Deutschlandradio in den Gehaltstarifverhandlungen 2015 Abschlüsse im Vergleich zu den Tarifierhebungen im öffentlichen Dienst der Länder durchgesetzt, die sich sowohl auf die aktiven Beschäftigten als auch auf die Rentner auswirken.

**Tz. 175** Das ZDF hat den Tarifvertrag über die Versorgung für die Arbeitnehmer/-innen des ZDF bei Eintritt ab dem 1. Januar 1994 zum 31. Dezember 2014 gekündigt. Für Festanstellungen ab 2015 steht eine tarifliche Neuregelung aus. Ziel eines neu zu verhandelnden Versorgungsregelwerkes ist die Minimierung des Finanzrisikos auf Seiten des ZDF. Es wird zukünftig ein Beitragsmodell angestrebt, so wie es beim MDR bereits umgesetzt ist und wie es die ARD-Anstalten derzeit mit den Tarifpartnern verhandeln.

Das ZDF hat zu einem neuen Versorgungstarifvertrag bereits Sondierungsgespräche mit den Tarifpartnern geführt und Einigkeit darüber erzielen können, dass ein beitragsorientiertes Modell angestrebt werden soll.

Darüber hinaus hat das ZDF einen Vergütungstarifabschluss für feste und *freie Mitarbeiter* vereinbart. Dieser umfasst eine Laufzeit von drei Jahren und beinhaltet im Vergleich zu der Tarifierhebung im öffentlichen Dienst der Länder wesentlich geringere Steigerungsraten, die sich auch bei den Versorgungsempfängern auswirken.

**Tz. 176** Bei der Begrenzung der Dynamisierung der Renten haben die Anstalten die Forderungen der Kommission bisher nicht umsetzen können. Die Anstalten können die damit verbundenen Eingriffe in die Besitzstände nur über Tarifverhandlungen, d.h. mit Zustimmung der Tarifpartner, erreichen. Allerdings bewertet die Kommission die oben genannten Reduzierungen bei den Gehaltstarifabschlüssen und die damit verbundenen möglichen Einsparungen als Schritte in die richtige Richtung. Das gilt um so mehr, da die Anstalten angekündigt haben, auch bei künftigen Gehaltstarifverhandlungen entsprechend zu verfahren, falls es zu keiner Einigung bei den Altersversorgungstarifverträgen kommt.

Beim ZDF ist der Zusammenhang zwischen den Tarifverhandlungen für das aktive Personal und den Tarifverhandlungen zur Altersversorgung derzeit nicht so gegeben wie bei ARD und Deutschlandradio. Insoweit ist das Ergebnis hier noch offener als bei ARD und Deutschlandradio.

**Tz. 177** Da die Tarifverhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, sperrt die Kommission für 2019 und 2020 bei ARD, ZDF und Deutschlandradio insgesamt einen Betrag von 100 Mio. € beim Personalaufwand ohne Altersversorgung (aktiven Personal). Die Kommission nimmt folgende Aufteilung vor:

- ARD 84 Mio. €,
- ZDF 14 Mio. €,
- Deutschlandradio 2 Mio. €.

Die Aufteilung des Betrages zwischen den Anstalten orientiert sich am Gesamtaufwand für das Personal einschließlich des Aufwands für die Altersversorgung. Die Entscheidung über die Freigabe der gesperrten Mittel wird durch die Kommission nach Abschluss oder Scheitern der Tarifverhandlungen im Rahmen einer Gesamtbetrachtung getroffen.

### 3.2.6 Altersversorgung freie Mitarbeiter

Auf Basis der Vereinbarung zwischen den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und der *Pensionskasse Rundfunk (PKR)* aus dem Jahr 1971 zahlen alle öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten für freie Mitarbeiter, die Mitglied der Pensionskasse Rundfunk sind, Beiträge zum Aufbau einer Altersversorgung bei der Pensionskasse Rundfunk oder beim Versorgungswerk der Presse (Grundlage hier Vereinbarungen aus 1972). Zum 31. Dezember 2014 zählte die PKR insgesamt 416 Mitglieds- und Trägerunternehmen. Der PKR gehörten zum 31. Dezember 2014 insgesamt 17.172 versicherte Mitglieder an. Davon sind 14.352 Anwärtler und 2.820 Rentenempfänger.

Tz. 178

Die freien Mitarbeiter leisten satzungsgemäß einen Beitrag in Höhe von 7 % der Honorareinkünfte. Die Anstalten leisten einen Beitrag in gleicher Höhe. Der Beitrag an die Pensionskasse für freie Mitarbeiter bzw. das Versorgungswerk der Presse beträgt 4 % der Honorareinkünfte für den freien Mitarbeiter und 4 % für die Rundfunkanstalt, wenn der freie Mitarbeiter Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung abführt oder Mitglied in der Künstlersozialversicherung ist.

Tz. 179

Die Beiträge der freien Mitarbeiter werden von den Anstalten bei der Honorarzahlung einbehalten und zusammen mit den Arbeitgeberbeiträgen an die PKR abgeführt. Im Jahr 2014 hat die PKR beispielsweise Beiträge in Höhe von 44,7 Mio. € vereinnahmt.

Tz. 180

**Tab. 66 Arbeitgeberbeiträge der Anstalten zur Altersversorgung für freie Mitarbeiter (in Mio. €)**

	ARD	ZDF	DRadio	Anstalten gesamt
<b>2013-2016</b>	72,9	10,1	3,9	86,9
<b>2017-2020</b>	77,5	11,1	4,2	92,9
o p.a. 2017-2020	19,4	2,8	1,1	23,2
Veränderung	4,6	1,0	0,3	6,0
Veränderung in %	6,3	9,9	7,7	6,9
Veränderung in % p.a.	1,5	2,4	1,9	1,7

## Personalaufwand

### 3.3 Gesamtdarstellung Personal

Die Anstalten erbringen ihre Leistungen mit Personal unterschiedlicher Beschäftigungsformen in den Anstalten und durch Personal bei rechtlich selbständigen GSEA und bei anderen *Beteiligungsunternehmen*. Die *Mitarbeiterkapazität* (rechnerisch rund 42.000, Aufwand ohne Altersversorgung 3.273,0 Mio. €) entfällt nach den Anmeldungen der Rundfunkanstalten damit auf folgende Bereiche:

- 58 % fest angestelltes Personal,
- 20 % freie Mitarbeiter,
- 2 % Arbeitnehmerüberlassung,
- 5 % Personal bei GSEA ohne eigene Rechtspersönlichkeit,
- 2 % Personal bei GSEA mit eigener Rechtspersönlichkeit (i.d.R. GmbH),
- 12 % fest angestelltes Personal bei Beteiligungsunternehmen (ohne GSEA),
- 1 % freie Mitarbeiter bei Beteiligungsgesellschaften (ohne GSEA).

#### 3.3.1 Personaleinsatz der Rundfunkanstalten – Überblick

**Tz. 181** Die Kommission bezieht in die „Gesamtdarstellung Personal“ alle Personengruppen ein, mit denen die Anstalten ihre Leistungen erbringen – unabhängig von der jeweiligen Beschäftigungsform und unabhängig davon, ob sie in den Anstalten oder außerhalb der Anstalten beschäftigt werden. Neben dem fest angestellten Personal der Rundfunkanstalten (vgl. Tzn. 107 ff. Personalaufwand) sind dies im Wesentlichen die freien Mitarbeiter und Mitarbeiter aus Arbeitnehmerüberlassung sowie Mitarbeiter bei *Gemeinschaftssendungen, -einrichtungen und -aufgaben* (GSEA) und bei Beteiligungsunternehmen.

Der Anteil der verschiedenen Personengruppen an der Leistungserstellung bei den ARD-Anstalten, beim ZDF und beim Deutschlandradio ist im Wesentlichen vom Auftrag und dem Geschäftsmodell abhängig (Hörfunk national/regional, Fernsehen national/regional, Verhältnis Eigenproduktion zu Fremdbezug).

Die dieser zusammengefassten Darstellung folgenden Abschnitte gehen auf Grundlage der Anmeldungen auf die jeweilige Struktur bei ARD, ZDF und Deutschlandradio gesondert ein (vgl. Tzn. 187 ff., 192 ff. und 197 ff.). GSEA und *Beteiligungen* mit ihrem Personal außerhalb der Anstalten werden anschließend in separaten Berichtsabschnitten (vgl. Tzn. 202, 203 und 204 ff.) dargestellt.

Die Zahlenangaben beziehen sich weitgehend auf 2014 (Anstalten einschließlich rechtlich unselbständige GSEA). Bei den Angaben zu Beteiligungs-GSEA und Beteiligungsgesellschaften musste auf 2013 zurückgegriffen werden, da aktuellere Zahlen zum Zeitpunkt der Finanzbedarfsanmeldung Ende August 2015 teilweise noch nicht verfügbar waren.

Der Aufwand für die *betriebliche Altersversorgung* ist in die Gesamtdarstellung nicht einbezogen. Über die Altersversorgung berichtet die Kommission gesondert in Abschnitt 3.2 dieses Berichts.

Die Gesamtdarstellung Personal (vgl. Tabelle 67) umfasst im Betrachtungszeitraum sieben Personaleinsatzbereiche mit einem Aufwand von 3.273,0 Mio. €, davon in den Anstalten 2.875,4 Mio. € und bei Beteiligungsunternehmen einschließlich Beteiligungs-GSEA 397,6 Mio. €.

Tz. 182

Das fest angestellte Personal der Anstalten stellt mit 24.219 Mitarbeitern den größten Anteil (57,7 %) des eingesetzten Personals dar.

Außer dem fest angestellten Personal beschäftigen die Rundfunkanstalten vor allem freie Mitarbeiter (rechnerisch 8.474 Mitarbeiterkapazitäten; Anteil 20,2 %).

Die Rundfunkanstalten setzen rechnerisch 826 *Mitarbeiterkapazitäten* im Rahmen einer Arbeitnehmerüberlassung ein (Anteil 2,0 %).

Den GSEA ohne eigene Rechtspersönlichkeit sind 2.142 Mitarbeiter zugeordnet (Anteil 5,1 %).

Bei den GSEA mit eigener Rechtspersönlichkeit sind durchschnittlich 571 Mitarbeiter (2013, Anteil 1,4 %) beschäftigt.

Die Beteiligungsgesellschaften verfügen über durchschnittlich 5.164 fest angestellte Mitarbeiter (2013, Anteil 12,3 %) und 547 (2013, Anteil 1,3 %) freie Mitarbeiter (nur bei Gesellschaften mit mindestens 50 fest angestellten Mitarbeitern ermittelt).

Bei den GSEA mit eigener Rechtspersönlichkeit und den anderen Beteiligungsgesellschaften ist zu berücksichtigen, dass an den Unternehmen zum Teil auch Dritte beteiligt sind und sie teilweise auch für Dritte tätig sind.

## Personalaufwand

Tab. 67 Gesamtdarstellung Personal auf Grundlage der Anmeldungen

	Aufwand ohne Altersversorgung (in Mio. €)	Anteil (in %)	Mitarbeiterkapazität	Anteil (in %)
<b>Rundfunkanstalten – 2014</b>				
Fest angestelltes Personal am 31.12.	1.993,3	60,9	24.219	57,7
Freie Mitarbeiter <sup>1</sup>	656,8	20,1	8.474	20,2
Arbeitnehmerüberlassung <sup>1</sup>	63,0	1,9	826	2,0
Personal in GSEA ohne eigene Rechtsform am 31.12.	162,3	5,0	2.142	5,1
<b>Rundfunkanstalten gesamt</b>	<b>2.875,4</b>	<b>87,9</b>	<b>35.661</b>	<b>85,0</b>
<b>Außerhalb der Rundfunkanstalten – 2013</b>				
Personal in GSEA mit eigener Rechtsform (Beteiligungs-GSEA) <sup>2</sup>	44,0	1,3	571	1,4
Fest angestelltes Personal in Beteiligungsgesellschaften ab 50 % Beteiligungsquote von ARD/ZDF/DRadio (ohne Beteiligungs-GSEA) <sup>2</sup>	319,9	9,8	5.164	12,3
Freie Mitarbeiter in Beteiligungsgesellschaften <sup>3,4</sup>	33,7	1,0	547	1,3
<b>Außerhalb der Rundfunkanstalten gesamt</b>	<b>397,6</b>	<b>12,1</b>	<b>6.282</b>	<b>15,0</b>
<b>Gesamt</b>	<b>3.273,0</b>	<b>100,0</b>	<b>41.943</b>	<b>100,0</b>

1) für ARD und Deutschlandradio: Mitarbeiterkapazität rechnerisch auf Basis des Durchschnittsaufwands des fest angestellten Personals ermittelt.

2) durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter (lt. WP-Bericht).

3) Anzahl der freien Mitarbeiter bei Beteiligungen mit über 50 fest angestellten Mitarbeitern (gem. § 12a TVG).

4) Aufwand rechnerisch auf Basis des Durchschnittsaufwands des fest angestellten Personals ermittelt.

**Tz. 183** Die Rundfunkanstalten insgesamt setzen ihr *eigenes Personal* – ohne GSEA mit eigener Rechtspersönlichkeit und ohne Beteiligungen – zu 67,9 % als fest angestellte Mitarbeiter, zu 23,8 % als freie Mitarbeiter, zu 2,3 % in Form von Arbeitnehmerüberlassung und zu 6,0 % in GSEA ohne eigener Rechtspersönlichkeit ein (vgl. die folgende Tabelle 68).

ARD, ZDF und Deutschlandradio unterscheiden sich beim prozentualen Anteil der verschiedenen Personengruppen vor allem im Verhältnis feste zu freie Mitarbeiter. Deutschlandradio, das ausschließlich Hörfunk betreibt, setzt zu 78,1 % feste und zu 18,0 % freie Mitarbeiter ein. Demgegenüber greift das ZDF als Fernsehanstalt zu 60,8 % auf feste und zu 30,3 % auf freie Mitarbeiter zurück. Die Anteile liegen bei der ARD mit Hörfunk und Fernsehen zwischen ZDF und Deutschlandradio.

Tab. 68 Verteilung der Personalkapazität der Rundfunkanstalten 2014 (in %)

	ARD	ZDF	Deutschlandradio	Gesamt
Fest angestelltes Personal	69,0	60,8	78,1	67,9
Freie Mitarbeiter	22,6	30,3	18,0	23,8
Arbeitnehmerüberlassung	2,4	2,5	0,1	2,3
Personal in GSEA ohne eigene Rechtspersönlichkeit				
ausschließlich ARD zuzuordnen	2,1	0,0	0,0	1,7
mit mehreren Beteiligten	3,9	6,4	3,8	4,3
	6,0	6,4	3,8	6,0
	100,0	100,0	100,0	100,0



Den Aufwand für alle genannten Personengruppen ordnen die Anstalten teilweise unterschiedlichen Aufwandsarten zu:

Tz. 184

- Aufwand für fest angestelltes Personal dem Personalaufwand,
- *Leistungsvergütungen* für freie Mitarbeiter dem Programmaufwand,
- Aufwand für Arbeitnehmerüberlassung dem Programm- oder Sachaufwand.

Die Zuordnung in Personal-, Programm- und Sachaufwand dient primär der Strukturierung entsprechend den Aufwandsarten, auch wenn jeglicher Aufwand der Rundfunkanstalten letztlich der Erfüllung des Programmauftrags dienen.

Der Aufwand für Personal in den GSEA wird bei den Anstalten ebenfalls unterschiedlich den genannten Aufwandsarten zugeordnet. Soweit die Beteiligungsunternehmen Leistungen für die Anstalten erbringen, wird dadurch bei den Anstalten durch die entsprechenden Vergütungen Programmaufwand oder Sachaufwand verursacht. Diese Vergütungen enthalten kalkulatorisch mittelbar auch den bei den Beteiligungsunternehmen entstehenden Personalaufwand.

Die Anstalten verfügen nach den der Kommission vorgelegten Informationen über unterschiedliche Steuerungsverfahren, differenziert u.a. nach Personengruppen und Aufwandsarten, an deren Weiterentwicklung sie arbeiten. Die Kommission hatte im 19. Bericht deutlich gemacht, dass eine Weiterentwicklung in verschiedenen Themenbereichen erforderlich ist (vgl. 19. Bericht, Tz. 204 f.). Ihre bisherigen Überlegungen zur „Personalsteuerung im erweiterten Personalkostenbegriff“ haben die Anstalten der Kommission im Sommer 2015 vorgelegt. Sie sollen im Hinblick auf den 21. Bericht weiter erörtert werden (vgl. Tzn. 217 ff.).

Tz. 185

Die verschiedenen Aufwandsarten werden nach dem *IIVF* unterschiedlich fortgeschrieben (Personalaufwand orientiert an der Entwicklung des öffentlichen Dienstes der Länder, Programmaufwand nach einer Fortschreibungsrate aus rundfunkspezifischem Teuerungsanteil und *BIP-Deflator*, Sachaufwand im Wesentlichen nach BIP-Deflator).

Tz. 186

## Personalaufwand

## 3.3.2 ARD

Die ARD erbringt ihre Leistungen nach ihrer Anmeldung mit eigenem Personal (2014: rechnerisch 29.017 Mitarbeiterkapazitäten, Aufwand ohne Altersversorgung 2.361,6 Mio. €) in unterschiedlichen Beschäftigungsformen (ohne Beteiligungen und ohne GSEA mit eigener Rechtspersönlichkeit):

- 69 % fest angestelltes Personal,
- 23 % freie Mitarbeiter,
- 2 % Arbeitnehmerüberlassung,
- 2 % Personal bei GSEA ohne eigene Rechtspersönlichkeit (nur der ARD zuzuordnen),
- 4 % Personal bei GSEA ohne eigene Rechtspersönlichkeit (mit weiteren Beteiligten).

**Tz. 187** Neben fest angestelltem Personal und freien Mitarbeitern (92 %) setzt die ARD Personal in GSEA ohne eigene Rechtspersönlichkeit ein (6 %) und greift auf Arbeitnehmerüberlassung (2 %) zurück.

**Tab. 69 Personal der ARD auf Grundlage der Anmeldung**

	Aufwand ohne Altersversorgung 2014		Mitarbeiterkapazität 31.12.2014	
	(in Mio. €)	(in %)		(in %)
<b>Fest angestelltes Personal</b>	1.636,6	69,3	20.025	69,0
<b>Freie Mitarbeiter <sup>1</sup></b>	536,7	22,7	6.567	22,6
<b>Arbeitnehmerüberlassung <sup>1</sup></b>	56,1	2,4	686	2,4
<b>Mitarbeiter in GSEA ohne eigene Rechtspersönlichkeit</b>				
ausschließlich ARD zuzuordnen	49,9	2,1	613	2,1
mit mehreren Beteiligten	82,6	3,5	1.127	3,9
	132,5	5,6	1.740	6,0
	<b>2.361,9</b>	<b>100,0</b>	<b>29.018</b>	<b>100,0</b>

<sup>1)</sup> Mitarbeiterkapazität rechnerisch auf Basis des Durchschnittsaufwands des fest angestellten Personals ermittelt.

**Tz. 188** Die folgende Tabelle 70 der ARD zeigt, dass der Aufwand für fest angestelltes *Personal ohne Altersversorgung* (nur Bestandsbedarf) in den Jahren 2017 bis 2020 um 583,1 Mio. € höher liegt als 2013 bis 2016 (+8,7 %, 2,1 % p.a.).

Bezogen auf den Gesamtaufwand der ARD steigt der Anteil des Aufwands für fest angestelltes Personal in den Jahren 2017 bis 2020 gegenüber der Vorperiode von 25,4 % auf 26,0 % an.

Diese Entwicklung ist überwiegend darauf zurückzuführen, dass die Anmeldungen Umgliederungen vom Programmaufwand zum Personalaufwand vorgesehen haben, die die Kommission allerdings nur teilweise anerkannt hat (vgl. Tzn. 114 f).

## Personalaufwand

Tab. 70 Fest angestelltes Personal der ARD – Anmeldung der ARD zum 20. Bericht

	Personalaufwand ohne Altersversorgung (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Anteil Personalaufwand ohne Altersversorgung am Gesamtaufwand (in %)	Besetzte Stellen 31.12.	Veränd. (in %)
Summe 2013-2016	6.675,0		25,4		
2017	1.767,5	1,8	26,0	20.107	-0,8
2018	1.792,1	1,4	25,6	19.881	-1,1
2019	1.829,7	2,1	26,3	19.803	-0,4
2020	1.868,8	2,1	26,0	19.730	-0,4
Summe 2017-2020	7.258,1		26,0		
Ø 2017-2020 p.a.	1.814,5				
2017-2020 Veränd. ggü. 2013-2016	583,1	8,7			
Ø p.a.		2,1			

Die Leistungsvergütungen für freie Mitarbeiter liegen in den Jahren 2017 bis 2020 um 145,1 Mio. € höher als 2013 bis 2016 (+6,9 %, 1,7 % p.a.). Bezogen auf den Gesamtaufwand der ARD bleibt der Anteil der Leistungsvergütungen für freie Mitarbeiter von 2017 bis 2020 nahezu konstant (vgl. Tabelle 71).

Tz. 189

Tab. 71 Freie Mitarbeiter bei der ARD – Anmeldung der ARD zum 20. Bericht

	Leistungsvergütungen für freie Mitarbeiter (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Anteil Leistungsvergü- tungen für freie Mitarbeiter am Gesamtaufwand (in %)	Mitarbeiterkapazität <sup>1</sup> 31.12.	Veränd. (in %)
Summe 2013-2016	2.090,3		8,0		
2017	541,6	3,6	8,0	6.174	1,1
2018	552,8	2,1	7,9	6.146	-0,5
2019	562,5	1,7	8,1	6.101	-0,7
2020	578,5	2,8	8,0	6.122	0,3
Summe 2017-2020	2.235,4		8,0		
Ø 2017-2020 p.a.	558,8				
Veränderung 2017-2020 ggü. 2013-2016	145,1	6,9			
Ø p.a.		1,7			

1) Mitarbeiterkapazität rechnerisch auf Basis des Durchschnittsaufwands des fest angestellten Personals ermittelt.

Für das Personal, das im Rahmen von Arbeitnehmerüberlassung eingesetzt wird, hat die ARD die Mitarbeiterkapazitäten für die abgeschlossenen Geschäftsjahre 2012 bis 2014 rechnerisch ermittelt. Für Planjahre liegen keine entsprechenden Daten vor.

Tz. 190

Einzelheiten zum Personal der GSEA ohne eigene Rechtspersönlichkeit sind in Abschnitt 3.3.5. dargestellt.

Tz. 191

## Personalaufwand

## 3.3.3 ZDF

Das ZDF erbringt seine Leistungen nach seiner Anmeldung mit eigenem Personal (2014: rechnerisch 5.766 Mitarbeiterkapazitäten, Aufwand ohne Altersversorgung 442,4 Mio. €) in unterschiedlichen Beschäftigungsformen (ohne Beteiligungen und ohne GSEA mit eigener Rechtspersönlichkeit):

- 61 % fest angestelltes Personal,
- 30 % freie Mitarbeiter,
- 3 % Arbeitnehmerüberlassung,
- 6 % Personal bei GSEA ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

**Tz. 192** Neben fest angestelltem Personal und freien Mitarbeitern (91 %) setzt das ZDF Personal in GSEA ohne eigene Rechtspersönlichkeit ein (6 %) und greift auf Arbeitnehmerüberlassung (3 %) zurück. Die Kapazitäten für freie Mitarbeiter und für Arbeitnehmerüberlassung hat das ZDF durch Zählung ermittelt und nicht durch Berechnung.

**Tab. 72 Personal des ZDF auf Grundlage der Anmeldung**

	Aufwand ohne Altersversorgung 2014		Personalkapazität 31.12.2014	
	(in Mio. €)	(in %)		(in %)
Fest angestelltes Personal	300,9	68,0	3.509	60,8
Freie Mitarbeiter	107,2	24,2	1.749	30,3
Arbeitnehmerüberlassung	6,9	1,6	139	2,5
Mitarbeiter in GSEA ohne eigene Rechtspersönlichkeit	27,4	6,2	369	6,4
	<b>442,4</b>	<b>100,0</b>	<b>5.766</b>	<b>100,0</b>

**Tz. 193** Beim ZDF liegt der Aufwand für fest angestelltes Personal ohne Altersversorgung in den Jahren 2017 bis 2020 um 136,3 Mio. € höher als 2013 bis 2016 (+11,3 %, 2,7 % p.a., vgl. Tabelle 73).

Bezogen auf den Gesamtaufwand des ZDF steigt der Anteil des Aufwandes für fest angestelltes Personal in 2017 bis 2020 gegenüber der Vorperiode von 14,0 % auf 14,5 % an.

Die Tabelle weist den Bestandsbedarf aus. Das ZDF hat keinen Entwicklungsbedarf angemeldet.

## Personalaufwand

Tab. 73 Fest angestelltes Personal des ZDF – Anmeldung des ZDF zum 20. Bericht

	Personalaufwand ohne Altersversorgung (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Anteil Personalaufwand ohne Altersversorgung am Gesamtaufwand (in %)	Besetzte Stellen 31.12.	Veränd. (in %)
Summe 2013-2016	1.211,2		14,0		
2017	321,7	3,6	14,3	3.499	1,2
2018	331,6	3,1	14,4	3.523	0,7
2019	341,8	3,1	14,8	3.548	0,7
2020	352,3	3,1	14,7	3.572	0,7
Summe 2017-2020	1.347,5		14,5		
Ø 2017-2020 p.a.	336,9				
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	136,3	11,3			
Ø p.a.		2,7			

Beim ZDF liegen die Leistungsvergütungen für freie Mitarbeiter in den Jahren 2017 bis 2020 um 1,5 Mio. € höher als 2013 bis 2016 (+0,3 %, 0,1 % p.a., vgl. Tabelle 74).

Tz. 194

Bezogen auf den Gesamtaufwand des ZDF sinkt der Anteil der Leistungsvergütungen für freie Mitarbeiter von 2017 bis 2020 von 4,9 % auf 4,4 %.

Tab. 74 Freie Mitarbeiter des ZDF – Anmeldung des ZDF zum 20. Bericht

	Leistungsvergütungen für freie Mitarbeiter (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Anteil Leistungsvergü- tungen für freie Mitarbeiter am Gesamtaufwand (in %)	Mitarbeiterkapazität 31.12.	Veränd. (in %)
Summe 2013-2016	430,2		5,0		
2017	109,7	-0,3	4,9	1.655	-3,2
2018	108,1	-1,4	4,7	1.591	-3,9
2019	107,4	-0,7	4,7	1.541	-3,1
2020	106,5	-0,8	4,4	1.492	-3,2
Summe 2017-2020	431,7		4,7		
Ø 2017-2020 p.a.	107,9				
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	1,5	0,3			
Ø p.a.		0,1			

Für das Personal, das im Rahmen von Arbeitnehmerüberlassung eingesetzt wird, hat das ZDF die Mitarbeiterkapazität für das abgeschlossene Geschäftsjahr 2014 rechnerisch ermittelt. Ab 2015 rechnet das ZDF mit einer gleichbleibenden Mitarbeiterkapazität (139).

Tz. 195

Einzelheiten zum Personal der GSEA ohne eigene Rechtspersönlichkeit sind in Abschnitt 3.3.5 dargestellt.

Tz. 196

## Personalaufwand

## 3.3.4 Deutschlandradio

Das Deutschlandradio erbringt seine Leistungen nach seiner Anmeldung mit eigenem Personal (2014: rechnerisch 877 Mitarbeiterkapazitäten, Aufwand ohne Altersversorgung 71,2 Mio. €) in unterschiedlichen Beschäftigungsformen (ohne Beteiligungen und ohne GSEA mit eigener Rechtspersönlichkeit):

- 78 % fest angestelltes Personal,
- 18 % freie Mitarbeiter,
- 0 % Arbeitnehmerüberlassung,
- 4 % Personal bei GSEA ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

**Tz. 197** Neben fest angestelltem Personal und freien Mitarbeitern (96 %) setzt das Deutschlandradio Personal in GSEA ohne eigene Rechtspersönlichkeit ein (4 %). Auf Arbeitnehmerüberlassung greift das Deutschlandradio kaum zurück.

**Tab. 75 Personal des Deutschlandradios auf Grundlage der Anmeldung**

	Aufwand ohne Altersversorgung 2014		Mitarbeiterkapazität 31.12.2014	
	(in Mio. €)	(in %)		(in %)
Fest angestelltes Personal	55,8	78,5	685	78,1
Freie Mitarbeiter <sup>1</sup>	12,9	18,1	158	18,0
Arbeitnehmerüberlassung <sup>1</sup>	0,04	0,1	1	0,1
Mitarbeiter in GSEA ohne eigene Rechtspersönlichkeit	2,4	3,4	33	3,8
	<b>71,2</b>	<b>100,0</b>	<b>877</b>	<b>100,0</b>

<sup>1)</sup> Mitarbeiterkapazität rechnerisch auf Basis des Durchschnittsaufwands des fest angestellten Personals ermittelt.

**Tz. 198** Beim Deutschlandradio liegt der Aufwand für fest angestelltes Personal ohne Altersversorgung in den Jahren 2017 bis 2020 um 22,9 Mio. € höher als 2013 bis 2016 (+10,1 %, 2,4 % p.a., vgl. Tabelle 76).

Bezogen auf den Gesamtaufwand des Deutschlandradios steigt der Anteil des Aufwands für fest angestelltes Personal in 2017 bis 2020 gegenüber der Vorperiode von 24,7 % auf 24,8 % an.

Die Tabelle weist den Bestandsbedarf aus. Das Deutschlandradio hat keinen Entwicklungsbedarf angemeldet.

## Personalaufwand

**Tab. 76 Fest angestelltes Personal des Deutschlandradios**  
Anmeldung des Deutschlandradios zum 20. Bericht

	Personalaufwand ohne Altersversorgung	Veränd.	Anteil Personalaufwand ohne Altersversorgung am Gesamtaufwand	Besetzte Stellen 31.12.	Veränd.
	(in Mio. €)	(in %)	(in %)		(in %)
Summe 2013-2016	227,8		24,7		
2017	60,9	1,9	24,8	685	-0,6
2018	62,1	1,9	24,9	680	-0,7
2019	63,3	1,9	24,7	676	-0,6
2020	64,5	1,9	24,8	672	-0,6
Summe 2017-2020	250,7		24,8		
Ø 2017-2020 p.a.	62,7				
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	22,9	10,1			
Ø p.a.		2,4			

Die folgende Tabelle 77 zeigt, dass beim Deutschlandradio die Leistungsvergütungen für freie Mitarbeiter in den Jahren 2017 bis 2020 um 7,1 Mio. € höher liegen als für 2013 bis 2016 (+13,2 %, 3,2 % p.a.). Die Leistungsvergütungen hat das Deutschlandradio höher geplant, um damit eine geplante Reduzierung des Stellenbesetzungsgrades von rund 96 % (Ende 2015) auf rund 93 % (Ende 2020) auszugleichen. Dies soll dadurch erreicht werden, dass ab dem Jahr 2016 im Rahmen der planmäßigen altersbedingten Fluktuation verzichtbare Stellen nicht wieder besetzt werden.

Tz. 199

Bezogen auf den Gesamtaufwand des Deutschlandradios bleibt der Anteil der Leistungsvergütungen für freie Mitarbeiter von 2017 bis 2020 konstant bei 6,0 %.

**Tab. 77 Freie Mitarbeiter des Deutschlandradios**  
Anmeldung des Deutschlandradios zum 20. Bericht

	Leistungsvergütungen für freie Mitarbeiter	Veränd.	Anteil Leistungsvergütungen für freie Mitarbeiter am Gesamtaufwand	Personalkapazität <sup>1</sup> 31.12.	Veränd.
	(in Mio. €)	(in %)	(in %)		(in %)
Summe 2013-2016	53,8		5,8		
2017	14,7	4,5	6,0	166	-0,6
2018	15,1	2,2	6,0	165	-0,6
2019	15,4	2,2	6,0	164	-0,6
2020	15,7	2,2	6,0	164	0,0
Summe 2017-2020	60,9		6,0		
Ø 2017-2020 p.a.	15,2				
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	7,1	13,2			
Ø p.a.		3,2			

1) Personalkapazität rechnerisch auf Basis des Durchschnittsaufwands des fest angestellten Personals ermittelt.

## Personalaufwand

- Tz. 200** Für das Personal, das im Rahmen von Arbeitnehmerüberlassung eingesetzt wird, hat das Deutschlandradio die Mitarbeiterkapazitäten für die Jahre 2013 bis 2016 sowie für 2017 bis 2020 rechnerisch ermittelt. Das Deutschlandradio rechnet ab 2017 mit einer gleichbleibenden Mitarbeiterkapazität (0,2).
- Tz. 201** Einzelheiten zum Personal der GSEA ohne eigene Rechtspersönlichkeit sind in Abschnitt 3.3.5 dargestellt.

## 3.3.5 GSEA ohne eigene Rechtspersönlichkeit

- Tz. 202** Die folgenden Tabellen zeigen für die GSEA ohne eigene Rechtspersönlichkeit den Personalaufwand ohne Altersversorgung (Tabelle 78) und die Mitarbeiterkapazität (Tabelle 79). Sie unterscheiden nach GSEA, an denen nur ARD-Anstalten beteiligt sind und GSEA mit weiteren Beteiligten (ZDF, Deutschlandradio, Deutsche Welle).

Der Personalaufwand ohne Altersversorgung bei den GSEA, an denen nur ARD-Anstalten beteiligt sind, steigt von 54,6 Mio. € im Jahr 2017 auf 59,1 Mio. € im Jahr 2020. Die Mitarbeiterkapazität soll in den Jahren 2017 bis 2020 gleichbleibend bei 619 Mitarbeitern bleiben.

Der Personalaufwand bei den GSEA mit weiteren Beteiligten steigt von 2017 bis 2020 von 106,0 Mio. € auf 108,3 Mio. €. Diesen GSEA sind 2017 1.316 Mitarbeiter und 2018 bis 2020 unverändert 1.296 Mitarbeiter zugeordnet.

Bei den GSEA mit weiteren Beteiligten hat der *Zentrale Beitragsservice* von ARD, ZDF und Deutschlandradio die größte Bedeutung. Die Kommission stellt im 12. Kapitel, Abschnitt 1.9, den Beitragsservice separat ausführlich dar.

**Tab. 78 Personal der GSEA ohne eigene Rechtspersönlichkeit – Personalaufwand ohne Altersversorgung (in Mio. €)**

	Beteiligte	Anteil	2013-2016	2017	2018	2019	2020	2017-2020
GSEA – ausschließlich ARD zuzuordnen								
ab 50 Mitarbeiter	ARD	100 %	177,3	47,4	48,6	49,8	51,1	196,9
unter 50 Mitarbeitern			26,7	7,2	7,2	7,7	8,0	30,1
Summe GSEA – ausschließlich ARD zuzuordnen			204,0	54,6	55,8	57,5	59,1	227,0
GSEA – mit weiteren Beteiligten								
ab 50 Mitarbeiter	ARD/ZDF/DRadio	unterschiedl.	419,5	103,0	107,3	104,2	105,1	419,5
unter 50 Mitarbeitern	ARD/ZDF/ DRadio/DWelle	unterschiedl.	11,1	3,0	3,1	3,2	3,2	12,5
Summe GSEA – mit weiteren Beteiligten			430,7	106,0	110,4	107,3	108,3	432,1
Summe gesamt			634,7	160,6	166,2	164,8	167,4	659,1



Tab. 79 Personal der GSEA ohne eigene Rechtspersönlichkeit – Mitarbeiterkapazität

	Beteiligte	Anteil	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020
GSEA – ausschließlich ARD zuzuordnen						
ab 50 Mitarbeiter	ARD	100 %	527	527	527	527
unter 50 Mitarbeitern			92	92	92	92
Summe GSEA – ausschließlich ARD zuzuordnen			619	619	619	619
GSEA – mit weiteren Beteiligten						
ab 50 Mitarbeiter	ARD/ZDF/DRadio	unterschiedl.	1.281	1.261	1.261	1.261
unter 50 Mitarbeitern	ARD/ZDF/DRadio/DWelle	unterschiedl.	35	35	35	35
Summe GSEA – mit weiteren Beteiligten			1.316	1.296	1.296	1.296
Summe gesamt			1.935	1.915	1.915	1.915

### 3.3.6 GSEA mit eigener Rechtspersönlichkeit (Beteiligungs-GSEA)

Die Rundfunkanstalten betreiben einige GSEA als GmbH oder gGmbH und eine GSEA als Stiftung. Bei der gGmbH und in der Regel bei den GmbHs hat die ARD die Mehrheit der Anteile.

Tz. 203

Die GSEA mit eigener Rechtspersönlichkeit beschäftigten im Jahr 2013 insgesamt 571 Mitarbeiter mit einem Personalaufwand ohne Altersversorgung von 44,0 Mio. € (vgl. Tabelle 80).

Dabei hat das Institut für Rundfunktechnik GmbH (IRT) mit durchschnittlich 148 Mitarbeitern und Personalaufwand ohne Altersversorgung von 11,4 Mio. € die größte Bedeutung.

Tab. 80 Fest angestelltes Personal der GSEA mit eigener Rechtspersönlichkeit 2013 (Beteiligungs-GSEA)

	Beteiligte	Anteil  (in %)	Personalaufwand ohne Altersversorgung¹ (in Mio. €)	durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter (lt. WP-Bericht)
ab 50 Mitarbeiter	ARD/ZDF/DRadio/Dritte	unterschiedlich	35,1	453
unter 50 Mitarbeitern			8,9	118
Summe gesamt			44,0	571

1) laut Gewinn- und Verlustrechnung.

### 3.3.7 Beteiligungsunternehmen von ARD, ZDF und Deutschlandradio (ab 50 % Beteiligungsquote)

Die Rundfunkanstalten halten zahlreiche direkte und indirekte Beteiligungen, die in der Regel in der Rechtsform GmbH selbständig sind. Die Höhe der Anteile der Anstalten an den Beteiligungsunternehmen ist unterschiedlich.

Tz. 204

## Personalaufwand

An einigen Beteiligungsunternehmen sind neben den Rundfunkanstalten auch Dritte mit unterschiedlichen Anteilen beteiligt. Diese Gesellschaften sind in wesentlichem Umfang auch für Dritte tätig.

## 3.3.7.1 Fest angestelltes Personal

**Tz. 205** Die Beteiligungsunternehmen beschäftigen im Jahresdurchschnitt 2013 insgesamt 5.164 fest angestellte Mitarbeiter (vgl. Tabelle 81). Der größte Anteil entfällt dabei mit rund 70 % auf Beteiligungen der ARD. Mehr als 20 % entfallen auf gemeinsame Beteiligungen von ARD und ZDF.

Die meisten Mitarbeiter hat die ARTE G.E.I.E. mit 434 bei einem Personalaufwand ohne Altersversorgung von 32,9 Mio. €.

Der *Teilkonzern* „Bavaria Film GmbH-Gruppe“ beschäftigt – für Gesellschaften ab 50 festen Mitarbeitern ermittelt – insgesamt 1.401 Mitarbeiter (Personalaufwand ohne Altersversorgung 92,3 Mio. €) und der Teilkonzern „NDR Media/Studio Hamburg Gruppe“ 590 Mitarbeiter (Personalaufwand ohne Altersversorgung 32,6 Mio. €) in Gesellschaften ab 50 festen Mitarbeitern.

Zu Einzelheiten vgl. Tzn. 571 ff. und Tabelle 213 in Kapitel 12.

**Tab. 81 Fest angestelltes Personal in Beteiligungsunternehmen 2013 (ab 50 % Beteiligungsquote)**

	Beteiligte	Anteil	Personalaufwand ohne Altersversorgung <sup>1</sup> (in Mio. €)	durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter (lt. WP-Bericht)
<b>Beteiligungen der ARD</b>				
ab 50 Mitarbeiter	ARD/Dritte	unterschiedlich	140,3	2.527
übrige unter 50 Mitarbeitern			67,1	1.057
			<b>207,4</b>	<b>3.584</b>
<b>Beteiligungen des ZDF</b>				
ab 50 Mitarbeiter	ZDF/Dritte	unterschiedlich	10,4	176
übrige unter 50 Mitarbeitern			6,8	102
			<b>17,2</b>	<b>278</b>
<b>Gemeinsame Beteiligungen von ARD und ZDF</b>				
ab 50 Mitarbeiter	ARD/ZDF/Dritte	unterschiedlich	75,2	946
übrige unter 50 Mitarbeitern			15,0	248
			<b>90,2</b>	<b>1.194</b>
<b>Beteiligungen des Deutschlandradio</b>				
ab 50 Mitarbeiter	DRadio	100,0 %	4,4	85
übrige unter 50 Mitarbeitern			0,7	23
			<b>5,1</b>	<b>108</b>
<b>Summe gesamt</b>			<b>319,9</b>	<b>5.164</b>

<sup>1)</sup> laut Gewinn- und Verlustrechnung.

### 3.3.7.2 Freie Mitarbeiter

Die Beteiligungsunternehmen mit mehr als 50 festen Mitarbeitern beschäftigen Ende 2013 mehr als 500 freie Mitarbeiter (vgl. Tabelle 82). Dabei entfallen rund 60 % auf Beteiligungen der ARD und 40 % auf gemeinsame Beteiligungen von ARD und ZDF.

Tz. 206

Im Teilkonzern „Bavaria Film GmbH-Gruppe“ sind – jeweils für Gesellschaften ab 50 festen Mitarbeitern ermittelt – 299 freie Mitarbeiter und im Teilkonzern „NDR Media/Studio Hamburg Gruppe“ 63 freie Mitarbeiter beschäftigt. Bei der Bavaria Film GmbH-Gruppe werden allerdings freie Mitarbeiter, die über die Honorarabteilung mit Lohnsteuer abgerechnet werden, als fest angestellte Mitarbeiter geführt.

Zu Einzelheiten vgl. Tzn. 571 ff. und Tabelle 213 in Kapitel 12.

**Tab. 82 Freie Mitarbeiter in Beteiligungsunternehmen<sup>1</sup> (31. Dezember 2013)**

Anzahl der freien Mitarbeiter (gem. §12a TVG)	
Beteiligungen der ARD	323
Beteiligungen des ZDF	4
Gemeinsame Beteiligungen von ARD und ZDF	220
Beteiligungen des Deutschlandradios	0
<b>Summe gesamt</b>	<b>547</b>

<sup>1)</sup> ab 50 % gesamter Beteiligungsquote von ARD, ZDF und Deutschlandradio, ab 50 fest angestellte Mitarbeiter.

### 3.3.8 Zuordnung des Personals zu den Unternehmensbereichen

Die Kommission analysiert, in welchen Aufgabenbereichen und Organisationseinheiten das Personal bei den Rundfunkanstalten eingesetzt wird. Dies dient zunächst dem Ziel, mehr Transparenz zu schaffen. Sie ist dazu bereits seit dem Jahr 2012 mit den Rundfunkanstalten im Gespräch und hat für den vorliegenden 20. Bericht entsprechende Angaben zur Struktur des Personaleinsatzes angefordert. Dabei sollte das Personal – wie in der Gesamtdarstellung Personal abgegrenzt – nach Organisationseinheiten aufgeschlüsselt und nach Planstellen und besetzten Stellen differenziert werden.

Tz. 207

Vergleichbare Übersichten veröffentlichen die einzelnen Rundfunkanstalten über ihre fest angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach ihrem Stellenplan teilweise in ihren Geschäftsberichten oder anderen Publikationen.

Die Rundfunkanstalten haben der Kommission zum 20. Bericht differenziert dargestellt, in welchen ihrer jeweiligen Unternehmensbereiche das fest angestellte Personal eingesetzt wird. Detaillierte Übersichten zeigen die Verteilung auf die Unternehmensbereiche und deren teilweise zahlreiche Untergliederungen. Eine Zusammenfassung der Darstellungen für die Landesrundfunkanstalten der ARD wurde nicht vorgenommen.

Tz. 208

## Personalaufwand

**Tz. 209** Die Anstalten haben dargelegt, dass sie aus unternehmenspolitischen oder organisatorischen Gründen unterschiedliche Organisationsmodelle aufweisen. Ein Vergleich der einzelnen Unternehmensbereiche untereinander sei nicht ohne weiteres möglich, die Organisationseinheiten der Rundfunkanstalten seien individuell sehr unterschiedlich gegliedert.

Anstaltsindividuelle Gegebenheiten aufgrund der föderalen Struktur müssten ebenso berücksichtigt werden wie die unterschiedliche Größe der Rundfunkanstalten, ihre Rolle als Einland- oder Mehrländeranstalt und die Historie als gewachsene Anstalt oder Fusionsanstalt.

Aufgaben der Unternehmensbereiche und ihrer Untergliederungen könnten sich auch bei identischen oder ähnlichen Bezeichnungen unterscheiden. Auch können identische oder ähnliche Aufgaben in Bereichen mit unterschiedlichen Bezeichnungen wahrgenommen werden.

**Tz. 210** Die Kommission hat auf der Grundlage der vorgelegten Darstellungen teilweise Zusammenfassungen und veränderte Zuordnungen der Unternehmensbereiche und ihrer Untergliederungen vorgenommen, um die unterschiedlichen Strukturen gesamthaft darzustellen.

Beispielsweise wurden die Landesfunkhäuser und Studios insgesamt dem Bereich Programm/Produktion und Technik zugeordnet. Unter der Kategorie „Administration“ sind neben den klassischen administrativen Aufgaben zum Teil auch programmnahe Tätigkeiten subsumiert, z.B. der Lizenz- und Rechteerwerb.

**Tab. 83** Zuordnung des Personals zu Unternehmensbereichen (31. Dezember 2014)

	BR	HR	MDR	NDR	RB	RBB	SR	SWR	WDR	ARD	ZDF	DRadio
Gremien, Intendanz, Justizariat	158	195	118	91	14	150	24	145	186	1.081	311	31
Programm/Produktion und Technik	2.432	1.351	1.587	2.776	149	1.082	481	2.675	3.258	15.791	2.467	584
Administration	494	144	251	559	27	228	55	579	842	3.179	731	71
<b>Gesamt</b>	<b>3.084</b>	<b>1.690</b>	<b>1.956</b>	<b>3.426</b>	<b>190</b>	<b>1.460</b>	<b>560</b>	<b>3.399</b>	<b>4.286</b>	<b>20.051</b>	<b>3.509</b>	<b>686</b>

**Tz. 211** Die Zusammenfassung in wenigen übergeordneten Bereichen führt zwangsläufig zu einem Informationsverlust und kann zu Fehlinterpretationen führen. Ein Vergleich der Rundfunkanstalten ist nur eingeschränkt möglich.

Zum Beispiel ist der Personalbereich im HR dem Justitiariat zugeordnet, in den anderen Landesrundfunkanstalten der Verwaltungsdirektion. Die Online-Bereiche sind in den Anstalten ebenfalls unterschiedlich angebunden. Im SWR gehört der Online-Bereich zur Verwaltungsdirektion, in den anderen Sendern aber zur Intendanz oder zu (unterschiedlichen) Programmdirektionen (z.B. Hörfunk- oder Fernsehdirektion).

**Tz. 212** Die Rundfunkanstalten bestätigen, dass die vorgenommenen Zuordnungen rechnerisch und hinsichtlich der vorhandenen Bezeichnungen zutreffend seien. Die Tabelle ließe ohne weitere Erläuterungen und Einordnungen allerdings keine sinnvollen Rückschlüsse zu, die die unterschiedliche Größe und strukturelle Ausprägung von Unternehmensbereichen erklärten. Zusätzlich verweisen

die Anstalten darauf, dass die Gesamtheit des Personals der Rundfunkanstalten der Erfüllung des Programmauftrages diene.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Kommission mit den Rundfunkanstalten intensiv darüber ausgetauscht, wie die Zuordnung von Personal zu den Unternehmensbereichen in den einzelnen Häusern transparenter dargestellt werden kann.

Tz. 213

Die Kommission hält es für erforderlich, Transparenz herzustellen und die Angaben der Anstalten zum Personaleinsatz vergleichbar zu machen. Dazu ist die personelle Ausstattung der wesentlichen Unternehmensbereiche zumindest auf hoher Abstraktionsebene darzustellen. Dies liegt auch im Interesse der Anstalten, die durch Vergleiche untereinander zu einer wirtschaftlichen Aufgabenerfüllung beitragen können.

Tz. 214

Die Kommission erwartet von den Rundfunkanstalten, dass sie eine Gesamtdarstellung vorlegen, die Transparenz schafft und einen Vergleich nach Unternehmensbereichen ermöglicht. Spätestens für den 21. Bericht erwartet die Kommission deshalb von den Anstalten die Vorlage von untereinander vergleichbaren Darstellungen, die die Unternehmensbereiche in den Sendern sinnvoll und transparent kategorisieren und den Umfang des dort eingesetzten Personals veranschaulichen und nachvollziehbar machen. Dabei können bei den Strukturen die jeweiligen Besonderheiten berücksichtigt werden.

Tz. 215

### 3.3.9 Steuerungsverfahren beim Personaleinsatz

Die Kommission hat wiederholt die Bedeutung effizienter Verfahren und Prozesse der Rundfunkanstalten für die Steuerung des Personaleinsatzes hervorgehoben. Wesentliche Voraussetzungen für eine wirtschaftliche und sparsame Verwendung der Mittel sind u.a.:

Tz. 216

- Planung, Steuerung und Controlling übergreifend für alle Beschäftigungsformen,
- Einbindung der Gremien hinsichtlich der Beschäftigungsstruktur und der Entwicklung von Kapazitäten und Aufwand.

Die Anforderungen an die Verfahren und Prozesse der Rundfunkanstalten sind in Kapitel 5, Abschnitt 3.3.8, Tz. 204 ff. des 19. Berichts dargestellt.

Die Anstalten haben der Kommission zum 20. Bericht ihre Verfahren und Prozesse und die Weiterentwicklung in den letzten Jahren ausführlich erläutert. Hervorgehoben haben sie ihre bisherigen gemeinsamen Überlegungen zur „Personalkostensteuerung im erweiterten Personalkostenbegriff“ mit einheitlichen Abgrenzungskriterien.

Tz. 217

Aus Sicht der Kommission besteht nach wie vor Handlungsbedarf zur Weiterentwicklung in den Bereichen Planung, Controlling und Steuerung sowie bei der Einbindung der Gremien.

Tz. 218

## Personalaufwand

Die Kommission hält es unverändert für erforderlich, die unterschiedlichen Beschäftigungsformen (vgl. Tzn. 181 ff.) an den gleichen Gesamtzielen auszurichten und mit vergleichbarer Verbindlichkeit übergreifend zu steuern.

Die Gremien müssen mit geeigneten regelmäßigen Informationen zur Entwicklung von Aufwand und Kapazitäten in die Lage versetzt werden, die Wirtschaftsführung der Anstalten auch im Personalbereich wirksam zu überwachen. Jährlich werden von einzelnen Anstalten bereits Personalberichte mit zusätzlichen Informationen erstellt.

**Tz. 219** Die Kommission erwartet von den Landesrundfunkanstalten der ARD, vom ZDF und vom Deutschlandradio, dass sie ihre Verfahren und Prozesse auch künftig weiterentwickeln. Zum 21. Bericht sollen umfassende Konzepte für die Steuerungsverfahren, die mittelfristige Entwicklung der gesamten Mitarbeiterkapazitäten und die Art der Leistungserstellung (vgl. Abschnitt 3.1, Tzn. 122, 125 und 131) sowie für die Einbindung der Gremien vorgelegt werden.

## 4. Sachaufwand

Die Kommission erkennt für 2017 bis 2020 einen Sachaufwand der Anstalten von 5.564,1 Mio. € an. Davon entfallen auf die ARD 4.351,4 Mio. €, auf das ZDF 955,1 Mio. €, auf das Deutschlandradio 218,6 Mio. € und auf ARTE 39,0 Mio. €. Im Jahresdurchschnitt sind dies bei der ARD 1.078,2 Mio. €, beim ZDF 238,8 Mio. €, beim Deutschlandradio 54,7 Mio. € und bei ARTE 9,8 Mio. €.

Die Kommission kürzt bei der ARD 17,5 Mio. € unter Berücksichtigung der vorgenommenen Umschichtungen von 60,8 Mio. €. Bei ZDF, Deutschlandradio und ARTE erkennt die Kommission die Anmeldungen in voller Höhe an.

Im Sachaufwand ist der Bestandsaufwand enthalten, der keiner anderen Aufwandsart gemäß der Systematik der Kommission zuzuordnen ist. Zum Sachaufwand gehört der Aufwand für den Beitragseinzug und für nicht programmbezogene GSEA. Nicht enthalten ist hingegen der Instandhaltungsaufwand und Abschreibungen auf Sachanlagen sowie der Sachaufwand des Entwicklungsbedarfs.

Tz. 220

Die Anstalten unterscheiden bei ihren Anmeldungen zwischen indexierbarem und nicht indexierbarem Sachaufwand. Aufwand, der indexierbar ist, wird ausgehend von einem Basisjahr fortgeschrieben. Zum nicht indexierbaren Aufwand zählen insbesondere die Prämien zur Deckung von Altersversorgungsrisiken, der Finanzierungsanteil von ARTE, Zinsen, signifikanter Einmalaufwand und der Aufwand für den Beitragseinzug.

Maßgebliche Fortschreibungsrate ist der *BIP-Deflator*, der sich aus dem aktuellen Finanzplan des Bundes ergibt. Die Prognosen der Kommission beruhen auf diesen Fortschreibungsrate.

Die aktuellen Werte des BIP-Deflators für 2013 bis 2016 sind höher als im 19. Bericht angenommen. Im Durchschnitt liegen sie bei 1,83 % statt 1,5 % im 19. Bericht.

Tz. 221

**Tab. 84 Fortschreibungsrate 2013 bis 2016 (in %)**

	2013	2014	2015	2016	Ø
19. Bericht	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50
20. Bericht	2,10	1,70	2,00	1,50	1,83

Für 2017 bis 2020 betragen die Fortschreibungsrate jeweils 1,75 %. Diese für die Folgeperiode erwarteten Rate liegen unter der durchschnittlichen Fortschreibungsrate 2013 bis 2016 von 1,83 %.

Tz. 222

Die Kommission prüft bei jeder Anmeldung, ob die prognostizierten Fortschreibungsrate in den Vorberichten zutreffend waren. Soweit die tatsächlichen Rate von der Prognose abweichen, werden sie korrigiert.

Tz. 223

## Sachaufwand

Das Basisjahr für den 20. Bericht ist 2013. Die Kommission prüft, ob der Aufwand des Basisjahres für die folgenden Jahre repräsentativ ist.

Zudem vergleicht die Kommission die Anmeldungen zum 20. Bericht für 2013 bis 2016 mit den Feststellungen des 19. Berichts. Dabei prüft sie, in wieweit Abweichungen den prognostizierten Aufwand 2017 bis 2020 beeinflussen und ob dieser anerkannt werden kann.

**Tz. 224** Grundlage für die Prüfung durch die Kommission sind die Anmeldungen der Anstalten. Für 2017 bis 2020 melden sie insgesamt einen Sachaufwand von 5.520,8 Mio. € an. Gegenüber den jetzt vorgelegten Zahlen für 2013 bis 2016 ist das ein Anstieg von 294,9 Mio. € oder 5,6 %. Das sind jährlich 1,4 % (vgl. Tabelle 85).

**Tab. 85 Sachaufwand (in Mio. €)**  
Anmeldungen der Rundfunkanstalten zum 20. Bericht

	ARD	ZDF	DRadio	ARTE	Anstalten gesamt
<b>2013-2016</b>	4.086,2	899,6	200,2	39,9	5.225,9
<b>2017-2020</b>	4.308,1	955,1	218,6	39,0	5.520,8
o p.a. 2017-2020	1.077,0	238,8	54,7	9,8	1.380,2
Veränderung in Mio. €	221,9	55,5	18,4	-0,9	294,9
Veränderung in %	5,4	6,2	9,2	-2,3	5,6
Veränderung in % p.a.	1,3	1,5	2,2	-0,6	1,4

**Tz. 225** Die Anmeldungen zum Sachaufwand verteilen sich wie folgt auf indexierbare und nicht indexierbare Anteile:

**Tab. 86 Zusammensetzung des Sachaufwands 2017 bis 2020 (in Mio. €)**  
Anmeldungen der Rundfunkanstalten zum 20. Bericht

	ARD	ZDF	DRadio	ARTE	Anstalten gesamt
<b>Indexierbar</b>	2.778,3	721,1	108,3	19,4	3.627,1
davon: nicht programmbezogene GSEA	262,7	28,4	13,3	0,0	304,4
<b>Nicht indexierbar</b>	1.529,8	234,0	110,3	19,6	1.893,7
<b>Summe Sachaufwand</b>	<b>4.308,1</b>	<b>955,1</b>	<b>218,6</b>	<b>39,0</b>	<b>5.520,8</b>

Der Aufwand für die nicht programmbezogenen GSEA enthält sowohl Sachaufwand als auch Personalaufwand. Die Fortschreibung wird jedoch in Abstimmung mit den Anstalten mit dem BIP-Deflator durchgeführt.

**Tz. 226** Die Kommission ermittelt im Folgenden den anzuerkennenden Bedarf für 2017 bis 2020, indem sie den Basiswert für 2013 gemäß Tabelle 84 und Tz. 222 fortschreibt. Dabei legt sie beim indexierbaren Sachaufwand die maßgeblichen Fortschreibungsraten zugrunde und berücksichtigt signifikante Kostenentwicklungen, Umschichtungen und Budgetabweichungen. Den angemeldeten nicht indexierbaren Sachaufwand prüft die Kommission dahingehend, ob er den Veränderungen der allgemeinen Preisentwicklung unterliegt. Die Kommission kommt zu folgendem Ergebnis:



Tab. 87 Sachaufwand 2017 bis 2020 (in Mio. €)  
Anmeldungen der Rundfunkanstalten und Feststellungen der Kommission

	ARD	ZDF	DRadio	ARTE	Anstalten gesamt
Anmeldung	4.308,1	955,1	218,6	39,0	5.520,8
Feststellung	4.351,4	955,1	218,6	39,0	5.564,1
Mehr (+) Minder (-) Aufwand	43,3	0,0	0,0	0,0	43,3
ø festgestellt p.a.	1.087,9	238,8	54,7	9,8	1.391,0

#### 4.1 ARD

Bei der ARD stellt die Kommission einen Sachaufwand von 4.351,4 Mio. € fest. Die Kommission erkennt für 2017 bis 2020 den angemeldeten Sachaufwand von 4.308,1 Mio. € an und rechnet im Zusammenhang mit Umschichtungen zwischen den Aufwandsarten weitere 43,3 Mio. € hinzu. Dadurch ergibt sich ein jährlicher Betrag von 1.087,9 Mio. €. Der Sachaufwand 2017 bis 2020 erhöht sich gegenüber 2013 bis 2016 um 261,2 Mio. €. Das ist eine Steigerung von 6,4 % oder jährlich 1,6 %. Durch Umschichtungen ergeben sich Hinzurechnungen von 60,8 Mio. €. Davon kürzt die Kommission 17,5 Mio. € und erkennt 43,3 Mio. € als Sachaufwand an.

Tab. 88 Sachaufwand der ARD – Anmeldung 20. Bericht und Feststellung durch die Kommission

	Anmeldung ARD 20. Bericht		Feststellung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-)
	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)
2013	1.019,2		1.019,9		0,7
2014	1.023,5	0,4	1.024,6	0,5	1,1
2015	1.012,9	-1,0	1.014,0	-1,0	1,1
2016	1.030,6	1,7	1.031,7	1,7	1,1
Summe 2013-2016	4.086,2		4.090,2		4,0
2017	1.050,7	2,0	1.054,5	2,2	3,6
2018	1.064,7	1,3	1.075,6	2,0	10,9
2019	1.085,0	1,9	1.098,9	2,2	13,9
2020	1.107,7	2,1	1.122,4	2,1	14,7
Summe 2017-2020	4.308,1		4.351,4		43,3
ø 2017-2020 p.a.	1.077,0		1.087,9		10,9
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	221,9	5,4	261,2	6,4	
ø p.a.		1,3		1,6	

Die ARD hat mit Schreiben vom 21.12.2015 die Umgliederung von 56,2 Mio. € Sachaufwand vom Entwicklungsbedarf in den Bestandsbedarf ab 2017 bis 2020 angemeldet. Diese betreffen das zum

Tz. 227

## Sachaufwand

20. Bericht angemeldete Entwicklungsprojekt „Bestandssicherung audiovisuelles Erbe“ (vgl. Kapitel 6.2, Tzn. 318 ff.), welches die Kommission nicht anerkennen kann. Die ARD führt dazu aus, dass die Anmeldung zum Sachaufwand im Wesentlichen deswegen unter der von der Kommission im 20. Bericht festgestellten Fortschreibung liege, weil der Sachaufwand für die Bestandssicherung des audiovisuellen Erbes im Entwicklungsbedarf und nicht im Bestandsbedarf angemeldet wurde.

Die Kommission erkennt die Umschichtung vom Entwicklungsbedarf in den Bestandsbedarf dem Grunde nach an und nimmt vor Prüfung und Fortschreibung eine Hinzurechnung zur Anmeldung von 56,2 Mio. € vor.

**Tz. 228** Die Kommission hat zum 20. Bericht angemeldete Umschichtungen vom Sachaufwand in den Personalaufwand von 4,6 Mio. € nicht anerkannt (vgl. Tzn. 113 ff.). Darum rechnet die Kommission der Anmeldung zum Sachaufwand weitere 4,6 Mio. € wieder hinzu.

Insgesamt nimmt die Kommission – vor Prüfung und Fortschreibung – zur Anmeldung von 4.308,1 Mio. € eine Hinzurechnung von 60,8 Mio. € vor.

**Tab. 89 Sachaufwand der ARD – Anmeldung und Feststellung 20. Bericht und Fortschreibung durch die Kommission**

	Anmeldung ARD	Hinzu- rechnung	Summe		Fortschreibung KEF		Mehr- (+) Minder- (-)
	Aufwand (in Mio. €)	Aufwand (in Mio. €)	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)
<b>2013</b>	1.019,2	0,7	1.019,9		996,1		-23,8
<b>2014</b>	1.023,5	1,1	1.024,6	0,5	1.008,9	1,3	-15,7
<b>2015</b>	1.012,9	1,1	1.014,0	-1,0	1.018,2	0,9	4,2
<b>2016</b>	1.030,6	1,1	1.031,7	1,7	1.033,1	1,5	1,4
<b>Summe 2013-2016</b>	<b>4.086,2</b>	<b>4,0</b>	<b>4.090,2</b>		<b>4.056,3</b>		<b>-33,9</b>
<b>2017</b>	1.050,7	15,5	1.066,2	3,3	1.054,5	2,1	-11,7
<b>2018</b>	1.064,7	14,8	1.079,5	1,2	1.075,6	2,0	-3,9
<b>2019</b>	1.085,0	15,2	1.100,2	1,9	1.098,9	2,2	-1,3
<b>2020</b>	1.107,7	15,3	1.123,0	2,1	1.122,4	2,1	-0,6
<b>Summe 2017-2020</b>	<b>4.308,1</b>	<b>60,8</b>	<b>4.368,9</b>		<b>4.351,4</b>		<b>-17,5</b>
<b>Ø 2017-2020 p.a.</b>	<b>1.077,0</b>	<b>15,2</b>	<b>1.092,2</b>		<b>1.087,9</b>		<b>-4,3</b>
<b>Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016</b>	<b>221,9</b>		<b>278,7</b>	<b>6,8</b>	<b>295,1</b>	<b>7,3</b>	
<b>Ø p.a.</b>				<b>1,7</b>		<b>1,8</b>	

**Tz. 229** Für 2017 bis 2020 führt die Prüfung und Fortschreibung des Sachaufwands durch die Kommission zu einer Obergrenze von 4.351,4 Mio. €. Die Anmeldung der ARD von 4.308,1 Mio. € (vgl. Tabelle 89) zuzüglich Hinzurechnungen durch die Kommission von 60,8 Mio. € liegen mit insgesamt 4.368,9 Mio. € um 17,5 Mio. € über dieser Obergrenze. Die Kommission erkennt den angemeldeten Betrag und die Hinzurechnungen bis zur Obergrenze von 4.351,4 Mio. € an. Die Kommission ermittelt die Obergrenze durch eine gesonderte Betrachtung von indexierbarem Sachaufwand (Tzn. 231 ff.) und nicht indexierbarem Sachaufwand (Tzn. 236 ff.).

Die durchschnittliche jährliche Steigerung 2017 bis 2020 gegenüber 2013 bis 2016 beträgt laut Anmeldung 1,3 % (vgl. Tabelle 88). Berücksichtigt man die Hinzurechnungen beträgt die Steigerung 1,7 % (vgl. Tabelle 89). Die von der Kommission zu Grunde gelegte Fortschreibungsrate beträgt im Vergleich dazu 1,8 % (vgl. Tabelle 89). Die Ursachen für die niedrigere Steigerungsrate der Anmeldung liegen in der Überschreitung des Aufwands in der laufenden Beitragsperiode 2013 bis 2016.

Tz. 230

#### 4.1.1 Indexierbarer Sachaufwand

**Tab. 90 Indexierbarer Sachaufwand der ARD**  
Anmeldung 20. Bericht und Fortschreibung durch die Kommission

	Anmeldung ARD 20. Bericht		Fortschreibung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-)
	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Summe (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)
<b>2013</b>	665,8		642,7 <sup>1</sup>		-23,1
<b>2014</b>	668,1	0,35	653,5	1,70	-14,6
<b>2015</b>	661,3	-1,02	666,6	2,00	5,3
<b>2016</b>	674,1	1,94	676,6	1,50	2,5
<b>Summe 2013-2016</b>	<b>2.669,3</b>		<b>2.639,4</b>		<b>-29,9</b>
<b>2017</b>	683,4	1,38	687,2 <sup>2</sup>	1,57	3,8
<b>2018</b>	688,3	0,72	699,2	1,75	10,9
<b>2019</b>	697,5	1,34	711,4	1,75	13,9
<b>2020</b>	709,1	1,66	723,8	1,75	14,7
<b>Summe 2017-2020</b>	<b>2.778,3</b>		<b>2.821,6</b>		<b>43,3</b>
<b>Ø 2017-2020 p.a.</b>	<b>694,6</b>		<b>705,4</b>		<b>10,8</b>
<b>Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016</b>	<b>109,0</b>	<b>4,1</b>	<b>182,2</b>	<b>6,9</b>	
<b>Ø p.a.</b>		<b>1,0</b>		<b>1,7</b>	

1) Absenkung der Basis um 23,1 Mio. €.

2) Absenkung um 1,2 Mio. €.

Beim indexierbaren Sachaufwand meldet die ARD für 2017 bis 2020 2.778,3 Mio. € an. Das sind 109,0 Mio. € mehr als 2013 bis 2016. Die Anmeldung liegt damit unter der von der Kommission festgestellten Obergrenze von 2.821,6 Mio. €. Diese Obergrenze ermittelt die Kommission, indem sie in einem ersten Schritt anhand einer Zeitreihe prüft, ob der Wert des Basisjahres für die folgenden Jahre repräsentativ ist. Dabei berücksichtigt sie Umschichtungen zwischen den Aufwandsarten.

Tz. 231

Als Ergebnis dieser ersten Berechnung senkt die Kommission den Ist-Wert im Basisjahr 2013 um 15,2 Mio. €.

Die Daten der Zeitreihe sind auch von den indexierbaren Ist-Werten bzw. Planwerten der laufenden Beitragsperiode beeinflusst. Wenn diese Werte über dem von der Kommission 2013 bis 2016 anerkannten Betrag liegen, führt dies zu einer zu hohen Fortschreibung für 2017 bis 2020. Daher ist der Budgetabgleich 2013 bis 2016 zwischen dem 19. und dem 20. Bericht der wichtige zweite Schritt bei

Tz. 232

## Sachaufwand

der Berechnung der Fortschreibung durch die Kommission. Eine zu hohe Fortschreibung korrigiert sie durch eine gesonderte Absenkung des Ist-Wertes im Basisjahr.

Der angemeldete Sachaufwand liegt um 92,1 Mio. € über dem im 19. Bericht anerkannten Betrag (vgl. Tabelle 91). Die Kommission prüft, ob diese Budgetüberschreitung eine höhere Anmeldung der ARD für 2017 bis 2020 rechtfertigt.

**Tab. 91 Sachaufwand der ARD (in Mio. €)**  
**Budgetabgleich 2013 bis 2016**

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht anerkannt	Mehr (+) Minder (-) Aufwand
2013	1.019,2	995,3	23,9
2014	1.023,5	1.005,8	17,7
2015	1.012,9	995,2	17,7
2016	1.030,6	997,8	32,8
<b>Summe 2013-2016</b>	<b>4.086,2</b>	<b>3.994,1</b>	<b>92,1</b>

Der Mehraufwand von 92,1 Mio. € hat nach Aussage der ARD folgende Ursachen (Tabelle 92):

**Tab. 92 Sachaufwand (in Mio. €)**  
**Erläuterungen ARD**

Budgetabweichungen	Mehr (+) Minder (-) Aufwand
<b>Index. Sachaufwand:</b>	
Umschichtungen	-6,6 <sup>1</sup>
Fortschreibung	10,5
Budgetüberschreitung	29,9
	<b>33,8</b>
<b>Nicht index. Sachaufwand:</b>	
Umschichtungen	6,4
Übrige	51,9
	<b>58,3</b>
<b>Summe 2013-2016</b>	<b>92,1</b>

1) davon anerkannt -2,6 Mio. €.

**7z. 233** Mehraufwand von 58,3 Mio. € betrifft den nicht indexierbaren Sachaufwand. Dieser unterliegt anderen Beurteilungskriterien und hat keine Bedeutung für Korrekturen indexierbarer Werte. Somit verbleibt eine Abweichung von 33,8 Mio. €, die die ARD wie folgt erläutert:

- Umschichtungen: Der Saldo der Umschichtungen in oder aus dem indexierbaren Sachaufwand beträgt -2,6 Mio. €. Die Auswirkungen 2017 bis 2020 betragen -7,7 Mio. €. Diese setzten sich wie folgt zusammen:

**Tab. 93 Umschichtungen beim indexierbaren Sachaufwand**  
**Mehr- (+) und Minder- (-) Aufwand (in Mio. €)**

	Personal ohne Altersversorgung	Altersversorgung	Programmauf- wand	Programmver- breitung	Nicht indexier- barer Sachauf- wand	Summe
2013-2016	-7,0	2,3	-9,9	0,5	11,5	-2,6
2017-2020	-13,8	2,1	-9,9	0,6	13,3	-7,7

Umschichtungen vom nicht indexierbaren in den indexierbaren Sachaufwand: betreffen die GSEA „ARD-Hörfunksternpunkt“ in Frankfurt. Weiteren Umschichtungen in den Personalaufwand (Erhöhung des *Stellenbesetzungsgrades* beim HR, Wiedereingliederung der Maran Film GmbH beim SWR) von 4,0 Mio. € in 2013 bis 2016 konnte die Kommission nicht zustimmen; insofern nimmt sie auch keine Umschichtung beim Sachaufwand vor. Dadurch ergibt sich für 2017 bis 2020 eine Hinzurechnung zur Anmeldung von 4,6 Mio. € (vgl. Tabelle 89 und Kapitel 3.1, Tz. 115).

- Nachträglich festgestellte Erhöhung der Fortschreibungsraten. Dadurch ergibt sich eine Abweichung von +10,5 Mio. €.
- „Sonstige Abweichungen“ von +29,9 Mio. €. Zur Begründung nennt die ARD eine Reihe unterschiedlicher Faktoren: insbesondere nicht aktivierungsfähige Fremdleistungen im Zusammenhang mit Investitionen, zu niedrig geplante Reisekosten der Klangkörper, höhere Finanzierungsanteile am Informations-Verarbeitungs-Zentrum (IVZ) sowie gestiegener Aufwand für Marketing und IT-Dienstleister.

Die Kommission bewertet den angemeldeten Mehraufwand für 2013 bis 2016 in der Fortschreibung für 2017 bis 2020 wie folgt:

Tz. 234

- Die von der Kommission anerkannten Umschichtungen führen 2013 bis 2016 zu einer Entlastung des indexierbaren Sachaufwands um saldiert -2,6 Mio. €. Die Auswirkungen 2017 bis 2020 betragen -7,7 Mio. €. Dies würde eine Absenkung im Basisjahr von 1,2 Mio. € bedeuten. Diese Absenkung berücksichtigt allerdings nicht die ungleiche periodische Verteilung der Umschichtungen. Dies erreicht die Kommission, indem sie im Basisjahr eine Absenkung von 0,6 Mio. € und in 2017 eine weitere Absenkung von 1,2 Mio. € vornimmt.
- Die höheren Fortschreibungsraten entsprechen der allgemeinen Preisentwicklung.
- Bei den „sonstigen Abweichungen“ von 29,9 Mio. € handelt es sich um allgemeinen Mehraufwand, die über dem von der Kommission im 19. Bericht festgestellten Bedarf liegen. Die Kommission berücksichtigt die Überschreitung der im 19. Bericht anerkannten Beträge durch eine Absenkung des Ist-Wertes im Basisjahr von 7,3 Mio. €.

Tabelle 94 fasst die bisherigen Feststellungen der Kommission zu den Korrekturen des Ist-Wertes im Basisjahr 2013 zusammen: Danach ergibt sich als Basis für die Fortschreibung 2013 ein Startwert von 642,7 Mio. €.

Tz. 235

## Sachaufwand

Tab. 94 Ermittlung des Startwerts für die Fortschreibung (in Mio. €) – Korrekturen 2013

Ist-Wert 2013	665,8
Trendabweichung 2013, Tz. 231	-15,2
Budgetabweichung, Tz. 234	-7,3
Umschichtung 2013, Tz. 234	-0,6
Startwert 2013	642,7
Summe Korrekturen 2013	-23,1

Die Kommission schreibt den Startwert von 642,7 Mio. € mit den aktuellen Fortschreibungsraten aus Tabelle 84 und Tz. 222 fort und berücksichtigt dabei 2017 die weitere Absenkung von 1,2 Mio. € (vgl. Tz. 234). Für 2017 bis 2020 ergibt sich danach ein Betrag von 2.821,6 Mio. € (vgl. Tabelle 90).

## 4.1.2 Nicht indexierbarer Sachaufwand

Tab. 95 Nicht indexierbarer Sachaufwand der ARD – Anmeldung 20. Bericht

	Anmeldung ARD 20. Bericht		Fortschreibung KEF 20. Bericht
	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	
2013	353,4		353,4
2014	355,4	0,6	355,4
2015	351,6	-1,1	351,6
2016	356,5	1,4	356,5
Summe 2013-2016	1.416,9		1.416,9
2017	367,3	3,0	367,3
2018	376,4	2,5	376,4
2019	387,5	2,9	387,5
2020	398,6	2,9	398,6
Summe 2017-2020	1.529,8		1.529,8
Ø 2017-2020 p.a.	382,5		
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	112,9	8,0	
Ø p.a.		1,9	

Tz. 236 Die ARD-Anstalten melden 2017 bis 2020 einen nicht indexierbaren Sachaufwand von 1.529,8 Mio. € an. Gegenüber 2013 bis 2016 ist dies ein Mehraufwand von 112,9 Mio. € oder von +8,0 % bzw. +1,9 % p.a.

Der Mehraufwand für 2017 bis 2020 betrifft die Prämien für Altersversorgung (+121,7 Mio. €) und den Finanzierungsanteil ARTE (+8,1 Mio. €). Entlastend wirkt der Rückgang beim Beitragseinzug (-7,8 Mio. €) und dem sonstigen einmaligen Aufwand (-9,1 Mio. €). Die Kommission erkennt die Anmeldung der ARD für den nicht indexierbaren Aufwand daher in voller Höhe an.

Der nicht indexierbare Sachaufwand 2013 bis 2016 ist gegenüber dem 19. Bericht um insgesamt 58,3 Mio. € gestiegen (vgl. oben Tabelle 92). Er setzt sich wie folgt zusammen:

Tz. 237

- Prämien für Altersversorgung (+26,2 Mio. €), davon kommen 6,1 Mio. € aus der Umschichtung der Altersversorgung,
- Beitragseinzug (+16,8 Mio. €),
- Zinsen (+15,1 Mio. €) zur Finanzierung des Vorhabens „BR hoch drei“, Zinsen für Steuerrückstellungen (NDR, RBB) und ein rechtshängiges Leasinggeschäft (MDR),
- sonstige Aufwandspositionen (+5,0 Mio. €),
- höherer Finanzierungsanteil für ARTE (+6,7 Mio. €),
- um 11,5 Mio. € aufwandsmindernd wirkt die vorstehend genannte Umschichtung der GSEA „ARD-Hörfunksternpunkt“ in den indexierbaren Sachaufwand.

#### 4.1.3 Ableitung der Fortschreibung

Zusammengefasst ergibt die Fortschreibung von indexierbarem und nicht indexierbarem Sachaufwand für 2017 bis 2020 die Summe von 4.351,4 Mio. € (vgl. Tabelle 96).

Tz. 238

**Tab. 96 Ableitung der Fortschreibung (in Mio. €)**  
Feststellung zum 20. Bericht

	Feststellung KEF	Fortschreibung KEF 20. Bericht		
		indexierbar	nicht indexierbar	Summe Sachaufwand
2013	1.019,9	642,7	353,4	996,1
2014	1.024,6	653,5	355,4	1.008,9
2015	1.014,0	666,6	351,6	1.018,2
2016	1.031,7	676,6	356,5	1.033,1
Summe 2013-2016	4.090,2	2.639,4	1.416,9	4.056,3
2017	1.054,5	678,2	367,3	1.054,5
2018	1.075,6	699,2	376,4	1.075,6
2019	1.098,9	711,4	387,5	1.089,9
2020	1.122,4	723,8	398,6	1.122,4
Summe 2017-2020	4.351,4	2.821,6	1.529,8	4.351,4

Die Kommission erkennt die Anmeldung der ARD 2017 bis 2020 von 4.308,1 Mio. € unter Hinzurechnung von 43,3 Mio. € an und stellt einen Betrag von 4.351,4 Mio. € fest (vgl. Tabelle 88).

Tz. 239

## Sachaufwand

## 4.2 ZDF

Beim ZDF erkennt die Kommission für 2017 bis 2020 den angemeldeten Sachaufwand von 955,1 Mio. € an, das sind jährlich 238,8 Mio. €. Der anerkannte Betrag für 2017 bis 2020 liegt um 55,5 Mio. € über dem Wert für 2013 bis 2016. Das ist eine Steigerung von 6,2 % oder jährlich 1,5 %.

Tab. 97 Sachaufwand des ZDF  
Anmeldung 20. Bericht und Fortschreibung durch die Kommission

	Anmeldung ZDF 20. Bericht		Fortschreibung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-)
	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)
2013	217,9		227,6		9,7
2014	218,7	0,4	228,9	0,6	10,2
2015	236,4	8,1	228,8	0,0	-7,6
2016	226,6	-4,1	231,3	1,1	4,7
Summe 2013-2016	899,6		916,6		17,0
2017	232,7	2,7	235,6	1,9	2,9
2018	237,5	2,1	239,0	1,4	1,5
2019	243,6	2,6	243,2	1,8	-0,4
2020	241,3	-0,9	247,1	1,6	5,8
Summe 2017-2020	955,1		964,9		9,8
o 2017-2020 p.a.	238,8		241,2		2,4
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	55,5	6,2	48,3	5,3	
o p.a.		1,5		1,3	

Tz. 240 Die Prüfung und Fortschreibung des Sachaufwands durch die Kommission führt für 2017 bis 2020 zu einem Betrag von 964,9 Mio. €. Die Anmeldung des ZDF liegt mit 955,1 Mio. € um 9,8 Mio. € unter dieser Fortschreibung. Die Kommission erkennt den angemeldeten Betrag daher an. Die Kommission kommt zu diesem Ergebnis durch eine gesonderte Betrachtung von indexierbarem Sachaufwand (Tzn. 242 ff.) und nicht indexierbarem Sachaufwand (Tz. 246).

Tz. 241 Die durchschnittliche jährliche Steigerung 2017 bis 2020 gegenüber 2013 bis 2016 beträgt laut Anmeldung 1,5 %. Die von der Kommission zu Grunde gelegte Fortschreibungsrate beträgt lediglich 1,3 %. Die Ursache für die höhere Steigerungsrate der Anmeldung sind restriktive Einsparungsaufgaben in 2013 und 2014, die zu einer deutlichen Unterschreitung des anerkannten Aufwands in der laufenden Beitragsperiode 2013 bis 2016 geführt haben.



#### 4.2.1 Indexierbarer Sachaufwand

**Tab. 98 Indexierbarer Sachaufwand des ZDF**  
Anmeldung 20. Bericht und Fortschreibung durch die Kommission

	Anmeldung ZDF 20. Bericht		Fortschreibung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-)
	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)
<b>2013</b>	156,3		166,0 <sup>1</sup>		9,7
<b>2014</b>	158,6	1,47	168,8	1,70	10,2
<b>2015</b>	179,9	13,43	172,3	2,00	-7,6
<b>2016</b>	170,2	-5,39	174,9	1,50	4,7
<b>Summe 2013-2016</b>	<b>665,0</b>		<b>682,0</b>		<b>17,0</b>
<b>2017</b>	175,1	2,88	178,0	1,75	2,9
<b>2018</b>	179,6	2,57	181,1	1,75	1,5
<b>2019</b>	184,7	2,84	184,3	1,75	-0,4
<b>2020</b>	181,7	-1,62	187,5	1,75	5,8
<b>Summe 2017-2020</b>	<b>721,1</b>		<b>730,9</b>		<b>9,8</b>
<b>o 2017-2020 p.a.</b>	<b>180,3</b>		<b>182,7</b>		<b>2,4</b>
<b>Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016</b>	<b>56,1</b>	<b>8,4</b>	<b>48,9</b>	<b>7,2</b>	
<b>o p.a.</b>		<b>2,0</b>		<b>1,7</b>	

<sup>1)</sup> Anhebung der Basis um 9,7 Mio. €.

Beim indexierbaren Sachaufwand meldet das ZDF 721,1 Mio. € an. Gegenüber 2013 bis 2016 erhöht sich der indexierbare Sachaufwand um 56,1 Mio. €. Die Anmeldung für 2017 bis 2020 liegt unter der von der Kommission festgestellten Obergrenze von 730,9 Mio. €. Diese ermittelt die Kommission, indem sie die Repräsentativität des Ist-Werts im Basisjahr 2013 (vgl. Tz. 231) und die Einhaltung der Vorgaben der Kommission aus dem 19. Bericht überprüft (vgl. Tz. 232).

Tz. 242

Die Überprüfung der Repräsentativität des Basisjahres durch die Kommission ergibt, dass der Ist-Wert zu niedrig ist und gegebenenfalls um bis zu 12,9 Mio. € angehoben werden kann.

Tz. 243

Der Budgetabgleich 2013 bis 2016 zwischen dem 19. und dem 20. Bericht zeigt, dass der angemeldete Sachaufwand um 18,2 Mio. € unter dem im 19. Bericht anerkannten Betrag liegt.

Tz. 244

**Tab. 99 Sachaufwand des ZDF (in Mio. €) – Budgetabgleich 2013 bis 2016**

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht anerkannt	Mehr- (+) Minder- (-) Aufwand
<b>2013</b>	217,9	229,5	-11,6
<b>2014</b>	218,7	232,7	-14,0
<b>2015</b>	236,4	230,9	5,5
<b>2016</b>	226,6	224,7	1,9
<b>Summe 2013-2016</b>	<b>899,6</b>	<b>917,8</b>	<b>-18,2</b>

Unter Berücksichtigung von gegenläufigem nicht indexierbarem Sachaufwand von 6,7 Mio. € für den Beitragseinzug ergibt sich ein Minderaufwand beim indexierbaren Sachaufwand von 24,9 Mio. €.

## Sachaufwand

Als wesentliche Ursache für den Minderaufwand gibt das ZDF restriktive Einsparauflagen in 2013 und 2014 an. Diese seien auf die seinerzeitige Unsicherheit über die Auswirkungen der Umstellung auf das Beitragsmodell zurückzuführen. Daher ist das Basisjahr 2013 nicht repräsentativ und das ZDF meldet eine Basiskorrektur von 9,7 Mio. €. Umschichtungen meldet das ZDF keine.

**Tz. 245** Die Kommission kann nach den Ergebnissen der Trendberechnung und des Budgetabgleichs die Ausführungen des ZDF nachvollziehen und erhöht den Ist-Wert im Basisjahr 2013 von 156,3 Mio. € um 9,7 Mio. € auf 166,0 Mio. €. Bei einer Fortschreibung mit den aktualisierten Fortschreibungsraten (vgl. Tabelle 84 und Tz. 222) ergibt sich für 2017 bis 2020 ein Wert von 730,9 Mio. € (vgl. Tabelle 98).

## 4.2.2 Nicht indexierbarer Sachaufwand

**Tab. 100 Nicht indexierbarer Sachaufwand des ZDF**  
Anmeldung 20. Bericht

	Anmeldung ZDF 20. Bericht		Fortschreibung KEF
	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	20. Bericht
2013	61,6		61,6
2014	60,1	-2,4	60,1
2015	56,5	-6,0	56,5
2016	56,4	-0,2	56,4
Summe 2013-2016	234,6		234,6
2017	57,6	2,1	57,6
2018	57,9	0,5	57,9
2019	58,9	1,7	58,9
2020	59,6	1,2	59,6
Summe 2017-2020	234,0		234,0
Ø 2017-2020 p.a.	58,5		
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	-0,6	-0,3	
Ø p.a.		-0,1	

**Tz. 246** Das ZDF meldet für 2017 bis 2020 nicht indexierbaren Sachaufwand von 234,0 Mio. € an. Das sind 0,6 Mio. € weniger als für 2013 bis 2016. Die Kommission erkennt die Anmeldung des ZDF für den nicht indexierbaren Aufwand an.

#### 4.2.3 Ableitung der Fortschreibung

Zusammengefasst ergibt die Fortschreibung von indexierbarem und nicht indexierbarem Sachaufwand für 2017 bis 2020 die Summe von 964,9 Mio. € (vgl. Tabelle 101).

Tz. 247

**Tab. 101 Ableitung der Fortschreibung (in Mio. €)**  
Anmeldung zum 20. Bericht

	Anmeldung ZDF	Fortschreibung KEF 20. Bericht		
		indexierbar	nicht indexierbar	Summe Sachaufwand
2013	217,9	166,0	61,6	227,6
2014	218,7	168,8	60,1	228,9
2015	236,4	172,3	56,5	228,8
2016	226,6	174,9	56,4	231,3
Summe 2013-2016	899,6	682,0	234,6	916,6
2017	232,7	178,0	57,6	235,6
2018	237,5	181,1	57,9	239,0
2019	243,6	184,3	58,9	243,2
2020	241,3	187,5	59,6	247,1
Summe 2017-2020	955,1	730,9	234,0	964,9

Die Kommission erkennt daher die Anmeldung des ZDF von 955,1 Mio. € an. Die von der Kommission ermittelte Obergrenze von 964,9 Mio. € wird um 9,8 Mio. € (vgl. auch Tabelle 97) unterschritten.

Tz. 248

## Sachaufwand

## 4.3 Deutschlandradio

Die Kommission erkennt beim Deutschlandradio für 2017 bis 2020 den angemeldeten Sachaufwand von 218,6 Mio. € an, das sind jährlich 54,7 Mio. €. Der anerkannte Betrag für 2017 bis 2020 liegt um 18,4 Mio. € höher als der Wert für 2013 bis 2016. Das ist eine Steigerung von 9,2 % oder jährlich 2,2 %.

Tab. 102 Sachaufwand Deutschlandradio  
Anmeldung 20. Bericht und Fortschreibung durch die Kommission

	Anmeldung DRadio 20. Bericht		Fortschreibung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-)
	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)
2013	46,7		48,5		1,8
2014	51,4	10,1	53,3	9,9	1,9
2015	50,9	-1,0	50,3	-5,6	-0,6
2016	51,2	0,6	50,4	0,2	-0,8
Summe 2013-2016	200,2		202,5		2,3
2017	54,0	5,5	53,6	6,3	-0,4
2018	53,9	-0,2	53,9	0,6	-0,0
2019	54,8	1,7	54,9	1,9	0,1
2020	55,9	2,0	56,2	2,4	0,3
Summe 2017-2020	218,6		218,6		0,0
Ø 2017-2020 p.a.	54,7		54,7		0,0
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	18,4	9,2	16,1	8,0	
Ø p.a.		2,2		1,9	

**Tz. 249** Die Prüfung und Fortschreibung des Sachaufwands durch die Kommission führt für 2017 bis 2020 zu einem Betrag von 218,6 Mio. €. Deutschlandradio meldet genau diesen Betrag an. Die Kommission erkennt die Anmeldung daher an. Die Kommission kommt zu diesem Ergebnis durch eine gesonderte Betrachtung von indexierbarem Sachaufwand (Tzn. 251 ff.) und nicht indexierbarem Sachaufwand (Tzn. 257 ff.).

**Tz. 250** Die durchschnittliche jährliche Steigerung 2017 bis 2020 gegenüber 2013 bis 2016 beträgt laut Anmeldung 2,2 %. Die von der Kommission zu Grunde gelegte Fortschreibungsrate beträgt 1,9 %. Wesentliche Ursachen für die höhere Steigerungsrate der Anmeldung sind:

- Minderausgaben in 2013 und 2014, die zu einer Unterschreitung des anerkannten Aufwands in der laufenden Beitragsperiode 2013 bis 2016 geführt haben,
- erheblicher Mehraufwand für die Klangkörper (ROC Berlin) in 2017 bis 2020.

### 4.3.1 Indexierbarer Sachaufwand

**Tab. 103 Indexierbarer Sachaufwand Deutschlandradio**  
Anmeldung 20. Bericht und Fortschreibung durch die Kommission

	Anmeldung DRadio 20. Bericht		Fortschreibung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-)
	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)
<b>2013</b>	22,7		24,5 <sup>1</sup>		1,8
<b>2014</b>	23,0	1,32	24,9	1,70	1,9
<b>2015</b>	26,0	13,04	25,4	2,00	-0,6
<b>2016</b>	26,6	2,31	25,8	1,50	-0,8
<b>Summe 2013-2016</b>	<b>98,3</b>		<b>100,6</b>		<b>2,3</b>
<b>2017</b>	26,7	0,38	26,3	1,75	-0,4
<b>2018</b>	26,8	0,37	26,8	1,75	-0,0
<b>2019</b>	27,2	1,49	27,3	1,75	0,1
<b>2020</b>	27,6	1,47	27,9	1,75	0,3
<b>Summe 2017-2020</b>	<b>108,3</b>		<b>108,3</b>		<b>0,0</b>
<b>o 2017-2020 p.a.</b>	<b>27,1</b>		<b>27,1</b>		<b>0,0</b>
<b>Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016</b>	<b>10,0</b>	<b>10,2</b>	<b>7,7</b>	<b>7,7</b>	
<b>o p.a.</b>		<b>2,5</b>		<b>1,9</b>	

1) Anhebung der Basis um 1,8 Mio. €.

Deutschlandradio meldet für 2017 bis 2020 einen indexierbaren Sachaufwand von 108,3 Mio. € an. Gegenüber 2013 bis 2016 erhöht sich der indexierbare Sachaufwand um 10,0 Mio. €. Die Anmeldung entspricht der von der Kommission festgestellten Obergrenze. Diese ermittelt die Kommission, indem sie die Repräsentativität des Ist-Werts im Basisjahr 2013 (vgl. Tz. 231) und die Einhaltung der Vorgaben der Kommission aus dem 19. Bericht überprüft (vgl. Tz. 232).

Tz. 251

Deutschlandradio meldet eine Anhebung des Basiswerts für 2013 um 2,2 Mio. € an und begründet dies wie folgt:

Tz. 252

- Aufwand für die Digitalisierung der Archive, welche durch eine ausschreibungsbedingt verzögerte Auftragsvergabe nicht in 2013 durchgeführt werden konnte (0,4 Mio. €),
- Aufwendung für Marketing und Medienforschung, die aufgrund der Verschiebung der Relaunch-Termine von Deutschlandradio Kultur und DRadio Wissen nicht abfließen konnten (0,9 Mio. €),
- diverse kleinteilige Anpassungen bei Gerätemieten, Reinigungsaufwand und dem betriebsärztlichen Dienst (0,9 Mio. €).

Die Überprüfung der Repräsentativität des Basisjahres durch die Kommission ergibt, dass der Ist-Wert zu niedrig ist und gegebenenfalls um bis zu 1,8 Mio. € angehoben werden kann.

Tz. 253

## Sachaufwand

**Tz. 254** Der Budgetabgleich 2013 bis 2016 zwischen dem 19. und dem 20. Bericht zeigt, dass der angemeldete Sachaufwand um 1,9 Mio. € über dem im 19. Bericht anerkannten Betrag liegt. In der folgenden Tabelle ist die Eingliederung von DRadio Wissen aus dem Entwicklungsbedarf in den Bestandsbedarf mit 1,2 Mio. € (0,3 Mio. € p.a.) berücksichtigt.

**Tab. 104 Sachaufwand Deutschlandradio (in Mio. €) – Budgetabgleich 2013 bis 2016**

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht <sup>1</sup> anerkannt	Mehr- (+) Minder- (-) Aufwand
2013	46,7	48,1	-1,4
2014	51,4	50,2	1,2
2015	50,9	50,1	0,8
2016	51,2	49,9	1,3
<b>Summe 2013-2016</b>	<b>200,2</b>	<b>198,3</b>	<b>1,9</b>

1) zuzüglich 1,2 Mio. € für DRadio Wissen.

Der Mehraufwand von 1,9 Mio. € hat nach Aussage des Deutschlandradio folgende Ursachen (Tabelle 105):

**Tab. 105 Sachaufwand (in Mio. €) – Erläuterungen Deutschlandradio**

Budgetabweichungen	Mehr- (+) Minder- (-) Aufwand
<b>Index. Sachaufwand:</b>	
Umschichtungen	1,2
Einsparungen	-3,0
	<b>-1,8</b>
<b>Nicht index. Sachaufwand:</b>	
Umschichtungen	-1,2
Übrige	4,9
	<b>3,7</b>
<b>Summe 2013-2016</b>	<b>1,9</b>

**Tz. 255** Mehraufwand von 3,7 Mio. € betrifft den nicht indexierbaren Sachaufwand. Dieser unterliegt anderen Beurteilungskriterien und hat keine Bedeutung für Korrekturen indexierbarer Werte. Somit verbleibt eine Abweichung von -1,8 Mio. €, die Deutschlandradio wie folgt erläutert:

- eine Umschichtung vom nicht indexierbaren in den indexierbaren Sachaufwand: Für die GSEA „ARD-Hörfunksternpunkt“ in Frankfurt werden 2013 bis 2016 1,2 Mio. € umgeschichtet. Die Auswirkungen 2017 bis 2020 betragen +1,5 Mio. €;
- diverser Mehr- und Minderaufwand von -3,0 Mio. €. Davon werden rund 1,3 Mio. € als Einsparungen betrachtet und 1,7 Mio. € als zwar notwendige, aber in den Jahren 2013 und 2014 aus verschiedenen Gründen nicht getätigte Ausgabe.

**Tz. 256** Die Kommission erhöht den Ist-Wert im Basisjahr 2013 von 22,7 Mio. € um die berechnete Trendabweichung von 1,8 Mio. € auf 24,5 Mio. €. Die Kommission folgt damit den Ausführungen (vgl. Tz.

252) von Deutschlandradio zur Anhebung des Ist-Wertes im Basisjahr von 2,2 Mio. € nicht in vollem Umfang; denn Preiserhöhungen bei Gerätemieten werden im Rahmen der Fortschreibung berücksichtigt und für die Digitalisierung der Archive, die Gebäudereinigung und den Marketingaufwand wurde bereits im 19. Bericht eine Basiserhöhung in 2009 von 1,1 Mio. € vorgenommen und fortgeschrieben. Bei einer Fortschreibung des Startwerts von 24,5 Mio. € mit den aktualisierten Fortschreibungsraten (vgl. Tabelle 84 und Tz. 222) ergibt sich für 2017 bis 2020 ein Wert von 108,3 Mio. € (vgl. Tabelle 103).

#### 4.3.2 Nicht indexierbarer Sachaufwand

Tab. 106 Nicht indexierbarer Sachaufwand des Deutschlandradios – Anmeldung 20. Bericht

	Anmeldung DRadio 20. Bericht		Fortschreibung KEF
	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	20. Bericht
2013	24,0		24,0
2014	28,4	18,3	28,4
2015	24,9	-12,3	24,9
2016	24,6	-1,2	24,6
Summe 2013-2016	101,9		101,9
2017	27,3	11,0	27,3
2018	27,1	-0,7	27,1
2019	27,6	1,8	27,6
2020	28,3	2,5	28,3
Summe 2017-2020	110,3		110,3
o 2017-2020 p.a.	27,6		
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	8,4	8,2	
o p.a.		2,0	

Deutschlandradio meldet für 2017 bis 2020 einen nicht indexierbaren Sachaufwand von 110,3 Mio. € an. Gegenüber 2013 bis 2016 ist dies ein Mehraufwand von 8,4 Mio. €.

Tz. 257

Der Mehraufwand betrifft den Klangkörper ROC Berlin (+11,0 Mio. €) und die Prämien zur Altersvorsorge von (+4,1 Mio. €). Dem stehen Einsparungen von 1,5 Mio. € beim Beitragseinzug und von 5,2 Mio. € bei den Einmaleffekten gegenüber. Die Kommission erkennt die Anmeldung des Deutschlandradios für den nicht indexierbaren Sachaufwand daher in voller Höhe an.

Die Erläuterungen in Tabelle 105 zum Budgetabgleich zeigen, dass der nicht indexierbare Sachaufwand gegenüber dem 19. Bericht um 3,7 Mio. € gestiegen ist. Als wesentliche Ursache gibt Deutschlandradio eine *Rückstellung* im Zusammenhang mit der „Anschlussregelung Lebensarbeitszeit“ von 3,9 Mio. € an. Die Rückstellung für die „Abschlussregelung Lebensarbeitszeit“ ist als einmaliger Aufwand im nicht indexierbaren Sachaufwand 2014 ausgewiesen und wurde 2015 ausbezahlt.

Tz. 258

## Sachaufwand

## 4.3.3 Ableitung der Fortschreibung

**Tz. 259** Zusammengefasst ergibt die Fortschreibung von indexierbarem und nicht indexierbarem Sachaufwand für 2017 bis 2020 die Summe von 218,6 Mio. € (vgl. Tabelle 107).

**Tab. 107** Ableitung der Fortschreibung (in Mio. €)  
Anmeldung zum 20. Bericht

	Anmeldung	Fortschreibung KEF 20. Bericht		
	DRadio	indexierbar	nicht indexierbar	Summe Sachaufwand
2013	46,7	24,5	24,0	48,5
2014	51,4	24,9	28,4	53,3
2015	50,9	25,4	24,9	50,3
2016	51,2	25,8	24,6	50,4
Summe 2013-2016	200,2	100,6	101,9	202,5
2017	54,0	26,3	27,3	53,6
2018	53,9	26,8	27,1	53,9
2019	54,8	27,3	27,6	54,9
2020	55,9	27,9	28,3	56,2
Summe 2017-2020	218,6	108,3	110,3	218,6

**Tz. 260** Die Kommission erkennt die Anmeldung des Deutschlandradios 2017 bis 2020 von 218,6 Mio. € an. Die Anmeldung entspricht der von der Kommission ermittelten Obergrenze.



#### 4.4 ARTE

Bei ARTE erkennt die Kommission für 2017 bis 2020 den angemeldeten Sachaufwand von 39,0 Mio. € an, das sind jährlich 9,8 Mio. €. Der anerkannte Betrag für 2017 bis 2020 ist um 0,9 Mio. € niedriger als der Wert 2013 bis 2016. Das ist eine Minderung von 2,3 % oder jährlich 0,6 %.

Der von ARTE (nur ARTE Deutschland TV GmbH) angemeldete Sachaufwand besteht im Wesentlichen aus Aufwand für Programmbeobachtung, Öffentlichkeitsarbeit und sonstigem Kommunikationsaufwand, Aufwand für den Beitragseinzug, und sonstigem Geschäftsaufwand. Die Anmeldung von ARTE enthält weder Umschichtungen noch Hinzurechnungen oder Kürzungen beim Ist-Wert des Basisjahrs.

**Tab. 108 Sachaufwand ARTE**  
Anmeldung 20. Bericht und Fortschreibung durch die Kommission

	Anmeldung ARTE 20. Bericht		Fortschreibung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-)
	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Aufwand (in Mio. €)
<b>2013</b>	10,3		10,3		0,0
<b>2014</b>	10,0	-2,9	10,0	-2,9	0,0
<b>2015</b>	10,1	1,0	10,1	1,0	0,0
<b>2016</b>	9,5	-5,9	9,6	-5,0	0,1
<b>Summe 2013-2016</b>	<b>39,9</b>		<b>40,0</b>		<b>0,1</b>
<b>2017</b>	9,5	0,0	9,6	0,0	0,1
<b>2018</b>	9,7	2,1	9,8	2,1	0,1
<b>2019</b>	9,8	1,0	10,0	2,0	0,2
<b>2020</b>	10,0	2,0	10,2	2,0	0,2
<b>Summe 2017-2020</b>	<b>39,0</b>		<b>39,6</b>		<b>0,6</b>
<b>Ø 2017-2020 p.a.</b>	<b>9,8</b>		<b>9,9</b>		<b>0,1</b>
<b>Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016</b>	<b>-0,9</b>	<b>-2,3</b>	<b>-0,4</b>	<b>-1,0</b>	
<b>Ø p.a.</b>		<b>-0,6</b>		<b>-0,3</b>	

Die Prüfung und Fortschreibung des Sachaufwands durch die Kommission führt für 2017 bis 2020 zu einem Betrag von 39,6 Mio. €. Die Anmeldung von ARTE liegt mit 39,0 Mio. € um 0,6 Mio. € unter dieser Fortschreibung. Die Kommission erkennt die Anmeldung daher an. Die Kommission kommt zu diesem Ergebnis durch die Betrachtung von indexierbarem Sachaufwand und nicht indexierbarem Sachaufwand.

Tz. 261

Der indexierbare Sachaufwand beträgt 2013 bis 2016 18,4 Mio. € und 2017 bis 2020 19,6 Mio. €. Er erhöht sich damit um 1,2 Mio. €. Die von der Kommission ermittelte Obergrenze beträgt 20,2 Mio. €. Damit liegt die Anmeldung 2017 bis 2020 um 0,6 Mio. € darunter. Die Obergrenze ermittelt die Kommission, indem sie die Repräsentativität des Ist-Werts im Basisjahr 2013 (vgl. Tz. 231)

Tz. 262

## Sachaufwand

und die Einhaltung der Vorgaben der Kommission aus dem 19. Bericht überprüft (vgl. Tz. 232). Der Ist-Wert im Basisjahr ist repräsentativ. Auch der Budgetabgleich 2013 bis 2016 zwischen dem 19. und dem 20. Bericht zeigt, dass der angemeldete Sachaufwand von 39,9 Mio. € dem von der Kommission im 19. Bericht anerkannten Betrag entspricht.

**Tz. 263** Der nicht indexierbare Sachaufwand beträgt 2013 bis 2016 21,5 Mio. € und 2017 bis 2020 19,4 Mio. €. Er verringert sich damit um 2,1 Mio. €. Ursache ist der niedrigere Aufwand für den Beitragseinzug.

## 5. Investitionen

Die Kommission erkennt für 2017 bis 2020 Investitionen der Anstalten von insgesamt 2.528,3 Mio. € von angemeldeten 2.575,4 Mio. € an. Dies sind 47,1 Mio. € weniger als angemeldet wurden. Von dem anerkannten Bedarf entfallen auf die ARD 1.925,0 Mio. €, auf das ZDF 512,5 Mio. €, auf das Deutschlandradio 88,5 Mio. € und auf ARTE 2,3 Mio. €. Im Jahresdurchschnitt sind dies bei der ARD 481,2 Mio. €, beim ZDF 128,1 Mio. €, beim Deutschlandradio 22,1 Mio. € und bei ARTE 0,6 Mio. €.

Investitionen sind alle Sachinvestitionen im Bestandsbedarf und umfassen:

Tz. 264

- *Investitionsausgaben* (ohne Großinvestitionen mit einem Investitionsvolumen von mehr als 25 Mio. € und Barwerte für Leasinginvestitionen),
- Abschreibungen auf Großinvestitionen,
- Leasingraten,
- Instandhaltungsaufwand.

Sie werden finanzbedarfswirksam, soweit sie angemessen und nachhaltig erfolgen. Diese Voraussetzung ist erfüllt, wenn in der Planungsperiode die *Kappungsgrenze* nicht überschritten wird.

Die Kappungsgrenze in der Planungsperiode ermittelt die Kommission aus einer Beurteilung des Investitionsverhaltens der Rundfunkanstalten in der Vergangenheit. Hierfür werden Investitionen, Instandhaltungsaufwand und Abschreibungen in einem Referenzzeitraum von acht Jahren vor dem Basisjahr betrachtet. Für den 20. Bericht stellt 2013 das Basisjahr dar.

Das Verhältnis zwischen Investitionen und Abschreibungen (die Reinvestitionsquote) wird zur Bewertung nachhaltiger Substanzerhaltung als Beurteilungsmaßstab herangezogen. Unter gleichbleibenden Bedingungen müsste das Verhältnis bei rund 100 % liegen. Dazu kommt die Preissteigerung, so dass eine nachhaltige Reinvestitionsquote bei über 100 % läge. Aufgrund technischen Fortschritts können die Wiederbeschaffungskosten jedoch unter den historischen Anschaffungskosten liegen, so dass auch eine Reinvestitionsquote unter 100 % noch die Gewähr für eine nachhaltige Substanzerhaltung bieten kann. Letzteres gilt insbesondere dann, wenn die Entwicklung des Instandhaltungsaufwands ohne Auffälligkeiten verläuft.

Den ermittelten Wert für Investitionen und Instandhaltungsaufwand aus 2013 schreibt die Kommission für die Einzeljahre bis 2020 fort. Die Summe dieser fortgeschriebenen Investitionen und des Instandhaltungsaufwands für 2017 bis 2020 verkörpert die Kappungsgrenze.

Tz. 265

Für die Fortschreibungsprognose verwendet die Kommission als Fortschreibungsrate den BIP-Deflator. Der *BIP-Deflator* wird aus dem aktuellen Finanzplan des Bundes übernommen.

Die Kommission prüft die Anmeldungen der Rundfunkanstalten für die Investitionen und Instandhaltungen (s. Tabelle 109).

Tz. 266

## Investitionen

Tab. 109 Investitionen der Rundfunkanstalten (in Mio. €)

	ARD	ZDF	DRadio	ARTE	Anstalten gesamt
Investitionen 2013-2016	1.141,1	296,2	48,6	2,7	1.488,7
Investitionen 2017-2020	1.397,6	399,6	42,9	2,3	1.842,5
Instandhaltung 2013-2016	465,5	129,9	37,5	0,0	632,9
Instandhaltung 2017-2020	549,4	137,9	45,6	0,0	732,9
Gesamt 2013-2016	1.606,6	426,1	86,1	2,7	2.121,5
Gesamt 2017-2020	1.947,0	537,6	88,5	2,3	2.575,4
ø p.a. 2017-2020	486,8	134,4	22,1	0,6	643,9
Veränderung	340,4	111,5	2,4	-0,4	453,9
Veränderung in %	21,2	26,1	2,8	-14,8	21,4
Veränderung in % p.a.	4,9	6,0	0,7	-3,9	5,0

**Tz. 267** Für 2017 bis 2020 melden die Anstalten insgesamt einen Investitionsbedarf von 2.575,4 Mio. € an. Gegenüber den vorgelegten Zahlen für 2013 bis 2016 bedeutet dies einen Anstieg von 453,9 Mio. € oder 21,4 %, was einem jährlichen Zuwachs von 5,0 % entspricht. An dem angemeldeten Bedarf haben die Investitionen einen Anteil von 1.842,5 Mio. € sowie die Instandhaltungen einen Anteil von 732,9 Mio. €. Bedarfe für Investitionen und Instandhaltungen entfallen in Höhe von 1.947,0 Mio. € auf die ARD, von 537,6 Mio. € auf das ZDF, von 88,5 Mio. € auf das Deutschlandradio sowie 2,3 Mio. € auf ARTE. Die Veränderungsraten im Periodenvergleich betragen beim ZDF 26,1 % oder 6,0 % p.a., bei der ARD 21,2 % oder 4,9 % p.a., beim Deutschlandradio 2,8 % oder 0,7 % p.a. sowie bei ARTE -14,8 % oder -3,9 % p.a.

**Tz. 268** Zusammengefasst ergibt sich damit der in Tabelle 110 dargestellte Stand zu Anmeldungen und festgestelltem Bedarf der einzelnen Anstalten bei den Investitionen. Danach stellt die Kommission für die Anstalten insgesamt einen Finanzbedarf für 2017 bis 2020 von 2.528,3 Mio. € fest. Gegenüber der Anmeldung von 2.575,4 Mio. € entspricht dies einer Kürzung von 47,1 Mio. €. Davon entfallen 22,0 Mio. € auf die ARD und 25,1 Mio. € auf das ZDF. Für Deutschlandradio und ARTE wurden keine Kürzungen bei den Investitionen vorgenommen.

Tab. 110 Anmeldung der Anstalten und Feststellung der Kommission (in Mio. €)

	ARD	ZDF	DRadio	ARTE	Anstalten gesamt
Anmeldung	1.947,0	537,6	88,5	2,3	2.575,4
Feststellung	1.925,0	512,5	88,5	2,3	2.528,3
Mehr (+) Minder (-)	-22,0	-25,1	0,0	0,0	-47,1
festgestellt ø p.a. 2017-2020	481,2	128,1	22,1	0,6	

**Tz. 269** Die Reinvestitionsquoten der Anstalten im Referenzzeitraum ergeben sich aus Tabelle 111.

Tab. 111 Reinvestitionsquoten im Referenzzeitraum (in %)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Ø Investitionen / Ø Abschreibungen
ARD	98,8	92,9	92,4	90,3	82,5	85,6	82,0	78,0	87,8
ZDF	87,5	119,1	156,7	147,4	101,6	125,2	94,7	81,6	114,2
DRadio	141,3	114,6	137,6	189,0	175,0	82,2	93,1	98,8	129,0

Die ARD weist 2006 bis 2013 eine durchschnittliche Reinvestitionsquote von 87,8 % aus. Demgegenüber liegen die Reinvestitionsquoten des ZDF in Höhe von 114,2 % sowie von Deutschlandradio in Höhe von 129,0 % über der 100 %-Marke.

Tz. 270

Bereits im 19. Bericht wurde im Rahmen von Budgetabgleichen mit entsprechenden Ist-Zahlen festgestellt, dass die Anmeldungen bei allen Anstalten deutlich unterschritten wurden. Aktuelle Erhebungen bestätigen diesen Trend. Ursächlich waren interne Einsparvorgaben oder Verschiebungen und Streichungen von Investitionen. Ferner konnten Investitionszyklen durch eine längere Nutzung von Anlagegütern gestreckt werden. Die Kommission wird das tatsächliche Investitionsverhalten der Anstalten beobachten. Anhaltende Minderausnutzungen von genehmigten Investitionsvolumens lassen den Schluss zu, dass im Vergleich zu den jeweiligen Anmeldungen weniger Mittel erforderlich sind, was zu einer Absenkung der Kappungsgrenze führen würde.

Tz. 271

Bei ARTE werden die Investitionsausgaben in Höhe von 2,3 Mio. € aus Wesentlichkeitsgründen nicht gesondert betrachtet. Angabegemäß weist ARTE als signifikantes Anlagevermögen das Verwaltungsgebäude in Baden-Baden und dessen Ausstattung aus, in der Hauptsache EDV-Anlagen und Software. Bei den Investitionsausgaben handelt es sich regelmäßig um Software-Erweiterungskosten und Hardware-Ersatzbeschaffungen.

Tz. 272

## Investitionen

## 5.1 ARD

Bei der ARD erkennt die Kommission für 2017 bis 2020 Investitionen von 1.925,0 Mio. € an, das sind jährlich 481,2 Mio. €. Der anerkannte Betrag für 2017 bis 2020 liegt um 22,0 Mio. € unter der Anmeldung der ARD von 1.947,0 Mio. € und entspricht dem Betrag der Kappungsgrenze.

Tab. 112 Investitionen der ARD  
Anmeldung 20. Bericht und Feststellung durch die Kommission

	Anmeldung ARD 20. Bericht		Feststellung KEF 20. Bericht		Mehr (+) Minder (-) (in Mio. €)
	Investitionen (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Investitionen (in Mio. €)	Veränd. (in %)	
2013	338,1				
2014	364,3	7,8			
2015	461,1	26,6			
2016	443,1	-3,9			
Summe 2013-2016	1.606,6				
2017	478,9	8,1	468,8		-10,1
2018	470,9	-1,7	477,0	-1,7	6,1
2019	484,6	2,9	485,4	2,9	0,8
2020	512,6	5,8	493,8	5,8	-18,8
Summe 2017-2020	1.947,0		1.925,0		-22,0
Ø 2017-2020 p.a.	486,7		481,2		-5,5
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	340,4	21,2			
Ø p.a.		4,9			

**Tz. 273** Von dem für den 20. Bericht angemeldeten Bedarf an Investitionen und Instandhaltungsaufwand in Höhe von 1.947,0 Mio. € erkennt die Kommission 1.925,0 Mio. € oder 22,0 Mio. € weniger an.

**Tz. 274** Im Vergleich zu 2013 bis 2016 erhöhen sich die Investitionen der ARD 2017 bis 2020 um 340,4 Mio. €. Die Investitionen verzeichnen einen Anstieg um 256,5 Mio. € sowie die Instandhaltungen um 83,9 Mio. €. Die ARD macht geltend, dass aufgrund vergleichsweise moderater Anmeldungen in vorhergehenden Anmeldezeiträumen und der Minderausnutzung des Investitionsvolumens 2013 bis 2016 Investitionsstaus bei einzelnen Sendern der ARD entstanden seien, die nun abgearbeitet werden. Zu den betroffenen ARD-Anstalten zählen der BR, HR, SR, SWR und WDR.

**Tz. 275** Die Bauinvestitionen weiten sich 2017 bis 2020 um 351,4 Mio. € auf 481,9 Mio. € aus. Darunter sind Großinvestitionen in Höhe von 277,9 Mio. € enthalten. Der Großteil entfällt dabei auf den BR mit 197,5 Mio. € für den „trimedialen Neubaukomplex“ in Freimann, den NDR mit 29,9 Mio. € für den Kauf des bisherigen Leasingobjektes Landesfunkhaus Schwerin sowie den SWR mit 50,4 Mio. € für den Neubau in Baden-Baden. Ferner erwirbt der MDR bisher geleaste Landesfunkhäuser in Sachsen-

Anhalt (5,6 Mio. €), in Dresden (10,0 Mio. €), in Thüringen (10,5 Mio. €) sowie die Hörfunkzentrale in Halle (23,2 Mio. €) in einer Höhe von insgesamt 49,2 Mio. €. Korrespondierend hierzu wird der Sonderposten gemäß § 2 Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag a.F. vollständig aufgelöst.

In die Investitionen werden Großinvestitionen mit ihren Abschreibungen einbezogen. In den Investitionsausgaben für 2017 bis 2020 sind Abschreibungen auf Großvorhaben ab 25 Mio. € von 65,7 Mio. € enthalten. Die Abschreibungen betreffen, wie bereits im 19. Bericht, im Wesentlichen den HR mit 8,5 Mio. € (i.W. Hörfunkgebäude, Studio Kassel, Bertramshof), den MDR mit 18,0 Mio. € (i.W. Fernsehzentrale Leipzig), den NDR mit 12,4 Mio. € (i.W. Hörfunkkomplex Rothenbaum, Hamburg), den SWR mit 13,0 Mio. € (i.W. Neubau am Standort Stuttgart) und den WDR, mit 7,8 Mio. € (ARD-Hauptstadtstudio Berlin, Kauf der WDR-Arkaden Köln).

Einen Sonderfall stellt die Investition des WDR in die Sanierung des Filmhauses dar. Das im Jahr 1974 in der Kölner Innenstadt erbaute Filmhaus wird entgegen ursprünglicher Planungen nicht sukzessive teilsaniert, sondern in einem Zug in den Jahren 2017 bis 2020 grundsaniert und gleichzeitig modernisiert werden. Das insgesamt veranschlagte Investitionsvolumen von 130,0 Mio. € wird nur teilweise finanzbedarfwirksam. Der WDR plant, die Sanierung des Filmhauses in Höhe von 101,3 Mio. € durch Verwendung von Mitteln zu finanzieren, die durch eine bestehende Sanierungsrückstellung in mindestens gleicher Höhe gebunden sind. Dementsprechend wird diese Maßnahme nicht im Rahmen der angemeldeten Investitionen als Großinvestition erfasst. Wie im Kapitel 8, Tz. 486 zu den *Anrechenbaren Eigenmitteln* beschrieben, hatte der WDR die Instandhaltungsrückstellung über mehrere Perioden zunächst für geplante Teilsanierungen gebildet. Die Gesamtrückstellung widmet er nun im Hinblick auf die Finanzierung der Generalsanierung des Filmhauses um. Somit wird eine Finanzierung aus den Eigenmitteln ermöglicht. Zur weiteren Analyse der Entstehung und Entwicklung der Instandhaltungsrückstellung für Zwecke der Ermittlung der anrechenbaren Eigenmittel wird auf Kapitel 8, Tzn. 487 ff. verwiesen.

Tz. 276

Die weiteren mit dem Filmhaus in Zusammenhang stehenden Investitionen für eine Vielzahl produktionstechnischer Einrichtungen (z.B. Studios, Schnittplätze, etc.) sowie für Projektsteuerungsleistungen wurden in Höhe von 28,7 Mio. € unter den Investitionen angemeldet.

Die in den Investitionsausgaben enthaltenen Leasingraten belaufen sich auf eine Höhe von 70,0 Mio. €.

Tz. 277

Die technischen Investitionen belaufen sich 2017 bis 2020 auf einen Betrag von 796,9 Mio. € und liegen um 171,0 Mio. € oder 27,3 % über dem Investitionsbetrag der Jahre 2013 bis 2016. Die anderen Investitionen (Betriebs- und Geschäftsausstattung) machen in 2017 bis 2020 einen Betrag von 199,8 Mio. € aus und liegen um 37,4 Mio. € oder 23,0 % über dem Investitionsbetrag der Jahre 2013 bis 2016.

Zur Erhöhung des Instandhaltungsaufwands von 83,9 Mio. € haben Steigerungen beim SWR (+28,6 Mio. €) u.a. für größere Einzelmaßnahmen wie die Modernisierung der Hörfunkproduktion am Standort Stuttgart sowie Gebäudesanierung, beim RBB (+20,2 Mio. €) u.a. für Sanierungsmaßnahmen einschließlich Brandschutz sowie beim NDR (+11,7 Mio. €) beigetragen.

## Investitionen

Zur Beurteilung der nachhaltigen und angemessenen Anmeldung stellt die Kommission die angemeldeten Investitionen und Instandhaltungen der Kappungsgrenze gegenüber.

**Tab. 113 Investitionsausgaben, Instandhaltungen und Kappungsgrenze bei der ARD (in Mio. €)**

	Investitionen	davon Instandhaltung	Kappungsgrenze	Mehr (+) Minder (-)
2013	338,1	105,9	439,7	-101,6
2014	364,3	114,8	447,2	-82,9
2015	461,1	117,4	453,9	-7,2
2016	443,1	127,4	460,7	-17,6
<b>Summe 2013-2016</b>	<b>1.606,6</b>	<b>465,5</b>	<b>1.801,5</b>	<b>-194,9</b>
2017	478,9	132,7	468,8	10,0
2018	470,9	136,5	477,0	-6,1
2019	484,6	138,7	485,3	-0,7
2020	512,6	141,5	493,8	18,8
<b>Summe 2017-2020</b>	<b>1.947,0</b>	<b>549,4</b>	<b>1.925,0</b>	<b>22,0</b>

**Tz. 278** Die angemeldeten Investitionsausgaben von 1.947,0 Mio. € liegen für 2017 bis 2020 um 22,0 Mio. € über der Kappungsgrenze von 1.925,0 Mio. €. Demgegenüber wird für 2013 bis 2016 eine Unterschreitung der Kappungsgrenze um 194,9 Mio. € festgestellt. Die Unterschreitungen finden maßgeblich 2013 und 2014 statt. Hierzu liegen bereits Ist-Zahlen vor.

Die durchschnittliche Reinvestitionsquote zum Basisjahr 2013 beträgt 87,81 %. Das niedrige Niveau wird insbesondere durch Einsparmaßnahmen bei den Investitionen seit dem Jahr 2010 beeinflusst. Tatsächliche Inanspruchnahmen von Investitionen unterschreiten deutlich die angemeldeten Investitionen.

**Tab. 114 Investitionen der ARD (in Mio. €) – Budgetabgleich 2013 bis 2016**

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht anerkannt	Mehr (+) Minder (-)
2013	338,1	423,3	-85,2
2014	364,3	449,3	-85,0
2015	461,1	452,0	9,1
2016	443,1	457,0	-13,9
<b>Summe 2013-2016</b>	<b>1.606,6</b>	<b>1.781,6</b>	<b>-175,0</b>

**Tz. 279** Für 2013 bis 2016 unterschreiten die angemeldeten Investitionen den anerkannten Betrag um 175,0 Mio. €. Allein in den Jahren 2013 und 2014, für die Ist-Zahlen vorliegen, wurde ein Betrag von insgesamt 170,2 Mio. € nicht verwendet. Ursächlich waren nach Angaben der ARD insbesondere Einsparungen von Investitionen. Sie wurden vorgenommen, um Einnahmerisiken begegnen zu können, die sich aus damaliger Sicht aufgrund der Einführung des neuen Beitragsverfahrens ergaben.

Aus den Anmeldungen für 2017 bis 2020 und der Entwicklung des Instandhaltungsaufwands folgert die Kommission, dass die ARD bestandserhaltend investiert. Allerdings ist es erforderlich, dass die angemeldeten Investitionen auch tatsächlich getätigt werden. Die Kommission sieht keinen Anlass für eine Überschreitung der Kappungsgrenze in 2017 bis 2020 und kürzt daher die Anmeldung für Investitionen um 22 Mio. €.



## 5.2 ZDF

Beim ZDF erkennt die Kommission für 2017 bis 2020 Investitionen von 512,5 Mio. € an, das sind jährlich 128,1 Mio. €. Der anerkannte Betrag für 2017 bis 2020 liegt um 25,1 Mio. € unter der Anmeldung des ZDF von 537,6 Mio. €.

Tab. 115 Investitionen des ZDF – Anmeldung 20. Bericht und Feststellung durch die Kommission

	Anmeldung ZDF 20. Bericht		Feststellung ZDF 20. Bericht		Mehr (+) Minder (-) (in Mio. €)
	Investitionen (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Investitionen (in Mio. €)	Veränd. (in %)	
2013	91,8				
2014	86,7	-5,5			
2015	107,5	24,0			
2016	140,2	30,3			
Summe 2013-2016	426,2				
2017	140,8	0,5	134,7	27,9	
2018	133,3	-5,3	126,6	-6,1	-6,7
2019	136,3	2,3	128,9	1,9	-7,4
2020	127,2	-6,7	122,3	-5,1	-4,9
Summe 2017-2020	537,6		512,5		-25,1
Ø 2017-2020 p.a.	134,4		128,1		-6,3
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	111,4	26,2			
Ø p.a.		6,0			

Von dem für den 20. Bericht angemeldeten Bedarf an Investitionen und Instandhaltungen in Höhe von 537,6 Mio. € erkennt die Kommission 512,5 Mio. € oder 25,1 Mio. € weniger an.

Tz. 280

Im Vergleich zu den zum 20. Bericht gemeldeten Investitionen für 2013 bis 2016 erhöhen sich die Investitionen und Instandhaltungen 2017 bis 2020 um 111,4 Mio. € oder um 26,2 %. Der überwiegende Teil der Steigerung resultiert mit 103,4 Mio. € aus Investitionen. Der Instandhaltungsaufwand steigt um 8 Mio. €. Das ZDF begründet die Ausweitung der Investitionen mit weiter steigenden Bedarfen bei der Fernseh- und IT-Technik und einem Investitionsstau bei der Versorgungstechnik. Für Leasingaufwand gibt es 2017 bis 2020 keinen Ansatz.

Tz. 281

Investitionen in die Fernseh- und IT-Technik führt das ZDF maßgeblich vor dem Hintergrund des Wandels des ZDF zum volldigitalisierten Medienunternehmen durch. Die ZDF-Produktions- und IT-Landschaft wird umgestellt. Technische Projekte mit einem Vergabevolumen von mindestens 5 Mio. € sind 2017 bis 2020 für die Weiterentwicklung der Portale (7,2 Mio. €) und die Anpassung der Mediathek (7,4 Mio. €) sowie für die zwei Projekte „Medienmanagementsystem MINT, Digitales Produktionssystem Aktuell (DPA), Filetransfer“ für 2015 bis 2018 (11,8 Mio. €) sowie 2019 bis 2020 (5,0 Mio. €) geplant.

## Investitionen

**Tz. 282** In früheren Investitionsperioden hatte sich sowohl in der Produktionstechnik als auch in der Versorgungstechnik ein Investitionsstau gebildet. Der Investitionsstau bei der Produktionstechnik wurde im 16. Bericht in Höhe von 54,7 Mio. € als zusätzlich genehmigte Investitionsausgabe anerkannt und seitdem vollständig abgebaut. Ab 2017 plant das ZDF den notwendigen Ersatz der versorgungstechnischen Einrichtungen der Gebäude am Standort in Mainz sowie die Durchführung von Brandschutzmaßnahmen.

**Tz. 283** Die für 2017 bis 2020 angemeldeten Investitionen für Brandschutzmaßnahmen belaufen sich auf ein Gesamtvolumen von 83,6 Mio. €. Sie betreffen am Standort in Mainz das Hochhaus (20,6 Mio. €), das Kasino-Gebäude (18,4 Mio. €), das Sendebetriebsgebäude (41,9 Mio. €) und die übrigen Gebäude des Sendezentrums 1 (2,0 Mio. €) sowie das Landesstudio Bayern (0,4 Mio. €). Die Maßnahmen befinden sich derzeit in der Projektierungsphase. Für die Zeit nach 2020 werden voraussichtlich weitere Maßnahmen in Höhe von 63,0 Mio. € erforderlich werden.

**Tz. 284** Bei den Investitionen werden ferner erstmalig erhöhte erforderliche Aktivierungen von internen Planungskosten in Höhe von 13,8 Mio. € berücksichtigt. Ihnen stehen zusätzliche Erträge für aktivierte Eigenleistungen in gleicher Höhe gegenüber. Aus der Korrektur der Investitionen resultiert insofern kein zusätzlicher Finanzbedarf für das ZDF. Die Investitionsausgaben enthalten 2017 bis 2020 unverändert die Abschreibungen für Großinvestitionen (Hauptstadtstudio) von jährlich 3,15 Mio. €. Neue Großinvestitionen sind in diesem Zeitraum nicht geplant.

**Tab. 116 Investitionsausgaben, Instandhaltungen und Kappungsgrenze beim ZDF (in Mio. €)**

	Investitionen	davon Instandhaltung	Kappungsgrenze	Mehr (+) Minder (-)
2013	91,8	31,8	100,5	-8,7
2014	86,7	31,1	102,2	-15,5
2015	107,5	34,1	103,7	3,8
2016	140,2	33,0	105,3	34,9
Summe 2013-2016	426,2	130,0	411,7	14,5
2017	140,8	33,6	107,1	33,7
2018	133,3	34,2	109,0	24,3
2019	136,3	34,8	110,9	25,4
2020	127,2	35,4	112,8	14,4
Summe 2017-2020	537,6	138,0	439,8	97,8

**Tz. 285** Die angemeldeten Investitionsausgaben von 537,6 Mio. € liegen um 97,8 Mio. € über der Kappungsgrenze von 439,8 Mio. €. Das ZDF begründet diesen Ansatz im Wesentlichen mit Brandschutzmaßnahmen von 83,6 Mio. € sowie mit einer Korrektur der Planungsleistungen von 13,8 Mio. €.

**Tz. 286** Die Kommission kann nachvollziehen, dass beide Beträge außerhalb der Kappungsgrenze anfallen. Bei der Korrektur der Planungsleistungen handelt es sich um eine technische Korrektur, die unter Berücksichtigung der Erträge aus aktivierten Eigenleistungen nicht zu einer Erhöhung des Finanzbedarfs führt. Die Brandschutzmaßnahmen resultieren aus einem Investitionsstau, der zeitnah abzubauen ist. Allerdings hält die Kommission nach Rücksprache mit dem Projektleiter mit Blick auf

den zeitlichen Anfall der Investitionsausgaben einen Ansatz von 70 % des angemeldeten Betrags oder 58,5 Mio. € für 2017 bis 2020 für angemessen.

Die durchschnittliche Reinvestitionsquote zum Basisjahr 2013 liegt mit 114,2 % über der 100 %-Marke. Hierin spiegeln sich hohe Investitionen im Produktionsbereich wider, die vornehmlich 2007 bis 2011 im Zuge des Abbaus des Investitionsstaus erfolgten. Demgegenüber wurden die Investitionsaktivitäten des ZDF in den Jahren 2012 und 2013 deutlich reduziert.

**Tab. 117 Investitionen des ZDF (in Mio. €)**  
**Budgetabgleich 2013 bis 2016**

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht anerkannt	Mehr (+) Minder (-)
2013	91,8	95,4	-3,6
2014	86,7	97,5	-10,8
2015	107,5	106,3	1,2
2016	140,2	102,1	38,1
Summe 2013-2016	426,2	401,3	24,9

In 2013 bis 2016 überschreiten die im 20. Bericht angemeldeten Investitionen die im 19. Bericht anerkannten Investitionen insgesamt um 24,9 Mio. €. Dabei zeigt sich, dass in den Jahren 2013 und 2014, für die Ist-Zahlen vorliegen, deutliche Unterschreitungen in Höhe von 14,4 Mio. € gegeben sind. Sie wurden wie bei den anderen Anstalten damit begründet, Einnahmerisiken begegnen zu können, die sich aus damaliger Sicht aus der Umstellung zum Beitragsmodell ergaben. Demgegenüber wird insbesondere für das Jahr 2016, für das eine Planzahl angegeben wird, eine deutliche Überschreitung des anerkannten Investitionsvolumens von 38,1 Mio. € ausgewiesen. Sie dient der notwendigen Beseitigung eines Investitionsstaus und bezieht sich im Wesentlichen auf den Bereich der Produktionsdirektion.

Tz. 287

Aus dem bisherigen Investitionsverhalten, den Anmeldungen für 2017 bis 2020 und der Entwicklung des Instandhaltungsaufwands folgert die Kommission, dass das ZDF bestandserhaltend investiert. Die Kommission hat von der Anmeldung des ZDF einen Abzug in Höhe von 25,1 Mio. € vorgenommen.

## Investitionen

## 5.3 Deutschlandradio

Beim Deutschlandradio erkennt die Kommission für 2017 bis 2020 Investitionen von 88,5 Mio. € an, das sind jährlich 22,1 Mio. €. Der anerkannte Betrag weicht nicht von dem angemeldeten Betrag ab.

**Tab. 118 Investitionen des Deutschlandradios**  
Anmeldung 20. Bericht und Feststellung durch die Kommission

	Anmeldung DRadio 20. Bericht		Feststellung KEF 20. Bericht		Mehr (+) Minder (-)  (in Mio. €)
	Investitionen (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Investitionen (in Mio. €)	Veränd. (in %)	
<b>2013</b>	17,1				
<b>2014</b>	15,9	-7,1			
<b>2015</b>	26,8	68,7			
<b>2016</b>	26,3	-2,0			
<b>Summe 2013-2016</b>	<b>86,1</b>				
<b>2017</b>	24,3	-7,6	24,3		0,0
<b>2018</b>	24,5	0,9	24,5	0,8	0,0
<b>2019</b>	20,5	-16,2	20,5	-16,3	0,0
<b>2020</b>	19,2	-6,5	19,2	-6,3	0,0
<b>Summe 2017-2020</b>	<b>88,5</b>		<b>88,5</b>		<b>0,0</b>
<b>Ø 2017-2020 p.a.</b>	<b>22,1</b>		<b>22,1</b>		<b>0,0</b>
<b>Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016</b>	<b>2,4</b>	<b>2,8</b>			
<b>Ø p.a.</b>		<b>0,7</b>			

**Tz. 288** Die Kommission erkennt den angemeldeten Betrag in Höhe von 88,5 Mio. € an.

**Tz. 289** Im Vergleich zu 2013 bis 2016 erhöhen sich die Investitionen und der Instandhaltungsaufwand in 2017 bis 2020 um 2,4 Mio. €. Während sich die Investitionen um 5,7 Mio. € auf 42,9 Mio. € verringern, steigen die Instandhaltungsausgaben um 8,1 Mio. € auf 45,6 Mio. €. Großinvestitionen oder Investitionen mit einem Gesamtbetrag von mehr als 25 Mio. € werden nicht durchgeführt.

Der Instandhaltungsaufwand beinhaltet mit 38,3 Mio. € jährlich wiederkehrenden Aufwand für Informations- und Systemtechnik, Studioteknik und Programmverbreitung (Anstieg gegenüber 2013 bis 2016 +3,2 Mio. €) sowie für Infrastruktur und Anlagentechnik (Anstieg gegenüber 2013 bis 2016 +1,3 Mio. €). Größere Generalreparaturen betreffen mit 7,2 Mio. € die Infrastruktur und Anlagentechnik.

**Tab. 119 Investitionsausgaben, Instandhaltungen und Kappungsgrenze beim Deutschlandradio**  
(in Mio. €)

	Investitionen	davon Instandhaltung	Kappungsgrenze	Mehr (+) Minder (-)
2013	17,1	7,6	20,5	-3,4
2014	15,9	8	20,9	-5,0
2015	26,8	9,6	21,2	5,6
2016	26,3	12,4	21,5	4,8
Summe 2013-2016	86,1	37,6	84,1	2,0
2017	24,3	11,8	21,9	2,4
2018	24,5	11,1	22,2	2,3
2019	20,5	12,0	22,6	-2,1
2020	19,2	10,8	23,0	-3,8
Summe 2017-2020	88,5	45,7	89,7	-1,2

Die angemeldeten Investitionsausgaben von 88,5 Mio. € liegen um 1,2 Mio. € unter der Kappungsgrenze von 89,7 Mio. €.

Tz. 290

Die durchschnittliche Reinvestitionsquote zum Basisjahr 2013 beträgt 129,0 %. Dieser vergleichsweise hohe Wert ergab sich bis zum Jahr 2010 im Wesentlichen aus Gebäudeinvestitionen für Brandschutz und Asbestsanierung in Köln sowie aus dem Erwerb von jeweils einem ursprünglich angemieteten Grundstück und Gebäude in Berlin. Seit dem Jahr 2011 liegt die Reinvestitionsquote unterhalb der 100 %-Marke. Dies ist wesentlich durch verschobene Investitionen verursacht.

Tz. 291

**Tab. 120 Investitionen des Deutschlandradios (in Mio. €) – Budgetabgleich 2013 bis 2016**

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht anerkannt	Mehr (+) Minder (-)
2013	17,1	26,6	-9,5
2014	15,9	20,3	-4,4
2015	26,8	21,3	5,5
2016	26,3	22,5	3,8
Summe 2013-2016	86,1	90,7	-4,6

Für 2013 bis 2016 unterschreiten die angemeldeten Investitionen die anerkannten Investitionen um insgesamt 4,6 Mio. €. Auffällig sind deutliche Unterschreitungen in Höhe von insgesamt 13,9 Mio. € in den Jahren 2013 und 2014, für die Ist-Zahlen vorliegen. Wie bei den anderen Rundfunkanstalten werden die Unterschreitungen in diesen Jahren mit einer deutlichen Zurückhaltung bei der Investitionstätigkeit begründet, um aus damaliger Sicht gegebenenfalls bestehenden Einnahmerisiken aus der Umstellung zum Beitragsmodell begegnen zu können. Die deutliche Überschreitung des anerkannten Investitionsvolumens in 2015 und 2016 in Höhe von 9,3 Mio. € wird mit Mehrausgaben in Verbindung mit einer Veränderung bzw. Verzögerung des Studiokonzeptes Funkhaus Köln und Berlin sowie mit erhöhten Ausgaben für Instandhaltungen, u.a. für die Dachsanierung des Funkhaus-Hauptgebäudes, begründet.

Tz. 292

Aus dem bisherigen Investitionsverhalten, den Anmeldungen für 2017 bis 2020 und der Entwicklung des Instandhaltungsaufwands folgert die Kommission, dass das Deutschlandradio bestandser-

Tz. 293

---

Investitionen

haltend investiert. Allerdings ist es erforderlich, dass die angemeldeten Investitionen auch tatsächlich getätigt werden.

## 6. Verstärkungsmittel

Die ARD-Anstalten haben für allgemeine Verstärkungsmittel 17,6 Mio. € ausgewiesen. Diesen Finanzbedarf erkennt die Kommission nicht an.

ZDF, Deutschlandradio und ARTE weisen in ihren Haushalts- und Wirtschaftsplänen keine allgemeinen Verstärkungsmittel aus.

Die Rundfunkanstalten machen in ihren *Mittelfristigen Finanzbedarfsplanungen* auf unterschiedlichste Art und Weise für Positionen, die sie z.B. als „Verstärkungsmittel“, „Verfügungsmittel“ oder „Deckungsreserven“ bezeichnen, *Finanzbedarf* geltend. Diese Positionen untersucht die Kommission unter dem Sammelbegriff „Verstärkungsmittel“.

Tz. 294

In den Ertrags- und Aufwandsvorschauen ausgewiesene allgemeine Verstärkungsmittel werden nicht als Finanzbedarf anerkannt. Dabei geht die Kommission davon aus, dass Planungsrisiken bei bestimmten Vorhaben und Maßnahmen in der Unschärfe von Planzahlen bereits ausreichend berücksichtigt sind.

Tz. 295

Entsprechend dem mit den Rundfunkanstalten vereinbarten Verfahren (vgl. 13. Bericht, Tz. 154) untersucht die Kommission die Verstärkungsmittel gesondert, soweit diese nicht anderem Aufwand konkret zugeordnet sind. Dazu weisen die Rundfunkanstalten die Zuordnung dieser Mittelansätze in ihren Planungen jeweils offen aus.

Grundlage für die Prüfung durch die Kommission sind die Anmeldungen und die Haushalts- und Wirtschaftspläne der Anstalten.

**Tab. 121 Allgemeine Verstärkungsmittel der Anstalten für 2015 bis 2020 (in Mio. €)**

ARD	ZDF	DRadio	ARTE	Anstalten gesamt
17,6	-	-	-	17,6

---

**Verstärkungsmittel**



## **Entwicklungsbedarf/Projekte**

Die Kommission erkennt bei der ARD für die Entwicklungsprojekte „Digitaler Hörfunk“ (89,4 Mio. €) und „DVB-T2“ (31 Mio. €) für 2017 bis 2020 einen *Finanzbedarf* von insgesamt 120,4 Mio. € an. Das Entwicklungsprojekt „Bestandssicherung audiovisuelles Erbe“ wird nicht anerkannt. Gegenüber den Anmeldungen entspricht dies einer Kürzung um 181,1 Mio. €. Beim Deutschlandradio erkennt die Kommission für das Entwicklungsprojekt „Digitaler Hörfunk (DAB+)“ 63,6 Mio. € an. Dies entspricht einer Kürzung um 10,1 Mio. €.

ARTE und ZDF haben für 2017 bis 2020 keine neuen Entwicklungsprojekte angemeldet.

**Tz. 296** Im *Rundfunkstaatsvertrag* ist die Teilhabe der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten an den innovatorischen Entwicklungen im Rundfunkbereich verankert. Daher können über die Bestandsfortschreibung hinausgehende Mittel benötigt werden, um Maßnahmen und Projekte durchzuführen, welche die Wettbewerbsfähigkeit der Anstalten sichern. Bei Projekten im Rahmen der Ermittlung des Entwicklungsbedarfs handelt es sich um Innovationen in den Bereichen Programm, Bau, Technik, die über Ersatzmaßnahmen zur Aufrechterhaltung des bisherigen Bestandes hinausgehen. Projekte sind neue Vorhaben, die sich grundsätzlich von den bisher wahrgenommenen Maßnahmen unterscheiden und deshalb als Innovation bezeichnet werden können. Sie sind jeweils durch die Einmaligkeit der Bedingungen in ihrer Gesamtheit gekennzeichnet. Der Entwicklungsbedarf wird mit Hilfe der Projektberechnungsmethode festgestellt. Sie besteht aus zwei Teilen, der Projektdefinition und dem Checklisten-Verfahren. Während die Projektdefinition Kriterien für die Abgrenzung von „Bestand“ und „Entwicklung“ liefert, stellt das Checklisten-Verfahren quantitative und qualitative Informationen zur Beschaffenheit von Projekten zur Verfügung.

**Tab. 122 Entwicklungsbedarf (in Mio. €)**  
**Anmeldungen der Rundfunkanstalten zum 20. Bericht**

	ARD	ZDF	DRadio	ARTE	Anstalten gesamt
2013-2016	255,6	42,6	30,1	0,0	328,2
2017-2020	301,5	0,0	73,7	0,0	375,2
o p.a. 2017-2020	75,4	0,0	18,4	0,0	93,8
Veränderung in Mio. €	45,9	-42,6	43,6	0,0	47,0
Veränderung in %	18,0	-100,0	144,9	0,0	14,3
Veränderung in % p.a.	4,2	-100,0	25,1	0,0	3,4

In ihrem 16. Bericht hatte die Kommission Finanzbedarf für die von ARD, ZDF und ARTE angemeldeten Entwicklungsprojekte „HDTV“ anerkannt. Das ARTE-Projekt war bereits zum Jahresende 2012 in den Bestand überführt worden. Mit den Anmeldungen zum 20. Bericht teilen ARD und ZDF mit, dass die ihnen zugeordneten Entwicklungsprojekte per Ende 2016 bei Unterschreitung des im 19. Bericht anerkannten Finanzbedarfs in den Bestand überführt werden.

Weder das ZDF noch ARTE haben zum 20. Bericht neue Entwicklungsprojekte angemeldet.

## 1. Digitaler Hörfunk – Projektanmeldungen der ARD und des Deutschlandradios

Für das Entwicklungsprojekt Digitaler Hörfunk (DAB+) erkennt die Kommission bei der ARD einen Finanzbedarf von 89,4 Mio. € und beim Deutschlandradio von 63,6 Mio. € an. Sie reduziert den angemeldeten Bedarf um 33,3 Mio. € (ARD) bzw. 10,1 Mio. € (Deutschlandradio). Die Kommission stellt fest:

- Es ist nicht wirtschaftlich, zwei Verbreitungswege für den Hörfunk über die von ARD und Deutschlandradio geplante Zeitdauer parallel zu betreiben.
- Der Umstieg auf das im Vergleich zu UKW kostengünstigere DAB+ kann nicht gelingen, wenn es nicht zu klaren Festlegungen von Bundesregierung, Bundestag und Ländern zu DAB+ kommt und ein realistischer Abschaltzeitpunkt für UKW beschlossen wird.

Für die Einführung einer digitalen Übertragung von Hörfunkprogrammen von ARD und Deutschlandradio über terrestrische Sender hatte die Kommission erstmalig in ihrem 10. Bericht einen Finanzbedarf von 176,3 Mio. DM anerkannt. Das Entwicklungsprojekt DAB startete 1997 und verlief erfolglos. Ab 2009 wurde das Entwicklungsprojekt Digitaler Hörfunk (DAB+) gestartet. Die Kommission schätzt die Kosten des Projektes für den Fall, dass es nach einer Abschaltung von UKW zum Jahresende 2025 in den Bestand überführt werden kann, bei der ARD auf 349 Mio. € und beim Deutschlandradio auf 235,4 Mio. €.

Tz. 297

Die Kommission hatte in ihrem 19. Bericht für die ARD für 2013 bis 2016 einen Finanzbedarf von 34,0 Mio. € anerkannt. Darin enthalten waren 32,0 Mio. € für den Betrieb der DAB+-Sendernetze und 2,0 Mio. € für Marketing.

Für das Deutschlandradio wurde im 19. Bericht ein Finanzbedarf von maximal 27,2 Mio. € anerkannt, darin enthalten waren 2,0 Mio. € für Marketing.

In ihrem 19. Bericht hatte die Kommission erklärt (Tz. 253): „Mit den Anmeldungen zum 20. Bericht erwartet sie nun allerdings endgültig die Vorlage eines Gesamtprojekt-Antrages einschließlich der Nennung der Kosten für die Einführung von DAB+. Sie erwartet Aussagen zur Dauer des *Simulcast* – also der Parallelausstrahlung von DAB+ und UKW – und die Angabe eines Abschalttermins für die UKW-Sender“. Im Rahmen eines Workshops mit den Rundfunkanstalten im Frühjahr 2014 modifizierte sie diese Forderung in dem Sinne, dass mit den Anmeldungen zum 20. Bericht eine Gesamtsumme für das Entwicklungsprojekt unter Berücksichtigung möglicher Szenarien für eine Terminierung der UKW-Abschaltung sowie Kriterien genannt werden sollten, die für eine derartige Abschaltung erfüllt werden müssen.

Tz. 298

Die ARD benennt in ihrer umfangreichen und mit mehreren Stellungnahmen und Gutachten angereicherten Anmeldung mögliche Szenarien für eine UKW-Abschaltung (nach 2025 bzw. nach 2028)

Tz. 299

und legt konkrete Planungen für den Ausbau der Sendernetze dar. Allerdings fehlt eine Aussage zu den Gesamtkosten. Es fehlt ferner eine Aussage über die DAB+-Nutzung, die zum Zeitpunkt einer möglichen UKW-Abschaltung erreicht sein muss. Auf Nachfrage erklärt die ARD unter anderem: „Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist eine quantifizierte Prognose der zeitlichen Entwicklung der DAB+-Endgeräteverfügbarkeit in den Haushalten und deren Nutzung nicht seriös möglich“.

- Tz. 300** Mit den Anmeldungen zum 20. Bericht nennt die ARD das Ziel, im Zeitraum zwischen 2018 und 2020 eine flächendeckende Versorgung von 95 % der Bevölkerung zu erreichen. Sie benennt für 2017 bis 2020 einen Finanzbedarf in Höhe von 122,7 Mio. €. Im Vergleich zu dem im 19. Bericht anerkannten Bedarf entspricht das einer Steigerung um 264 %.
- Tz. 301** Für den Fall einer Abschaltung der UKW-Verbreitung Ende 2025 und damit der Beendigung des Entwicklungsprojektes Digitaler Hörfunk zu diesem Zeitpunkt nennt die ARD keinen Gesamtbedarf. Eine Hochrechnung der Kommission auf der Basis von Angaben der ARD führt zu einem Bedarf für das Entwicklungsprojekt in Höhe von 349,0 Mio. €. Sollte eine Weiterführung des Projektes bis 2028 erforderlich sein, würde sich dieser Betrag auf vermutlich 445 Mio. € erhöhen.
- Tz. 302** Das Deutschlandradio erfüllt die von der Kommission in ihrem 19. Bericht formulierten Vorgaben mit seiner Anmeldung insofern, als es klare Aussagen zu den Ausbauplanungen macht. Es benennt das Jahr 2025, nach dem sukzessive UKW-Sender abgeschaltet werden sollen. Vorher sollen bereits einzelne leistungsschwache Sender außer Betrieb genommen werden. Die Gesamtkosten des Entwicklungsprojektes sollen sich (bis 2025) auf 235,4 Mio. € belaufen.
- Tz. 303** Das Deutschlandradio macht – wie die ARD – keine Angabe darüber, wie groß der Anteil der Hörerinnen und Hörer sein muss, damit die Beendigung des Entwicklungsprojektes 2025 möglich ist und in welchen Schritten die Nutzungszahlen bis zum Beendigungstermin gesteigert werden können. Damit fehlt auch hier in der Anmeldung ein entscheidendes Kriterium für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit des Entwicklungsprojektes.
- Tz. 304** Mit den Anmeldungen zum 20. Bericht erläutert das Deutschlandradio, dass 2013 bis 2016 30,2 Mio. € eingesetzt werden. 2017 bis 2020 sollen für das Entwicklungsprojekt 73,7 Mio. € verwendet werden. Das entspricht im Vergleich zu dem im 19. Bericht anerkannten Bedarf von 27,2 Mio. € einer Steigerung um 171 %. In diesem Betrag ist für Marketingaufwand 4,0 Mio. € enthalten. Die Kosten der UKW-Ausstrahlung im selben Zeitraum sollen 66,5 Mio. € (inklusive Leitungs- und *Hoheitskosten*) betragen. Der Gesamtaufwand für die terrestrische Übertragung der drei Hörfunkprogramme liegt damit bei 136,2 Mio. €.
- Tz. 305** Der Digitalisierungsbericht 2015 der *Landesmedienanstalten* stellt fest, dass in 10 % der Haushalte mindestens ein DAB+-Empfänger vorhanden ist (6,4 Mio. Geräte). Insgesamt existieren aber 194 Mio. Hörfunkempfänger. Die Verbraucher- und Marktstudie 2016, die u.a. von ARD-Werbung Sales Services in Auftrag gegeben wurde, nennt sogar eine noch deutlich geringere Zahl von DAB+-Haushalten. Per Jahresmitte 2015 gibt es wohl keinen Automobil-Hersteller, der in Deutschland einen DAB+-Empfänger als Serienausstattung anbietet (infoDigital vom 17. August 2015). Von 2013 bis 2014 ist die Zahl der DAB+-Empfänger laut Digitalisierungsbericht um 67 % gewachsen, von 2014

bis 2015 nur noch um 33 %. Diese Zahlen sind allerdings nur bedingt geeignet, die tatsächliche Nutzung von DAB+ zu beurteilen, da es kein zwischen allen Marktpartnern abgestimmtes Verfahren zur Ermittlung dieser Nutzung gibt.

Die Kommission erkennt an, dass es in der jüngsten Vergangenheit Entwicklungen gegeben hat, die in die richtige Richtung zeigen. Die ARD hat im November 2014 auf Basis des Berichtes einer Arbeitsgruppe unter Leitung der Intendantin des MDR eine gemeinsame Position zu DAB+ beschlossen. Nach Aussage des ARD-Vorsitzenden gilt: „Die Simulcastphase, also die gleichzeitige Radioverbreitung über UKW und DAB+, soll so lange wie nötig und so kostengünstig wie möglich gehalten werden.“ Unter der Leitung der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur ist im Juni 2015 erstmalig das „Digitalradio-Board“ zusammengetreten, in dem alle relevanten Partner einen Weg zur Einführung von DAB+ erarbeiten wollen.

Tz. 306

Die Einführung des Digitalen Hörfunks hat für das Deutschlandradio einen besonders hohen Stellenwert. Gemäß den Vorgaben der Kommission wurden die KW-, LW- und MW-Sender außer Betrieb genommen. Deren Nutzungszahlen waren allerdings auch bereits nicht mehr messbar. Die terrestrische Verbreitung der drei Programme des Deutschlandradios erfolgt daher ausschließlich über das lückenhafte UKW-Sendernetz. Mit DAB+ erreicht das Deutschlandradio nach eigenen Angaben zum Zeitpunkt der Anmeldung zum 20. Bericht bereits 60,1 % der Hörerinnen und Hörer in der Empfangssituation „portabel indoor“ und Empfangsgeräte im Fahrzeug auf 60,1 % der Fläche. Zwischen 2018 und 2020 sollen mindestens 95 % der Fläche erreicht werden. Vertraglich hat das Deutschlandradio für 2017 bis 2020 mit dem Sendernetzbetreiber Media Broadcast GmbH bereits Verbreitungs-Verträge im Umfang von 55,3 Mio. € vereinbart.

Tz. 307

Die Betrachtung der Entwicklungsperspektiven des privaten Rundfunks gehört nicht zu den Aufgaben der Kommission. Dennoch ist sie sich der Tatsache bewusst, dass ein Erfolg von DAB+ bei den Hörerinnen und Hörern nur erreichbar ist, wenn auch die privaten Programmanbieter den Weg zur Einführung mitgehen. Bekannte Herausforderungen liegen hier u.a. in der Finanzierung des Simulcast von UKW und DAB+, in der Bereitstellung von Ressourcen für lokale Programmanbieter und in der technischen Unterstützung der Auseinanderschaltung von DAB+-Netzen in lokale Sendegebiete.

Tz. 308

Es ist die Aufgabe der Kommission, den Finanzbedarf der Rundfunkanstalten anhand der Maßstäbe von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu überprüfen. Entscheidungen über die Anerkennung oder Nicht-Anerkennung von Finanzbedarfen haben regelmäßig aber auch eine rundfunkpolitische Dimension, wie am Beispiel der Abschaltung der Lang- und Mittelwellensender deutlich wird, die von der Kommission gefordert und von ARD und Deutschlandradio umgesetzt wurde. Auch die Entscheidung über den Finanzbedarf für den Digitalen Hörfunk hat eine rundfunkpolitische Dimension. Hierbei liegt das eigentliche Problem aus der Sicht der Kommission in der Problematik der unabsehbaren Dauer des „Simulcast“, also der Parallelnutzung von UKW und DAB+. Es ist nicht wirtschaftlich, zwei Verbreitungswege für den Hörfunk über die von ARD und Deutschlandradio geplante Zeitdauer parallel zu betreiben.

Tz. 309

Die Kommission steht im Rahmen der Bearbeitung des 20. Berichtes erneut vor dem Problem, dass Organisationen, die in der Verantwortung für die zukünftige Gestaltung der Hörfunklandschaft

Tz. 310

in Deutschland stehen, keine klaren Rahmenbedingungen für die Einführung von DAB+ und die spätere Beendigung eines Simulcast geschaffen haben. Sie muss Entscheidungen treffen, mit denen sie eine Verantwortung übernimmt, die andere, insbesondere die Politik, private und öffentliche Rundfunkanbieter und die Rundfunknetzbetreiber tragen müssten. Das „Digitalradio-Board“ konnte bisher keine Ergebnisse vorlegen und daher muss die Kommission auch in ihrem 20. Bericht eine Entscheidung treffen, ohne dass sie davon ausgehen kann, dass diese mit einem deutschlandweit abgestimmten Vorgehen harmonisiert. Sowohl die Entscheidungen der Kommission zu den Finanzbedarfen für die Einführung von DVB-T wie auch für die Einführung von DVB-T2 zeigen, dass ein abgestimmtes Vorgehen möglich ist. Der Umstieg auf das im Vergleich zu UKW kostengünstigere DAB+ kann nicht gelingen, wenn es nicht zu klaren Festlegungen von Bundesregierung, Bundestag und Ländern zu DAB+ kommt und ein realistischer Abschaltzeitpunkt für UKW beschlossen wird. Gleichzeitig müssen politische Entscheidungen getroffen werden, die verhindern, dass das Duale System aus öffentlich-rechtlichen und privaten Programmanbietern in eine Schieflage gerät. Hier eine Lösung zu finden, ist Aufgabe von Bund und Ländern.

**Tz. 311** Eine Entscheidung für oder gegen eine Anerkennung des Finanzbedarfes des von der ARD angemeldeten Entwicklungsprojektes „Digitaler Hörfunk“ muss die Thematik „Simulcast“ in den Mittelpunkt stellen und daher sowohl die Kosten der Hörfunk-Verbreitung über UKW wie auch über DAB+ berücksichtigen. Bewusst außer Betracht gelassen wird hier die Tatsache, dass Hörfunkprogramme auch über Festnetz-Internet, Mobilfunknetze, TV-Kabel und Satellit empfangen werden können. Betrachtet man beispielsweise das letzte Jahr der kommenden *Beitragsperiode*, also das Jahr 2020, so belaufen sich die von der ARD angemeldeten Kosten für die terrestrische Verbreitung der Hörfunkprogramme auf 57 Mio. € für UKW und 36 Mio. € für DAB+ (zuzüglich 1,2 Mio. € für Marketing-Aufwand - 4,8 Mio. € in der Periode, die in die folgende Betrachtung nicht einbezogen werden), in Summe also 93 Mio. €. Unter Berücksichtigung einer von der ARD für die UKW-Verbreitung benannten Kostensteigerung von 1,6 % pro anno errechnen sich für 2017 bis 2020 UKW-Verbreitungskosten von 222,7 Mio. €. Zusammen mit dem für das Entwicklungsprojekt Digitaler Hörfunk genannten Betrag (122,7 Mio. €) resultiert ein Aufwand für die terrestrische Programmverbreitung von 345,4 Mio. €.

**Tz. 312** Unter der Annahme, dass es in Anbetracht der zahlreichen noch ausstehenden Entscheidungen (vgl. Tz. 310) nicht gelingt, die UKW-Verbreitung vor Ende 2028 einzustellen, verbleiben ab 2029 nur noch die Verbreitungskosten für DAB+. Nach einer Schätzung der ARD werden sich diese im Jahr 2029 auf 51,8 Mio. € belaufen. Unter der Annahme einer jährlichen Kostensteigerung von 1,6 % resultiert für die Beitragsperiode 2029 bis 2032 für die DAB+-Ausstrahlung ein Betrag von 212,2 Mio. €. Gegenüber dem Aufwand für die terrestrische Hörfunk-Verbreitung in der Periode 2017 bis 2020 ist dies eine Minderung um 133,2 Mio. €. Die Kommission verteilt diese zu erwartende Minderung auf die Beitragsperioden 2017 bis 2020, 2021 bis 2024 und 2025 bis 2028 und geht von einer linearen Verteilung der Kostenminderung um jeweils 33,3 Mio. € pro Periode aus.

**Tz. 313** Die Kommission erkennt für 2017 bis 2020 für die terrestrische Verteilung der Hörfunkprogramme der ARD einen Bedarf in Höhe von 312,1 Mio. € an. Sie bildet die Minderung um 33,3 Mio. € bei den Anmeldungen für das Entwicklungsprojekt Digitaler Hörfunk ab, meint aber den o.a. Gesamtauf-

wand. Sie erkennt damit für das Entwicklungsprojekt einen Finanzbedarf von 89,4 Mio. € für 2017 bis 2020 an.

Für das Deutschlandradio verfährt die Kommission analog zum Vorgehen bei der ARD. Sie errechnet unter der Annahme einer jährlichen Kostensteigerung in Höhe von 1,6 % und unter Zugrundelegung der vom Deutschlandradio für das Jahr 2020 prognostizierten DAB+-Verbreitungskosten in Höhe von 20,3 Mio. € den in der Beitragsperiode 2029 bis 2032 benötigten Aufwand für die DAB+-Verbreitung bei Beibehaltung des Ausbausezustandes 2020 mit 95,9 Mio. €. Gegenüber dem Aufwand für die terrestrische Hörfunk-Verbreitung für 2017 bis 2020 ist dies eine Verringerung um 40,3 Mio. €.

Tz. 314

Die Kommission sieht es als erforderlich an, die Kostenminderung beim Deutschlandradio auf die Beitragsperioden 2017 bis 2020, 2021 bis 2024 und 2025 bis 2028 zu verteilen und geht von einer linearen Verteilung der Kostenminderung um jeweils 10,1 Mio. € pro Periode aus.

Tz. 315

Die Kommission erkennt beim Deutschlandradio für 2017 bis 2020 für die terrestrische Verteilung der Hörfunkprogramme einen Bedarf in Höhe von 126,1 Mio. € an. Sie bildet die Minderung um 10,1 Mio. € bei den Anmeldungen für das Entwicklungsprojekt Digitaler Hörfunk ab, meint aber den o.a. Gesamtaufwand. Sie erkennt damit für das Entwicklungsprojekt einen Finanzbedarf von 63,6 Mio. € an.

Tz. 316

Die Kommission erwartet, dass mit den Anmeldungen der ARD und des Deutschlandradios zum 22. Bericht der Kommission im Frühjahr 2019 die folgenden Meilensteine erreicht worden sind:

Tz. 317

1. Die Entscheidung des Bundes und der Länder zum Konzept der UKW-Abschaltung liegt vor,
2. eine zwischen den Marktpartnern verabredete Methodik zur Ermittlung der DAB+-Nutzung existiert und Nutzungszahlen wurden publiziert,
3. durch geeignete, evtl. regulatorische Maßnahmen wurden bedeutende Automobil-Hersteller bewegt, DAB+-Radios als Serienausstattung anzubieten,
4. mindestens 27 % der Haushalte besitzen DAB+-Empfänger (10 % 2015 sowie 3,5 jährliche Steigerungsraten von jeweils 33 %).

## 2. Projekte der ARD

### 2.1 Bestandssicherung audiovisuelles Erbe

---

**Die Kommission erkennt das Entwicklungsprojekt „Bestandssicherung audiovisuelles Erbe“ und den dafür angemeldeten Finanzbedarf in Höhe von 127,7 Mio. € nicht an.**

---

**Tz. 318** Mit dem Entwicklungsprojekt beabsichtigen die Landesrundfunkanstalten, die bisher auf unterschiedlichen Trägermaterialien (insbesondere auf digitalen Videobändern) vorhandenen audiovisuellen Materialien in ein Datenformat zu überführen, das bandlos in Video-Massenspeicher archiviert werden kann. Auch beim unvermeidbaren Generationswechsel der Speichertechnologien sollen die Daten dann automatisch transferiert werden können, ohne neu bearbeitet werden zu müssen. Wichtige Aspekte der Projektanmeldung sind die vorgesehene dokumentarische Bearbeitung und die Rechterschließung. Ziele des Projektes sind die Beseitigung von Medienbrüchen im Produktionsprozess (Magnetband im Archiv/bandloses System in der Produktion), die nachhaltige Sicherung des audiovisuellen Erbes und die Erleichterung der Zugänglichkeit von Archivmaterial für die Redaktionen, aber auch für die Öffentlichkeit. Der Finanzbedarf des Vorhabens beläuft sich auf 141,6 Mio. €, von denen 127,7 Mio. € als zusätzlicher Finanzbedarf im Rahmen eines Entwicklungsprojektes angemeldet werden, während Personalaufwand im Umfang von 8,7 Mio. € im Bestandsbedarf Personal und 5,2 Mio. € im Bestandsbedarf Sachaufwand angemeldet wurden. Die Projektbeschreibung nennt keinerlei Einsparungen, die durch die Realisierung ermöglicht werden.

**Tz. 319** Auf Nachfrage der Kommission stellte die ARD dar, in welchem Umfang die einzelnen Landesrundfunkanstalten an dem Entwicklungsprojekt partizipieren wollen. Es zeigt sich, dass die Spanne des geplanten Aufwands und auch die Art dieses Aufwands erheblich variieren. Während der WDR beabsichtigt, der WDR mediagroup digital GmbH einen Auftrag in Höhe von 30,7 Mio. € zu erteilen und damit Sachaufwand angemeldet hat, meldet Radio Bremen Programm- und Personalaufwand in Höhe von 2 Mio. €, der Saarländische Rundfunk hingegen Programmaufwand in Höhe von 14,6 Mio. € an.

**Tz. 320** Für ein Entwicklungsprojekt „Digitalisierung der Archive“ hatte die Kommission in ihrem 12. Bericht für 2001 bis 2004 einen Mittelbedarf in Höhe von 97,8 Mio. DM (50 Mio. €) anerkannt. Dieser bezog sich ausschließlich auf die mit dem Vorhaben verbundenen Investitions- und Wartungskosten. Mit den Anmeldungen zum 14. Bericht (Tz. 236 ff.) meldete die ARD einen weiteren Mittelbedarf in Höhe von 107,4 Mio. € für 2005 bis 2008 an. Dieser sollte aus dem Bestand finanziert werden, so dass das Entwicklungsprojekt Ende 2004 in den Bestand überführt werden konnte. Nach intensiven Gesprächen zwischen ARD und Kommission teilte die ARD mit, dass als Folge der Digitalisierung der Archive mit einer personellen Einsparung von durchschnittlich zwei Stellen je Landesrundfunkanstalt zu rechnen sei.

**Tz. 321** Das Entwicklungsprojekt „Digitalisierung der Archive“ sieht die Kommission als Vorläufer der nun vorliegenden Anmeldung an und verweist auf die Definition von Entwicklungsprojekten: „Es gilt



der Grundsatz, dass Projekte jeweils durch die Einmaligkeit der Bedingungen in ihrer Gesamtheit gekennzeichnet sind.“ Außerdem hatte die ARD den Aufwand für die Weiterführung der „Digitalisierung der Archive“ in den Jahren 2005 bis 2008 aus dem Bestand finanziert. Die Bewältigung des Wechsels der Speicher-Systeme als Folge der Weiterentwicklung der Produktionstechnik gehört schon immer zu den regelmäßigen Aufgaben aller Medienunternehmen und ist in diesem Sinne Betriebsalltag. Dabei nimmt die Kommission sehr wohl zur Kenntnis, dass die Zielsetzung der dokumentarischen Bearbeitung und der Rechterschließung über eine reine Digitalisierung von Materialien hinausgeht. Aber auch dokumentarische Bearbeitung und Rechterschließung gehören zum Betriebsalltag.

Die Kommission bewertet das Vorhaben „Bestandssicherung audiovisuelles Erbe“ nicht als Entwicklungsprojekt und kann dafür keinen Entwicklungsbedarf anerkennen. Zur Anerkennung von Sachaufwand für die Bestandssicherung im Bestandsbedarf vgl. Tz. 227.

Tz. 322

## 2.2 DVB-T2

**Die Kommission erkennt für die Einführung der zweiten Generation des terrestrischen Digitalfernsehens (DVB-T2) für 2017 bis 2020 einen Finanzbedarf von 31 Mio. € an. Gegenüber der Bedarfsanmeldung entspricht dies einer Minderung um 20 Mio. €.**

In Deutschland ist das terrestrische Digitalfernsehen DVB-T seit etwa 10 Jahren in Betrieb. Die Kommission hatte erstmalig in ihrem 12. Bericht einen Finanzbedarf für das Entwicklungsprojekt zur Einführung von DVB-T anerkannt. Das Projekt begann 2001 und wurde 2010 in den Bestand überführt. DVB-T in Kombination mit der dafür eingesetzten Videocodierung MPEG-2 ist nicht in der Lage, HDTV-Bilder zu übertragen. Gemäß dem Digitalisierungsbericht 2015 der Landesmedienanstalten nutzen in Deutschland 9,7 % der Haushalte DVB-T. In den Regionen, in denen sowohl öffentlich-rechtliche wie auch private Programme über DVB-T verbreitet werden, sind es 17,5 %. Im Jahr 2012 lag diese Zahl noch bei 22,1 %. Es kann vermutet werden, dass das Fehlen von HDTV Anteil an diesem Rückgang hat, denn im Jahr 2015 sehen bereits 48,1 % der Haushalte diese Qualitätsstufe.

Tz. 323

Die öffentlich-rechtlichen und privaten Programmanbieter wollen ab 2017 DVB-T2, das terrestrische Übertragungssystem der zweiten Generation einführen. Dieses kann in Verbindung mit der allerneuesten Videocodierung HEVC HDTV-Qualität bieten. Während die öffentlich-rechtlichen Programmanbieter ihre Angebote unverschlüsselt anbieten wollen, werden die Programme der privaten Programmanbieter verschlüsselt übertragen. Die Einführung soll bereits Mitte 2019 beendet werden. Zuschauerinnen und Zuschauer, die DVB-T2 nutzen wollen, benötigen dafür neue Empfangsgeräte – entweder neue Fernsehempfänger oder sogenannte „Set-Top-Boxen“, die den heutigen Empfängern vorgeschaltet werden. Wenn sie sowohl die öffentlich-rechtlichen als auch die privaten Programme empfangen wollen, müssen sie für letztere eine in der Höhe noch nicht bekannte Gebühr zahlen.

Tz. 324

- Tz. 325** Während mit DVB-T in einem Fernsehkanal derzeit vier Programme übertragen werden, wird mit DVB-T2 die Zahl übertragbarer Programme bei gleichzeitigem Übergang zu HDTV steigen. Dies ist auch erforderlich, denn die Bundesnetzagentur hat im Juni 2015 das bisher für die DVB-T-Ausstrahlung genutzte sogenannte 700 MHz-Band an die drei Mobilfunkunternehmen Telekom, Telefónica und Vodafone versteigert. Dieses Band muss daher von den DVB-T-Sendern geräumt werden. Es wird erwartet, dass der Bund den Sendernetzbetreibern die durch die Räumung entstehenden Kosten erstattet.
- Tz. 326** Während das ZDF zur Einführung von DVB-T2 kein Entwicklungsprojekt angemeldet hat, sondern die Einführung durch Beauftragung der Media Broadcast GmbH ohne signifikante Mehrkosten im Vergleich zur Weiterführung des Betriebs von DVB-T realisieren will (s. Tz. 90), hat die ARD ein Entwicklungsprojekt angemeldet. Dies ist unter anderem dadurch begründet, dass die ARD eigene Sendernetze betreibt. Der angemeldete Finanzbedarf liegt bei 85,25 Mio. € wovon 2,2 Mio. € Personalkosten im Bestand sind, so dass sich der zusätzliche Finanzbedarf auf 83 Mio. € beläuft. Bereits 2013 bis 2016 sollen davon 32 Mio. € eingesetzt werden, womit für 2017 bis 2020 ein Bedarf in Höhe von 51 Mio. € verbleibt. In diesem Betrag sind 20 Mio. € enthalten, die die Kosten der Räumung des 700 MHz-Bandes abdecken sollen. Nach Abschluss des Umstiegs von DVB-T auf DVB-T2 sollen die Kosten der terrestrischen Ausstrahlung der Fernsehprogramme ab 2020 um 15 % sinken. Dies äußert sich in der MifriFi in einer Verringerung der Kosten der terrestrischen Fernsehausstrahlung (inklusive der zugehörigen Leitungskosten und der Kosten des eigenen Sendebetriebs) von 112,7 Mio. € im Jahr 2019 auf 94,0 Mio. € im Jahr 2020. In dem von der ARD angemeldeten Bedarf ist der Aufwand für die Mit-Übertragung des Programms von ARTE enthalten.
- Tz. 327** Die Kommission sieht es als problematisch an, dass die Zuschauerinnen und Zuschauer mit der Einführung von DVB-T2 neue Empfangstechnik benötigen und diese Tatsache evtl. zu einem Abwenden vom terrestrischen Verbreitungsweg und damit zu unbefriedigenden Nutzungszahlen führt. Ebenso sieht sie es als problematisch an, dass nach dem Abschalten von DVB-T nur noch die öffentlich-rechtlichen TV-Programme unverschlüsselt empfangen werden können. Für den Empfang der privaten Programme müssen die Zuschauerinnen und Zuschauer bezahlen. Diese Tatsache mindert die Attraktivität des terrestrischen Verbreitungswegs im Vergleich zu der Situation zum Zeitpunkt der Einführung von DVB-T, als jedenfalls in Ballungsräumen öffentlich-rechtliche und private Programme unverschlüsselt angeboten wurden. Andererseits erkennt die Kommission die Notwendigkeit der Räumung des 700 MHz-Bandes und des Wechsels der Bildqualität hin zu HDTV. Da der Umstieg von DVB-T auf DVB-T2 bereits in der kommenden Periode abgeschlossen werden soll, wird sie in der Lage sein, den möglichen Erfolg von DVB-T2 bereits für die Ermittlung der Beitragshöhe für 2021 bis 2024 zu berücksichtigen.
- Tz. 328** Die Kommission erkennt für das Entwicklungsprojekt für 2017 bis 2020 einen Finanzbedarf in Höhe von 31 Mio. € an. Den Bedarf für die Kosten der Räumung des 700 MHz-Bandes erkennt sie in Erwartung der Kostenerstattung durch den Bund nicht an.

## **Erträge**

## 1. Erträge aus Rundfunkbeiträgen

Die Kommission erkennt für 2017 bis 2020 die angemeldeten Erträge der Anstalten aus Rundfunkbeiträgen von insgesamt 31.367,5 Mio. € an. Davon entfallen auf die ARD 22.483,8 Mio. €, auf das ZDF 8.002,3 Mio. € und auf das Deutschlandradio 881,4 Mio. €. Im Jahresdurchschnitt sind dies bei der ARD 5.621,0 Mio. €, beim ZDF 2.000,6 Mio. € und beim Deutschlandradio 220,3 Mio. €.

Für 2013 bis 2016 haben die Anstalten Erträge aus Rundfunkbeiträgen von insgesamt 31.230,5 Mio. € angemeldet. Die Anmeldung liegt damit um insgesamt 438,3 Mio. € höher, als die Kommission zum 19. Bericht angenommen hat. Dies ist insbesondere auf einen Anstieg der angemeldeten Wohnungen in 2014 aufgrund der hohen *Direktanmeldungen* zurückzuführen. Die Anstalten gehen für 2015 und 2016 davon aus, dass der Wohnungsbestand nahezu konstant bleibt. Aufgrund zwischenzeitlich vorliegender Ist-Zahlen stellt die Kommission für 2015 gegenüber der Anmeldung um 29,4 Mio. € höhere Beitragserträge fest. Die Anmeldung für 2016 erkennt die Kommission in voller Höhe an. Für 2013 bis 2016 stellt die Kommission somit Erträge aus Rundfunkbeiträgen von insgesamt 31.259,9 Mio. € fest.

### 1.1 Rechtliche Grundlagen

Die Länder haben bis 2015 die Auswirkungen des Wechsels vom Gebühren- zum Beitragsmodell evaluiert. Daraus hat sich kein grundlegender Reformbedarf ergeben. Einzelne Anpassungen des Rundfunkbeitrags werden von den Ländern mit dem 19. RÄStV vorgenommen.

**Tz. 329** Der Rundfunkbeitrag hat 2013 die Rundfunkgebühr abgelöst. Seit 2013 sind zahlreiche gerichtliche Entscheidungen ergangen. Diese bestätigen ohne Ausnahme die Rechtmäßigkeit des Rundfunkbeitrags. Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundesverfassungsgerichts liegen noch nicht vor, jedoch haben bisher zwei Landesverfassungsgerichte und mehrere Oberverwaltungsgerichte den Rundfunkbeitrag als verfassungsgemäß angesehen.

**Tz. 330** Der 19. Bericht (Tzn. 436 ff.) enthielt „Empfehlungen der KEF zur Höhe des Rundfunkbeitrags“. Mit dem 16. RÄStV haben die Länder diese Empfehlungen zum Anlass folgender Regelungen genommen:

1. Der Rundfunkbeitrag von bisher 17,98 €/Monat wurde ab 1. April 2015 auf 17,50 €/Monat gesenkt. Die Länder sind dem Vorschlag der Kommission zur Senkung des Rundfunkbeitrags auf 17,25 €/Monat damit nicht gefolgt. Zugleich haben die Länder darauf hingewiesen, dass Erträge, die den von der Kommission festgestellten Finanzbedarf übersteigen, in eine *Rücklage* einzustellen sind. Diese Erträge stehen in der laufenden *Beitragsperiode* nicht zur Deckung des Finanzbedarfs der Anstalten zur Verfügung.

2. Aus dem nach Abzug des Anteils der *Landesmedienanstalten* verbleibenden Beitragsaufkommen erhalten ab dem 1. April 2015 die ARD-Landesrundfunkanstalten 72,0454 %, das ZDF 25,1813 % und das Deutschlandradio 2,7733 %.
3. Die Finanzausgleichsmasse für RB und SR (§ 14 RFinStV) von bisher 1,0 % wurde ab 2017 auf 1,6 % angehoben. Damit wird eine Empfehlung der Kommission (s. 19. Bericht, Tz. 457) umgesetzt.

Die Länder sind der Anregung der Kommission nicht gefolgt, den Anteil der Landesmedienanstalten von 1,8989 % des Rundfunkbeitragsaufkommens zu verringern (s. 19. Bericht, Tz. 440). Vgl. dazu Tz. 353.

Die Länder hatten sich in Nummer 2 der Protokollerklärungen zum 15. RÄStV zu einer Evaluierung der Auswirkungen des Übergangs zum Beitragsmodell verpflichtet.

Tz. 331

Die Ergebnisse der Evaluierung hat die Ministerpräsidentenkonferenz am 18. Juni 2015 beraten. Sie hat insbesondere folgende Veränderungen vorgenommen:

- Im nicht-privaten Bereich kann die Beschäftigtenzahl – wie bisher – nach Köpfen oder – neu – nach Vollzeitäquivalenten ermittelt werden.
- Besondere Einrichtungen wie z.B. Schulen, gemeinnützige Einrichtungen der Jugendhilfe (Kindergärten und -tagesstätten) und gemeinnützige Einrichtungen für Menschen mit Behinderung schulden nur noch einen Drittelbeitrag.
- Befreiungen oder Ermäßigungen kommen auch den im Haushalt wohnenden Kindern bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres zugute.
- Weitere, nicht direkt beitragsrelevante Regelungen sollen den bürokratischen Aufwand verringern, den Datenschutz verbessern und einen erneuten Meldedatenabgleich ermöglichen.

Die vorgesehenen Modifikationen verringern das Beitragsaufkommen im Zeitraum 2017 bis 2020 nach Angaben der ARD um rund 94 Mio. € (0,3 %).

Die Änderungen erfolgen im 19. RÄStV vom 3. Dezember 2015, der den Länderparlamenten gegenwärtig zur Zustimmung vorliegt und am 1. Januar 2017 in Kraft treten soll.

Von einer Beschlussfassung zu Fragen der Begrenzung von *Werbung* und *Sponsoring*, des Strukturgleichs innerhalb der ARD und der Reduzierung des Beitrags für Kraftfahrzeuge hat die Ministerpräsidentenkonferenz vorerst abgesehen.

## 1.2 Entwicklung der Erträge aus Rundfunkbeiträgen

**Tz. 332** In den Erträgen aus Rundfunkbeiträgen ist der Anteil der Landesmedienanstalten nicht enthalten. In 2017 bis 2020 entfallen 85,8 % der angemeldeten Gesamterträge der Anstalten auf Rundfunkbeiträge.

Die Kommission prüft und ermittelt den *Finanzbedarf*. Die Erträge aus Rundfunkbeiträgen werden auf Basis von Ist-Zahlen ermittelt. Nicht aus Ist-Zahlen ableitbare künftige Entwicklungen (wie z.B. künftige Abgleiche mit den Meldedaten) werden berücksichtigt. Die Kommission berücksichtigt bei der Prognose der Erträge aus Rundfunkbeiträgen amtliche Statistiken und Prognosen von wissenschaftlichen Einrichtungen und Forschungsinstituten.

Die Erträge aus Rundfunkbeiträgen werden für jeden Anknüpfungstatbestand nach §§ 2 f. und 5 ff. RBStV ermittelt. Darüber hinaus wurden die als Folge der Evaluierung durch den 19. Rundfunkänderungsstaatsvertrag vorgenommenen Veränderungen der Anknüpfungstatbestände (z.B. Berücksichtigung von Kindern in befreiten Haushalten) berücksichtigt. Anknüpfungstatbestand ist im „privaten Bereich“ die Wohnung. Anknüpfungstatbestände im „nicht-privaten Bereich“ sind Betriebsstätten, Einrichtungen, Hotel- und Gästezimmer sowie Kraftfahrzeuge.

**Tz. 333** Grundlage für die Prüfung durch die Kommission sind die Anmeldungen der Anstalten (s. Tabelle 123). Für 2017 bis 2020 melden sie insgesamt Erträge aus Rundfunkbeiträgen von 31.367,5 Mio. € an. Gegenüber den angemeldeten Zahlen für 2013 bis 2016 bleiben die Erträge aus Rundfunkbeiträgen nahezu unverändert.

**Tab. 123 Erträge aus Rundfunkbeiträgen**  
Anmeldungen der Rundfunkanstalten zum 20. Bericht (in Mio. €)

	ARD	ZDF	DRadio	Anstalten gesamt
<b>2013-2016</b>	22.604,2	7.788,7	837,6	31.230,5
<b>2017-2020</b>	22.483,8	8.002,3	881,4	31.367,5
ø p.a. 2017-2020	5.621,0	2.000,6	220,3	7.841,9
Veränderung	-120,4	213,6	43,8	137,0
Veränderung in %	-0,5	2,7	5,2	0,4
Veränderung in % p.a.	-0,1	0,7	1,3	0,1

### 1.2.1 Entwicklung der Erträge aus Beiträgen 2013 bis 2016

In der nachfolgenden Tabelle sind die Ist-Zahlen 2013 und 2014 sowie die Plan-/Vorschau-Zahlen 2015 und 2016 dargestellt.

Tz. 334

**Tab. 124 Erträge aus Rundfunkbeiträgen**  
Gegenüberstellung Anmeldung 20. Bericht und Feststellung 19. Bericht

	Anmeldung 20. Bericht	Feststellung 19. Bericht		Abweichung	
	(in Mio. €)	(in Mio. €)		(in Mio. €)	(in %)
2013	7.480,8	7.559,5		-78,7	-1,0
2014	8.082,1	7.846,2		235,9	3,0
2015	7.842,5	7.703,0		139,5	1,8
2016	7.825,1	7.683,5		141,6	1,8
2013-2016	31.230,5	30.792,2		438,3	1,4

Abweichungsgründe (in Mio. €)									
	Beitrags- senkung 1. April 2015	Ertrags- relevante Wohnungen, Betriebsstät- ten und Kfz	Forderungs- ausfälle	Nacher- hobene Beiträge	Erträge aus der Wieder- einbuchung von Forde- rungen	Erträge aus der Auflö- sung von Wertberich- tigungen	Sonstiges	Zwischen- summe (ohne Bei- trags- senkung)	Gesamt
2013	0,0	-74,0	-1,5	-4,4	-4,5	5,5	0,2	-78,7	-78,7
2014	0,0	360,0	-152,4	-4,4	10,5	19,2	3,0	235,9	235,9
2015	-154,2	296,0	-30,1	-4,4	9,5	19,2	3,5	293,7	139,5
2016	-205,1	325,0	-6,3	-4,4	9,5	19,2	3,7	346,7	141,6
2013-2016	-359,3	907,0	-190,3	-17,6	25,0	63,1	10,4	797,6	438,3

Das Beitragsaufkommen liegt 2013 bis 2016 um 438,3 Mio. € höher als im 19. Bericht erwartet. Dabei ist das höhere Aufkommen Ergebnis gegenläufiger Entwicklungen (vgl. die Darstellung der Abweichungsgründe in Tabelle 124):

Tz. 335

- Durch die Senkung des Rundfunkbeitrags zum 1. April 2015 von 17,98 € auf 17,50 € ist das Beitragsaufkommen 2013 bis 2016 um 359,3 Mio. € (ca. 1,2 %) niedriger als im 19. Bericht.
- Demgegenüber ist der Wohnungsbestand höher als in der Feststellung im 19. Bericht. Insbesondere aus diesem Grund prognostizieren die Anstalten für 2013 bis 2016 gegenüber der Feststellung im 19. Bericht Mehrerträge von 797,6 Mio. €.

Die Abweichungsgründe gegenüber der Feststellung im 19. Bericht werden für die Jahre 2013 und 2014 im Kapitel 1.2.1.1 und für die Jahre 2015 und 2016 in Kapitel 1.2.1.2 im Einzelnen erläutert.

#### 1.2.1.1 Ist-Entwicklung 2013 und 2014

Tabelle 124 zeigt hinsichtlich der ertragsrelevanten Wohnungen, Betriebsstätten und Kraftfahrzeuge zwischen der Anmeldung zum 20. Bericht und der Feststellung im 19. Bericht Mindererträge von -74 Mio. € für 2013 und Mehrerträge von +360 Mio. € für 2014. Die Ursache liegt darin, dass die beitragsrelevanten Bestände (insbesondere bei den Wohnungen) 2013 zunächst langsamer

Tz. 336

gestiegen sind als im 19. Bericht erwartet. Mit der weiteren Umsetzung des neuen Beitragssystems wurden die Erwartungen des 19. Berichts dann aber noch übertroffen.

**Tab. 125 Erträge aus Rundfunkbeiträgen**  
**Bestandsentwicklung 2013 und 2014 (in Tsd.)**

	01.01.2013	Veränderung 2013	31.12.2013	Veränderung 2014	31.12.2014	Veränderung 2013 + 2014
angemeldete Wohnungen	35.294	+1.091	36.385	+2.961	39.346	+4.052
Betriebsstätten	1.500	+1.658	3.158	+142	3.300	+1.800
Hotel- und Gästezimmer	841	+171	1.012	+16	1.028	+187
Kraftfahrzeuge	3.854	+320	4.174	+77	4.251	+397
Einrichtungen	214	-55	159	+4	163	-51

Insgesamt sind die beitragspflichtigen Bestände 2013 und 2014 deutlich gestiegen. Einen Rückgang gab es nur bei den beitragspflichtigen Einrichtungen (vgl. Tabelle 125).

Im Vergleich zum 19. Bericht blieb die Anzahl beitragspflichtiger Wohnungen, Betriebsstätten, Hotel- und Gästezimmer sowie Kraftfahrzeuge Ende 2013 unter den Planwerten. Demgegenüber ist nur die Anzahl beitragspflichtiger Einrichtungen zum Ende des Jahres 2013 im Ist größer als in der Feststellung im 19. Bericht angenommen.

Hingegen ist Ende des Jahres 2014 die Anzahl beitragspflichtiger Wohnungen, Hotel- und Gästezimmer und Einrichtungen im Ist größer als im 19. Bericht festgestellt. Gegenläufig hierzu bleibt die Anzahl beitragspflichtiger Betriebsstätten und Kraftfahrzeuge 2014 unter den im 19. Bericht festgestellten Planwerten. Für 2013 und 2014 ergeben sich aus den genannten Entwicklungen insgesamt Mehrerträge gegenüber der Feststellung im 19. Bericht von 286,0 Mio. €.

**Tz. 337** Die *Forderungsausfallquote* bleibt 2013 im Ist mit 1,80 % unter dem Planwert des 19. Berichts von 1,84 %. 2014 liegt die Forderungsausfallquote im Ist mit 3,41 % über dem Planwert des 19. Berichts von 1,94 %. Die entgangenen Beitragserträge aufgrund von Forderungsausfällen fallen 2013 und 2014 insgesamt um 153,9 Mio. € höher aus als mit der Feststellung im 19. Bericht geplant.

**Tz. 338** In den Erträgen aus Beiträgen sind neben den laufenden Beitragserträgen unter anderem *nacherhobene Erträge* enthalten. Diese resultieren aus den Tätigkeiten des Beauftragtendienstes und der früheren Gebührenabteilungen der Landesrundfunkanstalten. Da es seit dem 1. Januar 2013 kein Nachinkasso mehr gibt, sind die im 19. Bericht für 2013 und 2014 festgestellten Erträge von insgesamt 8,8 Mio. € nicht angefallen.

**Tz. 339** Abweichungen aus den Erträgen aus der Wiedereinbuchung von Forderungen (6,9 Mio. €) und Auflösung von Wertberichtigungen (24,7 Mio. €) sowie sonstige Abweichungen (3,2 Mio. €) gegenüber der Feststellung im 19. Bericht bedeuten für 2013 und 2014 insgesamt Mehrerträge von 33,9 Mio. €.

Nach Berücksichtigung dieser Abweichungen übersteigen die Erträge aus Beiträgen 2013 und 2014 den im 19. Bericht festgestellten Planwert insgesamt um 157,2 Mio. €.



### 1.2.1.2 Plan-Entwicklung 2015 und 2016

Bei der Planung der angemeldeten Beitragserträge für 2015 und 2016 berücksichtigen die Anstalten zum einen die Erkenntnisse aus dem Vergleich der Ist-Zahlen 2013 und 2014 mit den Feststellungen im 19. Bericht. Zum anderen wirken auch zukünftig erwartete Veränderungen der bisherigen Ist-Entwicklung auf die Planwerte ein.

Tz. 340

Im Vergleich zu den Feststellungen im 19. Bericht haben die Anstalten für 2015 und 2016 insbesondere folgende Annahmen getroffen:

- konstant erhöhter Wohnungsbestand vor dem Hintergrund des höheren Bestandsaufbaus in 2014 als in der Feststellung im 19. Bericht,
- niedrigeres Niveau der Befreiungen und Ermäßigungen.
- Aus den beiden genannten Gründen erwarten die Anstalten in 2015 um rund 296,0 Mio. € (vgl. Tab. 124) und 2016 um rund 325,0 Mio € (vgl. Tab. 124) – und damit für 2015 und 2016 insgesamt rund 621,0 Mio. € – höhere Beitragserträge aus ertragsrelevanten Wohnungen, Betriebsstätten und Kraftfahrzeugen als im 19. Bericht festgestellt.
- höheres Niveau der Forderungsausfallquote.

Im Vergleich zur Entwicklung der Ist-Zahlen 2013 und 2014 basiert die Anmeldung der Anstalten für 2015 und 2016 auf folgenden einzelnen Prämissen:

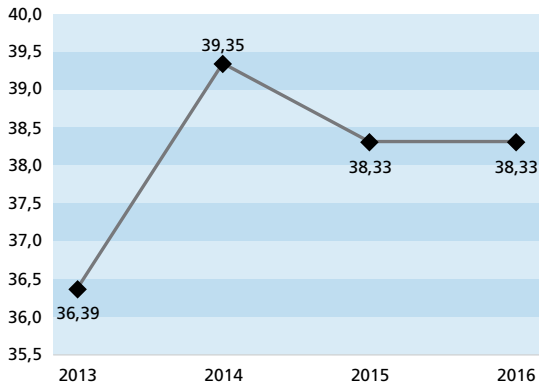
- Bestandsabbau angemeldeter Wohnungen,
- positive Bestandsentwicklung bei den Betriebsstätten, Hotel- und Gästezimmern, Kraftfahrzeugen sowie Einrichtungen,
- Die Ermäßigungen entsprechen der Ist-Entwicklung 2014, die Befreiungen nehmen 2015 zunächst noch zu und sinken in 2016,
- niedrigeres Niveau der Forderungsausfallquote als 2014.

Die Entwicklung der Anzahl der angemeldeten Wohnungen, Betriebsstätten, Hotel- und Gästezimmer, Kraftfahrzeuge und Einrichtungen sowie Befreiungen und Ermäßigungen ist in den nachfolgenden Abbildungen dargestellt.

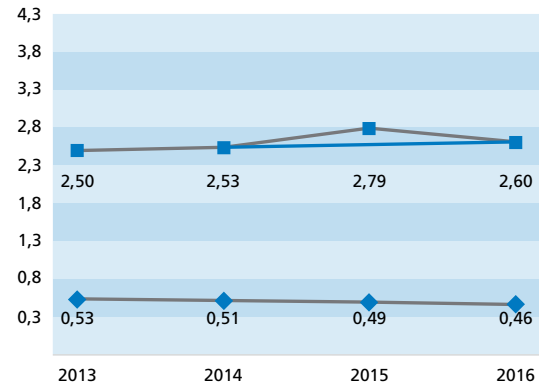
**Abb. 19 Entwicklung der Wohnungen, Betriebsstätten, Hotel- und Gästezimmer, Kraftfahrzeuge und Einrichtungen sowie Befreiungen und Ermäßigungen 2013 bis 2016**

in Mio.

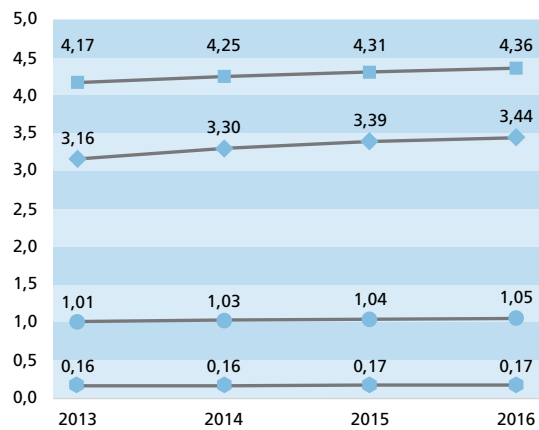
**angemeldete Wohnungen**



**Wohnungen – Befreiungen und Ermäßigungen**



**Betriebsstätten, Kfz, Hotel- und Gästezimmer und Einrichtungen**



■ Befreiungen — Fortsetzung Anstieg 2014

◆ Ermäßigungen

■ Kraftfahrzeuge

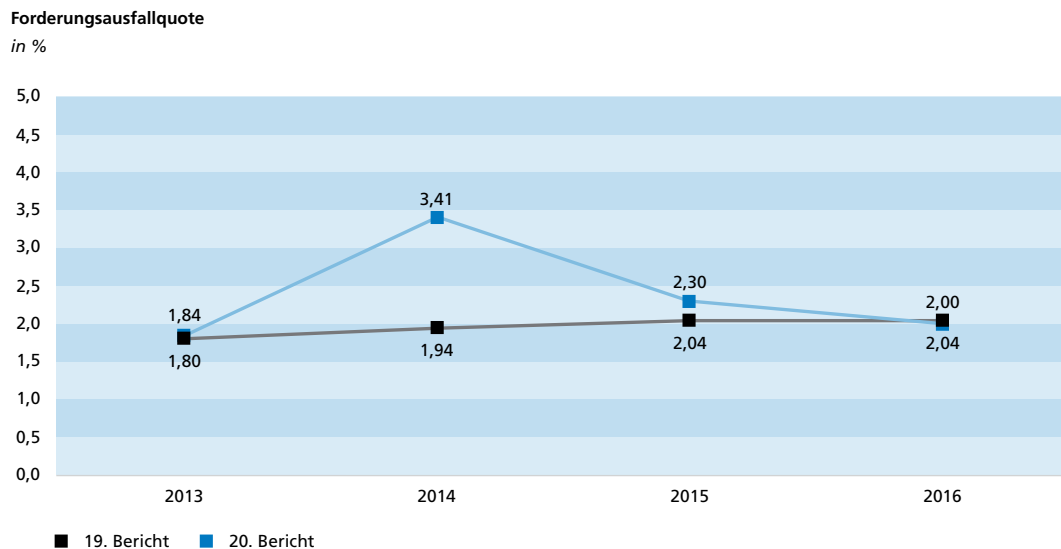
◆ Betriebsstätte

● Hotel- und Gästezimmer

● Einrichtungen

**Tz. 341** Die nun als ungünstiger eingeschätzte Entwicklung der Forderungsausfallquote entspricht um 36,4 Mio. € niedrigeren Erträgen für 2015 und 2016. Die Entwicklung der Forderungsausfallquote ist in nachfolgender Grafik dargestellt. Die Grafik enthält auch die Forderungsausfallquoten gemäß der Feststellung im 19. Bericht.

Abb. 20 Entwicklung der Forderungsausfallquoten 2013 bis 2016



Da es seit dem 1. Januar 2013 kein Nachinkasso mehr gibt, planen die Anstalten bis 2016 nicht mehr mit nacherhobenen Erträgen. Gegenüber der Feststellung im 19. Bericht bedeutet dies für 2015 und 2016 um rund 9 Mio. € geringere Erträge.

Tz. 342

Aus der Beitragssenkung zum 1. April 2015 ergeben sich aus der Anmeldung für 2015 und 2016 insgesamt Mindererträge gegenüber der Feststellung im 19. Bericht. Die sich aus den genannten Entwicklungen insgesamt ergebenden Mehrerträge übersteigen diese Mindererträge. Weitere Mehrerträge für 2015 und 2016 ergeben sich aus den Erträgen aus der Wiedereinbuchung von Forderungen und Auflösung von Wertberichtigungen sowie sonstigen Abweichungen. Nach Berücksichtigung dieser Mehrerträge gehen die Anstalten in der Anmeldung davon aus, dass die Beitragserträge 2015 und 2016 um insgesamt 281,1 Mio. € höher ausfallen als im 19. Bericht festgestellt.

Tz. 343

Inzwischen liegt der vorläufige Jahresabschluss des Beitragsservice zum 31. Dezember 2015 vor. Daraus ergeben sich für 2015 gegenüber der Anmeldung Mehrerträge von 29,4 Mio. € (davon ARD 19,7 Mio. €, ZDF 8,7 Mio. €, Deutschlandradio 1,0 Mio. €). Die Ursache liegt in der höheren Zahl der Wohnungsanmeldungen, die die höheren Befreiungen und die höheren Forderungsausfälle mehr als kompensieren. Die Forderungsausfallquote beträgt 2,89 %. Im Vergleich dazu beträgt die angemeldete Forderungsausfallquote 2,30 %. Die Kommission erhöht die angemeldeten Beitragserträge für 2015 daher um insgesamt 29,4 Mio. €.

Tz. 344

Der Kommission liegen keine Erkenntnisse vor, ob sich diese Veränderungen in die Folgejahre fort-schreiben; für 2016 ergibt sich daher keine Veränderung gegenüber der Anmeldung.

Die Kommission stellt einen Beitrag für 2015 von 7.871,9 Mio. € (davon ARD 5.681,5 Mio. €, ZDF 1.975,2 Mio. €, Deutschlandradio 215,2 Mio. €) und für 2016 von 7.825,1 Mio. € (davon ARD 5.637,9 Mio. €, ZDF 1.970,3 Mio. €, Deutschlandradio 216,9 Mio. €) fest.

### 1.2.2 Plan-Entwicklung der Erträge aus Beiträgen 2017 bis 2020

**Tz. 345** Für den privaten Bereich haben die Anstalten in der Anmeldung für 2017 bis 2020 folgende Entwicklung des Wohnungsbestandes (in Mio.) zugrunde gelegt:

**Tab. 126 Erträge aus Rundfunkbeiträgen**  
Entwicklung des Wohnungsbestands 2017 bis 2020 (in Mio.)

	voller Beitrag	kein Beitrag (Befreiung)	Drittelbeitrag (Ermäßigung)	kein Beitrag (ruhend)	Gesamt
2017	34,9	2,5	0,4	0,5	38,3
2018	34,9	2,5	0,4	0,5	38,3
2019	34,9	2,5	0,4	0,5	38,3
2020	34,9	2,5	0,4	0,5	38,3

Bei der Entwicklung des Wohnungsbestands ist berücksichtigt, dass im Jahr 2018 ein weiterer Bestandsmeldedatenabgleich stattfinden wird. Aus diesem Grunde gehen die Anstalten von einem konstant bleibenden Wohnungsbestand von 38,3 Mio. Wohnungen aus, d.h. keine Erosion in den Jahren 2018, 2019 und 2020.

**Tz. 346** Die Quote der befreiten und ermäßigten Wohnungen beträgt für 2017 bis 2020 demnach durchschnittlich 7,59 % (2017: 7,67 %; 2018: 7,62 %; 2019: 7,56 %; 2020: 7,50 %).

Der Ertragsausfall durch Befreiungen beläuft sich entsprechend der Anmeldung 2017 bis 2020 auf insgesamt 2.205,8 Mio. € (2017: 554,1 Mio. €; 2018: 552,6 Mio. €; 2019: 550,6 Mio. €; 2020: 548,5 Mio. €). Demgegenüber beträgt der Ertragsausfall durch Befreiungen entsprechend der Anmeldung 2013 bis 2016 insgesamt 2.399,0 Mio. € (2013: 604,8 Mio. €; 2014: 597,1 Mio. €; 2015: 620,3 Mio. €; 2016: 576,8 Mio. €).

**Tz. 347** Für den nicht-privaten Bereich haben die Anstalten für 2017 bis 2020 folgende Bestandsentwicklung (in Tsd.) zugrunde gelegt:

**Tab. 127 Erträge aus Rundfunkbeiträgen**  
Bestandsentwicklung nicht-privater Bereich 2017 bis 2020 (in Tsd.)

	Betriebsstätten	Hotel- und Gästezimmer	Kraftfahrzeuge	Einrichtungen
2017	3.466,4	1.059,2	4.400,4	167,5
2018	3.484,7	1.065,7	4.431,9	168,0
2019	3.495,8	1.070,9	4.457,1	168,3
2020	3.502,4	1.075,1	4.477,3	168,5

Die Entwicklung der Betriebsstätten ist unter Berücksichtigung der Ist-Entwicklung der Betriebsstätten mit *Übergangsbeiträgen* seit 2013 vor dem Hintergrund der für 2015 zu erwartenden Entwicklung plausibel. Bei den Hotel- und Gästezimmern ist nach Auffassung der Kommission ebenfalls vor dem Hintergrund der Entwicklung seit 2013 für 2017 bis 2020 nicht mit höheren Beständen als von den Anstalten angemeldet zu rechnen. Dies gilt unter Berücksichtigung der bereits weitgehenden

Erfassung des Kraftfahrzeugbestandes auch für die Kraftfahrzeuge. Bei den Einrichtungen rechnet die Kommission unter differenzierter Betrachtung der Entwicklung der beiden Beitragsstaffeln sowie der Übergangsbeiträge seit 2013 für 2017 bis 2020 ebenfalls nicht mit höheren Zuwächsen als von den Anstalten angemeldet.

2014 wird mit 3,41 % die bisher höchste Forderungsausfallquote erreicht. Die hohe Forderungsausfallquote ist hauptsächlich auf die Direktanmeldungen aus dem Bestandsdatenabgleich zurückzuführen. Für die Planung der Forderungsausfälle 2017 bis 2020 legen die Anstalten eine von 2,00 % auf 1,90 % sinkende Forderungsausfallquote zugrunde.

Tz. 348

Der Ertragsausfall durch Forderungsausfälle beträgt entsprechend der Anmeldung 2017 bis 2020 insgesamt 637,0 Mio. € (2017: 165,3 Mio. €; 2018: 157,2 Mio. €; 2019: 157,2 Mio. €; 2020: 157,3 Mio. €). Demgegenüber beträgt der Ertragsausfall durch Forderungsausfälle entsprechend der Anmeldung 2013 bis 2016 insgesamt 815,0 Mio. € (2013: 146,0 Mio. €; 2014: 313,3 Mio. €; 2015: 190,7 Mio. €; 2016: 165,0 Mio. €).

Sonstige Ertragskomponenten sind die Erträge aus Beitragskontenbereinigung, der Wiedereinbuchung von Forderungen, der Auflösung von Wertberichtigungen sowie Andere Erträge. Für diese Ertragskomponenten ist von einem konstanten Verlauf auf dem Niveau von 2014 auszugehen.

Tz. 349

Auf Basis des Mengengerüsts und unter Zugrundelegung eines Rundfunkbeitrags von 17,50 € und bei Ermäßigung von 5,83 € ergibt sich das prognostizierte Beitragsaufkommen.

Tz. 350

Der Anteil am Rundfunkbeitrag von 17,50 € zur Schließung der *Deckungsstocklücke* bei der Altersversorgung beträgt 0,25 €. Bis 2016 kommt das Aufkommen aus diesem Anteil ausschließlich der ARD zugute. Ab 2017 werden auch das ZDF und das Deutschlandradio an diesem Aufkommen beteiligt. Diese Änderung berücksichtigen die Anstalten bei der Berechnung des angemeldeten jeweiligen Anteils von ARD, ZDF und Deutschlandradio an dem Aufkommen aus dem Rundfunkbeitrag in 2017 bis 2020.

Tz. 351

Die Kommission erkennt die Anmeldungen der Anstalten 2017 bis 2020 in voller Höhe an und stellt diese damit fest.

Tz. 352

### 1.3 Rückflüsse (einschl. Vorabzuweisungen) aus dem Anteil der Landesmedienanstalten

Die Landesmedienanstalten erhalten 1,8989 % am Aufkommen aus dem Rundfunkbeitrag. Entsprechend der beträchtlichen Zunahme der Beitragserträge steigen seit 2013 auch die den Landesmedienanstalten zufließenden Mittel. Der Anteil der Landesmedienanstalten aus dem Beitragsaufkommen sollte daher dringend überprüft und ggf. angepasst werden.

**Tz. 353** Die Landesmedienanstalten erhalten 1,8989 % aus dem Beitragsaufkommen. Aus diesem Anteil erhält jede Landesmedienanstalt zunächst einen Sockelbetrag. Der verbleibende Betrag steht den einzelnen Landesmedienanstalten im Verhältnis des Aufkommens aus dem Rundfunkbeitrag in ihren Ländern zu (§ 10 Abs. 1 *RFinStV*).

Aus dem Anteil der Landesmedienanstalten am Rundfunkbeitrag fließen in einigen Ländern Mittel an die jeweiligen Landesrundfunkanstalten. Die Höhe dieser *Rückflüsse* an die Landesrundfunkanstalten ergibt sich aus landesgesetzlich festgelegten *Vorabzuweisungen* sowie aus Beitragsmitteln, die von den Landesmedienanstalten nicht verbraucht wurden. In beiden Fällen wird von Rückflüssen an die Landesrundfunkanstalten gesprochen.

**Tz. 354** 2013 bis 2016 sind die zum 20. Bericht angemeldeten Rückflüsse an die Landesrundfunkanstalten um rund 10,6 Mio. € (7,2 %) höher als im 19. Bericht angemeldet und betragen somit 157,8 Mio. €:

**Tab. 128 Rückflüsse aus dem Anteil der Landesmedienanstalten 2013 bis 2016 (in Mio. €)**

	BR	HR	MDR	NDR	RB	RBB	SR	SWR	WDR	ARD
19. Bericht 2013-2016	0	16,134	0	35,227	0	10,186	0	33,208	52,398	147,153
2013	0	4,040	0	8,880	0,046	3,714	0	8,019	13,092	37,791
2014	0	4,377	0	9,876	0,045	4,258	0	8,783	13,337	40,676
2015	0	4,216	0	8,943	0	3,492	0	8,865	13,987	39,503
2016	0	4,196	0	9,263	0	3,517	0	8,828	13,996	39,801
20. Bericht 2013-2016	0	16,829	0	36,962	0,092	14,981	0	34,495	54,412	157,771
Veränderung 20. Bericht ggü. 19. Bericht	0	0,695	0	1,735	0,092	4,795	0	1,287	2,014	10,618
Veränderung (in %)	0	4,3	0	4,9	./.	47,1	0	3,9	3,8	7,2

Wesentlichen Anteil an dem Mehrertrag hat die Steigerung des Rückflusses beim RBB aufgrund der Erhöhung der gesetzlichen Vorabzuweisung seit dem 1. Januar 2014. Bei BR, MDR und SR gibt es keine Rückflüsse.

Eine kritische Beurteilung der Entwicklung der Rückflüsse an die Landesrundfunkanstalten und insbesondere deren Erhöhung ist für die Kommission dadurch erschwert, dass das Volumen der Rückflüsse zum Teil aus den von den Landesmedienanstalten nicht verbrauchten Mitteln resultiert und daher eine von den Landesrundfunkanstalten nicht zu beeinflussende und nicht planbare Größe ist.

Tz. 355

Es ist Sache der Länder zu prüfen, ob die bei den Landesmedienanstalten angefallenen Mehreinnahmen aus dem Rundfunkbeitragsaufkommen aufgabengerecht bemessen sind und entsprechend den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit verwendet werden.

Die Landesmedienanstalten partizipieren seit 2013 an den Mehreinnahmen aus dem Rundfunkbeitrag: Während den Rundfunkanstalten die Beitragsmehrerträge nicht zur Verfügung stehen, sondern einer Rücklage zuzuführen sind, errechnet sich der Anteil der Landesmedienanstalten aus dem ungeschmälernten Beitragsaufkommen.

Gegenüber der Vorperiode (2009 bis 2012) ergeben sich 2013 bis 2016 für die Landesmedienanstalten Mehrzuflüsse von ca. 35 Mio. € (rund 6 %). 2013 bis 2016 fließen ihnen bis zu 605 Mio. € zu.

Demgegenüber sind die Rückflüsse 2013 bis 2016 gemäß Anmeldung zum 20. Bericht im Vergleich zur Vorperiode nur um 3,328 Mio. € (2,2 %) gestiegen und betragen 157,8 Mio. €. Daraus ergibt sich, dass die Rückflüsse von den Landesmedienanstalten nicht im gleichen Umfang wie die Mittel aus dem Anteil der Landesmedienanstalten am Beitragsaufkommen steigen. Die Landesmedienanstalten haben ihren Aufwand bzw. Rücklagen deutlich erhöht.

**Tab. 129 Rückflüsse aus dem Anteil der Landesmedienanstalten**  
Vergleich 2009 bis 2012 und 2013 bis 2016 (in Mio. €)

	BR	HR	MDR	NDR	RB	RBB	SR	SWR	WDR	ARD
19. Bericht 2009-2012	0	15,922	0,124	35,632	0,090	11,183	0	39,257	52,235	154,443
20. Bericht 2013-2016	0	16,829	0	36,962	0,092	14,981	0	34,495	54,412	157,771
Veränderung 2013-2016 (20. KEF-Bericht) ggü. 2009-2012 (19. KEF-Bericht)	0	0,907	-0,124	1,33	0,002	3,798	0	-4,762	2,177	3,328
Veränderung (in %)	0	5,7	-100,0	3,7	2,2	34,0	0	-12,1	4,2	2,2

Die Kommission bekräftigt ihren Hinweis, wie zuletzt im 19. Bericht (Tz. 440), dass der Anteil der Landesmedienanstalten aus dem Beitragsaufkommen dringend überprüft und ggf. angepasst werden sollte.

Für 2017 bis 2020 prognostizieren die Landesrundfunkanstalten gegenüber der Vorperiode insgesamt ca. 2,2 Mio. € (1,4 %) höhere Rückflüsse, die somit ca. 160 Mio. € betragen. Die Rückflüsse halten sich damit auf einem im Wesentlichen unveränderten Niveau.

Tz. 356

Tab. 130 Rückflüsse aus dem Anteil der Landesmedienanstalten 2017 bis 2020 (in Mio. €)

	BR	HR	MDR	NDR	RB	RBB	SR	SWR	WDR	ARD
20. Bericht 2013-2016	0	16,829	0	36,962	0,092	14,981	0	34,495	54,412	157,771
2017	0	4,195	0	9,269	0	3,559	0	8,818	14,054	39,895
2018	0	4,193	0	9,281	0	3,595	0	8,817	14,107	39,992
2019	0	4,184	0	9,278	0	3,621	0	8,812	14,121	40,016
2020	0	4,175	0	9,275	0	3,648	0	8,805	14,154	40,057
20. Bericht 2017-2020	0	16,746	0	37,103	0	14,423	0	35,252	56,436	159,960
Veränderung 2017-2020 ggü. 2013-2016	0	-0,083	0	0,141	-0,092	-0,558	0	0,757	2,024	2,189
Veränderung (in %)	0	-0,5	0	0,4	-100,0	-3,7	0	2,2	3,7	1,4



## 2. Erträge aus Werbung und Sponsoring

---

Die Kommission stellt für 2017 bis 2020 *Werbeerträge* der Anstalten von insgesamt 1.030,2 Mio. € fest. Davon entfallen auf die ARD 460,2 Mio. € und auf das ZDF 570,0 Mio. € (vgl. Tabelle 131).

Die festgestellten Beträge liegen um 6,9 Mio. € über den Anmeldungen der Anstalten von insgesamt 1.023,3 Mio. €. Die Zuschätzung erfolgt bei der ARD.

Für 2013 bis 2016 stellt die Kommission *Werbeerträge* von insgesamt 1.038,4 Mio. € fest. Dieses Ergebnis liegt um 17,9 Mio. € über den Anmeldungen der Anstalten. Davon entfallen 15,9 Mio. € auf die ARD und 2,0 Mio. € auf das ZDF.

Die Kommission stellt für 2017 bis 2020 *Sponsoringerträge* der Anstalten von insgesamt 159,5 Mio. € fest (vgl. Tabelle 139). Davon entfallen auf die ARD 109,0 Mio. € und auf das ZDF 50,5 Mio. €.

Die festgestellten Beträge liegen um 8,7 Mio. € über den Anmeldungen der Anstalten von insgesamt 150,8 Mio. €. Von den Anpassungen entfallen auf die ARD 5,2 Mio. € und auf das ZDF 3,5 Mio. €.

Für 2013 bis 2016 stellt die Kommission *Sponsoringerträge* fest, die mit 168,1 Mio. € um 1,7 Mio. € über den Anmeldungen der Anstalten von insgesamt 166,4 Mio. € liegen. Die Zuschätzung erfolgt bei der ARD.

---

### 2.1 Werbung

Die Landesrundfunkanstalten der ARD und das ZDF dürfen innerhalb der gesetzlich geregelten Grenzen Erträge aus *Werbung* und *Sponsoring* erzielen. Diese Erträge tragen zur Deckung des *Finanzbedarfs* der Rundfunkanstalten bei. Die ARD erwirtschaftet Werbeerträge sowohl in der Sparte Fernsehen, wie auch in der Sparte Hörfunk. Da das ZDF keinen Hörfunk betreibt, erzielt es Werbeerträge ausschließlich in der Sparte Fernsehen. Das Deutschlandradio ist werbefrei, so dass keine Werbeerträge anzumelden sind.

*Tz. 357*

In Tabelle 131 werden für 2017 bis 2020 und 2013 bis 2016 die von den Anstalten angemeldeten Werbeerträge den von der KEF festgestellten Erträgen gegenübergestellt.

*Tz. 358*

Tab. 131 Werbeerträge (in Mio. €)

## Anmeldung der Anstalten und Feststellung der Kommission

2017-2020	ARD	ZDF	Anstalten gesamt
Anmeldung	453,3	570,0	1.023,3
Feststellung	460,2	570,0	1.030,2
Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag	6,9	0,0	6,9
ø festgestellt p.a. 2017-2020	115,1	142,5	257,6

2013-2016	ARD	ZDF	Anstalten gesamt
Anmeldung	446,2	574,3	1.020,5
Feststellung	462,1	576,3	1.038,4
Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag	15,9	2,0	17,9
ø festgestellt p.a. 2013-2016	115,5	144,1	259,6

Tz. 359 Ebenfalls von Interesse ist die Entwicklung der angemeldeten Werbeerträge. Die ARD meldet für 2017 bis 2020 um 7,1 Mio. € (+1,6 %) höhere Werbeerträge an als für 2013 bis 2016. Beim ZDF sinken die angemeldeten Werbeerträge um 4,3 Mio. €, dies entspricht -0,7 %.

Tab. 132 Werbeerträge (in Mio. €)

## Anmeldungen der Rundfunkanstalten zum 20. Bericht

	ARD	ZDF	Anstalten gesamt
2013-2016	446,2	574,3	1.020,5
2017-2020	453,3	570,0	1.023,3
ø p.a. 2017-2020	113,3	142,5	255,8
Veränderung	7,1	-4,3	2,8
Veränderung in %	1,6	-0,7	0,3
Veränderung in % p.a.	0,4	-0,2	0,1

Tz. 360 Die Werbeerträge von ARD und ZDF sind nur bedingt vergleichbar. Ursächlich hierfür sind Besonderheiten in der Organisations- und Abrechnungsstruktur bei der ARD, aufgrund derer die angemeldeten Werbeerträge um den Aufwand der Werbegesellschaften im Zusammenhang mit Werbeaktivitäten gemindert sind. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um die *Eigenkosten der Werbegesellschaften* (insbesondere Sach- und Personalkosten zur Leistungserbringung) sowie die von den Werbegesellschaften getragenen Kosten des *Werberahmenprogramms*.

Das ZDF verfügt lediglich über eine Werbegesellschaft, in der Kosten zur Erzielung der *Nettowerbeumsätze* nur in vernachlässigbarer Höhe entstehen. Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass sich die Werbegesellschaft des ZDF – im Gegensatz zu den Werbegesellschaften der ARD – nicht in anderen Geschäftsfeldern betätigt. Dieser Unterschied wird bei der Analyse der Werbeerträge dadurch bereinigt, dass die Kommission bei der ARD „Erträge aus sonstigen Geschäftsfeldern der Werbegesellschaften“ aus den Werbeerträgen herausrechnet. Sie prüft und behandelt diese wie *Beteiligungserträge* (vgl. Tz. 441).

Aufgrund der methodischen Unterschiede bei der Ermittlung der Werbeerträge zwischen ARD und ZDF analysiert die Kommission bei der ARD zusätzlich zu den Werbeerträgen auch die Entwicklung der Nettowerbeumsätze. Diese sind noch nicht um den genannten Aufwand gemindert (vgl. Abschnitt 2.1.2, Tz. 367).

Die Kommission beabsichtigt bis zum nächsten Bericht eine Harmonisierung der Berechnung der anzumeldenden Werbeerträge bei ARD und ZDF. Ziel ist, die Entwicklung der Werbeerträge von ARD und ZDF mit nur einem Maßstab vergleichen zu können.

Tz. 361

Die Entwicklung der Werbeerträge ist in hohem Maße geprägt von der wirtschaftlichen Lage der Werbetreibenden und von Verschiebungen der Werbebudgets zwischen den Werbemedien. Unabhängig davon sind in Jahren mit *Sportgroßereignissen* regelmäßig überdurchschnittliche Werbeerträge messbar. Für die Anmeldung zum 20. Bericht betrifft dies grundsätzlich 2014 (Fußballweltmeisterschaft und Olympische Winterspiele), 2016 (Fußballeuropameisterschaft und Olympische Sommerspiele), 2018 (Fußballweltmeisterschaft und Olympische Winterspiele) sowie 2020 (Fußballeuropameisterschaft und Olympische Sommerspiele).

Tz. 362

Die Qualifikationsspiele der Fußball-Nationalmannschaft für die EM 2016 und die WM 2018 werden erstmals nicht von ARD und ZDF ausgestrahlt. Für die Endrunden der Turniere 2016 und 2018 hingegen haben ARD und ZDF den Zuschlag erhalten. Diese Sachverhalte sind in die Feststellung der Werbeerträge eingeflossen.

Für die Planung 2017 bis 2020 ist weiter zu beachten, dass alle europäischen Fernseh- und Online-Rechte für die Olympischen Spiele von 2018 bis 2024 von dem privaten US-amerikanischen Eurosport-Mutterkonzern Discovery Communications erworben wurden. Ein Weiterverkauf von TV-Rechten an andere Sender wie ARD und ZDF ist möglich, aber nicht gesichert.

Erstmalig ausgetragen wird die von der UEFA am 27. März 2014 beschlossene Nationenliga. Zunächst ist diese für die Jahre von 2018 bis 2022 geplant. Die lizenzrechtlichen Regelungen sind noch nicht geklärt.

Die Frage, ob und, wenn ja, wie weit die staatsvertraglichen Grenzen für die Erzielung von Werbe- und Sponsoringerträgen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten weiter eingeschränkt werden, soll auf der Ministerpräsidentenkonferenz im Frühjahr 2016 entschieden werden.

Tz. 363

Analysen zur Bedeutung einzelner Werbemedien in den nächsten Jahren prognostizieren eine Verschiebung der Werbebudgets zu Lasten der klassischen Werbemedien (Fernsehen, Hörfunk, Print) und zu Gunsten des Online-Marketings. Dieser Trend würde die Entwicklung der Werbeerträge der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten belasten, da deren Online-Angebote werbefrei sein müssen.

Tz. 364

### 2.1.1 Werbeerträge der ARD

---

Bei der ARD stellt die Kommission für 2017 bis 2020 Werbeerträge von 460,2 Mio. € fest. Im Jahresdurchschnitt sind dies 115,1 Mio. €. Der festgestellte Betrag liegt um 6,9 Mio. € über der Anmeldung der ARD von 453,3 Mio. € (vgl. Tabelle 133).

Für 2013 bis 2016 stellt die Kommission Werbeerträge der ARD von 462,1 Mio. € fest. Dieser Betrag liegt um 15,9 Mio. € über der Anmeldung der ARD von 446,2 Mio. €.

---

Bei der Feststellung der Werbeerträge für 2017 bis 2020 sind die Veränderungen bei den Übertragungsrechten, mögliche konjunkturelle Eintrübungen und die erwarteten Verschiebungen innerhalb der Werbebudgets zu Lasten traditioneller Werbemedien zu beachten. Für den Bereich Hörfunk wird ein leichter Anteilsverlust innerhalb des Werbemarktes erwartet. Der Bereich Fernsehen dürfte seine Bedeutung innerhalb der Werbemedien trotz des Zuwachses der Online-Werbung halten. Ergebnisse der PwC-Branchenanalyse „German Entertainment and Media Outlook 2015-2019“ belegen diese Erwartung.<sup>1</sup>

**Tz. 365** Die ARD erhöht ihre Anmeldung der Werbeerträge für 2017 bis 2020 im Vergleich zu 2013 bis 2016 von 446,2 Mio. € um 1,6 % auf 453,3 Mio. €. Diese Steigerung beruht auf einer vorsichtigen Anmeldung für 2013 bis 2016.

Die Kommission stellt für 2017 bis 2020 Werbeerträge von 460,2 Mio. € fest. Gegenüber der Anmeldung von 453,3 Mio. € ist das ein Mehrertrag von 6,9 Mio. €. Hinzu kommen Mehrerträge für 2013 bis 2016 von 15,9 Mio. €.

---

1) PwC, Executive Summary German Entertainment and Media Outlook 2015-2019.

Tab. 133 Werbeerträge der ARD – Anmeldung 20. Bericht und Feststellung durch die Kommission

	Anmeldung ARD 20. Bericht		Feststellung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-)
	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Ertrag (in Mio. €)
2013	117,4		117,4		0,0
2014	119,7	2,0	119,7	2,0	0,0
2015	99,1	-17,2	110,0	-8,1	10,9
2016	110,1	11,0	115,0	4,5	4,9
Summe 2013-2016	446,2		462,1		15,9
2017	105,8	-3,9	110,0	-4,3	4,2
2018	113,7	7,4	115,0	4,5	1,3
2019	113,6	-0,1	115,0	0,0	1,4
2020	120,2	5,8	120,2	4,5	0,0
Summe 2017-2020	453,3		460,2		6,9
Ø 2017-2020 p.a.	113,3		115,1		1,7
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	7,1	1,6	-1,9	-0,4	
Ø p.a.		0,4		-0,1	

Der Budgetabgleich der zum 20. Bericht angemeldeten Werbeerträge für 2013 bis 2016 mit den festgestellten Werbeerträgen im 19. Bericht zeigt für die einzelnen Jahre gegenläufige Entwicklungen.

Tz. 366

Tab. 134 Werbeerträge der ARD (in Mio. €) – Budgetabgleich 2013 bis 2016

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht festgestellt	Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag
2013	117,4	97,8	19,6
2014	119,7	104,9	14,8
2015	99,1	105,5	-6,4
2016	110,1	112,9	-2,8
Summe 2013-2016	446,2	421,1	25,2

Für 2013 bis 2016 hatte die Kommission im 19. Bericht für die ARD Werbeerträge von 421,1 Mio. € festgestellt. Für die Anmeldung zum 20. Bericht hat die ARD die Werbeerträge für den gleichen Zeitraum um 25,2 Mio. € auf 446,2 Mio. € erhöht. Dieser Anstieg wird überwiegend bestimmt durch die Ist-Ergebnisse 2013 und 2014, die insgesamt 34,4 Mio. € über den festgestellten Werten des 19. Berichts liegen. Für 2015 und 2016 prognostiziert die ARD gegenüber der Feststellung im 19. Bericht insgesamt einen Rückgang der Werbeerträge um 9,2 Mio. €.

Die ARD begründet dies insbesondere mit der rundfunkrechtlich bedingten Aufgabe der Vermarktung regionaler TV-Werbezeiten mit Wirkung zum 31. Dezember 2015 sowie mit Einmaleffekten (z.B. steuerliche Effekte, Verminderung von Werbezeiten aufgrund von Landesregelungen).

Die Kommission schließt sich diesen Argumenten nur begrenzt an. Die Verfasser des aktuellen „German Entertainment and Media Outlook 2015-2019“ vom Oktober 2015 gehen davon aus, dass der

Werbemarkt in Deutschland von 2014 bis 2019 durchschnittlich um 2,6 % pro Jahr wachsen wird. Selbst bei Berücksichtigung der für den Hörfunk prognostizierten unterdurchschnittlichen Entwicklung<sup>2</sup> kommt die Kommission nicht zu dem Ergebnis, dass ein Rückgang der Werbeerträge für 2015 und 2016 unter die zum 19. Bericht festgestellten Beträge zu erwarten ist. Sie schätzt für 2015 und 2016 insgesamt Werbeerträge von 15,9 Mio. € zu.

### 2.1.2 Nettowerbeumsätze der ARD

**Tz. 367** Für die Beurteilung der Werbeaktivitäten der ARD ist es hilfreich – neben den Werbeerträgen – auch die Entwicklung der Nettowerbeumsätze zu betrachten (vgl. Tz. 360).

Die Kommission hat im 19. Bericht für 2013 bis 2016 Nettowerbeumsätze der ARD von 1.450,9 Mio. € festgestellt. Die Anmeldung für den 20. Bericht beträgt 1.477,0 Mio. € (vgl. Tabelle 135). Mit 837,7 Mio. € ist der Anteil des Hörfunks an den Nettowerbeumsätzen deutlich höher als der des Fernsehens mit 639,3 Mio. €.

Für 2017 bis 2020 stellt die Kommission Nettowerbeumsätze von 1.531,6 Mio. € fest. Davon entfallen auf den Hörfunk 863,7 Mio. € und auf das Fernsehen 667,9 Mio. €. Die relative Bedeutung der beiden Sparten für die zu erwartenden Nettowerbeumsätze hat sich damit gegenüber 2013 bis 2016 nur unwesentlich verändert. Der Bereich Hörfunk liegt in seiner prognostizierten Entwicklung gegenüber dem Bereich Fernsehen bei den Nettowerbeumsätzen nur geringfügig zurück.

**Tab. 135 Nettowerbeumsätze der ARD (in Mio.€)**

	Anmeldung 20. Bericht	davon Fernsehen	davon Hörfunk	Feststellung 19. Bericht	davon Fernsehen	davon Hörfunk
2013	357,6	151,0	206,6	350,5	150,1	200,4
2014	387,6	167,5	220,0	363,3	159,7	203,6
2015	358,9	155,1	203,7	364,1	156,9	207,2
2016	373,0	165,7	207,3	373,0	162,6	210,4
2013-2016	1.477,0	639,3	837,7	1.450,9	629,3	821,6
2017	370,2	159,6	210,6			
2018	383,0	168,8	214,2			
2019	383,6	165,7	217,9			
2020	394,9	173,8	221,0			
2017-2020	1.531,6	667,9	863,7			

**Tz. 368** In den einzelnen Ländern gelten für den Hörfunk teilweise unterschiedliche Begrenzungen von Werbezeiten. Folglich kann die Bedeutung der Sparten Fernsehen und Hörfunk für die Nettowerbeumsätze der einzelnen Rundfunkanstalten innerhalb der ARD deutlich voneinander abweichen. Die größte Bedeutung hat der Nettowerbeumsatz aus Hörfunk bei RB, die Fernsehwerbung weist beim NDR den höchsten Anteil auf.

2) PwC, Executive Summary German Entertainment and Media Outlook 2015-2019, S. 19-23.

**Tab. 136** Nettowerbeumsätze aus Hörfunk und Fernsehen 2013 bis 2016 auf der Ebene der Anstalten der ARD (in Mio. €) – Anmeldung 20. Bericht

	BR	HR	MDR	NDR	RB
<b>Nettowerbeumsatz aus Hörfunk</b>	130,2	78,7	55,2	80,5	28,1
Anteil am Nettowerbeumsatz der LRA (in %)	54,2	62,6	45,5	41,7	85,8
<b>Nettowerbeumsatz aus Fernsehen</b>	110,0	47,0	66,2	112,4	4,7
Anteil am Nettowerbeumsatz der LRA (in %)	45,8	37,4	54,5	58,3	14,2
<b>Nettowerbeumsatz</b>	240,2	125,7	121,4	192,9	32,8

	RBB	SR	SWR	WDR	LRA
<b>Nettowerbeumsatz aus Hörfunk</b>	48,2	15,3	173,3	228,2	837,7
Anteil am Nettowerbeumsatz der LRA (in %)	53,5	66,3	60,0	63,0	56,7
<b>Nettowerbeumsatz aus Fernsehen</b>	41,9	7,8	115,5	133,9	639,3
Anteil am Nettowerbeumsatz der LRA (in %)	46,5	33,7	40,0	37,0	43,3
<b>Nettowerbeumsatz</b>	90,1	23,0	288,8	362,1	1.477,0

### 2.1.3 Werbeerträge des ZDF

Beim ZDF stellt die Kommission für 2017 bis 2020 Werbeerträge von insgesamt 570,0 Mio. € fest. Im Jahresdurchschnitt sind dies 142,5 Mio. €. Der festgestellte Betrag entspricht der Anmeldung des ZDF (s. Tabelle 137).

Für 2013 bis 2016 stellt die Kommission für das ZDF Werbeerträge von 576,3 Mio. € fest. Dieser Betrag liegt um 2,0 Mio. € über der Anmeldung des ZDF von 574,3 Mio. €.

Das ZDF reduziert seine Anmeldung der Werbeerträge für 2017 bis 2020 im Vergleich zu 2013 bis 2016 von 574,3 Mio. € um 0,7 % auf 570,0 Mio. €.

Tz. 369

Die Kommission erkennt für 2017 bis 2020 die Anmeldung der Werbeerträge an. Für 2013 bis 2016 stellt die Kommission Werbeerträge von 576,3 Mio. € fest. Sie schätzt auf die Anmeldung des ZDF von 574,3 Mio. € 2,0 Mio. € zu.

Tab. 137 Werbeerträge des ZDF

Anmeldung 20. Bericht und Feststellung durch die Kommission

	Anmeldung ZDF 20. Bericht		Feststellung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-)
	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Ertrag (in Mio. €)
2013	135,9		135,9		0,0
2014	155,5	14,4	155,5	14,4	0,0
2015	133,0	-14,4	135,0	-13,2	2,0
2016	150,0	12,8	150,0	11,1	0,0
Summe 2013-2016	574,3		576,3		2,0
2017	135,0	-10,0	135,0	-10,0	0,0
2018	150,0	11,1	150,0	11,1	0,0
2019	135,0	-10,0	135,0	-10,0	0,0
2020	150,0	11,1	150,0	11,1	0,0
Summe 2017-2020	570,0		570,0		0,0
Ø 2017-2020 p.a.	142,5		142,5		0,0
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	-4,3	-0,7	-6,3	-1,1	
Ø p.a.		-0,2		-0,3	

**Tz. 370** Die Werbeerträge 2013 und 2014 übertreffen die Feststellung im 19. Bericht insgesamt um 37,2 Mio. € (vgl. Tabelle 138). Bei der Anmeldung zum 20. Bericht hat das ZDF diese positive Entwicklung der Ist-Erträge als Erwartung in die Prognose für 2015 und 2016 einfließen lassen. Kumuliert übersteigen die angemeldeten Werbeerträge für 2013 bis 2016 die Feststellung im 19. Bericht um 58,6 Mio. €. Die Zuschätzung der Kommission beträgt 2,0 Mio. €.

Tab. 138 Werbeerträge des ZDF (in Mio. €)  
Budgetabgleich 2013 bis 2016

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht festgestellt	Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag
2013	135,9	116,5	19,4
2014	155,5	137,7	17,8
2015	133,0	123,8	9,2
2016	150,0	137,7	12,3
Summe 2013-2016	574,3	515,7	58,6



## 2.2 Sponsoring

Durch den 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2013 der rechtliche Rahmen für Sponsoring im öffentlich-rechtlichen Fernsehen verändert. Die strengeren staatsvertraglichen Regelungen mindern die Sponsoringerträge im Vergleich zu den Vorjahren deutlich.

Tz. 371

Für die Prognose der Sponsoringerträge gelten die gleichen Risiken wie für die Werbeerträge (vgl. Tzn. 362 bis 364). Dies betrifft insbesondere den Verlust der Übertragungsrechte für die EM-Qualifikationsspiele 2015 und die WM-Qualifikationsspiele 2017. Das Sponsoring im Umfeld der Fußball-Europameisterschaft 2016 vermarktet die UEFA selbst. Zusätzlich haben ARD und ZDF die Exklusivrechte für die Übertragung der Olympischen Spiele nicht mehr erworben. Inwieweit Sublizenzen erworben werden können und ob Sponsoringerträge erzielbar sind, ist noch offen.

Tz. 372

In Tabelle 139 werden für 2017 bis 2020 und 2013 bis 2016 die von den Anstalten angemeldeten Sponsoringerträge den festgestellten Erträgen gegenübergestellt.

Tz. 373

**Tab. 139 Sponsoringerträge (in Mio. €)**  
**Anmeldung der Anstalten und Feststellung der Kommission**

2017-2020	ARD	ZDF	Anstalten gesamt
Anmeldung	103,8	47,0	150,8
Feststellung	109,0	50,5	159,5
Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag	5,2	3,5	8,7
o festgestellt p.a. 2017-2020	27,3	12,6	39,9
2013-2016	ARD	ZDF	Anstalten gesamt
Anmeldung	111,7	54,7	166,4
Feststellung	113,4	54,7	168,1
Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag	1,7	0,0	1,7
o festgestellt p.a. 2013-2016	28,4	13,7	42,0

Die angemeldeten Sponsoringerträge der Rundfunkanstalten liegen 2017 bis 2020 um 15,6 Mio. € niedriger als 2013 bis 2016 (-9,4 %). Davon entfällt ein Rückgang von 7,9 Mio. € (-7,1 %) auf die ARD und ein Rückgang von 7,7 Mio. € (-14,1 %) auf das ZDF.

Tz. 374

**Tab. 140 Sponsoringerträge (in Mio. €)**  
**Anmeldungen der Rundfunkanstalten zum 20. Bericht**

	ARD	ZDF	Gesamt
2013-2016	111,7	54,7	166,4
2017-2020	103,8	47,0	150,8
o p.a. 2017-2020	26,0	11,8	37,7
Veränderung	-7,9	-7,7	-15,6
Veränderung in %	-7,1	-14,1	-9,4
Veränderung in % p.a.	-1,8	-3,7	-2,4

### 2.2.1 Sponsoringerträge der ARD

Bei der ARD stellt die Kommission für 2017 bis 2020 Sponsoringerträge von insgesamt 109,0 Mio. € fest. Im Jahresdurchschnitt sind dies 27,3 Mio. €. Der festgestellte Betrag liegt um 5,2 Mio. € über der Anmeldung der ARD von insgesamt 103,8 Mio. € (s. Tabelle 141).

Für 2013 bis 2016 stellt die Kommission Sponsoringerträge der ARD von 113,4 Mio. € fest. Dieser Betrag liegt um 1,7 Mio. € über der Anmeldung der ARD von 111,7 Mio. €.

**Tz. 375** Die Sponsoringerträge der ARD berücksichtigen Erträge der Anstalten und ihrer Werbetöchter.

**Tz. 376** Die ARD reduziert ihre Anmeldung der Sponsoringerträge für 2017 bis 2020 im Vergleich zu 2013 bis 2016 von 111,7 Mio. € um 7,1 % auf 103,8 Mio. €.

Auch wenn 2014 wegen der Fußballweltmeisterschaft eine Sondersituation aufweist, erwartet die Kommission für 2015 bis 2020 über der Anmeldung liegende Sponsoringerträge. Sie stellt für 2017 bis 2020 Sponsoringerträge von 109,0 Mio. € fest. Gegenüber der Anmeldung von 103,8 Mio. € ist das ein Mehrertrag von 5,2 Mio. €. Hinzu kommen Mehrerträge für 2013 bis 2016 von 1,7 Mio. €.

**Tab. 141 Sponsoringerträge der ARD**  
Anmeldung 20. Bericht und Feststellung durch die Kommission

	Anmeldung ARD 20. Bericht		Feststellung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag (in Mio. €)
	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	
<b>2013</b>	27,2		27,2		0,0
<b>2014</b>	32,2	18,4	32,2	18,4	0,0
<b>2015</b>	24,7	-23,3	25,0	-22,4	0,3
<b>2016</b>	27,6	11,7	29,0	16,0	1,4
<b>Summe 2013-2016</b>	<b>111,7</b>		<b>113,4</b>		<b>1,7</b>
<b>2017</b>	24,2	-12,3	25,0	-13,8	0,8
<b>2018</b>	27,6	14,0	30,0	20,0	2,4
<b>2019</b>	24,3	-12,0	25,0	-16,7	0,7
<b>2020</b>	27,7	14,0	29,0	16,0	1,3
<b>Summe 2017-2020</b>	<b>103,8</b>		<b>109,0</b>		<b>5,2</b>
<b>Ø 2017-2020 p.a.</b>	<b>26,0</b>		<b>27,3</b>		<b>1,3</b>
<b>Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016</b>	<b>-7,9</b>	<b>-7,1</b>	<b>-4,4</b>	<b>-3,9</b>	
<b>Ø p.a.</b>		<b>-1,8</b>		<b>-1,0</b>	

**Tz. 377** Als Konsequenz aus den verschärften rechtlichen Regelungen für Sponsoring hatte die ARD zum 19. Bericht für 2013 bis 2016 eine im Vergleich zu 2009 bis 2012 nahezu halbierte Ertragsprognose

se von 86,2 Mio. € angemeldet. Die Ist-Werte 2013 und 2014 überschritten die zum 19. Bericht festgestellten Erträge insgesamt um 16,4 Mio. €. Für die Anmeldung zum 20. Bericht hat die ARD diese Mehrerträge aufgegriffen und entsprechend der aktualisierten Erwartung weitgehend für die Folgejahre fortgeschrieben.

**Tab. 142 Sponsoringerträge der ARD (in Mio. €)**  
**Budgetabgleich 2013 bis 2016**

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht festgestellt	Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag
2013	27,2	19,8	7,4
2014	32,2	23,2	9,0
2015	24,7	19,9	4,8
2016	27,6	23,3	4,3
Summe 2013-2016	111,7	86,2	25,5

### 2.2.2 Sponsoringerträge des ZDF

Beim ZDF stellt die Kommission für 2017 bis 2020 Sponsoringerträge von insgesamt 50,5 Mio. € fest. Im Jahresdurchschnitt sind dies 12,6 Mio. €. Der festgestellte Betrag liegt um 3,5 Mio. € über der Anmeldung des ZDF von insgesamt 47,0 Mio. € (s. Tabelle 143).

Für 2013 bis 2016 entspricht die Feststellung der Kommission für die Sponsoringerträge des ZDF dessen Anmeldung von 54,7 Mio. €

Das ZDF reduziert seine Anmeldung der Sponsoringerträge für 2017 bis 2020 im Vergleich zu 2013 bis 2016 von 54,7 Mio. € um 14,1 % auf 47,0 Mio. €.

Tz. 378

Die Kommission schließt sich der sehr vorsichtigen Prognose für 2020 nicht an. 2020 findet, wie 2016, eine Fußballeuropameisterschaft statt, so dass die Kommission vergleichbare Sponsoringerträge annimmt. Sie schätzt, neben einer Anpassung für 2018, für 2020 Sponsoringerträge von 3,0 Mio. € zu. Insgesamt beträgt die Zuschätzung für 2017 bis 2020 3,5 Mio. €. Angesichts der weitgehend zutreffenden Prognosen für 2013 und 2014 erkennt die Kommission die Anmeldung für 2013 bis 2016 an.

**Tab. 143 Sponsoringerträge des ZDF**  
Anmeldung 20. Bericht und Feststellung durch die Kommission

	Anmeldung ZDF 20. Bericht		Feststellung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-)
	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Ertrag (in Mio. €)
2013	11,4		11,4		0,0
2014	16,8	47,4	16,8	47,4	0,0
2015	11,0	-34,5	11,0	-34,5	0,0
2016	15,5	40,9	15,5	40,9	0,0
Summe 2013-2016	54,7		54,7		0,0
2017	10,0	-35,5	10,0	-35,5	0,0
2018	15,0	50,0	15,5	55,0	0,5
2019	10,0	-33,3	10,0	-35,5	0,0
2020	12,0	20,0	15,0	50,0	3,0
Summe 2017-2020	47,0		50,5		3,5
Ø 2017-2020 p.a.	11,8		12,6		0,9
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	-7,7	-14,1	-4,2	-7,7	
Ø p.a.		-3,7		-2,0	

**Tz. 379** Für 2013 bis 2016 hatte das ZDF zum 19. Bericht Sponsoringerträge von 52,0 Mio. € angemeldet. Der Budgetabgleich zwischen der Anmeldung zum 20. und der Feststellung zum 19. Bericht zeigt die hohe Planungsgenauigkeit.

**Tab. 144 Sponsoringerträge des ZDF (in Mio. €)**  
Budgetabgleich 2013 bis 2016

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht festgestellt	Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag
2013	11,4	10,5	0,9
2014	16,8	15,5	1,3
2015	11,0	10,5	0,5
2016	15,5	15,5	0,0
Summe 2013-2016	54,7	52,0	2,7

## 2.3 Verzicht auf Werbung und Sponsoring im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder hatten am 14. Juni 2012 die Kommission gebeten, zeitgleich mit dem 19. Bericht einen Sonderbericht zu erstellen. In dem Sonderbericht sollte unter anderem untersucht werden, welche Auswirkungen ein Verzicht auf Werbung und Sponsoring in Hörfunk und Fernsehen auf die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hätte. Insbesondere sollte die Auswirkung auf die Höhe des Rundfunkbeitrags dargestellt werden. Der Sonderbericht wurde am 28. Januar 2014 veröffentlicht.

Tz. 380

Die Ministerpräsidentenkonferenz beabsichtigt im Frühjahr 2016 die Frage einer Einschränkung von Werbung und Sponsoring im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu erörtern. Aus diesem Grund hat die Kommission erneut den Betrag ermittelt, der zur Kompensation eines vollständigen Entfalls von Werbung und Sponsoring monatlich beitragswirksam werden würde. Sie hat dabei die Ist-Erträge für 2013 und 2014 sowie die aktualisierten Planwerte für 2015 und 2016 berücksichtigt.

Tz. 381

Die Kommission hat die Methodik der Berechnung und die grundsätzlichen Annahmen aus dem Sonderbericht beibehalten. Unter diesen Bedingungen reduziert sich der Kompensationsbetrag im Vergleich zum Sonderbericht um 0,03 € von monatlich 1,26 € auf 1,23 €. Die folgende Tabelle zeigt die einzelnen Effekte, differenziert nach ARD und ZDF sowie nach Werbung und Sponsoring, auf.

Tz. 382

**Tab. 145 Kompensationsbeträge für ARD und ZDF 2013 bis 2016 (in €)**

ARD		Gesamt
Werbung	0,75	0,81
Sponsoring	0,06	
ZDF		
Werbung	0,39	0,42
Sponsoring	0,03	
		1,23

Die wirtschaftliche Bedeutung der Erträge aus Werbung und Sponsoring im Vergleich zur jeweiligen Höhe der Beitragserträge stellt sich bei den einzelnen Anstalten innerhalb der ARD unterschiedlich dar. Die anteilig größte Bedeutung kommt den Werbeerträgen bei RB zu. Sponsoringerträge weisen den höchsten Anteil beim SR auf.

Tz. 383

**Tab. 146 Bedeutung der Werbe- und Sponsoringerträge im Verhältnis zu den Beitragserträgen vor Effekten aus dem Finanzausgleich (in Mio. € und in %)**

	BR	HR	MDR	NDR	RB
Werbe- und Sponsoringerträge	190,7	91,3	110,4	151,9	20,6
Beitragserträge der LRA 2013-2016	3.653,7	1.678,4	2.407,0	3.950,2	175,3
Werbe- und Sponsoringerträge in v.H. der Beitragserträge	5,2	5,4	4,6	3,8	11,7
Werbeerträge bei den Werbegesellschaften verwendet	109,4	59,7	68,8	54,6	6,4
Werbeerträge bei den Anstalten verbleibend	63,0	21,6	27,4	87,3	13,5
Werbeerträge gesamt	172,4	81,3	96,2	142,0	19,9
in v.H. der Beitragserträge	4,7	4,8	4,0	3,6	11,3
Sponsoringerträge	18,3	10,0	14,2	9,9	0,7
in v.H. der Beitragserträge	0,5	0,6	0,6	0,3	0,4

	RBB	SR	SWR	WDR	LRA
Werbe- und Sponsoringerträge	69,7	18,3	251,6	307,9	1.212,2
Beitragserträge der LRA 2013-2016	1.620,3	274,9	4.094,6	4.749,9	22.604,2
Werbe- und Sponsoringerträge in v.H. der Beitragserträge	4,3	6,7	6,1	6,5	5,4
Werbeerträge bei den Werbegesellschaften verwendet	45,4	9,1	119,9	182,4	655,8
Werbeerträge bei den Anstalten verbleibend	17,0	5,2	117,1	92,7	444,9
Werbeerträge gesamt	62,4	14,3	237,0	275,1	1.100,6
in v.H. der Beitragserträge	3,9	5,2	5,8	5,8	4,9
Sponsoringerträge	7,2	4,0	14,6	32,8	111,6
in v.H. der Beitragserträge	0,4	1,5	0,4	0,7	0,5

### 3. Sonstige Erträge

#### 3.1 Finanzerträge

##### 3.1.1 Regelmäßig wiederkehrende Finanzerträge

---

Die Kommission stellt für 2017 bis 2020 Finanzerträge in Höhe der Anmeldungen der Anstalten fest. Insgesamt belaufen sich diese auf 593,3 Mio. €. Hiervon entfallen auf die ARD 551,7 Mio. €, auf das ZDF 35,7 Mio. € und auf das Deutschlandradio 5,9 Mio. €. Im Jahresdurchschnitt sind dies bei der ARD 137,9 Mio. €, beim ZDF 8,9 Mio. € und beim Deutschlandradio 1,5 Mio. €.

Bei der Feststellung der Finanzerträge im 20. Bericht hat die Kommission berücksichtigt, dass sich die zum 19. Bericht vorliegende Erwartung in absehbarer Zeit wieder steigender Zinssätze nicht erfüllt hat.

Für 2013 bis 2016 sind die erzielten bzw. geplanten Finanzerträge um 62,6 Mio. € niedriger als die Feststellung im 19. Bericht. Hiervon entfallen auf die ARD 56,0 Mio. €, das ZDF 4,9 Mio. € und das Deutschlandradio 1,7 Mio. €.

Die Anmeldungen für 2017 bis 2020 liegen um 82,1 Mio. € unter den Ist-/Planwerten für 2013 bis 2016. Hiervon entfallen auf die ARD 79,8 Mio. €, das ZDF 1,4 Mio. € und das Deutschlandradio 0,9 Mio. €.

---

Die Anstalten sind gehalten, disponible Liquidität Ertrag bringend anzulegen. Dabei dürfen sich die Anstalten nur innerhalb der Anlagerichtlinien bewegen, die von den zuständigen Gremien der einzelnen Anstalten zur Abwägung zwischen Anlagechancen und -risiken erlassen werden.

Tz. 384

Der größte Teil der Finanzerträge stammt aus dem *Deckungsstock*. Dieser speist sich aus den angesparten Beträgen für die Altersvorsorge der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Tz. 385

Die Kommission differenziert das Prognosemodell seit 2013 stärker nach den Strukturmerkmalen der Anlageformen. Damit können die Auswirkungen von Marktentwicklungen besser quantifiziert und transparenter dargestellt werden.

Tz. 386

Bestehende Anlagen werden mit den kontrahierten Zinssätzen geplant. Der Grund hierfür ist, dass Änderungen der Marktzinsen sich nicht auf die laufenden Einnahmen aus diesen Anlagen auswirken. Die Prognose der Einnahmen aus Anlagen ohne feste Verzinsung (z.B. Fonds) orientiert sich an den letzten Renditen. Zusätzlich fließen auch Markterwartungen in die Planung ein. Für neue Anlagen gibt die Kommission für kurz- und langfristige Laufzeiten jeweils einheitliche Zinssätze vor. Verkaufs- und Einlösungsgewinne werden gesondert finanzbedarfswirksam erfasst. Wertveränderungen, deren Realisierung im Anmeldezeitraum nicht zu erwarten ist, beeinflussen die Liquidität der Anstalten nicht. Diese Wertveränderungen werden erst mit der Realisierung finanzbedarfswirksam.

**Tz. 387** Grundlage für die Prüfung durch die Kommission sind die Anmeldungen der Anstalten (s. Tabelle 147). Für 2017 bis 2020 melden diese insgesamt einen Finanzertrag von 593,3 Mio. € an. Gegenüber den jetzt vorgelegten Zahlen für 2013 bis 2016 ist das ein Rückgang um 12,2 %, das sind jährlich 3,2 %.

**Tab. 147 Finanzerträge (in Mio. €)**  
Anmeldungen der Rundfunkanstalten zum 20. Bericht

	ARD	ZDF	DRadio	Anstalten gesamt
2013-2016	631,5	37,1	6,8	675,4
2017-2020	551,7	35,7	5,9	593,3
o p.a. 2017-2020	137,9	8,9	1,5	148,3
Veränderung	-79,8	-1,4	-0,9	-82,1
Veränderung in %	-12,6	-3,8	-13,2	-12,2
Veränderung in % p.a.	-3,3	-1,0	-3,5	-3,2

**Tz. 388** Der unterschiedlich stark ausgeprägte Rückgang der Finanzerträge bei den einzelnen Anstalten erklärt sich aus der unterschiedlichen Portfoliostruktur und der zu Grunde liegenden Anlagepolitik. So unterscheiden sich die Anlageportfolios deutlich nach der Art der Anlagen (Direktanlagen und/oder Fonds) und der gewählten Anlagedauer. Dies bedingt, dass die einzelnen Portfolios unterschiedlich schnell und in divergierendem Ausmaß auf das anhaltend niedrige Zinsniveau reagieren.

**Tz. 389** Die Folgen des erheblich verminderten Marktzinsniveaus werden bereits beim Budgetabgleich für die Jahre 2013 bis 2016 zwischen dem 19. und dem 20. Bericht deutlich. Die folgende Tabelle enthält die für alle Anstalten kumulierten Werte. Die Einzelwerte von ARD, ZDF und Deutschlandradio sind bei den Ausführungen zu den einzelnen Anstalten ausgewiesen.

**Tab. 148 Finanzerträge von ARD, ZDF und Deutschlandradio (in Mio. €)**  
Budgetabgleich 2013 bis 2016

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht festgestellt	Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag
2013	166,0	190,2	-24,2
2014	187,5	191,1	-3,6
2015	166,9	178,4	-11,5
2016	155,0	178,3	-23,3
Summe 2013-2016	675,4	738,0	-62,6

**Tz. 390** Unter Berücksichtigung der Ist-Ergebnisse und der erwarteten Entwicklung hat die Kommission, unter Beibehaltung der Werte für 2013 und 2014, für Neuanlagen 2015 und 2016 sowie 2017 bis 2020 folgende Renditen angesetzt:



Tab. 149 Renditen für Neuanlagen 2013 bis 2016 und 2017 bis 2020 (in %)

	Kurzfristige Anlagen		Langfristige Anlagen	
	19. Bericht	20. Bericht	19. Bericht	20. Bericht
2013	0,75		2,00	
2014	1,00		2,00	
2015	1,00	0,00	2,00	0,00
2016	1,00	0,00	2,00	0,50
2017		0,00		0,50
2018		0,25		0,75
2019		0,25		1,00
2020		0,50		1,00

Für Anlagen ohne feste Verzinsung ging die Kommission im 19. Bericht für 2013 bis 2016 von einer Rendite von jährlich 3,00 % aus. Angesichts der Marktentwicklung hat die Kommission diese Planrendite für 2015 bis 2020 auf 2,5 % pro Jahr gesenkt.

Tz. 391

## 3.1.1.1 ARD

Bei der ARD stellt die Kommission die für 2017 bis 2020 angemeldeten Finanzerträge von 551,7 Mio. € unverändert fest. Das sind jährlich 137,9 Mio. €. Gegenüber dem für 2013 bis 2016 festgestellten Betrag von 631,5 Mio. € sinken die Finanzerträge für 2017 bis 2020 um 79,8 Mio. €.

Bereits für 2013 bis 2016 haben sich bei der ARD die festgestellten Finanzerträge im Vergleich zum 19. Bericht von 687,5 Mio. € auf 631,5 Mio. € und damit um 56,0 Mio. € reduziert (vgl. Tabelle 151).

Tab. 150 Finanzerträge der ARD  
Anmeldung 20. Bericht und Feststellung durch die Kommission

	Anmeldung ARD 20. Bericht		Feststellung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag (in Mio. €)
	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	
2013	155,2		155,2		0,0
2014	175,3	13,0	175,3	13,0	0,0
2015	156,5	-10,7	156,5	-10,7	0,0
2016	144,5	-7,7	144,5	-7,7	0,0
Summe 2013-2016	631,5		631,5		0,0
2017	142,3	-1,5	142,3	-1,5	0,0
2018	139,4	-2,0	139,4	-2,0	0,0
2019	135,4	-2,9	135,4	-2,9	0,0
2020	134,6	-0,6	134,6	-0,6	0,0
Summe 2017-2020	551,7		551,7		0,0
Ø 2017-2020 p.a.	137,9		137,9		0,0
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	-79,8	-12,6	-79,8	-12,6	
Ø p.a.		-3,3		-3,3	

**Tz. 392** Angesichts der erwarteten Entwicklung des Marktzinsniveaus belaufen sich die angemeldeten Finanzerträge der ARD 2017 bis 2020 noch auf insgesamt 551,7 Mio. €. Dies bedeutet gegenüber 2013 bis 2016 einen Rückgang um 79,8 Mio. €.

**Tz. 393** Gegenüber der Feststellung im 19. Bericht hat die ARD in der Anmeldung zum 20. Bericht die Finanzerträge für 2013 bis 2016 bereits um 56,0 Mio. € auf 631,5 Mio. € reduziert. Dieser Rückgang beruht zum einen darauf, dass die Ist-Erträge 2013 und 2014 die zum 19. Bericht festgestellten Erträge um insgesamt 24,5 Mio. € unterschreiten. Zum anderen gehen die Anstalten davon aus, dass die Niedrigzinsphase 2015 und 2016 weiter anhält. Dies ist nach Ansicht der Kommission gerechtfertigt.

**Tab. 151 Finanzerträge der ARD (in Mio. €)**  
Budgetabgleich 2013 bis 2016

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht festgestellt	Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag
2013	155,2	177,0	-21,8
2014	175,3	178,0	-2,7
2015	156,5	166,0	-9,5
2016	144,5	166,5	-22,0
Summe 2013-2016	631,5	687,5	-56,0

### 3.1.1.2 ZDF

Beim ZDF stellt die Kommission für 2017 bis 2020 Finanzerträge von insgesamt 35,7 Mio. € fest. Im Jahresdurchschnitt sind dies 8,9 Mio. €. Gegenüber dem für 2013 bis 2016 festgestellten Betrag von 37,1 Mio. € sinken die Finanzerträge für 2017 bis 2020 damit um 1,4 Mio. €.

Für 2013 bis 2016 haben sich beim ZDF die festgestellten Finanzerträge im Vergleich zum 19. Bericht von 41,9 Mio. € auf 37,1 Mio. € und damit um 4,9 Mio. € reduziert (vgl. Tabelle 153).

Auch das ZDF verzeichnet sowohl 2013 bis 2016 als auch 2017 bis 2020 deutlich rückläufige Finanzerträge.

**Tab. 152 Finanzerträge des ZDF**  
Anmeldung 20. Bericht und Feststellung durch die Kommission

	Anmeldung ZDF 20. Bericht		Feststellung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag
	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	(in Mio. €)
2013	8,7		8,7		0,0
2014	10,3	18,4	10,3	18,4	0,0
2015	9,0	-12,6	9,0	-12,6	0,0
2016	9,1	1,1	9,1	1,1	0,0
Summe 2013-2016	37,1		37,1		0,0
2017	8,9	-2,2	8,9	-2,2	0,0
2018	8,7	-2,2	8,7	-2,2	0,0
2019	8,9	2,3	8,9	2,3	0,0
2020	9,2	3,4	9,2	3,4	0,0
Summe 2017-2020	35,7		35,7		0,0
Ø 2017-2020 p.a.	8,9		8,9		0,0
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	-1,4	-3,8	-1,4	-3,8	
Ø p.a.		-1,0		-1,0	

**Tz. 394** Die Zinspolitik der EZB zeigt auch beim ZDF ihre Wirkung. Die bereits bei der ARD aufgezeigte Erwartung für die Entwicklung des Marktzinsniveaus 2017 bis 2020 hat beim ZDF zur Folge, dass die angemeldeten Finanzerträge auf 35,7 Mio. € sinken. Im Vergleich zu 2013 bis 2016 folgt hieraus ein Rückgang um 1,4 Mio. €.

**Tz. 395** Im 19. Bericht hat die Kommission für 2013 bis 2016 für das ZDF Finanzerträge von 41,9 Mio. € festgestellt. Für die Anmeldung zum 20. Bericht hat das ZDF die Finanzerträge für den gleichen Zeitraum um nahezu 4,9 Mio. € auf 37,1 Mio. € gemindert. Dies beruht zum einen darauf, dass die Ist-Erträge in 2013 und 2014 die zum 19. Bericht festgestellten Erträge insgesamt um 2,6 Mio. € unterschritten haben. Zum anderen geht das ZDF davon aus, dass sich dieser Trend 2015 und 2016 weitgehend unverändert fortsetzt.

**Tab. 153 Finanzerträge des ZDF (in Mio. €)**  
**Budgetabgleich 2013 bis 2016**

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht festgestellt	Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag
2013	8,7	10,8	-2,1
2014	10,3	10,8	-0,5
2015	9,0	10,4	-1,4
2016	9,1	10,0	-0,9
Summe 2013-2016	37,1	41,9	-4,9

### 3.1.1.3 Deutschlandradio

Beim Deutschlandradio stellt die Kommission für 2017 bis 2020 Finanzerträge von 5,9 Mio. € fest. Das sind jährlich 1,5 Mio. €.

Gegenüber dem für 2013 bis 2016 festgestellten Betrag von 6,8 Mio. € sinken die Finanzerträge für 2017 bis 2020 damit um 0,9 Mio. €.

Für 2013 bis 2016 haben sich beim Deutschlandradio die festgestellten Finanzerträge im Vergleich zum 19. Bericht von 8,5 Mio. € auf 6,8 Mio. € und damit um 1,7 Mio. € reduziert (vgl. Tabelle 155).

**Tab. 154 Finanzerträge des Deutschlandradios**  
Anmeldung 20. Bericht und Feststellung durch die Kommission

	Anmeldung DRadio 20. Bericht		Feststellung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-)
	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Ertrag (in Mio. €)
2013	2,1		2,1		0,0
2014	1,9	-9,5	1,9	-9,5	0,0
2015	1,4	-26,3	1,4	-26,3	0,0
2016	1,4	0,0	1,4	0,0	0,0
Summe 2013-2016	6,8		6,8		0,0
2017	1,2	-14,3	1,2	-14,3	0,0
2018	1,5	25,0	1,5	25,0	0,0
2019	1,6	6,7	1,6	6,7	0,0
2020	1,6	0,0	1,6	0,0	0,0
Summe 2017-2020	5,9		5,9		0,0
Ø 2017-2020 p.a.	1,5		1,5		0,0
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	-0,9	-13,2	-0,9	-13,2	
Ø p.a.		-3,5		-3,5	

Die bereits bei der ARD und beim ZDF erfolgten Ausführungen sind grundsätzlich auch auf das Deutschlandradio übertragbar. Dies hat zur Folge, dass die Anmeldung für 2017 bis 2020 mit 5,9 Mio. € den für 2013 bis 2016 festgestellten Betrag um 0,9 Mio. € unterschreitet.

Tz. 396

Gegenüber der Feststellung im 19. Bericht hat das Deutschlandradio die für 2013 bis 2016 angemeldeten Finanzerträge um 1,7 Mio. € auf 6,8 Mio. € gekürzt. Dies begründet sich zum einen aus der Entwicklung der Ist-Erträge 2013 und 2014 im Vergleich zu den zum 19. Bericht festgestellten Erträgen. Zum anderen erwartet auch das Deutschlandradio 2015 und 2016 ein unverändert niedriges Zinsniveau.

Tz. 397

**Tab. 155 Finanzerträge des Deutschlandradios (in Mio. €)**  
Budgetabgleich 2013 bis 2016

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht festgestellt	Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag
2013	2,1	2,4	-0,3
2014	1,9	2,3	-0,4
2015	1,4	2,0	-0,6
2016	1,4	1,8	-0,4
Summe 2013-2016	6,8	8,5	-1,7

### 3.1.2 Finanzerträge aus der Beitragsrücklage

**Tz. 398** Auf der Grundlage einer Empfehlung der Kommission im 19. Bericht haben sich die Rundfunkanstalten verpflichtet, in den Jahren 2013 bis 2016 über den anerkannten Bedarf hinausgehende Beitragserträge einer Beitragsrücklage zuzuführen. § 1 Abs. 4 *RFinStV* i.d.F. vom 1. Januar 2013 schreibt vor, dass die in die *Rücklage* eingestellten Beträge verzinslich anzulegen sind.

**Tz. 399** Die Höhe der zu erwartenden bzw. der realisierten Finanzerträge aus dem Sondervermögen Beitragsrücklage hängt von zwei zentralen Einflussgrößen ab, den Zuflüssen in die Beitragsrücklage je Jahr und der Höhe der darauf anzusetzenden Zinssätze. Die Finanzerträge aus der Beitragsrücklage werden bei der Anmeldung zum 20. Bericht als kalkulatorisch ermittelte Werte gesondert ausgewiesen. Da die Beitragsrücklage bis Ende 2016 wieder frei zur Verfügung stehen muss, endet der Anlagehorizont mit Ablauf des Jahres 2016. Angesichts negativer Marktrenditen in 2015 und 2016 konnten nur Finanzerträge erwirtschaftet werden, wenn bereits 2013 freie Mittel aus der Beitragsrücklage zur Verfügung standen, die im Jahr 2014 für den Zeitraum 2014 bis 2016 angelegt werden konnten.

**Tz. 400** Aufgrund eines von der Kommission anerkannten Defizits des ZDF, das mit der 2013 entstandenen Beitragsrücklage verrechnet wurde, sind in der folgenden Tabelle für das ZDF keine kalkulatorischen Finanzerträge ausgewiesen.

**Tab. 156 Kalkulatorische Finanzerträge aus der Beitragsrücklage (in Mio. €)**

	ARD	ZDF	DRadio
2013	0,00	0,00	0,00
2014	0,25	0,00	0,01
2015	0,25	0,00	0,01
2016	0,25	0,00	0,01
2013-2016	0,75	0,00	0,03

**Tz. 401** Die aus der Beitragsrücklage in 2013 und 2014 tatsächlich erzielten bzw. für 2015 und 2016 geplanten Finanzerträge sind bereits in den von den Rundfunkanstalten angemeldeten Ist- bzw. Planwerten von 675,4 Mio. € enthalten (vgl. Tabellen 147 f.). Sie werden von der Kommission geprüft und in der festgestellten Höhe finanzbedarfsmindernd berücksichtigt. Der ergänzende Ausweis der kalkulatorischen Werte erhöht die Transparenz.

### 3.2 Erträge aus Kostenerstattungen

Die Kommission stellt für 2017 bis 2020 für die Anstalten Erträge aus *Kostenerstattungen* von insgesamt 451,7 Mio. € fest. Davon entfallen auf die ARD 418,1 Mio. €, auf das ZDF 32,0 Mio. € und auf das Deutschlandradio 1,6 Mio. €.

Die festgestellten Beträge liegen um 24,8 Mio. € über der Anmeldung der Anstalten von 426,9 Mio. €. Die Anpassungen entfallen fast vollständig auf die ARD.

Für 2013 bis 2016 stellt die Kommission Erträge aus *Kostenerstattungen* von insgesamt 469,5 Mio. € fest. Davon entfallen auf die ARD 434,8 Mio. €, auf das ZDF 32,9 Mio. € und auf das Deutschlandradio 1,8 Mio. €.

Die festgestellten Beträge liegen um 20,4 Mio. € über der Anmeldung der Anstalten von insgesamt 449,1 Mio. €. Die Erhöhung betrifft ganz überwiegend die ARD.

Die Erträge aus *Kostenerstattungen* enthalten unter anderem *Kostenerstattungen* ausländischer, anderer öffentlich-rechtlicher sowie privater Rundfunkveranstalter. Erträge aus *Kostenerstattungen*, die im Zusammenhang mit *Werbung* und *Sponsoring* entstehen, sind unter den Werbe- und Sponsoringerträgen erfasst (Tzn. 357 ff.).

Tz. 402

In Tabelle 157 werden für 2017 bis 2020 und für 2013 bis 2016 die von den Anstalten angemeldeten Erträge aus *Kostenerstattungen* den von der Kommission festgestellten Erträgen gegenübergestellt.

Tz. 403

**Tab. 157 Erträge aus Kostenerstattungen (in Mio. €)**  
Anmeldung der Anstalten und Feststellung der Kommission

2017-2020	ARD	ZDF	DRadio	Anstalten gesamt
Anmeldung	393,3	32,0	1,6	426,9
Feststellung	418,1	32,0	1,6	451,7
Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag	24,8	0,0	0,0	24,8
Ø festgestellt p.a. 2017-2020	104,5	8,0	0,4	112,9
2013-2016				
Anmeldung	414,4	32,9	1,8	449,1
Feststellung	434,8	32,9	1,8	469,5
Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag	20,4	0,0	0,0	20,4
Ø festgestellt p.a. 2013-2016	108,7	8,2	0,5	117,4

**Tz. 404** Die Anstalten haben für 2013 bis 2016 und 2017 bis 2020 folgende Erträge aus Kostenerstattungen angemeldet:

**Tab. 158 Erträge aus Kostenerstattungen (in Mio. €)**  
**Anmeldungen der Rundfunkanstalten zum 20. Bericht**

	ARD	ZDF	DRadio	Anstalten gesamt
<b>2013-2016</b>	414,4	32,9	1,8	449,1
<b>2017-2020</b>	393,3	32,0	1,6	426,9
<b>Ø p.a. 2017-2020</b>	98,3	8,0	0,4	106,7
<b>Veränderung</b>	- 21,1	- 0,9	- 0,2	- 22,2
<b>Veränderung in %</b>	- 5,1	-2,7	-11,1	- 4,9
<b>Veränderung in % p.a.</b>	-1,3	- 0,7	- 2,9	-1,2

**Tz. 405** Die für 2013 bis 2016 von ARD, ZDF und Deutschlandradio mit 449,1 Mio. € angemeldeten Erträge aus Kostenerstattungen liegen 11,2 Mio. € unter dem im 19. Bericht mit 460,3 Mio. € festgestellten Betrag. Wesentliche Ursache hierfür ist die Anmeldung der ARD. Diese hat rund 10 Mio. € weniger angemeldet (vgl. Tz. 407).

**Tab. 159 Erträge aus Kostenerstattungen (in Mio. €)**  
**Budgetabgleich 2013 bis 2016**

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht festgestellt	Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag
<b>2013</b>	119,1	112,8	6,3
<b>2014</b>	122,4	122,0	0,4
<b>2015</b>	100,6	111,6	-11,0
<b>2016</b>	106,9	113,8	-6,9
<b>Summe 2013-2016</b>	449,1	460,3	-11,2



### 3.2.1 Erträge der ARD aus Kostenerstattungen

Bei der ARD stellt die Kommission für 2017 bis 2020 Erträge aus Kostenerstattungen von 418,1 Mio. € fest. Der festgestellte Betrag für 2017 bis 2020 liegt um 24,8 Mio. € über der Anmeldung der ARD von 393,3 Mio. € (vgl. Tabelle 160). Für 2013 bis 2016 stellt die Kommission bei der ARD Erträge aus Kostenerstattungen von insgesamt 434,8 Mio. € fest. Die festgestellten Erträge liegen um 20,4 Mio. € über den Anmeldungen der ARD von insgesamt 414,4 Mio. €.

Die Differenzen beruhen im Wesentlichen darauf, dass die angemeldeten Erträge noch unter den zum 19. Bericht festgestellten und in 2013 und 2014 tatsächlich erzielten Beträgen liegen.

**Tab. 160 Erträge der ARD aus Kostenerstattungen**  
Anmeldung 20. Bericht und Feststellung durch die Kommission

	Anmeldung ARD 20. Bericht		Feststellung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-)
	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Ertrag (in Mio. €)
2013	112,3		112,3		0,0
2014	113,5	1,1	113,5	1,1	0,0
2015	90,7	-20,1	104,5	-7,9	13,8
2016	97,9	7,9	104,5	0,0	6,6
Summe 2013-2016	414,4		434,8		20,4
2017	95,2	-2,8	104,5	0,0	9,3
2018	99,4	4,4	104,5	0,0	5,1
2019	96,1	-3,3	104,5	0,0	8,4
2020	102,5	6,7	104,5	0,0	2,0
Summe 2017-2020	393,3		418,1		24,8
Ø 2017-2020 p.a.	98,3		104,5		6,2
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	-21,1	-5,1	-16,7	-3,8	
Ø p.a.		-1,3		-1,0	

Die Kommission geht vor dem Hintergrund der in 2013 und 2014 erzielten Ist-Erträge von jährlich über 110 Mio. € davon aus, dass die ARD auch 2017 bis 2020 höhere Erträge aus Kostenerstattungen als angemeldet erzielen wird. Die Kommission erhöht daher die Erträge für 2017 bis 2020 um 24,8 Mio. € gegenüber der Anmeldung. Das entspricht Erträgen aus Kostenerstattungen in 2017 bis 2020 von durchschnittlich 104,5 Mio. € p.a. Die Kommission orientiert sich dabei am Wert des Jahres 2014 und berücksichtigt auch die Umgliederungen beim SWR und beim SR (vgl. Tz. 407).

Tz. 406

Für 2013 bis 2016 hat die ARD Erträge aus Kostenerstattungen von 414,4 Mio. € angemeldet. Das sind 9,9 Mio. € weniger als im 19. Bericht festgestellt. Die ARD hat dies u.a. mit korrespondierendem Aufwand sowie mit Umgliederungen von 23,0 Mio. € von den Kostenerstattungen zu den

Tz. 407

Erträgen aus der kommerziellen Sendermitbenutzung beim SWR und von 3,2 Mio. € p.a. von den Kostenerstattungen aus dem LUGA zu den Erträgen aus dem Finanzausgleich beim SR (ab 2015) begründet.

**Tab. 161 Erträge der ARD aus Kostenerstattungen (in Mio. €)**  
**Budgetabgleich 2013 bis 2016**

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht festgestellt	Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag
2013	112,3	104,7	7,6
2014	113,5	111,7	1,8
2015	90,7	104,3	-13,6
2016	97,9	103,5	-5,6
Summe 2013-2016	414,4	424,3	-9,9

**Tz. 408** 2013 und 2014 erzielt die ARD insgesamt 9,4 Mio. € (2013: 7,6 Mio. €; 2014: 1,8 Mio. €) höhere Erträge aus Kostenerstattungen als im 19. Bericht festgestellt. Die Umgliederungen von 5,7 Mio. € in 2013 und von 5,7 Mio. € in 2014 von den Kostenerstattungen zu den Erträgen aus der kommerziellen Sendermitbenutzung beim SWR sind hierbei bereits berücksichtigt. Dennoch hat die ARD Erträge aus Kostenerstattungen von nur 90,7 Mio. € für 2015 und 97,9 Mio. € für 2016 angemeldet. Die Kommission erhöht daher die Erträge für 2013 bis 2016 um 20,4 Mio. €.

### 3.2.2 Erträge des ZDF aus Kostenerstattungen

Beim ZDF stellt die Kommission für 2017 bis 2020 Erträge aus Kostenerstattungen von insgesamt 32,0 Mio. € fest. Der festgestellte Betrag für 2017 bis 2020 entspricht der Anmeldung des ZDF (vgl. Tabelle 162).

Für 2013 bis 2016 stellt die Kommission Erträge aus Kostenerstattungen von 32,9 Mio. € fest. Auch für 2013 bis 2016 nimmt die Kommission keine Anpassungen vor. Das ZDF hat sich bei seinen Anmeldungen im Wesentlichen am 19. Bericht orientiert.

**Tz. 409** Zum 20. Bericht meldet das ZDF für 2017 bis 2020 Erträge aus Kostenerstattungen von 32,0 Mio. € an. Das ZDF weist insbesondere auf die Abhängigkeit von Veranstaltungsort und Federführerschaft im Leistungsverkehr mit den ARD-Anstalten hin. Die Kommission stellt daher den Betrag in der angemeldeten Höhe fest.

**Tab. 162 Erträge des ZDF aus Kostenerstattungen**  
Anmeldung 20. Bericht und Feststellung durch die Kommission

	Anmeldung ZDF 20. Bericht		Feststellung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-)
	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Ertrag (in Mio. €)
2013	6,2		6,2		0,0
2014	8,6	38,7	8,6	38,7	0,0
2015	9,5	10,5	9,5	10,5	0,0
2016	8,6	-9,5	8,6	-9,5	0,0
Summe 2013-2016	32,9		32,9		0,0
2017	6,0	-30,2	6,0	-30,2	0,0
2018	10,0	66,7	10,0	66,7	0,0
2019	6,0	-40,0	6,0	-40,0	0,0
2020	10,0	66,7	10,0	66,7	0,0
Summe 2017-2020	32,0		32,0		0,0
Ø 2017-2020 p.a.	8,0		8,0		0,0
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	-0,9	-2,7	-0,9	-2,7	
Ø p.a.		-0,7		-0,7	

Das ZDF meldet für 2013 bis 2016 Erträge aus Kostenerstattungen von 32,9 Mio. € an. Es hat sich dabei im Wesentlichen an den Feststellungen im 19. Bericht orientiert. Die Kommission stellt daher den Betrag in der angemeldeten Höhe fest.

Tz. 410

**Tab. 163 Erträge des ZDF aus Kostenerstattungen (in Mio. €)**  
Budgetabgleich 2013 bis 2016

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht festgestellt	Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag
2013	6,2	7,4	-1,2
2014	8,6	9,6	-1,0
2015	9,5	6,6	2,9
2016	8,6	9,6	-1,0
Summe 2013-2016	32,9	33,2	-0,2

Das ZDF unterschreitet 2013 und 2014 die im 19. Bericht festgestellten Erträge aus Kostenerstattungen insgesamt um 2,2 Mio. €. Es erzielt dabei insbesondere weniger Erträge aus dem Leistungsverkehr mit den ARD-Anstalten. Für 2015 rechnet das ZDF mit 9,5 Mio. € Erträgen aus Kostenerstattungen. Das sind 2,9 Mio. € mehr als zum 19. Bericht festgestellt. Diese Mehrerträge gleichen die kumulierten Mindererträge in 2013 und 2014 aus.

Tz. 411

### 3.2.3 Erträge des Deutschlandradios aus Kostenerstattungen

Beim Deutschlandradio stellt die Kommission für 2017 bis 2020 Erträge aus Kostenerstattungen von 1,59 Mio. € fest. Der festgestellte Betrag für 2017 bis 2020 liegt um 0,02 Mio. € über der Anmeldung des Deutschlandradios von 1,57 Mio. € (vgl. Tabelle 164). Die Kommission erhöht für 2017 bis 2020 die Erträge aus Kostenerstattungen geringfügig.

Für 2013 bis 2016 stellt die Kommission Erträge aus Kostenerstattungen von 1,78 Mio. € fest. Die Kommission passt die Erträge aus Kostenerstattungen des Deutschlandradios für 2015 und 2016 geringfügig an.

**Tz. 412** Das Deutschlandradio meldet für 2017 bis 2020 Erträge aus Kostenerstattungen von 1,57 Mio. € an. Das sind 0,19 Mio. € weniger als für 2013 bis 2016 angemeldet.

**Tab. 164** Erträge des Deutschlandradios aus Kostenerstattungen  
Anmeldung 20. Bericht und Feststellung durch die Kommission

	Anmeldung DRadio 20. Bericht		Feststellung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag (in Mio. €)
	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	
2013	0,64		0,64		0,00
2014	0,33	-48,4	0,33	-48,4	0,00
2015	0,40	21,2	0,40	21,2	0,00
2016	0,39	-2,5	0,41	0,0	0,02
Summe 2013-2016	1,76		1,78		0,02
2017	0,39	0,0	0,40	-2,4	0,01
2018	0,39	0,0	0,40	0,0	0,01
2019	0,39	0,0	0,40	0,0	0,01
2020	0,39	0,0	0,40	0,0	0,01
Summe 2017-2020	1,57		1,59		0,02
Ø 2017-2020 p.a.	0,39		0,40		0,01
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	-0,19	-10,8	-0,19	-10,7	
Ø p.a.		-2,8		-2,8	

**Tz. 413** Die Kommission geht davon aus, dass das Deutschlandradio auch 2017 bis 2020 höhere Erträge aus Kostenerstattungen erzielen wird als angemeldet. Sie stellt daher 5 T€ p.a. mehr fest als angemeldet.

**Tz. 414** Für 2013 bis 2016 meldet das Deutschlandradio Erträge aus Kostenerstattungen von 1,76 Mio. € an. Das sind 1,09 Mio. € weniger als im 19. Bericht mit 2,85 Mio. € festgestellt.

**Tab. 165 Erträge des Deutschlandradios aus Kostenerstattungen (in Mio. €)**  
**Budgetabgleich 2013 bis 2016**

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht festgestellt	Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag
2013	0,64	0,71	-0,07
2014	0,33	0,71	-0,38
2015	0,40	0,71	-0,31
2016	0,39	0,71	-0,32
Summe 2013-2016	1,76	2,85	-1,09

Das Deutschlandradio erwartet insbesondere Mindererträge aus Konzerten und öffentlichen Veranstaltungen aufgrund der Einstellung der Veranstaltungsreihe „DLF Extra“ und dem Wegfall des Werbeetats aus Mitteln des *Beitragsservices* in Zusammenhang mit der Einführung des neuen Beitragsmodells. Die Kommission akzeptiert dies nur teilweise. Sie stellt für 2015 1 T€ und für 2016 17 T€ mehr fest als angemeldet.

*Tz. 415*

### 3.3 Sonstige betriebliche Erträge

Die Kommission stellt für 2017 bis 2020 *Sonstige betriebliche Erträge* der Anstalten von insgesamt 2.553,9 Mio. € fest. Davon entfallen auf die ARD 2.061,6 Mio. €, auf das ZDF 450,4 Mio. € und auf das Deutschlandradio 41,9 Mio. €. Die festgestellten Beträge liegen um 73,0 Mio. € über den Anmeldungen der Anstalten von insgesamt 2.480,9 Mio. €. Von der Erhöhung entfallen auf die ARD 59,9 Mio. €, auf das ZDF 9,0 Mio. € und auf das Deutschlandradio rund 4,1 Mio. €. Die Kommission hat sich dabei an Mittelwerten der Ist-Erträge der letzten fünf Jahre oder am Ergebnis des letzten geprüften Jahres orientiert.

Im Wesentlichen aufgrund zwischenzeitlich vorliegender Ist-Zahlen 2015 (*Anderer Erträge*) stellt die Kommission für 2013 bis 2016 für die Anstalten *Sonstige betriebliche Erträge* von 2.480,7 Mio. € fest. Sie geht dabei für 2015 von 21,3 Mio. € und für 2016 von 10,0 Mio. € höheren Anderen Erträgen aus als von den Anstalten angemeldet. Von den Sonstigen betrieblichen Erträgen von 2.480,7 Mio. € entfallen auf die ARD 1.997,5 Mio. €, auf das ZDF 438,7 Mio. € und auf das Deutschlandradio 44,5 Mio. €.

Alle Anstalten haben höhere *Sonstige betriebliche Erträge* angemeldet als im 19. Bericht festgestellt. Erstmals haben ARD, ZDF und Deutschlandradio Erträge aus der Auflösung *Sonstiger Rückstellungen* geplant und angemeldet. Die für 2013 bis 2016 festgestellten Beträge liegen um 70,2 Mio. € über den Anmeldungen der Anstalten. Davon entfallen auf die ARD 52,8 Mio. €, das ZDF 14,4 Mio. € und das Deutschlandradio 3,0 Mio. €.

- Tz. 416** ARD, ZDF und Deutschlandradio erwirtschaften *Sonstige betriebliche Erträge* vor allem aus Programmverwertungen, Koproduktionen und Kofinanzierungen, Senderstandortmitbenutzung, Mieten und Pachten sowie aus Anderen Erträgen. Darüber hinaus erzielen sie jährlich über 55 Mio. € Erträge aus der Auflösung von Sonstigen Rückstellungen.
- Tz. 417** Bisher meldeten die Rundfunkanstalten systembedingt keine Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen an, obwohl diese als Teil der Sonstigen betrieblichen Erträge in der Regel angefallen waren. Bis zum 17. Bericht ermittelte die Kommission die voraussichtlichen Erträge aus der Auflösung Sonstiger Rückstellungen anhand der Auflösungserträge der letzten fünf Jahre vor dem Jahr der Anmeldung zum jeweiligen Bericht. Sie bildete das arithmetische Mittel der Auflösungserträge und berücksichtigte dieses zu 50 % bei der Finanzbedarfsermittlung. Für den 18. und 19. Bericht berücksichtigte die Kommission dagegen die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen bei den *Eigenmitteln*. Dieses Verfahren hat sich nicht bewährt, weil es die Realität nicht angemessen abbildet.
- Tz. 418** Vom 20. Bericht an prognostiziert die Kommission die Auflösungserträge aus Sonstigen Rückstellungen nunmehr nach Maßgabe der neuen Regelungen im *IVF*-Verfahrensheft auf der Basis der Auflösungserträge der letzten fünf abgeschlossenen Geschäftsjahre.

Das neue Verfahren berücksichtigt auch Sondertatbestände bei den Ist-Erträgen. Diese werden von den Rundfunkanstalten ertragsmindernd angemeldet und von der Kommission geprüft.

Tz. 419

Ein Sondertatbestand setzt ein einmaliges Ereignis von signifikanter Größenordnung voraus. Die Kommission legt dieses Merkmal restriktiv aus. Sie erkennt die von den Anstalten angemeldeten Sondertatbestände nur in eingeschränktem Umfang ertragsmindernd an, weil die Sachverhalte überwiegend die regelmäßig wiederkehrende Vorsorge für ungewisse Verbindlichkeiten und Verluste betreffen.

In Tabelle 166 werden für 2017 bis 2020 und für 2013 bis 2016 die von den Anstalten angemeldeten Sonstigen betrieblichen Erträge den von der Kommission festgestellten Erträgen gegenübergestellt.

Tz. 420

**Tab. 166 Sonstige betriebliche Erträge (in Mio. €)**  
**Anmeldung der Anstalten und Feststellung der Kommission**

2017-2020	ARD	ZDF	DRadio	Anstalten gesamt
Anmeldung	2.001,7	441,4	37,8	2.480,9
Feststellung	2.061,6	450,4	41,9	2.553,9
Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag	59,9	9,0	4,1	73,0
Ø festgestellt p.a. 2017-2020	515,4	112,6	10,5	638,5
2013-2016				
Anmeldung	1.944,7	424,3	41,5	2.410,5
Feststellung	1.997,5	438,7	44,5	2.480,7
Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag	52,8	14,4	3,0	70,2
Ø festgestellt p.a. 2013-2016	499,4	109,7	11,1	620,2

Die Kommission stellt für 2013 bis 2016 2.480,7 Mio. € und für 2017 bis 2020 2.553,9 Mio. € fest. Das sind für 2013 bis 2016 70,2 Mio. € und für 2017 bis 2020 73,0 Mio. € mehr als angemeldet. Für 2013 bis 2016 entfallen davon auf die ARD 52,8 Mio. €, auf das ZDF 14,4 Mio. € und 3,0 Mio. € auf das Deutschlandradio. Für 2017 bis 2020 entfallen von der Differenz von 73,0 Mio. € auf die ARD 59,9 Mio. €, auf das ZDF 9,0 Mio. € und auf das Deutschlandradio 4,1 Mio. €.

Tz. 421

Die Anstalten haben Sonstige betriebliche Erträge für 2013 bis 2016 und 2017 bis 2020 in folgender Höhe angemeldet:

Tz. 422

**Tab. 167 Sonstige betriebliche Erträge der Anstalten (in Mio. €)**  
**Anmeldungen der Rundfunkanstalten zum 20. Bericht**

	ARD	ZDF	DRadio	Anstalten gesamt
2013-2016	1.944,7	424,3	41,5	2.410,5
2017-2020	2.001,7	441,4	37,8	2.480,9
Ø p.a. 2017-2020	500,4	110,4	9,5	620,2
Veränderung	57,0	17,1	-3,7	70,4
Veränderung in %	2,9	4,0	- 8,9	2,9
Veränderung in % p.a.	0,7	1,0	- 2,3	0,7

**Tz. 423** Für 2013 bis 2016 haben ARD, ZDF und Deutschlandradio Sonstige betriebliche Erträge von insgesamt 2.410,5 Mio. € angemeldet. Sie haben damit 344,5 Mio. € mehr angemeldet als im 19. Bericht festgestellt. Erstmals melden die Anstalten Erträge aus der Auflösung Sonstiger Rückstellungen an.

**Tab. 168 Sonstige betriebliche Erträge der Anstalten (in Mio. €)**  
**Budgetabgleich 2013 bis 2016**

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht festgestellt	Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag
2013	582,4	504,6	77,8
2014	609,8	512,8	97,0
2015	623,0	520,1	102,9
2016	595,3	528,5	66,8
Summe 2013-2016	2.410,5	2.066,0	344,5



### 3.3.1 Sonstige betriebliche Erträge der ARD

Bei der ARD stellt die Kommission für 2017 bis 2020 Sonstige betriebliche Erträge von 2.061,6 Mio. € fest. Der festgestellte Betrag für 2017 bis 2020 liegt um 59,9 Mio. € über der Anmeldung der ARD von 2.001,7 Mio. € (vgl. Tabelle 169).

Für 2013 bis 2016 stellt die Kommission bei der ARD Sonstige betriebliche Erträge von 1.997,5 Mio. € fest. Das sind 52,8 Mio. € mehr als die ARD mit 1.944,7 Mio. € angemeldet hat.

Der von der ARD für 2013 bis 2016 angemeldete Betrag ist um 321,3 Mio. € höher als von der Kommission zum 19. Bericht festgestellt. Die ARD meldet mit insgesamt 160,4 Mio. € für 2013 bis 2016 erstmalig Erträge aus der Auflösung von Sonstigen Rückstellungen an (vgl. Tzn. 417 ff.).

Einzelne Rundfunkanstalten haben einen Teil der Erträge aus der Auflösung Sonstiger Rückstellungen beim Aufwand saldiert (vgl. Tz. 429).

Die ARD hat für 2017 bis 2020 Sonstige betriebliche Erträge von 2.001,7 Mio. € angemeldet. Davon entfallen 171,9 Mio. € auf Erträge aus der Auflösung Sonstiger Rückstellungen. Die Anmeldung der ARD liegt 378,3 Mio. € über der Feststellung der Kommission für 2013 bis 2016 im 19. Bericht. Zum 19. Bericht meldete die ARD noch keine Erträge aus der Auflösung Sonstiger Rückstellungen an.

Tz. 424

**Tab. 169 Sonstige betriebliche Erträge der ARD**  
Anmeldung 20. Bericht und Feststellung durch die Kommission

	Anmeldung ARD 20. Bericht		Feststellung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-)
	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Ertrag (in Mio. €)
<b>2013</b>	467,7 <sup>1)</sup>		467,7		0,0
<b>2014</b>	488,7 <sup>2)</sup>	4,5	488,7	4,5	0,0
<b>2015</b>	510,2	4,4	539,1	10,3	28,9
<b>2016</b>	478,1	-6,3	502,0	-6,9	23,9
<b>Summe 2013-2016</b>	<b>1.944,7</b>		<b>1.997,5</b>		<b>52,8</b>
<b>2017</b>	476,4	-0,4	492,0	-2,0	15,6
<b>2018</b>	496,6	4,2	510,3	3,7	13,7
<b>2019</b>	499,5	0,6	514,7	0,9	15,2
<b>2020</b>	529,1	5,9	544,5	5,8	15,4
<b>Summe 2017-2020</b>	<b>2.001,7</b>		<b>2.061,6</b>		<b>59,9</b>
<b>Ø 2017-2020 p.a.</b>	<b>500,4</b>		<b>515,4</b>		<b>15,0</b>
<b>Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016</b>	<b>57,0</b>	<b>2,9</b>	<b>64,1</b>	<b>3,2</b>	
<b>Ø p.a.</b>		<b>0,7</b>		<b>0,8</b>	

1) gemäß Anlage 5e (3) der Anmeldung Ist-Wert um 17,4 Mio. € zu niedrig ausgewiesen.

2) gemäß Anlage 5e (3) der Anmeldung Ist-Wert um 8,7 Mio. € zu niedrig ausgewiesen.

**Tz. 425** Die Kommission geht vor dem Hintergrund der Erträge in der Vergangenheit davon aus, dass die ARD auch für 2013 bis 2016 sowie 2017 bis 2020 höhere Erträge als angemeldet erzielen wird. Sie stellt daher bei mehreren Positionen gegenüber der Anmeldung für 2013 bis 2016 insgesamt 52,8 Mio. € und für 2017 bis 2020 insgesamt 59,9 Mio. € mehr Erträge fest. Davon entfallen allein 18,6 Mio. € (2013 bis 2016) bzw. 37,2 Mio. € (2017 bis 2020) auf Erträge aus der Auflösung von Sonstigen Rückstellungen.

**Tz. 426** Die Kommission hat bei der Feststellung sowohl die Erläuterungen der ARD, als auch die Ist-Entwicklung 2014 und die Mittelwerte 2010 bis 2014 zugrunde gelegt. Sie hat darüber hinaus für 2015 und 2016 Mehrerträge von insgesamt 21,8 Mio. € bei den Anderen Erträgen berücksichtigt. Das Hauptstadtstudio der ARD soll 2019 in das Eigentum aller Landesrundfunkanstalten übergehen. In der Folge entfallen die Mieterträge aus der Refinanzierung bei RBB und WDR.

Die Kommission erläutert die Anpassungen wie folgt:

- **Programmverwertungen:** Erhöhung Sonstiger betrieblicher Erträge auf den Median 2010 bis 2014 von 45,8 Mio. €. Die Kommission erhöht die Erträge für 2013 bis 2016 um insgesamt 7,2 Mio. € und für 2017 bis 2020 um 6,4 Mio. €.
- **Mieten und Pachten:** Die Kommission hat die von der ARD angemeldeten Beträge an den Wert des Jahres 2014 angepasst. Sie erhöht die Erträge für 2017 bis 2020 um 0,1 Mio. € und berücksichtigt dabei den Wegfall von 2,4 Mio. € p.a. für das Hauptstadtstudio ab 2019.
- **Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens:** Erhöhung auf den Median 2010 bis 2014 mit Ausnahme 2018. Die Kommission erhöht die Erträge für 2017 bis 2020 um 5,7 Mio. €.
- **Vorsteuererstattungen:** Erhöhung auf den Ist-Wert 2014 unter Berücksichtigung der von der ARD eingeplanten Steuererhöhungen. Die Kommission erhöht die Erträge für 2013 bis 2016 um 1,0 Mio. € und für 2017 bis 2020 um 2,0 Mio. €.
- **Übrige Sonstige Betriebserträge:** Die Kommission erhöht die Erträge für 2013 bis 2016 um 26,0 Mio. € und berücksichtigt dabei insbesondere die Mehrerträge aus Mahngebühren (Andere Erträge). Für 2017 bis 2020 erhöht sie die Übrigen Sonstigen Betriebserträge um 8,5 Mio. € und orientiert sich dabei am Median 2010 bis 2014.

**Tz. 427** 2013 und 2014 hat die ARD insgesamt 157,1 Mio. € höhere Sonstige betriebliche Erträge erzielt als im 19. Bericht festgestellt. Ursachen hierfür sind insbesondere die zum 19. Bericht nicht geplanten und nicht angemeldeten Erträge aus der Auflösung Sonstiger Rückstellungen von über 100 Mio. € für beide Jahre.

**Tz. 428** Darüber hinaus erzielt die ARD höhere Übrige Sonstige Betriebserträge insbesondere aus Mahngebühren im Zusammenhang mit dem Rundfunkbeitragseinzug (Andere Erträge). Der SWR gliedert für 2013 bis 2016 aus Gründen der Transparenz rund 23,0 Mio. € von den Erträgen aus Kostenerstattungen zu den Erträgen aus Sendermitbenutzung um (vgl. Tz. 407).

Die Kommission hat festgestellt, dass die ARD die Erträge aus der Auflösung von Sonstigen Rückstellungen für 2013 um 17,4 Mio. € und 2014 um 8,7 Mio. € zu niedrig ausgewiesen hat. Von dem Gesamtbetrag von 26,1 Mio. € entfallen 18,7 Mio. € auf die Auflösung von Steuerrückstellungen u.a. aus Sport-Langzeitverträgen, 6,4 Mio. € auf die Auflösung von Zinsrückstellungen für Steuern und 1,0 Mio. € auf die Auflösung von Altersteilzeitrückstellungen. Einzelne Landesrundfunkanstalten saldieren diese Erträge beim Aufwand. Allerdings werden diese Erträge für 2015 und 2016 sowie für 2017 bis 2020 zutreffend angemeldet.

Tz. 429

Die Kommission erwartet, dass die ARD künftig die Erträge aus der Auflösung von Sonstigen Rückstellungen vollständig als Ertrag anmeldet.

Tz. 430

**Tab. 170 Sonstige betriebliche Erträge der ARD (in Mio. €)**  
**Budgetabgleich 2013 bis 2016**

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht festgestellt	Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag
<b>2013</b>	467,7 <sup>1)</sup>	397,1	70,6
<b>2014</b>	488,7 <sup>2)</sup>	402,2	86,5
<b>2015</b>	510,2	408,6	101,6
<b>2016</b>	478,1	415,5	62,6
<b>Summe 2013-2016</b>	<b>1.944,7</b>	<b>1.623,4</b>	<b>321,3</b>

1) gemäß Anlage 5e (3) der Anmeldung Ist-Wert um 17,4 Mio. € zu niedrig ausgewiesen.

2) gemäß Anlage 5e (3) der Anmeldung Ist-Wert um 8,7 Mio. € zu niedrig ausgewiesen.

### 3.3.2 Sonstige betriebliche Erträge des ZDF

Beim ZDF stellt die Kommission für 2017 bis 2020 Sonstige betriebliche Erträge von 450,4 Mio. € fest. Der festgestellte Betrag für 2017 bis 2020 liegt um 9,0 Mio. € über der Anmeldung des ZDF von 441,4 Mio. € (vgl. Tabelle 171). Die Differenz beruht im Wesentlichen auf Anpassungen bei im Ausland zu entrichtenden Kabelentgelten.

Das ZDF hat für 2013 bis 2016 Sonstige betriebliche Erträge von 424,3 Mio. € angemeldet. Die Kommission stellt mit 438,7 Mio. € insgesamt 14,4 Mio. € mehr fest als vom ZDF angemeldet.

**Tz. 431** Das ZDF hat für 2013 bis 2016 Sonstige betriebliche Erträge von 424,3 Mio. € und für 2017 bis 2020 Erträge von 441,4 Mio. € angemeldet.

**Tab. 171 Sonstige betriebliche Erträge des ZDF**  
Anmeldung 20. Bericht und Feststellung durch die Kommission

	Anmeldung ZDF 20. Bericht		Feststellung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-)
	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Ertrag (in Mio. €)
<b>2013</b>	103,3		103,3		0,0
<b>2014</b>	109,1	5,6	109,1	5,6	0,0
<b>2015</b>	103,8	-4,9	113,3	3,8	9,5
<b>2016</b>	108,1	4,1	113,0	-0,3	4,9
<b>Summe 2013-2016</b>	<b>424,3</b>		<b>438,7</b>		<b>14,4</b>
<b>2017</b>	108,2	0,1	110,4	-2,3	2,2
<b>2018</b>	109,8	1,5	112,1	1,5	2,3
<b>2019</b>	111,0	1,1	113,2	1,0	2,2
<b>2020</b>	112,5	1,4	114,8	1,4	2,3
<b>Summe 2017-2020</b>	<b>441,4</b>		<b>450,4</b>		<b>9,0</b>
<b>Ø 2017-2020 p.a.</b>	<b>110,4</b>		<b>112,6</b>		<b>2,2</b>
<b>Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016</b>	<b>17,1</b>	<b>4,0</b>	<b>11,7</b>	<b>2,7</b>	
<b>Ø p.a.</b>		<b>1,0</b>		<b>0,7</b>	

**Tz. 432** Die Kommission teilt die Einschätzungen des ZDF nicht uneingeschränkt. Sie sieht für 2013 bis 2016 gegenüber der Anmeldung weitere Ertragspotenziale. Diese bestehen insbesondere bei den Kabelentgelten Ausland, bei den Erträgen aus der Auflösung Sonstiger Rückstellungen und bei den Anderen Erträgen. Die Kommission stellt mit 438,7 Mio. € um 14,4 Mio. € höhere Sonstige betriebliche Erträge fest als angemeldet. Von diesem Mehrbetrag entfallen 8,4 Mio. € auf die Anderen Erträge, 4,6 Mio. € auf die Kabelentgelte Ausland, 0,6 Mio. € auf Sonstige Verwertungen und 0,8 Mio. € auf die Erträge aus der Auflösung Sonstiger Rückstellungen.

Auch für 2017 bis 2020 erwartet die Kommission gegenüber der Anmeldung teilweise höhere Erträge. Die Kommission erläutert die Erhöhung um insgesamt 9,0 Mio. € wie folgt:

Tz. 433

- Kabelentgelte Ausland: Anpassung von 1,8 Mio. € auf 9,0 Mio. € p.a. Die Kommission erhöht insgesamt um 7,2 Mio. € und berücksichtigt dabei die ungewisse Ertragssituation nach Kündigung eines wichtigen Kabelbetreibers ab Mitte 2016 zu 50 %.
- Sonstige Verwertungen: Die Kommission stellt insgesamt 0,4 Mio. € mehr fest. Sie orientiert sich dabei am Wert 2014.
- Mieten und Pachten: Die Kommission passt die vom ZDF angemeldeten Beträge an den Wert 2014 an. Sie stellt um insgesamt 0,4 Mio. € höhere Erträge fest.
- Gewinne aus Anlagenabgängen: Die Kommission stellt um 1,0 Mio. € höhere Erträge fest.

Das ZDF hat für 2013 bis 2016 Sonstige betriebliche Erträge von 424,3 Mio. € angemeldet. Das sind im Vergleich zu den Feststellungen im 19. Bericht insgesamt 12,1 Mio. € mehr. Eine wesentliche Ursache dafür sind 8,8 Mio. € angemeldete Erträge aus der Auflösung Sonstiger Rückstellungen.

Tz. 434

**Tab. 172 Sonstige betriebliche Erträge des ZDF (in Mio. €)**  
**Budgetabgleich 2013 bis 2016**

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht festgestellt	Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag
2013	103,2	100,0	3,3
2014	109,1	103,0	6,1
2015	103,8	103,9	0,0
2016	108,1	105,4	2,7
<b>Summe 2013-2016</b>	<b>424,3</b>	<b>412,3</b>	<b>12,1</b>

2013 und 2014 hat das ZDF 9,4 Mio. € höhere Sonstige betriebliche Erträge erwirtschaftet und angemeldet als im 19. Bericht festgestellt, obwohl die Kommission für diese beiden Jahre insgesamt bereits 3,0 Mio. € zugeschätzt hatte. Das ZDF begründet die Mehrerträge nachvollziehbar mit höheren Erträgen aus Mahngebühren (Andere Erträge) und einmaligen *Sondereffekten*, wie dem Teilverkauf eines Grundstücks. Die höheren Erträge aus Mahngebühren beruhen insbesondere auf den *Direktanmeldungen* der Rundfunkanstalten.

Tz. 435

### 3.3.3 Sonstige betriebliche Erträge des Deutschlandradios

Für das Deutschlandradio stellt die Kommission für 2017 bis 2020 Sonstige betriebliche Erträge von 41,9 Mio. € fest. Der festgestellte Betrag für 2017 bis 2020 liegt um 4,1 Mio. € über der Anmeldung des Deutschlandradios von 37,8 Mio. € (vgl. Tabelle 173). Die Differenz beruht im Wesentlichen auf einer unterschiedlichen Bewertung der Erträge aus der Auflösung Sonstiger Rückstellungen.

Für 2013 bis 2016 stellt die Kommission für das Deutschlandradio Sonstige betriebliche Erträge von 44,5 Mio. € fest. Der festgestellte Betrag liegt 3,0 Mio. € über dem vom Deutschlandradio angemeldeten Betrag von 41,5 Mio. €.

Darüber hinaus erzielt das Deutschlandradio, wie ARD und ZDF, höhere Mahngebühren aus dem Beitragseinzug.

**Tz. 436** Das Deutschlandradio meldet für 2013 bis 2016 und für 2017 bis 2020 folgende Sonstige betriebliche Erträge an.

**Tab. 173 Sonstige betriebliche Erträge des Deutschlandradios**  
Anmeldung 20. Bericht und Feststellung durch die Kommission

	Anmeldung DRadio 20. Bericht		Feststellung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-)
	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Ertrag (in Mio. €)
<b>2013</b>	11,40		11,40		0,00
<b>2014</b>	12,01	5,4	12,01	5,4	0,00
<b>2015</b>	9,00	-25,1	10,63	-11,5	1,63
<b>2016</b>	9,13	1,4	10,45	-1,7	1,32
<b>Summe 2013-2016</b>	<b>41,54</b>		<b>44,49</b>		<b>2,95</b>
<b>2017</b>	9,24	1,2	10,22	-2,2	0,98
<b>2018</b>	9,39	1,6	10,36	1,4	0,98
<b>2019</b>	9,54	1,6	10,59	2,2	1,05
<b>2020</b>	9,64	1,0	10,69	0,9	1,05
<b>Summe 2017-2020</b>	<b>37,80</b>		<b>41,86</b>		<b>4,06</b>
<b>Ø 2017-2020 p.a.</b>	<b>9,45</b>		<b>10,47</b>		<b>1,02</b>
<b>Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016</b>	<b>-3,74</b>	<b>-9,0</b>	<b>-2,63</b>	<b>-5,9</b>	
<b>Ø p.a.</b>		<b>-2,3</b>		<b>-1,5</b>	

**Tz. 437** Die Kommission stellt für 2017 bis 2020 Sonstige betriebliche Erträge von 41,86 Mio. € fest. Gegenüber der Anmeldung des Deutschlandradios ist das eine Erhöhung um 4,06 Mio. €. Der Mehrbetrag betrifft insbesondere die Übrigen Sonstigen Betriebserträge mit 202 T€, Mieten und Pachten mit 73 T€ und die Sonstigen Programmverwertungen mit 52 T€. Bei den Erträgen aus der Auflösung

Sonstiger Rückstellungen stellt die Kommission für 2017 bis 2020 mit 6,1 Mio. € rund 3,7 Mio. € mehr fest als vom Deutschlandradio angemeldet.

Für 2013 bis 2016 stellt die Kommission bei den Sonstigen betrieblichen Erträgen 3,0 Mio. € mehr fest als vom Deutschlandradio angemeldet. Gegenüber den Anmeldungen des Deutschlandradios erhöht die Kommission die Übrigen Sonstigen Betriebserträge um 1.082 T€, die Erträge aus der Auflösung Sonstiger Rückstellungen um 1.844 T€ und bei Mieten und Pachten um 17 T€.

Das Deutschlandradio meldet für 2013 bis 2016 Sonstige betriebliche Erträge von 41,54 Mio. € an. Das sind 11,24 Mio. € mehr als im 19. Bericht mit 30,30 Mio. € festgestellt.

Tz. 438

**Tab. 174 Sonstige betriebliche Erträge des Deutschlandradios (in Mio. €)**  
**Budgetabgleich 2013 bis 2016**

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht festgestellt	Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag
2013	11,40	7,47	3,93
2014	12,01	7,61	4,40
2015	9,00	7,59	1,41
2016	9,13	7,62	1,51
Summe 2013-2016	41,54	30,30	11,24

Beim Deutschlandradio sind die Sonstigen betrieblichen Erträge 2013 und 2014 gegenüber den Feststellungen im 19. Bericht um 8,33 Mio. € deutlich gestiegen. Grund hierfür sind insbesondere die Erträge aus der Auflösung Sonstiger Rückstellungen. Im Gegensatz zum 19. Bericht berücksichtigen die Anstalten diese Erträge erstmals bei der Anmeldung. 2013 und 2014 hat das Deutschlandradio aus der Auflösung Sonstiger Rückstellungen insgesamt Erträge von 5,66 Mio. € erzielt. Weitere Mehrerträge von 1,10 Mio. € entstanden aus Mahngebühren aus dem Beitragseinzug (Andere Erträge).

Tz. 439

### 3.4 Beteiligungserträge

Die Kommission stellt für 2017 bis 2020 für alle Anstalten Erträge aus *Beteiligungen* von insgesamt 71,6 Mio. € fest. Davon entfallen auf die ARD 36,4 Mio. €, auf das ZDF 34,8 Mio. € und auf das Deutschlandradio 0,4 Mio. €. Die festgestellten Beträge liegen um 18,7 Mio. € über den Anmeldungen der Anstalten von insgesamt 52,9 Mio. €. Von der Erhöhung entfallen auf die ARD 11,0 Mio. € und auf das ZDF 7,7 Mio. €. Die Anmeldung des Deutschlandradios wird in der angemeldeten Höhe festgestellt.

Für 2013 bis 2016 stellt die Kommission für ARD, ZDF und Deutschlandradio Erträge aus *Beteiligungen* von 71,0 Mio. € fest. Davon entfallen auf die ARD 36,8 Mio. €, auf das ZDF 33,7 Mio. € und auf das Deutschlandradio 0,5 Mio. €. Die Kommission stellt bei der ARD für 2013 bis 2016 um 4,8 Mio. € mehr *Beteiligungserträge* fest als angemeldet. Für das ZDF und das Deutschlandradio stellt die Kommission die Beteiligungserträge in der angemeldeten Höhe fest.

**Tz. 440** Die Struktur der Rundfunkanstalten hat sich durch die Ausgliederung kommerzieller Aktivitäten in *Beteiligungsunternehmen* erheblich geändert. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind einzeln, gemeinsam oder auch mit Dritten an über 200 Unternehmen des privaten Rechts beteiligt. Hierzu zählen auch Stiftungen und die *Gemeinschaftseinrichtungen* in einer Rechtsform des privaten Rechts.

**Tz. 441** Die Beteiligungserträge setzen sich zusammen aus

- Erträgen aus *unmittelbaren Beteiligungsunternehmen* der Rundfunkanstalten (ohne Werbegesellschaften),
- konsolidierten Erträgen der Werbegesellschaften aus Beteiligungsunternehmen (*mittelbare Beteiligungsunternehmen* der Rundfunkanstalten) sowie
- Erträgen aus „*Anderen Geschäftsfeldern der Werbegesellschaften*“.

**Tz. 442** Mit dem 16. Bericht führte die Kommission ein neues Verfahren zur Ermittlung der Höhe der Beteiligungserträge ein. Ziel war es, eine angemessene Rendite festzulegen, die bei der Ermittlung der Erträge aus dem Beteiligungsengagement der Anstalten als untere Grenze (Mindestrendite) anzusetzen ist. Die Kommission legte eine Mindestrendite von 5 % nach Steuern fest, die bis heute gilt. Ausgangsbasis für die Renditeberechnung sind die Anschaffungskosten oder der Buchwert der Beteiligung und nicht das Gesellschaftskapital. Die Beteiligungserträge enthielten die Erträge aus unmittelbaren Beteiligungsunternehmen der Rundfunkanstalten (ohne *Werbeerträge*) sowie die unmittelbaren Beteiligungserträge der Werbegesellschaften. Seit dem 18. Bericht werden auch die Erträge der *Anderen Geschäftsfelder der Werbegesellschaften* den Beteiligungserträgen zugerechnet, weil sie nicht zu den Werbeerträgen zählen.



Die Kommission hat im Rahmen einer Evaluierung der 5 %-Rendite die Ist-Ergebnisse einzelner Teilbeteiligungsunternehmen ausgewertet. Dabei wurde deutlich, dass eine Reihe von Teilbeteiligungsunternehmen defizitär arbeitet und das Ist-Ergebnis der Teilbeteiligungsunternehmen z.B. durch Ergebnisabführungsverträge, Garantiedividenden, Bildung von *Rücklagen* und Vorabüberweisungen beeinflusst wird.

Tz. 443

Die Kommission hat, wie bereits im 19. Bericht angekündigt (vgl. Tz. 471), eine Einzelbetrachtung des Teilkonzerns Studio Hamburg begonnen und hierbei auch die NDR Media GmbH einbezogen (vgl. Tzn. 575 ff.).

Tz. 444

Für den 20. Bericht gilt die vereinbarte Mindestrendite. Berücksichtigen die Anstalten bei der Anmeldung für die Prognose eine niedrigere Rendite als die Mindestrendite, so schätzt die Kommission zu. Höhere von den Rundfunkanstalten erwartete Renditen werden von der Kommission berücksichtigt (vgl. 16. Bericht, Tzn. 366 ff.).

Tz. 445

In Tabelle 175 werden für 2017 bis 2020 und für 2013 bis 2016 die von den Anstalten angemeldeten Beteiligungserträge den von der Kommission festgestellten Erträgen gegenübergestellt.

Tz. 446

**Tab. 175 Beteiligungserträge (in Mio. €)**  
**Anmeldung der Anstalten und Feststellung der Kommission**

2017-2020	ARD	ZDF	DRadio	Anstalten gesamt
Anmeldung	25,4	27,1	0,4	52,9
Feststellung	36,4	34,8	0,4	71,6
Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag	11,0	7,7	0,0	18,7
Ø festgestellt p.a. 2017-2020	9,1	8,7	0,1	17,9
2013-2016				
Anmeldung	32,0	33,7	0,5	66,2
Feststellung	36,8	33,7	0,5	71,0
Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag	4,8	0,0	0,0	4,8
Ø festgestellt p.a. 2013 -2016	9,2	8,4	0,1	17,7

Die Kommission stellt für 2013 bis 2016 um 4,8 Mio. € und für 2017 bis 2020 um 18,7 Mio. € höhere Beteiligungserträge fest als von den Anstalten angemeldet. Sie sieht beim Deutschlandradio aufgrund seiner Beteiligungsstruktur von Anpassungen ab. Beim ZDF passt sie nur für 2017 bis 2020 an.

Tz. 447

Für 2017 bis 2020 melden die Anstalten insgesamt 52,9 Mio. € Beteiligungserträge an. Das sind für ARD, ZDF und Deutschlandradio jeweils insgesamt rund 20 % weniger als für 2013 bis 2016 angemeldet.

Tz. 448

**Tab. 176 Beteiligungserträge (in Mio. €)**  
Anmeldungen der Rundfunkanstalten zum 20. Bericht

	ARD	ZDF	DRadio	Anstalten gesamt
<b>2013-2016</b>	32,0	33,7	0,5	66,2
<b>2017-2020</b>	25,4	27,1	0,4	52,9
<b>Ø p.a. 2017-2020</b>	6,4	6,8	0,1	13,2
<b>Veränderung</b>	-6,6	-6,6	-0,1	-13,3
<b>Veränderung in %</b>	-20,6	-19,6	-20,0	-20,1
<b>Veränderung in % p.a.</b>	-5,6	-5,3	-5,4	-5,5

**Tz. 449** ARD, ZDF und Deutschlandradio melden für 2013 bis 2016 insgesamt 66,2 Mio. € Erträge aus Beteiligungen an. Der Betrag liegt 12,1 Mio. € unter dem im 19. Bericht mit 78,3 Mio. € festgestellten Betrag.

**Tab. 177 Erträge der Anstalten aus Beteiligungen (in Mio. €)**  
Budgetabgleich 2013 bis 2016

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht festgestellt	Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag
<b>2013</b>	23,5	19,3	4,2
<b>2014</b>	16,1	19,5	-3,4
<b>2015</b>	13,7	19,7	-6,0
<b>2016</b>	12,9	19,8	-6,9
<b>Summe 2013-2016</b>	66,2	78,3	-12,1

### 3.4.1 Beteiligungserträge der ARD

Bei der ARD stellt die Kommission für 2017 bis 2020 Erträge aus Beteiligungen von 36,4 Mio. € fest. Der festgestellte Ertrag für 2017 bis 2020 liegt um 11,0 Mio. € über der Anmeldung der ARD von 25,4 Mio. € (vgl. Tabelle 178). Die Kommission hält das von der ARD geplante Ergebnis von -11,0 Mio. € für 2017 bis 2020 aus Anderen Geschäftsfeldern der Werbegesellschaften für nicht akzeptabel.

Für 2013 bis 2016 stellt die Kommission für die ARD Erträge aus Beteiligungen von 36,8 Mio. € fest. Der festgestellte Ertrag liegt um 4,8 Mio. € über den von der ARD angemeldeten Erträgen.

Die Beteiligungserträge der ARD setzen sich zusammen aus

Tz. 450

- Erträgen aus unmittelbaren Beteiligungsunternehmen der Rundfunkanstalten (ohne Werbegesellschaften),
- konsolidierten Erträgen der Werbegesellschaften aus Beteiligungsunternehmen (mittelbare Beteiligungsunternehmen der Rundfunkanstalten) sowie
- Erträgen aus „Anderen Geschäftsfeldern der Werbegesellschaften“.

Die Erträge aus unmittelbaren Beteiligungsunternehmen der ARD (ohne Werbegesellschaften) hatte die Kommission im 16. Bericht erstmalig nicht mehr bei den Werbe- und Sponsoringerträgen ausgewiesen (vgl. Tz. 366 f.).

Tz. 451

Für die Erträge aus unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungsunternehmen gilt die Mindestrendite von 5 %. Daher betrachtet die Kommission den Aufwand der Werbegesellschaften für den Geschäftsbereich Beteiligungen, z.B. aus Ergebnisabführungsverträgen, nicht.

Tz. 452

Zum 18. Bericht hat die Kommission erstmalig gesondert die Anderen Geschäftsfelder der neun Werbegesellschaften der ARD betrachtet. Diese Anderen Geschäftsfelder unterliegen nicht den Bedingungen des Werbemarktes. Die hier erzielten Erträge werden methodisch wie Sonstige betriebliche Erträge behandelt.

Tz. 453

Bei den Anderen Geschäftsfeldern handelt es sich überwiegend um *kommerzielle Tätigkeiten*, die den Kriterien der Marktkonformität nach §§ 16a-d RStV unterliegen. Danach ist u.a. der Ausgleich von Verlusten aus diesen Geschäftsfeldern durch das Rundfunkbeitragsaufkommen nicht zulässig, da dies eine Quersubventionierung darstellen würde. Die Kommission erwartet, dass die ARD die in ihren Werbegesellschaften ausgeübten Anderen Geschäftsfelder fortlaufend auf ihre Wirtschaftlichkeit überprüft und den Ursachen für verlustbringende Geschäfte nachgeht.

Tz. 454

Die Kommission hat auch für den 20. Bericht die Entwicklung der Erträge aus den Anderen Geschäftsfeldern der Werbegesellschaften gesondert analysiert (vgl. Tabelle 180). Sie hat dabei den Ist-Erträgen den Ist-Aufwand gegengerechnet.

Tz. 455

**Tab. 178 Beteiligungserträge der ARD Gesamt vor Abzug von Steuern**  
Anmeldung 20. Bericht und Feststellung durch die Kommission

	Anmeldung ARD 20. Bericht		Feststellung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-)
	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Ertrag (in Mio. €)
2013	13,8		13,8		0,0
2014	6,7	-51,4	6,7	-51,4	0,0
2015	5,6	-16,4	8,1	20,9	2,5
2016	5,9	5,4	8,2	1,2	2,3
Summe 2013-2016	32,0		36,8		4,8
2017	6,7	13,6	9,1	11,0	2,4
2018	6,4	-4,5	9,1	0,0	2,7
2019	6,4	0,0	9,1	0,0	2,7
2020	5,9	-7,8	9,1	0,0	3,2
Summe 2017-2020	25,4		36,4		11,0
Ø 2017-2020 p.a.	6,4		9,1		2,7
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	-6,6	-20,6	-0,4	-1,1	
Ø p.a.		-5,6		-0,3	

**Tz. 456** Die ARD meldet für 2017 bis 2020 Erträge aus unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungsunternehmen in folgender Höhe an:

**Tab. 179 Erträge aus unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungsunternehmen der ARD (vor Abzug von Steuern und ohne Werbegesellschaften) (in Mio. €)**  
Anmeldung 20. Bericht

	Erträge aus unmittelbaren Beteiligungsunternehmen	Erträge aus mittelbaren Be- teiligungsunternehmen	Summe
2017	4,0	5,1	9,1
2018	4,0	5,1	9,1
2019	4,0	5,1	9,1
2020	4,0	5,1	9,1
Summe 2017-2020	16,1	20,3	36,4

**Tz. 457** Darüber hinaus meldet die ARD für 2017 bis 2020 negative Ergebnisse aus den Anderen Geschäftsfeldern der Werbegesellschaften an.

**Tab. 180 Aufwand und Ertrag Anderer Geschäftsfelder der ARD-Werbegesellschaften ohne Beteiligungen (in Mio. €)**  
Anmeldung 20. Bericht

	Ertrag	Aufwand	Ergebnis
2017	61,5	63,8	-2,3
2018	61,5	64,2	-2,7
2019	61,5	64,2	-2,7
2020	61,6	64,9	-3,3
Summe 2017-2020	246,1	257,1	-11,0

Die Kommission akzeptiert das von der ARD geplante Ergebnis von -11,0 Mio. € für 2017 bis 2020 aus Anderen Geschäftsfeldern der Werbegesellschaften nicht. Sie stellt daher die Beteiligungserträge der ARD für 2017 bis 2020 im Umfang dieser geplanten Verluste höher fest als angemeldet.

Tz. 458

Die ARD meldet für 2013 bis 2016 Beteiligungserträge von insgesamt 32,0 Mio. € an. Das sind 7,1 Mio. € weniger als im 19. Bericht mit 39,1 Mio. € festgestellt. Hauptursache sind geringere Erträge aus mittelbaren Beteiligungsunternehmen der ARD (vgl. Tzn. 461 f.).

Tz. 459

**Tab. 181 Beteiligungserträge der ARD Gesamt (vor Abzug von Steuern und inkl. Ergebnis der Anderen Geschäftsfelder (in Mio. €))**  
Budgetabgleich 2013 bis 2016

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht festgestellt	Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag
2013	13,8	9,5	4,3
2014	6,7	9,7	-3,0
2015	5,6	9,9	-4,3
2016	5,9	10,0	-4,1
Summe 2013-2016	32,0	39,1	-7,1

Davon sind 16,9 Mio. € Erträge aus unmittelbaren Beteiligungsunternehmen. Das sind 0,7 Mio. € mehr als im 19. Bericht festgestellt:

Tz. 460

**Tab. 182 Erträge der ARD aus unmittelbaren Beteiligungsunternehmen (in Mio. €)**  
Budgetabgleich 2013 bis 2016

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht festgestellt	Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag
2013	4,3	4,0	0,3
2014	4,6	4,0	0,6
2015	4,0	4,1	-0,1
2016	4,0	4,1	-0,1
Summe 2013-2016	16,9	16,2	0,7

Für 2013 bis 2016 meldet die ARD insgesamt 17,0 Mio. € Erträge vor Abzug von Steuern aus mittelbaren Beteiligungsunternehmen an. Das sind 5,9 Mio. € weniger als im 19. Bericht festgestellt. Die ARD erzielt 2013 um 0,3 Mio. € und 2014 um 0,6 Mio. € höhere Erträge aus unmittelbaren Beteiligungsunternehmen als im 19. Bericht festgestellt. Dennoch meldet sie für 2015 und 2016 jeweils 0,1 Mio. € weniger an als im 19. Bericht festgestellt.

Tz. 461

**Tab. 183 Erträge der ARD aus mittelbaren Beteiligungsunternehmen vor Abzug von Steuern (in Mio. €)**  
Budgetabgleich 2013 bis 2016

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht festgestellt	Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag
2013	4,0	5,5	-1,5
2014	4,6	5,7	-1,0
2015	4,1	5,8	-1,7
2016	4,2	5,9	-1,7
Summe 2013-2016	17,0	22,9	-5,9

**Tz. 462** Die ARD geht aber davon aus, dass sie die von der Kommission geforderte Mindestrendite von 5 % erreicht. Ausgehend vom Beteiligungswert in den Bilanzen zum 31. Dezember 2014 planen die Landesrundfunkanstalten der ARD für 2013 bis 2016 für unmittelbare und mittelbare Beteiligungen in Summe mit einer Rendite von 5,6 %.

**Tz. 463** Für 2013 bis 2016 meldet die ARD mit Ausnahme von 2013 für die Anderen Geschäftsfelder ein negatives Ergebnis an. Dieses negative Ergebnis führt zu 1,9 Mio. € geringeren Erträgen der ARD aus Beteiligungen der Werbegesellschaften. Im 19. Bericht hatte die KEF ein ausgeglichenes Ergebnis festgestellt.

**Tab. 184 Aufwand und Ertrag Anderer Geschäftsfelder der ARD-Werbegesellschaften 2013 bis 2016 ohne Beteiligungen (in Mio. €)**

	20. Bericht angemeldet			19. Bericht festgestellt			Mehr- (+) Minder- (-)
	Ertrag	Aufwand	Ergebnis	Ertrag	Aufwand	Ergebnis	Ertrag
2013	74,8	69,3	5,5	64,2	64,2	0,0	5,5
2014	64,9	67,5	-2,6	64,8	64,8	0,0	-2,6
2015	58,1	60,6	-2,5	63,7	63,7	0,0	-2,5
2016	60,6	62,9	-2,3	64,1	64,1	0,0	-2,3
Summe 2013-2016	258,4	260,3	-1,9	256,8	256,8	0,0	-1,9

**Tz. 464** Die Kommission akzeptiert das von der ARD geplante Ergebnis von -4,8 Mio. € für 2015 und 2016 aus Anderen Geschäftsfeldern der Werbegesellschaften nicht. Sie stellt daher die Beteiligungserträge der ARD für 2013 bis 2016 um die für 2015 und 2016 von der ARD geplanten Verluste von insgesamt 4,8 Mio. € höher fest als angemeldet.

### 3.4.2 Beteiligungserträge des ZDF

Beim ZDF stellt die Kommission für 2017 bis 2020 Beteiligungserträge von 34,8 Mio. € fest. Der festgestellte Betrag für 2017 bis 2020 liegt um 7,7 Mio. € über dem vom ZDF angemeldeten Betrag von 27,1 Mio. €. Die Differenz beruht im Wesentlichen darauf, dass die Kommission im Unterschied zum ZDF auch weiterhin Beteiligungserträge auf dem Niveau von 2014 erwartet. Für 2013 bis 2016 stellt die Kommission Beteiligungserträge von 33,7 Mio. € fest. Der festgestellte Betrag entspricht dem angemeldeten Betrag.

Das ZDF meldet für 2017 bis 2020 Beteiligungserträge von 27,1 Mio. € an. Das entspricht 6,8 Mio. € pro Jahr. Der angemeldete Beteiligungsertrag liegt 11,7 Mio. € unter dem im 19. Bericht für 2013 bis 2016 festgestellten Betrag.

Tz. 465

**Tab. 185 Beteiligungserträge des ZDF**  
Anmeldung 20. Bericht und Feststellung durch die Kommission

	Anmeldung ZDF 20. Bericht		Feststellung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-)
	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Ertrag (in Mio. €)
2013	9,6		9,6		0,0
2014	9,2	-4,2	9,2	-4,2	0,0
2015	8,0	-13,0	8,0	-13,0	0,0
2016	6,9	-13,8	6,9	-13,8	0,0
Summe 2013-2016	33,7		33,7		0,0
2017	7,0	1,4	8,7	26,1	1,7
2018	6,7	-4,3	8,7	0,0	2,0
2019	6,8	1,5	8,7	0,0	1,9
2020	6,6	-2,9	8,7	0,0	2,1
Summe 2017-2020	27,1		34,8		7,7
Ø 2017-2020 p.a.	6,8		8,7		1,9
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	-6,6	-19,6	1,1	3,3	
Ø p.a.		-5,3		0,8	

Das ZDF plant, 2017 bis 2020 die Eigenkapitalquote der ZDF Enterprise weiter zu erhöhen. Die Kommission erkennt die angemeldete Absenkung der Beteiligungserträge des ZDF überwiegend nicht an. Sie geht davon aus, dass das ZDF auch weiterhin Beteiligungserträge in Höhe des Mittelwertes 2010 bis 2014 von 9,7 Mio. € erzielen wird. Die Kommission akzeptiert jedoch Mindererträge von 1,0 Mio. € p.a. zur Erhöhung der Eigenkapitalquote der ZDF Enterprise. Sie erhöht daher den Beteiligungsertrag des ZDF für 2017 bis 2020 um insgesamt 7,7 Mio. €.

Tz. 466

**Tz. 467** Für 2013 bis 2016 meldet das ZDF Beteiligungserträge von 33,7 Mio. € an. Der angemeldete Betrag liegt 5,1 Mio. € unter dem im 19. Bericht festgestellten Betrag.

**Tab. 186 Beteiligungserträge des ZDF (in Mio. €)**  
**Budgetabgleich 2013 bis 2016**

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht festgestellt	Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag
2013	9,6	9,7	-0,1
2014	9,2	9,7	-0,5
2015	8,0	9,7	-1,7
2016	6,9	9,7	-2,8
Summe 2013-2016	33,7	38,8	-5,1

**Tz. 468** Das ZDF erzielte 2013 um 0,1 Mio. € und 2014 um 0,5 Mio. € geringere Erträge als im 19. Bericht festgestellt. Die Mindestrendite von 5 % beim ZDF wird dennoch weit übertroffen. Für 2015 und 2016 meldet das ZDF erheblich geringere Beteiligungserträge an als für 2013 und 2014. Das ZDF beabsichtigt, die Eigenkapitalquote der ZDF Enterprise von derzeit 30 % auf 40 % sukzessive zu erhöhen. Die Kommission akzeptiert dies. Sie erhöht die angemeldeten Beteiligungserträge des ZDF für 2015 und 2016 nicht.



### 3.4.3 Beteiligungserträge des Deutschlandradios

Die Kommission stellt beim Deutschlandradio für 2017 bis 2020 Erträge aus Beteiligungen von 0,40 Mio. € fest. Sie nimmt keine Anpassungen vor.

Für 2013 bis 2016 stellt die Kommission beim Deutschlandradio Erträge aus Beteiligungen von 0,45 Mio. € fest. Sie erkennt die Anmeldung für 2015 und 2016 in voller Höhe an.

Das Deutschlandradio erwartet für 2017 bis 2020 Beteiligungserträge von 100 T€ p.a. Das entspricht der geforderten Mindestrendite. Angesichts der Beteiligungsstruktur des Deutschlandradios dürften auch aus Sicht der Kommission keine höheren Beteiligungserträge zu erzielen sein. Die Kommission erkennt daher die Anmeldung für 2017 bis 2020 in voller Höhe an.

Tz. 469

**Tab. 187 Beteiligungserträge des Deutschlandradios**  
Anmeldung 20. Bericht und Feststellung durch die Kommission

	Anmeldung DRadio 20. Bericht		Feststellung KEF 20. Bericht		Mehr- (+) Minder- (-)
	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Ertrag (in Mio. €)	Veränd. (in %)	Ertrag (in Mio. €)
2013	0,10		0,10		0,0
2014	0,15	50,0	0,15	50,0	0,0
2015	0,10	-33,3	0,10	-33,3	0,0
2016	0,10	0,0	0,10	0,0	0,0
Summe 2013-2016	0,45		0,45		0,0
2017	0,10	0,0	0,10	0,0	0,0
2018	0,10	0,0	0,10	0,0	0,0
2019	0,10	0,0	0,10	0,0	0,0
2020	0,10	0,0	0,10	0,0	0,0
Summe 2017-2020	0,40		0,40		0,0
Ø 2017-2020 p.a.	0,10		0,10		0,0
Veränd. 2017-2020 ggü. 2013-2016	-0,05	-11,1	-0,05	-11,1	
Ø p.a.		-2,9		-2,9	

Für 2013 bis 2016 meldet das Deutschlandradio Beteiligungserträge von 450 T€ an. Das sind 50 T€ mehr als im 19. Bericht mit 400 T€ festgestellt. Das Deutschlandradio hat 2014 statt der festgestellten 100 T€ Beteiligungserträge von 150 T€ erzielt. Es geht jedoch davon aus, dass der Aufwand der Beteiligungsunternehmen stärker steigen wird als die Erträge der Beteiligungsunternehmen und damit das Ergebnis im Bereich der Planung liegt. Die Mindestrendite nach Steuern von 5 % des eingesetzten Kapitals ist erreicht.

Tz. 470

**Tab. 188 Beteiligungserträge des Deutschlandradios (in Mio. €)**  
**Budgetabgleich 2013 bis 2016**

	20. Bericht angemeldet	19. Bericht festgestellt	Mehr- (+) Minder- (-) Ertrag
2013	0,10	0,10	0,00
2014	0,15	0,10	0,05
2015	0,10	0,10	0,00
2016	0,10	0,10	0,00
Summe 2013-2016	0,45	0,40	0,05

## **Anrechenbare Eigenmittel und Kredite**

## 1. Anrechenbare Eigenmittel

Die Kommission stellt zum 31. Dezember 2014 *anrechenbare Eigenmittel* von 1.079,3 Mio. € fest. Davon entfallen auf die ARD-Anstalten 891,1 Mio. €, auf das ZDF 138,9 Mio. €, auf das Deutschlandradio 48,5 Mio. € und auf ARTE 0,8 Mio. €.

Die festgestellten Eigenmittel liegen um 71,5 Mio. € über den Anmeldungen der Anstalten von insgesamt 1.007,8 Mio. €. Davon wurden 71,2 Mio. € mehr Eigenmittel bei den ARD-Anstalten und beim Deutschlandradio 0,3 Mio. € festgestellt. Die Anmeldungen des ZDF und von ARTE wurden in der beantragten Höhe anerkannt.

**Tz. 471** Anrechenbare Eigenmittel sind Bestände an kurzfristig, d.h. im *Planungszeitraum* verfügbaren Mitteln, die zur Deckung des *Finanzbedarfs* heranzuziehen sind. Dabei gehen die Rundfunkanstalten unterschiedlich vor. Inhaltliche Unterschiede sind hiermit nicht verbunden:

Die ARD-Anstalten, das Deutschlandradio und ARTE vermindern ihre anrechenbaren Eigenmittel zum 31. Dezember 2014 um die Finanzbedarfe nach der modifizierten Planungsmethode der laufenden Periode für 2015 und 2016. Dieser fortgeschriebene Bestand an Eigenmitteln zum 31. Dezember 2016 wird zur Finanzierung des Finanzbedarfs der Periode 2017 bis 2020 eingesetzt.

Das ZDF weist die Höhe seiner liquiden Mittel in seiner Bilanz innerhalb des Eigenkapitals als „Gesamtergebnisrücklage“ aus. Um diese *Rücklage* mindert die Anstalt in ihrer *Mittelfristigen Finanzbedarfsplanung* ihren Finanzbedarf.

Mit der Berechnung der Eigenmittel kommt die Kommission ihrer Aufgabe nach, eine Überfinanzierung des Rundfunks zu vermeiden (vgl. § 3 Abs. 2 *RFinStV* i.d.F. des 16. *RÄStV*).

Grundlage der Feststellungen zu den Eigenmitteln sind die Anmeldungen, die Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2014 und die Mittelfristigen Finanzbedarfsplanungen der Anstalten.

Zusammengefasst ergibt sich das in Tabelle 189 dargestellte festgestellte Mehr an anrechenbaren Eigenmitteln zum 31. Dezember 2014 im Vergleich zu den Anmeldungen:

**Tab. 189 Eigenmittel zum 31. Dezember 2014 der Anstalten (in Mio. €)**  
Anmeldungen der Anstalten und Feststellung der Kommission zum 20. Bericht

	ARD-Anstalten	ZDF	DRadio	ARTE	Anstalten gesamt
Anmeldung	819,9	138,9	48,2	0,8	1.007,8
Feststellung	891,1	138,9	48,5	0,8	1.079,3
Differenz (Mehr an Eigenmitteln)	71,2	-	0,3	-	71,5

## 1.1 ARD

Bei den ARD-Anstalten stellt die Kommission anrechenbare Eigenmittel zum 31. Dezember 2014 von 891,1 Mio. € fest.

**Tab. 190** Eigenmittel zum 31. Dezember 2014 der ARD-Anstalten (in Mio. €)  
Anmeldungen der Anstalten und Feststellung der Kommission zum 20. Bericht

	Anmeldung ARD 20. Bericht	Feststellung KEF 20. Bericht	Änderungen der KEF
BR	68,9	81,3	12,4
HR	24,2	20,9	-3,3
MDR	304,3	304,5	0,2
NDR	70,4	70,4	0,0
RB	-5,5	-5,4	0,1
RBB	33,3	33,3	0,0
SR	2,4	2,9	0,5
SWR	146,6	146,6	0,0
WDR	175,3	236,6	61,3
<b>Summe</b>	<b>819,9</b>	<b>891,1</b>	<b>71,2</b>

Die ARD-Anstalten erklären zum 31. Dezember 2014 anrechenbare Eigenmittel von 819,9 Mio. €. Dabei nehmen sie bei den kurzfristigen Positionen der Aktiva und Passiva Korrekturen vor. Z.B. mindern sie ihre Aktiva um das Sondervermögen Beitragsmehrerträge (Sonderrücklage), Anteile an Gemeinschaftsvermögen oder ihre Passiva um *Rückstellungen* für Aufwand außerhalb des Planungszeitraums. Die Kommission erkennt verschiedene Beträge einzelner Bilanzposten aus im Folgenden näher dargestellten Gründen nicht an. Sie ermittelt gegenüber den Anmeldungen der Anstalten höhere Eigenmittel von 71,2 Mio. € und stellt insgesamt anrechenbare Eigenmittel von 891,1 Mio. € fest.

Tz. 472

Die Anmeldungen der ARD-Anstalten und Änderungen der Kommission ergeben sich aus folgender Übersicht:

**Tab. 191 Anrechenbare Eigenmittel laut Anmeldung der Anstalten sowie Änderungen und Feststellung der Kommission (in Mio. €)**

	Summe Aktiva	Summe Passiva	Saldo	Korrekturen der Anstalten <sup>1</sup>	davon Rücklage Beitragsmehrerträge <sup>2</sup>	EM lt. Anmeldung	Änderungen der KEF	Eigenmittel lt. KEF
BR	312,1	151,5	160,6	-91,7	-72,3	68,9	12,4	81,3
HR	247,3	188,0	59,3	-35,1	-40,6	24,2	-3,3	20,9
MDR	500,8	147,0	353,8	-49,5	-60,2	304,3	0,2	304,5
NDR	309,8	217,0	92,8	-22,4	-83,4	70,4	0,0	70,4
RB	21,3	24,0	-2,7	-2,8	-9,3	- 5,5	0,1	-5,4
RBB	201,4	118,7	82,7	-49,4	-85,5	33,3	0,0	33,3
SR	29,7	23,9	5,8	-3,4	-9,4	2,4	0,5	2,9
SWR	586,6	215,0	371,6	-225,0	-107,3	146,6	0,0	146,6
WDR	669,5	378,8	290,7	-115,4	-132,6	175,3	61,3	236,6
<b>Summe</b>	<b>2.878,5</b>	<b>1.463,9</b>	<b>1.414,6</b>	<b>-594,7</b>	<b>-600,6</b>	<b>819,9</b>	<b>71,2</b>	<b>891,1</b>

1) Saldo aus Eigenmittel erhöhenden und mindernden Korrekturen.

2) ausschließlich Eigenmittel mindernde Korrektur durch Herausnahme des Sondervermögens (Rücklage Beitragsmehrerträge) aus den anrechenbaren Eigenmitteln.

Die Änderungen der Kommission untergliedern sich in die von den Anstalten angemeldeten Aktiva, Passiva und Korrekturen sowie Sondereffekte. Folgende Übersicht zeigt die anstaltsindividuellen Änderungen durch die Kommission:

**Tab. 192 Änderungen der Kommission je ARD-Anstalt und Sondereffekt beim WDR (in Mio. €)**

	Aktiva	Passiva	Korrekturen	Sondereffekt	Auswirkungen auf die Eigenmittel
BR			+ 12,4		+ 12,4
HR		+ 3,3			- 3,3
MDR			+ 0,2		+ 0,2
NDR					-
RB			+ 0,1		+ 0,1
RBB					-
SR			+ 0,5		+ 0,5
SWR					-
WDR		- 0,5	+ 0,1	+ 60,7	+ 61,3
<b>ARD-Anstalten</b>		<b>+2,8</b>	<b>+ 13,3</b>	<b>+ 60,7</b>	<b>+ 71,2</b>

### 1.1.1 Anpassung der Aktiva und Passiva

**Tz. 473** Bei den Aktiva sind keine Änderungen vorzunehmen.

**Tz. 474** Die Kommission erhöht die von den ARD-Anstalten angemeldeten Passiva von 1.463,9 Mio. € um 2,8 Mio. €. Dies beruht auf folgenden Feststellungen:

**Tz. 475** Rückstellungen für Langzeitkonten des HR von 3,3 Mio. € sollen voraussichtlich bis 2020 verbraucht werden. In dieser Höhe sind die Eigenmittel zu mindern.

Rückstellungen des WDR für Altersteilzeitverpflichtungen außerhalb des Planungszeitraums (nach 2020) von 0,4 Mio. € mindern nicht (vgl. 19. Bericht, Tz. 389) die Eigenmittel. Ebenso mindern Rückstellungen für Sonstige Verpflichtungen (Andere) von 0,1 Mio. €, welche nach Ablauf der *Beitragsperiode* fällig werden, nicht die Eigenmittel.

Tz. 476

### 1.1.2 Anpassung der Korrekturen der Anstalten

Die ARD-Anstalten mindern ihre Eigenmittel im Saldo aus Aktiva und Passiva um insgesamt 594,7 Mio. €. Davon entfallen nach Angaben der Anstalten 600,6 Mio. € auf das Sondervermögen aus Beitragsmehrerträgen (Aktiva) (vgl. Tzn. 11 f., 330). Dabei gehen sie nach dem mit der Kommission abgestimmten Verfahren vor. Die Korrekturen sind um 13,3 Mio. € Eigenmittel erhöhend zu reduzieren.

Tz. 477

Die Kommission erkennt Minderungen von Eigenmitteln, denen Rücklagen gegenüberstehen, grundsätzlich nicht mehr an (vgl. 19. Bericht, Tz. 398). Entnahmen aus bestehenden Rücklagen des BR und WDR werden künftig nur noch so lange anerkannt, bis die Rücklage rechnerisch aufgebraucht ist. Zuführungen führen nicht mehr zu einem Aufstocken der „eingefrorenen“ Rücklage.

Tz. 478

BR und WDR verfügen zum 31. Dezember 2014 über folgende Rücklagen:

Tz. 479

**Tab. 193 Rücklagen von BR und WDR zum 31. Dezember 2014 (in Mio. €)**

BR		WDR	
Langzeitkonto	7,4	Investitionen	6,4
Zukunftsvorhaben	13,4	Film- und Hörspielförderung	0,04
Beitragsmehrerträge	72,3	Programminnovationen	14,4
Instandhaltung	2,0	Ausgleich der Haushalte 2014 und 2015	47,9
Summe	95,1	Immobilienkonzept	19,0
		Bausanierung	30,7
		TV 20:15	1,9
		Radio 2020	1,2
		Beitragsmehrerträge	132,6
		Crossmedialität	9,8
		Summe	263,94

Der BR mindert seine Eigenmittel um Mittel aus Rücklagen von insgesamt 22,7 Mio. €. Der Betrag entspricht den Beständen zum Stichtag: Langzeitkonto 7,4 Mio. €, Instandhaltungsrücklage 2,0 Mio. € und Zukunftsvorhaben 13,4 Mio. €. Der WDR mindert seine Eigenmittel nicht um geplante Entnahmen aus seinen Rücklagen.

Tz. 480

Der Bestand der Rücklage Zukunftsvorhaben des BR entwickelt sich nach aktuellen Planungen bis zum Ende der Beitragsperiode wie folgt:

Tab. 194 Rücklage Zukunftsvorhaben des BR (in Mio. €)

Bestand 31.12.2014	13,4
Geplante Entnahme 2015	4,0
Geplante Entnahme 2016	4,4
Geplante Entnahmen 2017-2020	-
Rechnerischer Bestand 31.12.2020	5,0

Tz. 481 Die Kommission erkennt aus der bestehenden Rücklage Zukunftsvorhaben des BR 8,4 Mio. € (geplante Entnahmen in 2015 bis 2020) Eigenmittel mindernd an. Die Minderung der Eigenmittel des BR ist in diesem Fall um 5 Mio. € Eigenmittel erhöhend zu korrigieren.

Tab. 195 Rücklage Zukunftsvorhaben des BR (in Mio. €)

Minderung der Eigenmittel durch BR	13,4
Minderung der Eigenmittel durch KEF (geplante Entnahmen in 2015-2020)	8,4
Eigenmittel erhöhende Korrektur durch KEF	+ 5,0

Der BR verfügt über einen rechnerischen Bestand seiner Rücklage Zukunftsvorhaben zum 31. Dezember 2020 von 5,0 Mio. €.

In 2015 sollen die Mittel der Instandhaltungsrücklage des BR vollständig in Anspruch genommen werden. Die Eigenmittel werden im entsprechenden Umfang (2,0 Mio. €) gemindert. Die Rücklage ist damit rechnerisch aufgebraucht.

Die Minderung für die Rücklage Langzeitkonto (7,4 Mio. €) reduziert die Eigenmittel nicht, da keine Entnahme geplant ist.

Tz. 482 Der MDR erhöht seine Eigenmittel wegen Verbindlichkeiten gegenüber der *Degeto* um 0,3 Mio. €. Die Verbindlichkeit beträgt nach bestätigtem Jahresabschluss jedoch 0,5 Mio. €, so dass die Eigenmittel um weitere 0,2 Mio. € erhöht werden.

Tz. 483 Die Kommission erhöht die Eigenmittel des RB um 0,1 Mio. € um Rückstellungen für Mehrarbeit und die des SR um 0,5 Mio. € um Rückstellungen für Urlaubsansprüche *freier Mitarbeiter*.

RB erklärt, dass seine Rückstellung liquiditätswirksam werde, da die Mehrarbeit ausbezahlt oder bei Zeitausgleich durch Honorare für Ersatzpersonen kompensiert werden würde. Der SR nimmt eine Eigenmittelminderung vor, da seine Rückstellungen zahlungswirksam werden würden.

Anstalten erhalten ihre Finanzbedarfe für Urlaubsverpflichtungen und Mehrarbeitsvergütungen im Rahmen des Personalaufwands. Dieser enthält auch Mittel zur Vergütung von Ersatzpersonen (Aushilfen). Ein Verzicht auf eine Eigenmittel erhöhende Korrektur käme einer doppelten finanzbedarfwirksamen Berücksichtigung gleich.



Die Kommission erhöht die Eigenmittel des WDR um 0,1 Mio. € um Rückstellungen für Aufbewahrungspflichten, da für diesen Betrag kein Verbrauch innerhalb der Planungsperiode vorgesehen ist.

Tz. 484

### 1.1.3 Programmnutzungsverträge ARTE

Entsprechend der Systematik der Kommission in ihren vorherigen Berichten (18. Bericht, Tz. 500 und 19. Bericht, Tz. 399) werden die bei ARTE Eigenmittel mindernd berücksichtigten Rückstellungen für Programmnutzungsverträge mit den ARD-Anstalten und dem ZDF bei diesen Eigenmittel erhöhend angesetzt (vgl. Tz. 493). Dabei entfällt ein Betrag von 1,3 Mio. € auf die ARD-Anstalten. Dieser wird in der Feststellung des Finanzbedarfs der Anstalten separat ausgewiesen (vgl. Tabelle 209).

Tz. 485

### 1.1.4 Plan-Ist-Abgleich der Verwendung der Instandhaltungsrückstellungen des WDR

Der WDR plant sein Filmhaus bis 2020 zu sanieren. Zur Finanzierung sieht er den Verbrauch seiner in der Vergangenheit über Sachaufwendungen gebildeten Rückstellungen für Bausanierungsmaßnahmen i.H.v. 101,3 Mio. € vor. Diese Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen wurden in der Vergangenheit für ursprünglich geplante Teilsanierungen gebildet und minderten regelmäßig – wie auch im aktuellen Bericht – den Bestand an anrechenbaren Eigenmitteln. Zwischenzeitlich hat sich die Anstalt jedoch entschieden, auf die geplanten Teilsanierungen zu verzichten und stattdessen eine Generalsanierung durchzuführen.

Tz. 486

Nach § 3 Abs. 5 *RFinStV* ist die Kommission verpflichtet, den Finanzbedarf auf Basis von Ist-Zahlen zu prüfen und zu ermitteln; soweit der Ermittlung Planzahlen oder Schätzwerte zugrunde liegen, werden diese nachträglich zur Vermeidung einer Überfinanzierung mit Ist-Zahlen abgeglichen. In diesem Zusammenhang gleicht die Kommission die von der Anstalt Eigenmittel mindernd angesetzten, geplanten Verbräuche der Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung innerhalb der jeweiligen Planungszeiträume mit den tatsächlichen Verbräuchen und Auflösungen ab.

Tz. 487

Der Vergleich ergibt, dass tatsächliche Verbräuche und Auflösungen um 60,7 Mio. € unter den Annahmen lagen. Die Eigenmittel wurden damit im 16. Bericht und 18. Bericht zu stark gemindert, nämlich um insgesamt 60,7 Mio. €.

Tz. 488

Die geänderte Sanierungsstrategie der Anstalt erhöhte die Liquidität in den jeweiligen Gebühren-/ Beitragszeiträumen: Gegenüber den Planungen geringere Rückstellungsverbräuche führten zu einer zu hohen Minderung der Eigenmittel. In diesem Umfang stand der Anstalt mehr Liquidität zur Verfügung. Der WDR erklärte, dass in den Folgeperioden die mit den Rückstellungen korrespondierenden „höheren“ Vermögensposten in die anrechenbaren Eigenmittel eingeflossen seien. Eine erneute Berücksichtigung zum 31. Dezember 2014 führe daher zu einem doppelten Ansatz. Weiter trug die Anstalt vor, das Mehr an Liquidität „bereitgehalten“ zu haben.

Das „Zurücklegen“ der Mittel kann nicht nachvollzogen werden. Nach eigenem Vortrag nahm die Anstalt keinen Plan-Ist-Abgleich vor, um diese Mittel für eine spätere Generalsanierung bereitzuhal-

ten. Ohne Kenntnis über die Höhe des „rückzulegenden“ Betrags ist ein „Bereithalten“ der Mittel nicht möglich. Die Folgerichtigkeit unterstellt, dass sich liquide Mittel in Vermögensposten z.B. im Bankguthaben und in Wertpapieren zu den entsprechenden Stichtagen niederschlagen, konnten keine entsprechenden Liquiditäts- oder Eigenmittelanstiege in den jeweiligen Zeiträumen (2009 zu 2012 oder 2013 zu 2014) nachgewiesen werden. Ein doppelter Ansatz ist damit auszuschließen.

Tab. 196 Verbräuche der Rückstellungen für Instandhaltung des WDR (in Mio. €)

	Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung (Bestand)	Verbrauch und Auflösung (laufendes Jahr)	Tatsächlicher Verbrauch und tatsächliche Auflösung (Planungszeitraum)	Geplanter Verbrauch der Rückstellung gem. Eigenmittelberechnung	Ungerechtfertigte Minderung der Eigenmittel
gemäß Jahresabschluss					
16. Bericht					
31.12.2005	133,9	3,1	43,3 (2006-2012)	60,6	17,3
31.12.2006	133,8	6,4			
17. Bericht					
31.12.2007	129,3	10,8	26,1 (2008-2012)	82,0	
31.12.2008	128,8	6,8			
18. Bericht					
31.12.2009	128,9	6,1	14,5 (2010-2016)	57,9	43,4
31.12.2010	118,0	10,9			
31.12.2011	116,1	1,9			
19. Bericht					
31.12.2012	115,7	0,4	1,3 (seit 2013)	34,7	
31.12.2013	114,4	1,3			
20. Bericht					
31.12.2014	114,4	0		114,4 (2015-2020)	
Summe					60,7

Tz. 489 Die Kommission erhöht die Eigenmittel um 60,7 Mio. € und wertet dies als Sondereffekt, weil die Eigenmittel in der Vergangenheit zu niedrig angesetzt worden waren (vgl. Tabelle 192). Damit vermeidet sie eine doppelte Anerkennung als Finanzbedarf.

## 1.2 ZDF

Beim ZDF stellt die Kommission anrechenbare Eigenmittel zum 31. Dezember 2014 von 138,9 Mio. € fest.

**Tab. 197 Eigenmittel zum 31. Dezember 2014 des ZDF (in Mio. €)**  
Anmeldung und Feststellung der Kommission zum 20. Bericht

Anmeldung 20. Bericht	Feststellung KEF 20. Bericht	Änderungen der KEF
138,9	138,9	-

Das ZDF meldet anrechenbare Eigenmittel von 138,9 Mio. € an. Diese liegen um 9,9 Mio. € unter der Gesamtergebnisrücklage von 148,8 Mio. €. Tz. 490

### 1.2.1 Anpassung aufgrund Berichtigung von ARTE-Passiva

Bei ARTE Eigenmittel mindernd angesetzte Rückstellungen für Programmnutzungsverträge mit den ARD-Anstalten und dem ZDF erhöhen die Eigenmittel bei den ARD-Anstalten und dem ZDF (vgl. Tz. 493). Dabei entfällt ein Betrag von 0,2 Mio. € auf das ZDF. Dieser wird in der Feststellung des Finanzbedarfs der Anstalten separat ausgewiesen (vgl. Tabelle 209). Tz. 491

## 1.3 Deutschlandradio

Beim Deutschlandradio stellt die Kommission anrechenbare Eigenmittel zum 31. Dezember 2014 von 48,5 Mio. € fest.

**Tab. 198 Eigenmittel zum 31. Dezember 2014 des Deutschlandradios (in Mio. €)**  
Anmeldung und Feststellung der Kommission zum 20. Bericht

Anmeldung 20. Bericht	Feststellung KEF 20. Bericht	Änderungen der KEF
48,2	48,5	+0,3

### 1.3.1 Berichtigung der Passiva

Das Deutschlandradio bildet Rückstellungen für Sterbegeldverpflichtungen von 0,5 Mio. €. Davon sollen voraussichtlich 0,3 Mio. € nach dem Planungszeitraum verbraucht werden. Die Kommission erkennt bei der Beurteilung der zum Stichtag gebildeten Rückstellungen für Aufwand in der Höhe einen Finanzbedarf an, in der ein Verbrauch bis 2020 vorgesehen ist. In dem Umfang, in dem der Tz. 492

Verbrauch von Rückstellungen nach 2020 geplant ist, sieht die Kommission unter Beachtung der periodengerechten Abgrenzung für den aktuellen Planungszeitraum keinen notwendigen Finanzbedarf.

#### 1.4 ARTE

Bei ARTE stellt die Kommission anrechenbare Eigenmittel zum 31. Dezember 2014 von 0,8 Mio. € fest.

**Tab. 199 Eigenmittel zum 31. Dezember 2014 von ARTE (in Mio. €)**  
Anmeldung und Feststellung der Kommission zum 20. Bericht

Anmeldung 20. Bericht	Feststellung KEF 20. Bericht	Änderungen der KEF
0,8	0,8	-

Auch die Eigenmittel von ARTE ergeben sich aus kurzfristig verfügbaren Mitteln (Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände, Guthaben bei Kreditinstituten abzüglich sonstiger Rückstellungen und Verbindlichkeiten).

**Tz. 493** Kurzfristige Rückstellungen für Programmnutzungsverträge mit den ARD-Anstalten und dem ZDF von 2,0 Mio. € mindern die Eigenmittel von ARTE.

Die ARD-Anstalten und das ZDF haben nach den Vorschriften des Handelsrechts grundsätzlich noch keine Forderungen in ihren Bilanzen ausgewiesen. Zum 31. Dezember 2014 stellt das ZDF jedoch fest, dass es bereits 0,6 Mio. € als Forderung ausweist, da Lieferung und Leistung erbracht waren. Zum Buchungszeitpunkt stand die Unterschrift von ARTE auf dem entsprechenden Vertrag aus. Dies führte zu einem Ausweis unter den Rückstellungen bei ARTE. Um eine einseitige Auswirkung auf den Finanzbedarf auszugleichen, sind die Eigenmittel der ARD um 1,3 Mio. € und des ZDF um 0,2 Mio. € zu erhöhen (vgl. Feststellung des ungedeckten Finanzbedarfs, Tabelle 209 sowie bei den Anstalten Tzn. 485 und 491).

**Tz. 494** Wie bereits im 18. Bericht (Tz. 500) hat ARTE noch nicht alle Mittel von den Gesellschaftern abgerufen. Die Rückstellungen der Gesellschafter betragen zum 31. Dezember 2014 insgesamt 29,4 Mio. €, die Forderungen an die Gesellschafter bei ARTE 24,2 Mio. €. Die Differenz von 5,2 Mio. € hat ARTE finanzbedarfsmindernd für 2015 und 2016 berücksichtigt.

## 2. Kredite

---

Die Kommission stellt fest, dass die Kreditanzeigen des HR und RB den Vorgaben des § 1 Abs. 3 RFinStV entsprechen. Hiernach ist die Aufnahme von Krediten zulässig, wenn sie zum Erwerb, zur Erweiterung und zur Verbesserung der Betriebsanlagen aufgenommen werden.

Soweit die geplante Kreditaufnahme des BR ausschließlich in Zusammenhang mit Betriebsanlagen und nicht mit sonstigen Veränderungsprozessen steht, entspricht der geplante und angemeldete Kreditbedarf des BR den Vorgaben des § 1 Abs. 3 RFinStV.

---

Kredite sollen nach § 1 Abs. 3 RFinStV nur zum Erwerb, zur Erweiterung und zur Verbesserung der Betriebsanlagen aufgenommen werden. Die Kreditaufnahme muss betriebswirtschaftlich begründet sein. Die Verzinsung und Tilgung aus Mitteln der Betriebseinnahmen, insbesondere der Rundfunkbeiträge, muss auf Dauer gewährleistet sein.

Tz. 495

Die Anstalten sind verpflichtet, gegenüber der Kommission Kredite anzumelden. Für diesen Bericht haben drei Anstalten vier Kredite angezeigt. Es handelt sich dabei um zwei Kredite des RB über insgesamt 22 Mio. €, einen Kredit des HR über 2 Mio. € und um ein geplantes Kreditvolumen des BR von ca. 170 Mio. €.

Nach der bereits im vergangenen Bericht vorgenommenen Überprüfung durch die Kommission entsprechen die angemeldeten Kredite des RB und HR den Vorgaben des § 1 Abs. 3 RFinStV. Sie stehen im Zusammenhang mit dem Erwerb, der Erweiterung und der Verbesserung der Betriebsanlagen. Des Weiteren sind Zins- und Tilgungsleistungen für die Kredite aus Mitteln der Betriebseinnahmen, insbesondere des Rundfunkbeitrags, gewährleistet (vgl. 19. Bericht, Tzn. 407 ff.).

Tz. 496

Die vom BR geplante Kreditaufnahme von 170 Mio. € steht im Zusammenhang mit dem von ihm geplanten „trimedialen und crossmedialen Veränderungsprozess“. Mit Schreiben vom 24. November 2015 teilt der BR mit, dass das Finanzierungsvolumen auf 200 Mio. € angepasst worden sei. Der Verwaltungsrat habe einer flüssigeren Gestaltung des Bauablaufs durch einen zeitlich früheren Bau verschiedener Objekte (Parkhaus und Kindertagesstätte) zugestimmt. Für die 20- bis 30-jährigen Finanzierungslaufzeiten mit festen Zinsbindungen wurden Schuldscheindarlehen aufgenommen.

Tz. 497

Die Kommission hat die Voraussetzungen des § 1 Abs. 3 RFinStV geprüft. Auf Nachfrage teilte die Anstalt mit, dass der geplante Kredit für die Neubauten in Freimann und den Neubau am Standort Nürnberg bestimmt ist. Nach diesen Informationen steht das geplante Kreditvolumen im Zusammenhang mit dem Erwerb, der Erweiterung und der Verbesserung von Betriebsanlagen. Auch Zins- und Tilgungsleistungen aus Mitteln der Betriebseinnahmen, insbesondere des Rundfunkbeitrags, sind nach vorliegenden Informationen gewährleistet.

Soweit deshalb die Kreditaufnahme mit Betriebsanlagen und nicht mit für Aufwand für Veränderungsprozesse im Zusammenhang steht, entspricht der geplante und angemeldete Kredit den Vorgaben des § 1 Abs. 3 RFinStV.

## **Bericht zur Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit**

---

Die Kommission setzt wegen festgestellter Unwirtschaftlichkeiten Wirtschaftlichkeitsabschläge von insgesamt 21,1 Mio. € fest. Diese setzen sich aus den folgenden Abschlägen zusammen.

Da bei den Produktionsbetrieben keine substanziellen Veränderungen erkennbar sind und die Anstalten entgegen der Forderung der Kommission auch weiterhin kein verbessertes Benchmarking durchführen, nimmt die Kommission bei der ARD einen Wirtschaftlichkeitsabschlag von 17,2 Mio. € bzw. beim ZDF von 1,8 Mio. € vor.

Aufgrund der von der Kommission festgestellten Unwirtschaftlichkeiten im Zusammenhang mit der Absetzung des Formats „Gottschalk live“ nimmt die Kommission bei der ARD einen Wirtschaftlichkeitsabschlag von 2,1 Mio. € vor.

Die Kommission hat eine Sonderuntersuchung zur IT-Landschaft der Rundfunkanstalten durchgeführt und dazu eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit einem entsprechenden Gutachten beauftragt. Im Ergebnis des Gutachtens sind erhebliche Wirtschaftlichkeitsreserven im IT-Bereich der Anstalten deutlich geworden. Daher sperrt die Kommission für 2019 und 2020 Mittel in Höhe von 20 Mio. € jährlich.

Die Kommission erwartet zum 21. Bericht ein Konzept der Anstalten, wie die vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt und die Wirtschaftlichkeitspotenziale gehoben werden können. Damit könnten dann die notwendigen Anschubinvestitionen durchgeführt werden.

---

## 1. Ermittlung des Potenzials an Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit

**Tz. 498** In Abstimmung mit den Anstalten hat die Kommission den Wirtschaftlichkeitsbericht vereinfacht und gestrafft.

Zum quantitativen Nachweis der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit (QNWS) der Rundfunkanstalten werden weiterhin die Anmeldungen der Rundfunkanstalten für die *Beitragsperiode* 2017 bis 2020 den durch Fortschreibung ermittelten Aufwendungen gegenüber gestellt. Die Kommission geht generell davon aus, dass die Finanzplanungen der Rundfunkanstalten nur dann wirtschaftlich und sparsam sind, wenn sie unter den entsprechenden fortgeschriebenen Werten liegen. Die Kommission legt hierfür die in den jeweiligen Aufwandsbereichen verwendeten Steigerungsraten in Höhe von 2,01 % für den Programmaufwand (Deutschlandradio: 2,20 %), 2,25 % für den Personalaufwand sowie 1,75 % für den Sachaufwand zugrunde.

Zudem nutzt die Kommission konkrete Erkenntnisse zu Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit aus den jeweiligen Aufwandsbereichen.

Ergänzt wird der QNWS durch Sonderuntersuchungen zu ausgewählten Bereichen der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Rundfunkanstalten. Dabei sollen einzelne, für die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der Anstalten bedeutsame Bereiche auf weitere Potenziale für einen effizienteren



Einsatz der Haushaltsmittel untersucht werden. Die Kommission bedient sich dabei auch externen Sachverstands. Zum 20. Bericht hat die Kommission die Aufbau- und Ablauforganisation der IT der Rundfunkanstalten untersucht und ein Gutachten mit dem Titel „IT-Struktur der ARD-Anstalten, des ZDF sowie des Deutschlandradios – Ausgaben, Organisationsstrukturen, Wirtschaftlichkeitspotenziale“ vergeben. Die IT stellt einen bedeutsamen Kostenblock für die Anstalten dar. Sie ist zudem eine Schlüsselgröße für eine wirtschaftliche und sparsame Leistungserbringung durch die Anstalten. Die zentralen Ergebnisse des Gutachtens, die Stellungnahme der Anstalten sowie die Schlussfolgerungen der Kommission werden im Rahmen des Wirtschaftlichkeitsberichts dargestellt.

## 2. Quantitativer Nachweis von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit

### 2.1 ARD

**Tz. 499** Die Anmeldungen der ARD liegen um ca. 60,6 Mio. € unter den fortgeschriebenen Werten nach der Indexmethode (s. Tabelle 200). Dies bedeutet, dass die ARD eine Wirtschaftlichkeit von etwa 0,22 % des angemeldeten Gesamtaufwands ausweist.

**Tab. 200 Nachweis der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit für 2017 bis 2020 (in Mio. €)**  
hier: Anmeldung der ARD (gesamt)

	Fortschreibung	Anmeldung	Differenz
Programmaufwand	10.510,6	10.454,8	55,8
Personalaufwand (ohne Altersversorgung)	7.263,1	7.258,1	5,0
Indexierbarer Sachaufwand	2.821,6	2.821,8	-0,2
<b>Gesamt</b>	<b>20.595,3</b>	<b>20.534,7</b>	<b>60,6</b>
Differenzbetrag in Relation zu den Gesamtaufwendungen:	0,22 %		

**Tz. 500** Im Bereich der Programmaufwendungen liegt der angemeldete Wert etwa 55,8 Mio. € unter dem Vergleichswert. Im Bereich des Personalaufwands unterschreiten die Anmeldungen der ARD den durch Fortschreibung ermittelten Indexwert geringfügig um ca. 5 Mio. €. Im Sachaufwand wurde ein gegenüber dem Vergleichswert um ca. 0,2 Mio. € höherer Betrag angemeldet. Aufgrund der föderalen Struktur der ARD ist für die Erklärung der Zahlen bedeutsam, eine Betrachtung der einzelnen Landesrundfunkanstalten vorzunehmen.

**Tab. 201 Nachweis der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit für 2017 bis 2020 (in Mio. €)**  
**hier: Anmeldung der ARD (einzelne Landesrundfunkanstalten)**

	BR	HR	MDR	NDR	RB
Programmaufwand	1.865,3	622,3	1.271,5	1.720,4	200,7
Personalaufwand (ohne Altersversorgung)	1.087,8	610,0	660,2	1.248,8	72,3
Indexierbarer Sachaufwand	459,1	187,4	271,6	488,4	46,0
<b>Fortschreibung</b>	<b>3.412,2</b>	<b>1.419,7</b>	<b>2.203,3</b>	<b>3.457,6</b>	<b>319,0</b>
Programmaufwand	1.784,4	636,3	1.240,7	1.706,9	213,9
Personalaufwand (ohne Altersversorgung)	1.142,9	639,5	686,1	1.237,2	80,3
Indexierbarer Sachaufwand	407,8	185,6	281,5	513,0	50,8
<b>Anmeldung</b>	<b>3.335,1</b>	<b>1.461,4</b>	<b>2.208,3</b>	<b>3.457,1</b>	<b>345,0</b>
Differenz	77,1	-41,7	-5,0	0,5	-26,0
Differenzbetrag in Relation zu den Gesamtaufwendungen:	1,73 %	-1,97 %	-0,17 %	0,01 %	-6,19 %

	RBB	SR	SWR	WDR	ARD
Programmaufwand	646,8	141,8	1.760,6	2.281,3	10.510,6
Personalaufwand (ohne Altersversorgung)	496,0	210,8	1.313,9	1.563,2	7.263,1
Indexierbarer Sachaufwand	174,0	47,9	548,8	598,3	2.821,6
<b>Fortschreibung</b>	<b>1.316,8</b>	<b>400,5</b>	<b>3.623,3</b>	<b>4.442,8</b>	<b>20.595,3</b>
Programmaufwand	661,6	161,9	1.780,0	2.269,3	10.454,8
Personalaufwand (ohne Altersversorgung)	506,2	202,6	1.330,8	1.432,6	7.258,1
Indexierbarer Sachaufwand	160,9	51,1	564,6	606,3	2.821,8
<b>Anmeldung</b>	<b>1.328,7</b>	<b>415,6</b>	<b>3.675,4</b>	<b>4.308,2</b>	<b>20.534,7</b>
Differenz	-11,9	-15,0	-52,1	134,6	60,6
Differenzbetrag in Relation zu den Gesamtaufwendungen:	-0,64 %	-2,97 %	-1,03 %	2,25 %	0,22 %

Tabelle 201 zeigt, dass vor allem die Anmeldungen der großen Anstalten WDR und BR unter den Vergleichswerten liegen. Dies ist insbesondere mit den Sparprogrammen im Personalbereich zu begründen. Die Kommission erwartet, dass künftig darüber hinaus und bei allen Landesrundfunkanstalten verstärkt Anstrengungen zu mehr Wirtschaftlichkeit unternommen und ausgewiesen werden.

*Tz. 501*

## 2.2 ZDF

**Tz. 502** Beim ZDF übersteigt der fortgeschriebene Wert den angemeldeten Aufwand um ca. 14,2 Mio. € oder 0,15 % des angemeldeten Gesamtaufwandes (s. Tabelle 202).

**Tab. 202 Nachweis der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit für 2017 bis 2020 (in Mio. €)**  
hier: Anmeldung des ZDF (gesamt)

	Fortschreibung	Anmeldung	Differenz
<b>Programmaufwand</b>	5.216,1	5.217,6	-1,5
<b>Personalaufwand (ohne Altersversorgung)</b>	1.340,0	1.347,5	-7,5
<b>Indexierbarer Sachaufwand</b>	744,3 <sup>1</sup>	721,1	23,2
<b>Gesamt</b>	<b>7.300,4</b>	<b>7.286,2</b>	<b>14,2</b>
<b>Differenzbetrag in Relation zu den Gesamtaufwendungen:</b>	<b>0,15 %</b>		

1) Fortschreibung gemäß Tz. 245.

**Tz. 503** Der angemeldete Programmaufwand liegt geringfügig über dem mittels Indexmethode berechneten Aufwand (1,5 Mio. €). Im Personalbereich beträgt die Überschreitung etwa 7,5 Mio. €. Hingegen weist das ZDF im Sachaufwand Einsparungen gegenüber der Indexmethode in Höhe von 23,2 Mio. € aus.

Das ZDF verweist hierzu auf Einsparungen im Zusammenhang mit der ZDF Enterprises GmbH sowie in der Hauptabteilung Kommunikation. Der Großteil der Einsparungen im Sachaufwand wird auf „nicht im Detail zu benennende Maßnahmen und Sondereinflüsse“ zurückgeführt.

**Tz. 504** Der Kommission ist bewusst, dass durch die Auswahl eines konkreten Basisjahres auch immer Sondereffekte zu berücksichtigen sind. Die vom ZDF angeführten Besonderheiten können die Kommission jedoch nur in Teilen überzeugen. So erwartet die Kommission, dass Einsparungen nicht nur temporär, sondern dauerhaft nachgewiesen werden.

## 2.3 Deutschlandradio

Beim Deutschlandradio liegt der angemeldete Aufwand um ca. 7,4 Mio. € über den nach der Indexmethode ermittelten Werten. Dies entspricht gemessen am angemeldeten Gesamtaufwand einer Überschreitung von 0,8 %.

Tz. 505

**Tab. 203 Nachweis der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit für 2017 bis 2020 (in Mio. €)**  
hier: Anmeldung Deutschlandradio (gesamt)

	Fortschreibung	Anmeldung	Differenz
Programmaufwand	236,1	239,1	-3,0
Personalaufwand (ohne Altersversorgung)	246,8	250,7	-3,9
Indexierbarer Sachaufwand	107,8	108,3	-0,5
Gesamt	590,7	598,1	-7,4
Differenzbetrag in Relation zu den Gesamtaufwendungen:	-0,80 %		

Die Überschreitungen der mittels Indexmethode berechneten Aufwandswerte betreffen mit ca. 3,0 Mio. € den Programmbereich. Im Personalaufwand beträgt die Überschreitung 3,9 Mio. €. Das Deutschlandradio begründet dies vor allem mit der von der Kommission im Wirtschaftlichkeitsbericht angesetzten Personalsteigerungsrate. Zudem argumentiert das Deutschlandradio mit dem niedrigen *Stellenbesetzungsgrad* im Jahr 2013, der durch eine verstärkte Beschäftigung freier Mitarbeiter ausgeglichen wurde.

Tz. 506

Der vom Deutschlandradio angemeldete Sachaufwand überschreitet den per Indexmethode errechneten Wert um ca. 0,5 Mio. €. Einsparungen vor allem in den Bereichen Unterhalts- und Bewirtschaftungsaufwendungen sowie Marketingaufwendungen stehen Mehrausgaben im Bereich Fremdleistungen gegenüber.

Das Deutschlandradio kann zum 20. Bericht keinen klaren Nachweis von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit erbringen. Die Kommission erwartet, dass das Deutschlandradio zum 21. Bericht entsprechende Anstrengungen zu wirtschaftlichem und sparsamem Verhalten nachweist.

Tz. 507

### 3. Ergänzende Feststellungen

#### 3.1 Produktionsbetriebe

**Tz. 508** Die Kommission hat mehrfach und schon seit Jahren die Kosten und Leistungen der Produktionsbetriebe Hörfunk und Fernsehen untersucht. Sie nahm im 19. Bericht, um von allgemeinen Einsparvorschlägen zu konkreten Vorgaben gelangen zu können, erstmals ein Benchmarking anhand der durchschnittlichen Produktionskosten je hergestellter Sendeminute vor. Hieraus leitete die Kommission ein mögliches Einsparpotenzial von bis zu 96,5 Mio. € pro Jahr ab. Davon betrafen 86,1 Mio. € die ARD, 9,0 Mio. € das ZDF und 1,3 Mio. € das Deutschlandradio.

Die Anstalten hielten durchschnittliche Minutenkosten nicht für ein Benchmark geeignet. Nach ihrer Auffassung blieben leistungs- und anstaltsbezogene Kostenfaktoren dabei unberücksichtigt. Um Quervergleiche sinnvoll erstellen zu können, bedürfe es einer qualifizierten und differenzierten Analyse. Zudem seien die unterschiedlichen Zuordnungen und Kostenverrechnungen in den Anstalten problematisch. Schon wegen solch unterschiedlicher Datenbasis verbiete sich eine Gegenüberstellung von Minutenkosten.

Die Kommission hielt dennoch an den in allen Wirtschaftszweigen und auch international angewendeten Grundsätzen des Benchmarking-Ansatzes fest. Sie zeigte sich allerdings offen für eine Weiterentwicklung und Verbesserung des Verfahrensansatzes. Die Kommission regte in erster Konsequenz an, dass die Anstalten, deren Kosten über dem Durchschnittswert lagen, ihre Kostenstrukturen hinterfragen und optimieren. Dabei sollten auch die Gremien der Anstalten einbezogen werden.

Die Anstalten haben in der Folge unter Federführung der ARD eine Arbeitsgruppe Benchmark Produktionsbetriebe eingerichtet. Diese sollte Vorschläge für eine Weiterentwicklung des Benchmarking erarbeiten und der Kommission den ihr in Aussicht gestellten qualifizierten und differenzierten Ansatz für eine Gegenüberstellung liefern. Die Arbeitsgruppe hat der Kommission im Sommer 2015 einen Zwischenbericht vorgelegt. Danach konnten die Anstalten trotz intensiver Bemühungen bislang noch kein alternatives Benchmarkinginstrumentarium entwickeln. Statt konkreter, umsetzbarer Verbesserungsvorschläge wurden nur noch zu prüfende Optionen angezeigt. Das ZDF war an der Arbeitsgruppe bisher nicht beteiligt.

Das bisherige Ergebnis der Arbeitsgruppe hat weder zur Realisierung von Einsparungen geführt, noch zu einer Veränderung des Benchmarking-Verfahrens. Aus den Finanzbedarfsanmeldungen zum 20. Bericht sind keine substantiellen Verbesserungen der Wirtschaftlichkeit der Produktionsbetriebe erkennbar. Die Kommission nimmt daher in einem ersten Schritt bei ARD und ZDF einen Wirtschaftlichkeitsabschlag von rund 20 % auf das im 19. Bericht ermittelte jährliche Einsparpotenzial vor. Sie ist der Auffassung, dass den Anstalten Einsparungen in dieser Größenordnung durch eine Optimierung von Strukturen, Prozessen und Produkten in den Jahren bis 2020 möglich sind. Der Abschlag beträgt somit 17,2 Mio. € bei der ARD und 1,8 Mio. € beim ZDF.

Dieser bewusst niedrig gehaltene Abschlag von nur 20 % des aus dem Vergleich der Minutenkosten pauschal abgeleiteten Einsparpotenzials berücksichtigt einerseits einige der methodischen Bedenken der Anstalten, enthält andererseits aber auch den klaren Auftrag, zur Vermeidung weiterer Abschläge den Benchmark-Prozess intensiv voranzutreiben und Ergebnisse vorzulegen.

### 3.2 Folgekosten Absetzung „Gottschalk live“

Die ARD hat im Mai 2011 über die *Degeto Film GmbH* an die Firma Grundy Light Entertainment GmbH einen Produktionsauftrag für das Format „Gottschalk live“ vergeben. Das Format wurde für das *Werberahmenprogramm* bestellt. Der Auftrag sah insgesamt 144 Folgen vor. Die ARD hatte ein Sonderkündigungsrecht für das Format bei unbefriedigenden Quoten vereinbart. Für diesen Fall war die Übernahme so genannter Abbruchkosten des Produzenten fällig. Zudem stand dem Moderator nach 72 ausgestrahlten Folgen noch ein Resthonorar von 2,1 Mio. € vertraglich zu. Die vorzeitige Kündigung wurde vollzogen. Die ARD hatte zur Risikominderung mit dem Moderator vereinbart, dass er bei einem vorzeitigen Ende des Formats bis Ende 2012 für andere Sendungen zur Verfügung stehen müsse. Adäquate Formate konnten aber bis Ende 2012 nicht realisiert werden.

Tz. 509

Die ARD hätte aus Sicht der Kommission schon beim Vertragsabschluss erkennen müssen, dass das „Sicherheitsnetz“ für das Moderatorenhonorar nicht tragen würde. Der Zeitraum zwischen der vorzeitigen Kündigung im Mai 2012 bis zum Ende 2012 für die Vorbereitung und Produktion alternativer Formate mit Herrn Gottschalk war erkennbar zu knapp bemessen. Damit entsprechen weder Vertrag noch der Umgang damit den Regeln von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Die Kommission nimmt daher eine Kürzung um 2,1 Mio. € vor.

### 3.3 Beendigung der Hörfunkausstrahlung über Lang- und Mittelwellensender

In ihrem 18. Bericht hatte die Kommission ARD und Deutschlandradio aufgefordert, die Verbreitung von Hörfunkprogrammen per Mittel- und Langwelle spätestens Ende 2014 (ARD) bzw. zum frühestmöglichen Zeitpunkt (Deutschlandradio) einzustellen. Sie begründete diese Forderung mit der Tatsache, dass die Zahlen der Hörerinnen und Hörer, die diesen Verbreitungsweg nutzten, bereits nicht mehr zu ermitteln waren. Mit den Anmeldungen zum 20. Bericht teilt die ARD mit, dass auch die letzten noch verbleibenden Mittelwellensender Ende 2015 außer Betrieb gehen werden. Sie nennt für die Periode 2013 bis 2016 eine resultierende Einsparung von 12,3 Mio. €. Das Deutschlandradio hat die Verbreitung über die Langwelle Ende 2014 aufgegeben und Ende 2015 auch die Mittelwellen-Ausstrahlungen eingestellt. Der Einspareffekt lässt sich aus den Kosten der terrestrischen Sender (DAB+-Sender sind hier nicht erfasst) ablesen, die gemäß Anmeldung zum 20. Bericht im Jahr 2014 30 Mio. € betragen und 2016 nur noch 16,1 Mio. € betragen sollen.

Tz. 510

## 4. Zusammenfassende Bewertung

**Tz. 511** Aufgrund des nach wie vor nicht durchgeführten Benchmarkings in den Produktionsbetrieben nimmt die Kommission bei der ARD einen Wirtschaftlichkeitsabschlag von 17,2 Mio. € bzw. beim ZDF von 1,8 Mio. € vor. Für die festgestellten Unwirtschaftlichkeiten aufgrund der Absetzung von „Gottschalk live“ nimmt die Kommission bei der ARD einen Wirtschaftlichkeitsabschlag von 2,1 Mio. € vor.

Weitere Einsparungen in den jeweiligen Aufwandsbereichen sind durch die Entscheidungen der Kommission bereits berücksichtigt. Darüber hinaus nimmt die Kommission keine zusätzlichen Wirtschaftlichkeitsabschläge vor.

Die Kommission erwartet jedoch, dass die Rundfunkanstalten auch weiterhin verstärkte Anstrengungen unternehmen, ihre Leistungserstellung wirtschaftlich und sparsam durchzuführen.



## 5. Sonderuntersuchung IT-Strukturen

### 5.1 Zielstellung und Vorgehensweise der Sonderuntersuchung

Im Rahmen der Weiterentwicklung des Berichts zu Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit hat die Kommission beschlossen, Sonderuntersuchungen zur Ergänzung des QNWS durchzuführen. Damit will sie jeweils einen Ausgabenbereich detailliert und mit externer Unterstützung auf Potenziale von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit untersuchen.

Tz. 512

Für den 20. Bericht hat die Kommission die IT-Landschaft der Rundfunkanstalten untersucht. Dieses Thema ist von besonderem Interesse, da die IT der Rundfunkanstalten sowohl im Bereich der Software als auch der Hardware derzeit einem starken technologischen Wandel unterliegt. Die verschiedenen IT-Systeme der Verwaltung, der Redaktionen, Produktionen und Archive wachsen zunehmend zusammen. Dies hat zur Folge, dass die Anstalten hinsichtlich Strategien, Aufgaben- und Ablauforganisation sowie Risikomanagement im IT-Bereich einem erheblichen Handlungsdruck ausgesetzt sind. Die Anstalten haben diesem technologischen Wandel bisher sehr unterschiedlich Rechnung getragen. Die Aufbau- und Ablauforganisationen innerhalb der einzelnen Anstalten sind historisch gewachsen. Neben den Wirtschaftlichkeitspotenzialen, die durch die Anpassung von Geschäftsprozessen innerhalb der einzelnen Anstalten zu erreichen sind, führt die zunehmende Vernetzung der IT auch zu neuen Möglichkeiten der Kooperation zwischen den Anstalten.

Das Thema ist für die Kommission auch deshalb von besonderem Interesse, da hier ein Überblick über die gesamte IT-Landschaft der Rundfunkanstalten möglich ist, der die Erkenntnisse der Landesrechnungshöfe auf Ebene einzelner Anstalten ergänzt und erweitert. Die Kommission hat daher ein Gutachten an die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young (EY) vergeben. Es sollte die IT-Struktur der ARD-Anstalten, des ZDF sowie des Deutschlandradios unter den Aspekten Ausgaben, Organisationsstrukturen sowie Wirtschaftlichkeitspotenziale untersuchen.

Im Folgenden werden einige zentrale Erkenntnisse und Aussagen des EY-Gutachtens vorgestellt. Im Anschluss erfolgt eine Einordnung der Ergebnisse durch die Kommission.

### 5.2 Zentrale Ergebnisse des Gutachtens

#### 5.2.1 Einsparpotenziale zum Industriestandard

Um eine erste Einordnung der IT-Ausgaben der Rundfunkanstalten vornehmen zu können, hat der Gutachter ein Benchmark mit dem Industriestandard nach Gartner<sup>1</sup> erstellt. Hierfür wurden die Gesamterträge der Rundfunkanstalten den IT-Kosten gegenüber gestellt. Im Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2015 erzielten die Rundfunkanstalten Erträge in Höhe von 8.969 Mio. € jährlich. Die durchschnittlichen jährlichen IT-Ausgaben in diesem Zeitraum betrugen 401,2 Mio. €.

Tz. 513

1) IT Key Metrics Data 2015: Key Industry Measures: Media and Entertainment Analysis, Published: 15 December 2014, (<http://www.gartner.com>).

Der prozentuale Anteil der IT-Ausgaben an den Erträgen betrug damit im Vergleichszeitraum 4,47 %. Der Benchmark nach Gartner beträgt 4,0 %. Legt man diesen Maßstab an die Rundfunkanstalten an, so ergibt sich rechnerisch ein Einsparpotenzial von etwa 42,4 Mio. € p.a.

Im Fokus des Gutachtens stand die IT-Ausstattung der Rundfunkanstalten. Die IT-Ausgaben ihrer *Beteiligungsunternehmen* waren nicht Gegenstand des Gutachtens. Daher ist es angemessen, die von den Beteiligungsunternehmen erwirtschafteten Erträge gleichfalls unberücksichtigt zu lassen. Dadurch sinken die Gesamterträge der Rundfunkanstalten auf 8.167 Mio. € und der Anteil der IT-Kosten steigt auf 4,91 %. Bei dieser Betrachtung liegen die rechnerischen Einsparpotenziale gegenüber dem Benchmark sogar bei 74,5 Mio. € jährlich.

Das Einsparpotenzial nach Benchmarkvergleich läge danach in einem Korridor zwischen 42,4 und 74,5 Mio. € p.a.

**Tz. 514** Der Gutachter geht davon aus, dass ein solches Einsparpotenzial nur realisierbar wäre, wenn die ARD-Anstalten im IT-Bereich in einer konzernähnlichen Struktur und darüber hinaus in einem umfassenden Kooperationssystem mit ZDF und Deutschlandradio aufgestellt wären. Voraussetzung dafür wäre neben umfangreichen Reorganisationen der IT-Bereiche der Anstalten ein Einstieg in eine anstaltsübergreifende Standardisierung von Geschäftsprozessen. Das Benchmarking mit dem Industriestandard zeigt den Rahmen der Möglichkeiten, würde bei den Anstalten aber umfangreiche Reformen in der IT-Organisation und Standardisierung der Geschäftsprozesse erfordern.

## 5.2.2 Qualitative Feststellungen

**Tz. 515** Der Gutachter hat verschiedene Dimensionen der Geschäftsprozesse im IT-Bereich untersucht sowie erste Handlungsempfehlungen daraus abgeleitet, die im Folgenden kurz zusammengefasst werden.

Die Anstalten betreiben jeweils eine eigene IT-Organisation. Dabei hat jede Anstalt nahezu vollständige Autonomie bezogen auf ihre IT-Organisation sowie Hardware- und Softwareausstattung. Es besteht keine übergeordnete Entscheidungs- und Regelungsbefugnis, um IT-Landschaften anstaltsübergreifend zu harmonisieren. Gerade weil die den IT-Prozessen hinterlegten Geschäftsprozesse in den Anstalten historisch gewachsen sind und sich sehr heterogen entwickelt haben, entstanden daraus deutlich unterschiedliche Betriebsmodelle und Prozesse in der IT.

**Tz. 516** Zur mittel- und langfristigen Planung der IT existieren in den Anstalten unterschiedliche Ansätze. Eine aus der Geschäftsstrategie abgeleitete umfassende IT-Strategie mit einer dokumentierten Definition von Leitlinien und einer ausformulierten, langfristigen Roadmap gibt es nur selten. Anstaltsübergreifend existieren zwar bereits zahlreiche, teils erfolgreiche Kooperationen, eine übergreifende Strategie zur Kooperation bzw. gemeinsamen Leistungserstellung fehlt jedoch. Zudem mangelt es an einer zentralen Instanz, die in der Lage wäre, eine gemeinsame Strategie durchzusetzen. Ein „Chief Information Officer“ (CIO) mit Zugriff auf die IT-Budgets der ARD-Anstalten, um Kooperationen wirksamer durchzusetzen und Effizienzpotenziale zu heben, fehlt.

Da geeignete Kennzahlen nicht oder nicht systematisch erhoben werden, ist eine Messung, ob strategische und operative Ziele erreicht wurden, nicht im notwendigen Maße möglich. Daraus folgt auch, dass eventuellen Fehlentwicklungen gar nicht oder nur verspätet entgegen gewirkt werden kann.

Der technologische Wandel wird weiterhin zu einer stetigen Änderung des Aufgabenprofils der IT in den Anstalten führen. Von zentraler Bedeutung ist das Zusammenwachsen der klassischen Verwaltungs-IT mit der im Produktionsbereich verwendeten IT. Die Abbildung dieser Entwicklung in den Organisationsstrukturen der Anstalten ist unterschiedlich weit fortgeschritten, mit der Folge sehr unterschiedlicher Aufbau- und Ablauforganisationen. Eine Vereinheitlichung bzw. Angleichung würde Kooperationen fördern und die Voraussetzung für eine gemeinsame Leistungserstellung in ausgewählten IT-Bereichen weiter verbessern.

Einzelne IT-Dienstleistungen werden durch die Anstalten gemeinsam erbracht. Für bestimmte Bereiche des Einkaufs existieren Rahmenverträge, die von einem gemeinsamen Verhandlungsführer für alle Anstalten betreut werden. Dennoch gibt es vielfach redundante Fähigkeiten und Prozesse. Ein Beispiel hierfür ist der Service Desk, den einige Anstalten zwar zu einem externen Anbieter ausgelagert haben, für den aber kein gemeinsamer Dienstleister oder ein Shared Service Center genutzt wird. Ein Pilotprojekt zur Hebung von Synergiepotenzialen wurde vor kurzem durch BR und NDR durchgeführt.

Mit dem Informations-Verarbeitungs-Zentrum (IVZ) existiert zwar eine gemeinsame Einrichtung, die zentral ausgewählte Dienstleistungen für die Anstalten erbringt. Jedoch sind BR, HR und SWR nicht am IVZ beteiligt, und eine Nutzung des IVZ ist nicht verbindlich. Es zeigt sich, dass in diesem Bereich anstaltseigene Interessen den Blick auf eine insgesamt wirtschaftlichere gemeinsame Leistungserbringung verhindern.

Eine Verrechnung der IT-Kosten innerhalb und zwischen den Anstalten findet nicht oder nur vereinfacht statt. Eine Transparenz der Kosten aber auch des Nutzens einzelner Services ist so kaum herstellbar.

Die Applikationslandschaft zeigt sich im Anstaltsvergleich als sehr heterogen. Eine Vereinheitlichung bzw. Standardisierung findet bisher kaum statt. Doch auch wenn Applikationen von mehreren Anstalten genutzt werden, ist ein gemeinsamer Betrieb bisher kaum zu beobachten.

Zur Reduzierung von Leitungslängen, Latenzzeiten u.ä. verfügen die Rundfunkanstalten über eine sehr hohe Zahl von IT-Räumen. Da die Einrichtung und Nutzung solcher Räume in der Regel mit hohen Sicherheitsanforderungen verbunden ist, führt dies regelmäßig zu hohen Kosten. Zudem betreiben die Anstalten nicht nur die Produktions-IT in Eigenregie, sondern verwalten oft auch die klassische IT im eigenen Hause. Eine Auslagerung an das IVZ oder einen externen Dienstleister könnte die Kosten in diesem Bereich in erheblichem Maße reduzieren.

Aus den zuvor festgestellten Problemen hat der Gutachter Maßnahmen abgeleitet, wie Potenziale der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im IT-Bereich durch die Anstalten zu heben wären. Basie-

Tz. 517

rend auf den Erkenntnissen und der Projekterfahrung des Gutachters wurden drei Maßnahmen zudem monetär bewertet. Es handelt es sich bei dem quantifizierten Einsparpotenzial um erste Näherungswerte. Für eine genauere Quantifizierung wäre die Berechnung eines sogenannten Business Case notwendig. Dies war jedoch nicht Gegenstand dieses Gutachtens.

So schlägt der Gutachter eine anstaltsübergreifende externe oder interne Konsolidierung der Service Desk Funktionen vor. Einsparungen können insbesondere durch die Nutzung von Skaleneffekten sowie den Aufbau von Experten- und Kompetenzteams zur Verbesserung der Systemverfügbarkeit erzielt werden. Aufgrund seiner Projekterfahrungen schätzt der Gutachter das Einsparpotenzial auf 4 bis 8 Mio. € jährlich.

Zudem geht der Gutachter davon aus, dass bei einer Optimierung der Beschaffungsvorgänge und einer intensivierten Zusammenarbeit der Rundfunkanstalten in diesem Bereich Wirtschaftlichkeitspotenziale in Höhe von 4 bis 11 Mio. € p.a. zu heben sind. Dies könne erreicht werden durch eine Bündelung von Bestellungen über eine Kataloglösung für bestimmte Warengruppen (bspw. standardisierte Hard- und Software) sowie ein Preis- und Leistungsbenchmarking der Anbieter über alle Rundfunkanstalten.

Durch eine weitere Zentralisierung der SAP-Applikationslandschaft können nach Projekterfahrungen des Gutachters weitere Einsparpotenziale in Höhe von 1,3 bis 2,5 Mio. € p.a. gehoben werden. Dies setzt voraus, dass die gesamte SAP-Betreuung aller Anstalten an einen externen Dienstleister (bspw. das IVZ) ausgelagert wird.

Die Umsetzung allein dieser drei Maßnahmen ist also mit potentiellen Einsparungen von 9,3 bis 21,5 Mio. € jährlich bzw. rund 5 % der aktuellen IT-Gesamtkosten verbunden. Bei einer vollumfänglichen Durchführung aller vorgeschlagenen Maßnahmen geht der Gutachter davon aus, dass deutlich größere Synergieeffekte realisierbar sind. Bei der Umsetzung ist jedoch zunächst mit zusätzlichem Umstellungsaufwand zu rechnen.

### 5.3 Fazit der Kommission

**Tz. 518** Das Gutachten zeigt, dass im Bereich IT von ARD, ZDF und Deutschlandradio erhebliche bisher nicht genutzte Wirtschaftlichkeitspotenziale bestehen. Der Vergleich mit dem Industriestandard hat ein Einsparpotenzial von mindestens 40 Mio. € jährlich ergeben, die langfristigen Einsparmöglichkeiten dürften diesen Betrag überschreiten. Die detailliertere qualitative Untersuchung der IT hat ergeben, dass in vielen Bereichen Konsolidierungs- und Kooperationspotenzial in erheblicher Größenordnung vorhanden ist.

**Tz. 519** Die Untersuchung hat eine überwiegend sehr heterogene IT-Landschaft der Anstalten aufgezeigt, die historisch gewachsen ist und bisher nicht ausreichend konsolidiert wurde. Die in den IT-Prozessen hinterlegten Geschäftsprozesse sind ebenfalls historisch gewachsen und sehr heterogen. Trotz bestehender Kooperationen fehlt eine anstaltsübergreifende Sicht und Strategie, wie Koopera-

tionen ausgebaut und gemeinsame Leistungserstellung gefördert werden können. Eine stärkere Harmonisierung und Konsolidierung der IT-Landschaft ist angezeigt, um größtenökonomische Vorteile in diesen Backoffice-Bereichen zu realisieren. Ein weiteres bedeutendes Hindernis auf dem Weg zu mehr Effizienz sind die institutionellen Hemmnisse, Kooperationen und Standardisierungen durchzusetzen. Letztlich basieren alle Kooperationen auf Freiwilligkeit, wobei die Sicht auf das eigene Haus den Blick auf die Rundfunkanstalten als Verbundsystem behindert. Insbesondere die ARD verfügt über keine zentrale Stelle, die Richtlinien und Kooperationen im IT-Bereich für alle Landesrundfunkanstalten verbindlich festlegen kann.

Zur Erfüllung des Rundfunkauftrags ist es nicht bedeutsam, ob sogenannte Backoffice-Funktionen von jeder Anstalt individuell oder zentral gebündelt ausgeführt werden. In diesen Bereichen sollte die maximale Wirtschaftlichkeit Vorrang haben gegenüber der föderalen Vielfalt der einzelnen Anstalten. Als Beispiel könnten hier die Sparkassen genannt werden. Sie bestehen nach wie vor in den Front-Service-Leistungen auf regionaler Eigenständigkeit (Regionalprinzip), haben viele Backoffice-Funktionen jedoch zentralisiert und können dadurch umfangreiche Wirtschaftlichkeitspotenziale heben.

Die Kommission empfiehlt, dass die Landesrundfunkanstalten der ARD die Einführung einer CIO-ähnlichen Entscheidungsinstanz prüfen. Sie sollte von den Anstalten mit den notwendigen Durchsetzungsrechten sowie anstaltsübergreifenden IT-Budgetrechten ausgestattet werden.

Für alle Rundfunkanstalten geht die Kommission davon aus, dass noch erhebliche Wirtschaftlichkeitsreserven bestehen. So sind im IT-Bereich Verbundstrukturen deutlich auszubauen; durch Nutzung einer gemeinsamen Infrastruktur, beispielsweise eines gemeinsamen Corporate Network, sind weitere Synergiepotenziale zu heben.

Die Kommission erwartet, dass Berechnungen durchgeführt werden, wie sich die Beteiligung aller Landesrundfunkanstalten am IVZ in einer Gesamtschau auswirken würde. Wenn mit positiven Wirtschaftlichkeitseffekten für die Gesamtheit der Anstalten zu rechnen ist, sind potenzielle Mehrkosten einzelner Anstalten auszugleichen. Ein höherer Gesamtaufwand verursacht von Partikularinteressen einzelner Anstalten ist aus Sicht der Kommission nicht vertretbar.

Die Kommission erkennt an, dass eine Vielzahl der vom Gutachter vorgeschlagenen Maßnahmen nicht kurzfristig durchführbar ist. Sie erkennt zudem an, dass manche Maßnahmen zunächst Investitions- und Umsetzungskosten verursachen.

Tz. 520

Daher sieht die Kommission davon ab, innerhalb der ersten beiden Jahre der Beitragsperiode 2017 bis 2020 einen Wirtschaftlichkeitsabschlag vorzunehmen. Sie erwartet aber zum 21. Bericht ein Konzept der Anstalten, wie die vom Gutachter vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt und die Wirtschaftlichkeitspotenziale gehoben werden können. Dieses Konzept soll bereits eine konkrete Umsetzungsstrategie enthalten. Die Kommission erwartet, dass die Intendantinnen und Intendanten entsprechende Reformen im IT-Bereich „Top-down“ einleiten und begleiten. Ohne die Führungsebene werden die notwendigen strukturellen Veränderungen in den IT-Landschaften nicht einzuleiten und umzusetzen sein.

Für die Jahre 2019 und 2020 sperrt die Kommission Mittel in Höhe von 20 Mio. € jährlich. Die gesperrten Mittel werden entsprechend den Anteilen von ARD, ZDF und Deutschlandradio an den gesamten IT-Ausgaben aufgeteilt (s. Tabelle 204). Der Vorschlag der ARD und des Deutschlandradios statt dem Anteil an den IT-Ausgaben den Beitragsschlüssel für die Aufteilung zugrunde zu legen, kann die Kommission nicht überzeugen. Der gewählte Schlüssel setzt direkt am Untersuchungsgegenstand an und ist aus Sicht der Kommission der sachlich richtige Verteilungsschlüssel.

Wenn die Rundfunkanstalten zum 21. Bericht ein überzeugendes Konzept vorlegen und die ersten Schritte zur Umsetzung einiger zentraler Maßnahmen einleiten, gibt die Kommission diese Mittel frei. Die zeitnahe Umsetzung erster, weniger komplexer Maßnahmen könnte bereits Wirtschaftlichkeitsgewinne für die notwendigen Anschubinvestitionen freisetzen. Andernfalls werden die entsprechenden Beträge zum 22. Bericht finanzbedarfsmindernd angerechnet.

**Tab. 204 Anteil der einzelnen Anstalten an der Sperre**

	Anteil an gesamten IT-Ausgaben (in %)	Gesperrte Summe pro Jahr (in Mio. €)
ARD gesamt	82	16,41
ZDF	15	2,96
DRadio	3	0,63

**Tz. 521** Für den 22. Bericht erwartet die Kommission bereits in den Anmeldungen eine deutliche Verbesserung für Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im Bereich der IT.

## 5.4 Stellungnahme der Intendantinnen und Intendanten

Trotz methodischer Bedenken gegenüber Teilen des Gutachtens wird aus den Stellungnahmen der Anstalten deutlich, dass die Zielrichtung der Kommission von den Anstalten anerkannt wird. Tz. 522

Stellvertretend für die Intendantinnen und Intendanten der ARD hat sich der Vorsitzende der ARD zum Gutachten geäußert. Er bekräftigt, dass die Intendantinnen und Intendanten der ARD die Umsetzung der von der Kommission geäußerten Erwartungen zur Umsetzung einer Vereinheitlichung der IT-Landschaft sowie der dahinterstehenden Geschäftsprozesse „Top-down“ unterstützen werden. Kooperationen und Standardisierung werden eine wichtige Rolle für die ARD spielen. Die Umsetzbarkeit der vom Gutachter vorgeschlagenen Maßnahmen werde geprüft und bis zum 21. Bericht ein Konzept vorgelegt. Dieses werde Aussagen zur kurz-, mittel- und langfristigen Anpassung der IT-Prozesse und IT-Strukturen enthalten. Hierzu würden sich die verantwortlichen Kommissionen innerhalb der ARD während des gesamten Verfahrens eng mit den Intendantinnen und Intendanten abstimmen. Tz. 523

Auch der Intendant des ZDF betont in einem Schreiben an die Kommission, dass er die Entwicklung anstaltsübergreifender Kooperationen unterstütze, um eine weitere Vereinheitlichung der IT-Strukturen und der zugrundeliegenden Geschäftsprozesse voran zu treiben. Er weist zudem darauf hin, dass das ZDF bereits an der Umsetzung einiger effizienzsteigernder Maßnahmen, wie einer Standardisierung der IT-Plattformen, einer Konsolidierung der Anwendungslandschaft sowie einer systematischen Digitalisierung der Arbeitsprozesse arbeite. Zudem wird zugesagt, dass das ZDF seine IT-Strategie und die daraus resultierenden Anpassungen der IT-Landschaft bis zum 21. Bericht für die Kommission aufbereiten werde. Tz. 524

Der Intendant des Deutschlandradios unterstützt die Grundaussagen des Gutachtens und betont, dass weitere Kooperationen und eine engere Zusammenarbeit zwischen Rundfunkanstalten zu wirtschaftlichen Verbesserungen führen könnten. Er verweist zudem auf die Bedeutung, die Kooperationen mit ARD und ZDF seit jeher für das Deutschlandradio besäßen und die auch im Deutschlandradio-Staatsvertrag verankert seien. Das Deutschlandradio werde sich künftig noch stärker am IVZ beteiligen und den PC-Benutzerservice sowie begleitende IT-Dienstleistungen über das IVZ abwickeln. Allerdings werde eine weitere Entwicklung auch Anpassungs- und Entwicklungszeit benötigen. Zudem verweist das Deutschlandradio auf vergaberechtliche Probleme, die bei gemeinsamen Beschaffungen zu berücksichtigen seien. Tz. 525

Aus Sicht der Kommission ist die programmliche Konkurrenz, in der ARD und ZDF stehen, unbestritten. Sie gibt gleichwohl zu bedenken, dass die Vereinheitlichung und Konsolidierung von Back-office Prozessen die inhaltliche Programmgestaltung grundsätzlich nicht tangieren. Tz. 526

Die Kommission begrüßt, dass die Intendantinnen und Intendanten der Rundfunkanstalten den Reformbedarf im IT-Bereich der Rundfunkanstalten grundsätzlich anerkennen. Die zum 21. Bericht zugesagten Konzepte sind aus Sicht der Kommission ein wichtiger Schritt zur Hebung weiterer Wirtschaftlichkeitspotenziale im IT-Bereich.





## **Finanzausgleich zwischen den ARD-Anstalten**

---

Die *Finanzausgleichsmasse* ist staatsvertraglich ab 2017 von 1 % auf 1,6 % des ARD-Nettobeitragsaufkommens angehoben. Damit wird die Ertragssituation von RB und SR verbessert.

Die Anstalten haben im Sachaufwand und bei den Investitionen 19,6 Mio. € angemeldet, die der Begleichung von Verbindlichkeiten von RB und SR im Rahmen des Finanzausgleichs 2013 bis 2016 dienen sollen. Die Kommission erkennt diesen Finanzbedarf nicht an.

Die Kommission weist RB und SR vorab insgesamt 28,275 Mio. € aus dem ARD-Nettobeitragsaufkommen 2017 bis 2020 zweckgebunden zu. Dabei sind auch 8,675 Mio. € für die Rückzahlung einer RB 2013 und 2014 gewährten Liquiditätshilfe berücksichtigt.

Die Kommission erwartet, dass die von den ARD-Landesrundfunkanstalten mit RB und SR vereinbarten Kooperationen fortgeführt und weiterentwickelt werden.

---

## 1. Notwendigkeit des Finanzausgleichs

*Tz. 527* Der Ertrag aus Rundfunkbeiträgen richtet sich nach der Zahl der Beitragspflichtigen im gesetzlichen Versorgungsbereich der jeweiligen Landesrundfunkanstalt. Wegen der geringen Anzahl von Beitragspflichtigen in ihrem Versorgungsbereich können RB und SR ihren *Finanzbedarf* nicht aus ihrem Beitragsaufkommen decken. Daher wird in der ARD ein Finanzausgleich zugunsten von RB und SR durchgeführt, zu dem die Anstalten nach § 12 Abs. 2 S. 1 *RStV* i.V.m § 12 S. 1 *RFinStV* ermächtigt und verpflichtet sind.

Für die Kommission bedeutet die Ermittlung des Gesamtbedarfs der ARD, dass dieser den Bedarf von RB und SR mit umfasst. Der gebotene interne Finanzausgleich zugunsten von RB und SR begründet keine Erhöhung des Gesamtbedarfs der ARD.

## 2. Finanzausgleich bis Ende 2016

Der Finanzausgleich erfolgt 2013 bis 2016 zunächst aus der staatsvertraglichen Finanzausgleichsmasse von 1 % des ARD-Nettobeitragsaufkommens (§ 14 S. 1 RFinStV). Aus ihr erhalten RB 46,24 % und SR 53,76 %.

Tz. 528

Darüber hinaus bestanden zur weiteren Entlastung von RB und SR in der ARD für 2010 bis 2014 Vereinbarungen über einen *Leistungs- und Gegenleistungsaustausch* (LUGA, hierzu 18. Bericht, Tz. 596 ff. und 604 ff.). Zusätzlich erhielt RB 2013 und 2014 Liquiditätshilfen. Für 2015 und 2016 werden an RB und SR weitere Hilfen gemäß den Beschlüssen der ARD vom 16./17. September 2013 zur Neuordnung des Finanzausgleichs geleistet (hierzu 19. Bericht, Tz. 451 ff.).

### 2.1 Finanzausgleich aus der staatsvertraglichen Finanzausgleichsmasse von 1 % – 2013 bis 2016

Die von den Anstalten für 2013 bis 2016 angemeldete Finanzausgleichsmasse erhöht sich in Folge der Zuschätzung der Kommission zu den Beitragserträgen 2015 auf 228,501 Mio. €. Ihr Volumen ist damit um rund 3,6 Mio. € höher als im 19. Bericht festgestellt.

Tz. 529

**Tab. 205 Staatsvertragliche Finanzausgleichsmasse**  
**Aufbringung und Verwendung 2013 bis 2016 (in Mio. €)**

	BR	HR	MDR	NDR	SWR	WDR	Summe
<b>Aufbringungsanteile<sup>1)</sup> (in %)</b>	<b>15,624</b>	<b>1,947</b>	<b>6,835</b>	<b>13,100</b>	<b>17,994</b>	<b>44,500</b>	
<b>Feststellung 19. Bericht</b>	35,143	4,379	15,375	29,465	40,474	100,094	224,930
<b>Anmeldung 20. Bericht</b>	35,668	4,445	15,604	29,906	41,079	101,590	228,293
<b>Zuschätzung der KEF</b>	0,033	0,004	0,014	0,028	0,037	0,093	0,208
<b>Endbetrag 20. Bericht</b>	35,701	4,449	15,618	29,934	41,116	101,683	228,501
<b>Veränderung Feststellung 20. Bericht ggü. 19. Bericht</b>							3,571
<b>Veränderung (in %)</b>							1,6

	RB	SR	Summe
<b>Verwendungsanteile (in %)</b>	<b>46,24</b>	<b>53,76</b>	
<b>Feststellung 19. Bericht</b>	104,008	120,922	224,930
<b>Anmeldung 20. Bericht</b>	105,563	122,730	228,293
<b>Zuschätzung der KEF</b>	0,096	0,112	0,208
<b>Endbetrag 20. Bericht</b>	105,659	122,842	228,501
<b>Veränderung Feststellung 20. Bericht ggü. 19. Bericht</b>			3,571
<b>Veränderung (in %)</b>			1,6

<sup>1)</sup> Der RBB nimmt an der Aufbringung der staatsvertraglichen Finanzausgleichsmasse nicht teil.

## 2.2 Leistungs- und Gegenleistungsaustausch und weitere Hilfen – 2013 bis 2014

**Tz. 530** Die Vereinbarungen über einen Leistungs- und Gegenleistungsaustausch (19. Bericht, Tz. 450) entlasteten RB und SR in 2013 und 2014 um insgesamt 16,305 Mio. € p.a.

In 2013 und 2014 haben vier ARD-Landesrundfunkanstalten an RB als Liquiditätshilfe Darlehen von insgesamt 8,675 Mio. € gegeben. Zur Rückzahlung dieser Darlehen s. Tz. 534.

Zwischen RB und NDR einerseits sowie SR und SWR andererseits wurden zur Entlastung von RB und SR und zur Erzielung von positiven Synergieeffekten die vereinbarten vertieften Kooperationen im bisherigen Umfang fortgeführt (hierzu 18. Bericht, Tz. 604, Absatz 3).

## 2.3 ARD-Beschlüsse vom 16./17. September 2013 zur Neuordnung des Finanzausgleichs – 2015 bis 2016

**Tz. 531** Grundlage des Finanzausgleichs für RB und SR sind in 2015 und 2016 die Beschlüsse der ARD vom 16./17. September 2013 über die Neuordnung des ARD-Finanzausgleichs ab 2015 (hierzu eingehend 19. Bericht, Tzn. 451-455).

### 2.3.1 Baustein 1 und 2

**Tz. 532** Baustein 1 der Beschlüsse sieht für die Jahre 2015 und 2016 – über die staatsvertragliche Finanzausgleichsmasse von 1 % bis Ende 2016 hinaus – Geldleistungen von insgesamt 12,397 Mio. € jährlich an RB und SR vor. Diese lösen einen Großteil des Leistungs- und Gegenleistungsaustauschs gemäß den „Bonner Beschlüssen“ ab und sind mit den Geldleistungen aus den „Hamburger Beschlüssen“ zusammengeführt („FFAG 1“). Der restliche Leistungs- und Gegenleistungsaustausch durch Sach- und Dienstleistungen wird mit einer Entlastungswirkung von 3,908 Mio. € beibehalten („verbleibender LUGA“).

In Baustein 2 kommen für 2015 und 2016 RB und SR zu gleichen Teilen zusätzliche Finanzhilfen der ARD-Anstalten von jährlich 10 Mio. € zugute („FFAG 2“).

### 2.3.2 Vorübergehende Finanzhilfen für RB und SR 2015 und 2016 sowie Liquiditätshilfen für RB 2013 und 2014

**Tz. 533** In ihren Beschlüssen vom 16./17. September 2013 hat die ARD einen zusätzlichen Mittelbedarf bei RB und SR in 2015 und 2016 von insgesamt 19,6 Mio. € zur Deckung der strukturellen Unterfinanzierung festgestellt. Diese Mittel können kassenmäßig durch Entnahmen aus den in die Rücklagen eingestellten Beitragsmehrerträgen aufgebracht werden (s. 19. Bericht, Tz. 455). Dies erfolgt durch alle ARD-Anstalten nach einem zwischen ihnen vereinbarten Umlageschlüssel.

Der Ausgleich ihrer Verbindlichkeiten aus dieser Finanzhilfe wird RB und SR dadurch ermöglicht, dass RB und SR aus dem ARD-Nettobeitragsaufkommen 2017 bis 2020 zweckgebunden vorab 19,6 Mio. € zugewiesen werden. Diese Mittel sind von RB und SR entsprechend den vereinbarten Zahlungsplänen an die anderen ARD-Anstalten zu leisten, die sie ggf. sogleich den in die Rücklagen eingestellten Beitragsmehrerträgen zuführen. RB und SR legen ihre entsprechenden Eigenanteile ebenfalls wieder ein.

Tz. 534

Der von der Kommission ermittelte Gesamtbedarf der ARD in 2013 bis 2016 umfasst auch den Bedarf von RB und SR. Die Finanzhilfen an RB und SR von 19,6 Mio. € haben daher keinen zusätzlichen Finanzbedarf der ARD in 2013 bis 2016 begründet. Auch in 2017 bis 2020 stellen sie keinen Finanzbedarf dar. Der für die Rückzahlung im Sachaufwand und bei den Investitionen angemeldete zusätzliche Finanzbedarf ist daher zu kürzen.

RB hat 2013 und 2014 eine Liquiditätshilfe von 8,675 Mio. € erhalten. Ihre Rückzahlung wird durch die zweckgebundene *Vorabzuweisung* von 8,675 Mio. € an RB aus dem ARD-Nettobeitragsaufkommen 2017 bis 2020 ermöglicht.

## 2.4 Zusammenfassung 2013 bis 2016

Die von RB und SR empfangenen, auf Dauer konzipierten Finanzausgleichsleistungen stellen sich in 2013 bis 2016 insgesamt wie folgt dar:

Tz. 535

Tab. 206 Summe Finanzausgleich 2013 bis 2016 (in Mio. €)

	RB	SR	Summe
2013	26,907	30,023	56,930
2014	29,035	32,497	61,531
2015	39,002	40,837	79,840
2016	38,796	40,597	79,393
20. Bericht Feststellung	133,741	143,954	277,695

### 3. Finanzausgleich ab 2017

**Tz. 536** Ab 2017 wird der Finanzausgleich grundsätzlich nur noch auf Basis der im 16. RÄStV auf 1,6 % erhöhten Finanzausgleichsmasse durchgeführt. Im 19. Bericht hatte die Kommission die Anhebung der staatsvertraglichen Finanzausgleichsmasse vorgeschlagen.

Der Verteilungsschlüssel der Finanzausgleichsmasse zwischen RB und SR wurde ebenfalls geändert. Ab 2017 erhält RB aus der Finanzausgleichsmasse 49,080 %, dem SR stehen 50,920 % zu.

Die ARD hat für 2017 bis 2020 folgende Beträge der Finanzausgleichsmasse und deren Verteilung auf RB und SR angemeldet:

**Tab. 207 Finanzausgleichsmasse – Aufbringung 2017 bis 2020 (in Mio. €)**

	BR	HR	MDR	NDR	RB
<b>Feststellung 20. Bericht 2013-2016</b>	39,269	5,640	21,113	45,037	0,033
<b>Ø p.a. 2013-2016</b>	9,817	1,410	5,278	11,259	0,008
<b>Anmeldung 20. Bericht 2017-2020</b>	56,823	7,081	24,858	47,643	0
<b>Ø p.a. 2017-2020</b>	14,206	1,770	6,215	11,911	0
<b>Veränderung 2017-2020 ggü. 2013-2016</b>	17,554	1,441	3,745	2,606	-0,033
<b>Veränderung (in %)</b>	44,7	25,6	17,7	5,8	-100

	RBB	SR	SWR	WDR	Summe
<b>Feststellung 20. Bericht 2013-2016</b>	1,062	0,055	51,857	113,629	277,695
<b>Ø p.a. 2013-2016</b>	0,27	0,014	12,964	28,407	69,424
<b>Anmeldung 20. Bericht 2017-2020</b>	0	0	65,442	161,842	363,689
<b>Ø p.a. 2017-2020</b>	0	0	16,360	40,460	90,922
<b>Veränderung 2017-2020 ggü. 2013-2016</b>	-1,062	-0,055	13,585	48,213	85,994
<b>Veränderung (in %)</b>	-100	-100	26,3	42,4	31,0

**Tab. 208 Finanzausgleichsmasse – Verteilung 2017 bis 2020 (in Mio. €)**

	RB	SR	Summe
<b>Feststellung 20. Bericht 2013-2016</b>	133,741	143,954	277,695
<b>Ø p.a. 2013-2016</b>	33,435	35,989	69,424
<b>Anmeldung 20. Bericht 2017-2020</b>	178,499	185,190	363,689
<b>Ø p.a. 2017-2020</b>	44,625	46,297	90,922
<b>Veränderung 2017-2020 ggü. 2013-2016</b>	44,758	41,236	85,994
<b>Veränderung (in %)</b>	33,5	28,7	31,0

Die Aufbringung durch die leistenden Anstalten wurde von der ARD in der Anmeldung zum 20. Bericht noch auf der Grundlage des seit 2010 geltenden Aufbringungsschlüssels für die staatsvertragliche Finanzausgleichsmasse dargestellt. Die Anstalten wollen über eine Änderung des Aufbringungsschlüssels erst 2016 verhandeln.

Tz. 537

2017 bis 2020 erhöht sich die Finanzausgleichsmasse gegenüber 2013 bis 2016 um 31,0 % vor allem durch die Anhebung auf 1,6 % des ARD-Nettobeitragsaufkommens. Dies entspricht einer Erhöhung für RB um 33,5 % und für SR um 28,7 %.

Tz. 538

Die Geldleistungen im Finanzausgleich liegen 2017 bis 2020 um 85,994 Mio. € höher als 2013 bis 2016. Bei einem Vergleich ist jedoch zu berücksichtigen, dass 2013 und 2014 zusätzliche Hilfe im Rahmen des Leistungs- und Gegenleistungsaustausches (LUGA) gewährt wurde. Legt man das erst 2015 und 2016 erreichte Niveau der Geldleistungen im Finanzausgleich von ca. 80 Mio. € jährlich zugrunde, ergibt sich für 2017 bis 2020 eine Erhöhung von rd. 43,4 Mio. €. Das sind 10,9 Mio. € pro Jahr, von denen 5,3 Mio. € auf RB und 5,6 Mio. € auf SR entfallen.

Der Kommission ist daran gelegen, dass der erreichte Stand der Kooperationen von RB und SR mit anderen Rundfunkanstalten zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit auch nach der Anhebung der staatsvertraglichen Finanzausgleichsmasse gewahrt und möglichst weiterentwickelt und verbessert wird. Sie begrüßt daher, dass der „verbleibende LUGA“ und die vertieften Kooperationen auch über 2016 hinaus praktiziert werden sollen.

Tz. 539





## **Feststellung des Finanzbedarfs und Beitragsempfehlung**

---

Die Kommission stellt für 2017 bis 2020 insgesamt einen Überschuss von 542,2 Mio. € fest. Bei der ARD beträgt der Überschuss 378,0 Mio. € und beim ZDF 180,4 Mio. €. Beim Deutschlandradio ergibt sich ein Fehlbetrag von 16,2 Mio. €. In den Beträgen für ARD und ZDF ist der Fehlbetrag von ARTE von 38,9 Mio. € berücksichtigt.

Die Kommission empfiehlt daher ab 2017 eine Absenkung des monatlichen Rundfunkbeitrags um 30 Cent auf 17,20 €.

Von der Beitragssenkung entfallen 20,7 Cent auf die ARD, 9,9 Cent auf das ZDF und 0,6 Cent auf die Landesmedienanstalten. Der Fehlbetrag beim Deutschlandradio entspricht einer Erhöhung um 0,9 Cent und ist durch eine neue prozentuale Aufteilung der Anteile von ARD, ZDF und Deutschlandradio am Rundfunkbeitragsaufkommen auszugleichen.

---

## 1. Feststellung des Finanzbedarfs

*Tz. 540* Als Ergebnis der Prüfung der Finanzbedarfsanmeldungen durch die Kommission wird der *Finanzbedarf* von ARD, ZDF und Deutschlandradio zum 31. Dezember 2020 wie folgt festgestellt:

Tab. 209 Finanzbedarf von ARD, ZDF und Deutschlandradio 2017 bis 2020 (in Mio. €)

	ARD	ZDF	DRadio	Gesamt
<b>Erträge</b>	26.685,8	8.963,5	927,1	36.576,4
<b>Aufwendungen</b>	-28.091,1	-9.265,7	-928,9	-38.285,8
<b>Ergebnis Betriebshaushalt</b>	<b>-1.405,3</b>	<b>-302,3</b>	<b>-1,8</b>	<b>-1.709,4</b>
<b>Einnahmen</b>	2.390,8	629,1	65,0	3.085,0
<b>Ausgaben</b>	-2.808,6	-637,7	-65,4	-3.511,7
<b>Ergebnis Investitionshaushalt/Finanzvorschau</b>	<b>-417,8</b>	<b>-8,6</b>	<b>-0,4</b>	<b>-426,7</b>
<b>im Betriebshaushalt nicht enthaltener Entwicklungsbedarf</b>	-301,5		-85,0	-386,5
<b>Überleitung zur modifizierten Planungsmethode</b>	200,5	-12,6	1,7	189,5
<b>Sonderfaktoren ZDF</b>		-70,0		-70,0
<b>Überschuss der Beitragsperiode 2013-2016</b>	1.528,6	397,9	41,1	1.967,5
davon: Einstellung Sonderrücklage Beitragsmehrerträge 2013-2016	1.162,8	387,5	39,3	1.589,5
<b>Angemeldeter ungedeckter Finanzbedarf, Tz. 11</b>	<b>-395,6</b>	<b>4,5</b>	<b>-44,5</b>	<b>-435,7</b>
nachrichtlich: Zusätzlicher Finanzbedarf vor Entnahme Sonderrücklage Beitragsmehrerträge 2013-2016, Tzn. 10 f.	-1.558,3	-383,0	-83,8	-2.025,2
<b>Anpassung Anrechenbare Eigenmittel, Tzn. 471, 490</b>		9,9		9,9
<b>Nachmeldung Deutschlandradio, Tz. 69</b>			2,3	2,3
<b>Ausgangsgrundlage für die Finanzbedarfsermittlung durch die KEF</b>	<b>-395,6</b>	<b>14,4</b>	<b>-42,2</b>	<b>-423,5</b>
<b>Programmaufwand, Tz. 72</b>	76,0	46,1	3,0	125,1
<b>Programmverbreitung, Tzn. 86, 94, 101</b>	48,8	18,5	0,0	67,3
<b>Personalaufwand ohne Altersversorgung, Tz. 134</b>	156,4	45,5	4,5	206,4
<b>Betriebliche Altersversorgung, Tz. 149</b>	0,0	3,0	0,0	3,0
<b>Sachaufwand, Tzn. 239, 248, 260</b>	-43,3	0,0	0,0	-43,3
<b>Investitionen, Tzn. 273, 280, 288</b>	22,0	25,1	0,0	47,1
<b>Verstärkungsmittel, Tz. 295</b>	17,6	0,0	0,0	17,6
<b>Entwicklungsbedarf, Tzn. 296 ff.</b>	181,1		10,1	191,2
davon:				
DAB+, Tzn. 313, 316	33,3		10,1	43,4
Bestandssicherung audiovisuelles Erbe, Tzn. 318 ff.	127,7			127,7
DVB-T2, Tzn. 323 ff.	20,0			20,0
<b>Erträge aus Rundfunkbeiträgen, Tzn. 344, 352</b>	19,7	8,7	1,0	29,4
<b>Erträge aus Werbung und Sponsoring, Tzn. 365, 369, 376, 378</b>	29,7	5,5		35,2
<b>Finanzerträge, Tzn. 384 ff.</b>	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Erträge aus Kostenerstattungen, Tzn. 406, 408, 409 f., 413, 415</b>	45,2	0,0	0,0	45,2
<b>Sonstige betriebliche Erträge, Tzn. 425, 432 f., 437</b>	112,7	23,4	7,1	143,2
<b>Beteiligungserträge, Tzn. 458, 464, 466, 469 f.</b>	15,8	7,7	0,0	23,5
<b>Anrechenbare Eigenmittel, Tzn. 472, 492</b>	71,2	0,0	0,3	71,5
<b>Wirtschaftlichkeitsabschlag Produktionsbetriebe, Tz. 508</b>	17,2	1,8	0,0	19,0
<b>Wirtschaftlichkeitsabschlag „Gottschalk live“, Tz. 509</b>	2,1			2,1
<b>Finanzausgleich, Tz. 534</b>	19,6			19,6
<b>Fehlbetrag ARTE 2017-2020, Tz. 546</b>	- 19,5	- 19,5		-38,9
<b>Zuordnung der kurzfristigen Rückstellungen bei ARTE für Programmmulierungen, Tzn. 485, 491, 493</b>	1,3	0,2		1,5
<b>Veränderung des angemeldeten Finanzbedarfs durch die KEF</b>	<b>773,6</b>	<b>166,0</b>	<b>26,0</b>	<b>965,7</b>
<b>Festgestellter Finanzbedarf, Überschuss (+), Fehlbetrag (-)</b>	<b>+378,0</b>	<b>+180,4</b>	<b>-16,2</b>	<b>+542,2</b>

- Tz. 541** Die Kommission stellt für 2017 bis 2020 bei ARD, ZDF und Deutschlandradio insgesamt einen Überschuss von 542,2 Mio. € fest. Bei der ARD beträgt der Überschuss 378,0 Mio. €, beim ZDF 180,4 Mio. €. Beim Deutschlandradio ergibt sich dagegen ein Fehlbetrag von 16,2 Mio. €.
- Tz. 542** Die ausgesprochenen Zweckbindungen für Beitragsanteile (*BilMoG-Deckungsstocklücke* in der Altersversorgung und Entwicklungsprojekt *Digitaler Hörfunk*) bleiben bestehen. Die Kommission sperrt beim *Personalaufwand ohne Altersversorgung* von ARD, ZDF und Deutschlandradio insgesamt einen Betrag von 100 Mio. € für 2019 und 2020. Dies erfolgt im Zusammenhang mit den geforderten Einsparungen bei der Altersversorgung (s. Tz. 177). Aufgrund erheblicher Wirtschaftlichkeitsreserven im IT-Bereich sperrt die Kommission darüber hinaus für die Jahre 2019 und 2020 insgesamt einen Betrag von 40 Mio. € (s. Tz. 520).
- Tz. 543** Die Kommission hat die Anmeldungen nach den Grundsätzen von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geprüft; sie nahm Korrekturen vor, wenn die Ertragsschätzungen zu niedrig bzw. die angemeldeten Aufwendungen zu hoch erschienen. Diese Korrekturen in Höhe von insgesamt 965,7 Mio. € werden in den Kapiteln 5 bis 7 und 10 des Berichts im Detail begründet. Darüber hinaus waren die zum 31. Dezember 2014 vorhandenen kurzfristig verfügbaren Mittel zu berücksichtigen (vgl. 8. Kapitel). Ferner wurden Wirtschaftlichkeitsabschlüsse vorgenommen (vgl. 9. Kapitel).
- Tz. 544** Nach § 3 Abs. 1 *RFinStV* hat die Kommission ihre Finanzbedarfsprüfung unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Entwicklung der Haushalte der öffentlichen Hand durchzuführen. Dies stellt sie u.a. dadurch sicher, dass ihren Fortschreibungen beim Programm- und Sachaufwand der vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie prognostizierte Deflator des Bruttoinlandsprodukts (*BIP-Deflator*) zugrunde gelegt wird. Die Fortschreibung des Personalaufwands orientiert sich an der Entwicklung im Öffentlichen Dienst. Im Übrigen wird auf die Ausführungen in Tz. 108 verwiesen.
- Tz. 545** Die Kommission stellt fest, dass durch die ARD-Anstalten, das ZDF und Deutschlandradio keine Rücklagen nach § 1 Abs. 4 *RFinStV* zu bilden waren, da die Gesamterträge die Gesamtaufwendungen nicht oder um weniger als 10 % der jährlichen Beitragseinnahmen in 2013 bis 2014 (Ist-Zahlen) und 2015 bis 2020 (Plan-Zahlen) übersteigen.

## 2. Fehlbetrag von ARTE

In der Anmeldung von ARTE wird für die Periode 2017 bis 2020 ein ungedeckter Finanzbedarf von 34,9 Mio. € ausgewiesen. Unter Berücksichtigung der von der Kommission vorgenommenen Korrekturen ergibt sich zum 31. Dezember 2020 der folgende Finanzbedarf von ARTE:

Tz. 546

Tab. 210 Fehlbetrag von ARTE 2017 bis 2020 (in Mio. €)

Bestandsbedarf 2017-2020	- 32,7
Umsatzsteuer auf Koordinationsleistungen	- 2,2
<b>Angemeldeter ungedeckter Finanzbedarf (Tz. 12)</b>	<b>-34,9</b>
Nachmeldung zusätzlicher Programmaufwand (Tzn. 59 ff., 65, 68, 71)	-10,7
Kürzung des Programmaufwands (Tzn. 71 f.)	6,3
Kürzung des Personalaufwands (Tz. 132)	0,4
<b>Festgestellter Finanzbedarf</b>	<b>- 38,9</b>

Für das Ende der *Beitragsperiode* wird damit ein Fehlbetrag von ARTE in Höhe von 38,9 Mio. € festgestellt. Dieser Fehlbetrag wird je zur Hälfte dem Finanzbedarf von ARD und ZDF zugeschlagen. Aufgegliedert auf die einzelnen Jahre der Beitragsperiode 2017 bis 2020 resultiert daraus ein jährlicher Bedarf von 9,73 Mio. €. Der Finanzierungsbetrag für die Beitragsperiode würde damit 180,84 Mio. € p.a. betragen.

### 3. Beitragsempfehlung

**Tz. 547** Zwischen Kommission und Rundfunkanstalten ist eine Verständigung über das Verfahren zur Umrechnung des festgestellten Finanzbedarfs auf den monatlichen Rundfunkbeitrag herbeigeführt worden.

**Tz. 548** Der von der Kommission festgestellte Finanzbedarf führt auf der Grundlage dieses Berechnungsverfahrens zu folgender Absenkung des monatlichen Rundfunkbeitrags von 17,50 € ab 1. Januar 2017:

**Tab. 211 Absenkung des monatlichen Rundfunkbeitrags ab 2017 (in Cent)**

ARD	-20,7
ZDF	-9,9
Deutschlandradio	+0,9
	-29,7
+ Anteil der Landesmedienanstalten	-0,6
Gesamt	-30,3

Zur Abdeckung des Fehlbetrags von ARTE ist ein zusätzlicher Beitragsanteil von +2,1 Cent erforderlich, der je zur Hälfte bei der Beitragssenkung für ARD und ZDF berücksichtigt ist. Aufgrund des in § 10 Abs. 1 RFinStV festgelegten Anteils der Landesmedienanstalten von 1,8989 % des Rundfunkbeitragsaufkommens sind diese mit 0,6 Cent von der Beitragssenkung betroffen.

**Tz. 549** Die Kommission empfiehlt daher ab 2017 einen monatlichen Rundfunkbeitrag von 17,20 €. Davon entfallen 12,10 € auf die ARD, 4,28 € auf das ZDF, 0,49 € auf das Deutschlandradio und 0,33 € auf die Landesmedienanstalten.

**Tz. 550** Aus den Überschüssen von ARD und ZDF und dem ungedeckten Finanzbedarf des Deutschlandradios ergibt sich eine veränderte Verteilung des Rundfunkbeitrags, die in § 9 RFinStV umgesetzt werden muss. Von den Einnahmen aus dem Rundfunkbeitrag abzüglich des Anteils der Landesmedienanstalten soll die ARD 71,7068 %, das ZDF 25,3792 % und das Deutschlandradio 2,9140 % erhalten.

## **Kostentransparenz**

## 1. Beteiligungen und GSEA

---

Das *Beteiligungsportfolio* der Rundfunkanstalten umfasst zum Jahresende 2013 – einschließlich aller Tochter- und Enkelgesellschaften – insgesamt 202 Gesellschaften (einschließlich *Beteiligungs-GSEA*).

Der Bestand an *Mehrheitsbeteiligungen* ist insgesamt gegenüber 2011 nahezu unverändert (152 Ende 2013 gegenüber 151 Ende 2011). Die Anzahl der *wesentlichen Beteiligungen* ist ebenfalls fast gleich geblieben (33 Ende 2013 gegenüber 34 Ende 2011). Diese Gesellschaften erzielten mit insgesamt 5.049 Mitarbeitern einen Umsatz von 1.559,9 Mio. € mit den Rundfunkanstalten und Dritten bei einer Bilanzsumme von 1.406,0 Mio. €.

Die Rundfunkanstalten betreiben Ende 2014 (unverändert gegenüber Ende 2011) 44 *GSEA* ohne eigene Rechtspersönlichkeit (darunter neun *wesentliche GSEA*).

---

*Tz. 551* Die Kommission stellt *Beteiligungen* und *Gemeinschaftssendungen, -einrichtungen und -aufgaben* (*GSEA*) bei den Rundfunkanstalten insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Transparenz dar. Auf die NDR Media/Studio Hamburg Gruppe und den *Zentralen Beitragsservice* geht sie separat auch hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit ein.

### 1.1 Die Umsetzung staatsvertraglicher Regelungen für Beteiligungen

*Tz. 552* Ab Juni 2009 sind Rechte und Pflichten der Rundfunkanstalten sowie Kontrollrechte der Aufsichtsgremien und der Rechnungshöfe bezüglich der Beteiligungen staatsvertraglich umfassend neu geregelt. Außerdem werden Informationspflichten gegenüber der Kommission und die Behandlung von Beteiligungen bei der Ermittlung des *Finanzbedarfs* festgelegt.

Die entsprechenden Änderungen im *RStV* und die Umsetzung in den Rundfunkanstalten sind ausführlich im 17. Bericht, Tzn. 561 ff. und – soweit relevant – in den Folgeberichten dargestellt.

*Tz. 553* Die Landesrundfunkanstalten, das ZDF und das Deutschlandradio haben entsprechend § 16c Abs. 1 *RStV* ein Controlling über ihre Beteiligungen eingerichtet und die Intendanten haben ihr zuständiges Aufsichtsgremium über wesentliche Vorgänge in den *Beteiligungsunternehmen*, insbesondere über deren finanzielle Entwicklung, unterrichtet.

Die Intendantinnen und Intendanten der Landesrundfunkanstalten und des Deutschlandradios haben ihren Aufsichtsgremien auch *Beteiligungsberichte* nach § 16c Abs. 2 *RStV* für das Geschäftsjahr 2013 vorgelegt. Das ZDF hat mit Datum vom 30. November 2014 einen „Bericht über das Beteiligungscontrolling 2014“ abgegeben, in dem u.a. das Geschäftsjahr 2013 dargestellt wird.



Die Beteiligungsunternehmen beauftragen – wie in § 16d Abs. 1 RStV vorgesehen – die Abschlussprüfer, auch die *Marktkonformität der kommerziellen Tätigkeiten* des Beteiligungsunternehmens zu prüfen.

Tz. 554

Die Abschlussprüfer teilen das Ergebnis der Prüfungen zusammen mit dem Abschlussbericht den zuständigen Rechnungshöfen mit. Das Deutschlandradio hat aufgrund des geringfügigen Umfangs der kommerziellen Tätigkeiten keinen Abschlussprüfer beauftragt und den Rechnungshöfen die entsprechenden Informationen zur Marktkonformität unmittelbar zur Verfügung gestellt.

Die Rechnungshöfe teilen entsprechend § 16d Abs. 2 RStV die Ergebnisse der bereits durchgeführten Prüfungen dem jeweiligen Intendanten, dem jeweiligen Aufsichtsgremium der Rundfunkanstalt und dem betroffenen Beteiligungsunternehmen mit. Über die wesentlichen Ergebnisse unterrichten die Rechnungshöfe auch die Kommission.

Die Rechnungshöfe unterrichten regelmäßig die Kommission nach § 14 Abs. 4 RStV über die Ergebnisse der Prüfungen der Rundfunkanstalten und deren Beteiligungsunternehmen (u.a. Prüfung der Wirtschaftsführung nach § 16c RStV).

Tz. 555

Bei der Ermittlung des Finanzbedarfs berücksichtigt die Kommission nach § 3 Abs. 2 und 3 RFinStV sämtliche Erträge der Rundfunkanstalten. Die Prüfung der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit umfasst auch, ob die Rundfunkanstalten marktangemessene *Beteiligungserträge* erzielen. Die Prüfung erstreckt sich außerdem darauf, ob die Rundfunkanstalten Einnahmen entgegen dem Grundsatz wirtschaftlichen Handelns nicht erzielt haben (vgl. dazu Tzn. 440 ff.).

Tz. 556

## 1.2 Informationsgrundlagen zu Beteiligungen

Der Kommission stehen als Informationsgrundlage die Jahres- und Konzernabschluss-Prüfungsberichte sowie die Beteiligungsberichte der Anstalten und die Abschluss-Prüfungsberichte der *Beteiligungsgesellschaften* (soweit angefordert) zur Verfügung.

Tz. 557

ZDF und Deutschlandradio erstellen entsprechend dem Siebten RÄStV, der NDR gemäß § 32 NDR-Staatsvertrag, RB nach § 21 Radio-Bremen-Gesetz einen Konzernabschluss entsprechend den handelsrechtlichen Vorschriften.

Tz. 558

Diese Abschlüsse tragen zur Transparenz bei und verbessern damit die Möglichkeit zur Gesamtbeurteilung der Anstalten und der Beteiligungsunternehmen.

Die Kommission erhält von den Anstalten zusätzlich die zur Darstellung und Analyse der Beteiligungen erforderlichen Informationen nach einem dreistufigen Verfahren entsprechend ihrer unterschiedlichen Bedeutung:

Tz. 559

## Beteiligungen und GSEA

Übersichts- stufe	Kriterien	Informationen der Anstalten zu den Beteiligungsunternehmen
<b>Stufe 1</b>	<b>Sämtliche Beteiligungen</b>	Geschäftszweck, Eigenkapital (teilweise nur Stammkapital), Beteiligungsquoten, Buchwert, Gesellschafter, Gründungsjahr oder Beginn der Beteiligung
<b>Stufe 2</b>	Mehrheitsbeteiligungen (eine oder mehrere Anstalten sind mit zusammen mindestens 50 Prozent – so werden auch Gesellschaften mit einer Quote von genau 50 % erfasst – an einer Gesellschaft beteiligt)	Zusätzliche Angaben: <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Zahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt</li> <li>▪ Umsatz</li> <li>▪ Bilanzsumme</li> </ul>
<b>Stufe 3</b>	<b>Wesentliche Beteiligungen</b> (erfüllen mindestens zwei der Kriterien: Umsatz ab 10 Mio. €, Bilanzsumme ab 10 Mio. €, Mitarbeiterzahl ab 50)	Zusätzliche Angaben: Ergebnis und Ergebnisverwendung, Vermögensstruktur, Leistungsbeziehungen zur Muttergesellschaft, aktuelle Entwicklungen sowie Beteiligungsmanagement und -controlling u.a.

### 1.3 Beteiligungsportfolio der Rundfunkanstalten

**Tz. 560** Das Beteiligungsportfolio der Rundfunkanstalten umfasst zum Jahresende 2013 einschließlich aller Tochter- und Enkelgesellschaften insgesamt 202 Gesellschaften, davon sind 50 *Minderheitsbeteiligungen*.

Die Anzahl von Beteiligungen – Minderheits-, Mehrheits- und *Alleinbeteiligungen* – bei den Anstalten ist sehr unterschiedlich. An den 202 Gesellschaften sind direkt oder indirekt vor allem der MDR (bei 87 Gesellschaften), der BR (82), SWR (80) und WDR (80) beteiligt. Der NDR verfügt über Beteiligungen an 50 Gesellschaften, das ZDF über 47 Unternehmensbeteiligungen. Die Anzahl der Beteiligungsverhältnisse ist bei RBB (9 Gesellschaften), SR (8), RB (7), Deutschlandradio (6) und HR (4) deutlich geringer.

Zu berücksichtigen ist, dass an vielen Gesellschaften mehrere Rundfunkanstalten beteiligt sind. Daneben bestehen neun Beteiligungs-GSEA, an denen ebenfalls mehrere Anstalten beteiligt sind.

Minderheitsbeteiligungen – ARD, ZDF und Deutschlandradio verfügen zusammen über weniger als 50 % der Anteile – betrachtet die Kommission im 20. Bericht angesichts ihrer geringeren Bedeutung für Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der Rundfunkanstalten nicht weiter.

**Tz. 561** Durch die neuen Regelungen im Rundfunkstaatsvertrag aufgrund des 12. RÄStV hat sich die Transparenz bezüglich der Beteiligungsportfolios der Rundfunkanstalten seit 2009 deutlich verbessert. Die Anzahl der Mehrheitsbeteiligungen hat sich von 2005 bis 2009 verringert, seitdem allerdings wieder leicht erhöht.

**Tz. 562** Die Anstalten verfügen nach ihren jeweiligen Beteiligungsberichten und ihren zusätzlichen Erläuterungen über ein unterschiedlich ausgeprägtes Beteiligungscontrolling, das am Beteiligungsportfolio orientiert ist und der Kommission insgesamt angemessen erscheint.

**Tz. 563** Zur Notwendigkeit der Vielzahl an Beteiligungen haben die Anstalten u.a. dargelegt, dass das Beteiligungsportfolio regelmäßig auch hinsichtlich des Bestands an Beteiligungen überprüft wird. Ggf.

würden auch Reduzierungen des Beteiligungsportfolios vorgenommen, wenn eine Beteiligung aus Gründen der Wirtschaftlichkeit oder Zweckmäßigkeit nicht mehr sinnvoll wäre. Dies entspricht der Erwartung der Kommission, dass die Notwendigkeit für das Bestehen von Beteiligungen im Rahmen des Beteiligungscontrollings regelmäßig untersucht, dokumentiert und ggf. bestätigt wird. Durch ein effizientes Beteiligungscontrolling muss vermieden werden, dass unnötige Kosten verursacht und die Transparenz für Dritte erschwert wird.

#### 1.4 Mehrheitsbeteiligungen der Rundfunkanstalten

Die folgenden Darstellungen und die entsprechenden Erläuterungen beziehen sich auf die Mehrheitsbeteiligungen der Anstalten im Jahr 2013 bzw. zum Jahresende 2013. Beteiligungsunternehmen mit einem vom Jahresende abweichenden Abschlussstichtag hat die Kommission dem 31. Dezember zugeordnet.

Tz. 564

Sind an einer Gesellschaft mehrere Anstalten beteiligt, so ordnet die Kommission die Beteiligung der Anstalt mit der höchsten Beteiligungsquote zu (Spalten 1 bis 4). Mitarbeiter, Umsatz und Bilanzsumme sind demgegenüber den Rundfunkanstalten entsprechend der Beteiligungsquote zugeordnet. Anteile von Dritten weist die Kommission nicht aus.

GSEA in der Rechtsform einer GmbH oder Stiftung (Beteiligungs-GSEA) sind als Beteiligung berücksichtigt.

Einige Beteiligungsunternehmen sind über den Leistungsaustausch mit den Rundfunkanstalten hinaus erheblich für Dritte tätig und nehmen von Dritten Leistungen in Anspruch. Umsatzerlöse und Aufwand der Beteiligungsunternehmen resultieren also nur teilweise aus Geschäftsbeziehungen mit den Anstalten.

Tz. 565

Bei den Rundfunkanstalten bestehen (direkt und indirekt) insgesamt 152 Mehrheitsbeteiligungen. Diese Beteiligungen erzielten – anteilig für die Rundfunkanstalten ohne Anteil von Fremdgesellschaftern – mit insgesamt 5.049 Mitarbeitern einen Umsatz von 1.555,9 Mio. € bei einer Bilanzsumme von 1.406,0 Mio. €.

Tz. 566

Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung der Mehrheitsbeteiligungen auf die Rundfunkanstalten:

## Beteiligungen und GSEA

Tab. 212 Mehrheitsbeteiligungen der Rundfunkanstalten

	Zahl der Mehrheitsbeteiligungen		davon: Zahl der wesentlichen Beteiligungen		Umsatz (in Mio. €)	Quotale Zurechnung		
	31.12.2013	31.12.2011	31.12.2013	31.12.2011		Bilanzsumme (in Mio. €)	Zahl der Mitarbeiter (Jahres- durchschnitt lt. WP-Bericht)	
					2013	31.12.2013	2013	2011
BR	19	12	3	2	130,7	112,8	277	232
HR	4	5	1	1	36,5	30,2	65	65
MDR	16	16	3	3	136,2	180,4	721	676
NDR	36	39	4	5	302,5	259,5	853	859
RB	2	1	2	1	28,1	16,7	146	128
RBB	5	5	1	1	27,1	29,0	82	57
SR	2	2	0	1	12,1	11,6	45	37
SWR	2	3	1	1	143,0	105,6	298	264
WDR	24	33	6	7	173,8	181,3	821	956
Beteiligungen aller ARD-Anstalten	4	4	2	3	54,3	33,7	267	254
ARD insgesamt	114	120	23	25	1.044,3	960,8	3.575	3.528
ZDF	9	8	2	2	139,5	106,3	278	267
Gemeinsame Beteiligungen von ARD und ZDF	27	21	8	7	367,1	336,6	1.088	1.173
Deutschlandradio	2	2	0	0	9,1	2,4	108	110
Summe	152	151	33	34	1.559,9	1.406,0	5.049	5.078

**Tz. 567** Der Bestand an Mehrheitsbeteiligungen ist bei den Rundfunkanstalten insgesamt gegenüber 2011 nahezu unverändert. Dabei entfallen auf die ARD 114, auf das ZDF neun und auf das Deutschlandradio zwei Gesellschaften. Die gemeinsamen Mehrheitsbeteiligungen von ARD und ZDF haben sich – im Wesentlichen bei der Bavaria Studios & Production Services GmbH sowie im Umfeld von Tochtergesellschaften der Studio Hamburg GmbH – von 21 auf 27 erhöht.

**Tz. 568** Die Bedeutung der Mehrheitsbeteiligungen für die einzelnen Anstalten ist gemessen am Umsatz, an der Bilanzsumme und an der Zahl der Mitarbeiter, sehr unterschiedlich. Allein auf NDR, WDR, BR und MDR entfallen zusammen 62,5 % der Gesellschaften. Auf diese vier Anstalten entfallen quotale insgesamt 53,1 % der Mitarbeiter, 47,6 % des Umsatzes und 52,2 % der Bilanzsumme.

Die gemeinsamen Mehrheitsbeteiligungen von ARD und ZDF erwirtschaften mit 21,5 % der Mitarbeiter 23,5 % des Umsatzes aller Mehrheitsbeteiligungen bei einem Anteil von 23,9 % an der Bilanzsumme.

**Tz. 569** Die Zahl der Mitarbeiter ist bei den Mehrheitsbeteiligungen der Anstalten gegenüber 2011 insgesamt leicht zurückgegangen. Dies gilt vor allem für die Mehrheitsbeteiligungen des WDR (-135) aufgrund der Rückführung der Beschäftigten der WDR Gebäudemanagement GmbH in den WDR im Jahr 2012. Bei den gemeinsamen Mehrheitsbeteiligungen von ARD und ZDF (-85) führte im Wesentlichen der Rückgang produktionsbezogen befristet beschäftigter Mitarbeiter bei der Produktionsgesellschaft Bavaria Fernsehproduktion GmbH zur Reduzierung.

Insbesondere beim MDR (+45), beim BR (+45) und beim SWR (+34) hat sich die Mitarbeiterzahl bei den Mehrheitsbeteiligungen gegenüber 2011 erhöht. Ursache sind vor allem drei Beteiligungen (tätig im Bereich Programmrechtevertrieb) der Telepool GmbH sowie vier Beteiligungen (tätig im Bereich Produktion) der Bavaria Film GmbH. Die drei Anstalten sind an der Telepool GmbH und an der Bavaria Film GmbH direkt oder indirekt beteiligt.

Einzelheiten zum Personal der Beteiligungen und der Beteiligungs-GSEA sind in der Gesamtdarstellung Personal in Tzn. 202 ff. dargestellt.

[Tz. 570](#)

Zu den Beteiligungserträgen vgl. Tzn. 440 ff.

### 1.5 Wesentliche Beteiligungen

Die Kommission hat die wesentlichen Beteiligungen mit 50 oder mehr Mitarbeitern weitergehend analysiert, wenn sie außerdem eines der Kriterien Umsatz oder Bilanzsumme (10 Mio. € oder mehr) erfüllen.

[Tz. 571](#)

Diese wesentlichen Beteiligungen (ohne GSEA, vgl. dazu Tabelle 213) erzielten im Jahr 2013 mit insgesamt 2.984 festen und 358 *freien Mitarbeitern* einen Umsatz von 796,6 Mio. € bei einer Bilanzsumme von 789,1 Mio. €.

[Tz. 572](#)

## Beteiligungen und GSEA

Tab. 213 Wesentliche Beteiligungen ohne Beteiligungs-GSEA ab 50 Mitarbeitern (Teil 1)

	Beteiligte	Anteil (in %)	Umsatz (in Mio. €) 2013	Bilanzsumme (in Mio. €) 31.12.2013	Personalaufwand ohne Altersversorgung <sup>1</sup> (in Mio. €) 2013	durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter (lt. WP-Bericht) 2013	Anzahl der freien Mitarbeiter (gem. §12aTVG) <sup>4</sup> 31.12.2013
<b>Beteiligungen der ARD ohne GSEA</b>							
Bavaria Film GmbH <sup>2</sup>	ARD	83,3	16,5	127,8	14,2	288	10
	Dritte	16,7					
WDR mg digital GmbH	ARD	100,0	15,9	6,9	10,5	220	4
Bremedia Produktion GmbH <sup>2</sup>	ARD	91,8	21,1	6,5	12,6	214	2
	Dritte	8,2					
Saxonia Media Filmproduktionsgesellschaft mbH <sup>2</sup>	ARD	91,5	27,4	6,7	12,7	198	0
	Dritte	8,5					
WDR mediagroup GmbH	ARD	100,0	97,5	80,8	12,5	179	4
Studio Berlin Adlershof (SBA) GmbH <sup>3</sup>	ARD	100,0	25,8	15,2	8,7	131	33
Studio Hamburg Media Consult International (MCI) GmbH <sup>3</sup>	ARD	100,0	48,2	10,0	6,1	128	4
Eurotape Media Services GmbH <sup>2</sup>	ARD	83,3	14,5	20,1	4,6	114	1
	Dritte	16,7					
Studio Hamburg GmbH <sup>3</sup>	ARD	100,0	10,8	64,0	6,3	108	0
SWR Media Services GmbH	ARD	100,0	90,7	34,4	6,9	100	11
DREFA Media Holding GmbH	ARD	100,0	4,4	40,2	4,9	98	0
Telepool GmbH	ARD	74,0	78,7	107,6	5,6	60	0
	Dritte	26,0					
NDR Media GmbH <sup>3</sup>	ARD	100,0	56,5	35,1	3,9	73	0
Colonia Media Filmproduktionsgesellschaft GmbH <sup>2</sup>	ARD	91,7	11,1	3,1	5,4	53	65
	Dritte	8,3					
<b>Summe Beteiligungen der ARD ohne GSEA</b>			<b>519,0</b>	<b>558,5</b>	<b>114,9</b>	<b>1.964</b>	<b>134</b>

1) lt. Gewinn- und Verlustrechnung.

2) Bavaria Film GmbH-Gruppe.

3) NDR Media/Studio Hamburg-Gruppe.

4) Bavaria Film GmbH-Gruppe; freie Mitarbeiter, die über die Honorarabteilung mit Lohnsteuer abgerechnet werden, sind in der Mitarbeiterzahl lt. WP-Bericht enthalten.



## Beteiligungen und GSEA

Tab. 213 Wesentliche Beteiligungen ohne Beteiligungs-GSEA ab 50 Mitarbeitern (Teil 2)

	Beteiligte	Anteil (in %)	Umsatz (in Mio. €) 2013	Bilanzsumme (in Mio. €) 31.12.2013	Personalaufwand ohne Altersversorgung <sup>1</sup> (in Mio. €) 2013	durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter (lt. WP-Bericht) 2013	Anzahl der freien Mitarbeiter (gem. §12aTVG) <sup>4</sup> 31.12.2013
<b>Beteiligungen des ZDF</b>							
<b>ZDF Enterprises GmbH</b>	ZDF	100,0	76,7	75,8	8,7	124	4
<b>Gemeinsame Beteiligungen von ARD und ZDF</b>							
<b>Bavaria Fernsehproduktion GmbH<sup>2</sup></b>	ARD	41,7	64,5	49,5	36,9	404	210
	ZDF	50,0					
	Dritte	8,3					
<b>ARTE G.E.I.E.</b>	ARD	25,0	124,4	94,4	32,9	434	0
	ZDF	25,0					
	Dritte	50,0					
<b>Cine-Mobil GmbH<sup>2</sup></b>	ARD	52,0	12,0	10,8	2,9	58	10
	ZDF	25,1					
	Dritte	22,9					
<b>Summe Gemeinsame Beteiligungen von ARD und ZDF</b>			200,9	154,8	72,7	896	220
<b>Beteiligungen des Deutschlandradio</b>							
			0,0	0,0	0,0	0	0
<b>Summe Beteiligungen</b>			796,6	789,1	196,3	2.984	358

1) lt. Gewinn- und Verlustrechnung.

2) Bavaria Film GmbH-Gruppe.

3) NDR Media/Studio Hamburg-Gruppe.

4) Bavaria Film GmbH-Gruppe; freie Mitarbeiter, die über die Honorarabteilung mit Lohnsteuer abgerechnet werden, sind in der Mitarbeiterzahl lt. WP-Bericht enthalten.

## Beteiligungen und GSEA

**Tz. 573** Die NDR Media/Studio Hamburg Gruppe stellt die Kommission unter Abschnitt 1.6 dar.

**Tz. 574** Die wesentlichen Beteiligungs-GSEA erzielen mit insgesamt 453 Mitarbeitern (davon Institut für Rundfunktechnik GmbH 148 Mitarbeiter) Umsätze von 60,3 Mio. € (davon ARD-Werbung SALES & SERVICES GmbH 24,9 Mio. €) bei einer Bilanzsumme von 74,8 Mio. € (davon ARD/ZDF-Medienakademie gGmbH 26,8 Mio. €).

**Tab. 214 Wesentliche Beteiligungs-GSEA ab 50 Mitarbeitern**

	Beteiligte	Anteil (in %)	Umsatz (in Mio. €) 2013	Bilanzsumme (in Mio. €) 31.12.2013	Personalaufwand ohne Altersversor- gung <sup>1</sup> (in Mio. €) 2013	durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter (lt. WP-Bericht) 2013
<b>Beteiligungs-GSEA</b>						
<b>Institut für Rundfunk- technik GmbH (IRT)</b>	ARD	67,9	1,9	16,2	11,4	148
	ZDF	9,3				
	DRadio	5,7				
	DWelle/ORF/SG	17,1				
<b>Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv (DRA)</b>	ARD	79,6	12,0	3,3	6,8	94
	DRadio	14,3				
	DWelle	7,1				
<b>ARD-Werbung SALES &amp; SERVICES GmbH</b>	ARD	100,0	24,9	10,3	6,2	80
<b>Degeto Film GmbH</b>	ARD	100,0	10,4	18,1	5,8	74
<b>ARD/ZDF-Medienakade- mie gGmbH (MAK)</b>	ARD	79,9	11,0	26,8	4,9	57
	ZDF	12,0				
	DRadio	2,5				
	DWelle	5,7				
<b>Summe Beteiligungs-GSEA</b>			<b>60,3</b>	<b>74,8</b>	<b>35,1</b>	<b>453</b>

1) lt. Gewinn- und Verlustrechnung.



## 1.6 NDR Media/Studio Hamburg Gruppe

Die Kommission hat die NDR Media/Studio Hamburg Gruppe und ihre Beziehungen zum NDR unter den Gesichtspunkten Transparenz und Wirtschaftlichkeit untersucht. Die NDR Media GmbH ist eine 100 %ige Tochter des NDR und hält eine 100 %ige Beteiligung an der Studio Hamburg GmbH.

Die NDR Media GmbH schüttete 2010 und 2011 noch 8,3 Mio. € bzw. 8,7 Mio. € an den NDR aus. 2012 und 2013 musste die NDR Media GmbH Jahresfehlbeträge durch Rücklagenentnahmen ausgleichen und der NDR erhielt keine Ausschüttungen. Der Jahresfehlbetrag wurde maßgeblich von notwendigen Abschreibungen auf Finanzanlagen (Studio Hamburg GmbH) geprägt. Ursache war vor allem das negative Ergebnis der Studio Hamburg Gruppe insbesondere im Bereich „Atelier & Technik“.

Die ausbleibenden Gewinnausschüttungen der NDR Media GmbH hat der NDR durch notwendige bzw. erhöhte Sparpakete ausgeglichen, die teilweise mit Leistungseinschränkungen einhergingen.

Die Studio Hamburg Gruppe durchläuft seit 2013 ein intensives Restrukturierungsprogramm. Im Jahr 2014 hat die Studio Hamburg Gruppe wieder ein leicht positives Ergebnis erzielt, das Jahr 2015 soll mit einem deutlich positiven operativen Ergebnis abschließen.

Die Kommission hat im 19. Bericht, Tz. 471, ausgeführt, dass sie eine Einzelbetrachtung der Teilkonzerne Studio Hamburg und Bavaria sowie einzelner weiterer Beteiligungsgruppen und Beteiligungen für erforderlich hält.

Tz. 575

Die folgende Darstellung stellt die NDR Media/Studio Hamburg Gruppe unter den Gesichtspunkten Transparenz und Wirtschaftlichkeit dar (vgl. auch Tz. 442 ff. zu Beteiligungserträgen und zur Verifizierung der 5 %-Pauschalierung).

Die NDR Media GmbH ist eine 100 %ige Tochtergesellschaft des NDR und fungiert u.a. als Holding für indirekte Beteiligungen des NDR. Die Studio Hamburg GmbH ist eine 100 %ige Tochtergesellschaft der NDR Media GmbH. Die Beteiligungen sollen Erträge für den NDR erwirtschaften oder dessen Kosten senken.

Tz. 576

Der NDR darf sich nach §§ 16a bis e RStV an Unternehmen, die einen gewerblichen oder sonstigen wirtschaftlichen Zweck zum Gegenstand haben, nur beteiligen, wenn dies in sachlichem Zusammenhang mit seinen gesetzlichen Aufgaben steht. Die Unternehmen müssen die Rechtsform einer juristischen Person besitzen und über einen Aufsichtsrat oder ein entsprechendes Organ verfügen. Der NDR hat sich nach dem RStV zudem einen angemessenen Einfluss auf die Geschäftsleitung des Unternehmens zu sichern und ein effektives Controlling über seine Beteiligungen einzurichten. In seinen Beziehungen zu den kommerziell tätigen Tochterunternehmen hat sich der NDR marktkonform zu verhalten.

Tz. 577

## Beteiligungen und GSEA

**Tz. 578** Nach § 16e RStV darf der NDR für etwaige Verluste seiner unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligungsgesellschaften, wie z.B. der NDR Media GmbH und ihrer Tochterunternehmen, keine Haftung übernehmen. NDR und NDR Media GmbH haben der Kommission die strukturellen Maßnahmen und die entsprechende rechtliche Gestaltung erläutert, die eine unmittelbare Haftung des NDR ausschließen. Ein Ergebnisabführungsvertrag zwischen der NDR Media GmbH und dem NDR besteht nicht.

Konkrete Anhaltspunkte für eine unzulässige Quersubventionierung der Gesellschaften aus (Beitrags-)Erträgen des NDR haben sich nicht ergeben.

## 1.6.1 NDR Media GmbH

**Tz. 579** Die NDR Media GmbH ist im Wesentlichen mit der Vermarktung und Organisation von Fernseh- und Hörfunkwerbung im NDR Sendegebiet – auch in Kooperation mit anderen Rundfunkveranstaltern – beauftragt. Sie ist zudem Marketingdienstleister des NDR und bündelt die im Zusammenhang mit den hoheitlichen Aufgaben stehenden kommerziellen Aktivitäten sowohl direkt als auch über Tochterunternehmen oder Beteiligungen.

Die NDR Media GmbH hält die folgenden direkten Beteiligungen:

**Tab. 215 Direkte Beteiligungen der NDR Media GmbH zum 31. Dezember 2014 (in T€)**

Beteiligungen	Beteiligungsquote	Buchwert	Eigenkapital	Jahresüberschuss (+), Jahresfehlbetrag (-)	Bilanzgewinn
Studio Hamburg GmbH, Hamburg	100,00 %	19.100	23.694	-2.524	
ndrb sales & services GmbH, Bremen	50,00 %	25	159	63	109
Deutscher Radiopreis GmbH, Hamburg	50,00 %	12,5	69	29	44
AS&S GmbH, Frankfurt	11,11 %	10	1.075	352	840
Degeto Film GmbH, Frankfurt	11,11 %	12,5	269	-749	-1.334

**Tz. 580** Ergebnisabführungsverträge zwischen diesen Gesellschaften und der NDR Media GmbH bestehen zum 31. Dezember 2014 nicht.

**Tz. 581** Die wirtschaftlichen Verhältnisse der NDR Media GmbH in den letzten Jahren stellen sich im Überblick ausgewählter Posten von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung (teilweise zusammengefasst) wie folgt dar:

## Beteiligungen und GSEA

Tab. 216 Wirtschaftliche Verhältnisse NDR Media GmbH 2010 bis 2014 (in Mio. €)

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Bilanzsumme</b>	<b>60,0</b>	<b>61,7</b>	<b>42,2</b>	<b>35,1</b>	<b>43,7</b>
<b>Anteile an verbundenen Unternehmen</b>	<b>36,8</b>	<b>36,8</b>	<b>12,4</b>	<b>19,1</b>	<b>19,1</b>
<b>Eigenkapital</b>					
Gezeichnetes Kapital	13,0	13,0	13,0	13,0	13,0
Kapitalrücklage	34,0	34,0	17,1	9,9	9,9
Gewinnrücklagen und Bilanzgewinn	1,3	1,9	0,0	0,0	8,2
<b>Umsatzerlöse und Sonstige betriebliche Erträge</b>	<b>51,1</b>	<b>53,8</b>	<b>54,0</b>	<b>58,1</b>	<b>62,8</b>
<b>Kostenerstattungen an den NDR und Aufwand für Programme</b>	<b>-24,5</b>	<b>-25,9</b>	<b>-27,3</b>	<b>-28,7</b>	<b>-33,0</b>
<b>Personalaufwand</b>	<b>-4,0</b>	<b>-4,1</b>	<b>-4,1</b>	<b>-4,2</b>	<b>-4,4</b>
<b>Erträge aus Beteiligungen</b>	<b>1,9</b>	<b>1,9</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
<b>Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>-24,4</b>	<b>-13,3</b>	<b>0,0</b>
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>8,6</b>	<b>8,8</b>	<b>-17,1</b>	<b>-6,4</b>	<b>8,1</b>
<b>Jahresüberschuss (+), Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>8,3</b>	<b>8,7</b>	<b>-17,3</b>	<b>-7,3</b>	<b>8,2</b>
Gewinn-/Verlustvortrag	0,4	1,2	1,8	0,0	0,0
Ausschüttung Vorjahr	0,0	-0,8	-1,5	0,0	0,0
Vorabausschüttung	-7,5	-7,2	0,0	0,0	0,0
Entnahme aus Kapitalrücklagen und Gewinnrücklagen	0,0	0,0	17,0	7,3	0,0
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>1,2</b>	<b>1,8</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>8,2</b>

Die NDR Media GmbH hat in den Jahren 2010 und 2011 noch insgesamt 8,3 Mio. € bzw. 8,7 Mio. € an den NDR ausgeschüttet. 2012 und 2013 mussten Jahresfehlbeträge durch Rücklagenentnahmen ausgeglichen und auf Ausschüttungen verzichtet werden. Der Fehlbetrag wurde maßgeblich von notwendigen Abschreibungen auf die in den Finanzanlagen enthaltene Beteiligung an der Studio Hamburg GmbH verursacht. Die Abschreibungen haben ihre Ursache in negativen Ergebnissen der Studio Hamburg Gruppe insbesondere im Bereich „Atelier & Technik“. Der Jahresüberschuss 2014 von 8,2 Mio. € wurde im Rahmen einer phasengleichen Dividendenvereinnahmung ausgeschüttet und vom NDR für das Geschäftsjahr 2014 vereinnahmt.

Tz. 582

Die ausbleibenden Gewinnausschüttungen der NDR Media GmbH für die Jahre 2012 und 2013 hat der NDR durch notwendige bzw. erhöhte Sparpakete ausgeglichen, die teilweise mit Leistungseinschränkungen einhergingen. Reserven zur Kompensation der ausgebliebenen Gewinnausschüttungen bestanden nicht.

## Beteiligungen und GSEA

## 1.6.2 Studio Hamburg Gruppe

**Tz. 583** Die Studio Hamburg GmbH ist die Muttergesellschaft der Studio Hamburg Gruppe. Der Konsolidierungskreis des Studio Hamburg Konzerns mit direkten und indirekten Beteiligungen umfasst Ende 2014 noch 28 Beteiligungen (im Wesentlichen mit 100 %-Anteil) sowie 11 assoziierte Unternehmen und Anteile an einer Beteiligungsgesellschaft. Den größten Teil ihrer Beteiligungen weist die Studio Hamburg GmbH im Bereich der Produktionsunternehmen aus.

**Tz. 584** Auftraggeber der Studio Hamburg Gruppe sind im Wesentlichen öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten (Anteil an den Umsatzerlösen – ohne NDR – im Jahr 2014: 50,2 %), private Fernsehsender und eigenständige Produzenten (Anteil zusammen: 34,4 %) und NDR und NDR Media GmbH (Anteil zusammen: 15,4 %).

**Tz. 585** Die Studio Hamburg Gruppe gliedert sich in die Geschäftsbereiche „Produktion & Distribution“ und „Holding & Services“ sowie den Bereich „Atelier & Technik“.

Dem Bereich „Produktion & Distribution“ sind die Unternehmen der Film- und Fernsehproduktion sowie des Rechtevertriebs zugeordnet. Die Umsätze werden vor allem mit Auftragsproduktionen für öffentlich-rechtliche und private Sender generiert.

Im Geschäftsbereich „Atelier & Technik“ werden die verschiedenen Geschäftsfeldaktivitäten (z.B. Betrieb von Fernsehstudios, Postproduktion, Synchronisation) in der Regel von eigenständigen GmbH betrieben.

In den Geschäftsbereichen „Produktion & Distribution“ wurden im Jahr 2014 rund 67 % der Umsatzerlöse erzielt, im Bereich „Atelier & Technik“ rund 29 %.

**Tz. 586** Die folgende Tabelle zeigt eine Auswahl der direkten Beteiligungen der Studio Hamburg GmbH zum Jahresende 2014:

**Tab. 217 Direkte Beteiligungen der Studio Hamburg GmbH zum 31. Dezember 2014 (Auswahl)**

	Beteiligungsquote (in %)	Buchwert (in Mio. €)	Eigenkapital (in Mio. €)
Studio Hamburg Produktion Gruppe GmbH, Hamburg	100	4,7	4,7
POLYPHON Film und Fernsehgesellschaft mbH, Hamburg	90	2,1	0,5
CINECENTRUM Deutsche Gesellschaft für Film- und Fernsehproduktion mbH, Hamburg	100	3,1	2,3
Studio Hamburg Serienwerft GmbH, Lüneburg	100	4,1	0,5
Studio Hamburg Berlin Brandenburg GmbH, Berlin und Hamburg	100	7,3	7,5
Studio Berlin Adlershof (SBA) GmbH, Berlin	100	0,025	0,025
Studio Hamburg Synchron GmbH, Hamburg	100	1,8	0,2
Studio Hamburg Atelierbetriebs GmbH, Hamburg	100	0 (1 €)	0,1

## Beteiligungen und GSEA

Zwischen der Studio Hamburg GmbH und den genannten Gesellschaften bestehen Ergebnisabführungsverträge.

Tz. 587

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Studio Hamburg Konzerns in den Jahren 2010 bis 2014 stellen sich im Überblick ausgewählter Posten von Konzernbilanz und Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung (teilweise zusammengefasst) wie folgt dar:

Tz. 588

**Tab. 218 Wirtschaftliche Verhältnisse Studio Hamburg Konzern 2010 bis 2014 (in Mio. €)**

Konzernabschluss (Auszug)	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Bilanzsumme</b>	<b>170,4</b>	<b>167,9</b>	<b>153,4</b>	<b>138,6</b>	<b>135,6</b>
<b>Anlagevermögen</b>					
Anteile an assoziierten Unternehmen	2,5	1,7	1,4	1,1	1,0
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1,4	1,7	1,8	2,6	2,8
<b>Umlaufvermögen</b>					
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	47,6	40,7	43,7	36,9	45,5
Erhaltene Anzahlungen	-28,2	-19,9	-25,8	-25,7	-33,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	31,9	33,1	28,3	31,1	34,1
<b>Eigenkapital</b>					
Gezeichnetes Kapital	24,8	24,8	24,8	24,8	24,8
Kapitalrücklage	0,0	0,0	0,0	15,0	15,0
In Vorjahren mit Gewinnrücklagen verrechneter Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	-6,9	-6,9	-6,9	-6,9	-6,9
Konzernverlust	-7,8	-14,0	-24,8	-26,8	-27,1
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,0	0,0	6,5	0,0	0,0
<b>Rückstellungen</b>	<b>30,9</b>	<b>30,6</b>	<b>29,1</b>	<b>32,7</b>	<b>33,0</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>120,6</b>	<b>125,0</b>	<b>117,7</b>	<b>93,2</b>	<b>90,6</b>
<b>Umsatzerlöse</b>	<b>223,2</b>	<b>246,6</b>	<b>230,5</b>	<b>224,6</b>	<b>213,1</b>
Sonstige betriebliche Erträge	9,2	6,1	6,3	7,0	12,1
Materialaufwand	-78,7	-77,2	-67,5	-65,3	-70,8
Personalaufwand	-44,9	-46,8	-43,2	-47,6	-43,4
Sonstiger betrieblicher Aufwand	-17,9	-19,7	-15,2	-11,7	-14,7
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>3,4</b>	<b>-2,9</b>	<b>-9,4</b>	<b>-5,4</b>	<b>1,4</b>
<b>Jahresüberschuss (+), Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>1,0</b>	<b>-4,0</b>	<b>-10,4</b>	<b>-1,6</b>	<b>0,1</b>
Verlustvortrag	-6,7	-7,8	-14,0	-24,8	-26,8
Ausschüttung Studio Hamburg	-1,9	-1,9	0,0	0,0	0,0
<b>Konzernverlust</b>	<b>-7,8</b>	<b>-14,0</b>	<b>-24,8</b>	<b>-26,8</b>	<b>-27,1</b>

## Beteiligungen und GSEA

- Tz. 589** Die zum Teil hohen Verluste der Studio Hamburg Gruppe seit 2011 sind vor allem auf den Bereich „Atelier & Technik“ zurückzuführen. Im Jahr 2012 war der Fehlbetrag nicht durch Eigenkapital gedeckt. In den Jahresabschlüssen 2012 und 2013 der Studio Hamburg GmbH, der Muttergesellschaft der Studio Hamburg Gruppe, und bei der NDR Media GmbH, der Muttergesellschaft der Studio Hamburg GmbH, mussten erhebliche Wertberichtigungen (insbesondere auf Beteiligungsansätze) vorgenommen werden. Die NDR Media GmbH musste daraufhin Jahresfehlbeträge durch Rücklagenentnahmen ausgleichen und auf Ausschüttungen an den NDR verzichten.
- Tz. 590** Die wirtschaftliche Entwicklung des Geschäftsfelds „Atelier & Technik“ hat sich in den letzten Jahren tendenziell verschlechtert. Konnte 2008 nach Angaben der Studio Hamburg GmbH noch ein Gewinn von rund 4,5 Mio. € erzielt werden, so ist das Geschäftsfeld seit einigen Jahren defizitär. Ursache ist u.a. eine unbefriedigende Ertragssituation am Standort Berlin mit der Studio Berlin Adlershof (SBA) GmbH sowie am Standort Hamburg mit der Studio Hamburg Atelierbetriebs GmbH.
- Tz. 591** Die Geschäftsführung der Studio Hamburg GmbH geht davon aus, die Studio Berlin Adlershof (SBA) GmbH mittelfristig wieder in die Gewinnzone führen zu können. Erste Erfolge für eine nachhaltige Ergebnisverbesserung der technischen Betriebe konnten bereits erzielt werden. Die Organisationsstruktur soll mittelfristig durch die Eingliederung von bisher selbständigen Gesellschaften weiter verschlankt werden.
- Tz. 592** Zum Ausgleich der Verluste bei der Studio Hamburg GmbH hat die NDR Media GmbH im Jahr 2013 einen Restrukturierungszuschuss von 20,0 Mio. € geleistet, der mit 5,0 Mio. € als außerordentlicher Ertrag vereinnahmt und mit 15,0 Mio. € der Kapitalrücklage zugeführt wurde. Auch ein verzinsliches Darlehen des NDR an die Studio Hamburg GmbH (Jahresende 2011: 9,8 Mio. €, Ende 2012: 15,0 Mio. €, Ende 2013 und 2014: 10,0 Mio. €) trägt zur Unterstützung und wirtschaftlichen Sicherung der Studio Hamburg Gruppe bei.
- Tz. 593** Die Studio Hamburg Gruppe durchläuft seit 2013 ein intensives Restrukturierungsprogramm. Wesentliche Maßnahmen dieses Programms waren die Veräußerung von Unternehmensteilen, die Restrukturierung von Unternehmen mit entsprechender Anpassung von *Personalkapazitäten*, u.a. durch Abbau einer Führungsebene und die Verdichtung von Produktionskapazitäten. Außerdem wurde eine strategische Bereinigung des Portfolios angestoßen, die auch 2016 fortgeführt werden soll.
- Tz. 594** Im Jahr 2014 hat die Studio Hamburg Gruppe wieder ein leicht positives Ergebnis (0,1 Mio. €) erzielt. Nach Angaben der Geschäftsführung soll Studio Hamburg das Jahr 2015 mit einem deutlich positiven operativen Ergebnis abschließen. Studio Hamburg plant spätestens 2017 wieder Gewinnausschüttungen an die NDR Media vorzunehmen.
- Tz. 595** Die Kommission erwartet von den Anstalten für den 21. Bericht – beginnend mit dem Jahr 2010 – eine umfassende Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung für die NDR Media/Studio Hamburg Gruppe einschließlich der Zukunftsprognosen. Für die Bavaria Gruppe ist dann eine umfassende Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung beginnend im Jahr 2010 einschließlich der Zukunftsprognosen vorzulegen.

## 1.7 Informationsgrundlagen zu GSEA

Die Kommission hat im 19. Bericht die Analyse und Darstellung der Beteiligungen um eine entsprechende Analyse und Darstellung der GSEA erweitert. Zu den wesentlichen GSEA, die in der Rechtsform einer GmbH bestehen (Beteiligungs-GSEA), vgl. Tz. 574.

Tz. 596

Die GSEA werden unabhängig davon, ob sie mit eigener Rechtspersönlichkeit betrieben werden oder nicht, teilweise ähnlich einem Beteiligungsunternehmen geführt und gesteuert. Darüber hinaus sind einzelne GSEA gemessen an ihrem Aufwand, ihren Erträgen und ihrem Personalbestand bedeutender als einzelne Beteiligungs-GmbH.

Kriterien	Informationen der Anstalten zu den GSEA
<b>Sämtliche GSEA</b>	Geschäftszweck, Erträge, Gesamtaufwand, Investitionshaushalt, Planstellen, Beteiligte („Gesellschafter“), Beteiligungsquoten, Gründungsjahr oder Beginn der GSEA
<b>Wesentliche GSEA (ab 50 Mitarbeitern)</b>	Zusätzliche Angaben: Abrechnung der GSEA für 2014 mit Aufwand und ggf. Erträgen sowie die entsprechende Zuordnung in den Finanzbedarfsanmeldungen der beteiligten Rundfunkanstalten

## 1.8 Wesentliche GSEA

Die Rundfunkanstalten betreiben Ende 2014 – unverändert gegenüber Ende 2011 – insgesamt 44 GSEA ohne eigene Rechtsperson, von denen neun mehr als 50 Mitarbeiter aufweisen (wesentliche GSEA).

Tz. 597

Diese neun wesentlichen GSEA ohne eigene Rechtspersönlichkeit verzeichnen im Jahr 2014 einen Gesamtaufwand von 385,5 Mio. € (davon *Zentraler Beitragsservice* 48,1 %).

Tz. 598

Die Mitarbeiterkapazität beträgt Ende 2014 2.009 (davon *Zentraler Beitragsservice* 59,3 % und *ARD-aktuell* 14,5 %).

## Beteiligungen und GSEA

Tab. 219 Wesentliche GSEA

andere GSEA	Beteiligte	Anteil (in %)	Erträge (in Mio. €) 2014	Gesamt- aufwand (in Mio. €) 2014	Mitarbeiter- kapazität 31.12.2014	Aufw. in Finanzbe- darfsanmeldungen der Anstalten (in Mio. €) 2014	Zuordnung
ARD-aktuell (inkl. tagesschau.de)	ARD	100,0	0,3	50,7	292	50,1	Programmaufwand Investitionen
Ereignis- und Dokumentationskanal	ARD	50,0	0,7	34,4	90	17,3	Programmaufwand/Aufwand für die Programmverbreitung
PHOENIX	ZDF	50,0				6,8	Programmaufwand
						6,2	Personalaufwand
						2,4	Geschäftsaufwand
						1,5	Sonstige Einnahmen
ARD Play-Out-Center	ARD	100,0	0,0	14,9	62	14,9	Programmaufwand
ARD-Hauptstadtstudio	ARD	100,0	0,5	22,1	90	21,6	Programmaufwand
ARD-Sternpunkt	ARD	95,5	0,9	14,6	79	13,1	übriger Aufwand
	DRadio	2,2				0,3	übriger Aufwand
	Dritte	2,3					
Programmdirektion Deutsches Fernsehen	ARD	100,0	0,8	19,0	75	18,1	Programmaufwand
KiKA – Der Kinderkanal von ARD und ZDF	ARD	50,0	2,4	36,1	58	15,9	Programmaufwand/Aufwand für Programmverbreitung
(Kopfstelle Erfurt)	ZDF	50,0				15,8	Programmaufwand
Zentraler Beitragsservice	ARD	73,2	0,7	185,3 <sup>1)</sup>	1191	136,5	übriger Aufwand
						-1,4	Zunahme des Anteils Vermögen des Zentralen Beitragsservice
	ZDF	24,3				45,3	Anderer Aufwand
						-0,5	Sonstige Einnahmen
	DRadio	2,6				4,7	übriger Aufwand
ARGE Rundfunk-Betriebstechnik	ARD	92,0	1,4	8,4	73	6,8	übriger Aufwand
	ZDF	8,0				0,3	Geschäftsaufwand
			7,8	385,5	2.009		

1) Personal- und Sachaufwand 187,3 Mio. €, negative Investitionsbeiträge 2,0 Mio. €.



## 1.9 Beitragsservice

Der Wechsel von der Rundfunkgebühr zum neuen Beitragsmodell verändert die Aufgaben des Beitragseinzugs erheblich. Durch die Umstellung auf das Beitragsmodell soll sich der Aufwand für den Beitragseinzug 2016 gegenüber dem Ausgangswert 2012 um 18,3 % verringern.

Das Personal beim Zentralen Beitragsservice soll von 1.224 Mitarbeiterkapazitäten 2012 auf 995 im Jahr 2016 reduziert werden.

Das Personal beim Dezentralen Beitragsservice der ARD-Anstalten soll von 864 Mitarbeiterkapazitäten 2012 auf 198 im Jahr 2016 verringert werden.

Die Kommission stellt fest, dass die Umstellung insgesamt erfolgreich bewältigt wird.

Die Einführung des Beitragsmodells hat die Aufgaben des Gebühren- bzw. Beitragseinzugs erheblich verändert und wirkt fort. Die Umstellungsphase begann 2011. Auf die Rundfunkanstalten kam die Aufgabe zu, rund 40 Mio. Teilnehmerkonten in einer vergleichsweise kurzen Zeitspanne auf Beitragszahlerkonten umzustellen. Mit Jahresbeginn 2013 mussten die laufenden Erträge auf der Basis neuer Anknüpfungspunkte erhoben werden. Der bisherige Beauftragtendienst der ARD-Landesrundfunkanstalten, der das Vorhandensein von Geräten zu verifizieren hatte, sollte massiv reduziert werden. Der Anknüpfungspunkt „Wohnung“ bzw. „Betriebsstätte“ bedarf einer derartigen Erfassung nicht mehr. Der erhebliche Umstellungsaufwand war vom Zentralen Beitragsservice zu bewältigen. Insbesondere der Sektor der *Direktanmeldungen* und der laufende Meldedatenabgleich erfordern einen zusätzlichen Personalaufwand.

Tz. 599

Vor der Umstellung auf den Rundfunkbeitrag setzten die Rundfunkanstalten Beauftragte zur örtlichen Sachverhaltsaufklärung ein. Diese Praxis entfiel mit der Einführung des Beitragsmodells ab 2013, in einigen Landesrundfunkanstalten mit Blick auf die Umstellung bereits 2012. Seit 2014 wird kein Beauftragtendienst mehr eingesetzt. Sofern persönliche Kontaktaufnahmen zu Beitragszahlerinnen und -zahlern notwendig sind oder Beratung vor Ort gewünscht wird, z.B. von großen Betrieben, Einrichtungen und Kommunen, findet dies telefonisch oder in Vor-Ort-Terminen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesrundfunkanstalten statt.

Tz. 600

Der Beitragseinzug besteht wie bisher aus der zentralen *Gemeinschaftseinrichtung* in Köln-Bocklemünd „ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice“ (vormals GEZ) und daneben den dezentralen Abteilungen „Beitragsservice“ der ARD-Anstalten (vormals Rundfunkgebührenabteilungen).

Tz. 601

Der Aufwand der Gemeinschaftseinrichtung „ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice“ (im Folgenden: Zentraler Beitragsservice) wird anteilig von ARD, ZDF, Deutschlandradio und ARTE getragen. Er ist Bestandteil der Anmeldungen. Für die Mitarbeitenden gelten die tariflichen Regelungen des WDR. Die Zahlungen an die Pensionskasse *bbp* werden, anders als bisher, bei der Gemein-

Tz. 602

## Beteiligungen und GSEA

schaftseinrichtung direkt und nicht mehr bei den Anstalten als Aufwand abgebildet. Die Altersversorgungsrückstellungen werden nach wie vor bei den Rundfunkanstalten dargestellt.

**Tz. 603** Die Abteilungen „Beitragsservice“ der ARD-Anstalten (im Folgenden: Dezentraler Beitragsservice) betreuen den vorhandenen Bestand beitragspflichtiger Haushalte und Betriebsstätten auf der Ebene der Landesrundfunkanstalten. Sie ergänzen mit ihrer Arbeit den Zentralen Beitragsservice und bearbeiten vor allem die Bereiche, die regional zu bearbeiten sind und nicht über ein zentrales Massenverfahren erfasst werden können. Der Aufwand wird anteilig von ARD, ZDF, Deutschlandradio und ARTE getragen.

**Tz. 604** Zum 20. Bericht nennen der Zentrale Beitragsservice und die Rundfunkanstalten für 2012 bis 2016 einen Gesamtaufwand von 1.191,8 Mio. €. Dieser Wert ist um 33,4 Mio. € höher als die Anmeldung zum 19. Bericht von 1.158,4 Mio. € (vgl. Tabelle 220). Innerhalb des Gesamtbetrags gibt es gegenläufige Entwicklungen:

- So soll der Aufwand für den Zentralen Beitragsservice von 924,8 Mio. € um 83,1 Mio. € auf 1.007,9 Mio. € steigen. Beitragsservice und Rundfunkanstalten nennen als wesentliche Einflussfaktoren:
  - einen Anstieg des Regelaufwands von 851,0 Mio. € auf 929,1 Mio. € (+78,1 Mio. €);
  - eine Verringerung des Umstellungsaufwands von 73,8 Mio. € auf 57,9 Mio. € (-15,9 Mio. €);
  - den Mehraufwand für die Direktanmeldung von 20,9 Mio. €. Dieser Mehraufwand war in der Anmeldung zum 19. Bericht noch nicht enthalten.
- Demgegenüber soll sich der Aufwand für den Dezentralen Beitragsservice von 233,6 Mio. € um 49,7 Mio. € auf 183,9 Mio. € verringern. Diese Einsparung ergibt sich aus der Saldierung von zwei gegenläufigen Entwicklungen:
  - Der Aufwand für den Beauftragtdienst bzw. die regionale Sachverhaltsaufklärung soll von 122,4 Mio. € um 60,1 Mio. € auf 62,3 Mio. € sinken.
  - Der Aufwand für den Innendienst und sonstige Kosten soll von 111,2 Mio. € um 10,4 Mio. € auf 121,6 Mio. € steigen.

## Beteiligungen und GSEA

Tab. 220 Aufwand Zentraler und Dezentraler Beitragsservice 2012 bis 2016 (in Mio. €)

19. KEF-Bericht (Stand 5/2013)	2012 vorl. Ist	2013 Plan	2014 Plan	2015 Plan	2016 Plan	Summe	2016 zu 2012 Einsparung (in %)
Regelaufwand <sup>1</sup>	172,5	180,4	172,6	170,4	155,1	851,0	10,1
Sonderaufwand Umstellung <sup>2</sup>	20,8	28,0	25,0	0,0	0,0	73,8	100,0
Mehraufwand Direktanmeldung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-, -
Summe Aufwand GEZ/Zentraler Beitragsservice	193,3	208,4	197,6	170,4	155,1	924,8	19,8
Beauftragtendienst/ab 2013 regionale Sachverhaltsklärung	32,2	25,9	23,5	21,4	19,4	122,4	39,8
Innendienst/Sonstige Kosten	22,9	23,0	22,2	21,8	21,3	111,2	7,0
Summe Aufwand Dezentraler Beitragsservice	55,1	48,9	45,7	43,2	40,7	233,6	26,1
Gesamtaufwand	248,4	257,3	243,3	213,6	195,8	1.158,4	21,2
Gesamtaufwand ohne Sonderaufwand und Mehraufwand Direktanmeldung	227,6	229,3	218,3	213,6	195,8	1.084,6	14,0

20. KEF-Bericht (Stand 7/2015)	2012 Ist	2013 Ist	2014 Ist	2015 Plan	2016 Plan	Summe	2016 zu 2012 Einsparung (in %)
Regelaufwand <sup>1</sup>	172,5	188,8	188,6	207,2	172,0	929,1	0,3
Sonderaufwand Umstellung <sup>2</sup>	20,8	20,4	16,7	0,0	0,0	57,9	100,0
Mehraufwand Direktanmeldung	0,0	0,0	6,3	8,8	5,8	20,9	-, -
Summe Aufwand GEZ/Zentraler Beitragsservice	193,3	209,2	211,6	216,0	177,8	1.007,9	8,0
Beauftragtendienst/ab 2013 regionale Sachverhaltsklärung	31,4	15,7	8,0	4,0	3,2	62,3	89,8
Innendienst/Sonstige Kosten	25,2	24,3	24,7	24,3	23,1	121,6	8,3
Summe Aufwand Dezentraler Beitragsservice	56,6	40,0	32,7	28,3	26,3	183,9	53,5
Gesamtaufwand	249,9	249,2	244,3	244,3	204,1	1.191,8	18,3
Gesamtaufwand ohne Sonderaufwand und Mehraufwand Direktanmeldung	229,1	228,8	221,3	235,5	198,3	1.113,0	13,4

20. KEF-Bericht ./ 19. KEF-Bericht	2012	2013	2014	2015	2016	Summe
Regelaufwand <sup>1</sup>	0,0	8,4	16,0	36,8	16,9	78,1
Sonderaufwand Umstellung <sup>2</sup>	0,0	-7,6	-8,3	0,0	0,0	-15,9
Mehraufwand Direktanmeldung	0,0	0,0	6,3	8,8	5,8	20,9
Summe Aufwand GEZ/Zentraler Beitragsservice	0,0	0,8	14,0	45,6	22,7	83,1
Beauftragtendienst/ab 2013 regionale Sachverhaltsklärung	-0,8	-10,2	-15,5	-17,4	-16,2	-60,1
Innendienst/Sonstige Kosten	2,3	1,3	2,5	2,5	1,8	10,4
Summe Aufwand Dezentraler Beitragsservice	1,5	-8,9	-13,0	-14,9	-14,4	-49,7
Gesamtaufwand	1,5	-8,1	1,0	30,7	8,3	33,4
Gesamtaufwand ohne Sonderaufwand und Mehraufwand Direktanmeldung	1,5	-0,5	3,0	21,9	2,5	28,4

1) inkl. Nettozuführungen zu Pensions- und Beihilferückstellungen.

2) Migration/Bestandspflege/Datenabgleich.

## Beteiligungen und GSEA

**Tz. 605** Der Gesamtaufwand ohne Sonderaufwand und ohne Mehraufwand für Direktanmeldungen 2016 ist um 13,4 % niedriger als 2012. Dieser Gesamtaufwand setzt sich zusammen aus dem Regelaufwand des Zentralen Beitragsservice und dem Aufwand des Dezentralen Beitragsservice. Während der Regelaufwand des Zentralen Beitragsservice im Vergleich 2012 zu 2016 nahezu gleich hoch geblieben ist, reduziert sich der Aufwand beim Dezentralen Beitragsservice um 53,5 %.

Die Kommission stellt fest, dass die Umstellung insgesamt erfolgreich bewältigt wird. Dies ist nicht zuletzt an den beträchtlichen Mehrerträgen abzulesen.

**Tz. 606** Die Rundfunkanstalten haben zum 20. Bericht auch eine detaillierte Gesamtplanung zur Personalreduzierung in Mitarbeiterkapazitäten für den Zentralen und den Dezentralen Beitragsservice vorgelegt. Beim Zentralen Beitragsservice sind 2016 65 Mitarbeiterkapazitäten mehr als noch im 19. Bericht geplant. Dies wird mit dem erhöhten Arbeitsaufwand im Regelbetrieb, in erster Linie für den fortlaufenden Meldedatenabgleich sowie die gestiegenen beitragsrelevanten Sachverhalte (43 Stellen) und dem Mehraufwand für die Direktanmeldungen (22 Stellen) begründet. Mit der Anmeldung zum 20. Bericht wird der gesamte Personalabbau beim Zentralen Beitragsservice zwischen 2012 und 2016 auf 229 Mitarbeiterkapazitäten beziffert.

**Tab. 221 Anzahl Mitarbeiterkapazitäten<sup>1</sup> im Zentralen und Dezentralen Beitragsservice jeweils zum Stichtag 31. Dezember (20. Bericht, Stand Januar 2015)**

	2012 Ist	2013 Ist	2014 Ist	2015 Plan	2016 Plan	Veränd. 2016/2012
Regelbetrieb und Sonderaufwand Umstellung <sup>2</sup>	1.224	1.226	1.191	1.072	973	
Mehraufwand Kapazitäten Direktanmeldung				29	22	
<b>Summe Zentraler Beitragsservice</b>	<b>1.224</b>	<b>1.266</b>	<b>1.191</b>	<b>1.101</b>	<b>995</b>	<b>-229</b>
Mitarbeiter/innen in den Abteilungen Beitragsservice	250	233	218	208	198	-52
Beauftragte im Außendienst	614	198	71	0	0	-614
<b>Summe Dezentraler Beitragsservice</b>	<b>864</b>	<b>431</b>	<b>289</b>	<b>208</b>	<b>198</b>	<b>-666</b>

1) aktive Mitarbeiterkapazitäten ohne Auszubildende/Aushilfen und Fremdfirmenmitarbeiter/-mitarbeiterinnen.

2) Migration/Bestandspflege/Datenabgleich.

**Tz. 607** Durch die Umstellung nahmen ab 2011 zunächst die Mitarbeiterkapazitäten beim Zentralen Beitragsservice zu. Von 1.224 Mitarbeiterkapazitäten in 2012 soll auf 995 Mitarbeiterkapazitäten in 2016 reduziert werden. Angesichts eines weiteren für 2018 geplanten Meldedatenabgleichs geht der Zentrale Beitragsservice aktuell davon aus, dass in 2017 bis 2020 eine weitere Aufwandsreduzierung eher unwahrscheinlich ist.

Die Kommission erwartet, dass der Beitragseinzug weiterhin unter Beachtung von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit mit tendenziell sinkendem Personal- und Sachaufwand bewältigt wird.

**Tz. 608** Beim Dezentralen Beitragsservice haben die ARD-Anstalten den Außendienst bis Ende 2014 vollständig abgebaut. Im Innendienst werden bis 2016 198 Mitarbeiterkapazitäten geplant. Mit der Anmeldung zum 20. Bericht wird der gesamte Personalabbau beim Dezentralen Beitragsservice zwischen 2012 und 2016 mit 666 Mitarbeiterkapazitäten angegeben.



Die Kommission stellt fest, dass das Ziel der Reduzierung von Mitarbeiterkapazitäten beim Dezentralen Beitragsservice erreicht worden ist.

## 2. Partner- und Spartenprogramme

ARD und ZDF planen, den Aufwand für alle *Partnerprogramme* zu erhöhen. Sie weisen für 2017 bis 2020 insgesamt einen Aufwand von 1.587,6 Mio. € aus, der sich wie folgt verteilt: 353,0 Mio. € für 3sat, 150,8 Mio. € für Phoenix, 365,3 Mio. € für KiKA und 718,3 Mio. € für ARTE. Das entspricht im Jahresdurchschnitt einem Aufwand von 396,9 Mio. €.

Die ARD erhöht für ihre *Spartenprogramme* tagesschau24 sowie ARD-alpha (zuvor BR-alpha) den Aufwand gegenüber 2013 bis 2016. Sie reduziert diesen für EinsPlus und Einsfestival. Für 2017 bis 2020 plant die ARD bei tagesschau24, ARD-alpha, EinsPlus und Einsfestival einen Gesamtaufwand von 207,6 Mio. €. Der angesetzte Betrag für EinsPlus ist vorläufig, da das Programm zu Gunsten des „Jungen Angebots“ eingestellt werden soll. Der jahresdurchschnittliche Aufwand der vier Programme beläuft sich für 2017 bis 2020 auf insgesamt 51,9 Mio. €. Davon entfallen auf tagesschau24 12,1 Mio. €, auf EinsPlus 15,0 Mio. €, auf Einsfestival 9,7 Mio. € und auf ARD-alpha 15,1 Mio. €.

Das ZDF plant für seine Spartenprogramme in 2017 bis 2020 einen Aufwand von 97,9 Mio. € für ZDFinfo und 179,1 Mio. € für ZDFneo. ZDFkultur wird zu Gunsten des „Jungen Angebots“ eingestellt. Es sind daher keine Ausgaben mehr vorgesehen. Der durchschnittliche Jahresaufwand für ZDFneo soll 2017 bis 2020 44,8 Mio. € und für ZDFinfo 24,5 Mio. € betragen.

**Tz. 609** Im Folgenden wird ein Überblick über die geplanten Kosten der Partner- und der Spartenprogramme gegeben. Spartenprogramme haben im Unterschied zu Vollprogrammen einen inhaltlichen Schwerpunkt und eine Zielgruppe. Als Partnerprogramme werden die von ARD und ZDF gemeinsam veranstalteten Programme bezeichnet. Angaben zu einzelnen Aufwandspositionen werden im Folgenden jeweils auf der Basis des Jahres 2014 verglichen, für das die jüngsten Ist-Zahlen vorliegen.

### 2.1 Partnerprogramme

**Tz. 610** ARD und ZDF betreiben vier Partnerprogramme: 3sat (gestartet 1984), Phoenix (seit Juni 1997), KiKA (seit Anfang 1997) und ARTE (seit Mai 1992). An 3sat sind zudem die schweizerische Anstalt SRF und der österreichische ORF beteiligt. ARTE wird zusammen mit dem französischen Partner ARTE France veranstaltet.

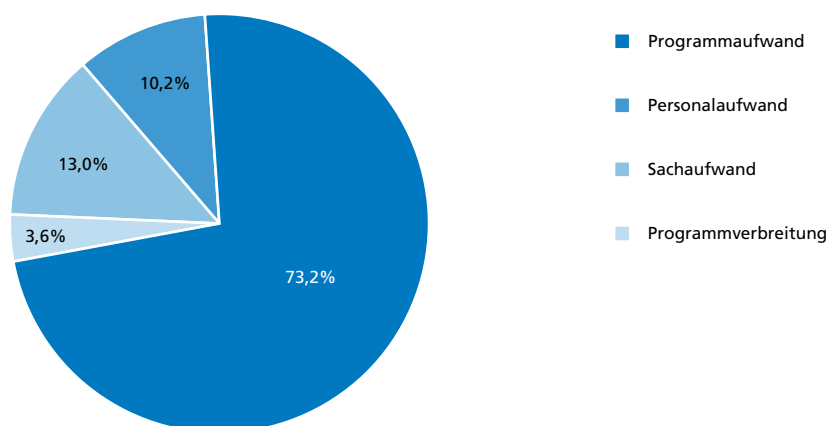
Tab. 222 Partnerprogramme: Aufwand (in Mio. €)

	3sat	Phoenix	KiKA
Summe 2009-2012	345,3	155,1	350,1
2013	78,1	37,7	83,2
2014	79,7	35,1	86,9
2015	82,8	35,8	86,9
2016	84,0	35,8	87,0
Summe 2013-2016	324,6	144,4	344,0
2017	85,7	36,8	88,7
2018	87,4	38,1	90,4
2019	89,1	37,9	92,2
2020	90,9	38,0	94,0
Summe 2017-2020	353,0	150,8	365,3
Ø p.a. 2017-2020	88,3	37,7	91,3
Veränderung	28,4	6,4	21,3

Zu ARTE vgl. Tz 546.

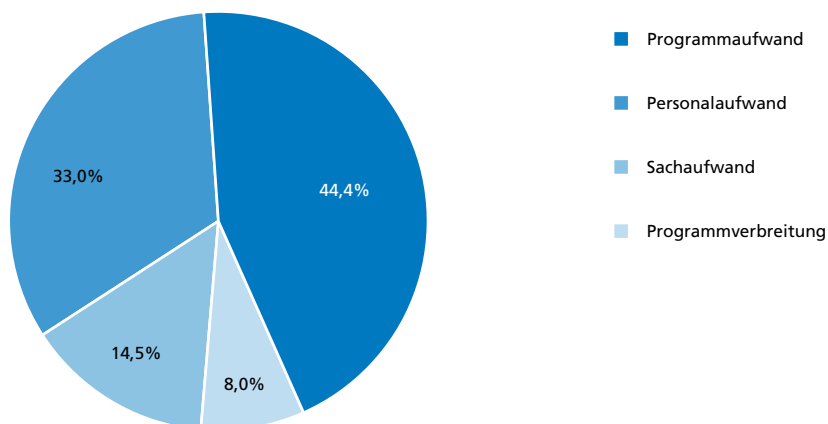
Die ARD beteiligt sich seit 1993 an dem Kulturprogramm 3sat. Die deutschen Anstalten planen für 3sat 2013 bis 2016 einen Gesamtaufwand von 324,6 Mio. €. Der Aufwand ist in den Jahren davor zu Gunsten von Spartenprogrammen reduziert worden. Für 2017 bis 2020 sind 353,0 Mio. € geplant. Das nachfolgende Diagramm veranschaulicht, wie der Aufwand 2014 verteilt war:

Abb. 43 Aufwand 3sat 2014



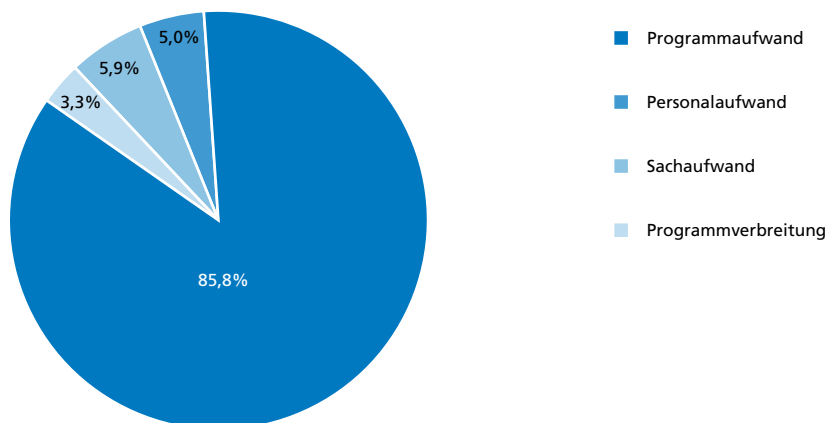
Der Aufwand von Phoenix sinkt 2013 bis 2016 auf 144,4 Mio. €. Für 2017 bis 2020 sind 150,8 Mio. € geplant. Der Aufwand liegt damit weiterhin unter dem Betrag für 2009 bis 2012 (155,1 Mio. €). Die folgende Grafik zeigt den Anteil der einzelnen Kostenarten an den Gesamtkosten für 2014:

**Abb. 44 Aufwand Phoenix 2014**



Für den Kinderkanal KiKA beträgt der Aufwand 2013 bis 2016 344,0 Mio. €, der in 2017 bis 2020 auf 365,3 Mio. € anwachsen soll. Die Kosten setzen sich wie folgt zusammen:

**Abb. 45 Aufwand KiKa 2014**





## 2.2 Spartenprogramme

Tab. 223 Spartenprogramme: Aufwand (in Mio. €)

	tages- schau24	Einsfestival	EinsPlus	ARD-alpha	ZDFinfo	ZDFkultur	ZDFneo
Summe 2009-2012	37,6	37,1	31,5	88,0	63,4	64,1	125,8
2013	9,3	13,2	16,0	13,7	21,2	12,6	42,9
2014	10,9	10,4	16,0	14,5	19,8	6,3	40,3
2015	11,4	9,3	14,6	14,1	22,5	6,0	41,4
2016	11,4	9,3	14,6	14,4	23,1	5,8	42,4
Summe 2013-2016	43,1	42,3	60,8	56,8	86,6	30,7	166,9
2017	11,8	9,5	14,9	14,7	23,6	0	43,3
2018	12,0	9,6	15,0	15,0	24,1	0	44,2
2019	12,1	9,7	15,0	15,3	24,8	0	45,3
2020	12,4	9,9	15,3	15,6	25,3	0	46,3
Summe 2017-2020	48,2	38,8	60,1	60,5	97,9	0	179,1
Ø 2017-2020 p.a.	12,1	9,7	15,0	15,1	24,5	0	44,8
Veränderung	5,1	-3,5	-0,7	3,7	11,3	-30,7	12,2

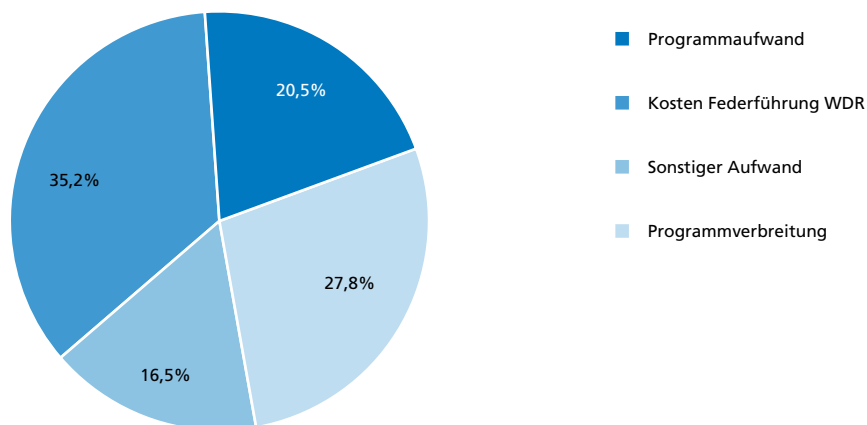
Die ARD veranstaltet zudem seit August 1997 die drei Spartenprogramme EinsPlus (zuvor Eins-MuXx), Einsfestival und tagesschau24 (zuvor EinsExtra). Anfang 1998 hat der BR den Bildungskanal BR-alpha gestartet, der 2014 in ARD-alpha umbenannt worden ist.

Tz. 611

Für tagesschau24 beträgt der Aufwand 2013 bis 2016 43,1 Mio. €. Für 2017 bis 2020 sind 48,2 Mio. € vorgesehen. Bei tagesschau24 waren in 2014 die Kosten des Federführers NDR mit 32,0 % der größte Aufwandsposten. Der Kostenanteil für Leistungen von ARD-aktuell betrug 29,6 %. Die übrigen Kosten verteilten sich auf den Verbreitungsaufwand mit 25,5 % sowie den sonstigen Aufwand mit 12,9 % (inklusive direkt und indirekt den Programmen zugeordneter Aufwand beim *ARD-Play-Out-Center*).

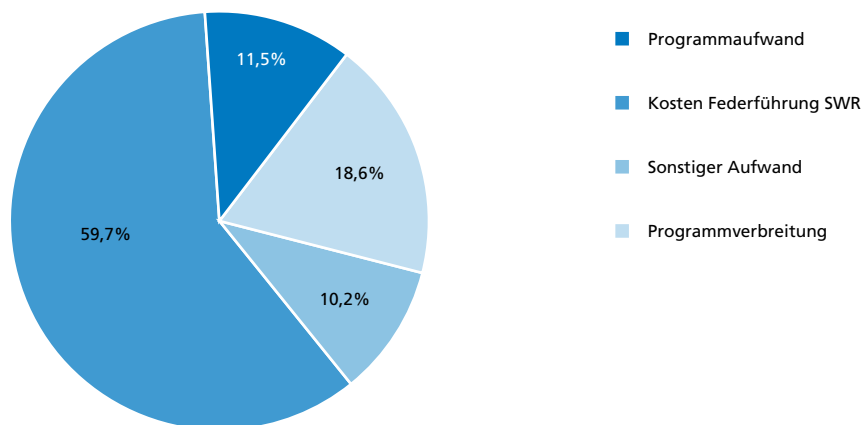
Für das Programm Einsfestival hat die ARD in den Jahren 2017 bis 2020 zunächst nur Kosten in Höhe von 38,8 Mio. € vorgesehen. Bei den angemeldeten Kosten ist allerdings eine bereits 2015 von den Anstalten beschlossene Erhöhung des Programmaufwands um 2 Mio. € jährlich ab 2017 noch nicht berücksichtigt. Für 2013 bis 2016 standen noch 42,3 Mio. € zur Verfügung. 2014 stellt sich die Kostenstruktur wie folgt dar:

Abb. 46 Aufwand Einsfestival 2014



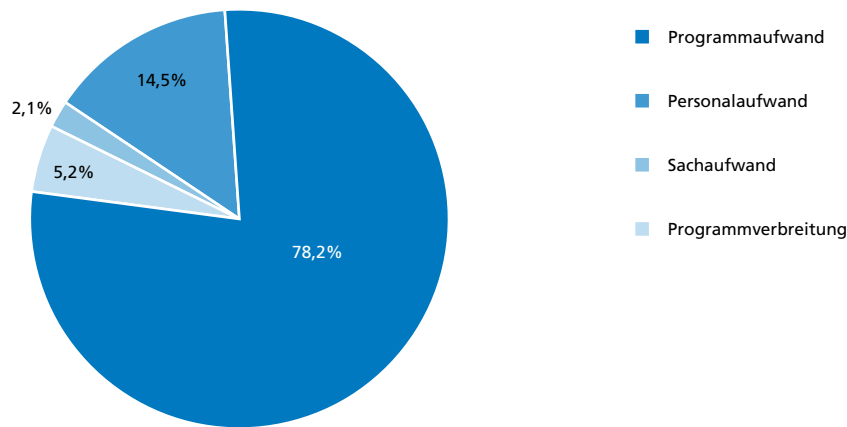
Der Aufwand von EinsPlus beläuft sich in 2013 bis 2016 auf 60,8 Mio. €. Für 2017 bis 2020 sieht die vorläufige Planung 60,1 Mio. € vor. Das Programm soll allerdings eingestellt werden. Die bislang für EinsPlus geplanten Mittel sollen dann für das geplante Junge Angebot von ARD und ZDF genutzt werden (vgl. Tz. 613).

Abb. 47 Aufwand EinsPlus 2014



Der Aufwand für ARD-alpha (zuvor BR-alpha) liegt für 2013 bis 2016 bei 56,8 Mio. €. Für 2017 bis 2020 sind 60,5 Mio. € geplant. Gut drei Viertel der Kosten sind für den Programmaufwand vorgesehen.

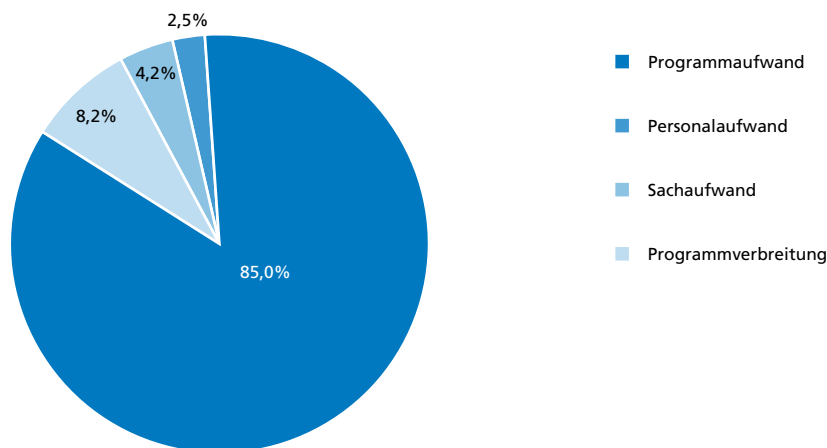
Abb. 48 Aufwand ARD-alpha 2014



Das ZDF investiert 2013 bis 2016 vor allem in das Programm ZDFneo (zuvor: ZDFdokukanal, gestartet im April 2000). Der Aufwand wurde gegenüber 2009 bis 2012 erheblich auf 166,9 Mio. € gesteigert und soll 2017 bis 2020 erneut ansteigen auf 179,1 Mio. €. Die nachfolgende Grafik gibt einen Überblick zu den einzelnen Kostenarten für 2014:

Tz. 612

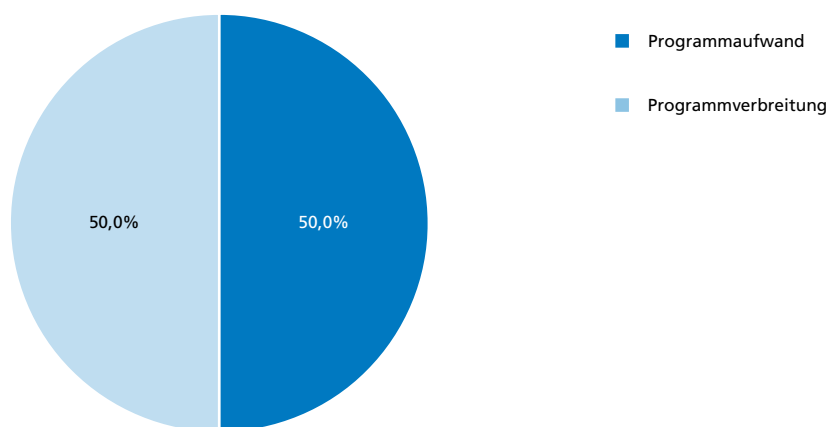
Abb. 49 Aufwand ZDFneo 2014



Zielgruppe von ZDFneo sind vor allem Zuschauer zwischen 25 und 49 Jahren. Das Programm besteht zu einem wesentlichen Teil aus Übernahmen aus dem ZDF-Hauptprogramm, hat zugleich aber die Funktion eines Experimentierfeldes für neue Formate und Sendungen.

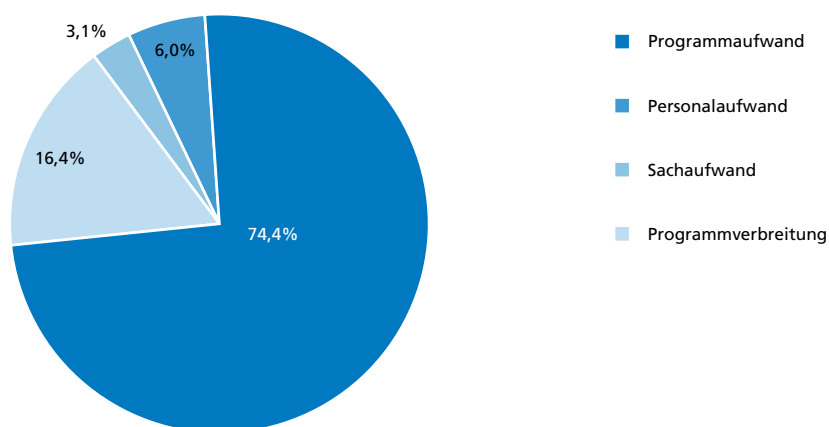
Für das Programm ZDFkultur (zuvor: ZDFtheaterkanal, seit Ende 1999) ist für 2013 bis 2016 ein Aufwand in Höhe von 30,7 Mio. € geplant. Das ZDF plant für 2017 bis 2020 keine weiteren Kosten, da das Programm zu Gunsten des neuen Jungen Angebots eingestellt wird. In 2014 verteilte sich der Aufwand hälftig auf den Programmaufwand und auf die Verbreitungskosten.

Abb. 50 Aufwand ZDFkultur 2014



Für ZDFinfo (zuvor: ZDFinfokanal, seit 1997) ist für 2013 bis 2016 ein Aufwand von 86,6 Mio. € geplant, der 2017 bis 2020 auf 97,9 Mio. € steigen soll. Das folgende Diagramm verdeutlicht die Anteile einzelner Aufwandsarten in 2014:

Abb. 51 Aufwand ZDFinfo 2014



### 2.3 „Junges Angebot“

ARD und ZDF planen ein „Junges Angebot“, das ausschließlich Online und auf Drittplattformen verbreitet werden soll. Die Anstalten wollen eine junge Zielgruppe (14 bis 29 Jahre) über eigene Onlineportale, aber auch über Drittplattformen wie YouTube und Facebook ansprechen. Sie gehen dabei von einer überwiegend mobilen Nutzung vor allem mit Smartphones aus. Das Angebot soll, nachdem die abschließende Zustimmung der Länder vorliegen wird, im Oktober 2016 oder Anfang 2017 gestartet werden.

Tz. 613

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder hatten die Anstalten im Oktober 2014 aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln und vorgegeben, dass die Anstalten das Angebot mit einem Jahresetat von maximal 45 Mio. € ausstatten und die Kosten aus dem Bestand finanzieren. Sie haben diesen Auftrag im Oktober 2015 im Entwurf des 19. Rundfunkänderungsstaatsvertrags dahingehend präzisiert, dass die Verbreitung ausschließlich online erfolgen soll. ARD und ZDF haben sich auf eine Kostenteilung in Höhe von zwei Dritteln zu einem Drittel geeinigt. Ein Teil der Finanzierung basiert auf den frei werdenden Mitteln für EinsPlus bzw. ZDFkultur. Diese Programme sollen eingestellt werden.

Inhaltlich sollen die Beiträge aus den Bereichen Information bzw. Wissen und Wissenschaft stammen. Beiträge aus den Bereichen Fiktion, Comedy und Musik sind ebenso geplant. Die ARD strebt daher eine Verknüpfung mit ihren jungen Hörfunkwellen an, aus denen auch Personal rekrutiert werden soll.

Vom Gesamtaufwand von jährlich rund 45 Mio. € entfallen 2,43 Mio. € auf den Personalaufwand. Sie dienen zur Finanzierung von 14 festen Stellen in der Kopfstelle (ARD: 10, ZDF: 4) sowie 13 dezentralen Stellen (beim ZDF). Die ARD finanziert diese Stellen durch Umschichtung aus dem bisherigen Personalaufwand bei EinsPlus, das ZDF durch Umschichtung aus dem Programmaufwand. Ob und in welchem Umfang dies den Stellenrahmen des ZDF dauerhaft erhöht, wird die Kommission im Rahmen eines vom ZDF vorzulegenden Gesamtkonzepts für die Personalentwicklung ab 2020 prüfen (vgl. Tzn. 123 und 126).



## Anhang





---

**Anlage 1****Herleitung des Nettoaufwands Altersversorgung 339**

Tab. A1 Nettoaufwand Altersversorgung 2013 bis 2016

Tab. A2 Nettoaufwand Altersversorgung 2017 bis 2020

---

**Anlage 2****Darstellungen zu kassenwirksamen Leistungen der Rundfunkanstalten 343**

Tab. A3 Versorgungsleistungen je Versorgungsempfänger 2013 bis 2016 und 2017 bis 2020

Tab. A4 Zahl der Versorgungsempfänger 2012 bis 2020

---

**Anlage 3****Darstellungen, Berechnungen und Erläuterungen aus dem Gutachten über  
die betriebliche Altersversorgung der Rundfunkanstalten 345**

Nr. 1 Verteilung auf Aktive, unverfallbar Ausgeschiedene und Leistungsempfänger

Nr. 2 Verpflichtungsumfang im Rahmen der einzelnen Pensionszusagen

Nr. 3 Übersicht Familie Mustermann

Nr. 4 Vergleich der Versorgungssysteme anhand der Kennziffer  
„Versorgungsniveau bei Altersrentenbeginn“

Nr. 5 Durchschnittliche anwartschaftliche Renten aus dem VTV

Nr. 6 Jahresnettoprämie in Relation zum Einkommen für Familie Mustermann

Nr. 7 Beitragstarifvertrag Altersversorgung (BTVA)

Nr. 8 Diskontierte Barwerte aller Liquiditätsabflüsse



## **Herleitung des Nettoaufwands Altersversorgung**

**Tab. A1 Nettoaufwand für die Altersversorgung 2013 bis 2016 (in Mio. €)**  
Anmeldung zum 20. Bericht

	ARD	ZDF	DRadio
Zuführungen zu Pensionsrückstellungen TVA/VO	1.049,5		55,3
Zuführungen zu Pensionsrückstellungen VTV/BTVA	570,6	296,4	2,8
Beiträge an Pensionskassen	24,8	166,8	0,7
Pensions- und Rentenzahlungen	1.377,7	142,2	0,0
Aufwand für den gesetzlichen Versorgungsausgleich	2,8	0,0	0,1
Zusätzlicher Aufwand für die Altersversorgung	15,2	53,1	1,4
Pauschalierte Lohn- und Kirchensteuer	0,0	12,1	0,0
Beihilfen und Unterstützungen an Versorgungsempfänger	82,5	0,0	17,7
Versorgungsleistungen NWDR und NWRV (nur NDR und WDR)	0,4	0,0	0,0
Aufwand für den Vorruhestand	10,1		
<b>Zwischensumme Aufwand Altersversorgung</b>	<b>3.133,7</b>	<b>670,7</b>	<b>78,0</b>
Prämien an Rückdeckungspensionskasse (bbp)	328,8	0,0	11,4
Verschiedene Fremdleistungen/Unterhalts- und Bewirtschaftungs- und Reparaturkosten	17,8	0,0	0,0
Verschiedene Fremdleistungen/Versicherungsprämien (ohne bbp)	14,2	0,0	6,9
<b>Zwischensumme Aufwand Altersversorgung im Sachaufwand</b>	<b>360,8</b>	<b>0,0</b>	<b>18,3</b>
BilMoG-Umstellungsaufwand	302,1	109,5	11,5
BilMoG-Aufwand aus Zinsänderung	438,7	95,5	14,0
<b>abzüglich Aufwand durch die Anwendung der Regelungen des BilMoG</b>	<b>740,8</b>	<b>205,0</b>	<b>25,5</b>
<b>Gesamtsumme Aufwand Altersversorgung</b>	<b>2.753,7</b>	<b>465,6</b>	<b>70,8</b>
Zinserträge/Fondsausschüttungen (Deckungsstock, ohne bbp)	540,5	34,9	5,8
Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen (ohne Deckungsstock, ohne bbp)	5,4	0,0	0,0
Erträge aus Mieten und Pachten	38,4	0,0	0,0
Auflösungen von Pensionsrückstellungen TVA/VO	1,2	0,0	0,0
Erträge aus Rückdeckungsversicherung AV (ZDF Saldo aus Beiträgen und Erhöhung Forderung)	52,6	11,2	17,2
Erträge aus Rückdeckungspensionskasse der AV (bbp)	422,9	0,0	0,5
Übrige sonstige Betriebserträge	9,9	0,0	0,0
<b>Summe Erträge Altersversorgung</b>	<b>1.071,0</b>	<b>46,1</b>	<b>23,5</b>
<b>Nettoaufwand der Altersversorgung</b>	<b>1.682,7</b>	<b>419,5</b>	<b>47,3</b>

**Tab. A2 Nettoaufwand für die Altersversorgung 2017 bis 2020 (in Mio. €)**  
Anmeldung zum 20. Bericht

	ARD	ZDF	DRadio
Zuführungen zu Pensionsrückstellungen TVA/VO	414,4		45,8
Zuführungen zu Pensionsrückstellungen VTV/BTVA	603,4	161,3	-0,7
Beiträge an Pensionskassen	26,5	98,1	0,5
Pensions- und Rentenzahlungen	1.574,6	161,4	0,0
Aufwand für den gesetzlichen Versorgungsausgleich	3,0	0,0	0,2
Zusätzlicher Aufwand für die Altersversorgung	14,3	38,9	1,1
Pauschalierte Lohn- und Kirchensteuer	0,0	5,5	0,0
Beihilfen und Unterstützungen an Versorgungsempfänger	86,5	0,0	16,8
Versorgungsleistungen NWDR und NWRV (nur NDR und WDR)	0,4	0,0	0,0
Pauschal ermittelte Versorgungsleistungen – Umschichtung freie Mitarbeit in feste Stellen		3,0	
Pauschal ermittelte Versorgungsleistungen – Jugendangebot		0,4	
<b>Zwischensumme Aufwand Altersversorgung</b>	<b>2.723,0</b>	<b>468,6</b>	<b>63,7</b>
Prämien an Rückdeckungspensionskasse (bbp)	450,5	0,0	18,9
Verschiedene Fremdleistungen/Unterhalts- und Bewirtschaftungs- und Reparaturkosten	19,4	0,0	0,0
Verschiedene Fremdleistungen/Versicherungsprämien (ohne bbp)	11,5	0,0	3,6
<b>Zwischensumme Aufwand Altersversorgung im Sachaufwand</b>	<b>481,4</b>	<b>0,0</b>	<b>22,5</b>
<b>abzüglich</b>			
Aufwand durch die Anwendung der Regelungen des BilMoG	302,1	72,4	11,5
<b>Gesamtsumme Aufwand Altersversorgung</b>	<b>2.902,4</b>	<b>396,2</b>	<b>74,7</b>
Zinserträge/Fondsausschüttungen (Deckungsstock, ohne bbp)	506,4	35,6	5,8
Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen (ohne Deckungsstock, ohne bbp)	7,7	0,0	0,0
Erträge aus Mieten und Pachten	37,8	0,0	0,0
Auflösungen von Pensionsrückstellungen TVA/VO	7,5	0,0	0,0
Erträge aus Rückdeckungsversicherung AV (ZDF Saldo aus Beiträgen und Erhöhung Forderung)	33,5	16,0	18,6
Erträge aus Rückdeckungspensionskasse der AV (bbp)	574,5	0,0	0,6
Übrige sonstige Betriebserträge	11,5	0,0	0,0
<b>Summe Erträge Altersversorgung</b>	<b>1.178,8</b>	<b>51,6</b>	<b>25,0</b>
<b>Nettoaufwand der Altersversorgung</b>	<b>1.723,6</b>	<b>344,6</b>	<b>49,8</b>



## **Darstellungen zu kassenwirksamen Leistungen der Rundfunkanstalten**

Tab. A3 Versorgungsleistungen je Versorgungsempfänger – 2013 bis 2016 und 2017 bis 2020

	ARD <sup>1</sup>		ZDF <sup>2</sup>		DRadio <sup>1</sup>	
	Aufwand (in T€)	Veränd. (in %)	Aufwand (in T€)	Veränd. (in %)	Aufwand (in T€)	Veränd. (in %)
2012 Ist	18,6		24,0		13,1	
2013 Ist	18,9	1,6	23,3	-2,9	13,7	4,6
2014 Ist	19,1	1,1	24,1	3,4	14,0	2,2
2015 Vorschau	19,4	1,6	24,3	0,8	14,5	3,6
2016 Vorschau	19,7	1,5	24,1	-0,8	15,1	4,1
Ø 2013-2016	19,3		24,0		14,3	
2017 Vorschau	19,9	1,0	23,9	-0,8	15,6	3,3
2018 Vorschau	20,2	1,5	23,9	0,0	16,1	3,2
2019 Vorschau	20,4	1,0	23,8	-0,4	16,6	3,1
2020 Vorschau	20,6	1,0	23,7	-0,4	17,1	3,0
Ø 2017-2020	20,3		23,8		16,4	
Veränderung Ø 2017-2020/ Ø 2013-2016	1,0	5,2	-0,1	-0,5	2,0	14,1
Ø p.a.		1,3		-0,1		3,4

1) Versorgungsleistungen der ARD und des Deutschlandradios ohne Leistungen anderer Träger.

2) Versorgungsleistungen des ZDF und seiner Pensionskasse.

Bei der Darstellung der kassenwirksamen Versorgungsleistungen je Versorgungsempfänger werden bei der ARD und dem Deutschlandradio nur die unmittelbaren Leistungen der Anstalten erfasst. Die Leistungen anderer Träger (Presseversorgungswerk, Direktversicherung, VDDKO, *bbp*) sind nicht erfasst.

Beim ZDF werden die Leistungen der Anstalt einschließlich der Leistungen der ZDF-Pensionskasse dargestellt.

Tab. A4 Zahl der Versorgungsempfänger 2012 bis 2020

	ARD		ZDF		DRadio	
	Versorgungs- empfänger	Veränderung (in %)	Versorgungs- empfänger	Veränderung (in %)	Versorgungs- empfänger	Veränderung (in %)
2012 Ist	17.367		3.342		882	
2013 Ist	17.479	0,6	3.417	2,2	901	2,2
2014 Ist	17.790	1,8	3.454	1,1	905	0,4
2015 Vorschau	18.082	1,6	3.564	3,2	903	-0,2
2016 Vorschau	18.434	1,9	3.674	3,1	909	0,7
Ø 2013-2016	17.946		3.527		905	
2017 Vorschau	18.852	2,3	3.786	3,0	912	0,3
2018 Vorschau	19.297	2,4	3.896	2,9	913	0,1
2019 Vorschau	19.674	2,0	4.008	2,9	915	0,2
2020 Vorschau	20.094	2,1	4.118	2,7	915	0,0
Ø 2017-2020	19.479		3.952		914	
Veränderung Ø 2017-2020/ Ø 2013-2016	1.533	8,5	425	12,0	9	1,0
Ø p.a.		2,1		2,9		0,3



**Darstellungen, Berechnungen und Erläuterungen aus dem  
Gutachten über die betriebliche  
Altersversorgung der Rundfunkanstalten**

**Nr. 1 Verteilung auf Aktive, unverfallbar Ausgeschiedene (UVA) und Leistungsempfänger**  
(Werte auf fünf Personen gerundet)

	Pensionsplan	Aktive	UVA	Leistungsempfänger	Gesamt
<b>BR</b>	TVA/VO	1.165	35	2.440	3.640
	VTV	2.055	125	80	2.260
	<b>Gesamt</b>	<b>3.220</b>	<b>160</b>	<b>2.520</b>	<b>5.900</b>
<b>HR</b>	TVA/VO	700	35	1.535	2.270
	VTV	1.010	20	20	1.050
	<b>Gesamt</b>	<b>1.710</b>	<b>55</b>	<b>1.555</b>	<b>3.320</b>
<b>MDR</b>	BTVA	415	5	–	420
	VTV	1.650	55	535	2.240
	<b>Gesamt</b>	<b>2.065</b>	<b>60</b>	<b>535</b>	<b>2.660</b>
<b>NDR</b>	TVA/VO	1.520	150	3.015	4.685
	VTV	2.275	50	65	2.390
	<b>Gesamt</b>	<b>3.795</b>	<b>200</b>	<b>3.080</b>	<b>7.075</b>
<b>RB</b>	TVA/VO	170	10	525	705
	VTV	220	20	35	275
	<b>Gesamt</b>	<b>390</b>	<b>30</b>	<b>560</b>	<b>980</b>
<b>RBB</b>	TVA/VO	305	15	1.120	1.440
	VTV	1.350	40	270	1.660
	<b>Gesamt</b>	<b>1.655</b>	<b>55</b>	<b>1.390</b>	<b>3.100</b>
<b>SR</b>	TVA/VO	1	–	127	128
	ZVK	635	–	652	1.287
	<b>Gesamt <sup>1</sup></b>	<b>635</b>	<b>–</b>	<b>654</b>	<b>1.289</b>
<b>SWR</b>	TVA/VO	2.100	100	3.325	5.525
	VTV	1.630	45	50	1.725
	<b>Gesamt</b>	<b>3.730</b>	<b>145</b>	<b>3.375</b>	<b>7.250</b>
<b>WDR</b>	TVA/VO	2.005	115	3.155	5.275
	VTV	2.430	60	55	2.545
	<b>Gesamt</b>	<b>4.435</b>	<b>175</b>	<b>3.210</b>	<b>7.820</b>
<b>ZDF</b>	TVA/VO	1.430	–	3.130	4.560
	VTV	2.295	50	140	2.485
	<b>Gesamt</b>	<b>3.725</b>	<b>50</b>	<b>3.270</b>	<b>7.045</b>
<b>DRadio</b>	TVA/VO	320	35	880	1.235
	VTV	365	10	15	390
	<b>Gesamt</b>	<b>685</b>	<b>45</b>	<b>895</b>	<b>1.625</b>

1) SR: Der verbliebene Aktive sowie 125 der Leistungsempfänger im TVA/VO erhalten parallel Leistungen von der ZVK (unter voller Anrechnung auf die SR Versorgungsleistung). Aufgrund dieser Schnittmengen/Doppelzählung ergeben sich die Werte in der Zeile Gesamt nicht aus der einfachen Addition der Werte. Aufgrund dieser besonderen Situation wurden die Werte nicht gerundet dargestellt.

Wie seinerzeit nicht unüblich, wurden zunächst Gesamtversorgungszusagen (*TVA/VO*) eingeführt und diese im Zeitablauf modifiziert. Später wurden diese Zusagen für Neuzugänge durch den *Versorgungstarifvertrag 1997 (VTV)* ersetzt. Bei diesen Rundfunkanstalten überwiegen bei den für Neuzugänge geschlossenen Gesamtversorgungszusagen die Leistungsempfänger und hier wiederum die Alters- bzw. Hinterbliebenenrenten. Dies zeigt sich auch in der Alters- und Verpflichtungsstruktur. Die Begünstigten beim *TVA/VO* sind tendenziell älter und haben in der Regel höhere Besitzstände aus den älteren Zusagen.

## Nr. 2 Verpflichtungsumfang im Rahmen der einzelnen Pensionszusagen

	Pensions- plan	Gesamt (in Mio. €)	Davon entfallen auf:		
			Aktive	UVA	Leistungsempfänger
<b>BR</b>	<b>Gesamt</b>	<b>958,1</b>			
	TVA/VO	854,1	33 %	1 %	66 %
	VTV	104,0	93 %	2 %	5 %
<b>HR</b>	<b>Gesamt</b>	<b>753,6</b>			
	TVA/VO	716,4	40 %		60 %
	VTV	37,2	97 %		3 %
<b>MDR</b>	<b>Gesamt</b>	<b>235,7</b>			
	VTV	231,0	73 %	1 %	26 %
	BTVA	4,7			
<b>NDR</b>	<b>Gesamt</b>	<b>1.167,0</b>			
	TVA/VO	1.040,0	36 %	2 %	62 %
	VTV	127,0	95 %	1 %	4 %
<b>RB</b>	<b>Gesamt</b>	<b>104,6</b>			
	TVA/VO	96,6	25 %	1 %	74 %
	VTV	8,0	81 %	12 %	7 %
<b>RBB</b>	<b>Gesamt</b>	<b>466,2</b>			
	TVA/VO	351,3	25 %	1 %	74 %
	VTV	114,9	81 %	2,0 %	18 %
<b>SR</b>	<b>Gesamt</b>	<b>1,5</b>			
	TVA/VO	1,5	1 %	0 %	99 %
	nur ZVK	entfällt	entfällt	entfällt	entfällt
<b>SWR</b>	<b>Gesamt</b>	<b>1.413,6</b>			
	TVA/VO	1.339,2	40 %	1 %	59 %
	VTV	74,4	94 %	2 %	4 %
<b>WDR</b>	<b>Gesamt</b>	<b>1.563,4</b>			
	TVA/VO	1.449,2	40 %	1 %	59 %
	VTV	114,2	94 %	1 %	5 %
<b>ZDF</b>	<b>Gesamt</b>	<b>777,7</b>			
	TVA/VO	622,4	31 %		69 %
	VTV	155,3	92 %	2 %	6 %
<b>DRadio</b>	<b>Gesamt</b>	<b>232,3</b>			
	TVA/VO	216,5	30 %	1 %	69 %
	VTV	15,8	90 %	2 %	8 %

Es zeigt sich, dass der Verpflichtungsumfang im Vergleich zur Anzahl der Verpflichtungen relativ hoch ist. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass es sich überwiegend um Verpflichtungen für ältere

Aktive und Leistungsempfänger handelt. Der Höhepunkt des Verpflichtungsumfanges wurde wohl in den meisten Fällen bereits erreicht. Es ist zu erwarten, dass sich der Verpflichtungsumfang für die Aktiven reduziert und in etwa 20 bis 30 Jahren wahrscheinlich bei Null liegen wird. Auch die Verpflichtung für Leistungsempfänger wird sich reduzieren, wobei dieser Prozess deutlich länger andauern wird. Dies ist auch der Tatsache geschuldet, dass die heute noch Aktiven in Rente gehen und dann noch Jahrzehnte eine Rente beziehen werden.

### Nr. 3 Übersicht Familie Mustermann

Ein Vergleich der Versorgungsleistungen verschiedener Leistungspläne lässt sich am Besten anhand einer sogenannten „Familie Mustermann“ durchführen. Durch den Vergleich der verschiedenen Versorgungen der Anstalten für völlig identische Musterpersonen werden alle externen Einflussfaktoren ausgeschlossen.

Die Familie Mustermann wurde so ausgewählt, dass aus allen Versorgungswerken Leistungen dargestellt werden. Außerdem sind die Leistungen für Mitarbeiter mit niedrigen, mittleren und höheren Einkommen dargestellt.

Name	Geburtsdatum	Eintritt	1/12 Jahreseinkommen	
			2014	im Alter 67
Magdalena	01.07.1979	01.07.2009	3.000 €	5.653 €
Miriam	01.07.1979	01.07.2009	4.600 €	8.669 €
Maria	01.07.1979	01.07.2009	7.500 €	14.134 €
Michael	01.07.1969	01.07.1993	3.000 €	4.638 €
Manfred	01.07.1969	01.07.1993	4.600 €	7.111 €
Moritz	01.07.1969	01.07.1993	7.500 €	11.594 €
Mareike	01.07.1959	01.07.1984	3.000 €	3.805 €
Manuela	01.07.1959	01.07.1984	4.600 €	5.834 €
Max	01.07.1959	01.07.1984	7.500 €	9.512 €

#### Nr. 4 Vergleich der Versorgungssysteme anhand der Kennziffer „Versorgungsniveau bei Altersrentenbeginn“

Die bei den Anstalten bestehenden Leistungspläne wurden vom Gutachter anhand einer Familie Mustermann miteinander verglichen und die zu erwartenden Versorgungsleistungen in den Altern 63, 65 und 67 berechnet und analysiert.

Durch den Vergleich der verschiedenen Versorgungen der Anstalten für völlig identische Musterpersonen werden alle externen Einflussfaktoren ausgeschlossen. Hierdurch kann aufgezeigt werden, wie sich die Leistungspläne bei gleichen Voraussetzungen (Dienstzeit, Einkommen<sup>1</sup>, Alter, Eintritt) unterscheiden.

Die Berechnungen liefern folgende wesentliche Erkenntnisse:

Für neu eintretende Mitarbeiter (aktuell 36 Jahre alt, Eintritt 2009) stellt sich folgende Versorgungssituation dar:

- Beim MDR sind für die unteren Einkommensgruppen die niedrigsten garantierten Versorgungsgrade festzustellen, da hier der BTVA zur Anwendung kommt. Bei den Höherverdienenden liegen diese Leistungen über denen des *Punktemodells*, welches beim SR zur Anwendung kommt.
- Alle den VTV anwendenden Anstalten sowie das ZDF sind bei den unteren Einkommensgruppen sehr ähnlich und unterscheiden sich kaum hinsichtlich der Leistungshöhen.
- Bei den mittleren Einkommensgruppen gewähren der RBB und das ZDF etwas höhere Renten. Bei den übrigen Anstalten inklusive des SR mit dem Punktemodell sind die Leistungen ähnlich hoch.
- Bei den höheren Einkommensgruppen erhalten die Mitarbeiter vom ZDF gefolgt von denen beim Deutschlandradio die höchsten Leistungen. Bei den VTV anwendenden Anstalten hat bei den höheren Einkommen der HR die niedrigsten Renten. Sowohl der MDR mit den garantierten Leistungen des BTVA als auch der SR mit dem Punktemodell fallen gegenüber den VTV gewährenden Anstalten stark ab.

Bei den Mitarbeitern mit mittlerer Dienstzeit (aktuell 46 Jahre alt, Eintritte 1993) sind die Unterschiede bei den Anstalten sehr groß.

- Der HR, der WDR und das ZDF haben hier die höchsten Renten, wobei der Abstand mit zunehmenden Einkommen geringer wird. Dies liegt daran, dass bei diesen Anstalten noch alte Versorgungssysteme wirken. Bei den mittleren Einkommensgruppen liegen die Leistungen des HR, bei

dem das Gesamtversorgungssystem ebenfalls noch zur Anwendung kommt, über denen beim WDR und ZDF, während bei den hohen Einkommen in den Altsystemen das ZDF in den Altern 65 und 67 sogar unterhalb der Leistungen des WDR nach VTV liegt.

- Alle übrigen Anstalten haben zumindest in den unteren und mittleren Gehaltsgruppen – wie auch bei den Neueintritten – sehr ähnliche Renten zugesagt. Diese sind hier auf einem einheitlichen Niveau und entsprechen in etwa den Renten aus dem Punktemodell (siehe SR).
- In den hohen Einkommensgruppen sind wie schon bei den Neueintritten die gleichen Unterschiede festzustellen.

Bei den „altgedienten“ Mitarbeitern (aktuell 56 Jahre alt, Eintritt 1984) zeigt sich folgendes Bild:

- Der MDR fällt hier aus den Betrachtungen heraus, da es diesen beim Eintritt 1984 noch nicht gegeben hat.
- Es ist zu erkennen, dass in den unteren Einkommensgruppen die Regelungen beim SWR, WDR und ZDF zumindest bei den Renten im Alter 63 und 65 zu den höchsten Renten führen.
- Die Rentenhöhen von Deutschlandradio, HR und NDR sind am geringsten und liegen eng beieinander.
- BR, RB und RBB gewähren etwas höhere Renten als Deutschlandradio, HR und NDR.
- Insgesamt liegen diese Renten aber doch recht eng beieinander.
- Die niedrigsten Renten gewährt jedoch der SR mit dem Punktemodell, da mit der Einführung des beitragsorientierten Punktemodells im Jahr 2001 die Gesamtversorgung abgeschafft wurde.
- Bei den mittleren Einkommensgruppen sieht das Bild ähnlich aus. Hier ist nur festzustellen, dass beim WDR und ZDF die Leistungen niedriger ausfallen als beim SWR. Die Leistungen von WDR und ZDF liegen auf dem gleichen Niveau wie beim HR und RB und im Alter 63 beim RBB, während die anderen Anstalten darunter liegen.
- Bei den höheren Einkommensgruppen liegt das Leistungsniveau des RB, RBB und SWR am höchsten, BR und WDR folgen dicht.
- Deutschlandradio und NDR liegen in etwa auf einem Niveau, der HR und das ZDF liegen dazwischen.

1) Hierbei zeigt sich, dass bei einzelnen Anstalten das Referenzgehalt im Extremfall fast in der Mitte zwischen zwei Vergütungsgruppen liegen kann. Wie eine Vergleichsberechnung für das ZDF zeigt, kann die Rente je nach Eingruppierung deutlich variieren – so unterscheiden sich die erreichbaren Renten zwischen VG 9/8 und VG 10/8 um 20 %.

### Nr. 5 Durchschnittliche anwartschaftliche Renten aus dem VTV

Die kassenwirksamen Leistungen der Rundfunkanstalten umfassen die Versorgungsleistungen an ehemalige Mitarbeiter, die von den Rundfunkanstalten aufgebracht werden. Altersrenten machen den Hauptteil der Versorgungsleistungen des TVA/VO aus. Durch die relativ späte Einführung des VTV 1997 sind bis jetzt nur wenige Rentner aus diesem Leistungsplan hervorgegangen. Um trotzdem sinnvolle Aussagen zur durchschnittlichen Rentenhöhe machen zu können, sind für den VTV die anwartschaftlichen Renten analysiert worden.

#### Durchschnittliche anwartschaftliche Renten aus dem VTV

	VTV
BR	696 €
DRadio	803 €
HR	799 €
MDR	844 €
NDR	810 €
RB	745 €
RBB	761 €
SWR	717 €
WDR	782 €
ZDF	907 €

Die anwartschaftlichen Renten des VTV sind abhängig von der Dienstzeit, von der Tarifgruppe und dem damit zusammenhängenden Rentenbetrag.

Die Höhe der Anwartschaften aus dem VTV liegt bei allen Rundfunkanstalten nah beieinander. Die höchsten anwartschaftlichen Renten werden beim ZDF erzielt und liegen ca. 30 % höher als bei den niedrigsten Anwartschaften des BR. Im Wesentlichen schwankten die anwartschaftlichen Renten zwischen 700 € und 900 € bei einem Mittelwert von 787 €.

Die durchschnittlich gezahlten Renten weichen ebenfalls zwischen den Rundfunkanstalten voneinander ab. Insbesondere der HR hat ein höheres Niveau. Dies ist darauf zurückzuführen, dass er nicht dem *GTV 05* beigetreten ist. Die aus dem VTV ausgelösten Renten sind zurzeit noch nicht wesentlich. Obwohl die Leistungshöhe offensichtlich vom Alter abhängt, hat dies für die Betrachtung zwischen den Anstalten keine Bedeutung, da die Altersverteilung der Rentner über die Anstalten keine besonderen Ungleichgewichte ausweist.



### Nr. 6 Jahresnettoprämien in Relation zum Einkommen für Familie Mustermann

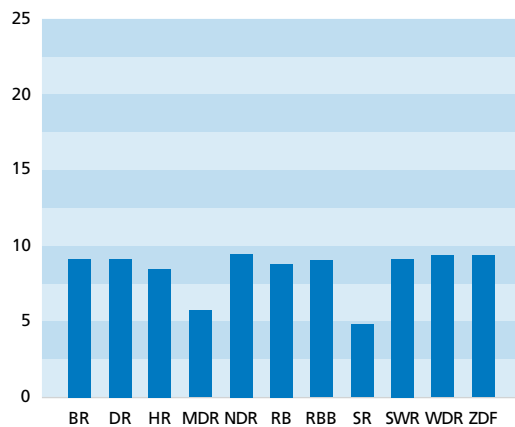
Um die Kosten von Versorgungswerken vergleichen zu können, ist es notwendig einen einheitlichen, vom tatsächlichen Personalbestand unabhängigen Ansatz zu wählen. Deswegen wird eine sogenannte Jahresnettoprämie gebildet.

Auch hier wurden die Berechnungen für eine Familie Mustermann und nicht für den tatsächlichen Mitarbeiterbestand der jeweiligen Anstalt erstellt, da anstaltsspezifische Strukturen zu einer Verzerrung von Ergebnissen führen können.

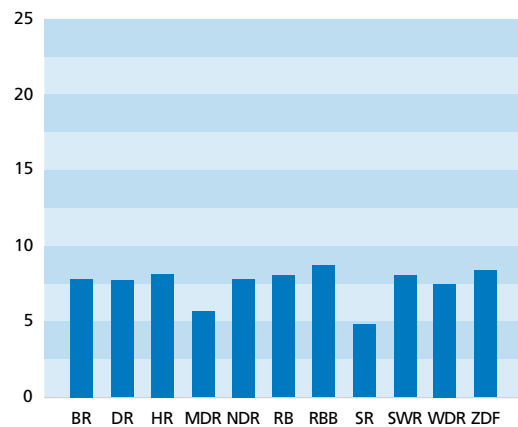
**Abb. 1 Jahresnettoprämien (Teil 1)**

in %

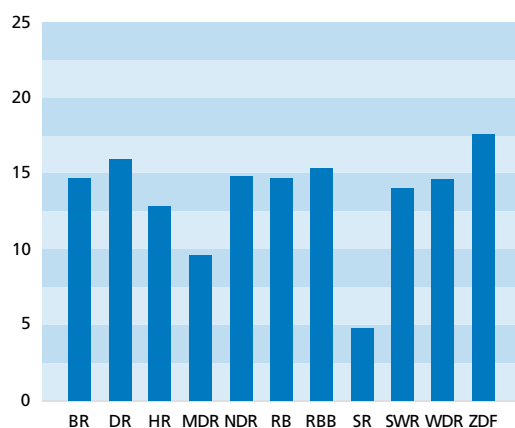
**Magdalena**

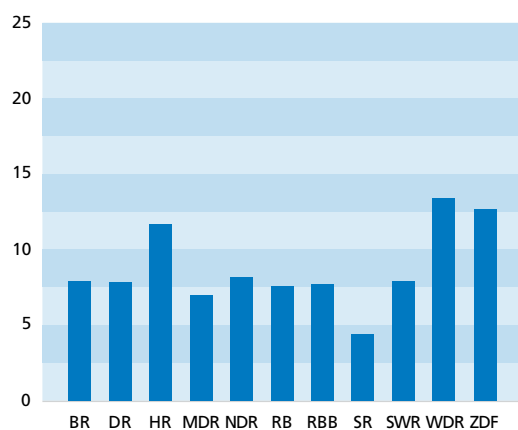
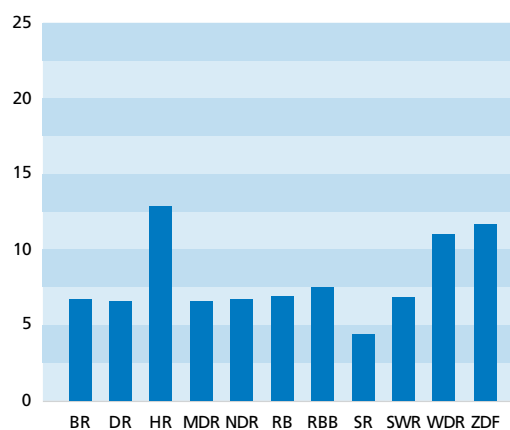
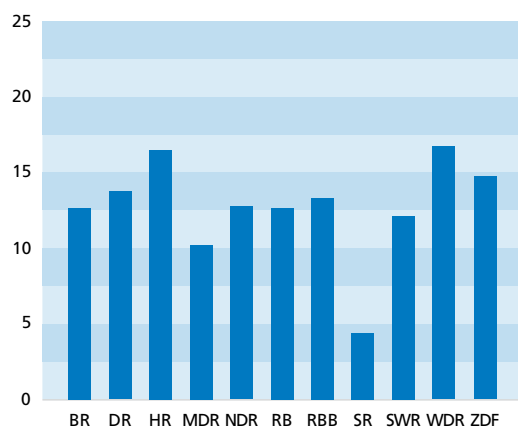


**Miriam**



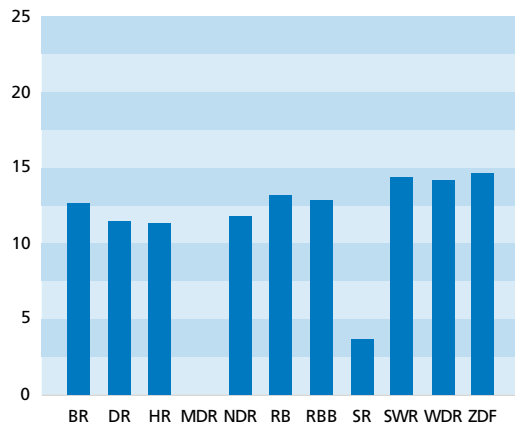
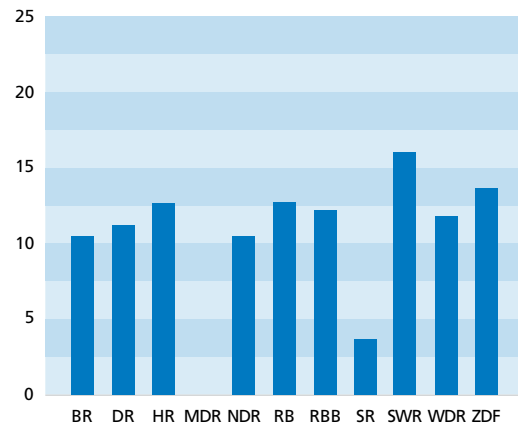
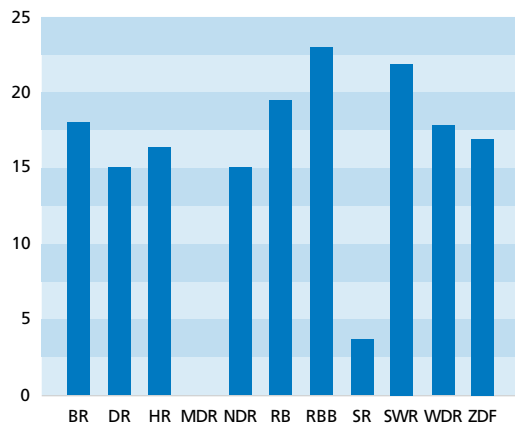
**Maria**



**Abb. 1 Jahresnettoprämien (Teil 2)***in %***Michael****Manfred****Moritz**

**Abb. 1 Jahresnettoprämien (Teil 3)**

in %

**Mareike****Manuela****Max**

Anstaltsübergreifend zeigt sich, dass die Jahresnettoprämien sehr unterschiedlich sind. Das Punktemodell weist hier relativ gleichbleibende Werte aus. Der VTV zeigt für die unteren und mittleren Einkommensgruppen Jahresnettoprämien, die zwischen 8,5 % und 9,5 % liegen. Auch ist an den Prämien für Michael gut zu erkennen, dass die Einführung des VTV dazu geführt hat, dass im Vergleich zu der Gesamtversorgungszusage die Nettoprämien fast halbiert wurden.

In den oberen Vergütungsgruppen liegen die Jahresnettoprämien deutlich höher. Sie sind teilweise fast doppelt so hoch. Weiterhin lässt sich erkennen, dass der Wechsel vom Gesamtversorgungssystem zum VTV am stärksten bei den unteren Vergütungsgruppen gewirkt hat. In den oberen Vergütungsgruppen fallen Einsparungen relativ zum Einkommen eher geringer aus.

#### Nr. 7 Beitragstarifvertrag Altersversorgung (BTVA)

Der BTVA ist als einziger Leistungsplan bei den Anstalten vollständig beitragsorientiert. Dies bedeutet, dass für die Kosten des Arbeitgebers die Entwicklung der Kapitalanlage und die Verwendung der biometrischen Grundlagen unerheblich sind. Der Anspruch des begünstigten Mitarbeiters beschränkt sich vollständig auf die Leistungen der Rückdeckungs-Pensionskasse. Dadurch trägt er alle Chancen und Risiken aus diesem Versicherungsvorgang. Der Vorteil dieser Risikofreiheit für den Arbeitgeber wird mittel- und langfristig besonders stark werden, wenn die aktuelle Niedrigzinsphase weiter anhält. So haben die Lebensversicherer nicht nur den Rechnungszins zum 1. Januar 2015 abgesenkt; auch die zu erwartenden Überschüsse werden zum Teil spürbar sinken. Die Abhängigkeit des Beitrags-Prozentsatzes von der Vergütungsgruppe führt dazu, dass die Versorgungsbeiträge mit (ab VG IX) steigender Vergütungsgruppe überproportional ansteigen. Dies führt dazu, dass der BTVA zwar ein risikofreier, aber gerade bei hohen Vergütungsgruppen ein teurer Leistungsplan ist.

Das Punktemodell der öffentlichen Zusatzversorgung ist beitragsorientiert. Das Risiko der Kapitalanlage und der *Biometrie* trägt allerdings ausschließlich der Arbeitgeber. Da das Punktemodell für alle versorgungsfähigen Einkommen denselben Beitrag zugrunde legt (fiktive Nettoprämie durchschnittlich 4,8 %), ist die Versorgung im Verhältnis zum BTVA für niedrige und mittlere Einkommen vergleichbar. Für höhere Einkommen führt der BTVA jedoch zu deutlich höheren Leistungen, da der Beitragsprozentsatz mit höheren Vergütungsgruppen im Gegensatz zum Punktemodell ansteigt.

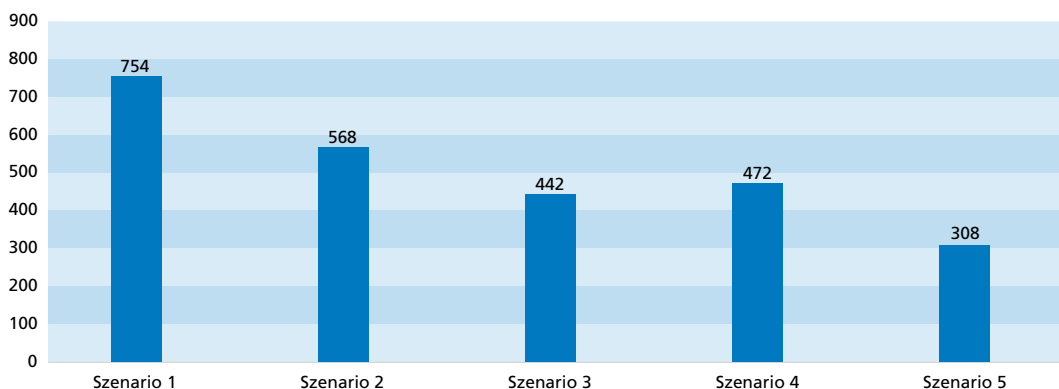
### Nr. 8 Diskontierte Barwerte aller Liquiditätsabflüsse

Die Kommission hat den Gutachter auch beauftragt, an Hand einer Anstalt (NDR) folgende Szenarien zu betrachten:

- Verbleib im VTV,
- aktueller Bestand Verbleib komplett im VTV/Neueintritte BTVA,
- aktueller Bestand Verbleib nur mit Besitzstand im VTV/zukünftige Dienstjahre für Bestand und Neuzugang abgedeckt durch BTVA,
- aktueller Bestand Verbleib komplett im VTV/Neueintritte VBL-Plan,
- aktueller Bestand Verbleib nur mit Besitzstand im VTV/Zukünftige Dienstjahre für Bestand und Neuzugang abgedeckt durch VBL-Plan.

**Abb. 2 Diskontierte Barwerte der Liquiditätsabflüsse**

in Mio. €



In der Grafik wurden die Barwerte aller Liquiditätsabflüsse während des Betrachtungszeitraums von 50 Jahren diskontiert. Dabei wurde der aktuell unterstellte Zins des Deckungsvermögens in Höhe von 4 % verwendet. Das Ergebnis zeigt also den Barwert der Einsparung der Szenarien 2 bis 5 gegenüber der Ist-Situation des Szenario 1. Der NDR könnte also ca. 186 Mio. € in den nächsten 50 Jahren sparen bei Verwendung des BTVA für den Neuzugang. Dieses entspricht einer Ersparnis von 25 % bzw. 41 % bei Einführung des BTVA oder 37 % bzw. 59 % bei Einführung des Punktemodells der Kosten für die Altersversorgung. Liegt der unterstellte Zins niedriger, erhöht sich die Ersparnis nicht nur weil die Ausfinanzierung des VTV teurer wird, sondern weil zukünftige Ersparnisse mit einem geringeren Rechnungszins diskontiert werden, also aktuell wertvoller sind.

Die Vorausberechnung zeigt deutlich, dass es sich „lohnt“, so früh und umfassend wie möglich den BTVA oder das Punktemodell einzuführen. Diese Aussage gilt für den VTV umso stärker, je mehr die tatsächliche Rendite der Rückdeckungspensionskasse sinkt. Denn mit sinkender Rendite ist der

Nachfinanzierungsbedarf bei der Leistungszusage VTV umso höher. Beim BTVA spielt dies keine Rolle, denn mit sinkender Rendite sinkt ebenfalls die Anwartschaft des begünstigten Mitarbeiters.

## Glossar

**Abzinsung:** Ermittelt den Wert einer Zahlung zu einem bestimmten davor gelegenen Zeitpunkt. Der Prozentsatz der Abzinsung bestimmt wesentlich die Höhe der Pensionsrückstellungen. Je niedriger der Prozentsatz ist, desto höher sind die Pensionsrückstellungen.

**Alleinbeteiligung:** Die Beteiligungsquote einer Anstalt an einem *Beteiligungsunternehmen* beträgt 100 %.

**Allgemeine Steigerungsrate:** Die allgemeine Steigerungsrate erfasst die tariflichen Steigerungen sowie Stufensteigerungen und Veränderungen der Stellenstruktur. Als Maßstab bei der Festlegung der Rate dienen der Kommission die Personalausgaben der Länder je Vollzeitäquivalent.

**Andere Erträge:** hauptsächlich Säumniszuschläge und Mahngebühren.

**Andere Geschäftsfelder der Werbegesellschaften:** Geschäftsfelder, die nicht bei allen Werbegesellschaften wahrgenommen werden, etwa Kooperationen/Events/Crossmedia, Werbemittel/Merchandising (inkl. Shop und Onlineshop), Kommunikations- und Telefondienstleistungen (etc.).

**Anrechenbare Eigenmittel:** Bestände an kurzfristig verfügbaren Mitteln, die nach der liquiditätsorientierten Planungsmethode zur Deckung des *Finanzbedarfs* heranzuziehen sind.

**Anwartschaftliche Renten:** Recht auf eine in der Zukunft fällige wiederkehrende Geldleistung. In der gesetzlichen Rentenversicherung und in der *betrieblichen Altersversorgung* werden die jeweils erworbenen Rentenansprüche als Anwartschaft bezeichnet.

**Arbeitnehmerüberlassung:** Beschäftigungsverhältnis, bei dem ein Arbeitgeber einen Arbeitnehmer einem Dritten gegen ein Entgelt zur Arbeitsleistung überlässt (ugs.: Leiharbeit).

**ARD-aktuell:** Zentrale Nachrichtenredaktion als *Gemeinschaftseinrichtung* der ARD mit Sitz beim NDR in Hamburg; zuständig für die Produktion von Tagesschau, Tagesthemen und Nachrichtenmagazin sowie Sondersendungen, Jahresrückblick und Zulieferungen für den Digitalkanal tagesschau24.

**ARD-Hauptstadtstudio:** Von allen Landesrundfunkanstalten getragene *Gemeinschaftseinrichtung* (GSEA) in Berlin für die Berichterstattung in den Hörfunkwellen der ARD und im Ersten Deutschen Fernsehen über die Politik in der Hauptstadt.

**ARD-Play-Out-Center:** *Gemeinschaftseinrichtung* der ARD-Landesrundfunkanstalten zur Betreuung, produktionstechnischen Erstellung und sendetechnischen Abwicklung ihrer gemeinsamen *Partner-* bzw. *Spartenprogramme* (früher Digitalprogramme).

**ARD-Sternpunkt:** Zentrale technische Schalteinrichtung im angemieteten Dauerleitungsnetz der ARD und Übergang in das internationale Dauerleitungsnetz der Union der Europäischen Rundfunkorganisationen.



**ARGE Rundfunk-Betriebstechnik:** Gemeinschaftseinrichtung mehrerer ARD-Landesrundfunkanstalten und des ZDF zur Bearbeitung von übergeordneten Aufgaben auf dem Gebiet der Studio- und Übertragungstechnik.

**Audiodeskription:** Gesprochene Bild- bzw. Sendungsbeschreibungen für blinde und sehbehinderte Menschen.

**Baden-Badener Pensionskasse (bbp):** Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit mit Sitz in Baden-Baden. Mitglieder sind u.a. die ARD-Anstalten und das Deutschlandradio. Die bbp ist der Rückdeckungsversicherer ihrer Mitglieder nach dem *Versorgungstarifvertrag neu (VTV)* und dem *Beitrags-tarifvertrag Altersversorgung (BTVA)*.

**bbp:** siehe *Baden-Badener Pensionskasse*.

**Befreiungsquote:** Anteil der befreiten und teilbefreiten Wohnungen an den angemeldeten Wohnungen, z.B. bei Empfängern von Sozialgeld, Arbeitslosengeld II, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

**Beitragsperiode:** Zeitraum von regelmäßig vier Jahren, in dem aufgrund der *mittelfristigen Finanzbedarfsplanung* der Rundfunkanstalten und der Berichterstattung durch die Kommission der Rundfunkbeitrag festgelegt ist.

**Beitragsservice:** siehe *Zentraler und Dezentraler Beitragsservice*.

**Beitragstarifvertrag Altersversorgung (BTVA):** Bei dem BTVA handelt es sich um eine beitragsorientierte Leistungszusage, die kongruent rückgedeckt ist. Er ist so konzipiert, dass in Abhängigkeit von Einkommen und Vergütungsgruppe in jedem Jahr ein Versorgungsbeitrag als Prozentsatz des individuellen Einkommens berechnet wird. Der Beitrag wird jährlich in einen Tarif der bbp eingezahlt, der zusammen mit den anfallenden Überschüssen die Versorgungsleistungen bestimmt.

**Berücksichtigungsfähige Investitionen:** Investitionsbedarf des jeweiligen Planungsjahres (ohne die in gesondert angemeldeten Entwicklungsprojekten enthaltenen Investitionen) abzüglich der Ausgaben für Großinvestitionen und der Barwerte der Leasinginvestitionen, zuzüglich der Abschreibungen auf *Großvorhaben* und der Aufwand für Leasingraten.

**Besetzte Stellen:** Die Zahl der besetzten Stellen ist aus Sicht der Kommission das wesentliche Instrument zur Analyse der Personalentwicklung. Aus der Zahl der besetzten *Planstellen* und *sonstigen Stellen* ist zu entnehmen, welche *Personalkapazitäten* in den jeweiligen Anstalten tatsächlich vorhanden sind. Die Zahl wird in der Regel in *Vollzeitäquivalenten* angegeben.

**Beteiligung:** Der Besitz von Anteilen an einem Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts. Hierzu zählen auch Stiftungen und gemeinnützige Unternehmen sowie GSEA in einer Rechtsform des privaten Rechts.

**Beteiligungsbericht:** Bericht des Intendanten an das zuständige Aufsichtsgremium über die Beteiligungen einer Rundfunkanstalt und deren Kontrolle (siehe § 16c Abs. 2 RStV).

**Beteiligungserträge:** Erträge der Rundfunkanstalten – u.a. in Form von Gewinnausschüttungen – von ihren *Beteiligungsunternehmen*.

**Beteiligungsgesellschaft, Beteiligungsunternehmen:** Gesellschaft oder Unternehmen, an dem eine Rundfunkanstalt beteiligt ist mit der Absicht, dass die Gesellschaft oder das Unternehmen dem dauernden Geschäftsbetrieb der Rundfunkanstalt dient.

**Beteiligungs-GSEA:** GSEA, die in der Rechtsform einer GmbH oder Stiftung geführt werden.

**Beteiligungsportfolio:** Alle *Beteiligungen* einer Rundfunkanstalt oder der ARD.

**Betriebliche Altersversorgung:** Die Anstalten gewähren ihren Beschäftigten ergänzend zur gesetzlichen Rente Versorgungsleistungen bei Alter, Invalidität oder Tod. *Versorgungstarifverträge* regeln die Leistungen.

**Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG):** Soll die Aussagekraft des handelsrechtlichen Jahresabschlusses verbessern. Ändert unter anderem die Regelungen für die Bilanzierung von Pensionsrückstellungen. Das *BilMoG* führt bei den Anstalten vor allem zu höheren Pensionsrückstellungen.

**BilMoG:** siehe *Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz*.

**BilMoG-Mehraufwand:** Mehraufwand, der sich gemäß § 253 Handelsgesetzbuch (HGB) aus dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre und dem Gehalts- und Rententrend gegenüber der vorherigen Regelung ergibt.

**BilMoG-Umstellungsaufwand (Neubewertungsanteil):** Aufwand, den die Anstalten bei der Einführung des *BilMoG* zum 01.01.2010 auf Basis des damals gültigen Zinssatzes von 5,25 % ermittelt haben. Diesen einmaligen Umstellungseffekt haben die Anstalten auf 15 Jahre bis 2024 verteilt.

**BilMoG-Zinsaufwand:** Mehraufwand, der sich aus der Differenz des zum 01.01.2010 gültigen Zinssatzes von 5,25 % und dem jeweils aktuellen durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre ergibt. Dieser wird monatlich von der Deutschen Bundesbank veröffentlicht.

**Biometrie:** Risiken, die das Leben und den Lebensunterhalt betreffen wie Erreichen eines bestimmten Alters, Tod oder Eintritt der Invalidität.

**BIP-Deflator:** Misst das Preisniveau und beziffert den aktuellen und den zukünftigen Anteil des Wirtschaftswachstums, der auf Preisveränderungen zurückzuführen ist. Er errechnet sich aus der Division von nominalem und realem Bruttoinlandsprodukt (BIP) und wird u.a. vom Bundesfinanzministerium veröffentlicht.

**Bruttoaufwand:** Gesamtheit der Ausgaben für die in einem bestimmten Zeitraum verbrauchten Güter, Dienstleistungen und öffentlichen Abgaben. Wird in der Erfolgsrechnung den erzielten Erträgen gegenübergestellt.

**Bruttoeinsparungen:** Im Wirtschaftlichkeitsbericht die gesamten von den Anstalten angemeldeten dauerhaften wie vorübergehenden Einsparungen.

**Bruttoertrag:** Gesamtheit der Einnahmen, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums für geschaffene oder zur Verfügung gestellte Güter oder Leistungen erzielt werden. Wird in der Erfolgsrechnung dem Aufwand gegenübergestellt.

**Bruttowerbeumsätze:** Umsätze aus Werbung vor Erlösschmälerungen (Rabatte, Provisionen und Skonti).

**BTVA:** siehe *Beitragstarifvertrag Altersversorgung*.

**Budgetabgleich:** Gegenüberstellung des von der Kommission anerkannten Finanzbedarfs mit den tatsächlichen Ausgaben der Rundfunkanstalten.

**DAB:** siehe *Digital Audio Broadcasting*.

**DAB+:** Eine Weiterentwicklung von *DAB*, die eine effizientere Variante der Kodierung der Audiosignale nutzt.

**Deckungsstock:** Sondervermögen der Anstalten zur Absicherung von Pensionsverpflichtungen für Arbeitnehmer/-innen, die ihre Versorgungsansprüche nach dem Versorgungstarifvertrag alt (TVA/VO), beim ZDF auch VTV neu erworben haben.

**Deckungsstocklücke:** Differenz zwischen den Pensionsrückstellungen für die alten Versorgungssysteme und dem *Deckungsstock*.

**Degeto Film GmbH:** Zentrale Programmbeschaffungseinrichtung der ARD. Gesellschafter sind die ARD-Anstalten, die zugleich die Finanzmittel für den Etat der Degeto zur Verfügung stellen.

**Dezentraler Beitragsservice:** Abteilungen der ARD-Landesrundfunkanstalten (vormals Rundfunkgebührenabteilungen), die den vorhandenen Teilnehmerbestand verwalten und das bestehende Teilnehmerpotential ausschöpfen sollen. Sie ergänzen mit ihrer Arbeit den *Zentralen Beitragsservice*.

**Digital Audio Broadcasting (DAB):** Verfahren, bei dem in einem Datenstrom, einem so genannten Multiplex, mehrere digital codierte Hörfunkprogramme und begleitende Datendienste übertragen werden.

**Digitaler Hörfunk:** Hörfunkübertragung mittels DAB+.

**Direktanmeldung:** Anmeldung aufgrund amtlicher Meldedaten. Erfolgt in den Fällen, in denen der Beitragsschuldner keine Auskünfte nach § 9 Abs. 1 RBStV gegeben hat.

**DVB-T2:** Das Nachfolgesystem zu dem terrestrischen TV-Übertragungsstandard DVB-T. DVB-T2 ermöglicht in einem Fernseh-Übertragungskanal signifikant höhere Datenraten als DVB-T. Damit wird HDTV per terrestrischer Übertragung wirtschaftlich.

**Eigenes Personal:** Fest angestelltes Personal (einschl. GSEA ohne eigene Rechtsperson), *freie Mitarbeiter* und Mitarbeiter in *Arbeitnehmerüberlassung*, das innerhalb der Rundfunkanstalten beschäftigt wird.

**Eigenkosten der Werbegesellschaften:** Personal- und Sachaufwand der Werbegesellschaften (z.B. Personalaufwand für Mitarbeiter, Aufwand für Marketing und Provisionen).

**Eigenmittel:** siehe *Anrechenbare Eigenmittel*.

**Einrichtung:** z.B. gemeinnützige Einrichtungen für behinderte Menschen, öffentliche allgemeinbildende oder berufsbildende Schulen, Feuerwehr und Polizei, die in § 5 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1-6 RBStV genannt werden.

**Erstsendeminuten:** Anzahl der Minuten von Sendungen, die erstmals ausgestrahlt wurden.

**Fernsehvertragsschlüssel:** Festlegung des Leistungsanteils der ARD-Landesrundfunkanstalten für das gemeinsame Fernsehvollprogramm „Das Erste“; der Schlüssel wird auch für andere Leistungsbe-  
reiche und insbesondere für anteilige Zahlungsverpflichtungen verwendet.

**Finanzausgleichsmasse:** Betrag, der von den ARD-Landesrundfunkanstalten für den Finanzausgleich zugunsten von RB und SR aufgebracht wird und sich nach einem Prozentsatz (1 % bis Ende 2016, ab 2017 1,6 %) des ARD-Nettobeitragsaufkommens bemisst.

**Finanzbedarf:** ergibt sich aus der Differenz von zukünftigen Einnahmen und Ausgaben der Rundfunkanstalten und wird von der Kommission ermittelt.

**Finanzwirtschaftliche Parameter:** Externe Einflüsse, die von den Rundfunkanstalten nicht beeinflussbar sind (z.B. steuerrechtliche Änderungen). Einsparungen, die auf der Veränderung finanzwirtschaftlicher Parameter basieren, werden nicht als selbst erwirtschaftete Einsparungen angerechnet und nur nachrichtlich ausgewiesen.

**Forderungsausfallquote:** Anteil aller Wertberichtigungen eines Jahres an den Erträgen aus Rundfunkbeiträgen, bei denen nicht zu erwarten ist, dass sie in voller Höhe beglichen werden.

**Freie Mitarbeiter:** Sowohl Personen in einem arbeitnehmerähnlichen Beschäftigungsverhältnis als auch Personen ohne arbeitnehmerähnlichem Rechtsverhältnis, die aufgrund eines Dienst- oder Werkvertrags für ein Unternehmen in der Regel persönlich tätig sind, ohne in das Unternehmen eingegliedert zu sein.

**Gagisten:** Mitarbeiter, die auf Basis von Tages- oder Wochengagen für den BR arbeiten, insbesondere in den Bereichen Graphik, Kamera, Schnitt und Ton.

**Gebühreneinzugszentrale (GEZ):** Nicht rechtsfähige Verwaltungseinheit (GSEA) der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Köln-Bocklemünd (bis 2012, seitdem *Zentraler Beitragsservice*).

**Gemeinschaftssendungen, -einrichtungen und -aufgaben (GSEA):** GSEA sind nicht rechtsfähige Einheiten bei einer ‚federführenden‘ Rundfunkanstalt oder rechtlich selbständige Beteiligungen (GmbH), die durch die zentrale Wahrnehmung gemeinsamer Aufgaben zu Rationalisierungseffekten beitragen sollen, z.B. *ARD-aktuell*, *ARD-Hauptstadtstudio*, Institut für Rundfunktechnik GmbH. An mehreren GSEA ist auch das ZDF beteiligt, z.B. *Zentraler Beitragsservice*.

**Gesamtsendeminuten:** Die Summe aller Sendeminuten aus Erstsendungen, Übernahmen und Wiederholungen.

**GEZ:** siehe *Gebühreneinzugszentrale*.

**Großvorhaben:** Investitionsausgaben mit einem Investitionsvolumen von mehr als 25 Mio. €.

**Grundsatztarifvertrag (GTV 05):** Der GTV bezieht sich auf den *Versorgungstarifvertrag alt (TVA/VO)*, soweit er im Rahmen der Besitzstandsregelungen weiter gilt. Mit dem GTV wurden insbesondere Leistungserhöhungen der *betrieblichen Altersversorgung* aus Änderungen der gesetzlichen Rentenversicherung 2003 und 2004 weitgehend ausgeschlossen. Beim GTV handelt es sich um den Tarifvertrag der ARD (ohne HR, MDR, SR) und des Deutschlandradios vom 12.09.2005.

**Gründungsstock der ZDF-Pensionskasse:** siehe *ZDF-Pensionskasse*.

**Gruppen von ARD-Anstalten:** Unter dem Terminus große Anstalten werden BR, NDR, SWR und WDR zusammengefasst. Als mittlere Anstalten werden HR, MDR und RBB bezeichnet. RB und SR bilden die Gruppe der kleinen Anstalten.

**GSEA:** siehe *Gemeinschaftssendungen, -einrichtungen und -aufgaben*.

**GTV 05:** siehe *Grundsatztarifvertrag*.

**HDTV:** siehe *High Definition TeleVision*.

**High Definition TeleVision (HDTV):** Im Vergleich zu den nach herkömmlichen Verfahren übertragenen Bildern (SDTV – Standard Definition TeleVision), bestehen HDTV-Bilder aus wesentlich mehr Bildpunkten (SDTV: 720 \* 575, HDTV: z.B. 1280 \* 720).

**Hoheitskosten:** Gebühren, die gemäß Telekommunikationsgesetz bzw. Gesetz über die Elektromagnetische Verträglichkeit von Betriebsmitteln zu entrichten sind.

**HTTP Caching:** Technik, um Ressourcen (Dokumente, Bilder, Dateien) zwischen zu speichern, um unnötige Datenübertragungen und Serveranfragen zu vermeiden und Zugriffszeiten zu verringern.

**IIVF:** Das ‚Indexgestützte und Integrierte Prüf- und Berechnungsverfahren‘ definiert die Ermittlung des *Finanzbedarfs* anhand der Feststellung und Fortschreibung des Bestandes u.a. mit Hilfe von Indizes, der Feststellung des Entwicklungsbedarfs und des Nachweises von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.

**Investitionsausgaben:** *Berücksichtigungsfähige Investitionen* zuzüglich Instandhaltungsaufwand.

**IP-Netze:** IP ist die Abkürzung für die Familie der Internet-Protokolle. Unter IP-Netzen werden Netze verstanden, über die der Zugriff auf das World Wide Web möglich ist.

**Jahresnettoprämie:** Rechnerischer Betrag, der zur Finanzierung der *betrieblichen Altersversorgung* aufgewendet werden muss. Wird in % des Jahreseinkommens angegeben. Die Kosten der Altersversorgung können damit als relative Größe verglichen werden.

**Kappungsgrenze:** Obergrenze der Investitionen und des Instandhaltungsaufwands im *Planungszeitraum*, die ein nachhaltiges und angemessenes Investitionsverhalten sicherstellen soll.

**Kassenwirksame Versorgungsleistungen:** Zahlungen der Rundfunkanstalten an ihre ehemaligen Beschäftigten im Altersruhestand oder wegen Invalidität oder an Hinterbliebene. Die Darstellung der kassenwirksamen Versorgungsleistungen je Versorgungsempfänger ermöglicht Aussagen über das Leistungsniveau der *betrieblichen Altersversorgung*.

**Kommerzielle Tätigkeiten:** Betätigungen der Rundfunkanstalten, bei denen Leistungen auch für Dritte im Wettbewerb angeboten werden (*Werbung und Sponsoring, Verwertung, Merchandising, Produktion für Dritte, Vermietung von Senderstandorten an Dritte u.a.*). Diese Tätigkeiten sind unter Marktbedingungen grundsätzlich durch rechtlich selbständige Tochtergesellschaften zu erbringen.

**Kostenerstattungen:** Ausgleichszahlungen an die oder zwischen den Rundfunkanstalten für Kosten, die im Zusammenhang mit Leistungen entstehen, oder die im Wesentlichen von einer Rundfunkanstalt erbracht, aber von mehreren Anstalten finanziert werden, wie z.B. Auslandsstudios.

**Landesmedienanstalt (LMA):** durch Landesgesetz bzw. bilateralen Staatsvertrag errichtete unabhängige öffentlich-rechtliche Einrichtung mit der Aufgabe der Zulassung und Aufsicht im privaten Rundfunk sowie mit weiteren staatsvertraglichen und landesgesetzlichen Aufgaben.

**Leistungs- und Gegenleistungsaustausch (LUGA):** zwischen RB bzw. SR und anderen ARD-Landesrundfunkanstalten vereinbarte Sach- und Dienstleistungen auf verschiedenen Gebieten (z.B. bestimmte Programmleistungen) mit dem Ziel der zusätzlichen Entlastung von RB und SR neben dem staatsvertraglichen Finanzausgleich; entsprach dem Wunsch der Länder von November 1999; weitgehende Umwandlung in direkte Geldleistungen ab 2015, restliche Leistungen sind „verbleibender LUGA“.

**Leistungsvergütungen:** Aufwand der Anstalten für *freie Mitarbeiter*.

**LUGA:** siehe *Leistungs- und Gegenleistungsaustausch*.

**Marktkonformität:** *Kommerzielle Tätigkeiten der Beteiligungsunternehmen* müssen unter Marktbedingungen erbracht und dürfen nicht aus Rundfunkbeiträgen subventioniert werden.

**Mediamix:** Kombination der Werbemedien zur Erreichung der Werbeziele.

**Mehrfachgebührentatbestand:** In dem bis zum 31. Dezember 2012 geltenden Gerätemodell musste für jedes Rundfunkempfangsgerät eine Gebühr gezahlt werden, sofern der Besitzer über eigenes Einkommen verfügte. Haben z.B. in einer Wohnung Eltern und Kinder mit jeweils eigenem Einkommen und eigenen Geräten zusammengelebt, wurden für jedes Gerät Gebühren erhoben.

**Mehrheitsbeteiligung:** Die Beteiligungsquote einer oder mehrerer Anstalten an einem *Beteiligungsunternehmen* beträgt mindestens 50 %.

**MiFriFi:** siehe *Mittelfristige Finanzbedarfsplanung*.

**Minderheitsbeteiligung:** Die Beteiligungsquote einer oder mehrerer Anstalten zusammen an einem *Beteiligungsunternehmen* beträgt unter 50 %.

**Mitarbeiterkapazität:** Anzahl der Arbeitskräfte umgerechnet in Vollzeit-Arbeitskräfte (englisch: *Full-time equivalent; FTE*).

**Mittelbare Beteiligung, Enkelunternehmen:** Unternehmen in der Rechtsform des privaten Rechts, an dem die Rundfunkanstalten nur über ein Tochterunternehmen, wie z.B. über ihre Werbegesellschaften, ganz oder teilweise beteiligt sind.

**Mittelfristige Finanzbedarfsplanung (MiFriFi):** Finanzplanungen der Rundfunkanstalten für die laufende und die kommende Beitragsperiode.

**Nacherhobene Erträge:** Erträge aus Anmeldungen für zurückliegende Zeiträume.

**Nettoeinsparungen:** Die Anstalten haben die Möglichkeit, sogenannte Mehrbedarfe für Anpassung und Ausweitung des Bestandes darzustellen. Nach Abzug der Mehrbedarfe von den Bruttoeinsparungen verbleiben die Nettoeinsparungen.

**Netto-Tausenderkontaktpreis:** Preis nach Erlösschmälerungen, um 1000 Personen mit einem Werbeträger zu erreichen.

**Nettowerbeumsätze:** Bruttowerbeumsätze nach Abzug von Rabatten, Provisionen und Skonti (Erlösschmälerungen).

**Pageimpression:** Kategorie für die Onlinenutzung. Registriert wird der Abruf einer einzelnen Seite mit einem Webbrowser.

**Partnerprogramme:** Von ARD und ZDF gemeinsam veranstaltete Programme, also „KiKA – Der Kinderkanal“ und „PHOENIX – Der Ereignis- und Dokumentationskanal“ sowie „3sat“ (zusammen mit Partnern aus Österreich und der Schweiz), und „ARTE – Der Europäische Kulturkanal“ (mit französischen Partnern).

**Pensionskasse Rundfunk (PKR):** Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit für die freien Mitarbeiter der Rundfunkanstalten und deren Tochterunternehmen mit Sitz in Frankfurt am Main.

**Personalaufwand ohne Altersversorgung:** Beim Personalaufwand ohne Altersversorgung handelt es sich um den Aufwand für aktiv Beschäftigte einschließlich Sozialversicherung, Beihilfe und Personalnebenkosten. Enthalten sind auch die Zahlungen an Aushilfen und Auszubildende. Nicht enthalten sind der Aufwand für Vorruhestand und die Rückstellungen für Altersteilzeit. Nicht erfasst ist durch diese Abgrenzung auch der Aufwand für *freie Mitarbeit* und *Arbeitnehmerüberlassung*. Er ist im Programmaufwand bzw. im Sachaufwand ausgewiesen.

**Personalkapazität:** Anzahl der Arbeitskräfte umgerechnet in Vollzeit-Arbeitskräfte (englisch: *Full-time equivalent; FTE*).

**PKR:** *Pensionskasse Rundfunk*.

**Planstellen:** Im Stellenplan ausgewiesene Stellen; der Stellenplan ist verbindlicher Bestandteil des Haushaltsplans und wird zeitgleich von den zuständigen Gremien beschlossen. Er stellt die Ermächtigung dar, Stellen in bestimmten Wertigkeiten und organisatorischen Zuordnungen zu besetzen. Siehe auch *sonstige Stellen*.

**Planungszeitraum:** Zeitraum von sechs Jahren in einem Beitragsbericht, der die letzten zwei Jahre der laufenden Beitragsperiode und die vier der künftigen (neuen) *Beitragsperiode* umfasst.

**Prämienniveau:** Rechnerischer Betrag, der zur Finanzierung der *betrieblichen Altersversorgung* aufgewendet werden muss. Wird in % des Jahreseinkommens angegeben.

**Programmdirektion Erstes Deutsches Fernsehen:** Koordinationszentrale in München für das ARD-Gemeinschaftsprogramm Das Erste. Auch zuständig für die ARD-seitige Koordination der *Beteiligung* an den Satellitenprogrammen 3sat und ARTE.

**Punktemodell der öffentlichen Zusatzversorgung:** Dabei handelt es sich um eine Beitragsorientierte Leistungszusage. Die Finanzierung des Punktemodells ist je nach Zusatzversorgungskasse unterschiedlich. Bei der VBL und vielen ZVK werden die Renten im Umlageverfahren finanziert. Zusätzlich zu den Umlagen erheben viele Kassen auch noch Sanierungsgelder, die vollständig vom Arbeitgeber entrichtet werden.



**Quotale Zurechnung:** Zurechnung von Anzahl der Mitarbeiter, Umsatz und Bilanzsumme der *Beteiligungsunternehmen* zu den einzelnen Rundfunkanstalten entsprechend ihrer Beteiligungsquote.

**RÄStV:** siehe *Rundfunkänderungsstaatsvertrag*.

**RBStV:** siehe *Rundfunkbeitragsstaatsvertrag*.

**Reinvestitionsquote:** Relation von *berücksichtigungsfähigen Investitionen* und Abschreibungen.

**RFinStV:** siehe *Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag*.

**RStV:** siehe *Rundfunkstaatsvertrag*.

**Rückflüsse:** Mittel aus dem Anteil der *Landesmedienanstalten* am Rundfunkbeitrag, die aufgrund landesgesetzlich festgelegter *Vorabzuweisung* oder aus Beitragsmitteln, die von den Landesmedienanstalten nicht verbraucht werden, an die Landesrundfunkanstalt zurückfließen.

**Rücklagen:** Der *RFinStV* (§ 1 Abs. 4) fordert die Bildung einer Rücklage, wenn die Gesamterträge den Gesamtaufwand um mehr als 10 % der jährlichen Beitragseinnahmen übersteigen. In Rücklagen eingestellte Überschüsse werden bei der Bedarfsermittlung mit einbezogen (§ 3 Abs. 2 S. 3 *RFinStV*).

**Rückstellungen:** Aufwand sowie Verbindlichkeiten und Verluste, die hinsichtlich ihrer Entstehung oder Höhe ungewiss sind, aber mit hinreichend großer Wahrscheinlichkeit erwartet werden. Durch ihre Bildung sollen später zu leistende Ausgaben den Perioden ihrer Verursachung zugerechnet werden.

**Ruhendes Teilnehmerkonto:** befristete Ausnahme eines *TNK* vom Beitragseinzug; der Beitragseinzug ruht.

**Rundfunkänderungsstaatsvertrag:** Staatsvertrag, mit den Änderungen des *Rundfunkbeitragsstaatsvertrages* und anderer Staatsverträge zum Rundfunk vorgenommen werden.

**Rundfunkbeitragsstaatsvertrag:** rechtliche Grundlage für den Rundfunkbeitrag, regelt, wer den Rundfunkbeitrag zu zahlen hat, sowie Ermäßigungen, Befreiungen und die Erhebung des Rundfunkbeitrags.

**Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag:** regelt Aufgabe, Organisation und Verfahren der Kommission, die Höhe des Rundfunkbeitrags, die Verteilung des Beitragsaufkommens auf ARD, ZDF, Deutschlandradio und Landesmedienanstalten und den Finanzausgleich der ARD Landesrundfunkanstalten.

**Rundfunkspezifische Teuerungsrate:** Wird auf der Grundlage eines rundfunkspezifischen Warenkorbs von den Rundfunkanstalten in Abstimmung mit der Kommission ermittelt. Sie berücksichtigt rundfunkspezifische Sachverhalte, die eine Abweichung von der allgemeinen Preissteigerungsrate erwarten lassen.

**Rundfunkstaatsvertrag:** Der ‚Staatsvertrag aller Bundesländer über den Rundfunk im vereinten Deutschland‘ vom 31.08.1991 ist die wichtigste rechtliche Grundlage für das duale Rundfunksystem der Bundesrepublik.

**SDTV:** nach herkömmlichen Verfahren übertragene Fernsehbilder (SDTV – Standard Definition TeleVision).

**Selbstkosten:** Kosten, die bei der Programmerstellung anfallen (wie z.B. Entwicklungs-, Herstellungs-, Verwaltungskosten, etc.), d.h. sowohl zurechenbare Kosten wie aufgeschlüsselte Gemeinkosten. Die Kostenrechnungssysteme der Anstalten nehmen zum Teil sehr unterschiedliche Schlüsse von Gemeinkosten vor. Dies beeinträchtigt die Aussagekraft der zugelieferten Kostendaten und ihre Vergleichbarkeit.

**Simulcast oder Simultaneous Broadcast:** Das parallele Ausstrahlen von unterschiedlichen Fernseh- oder Hörfunkstandards, z.B. von *SDTV* und *HDTV*.

**Soll-Ist-Vergleich:** Gegenüberstellung der prognostizierten Teuerungsrate (z.B. des Programmaufwandes) mit den tatsächlichen Ist-Teuerungen.

**Sondereffekte:** Besondere, nicht regelmäßig auftretende (unvorhergesehene) Ereignisse, die die wirtschaftliche Situation eines Unternehmens kurzfristig verändern. Diese werden aus der Gewinn- und Verlustrechnung herausgerechnet. Sondereffekte können in außerordentlichen Erträgen oder Aufwand enthalten sein.

**Sonstige betriebliche Erträge:** Erträge der Rundfunkanstalten aus Programmverwertungen, Koproduktionen und -finanzierungen, Sendermitbenutzung, Mieten und Pachten sowie aus der Auflösung finanzbedarfswirksamer *Rückstellungen*.

**Sonstige Rückstellungen:** alle Rückstellungen ohne Rückstellungen für Altersversorgung und der GSEA (Bilanzpositionen Sonstige Rückstellungen und Steuerrückstellungen).

**Sonstige Stellen:** Die „Sonstigen Stellen“ werden ergänzend zum originären Stellenplan der Rundfunkanstalt geführt. Dies sind z.B. zeitlich befristete Qualifikationsstellen für Personen nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung, Freistellungen für Personalvertretungen oder Beschäftigte in den Kantinen. Aushilfen und Ausbildungsverhältnisse sind nicht erfasst.

**Sonstiger Sachaufwand:** Summe der Fremdleistungen aller Art wie z.B. Mieten, Unterhalts- und Bewirtschaftungskosten, Rechts- und Beratungskosten, Transportkosten, Beiträge und Versicherungen, Post und Telefon, Reise- und Fahrtkosten, Aufwandentschädigungen.

**Spartenprogramme:** Haben im Unterschied zu Vollprogrammen einen inhaltlichen Schwerpunkt und eine Zielgruppe. ARD und ZDF veranstalten jeweils drei solcher Programme, die zuvor auch als Digitalprogramme bezeichnet wurden (EinsPlus, Einsfestival, tagesschau24 bzw. ZDFneo, ZDFkultur, ZDFinfo). ARD unterhält mit ARD-alpha ein weiteres Programm.

**Sponsoring:** jeder Beitrag „zur direkten oder indirekten Finanzierung einer Sendung, um den Namen, die Marke, das Erscheinungsbild der Person oder Personenvereinigung, ihre Tätigkeit oder ihre Leistungen zu fördern“ (siehe § 2 Abs. 2 Nr. 9 RStV).

**Sportgroßereignis:** Eine Sportveranstaltung von internationaler Bedeutung und mit hohem Zuschauerinteresse. Die Übertragung ist in der Regel mit hohen Rechtekosten verbunden.

**Stellenbesetzungsgrad:** Anteil der besetzten Stellen an den gesamten *Planstellen* (in %).

**Tarifvertrag:** Der Tarifvertrag regelt die Rechte und Pflichten der Tarifvertragsparteien (Gewerkschaften, einzelne Arbeitgeber sowie Vereinigungen von Arbeitgebern) und enthält Rechtsnormen, die den Inhalt, den Abschluss und die Beendigung von Arbeitsverhältnissen sowie betriebliche und betriebsverfassungsrechtliche Fragen ordnen können (§1 Abs. 1 TVG).

**Teilkonzern:** *Beteiligungsunternehmen* einer Rundfunkanstalt mit eigenen *Beteiligungen* (Tochter- und Enkelgesellschaften) unter einheitlicher Leitung.

**Teilnehmerkonto:** Beinhaltet alle Daten und Vorgänge zu einem bestimmten Teilnehmer sowie buchhalterische Aspekte und wird durch eine eindeutige Teilnehmernummer identifiziert. Zum 1. Januar 2013 wurde das Teilnehmerkonto in Beitragskonto umbenannt.

**Terrestrische Programmverteilung:** Ausstrahlung über Sendeanlagen, die auf Türmen oder Bergen stehen.

**TNK:** siehe *Teilnehmerkonto*.

**TNK-Bereinigung:** Die Anstalten erhalten Zahlungen von Teilnehmern, die sie keiner Gebühren- oder Beitragsforderungen zuordnen können. Diese Zahlungen erfassen die Anstalten zunächst als Rückzahlungsverpflichtung. Steht fest, dass eine Rückzahlungsverpflichtung nicht (mehr) besteht, buchen die Anstalten den Betrag aus dem TNK aus.

**TVA/VO:** siehe *Versorgungstarifvertrag alt*.

**TVG:** Tarifvertragsgesetz, legt die rechtlichen Rahmenbedingungen für Tarifverhandlungen fest.

**Übergangsbeitrag:** Für nicht-private Rundfunkteilnehmer, die auf Verlangen bis zum 31. Dezember 2012 keine beitragsrelevanten Tatsachen gemeldet haben, haben die Anstalten einen Übergangsbeitrag festgelegt. Er basiert auf der zuletzt bezahlten Gebühr (§ 14 Abs. 4 RBStV).

**Übrige Sonstige Betriebserträge:** Unterposition der *Sonstigen betrieblichen Erträge*, z.B. Erträge in Zusammenhang mit dem Einzug des Rundfunkbeitrags (*Andere Erträge*), Erträge aus beschäftigungspolitischen Maßnahmen (Zuschüsse Kranken- oder Rentenversicherungen), Erstattungen der Versicherungen bei Schadensfällen, Erträge aus anderen Perioden.

**Ungedeckter Finanzbedarf:** ergibt sich, wenn die Differenz von Einnahmen und Bedarf der Rundfunkanstalten negativ ist.

**Unmittelbare Beteiligung:** Unternehmen in der Rechtsform des privaten Rechts, an dem eine Rundfunkanstalt allein oder gemeinsam mit anderen Rundfunkanstalten oder anderen Gesellschaftern beteiligt ist. Wird auch als „Tochterunternehmen“ bezeichnet.

**Untertitelung:** Textzeilen des Gesprochenen unterhalb des Fernsehbildes für gehörlose und schwerhörige Menschen.

**Unverfallbar Ausgeschiedene (UVA):** Von Unverfallbarkeit spricht man, wenn eine Anwartschaft auf *betriebliche Altersversorgung* bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses nicht mehr (vollständig) verfallen kann.

**Uplink:** Technische Einrichtung, die ein Signal von der Erde aus zu einem Satelliten sendet.

**VBL:** siehe *Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder*.

**Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL):** Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder für die Arbeitnehmer/innen des öffentlichen Dienstes. Die Kommission zieht die Versorgungsregelungen der VBL als Vergleichsmaßstab für die Versorgungssysteme der Rundfunkanstalten heran.

**Versorgungsniveau:** Verhältnis der Rente aus der *betrieblichen Altersversorgung* zum letzten Gehalt gemessen an Musterpersonen.

**Versorgungstarifvertrag alt (TVA/VO):** Die alten Versorgungstarifverträge TVA/VO garantierten überwiegend ein bestimmtes Niveau der Gesamtversorgung einschließlich der gesetzlichen Rente. Es gab sogenannte Auffülleeffekte: Einschnitte in der gesetzlichen Rentenversicherung führten zu Erhöhungen bei der *betrieblichen Altersversorgung*. Deshalb wurde der Grundsatztarifvertrag zur Änderung der alten Versorgungstarifverträge abgeschlossen.

**Versorgungstarifvertrag neu (VTV):** Die neuen Versorgungstarifverträge (VTV) haben die Versorgungstarifverträge alt (TVA/VO) abgelöst. Wesentliche Inhalte der neuen Tarifverträge waren die Abkehr von der Gesamtversorgung und die Absenkung des Leistungsniveaus. Die neuen Regelungen gelten im Wesentlichen für seit 1993 eingestellte Beschäftigte.

**Visit:** Kategorie für die Onlinenutzung. Registriert wird der Besuch einer Webseite in einem bestimmten Zeitraum. Dabei wird jeder Nutzer (nach IP-Adresse) nur einmal gezählt, unabhängig davon wie oft die Webseite in diesem Zeitraum besucht wurde.

**Vollzeitäquivalente (VZÄ oder FTE – Full-time equivalent):** Ist eine Maßgröße, mit der *Personalkapazitäten* vergleichbar gemacht werden. Dabei werden Teilzeitarbeitsverhältnisse in Vollzeitkapazitäten umgerechnet: Die Beschäftigungsdauer wird als Anteil an den durchschnittlichen Beschäftigungsstunden einer Vollzeitkraft ausgedrückt. So ergeben zwei Halbtagsbeschäftigte 1 VZÄ (2 x 0,5).

**Vorabzuweisungen:** Teile des Anteils der *LMA* aus dem Rundfunkbeitrag, die vom Landesgesetzgeber der *LMA* nicht zugewiesen werden und somit der Landesrundfunkanstalt unmittelbar zufallen.

**VTV:** siehe *Versorgungstarifvertrag neu*.

**Webchannels:** Ausschließlich im Internet verbreitete Hörfunkprogramme gem. § 11c Abs. 1 RStV, die nach Maßgabe eines Telemedienkonzepts veranstaltet werden. Derzeit verbreiten nur MDR, RB, SR, und SWR Webchannels.

**Werbeerträge:** Differenz zwischen den *Nettowerbeumsätzen* und dem damit zusammenhängenden, vor allem in den Werbegesellschaften anfallenden Aufwand (z.B. für das Vorabendprogramm der ARD).

**Werberahmenprogramm:** Fernsehprogramm, welches im Umfeld von *Werbung* ausgestrahlt wird.

**Werbung:** jede Äußerung, die im Rundfunk „entweder gegen Entgelt oder eine ähnliche Gegenleistung oder als Eigenwerbung gesendet wird mit dem Ziel, den Absatz von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen, einschließlich unbeweglicher Sachen, Rechte und Verpflichtungen [...] zu fördern“ (siehe § 2 Abs. 2 Nr. 7 RStV).

**Wesentliche Beteiligung:** *Mehrheitsbeteiligung*, die mindestens zwei der folgenden Kriterien erfüllt: Mitarbeiterzahl ab 50, Umsatz ab 10 Mio. €, Bilanzsumme ab 10 Mio. €.

**Wesentliche GSEA:** *GSEA* mit einer Mitarbeiterzahl ab 50.

**ZDF Pensionskasse:** Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit für die Arbeitnehmer/innen des ZDF mit Sitz in Mainz.

**Zentraler Beitragsservice:** Gemeinschaftseinrichtung (*GSEA*) von ARD, ZDF und Deutschlandradio zur Erhebung des Rundfunkbeitrags mit Sitz in Köln-Bocklemünd.

**Zusatzversorgungskasse (ZVK):** Öffentlich-rechtliche Einrichtung, Träger der ergänzenden Altersversorgung der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes. Der SR ist Mitglied der Zusatzversorgungskasse des Saarlandes.

**ZVK:** siehe *Zusatzversorgungskasse*.





**Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten**  
**Geschäftsstelle**  
**Peter-Altmeier-Allee 1 | 55116 Mainz | Telefon: 0 61 31 . 16 47 - 09**